

# Politische Geschichte

der

# Gegenwart

von

Wilhelm Müller



Springer

# Politische Geschichte

der

# Gegenwart

von

Wilhelm Müller

Professor in Tübingen.

IV

Das Jahr 1870.

Mit einer Chronik der Ereignisse des Jahres 1870.

---

Springer-Verlag Berlin Heidelberg GmbH

1871.

ISBN 978-3-642-98376-4

ISBN 978-3-642-99188-2 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-642-99188-2

**Softcover reprint of the hardcover 1st edition 1871**

## V o r r e d e .

---

Der vierte Jahrgang der „politischen Geschichte der Gegenwart“ überragt hinsichtlich der Reichhaltigkeit des Stoffes seine Vorgänger wie ein Riese. Die Ereignisse des Jahres 1870 gehören zum Großartigsten, was die Weltgeschichte kennt. Doch lag es nicht im Plane dieser Jahresrevue, dem Kriege eine alles Andere im Schatten stellende Aufmerksamkeit zu widmen. Von förmlicher, detaillirter Kriegsgeschichte konnte keine Rede sein. Abgesehen davon, daß es solcher Darstellungen der Kriegsgeschichte viele und sehr gute gibt, brachte es der Zweck dieses Buches mit sich, daß eine Beschreibung der kriegerischen Ereignisse nur insoweit Aufnahme fand, als durch dieselben die politische Entwicklung der Staaten gefördert oder gehemmt wird. Der Verfasser hat daher alle wichtigen Ereignisse des Krieges in den Kreis seiner Darstellung aufgenommen, auch minder wichtige wenigstens kurz angeführt, aber doch den Krieg weniger im Detail als im großen Stil beschrieben, bei welchem Verfahren die bewundernswerthe Strategie des deutschen Hauptquartiers, sowohl im Großen als im Einzelnen, sich weit mehr abhebt. Auch war es ihm hauptsächlich um eine genaue Darstellung des diplomatisch=parlamentarischen Vor= und Zwischenspiels zu thun, daher die Beschreibung der Juli=Ereignisse verhältnißmäßig am meisten Raum in Anspruch genommen hat. Auf diese Weise schließt sich die Geschichte des zweiten Halbjahrs aufs innigste an die des ersten an, bei welcher letzterer die diplomatischen und parlamentarischen Verhältnisse so sehr

in den Vordergrund treten. Es ist daher die politische Geschichte der ersten sechs Monate nicht vernachlässigt worden, zumal da, um von Anderem nicht zu reden, die französische Geschichte dieses kurzen Zeitraums deutlich zeigt, bis zu welchem Grade die Verlegenheiten des Kaiserthums gestiegen sind, und im Kirchenstaat und in Süddeutschland so gewaltige Kontraste zwischen Frühjahr und Spätjahr sich bemerklich machen.

Tübingen den 1. Juli 1871.

W. Müller.

---

## Inhalts-Verzeichniß.

(Wo dem Datum keine Jahreszahl beigefügt ist, ist das Jahr 1870 gemeint.)

	Seite		Seite
<b>Frankreich und das Ministerium</b>		<b>Gambetta und Olivier kommen</b>	
<b>Olivier S. 1-45.</b>		hinter einander . . . . .	
Napoleon und Pius IX. . . . .	1	Rochefort's revolutionärer Artikel	12
Das Wachsen der Opposition in		in der „Marseillaise“ (11. Ja-	
Frankreich . . . . .	2	nuar) . . . . .	12
Das Ministerium Olivier (2. Ja-		Rochefort und Olivier in der Kam-	
nuar) . . . . .	3	mer (11. Januar) . . . . .	13
Persönlichkeiten der neuen Minister	4	Der Beerdigungstag Noir's ver-	
Die Minister wollen ehrliche Leute		läuft erträglich (12. Januar) . .	14
und liberale Staatsmänner sein	5	Die „Réforme“ bringt gleichfalls	
Der Seinepräfekt Hausmann ent-		einen revolutionären Artikel	
lassen (5. Januar) . . . . .	5	(12. Januar) . . . . .	15
Liberale Verordnungen . . . . .	6	Die Regierung verlangt von der	
Napoleon soll nicht mehr die Di-		Kammer die Erlaubniß, Roche-	
plomaten leiten . . . . .	6	fort gerichtlich zu verfolgen . .	16
Die Opposition verlangt Auflösung		Das linke Centrum sucht Ausflüchte	16
des gesetzgebenden Körpers und		Der gesetzgebende Körper erteilt	
Neuwahlen ohne officielle Kan-		der Regierung die Vollmacht zur	
didaturen . . . . .	7	Verfolgung (17. Januar) . . .	17
Warum kann das Ministerium nicht		Zwischen Gambetta und Olivier	
darauf eingehen? . . . . .	8	gibt es fortwährend Scenen in	
Prinz Peter Bonaparte erschießt		der Kammer . . . . .	18
den Journalisten Victor Noir		Rochefort und die Redakteure der	
(10. Januar) . . . . .	9	„Réforme“ werden vom Gericht	
Prinz Achill Murat hat auch Un-		verurtheilt (22. Januar) . . .	18
fug getrieben . . . . .	9	Rochefort will sich dem Gericht	
Charakteristik des Prinzen Peter		nicht stellen . . . . .	18
und Noir's . . . . .	10	Rochefort wird verhaftet und ins	
Wer von beiden ist der Schuldige?	11	Gefängniß geführt (8. Februar)	19
Prinz Peter verhaftet; der hohe		Unruhen in Paris (8. u. 9. Fe-	
Gerichtshof einberufen . . . . .	11	bruar) . . . . .	19

	Seite		Seite
Die reaktionäre Partei triumphirt	20	Proklamation des Kaisers an die	
Die Linke läßt die Kammer vor		Wähler (24. April) . . . . .	30
lauter Interpellationen an keine		Rundschreiben des Ministeriums an	
Arbeit kommen . . . . .	21	die Beamten . . . . .	32
Der Antrag auf Kündigung des		Brief Olliviers an seine Wähler	
englisch-französischen Handels-		(25. April) . . . . .	32
vertrags wird verworfen (28. Ja-		Gründung eines Centralausschusses	
nuar) . . . . .	22	für das Plebisit . . . . .	33
Liberale Maßregeln des Ministe-		Demokratischer Centralauschuß	
riums . . . . .	23	gegen das Plebisit . . . . .	33
Graf Daru protestirt gegen die be-		Manifest der Linken gegen das	
ständigen Streitigkeiten (22. Fe-		Plebisit . . . . .	33
bruar) . . . . .	23	Die französischen Bauern meinen,	
Debatte über die officiellen Kan-		das Plebisit sei der Sohn des	
didaturen (23. Februar) . . . .	24	Kaisers . . . . .	34
Vertagung des gesetzgebenden Kör-		Revolutionäre Reden in den öf-	
pers (26. Februar) . . . . .	25	fentlichen Versammlungen . .	35
Freisprechung des Prinzen Peter		Die Entdeckung eines Komplots	
(27. März) . . . . .	25	kommt sehr gelegen . . . . .	35
Kriegsminister Leboeuf zum Mar-		Resultat der Volksabstimmung	
schall ernannt (24. März) . . .	25	(8. Mai) . . . . .	36
Debatte über die Stärke des Kon-		Die 50,000 „Rein“ der Armee und	
tingents (4. April) . . . . .	25	der Marine . . . . .	36
Brief des Kaisers an Ollivier über		Unruhen in Paris (9., 10., 11. Mai)	36
Veränderung der Verfassung (21.		Napoleons Brief an Canrobert	
März) . . . . .	26	(11. Mai) . . . . .	36
Der neue Verfassungsentwurf wird		Interpellation wegen der gemäß-	
vom Senat angenommen (20.		regelten Soldaten (8. Juni) .	37
April) . . . . .	27	Ansprache des Kaisers an die Kam-	
Die äußerste Linke spricht sich in		mern (21. Mai) . . . . .	37
der Kammer gegen die Volksab-		Spaltung unter der Linken . . .	37
stimmung aus (4. u. 5. April) .	28	Debatte über die Bürgermeister-	
Warum will die kaiserliche Partei		wahlen (28. Juni) . . . . .	38
die Volksabstimmung? und wa-		Debatte über die Rückkehr der	
rum will die republikanische sie		Prinzen von Orleans (2. Juli)	38
nicht? . . . . .	29	Der Herzog von Gramont wird	
Graf Daru und Buffet treten aus		auswärtiger Minister (15. Mai)	40
Anlaß dieser Frage aus dem		Der „Constitutionel“ führt be-	
Ministerium (14. April) . . . .	30	reits eine kriegerische Sprache	
Ollivier übernimmt interimistisch		(18. Mai) . . . . .	41
das Auswärtige . . . . .	30	„Liberalismus und Chassepot!“ ist	
Die Kammer wird aufs neue ver-		die Parole. . . . .	41
tagt (13. April) . . . . .	30	Interpellation wegen der Gotthard-	
Wortlaut des Plebisits . . . . .	30	bahn (9. Juni) . . . . .	41

	Seite		Seite
Mit dieser Frage ist nicht viel anzufangen . . . . .	42	Strohmeyer nimmt sich sogar der Protestanten an (22. März)	54
Die Debatte fällt kläglich aus (20. Juni) . . . . .	43	Die dritte öffentliche Sitzung (24. April) . . . . .	55
Debatte über die Kontingenzstärke (30. Juni) . . . . .	44	Schema über den kleinen Kathismus . . . . .	55
„Der europäische Friede ist nie weniger bedroht gewesen als jetzt“ (30. Juni) . . . . .	45	Bertheilung des Entwurfs über d. Unfehlbarkeit (6. März) . . .	55
<b>Italien und das vatikanische Concil S. 46—64.</b>			
Die Circulardepesche des bairischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe über das Concil (9. April 1869) . . . . .	46	Die deutschen Bischöfe fordern vergebens eingehende Konferenzen (11. März) . . . . .	55
Stellung des franzöf. Kabinetts zum Vatikan . . . . .	47	Kardinal Schwarzenberg schreibt gegen die Opportunität der Unfehlbarkeitstheorie . . . . .	56
Pius IX. steuert der Unfehlbarkeit zu	47	Bischof Hefele über den Papst Honorius . . . . .	56
Pius ist ganz in den Händen der Jesuiten . . . . .	48	Pius spricht von „Eseln“ . . .	56
Pius hat allerhand Schwachheiten	48	Beginn der Verhandlungen über die Unfehlbarkeit (14. Mai)	57
Die Jesuiten wollen durch den Papst die Herrschaft über die Welt erringen . . . . .	49	Die Mehrheit verlangt den Schluß der Generaldebatte (3. Juni)	57
Bei diesem Concil geht es ganz anders zu als bei den früheren	49	Die Opposition protestirt vergebens dagegen . . . . .	57
Diktirung der Geschäftsordnung	50	Die Opposition bittet vergebens um Vertagung des Concils. .	57
Despotismus der Majorität über die Minorität . . . . .	50	Vorlegung der Formel der Unfehlbarkeit . . . . .	57
Die Jesuiten finden die Einmüthigkeit der Concilsbeschlüsse nicht absolut nothwendig . . . .	51	Abstimmung über die Unfehlbarkeit (13. Juli) . . . . .	57
Das vatikanische Concil ist ein reines Partei-Concil . . . .	51	Deputation und Protest der Minorität (15. Juli) . . . . .	58
Näheres über die Zahlenverhältnisse bei dem Concil . . . .	52	Die Opposition reißt vor der letzten öffentlichen Sitzung ab. .	58
Die 300 päpstlichen Kostgänger	52	Die vierte öffentliche Sitzung und Schlußabstimmung (18. Juli)	59
Mit der Musik in der Aula steht es sehr schlecht . . . . .	53	Das Gewitter am 18. Juli ist ein böses Vorzeichen . . . . .	59
Die 2. öffentliche Sitzung (6. Jan.)	53	Vertagung des Concils bis zum 11. November . . . . .	59
Adressen für und gegen die Unfehlbarkeit . . . . .	53	Das Jesuitenblatt macht den Papst zum ersten Herrscher der Welt (18. März 1871) . . . . .	60
Strohmeyer's Rede geg. d. Herrschaft der Jesuiten (25. Jan.)	54	Die Versammlung der deutschen Bischöfe in Fulda beschließt Nachgeben . . . . .	61



	Seite		Seite
Die Versammlung der freisinnigen Katholiken in Nürnberg protestiren gegen das neue Dogma	61	Der Kaiser lehnt die Auflösung der Landtage ab . . . . .	69
Schreiben Döllinger's an den Erzbischof von München (28. März 1871) . . . . .	61	Das Ministerium gibt seine Entlassung (4. April) . . . . .	69
Beuß's Depesche an Antonelli gegen die 21 Fluchsätze (10. Febr.)	62	Herrenhaus und Abgeordnetenhaus halten fest an der Verfassung .	69
Antonelli's Antwort (20. April) .	62	Rede des Präsidenten Kaiserfeld (8. April) . . . . .	70
Depesche des Grafen Daru an Antonelli (20. Februar) . . . . .	62	Potocki übernimmt die Bildung eines Ministeriums . . . . .	70
Antonelli's Antwort (19. März) .	63	Potocki will Reichbauer zum Minister des Innern machen . . . . .	70
Note des Grafen Daru (und der übrigen Kabinette) an Antonelli gegen die Dogmatisirung des Syllabus und der Unfehlbarkeit (10. April) . . . . .	63	Das Reichbauer'sche Programm .	71
Die italienische Regierung theiligt sich nicht an solch' erfolglosen Noten . . . . .	63	Der Kaiser verwirft dieses Programm . . . . .	72
Mazzinische Unruhen in Italien (24. März) . . . . .	63	Potocki bildet ein Verwaltungsministerium . . . . .	72
Republikanische Erhebungen in Kalabrien . . . . .	63	Der Landesverteidigungsminister Baron v. Bidmann hat schlimme Antecedentien und muß entlassen werden (28. Juni) . . . . .	73
Menotti Garibaldi üb. d. Minister	64	Potocki unterhandelt mit den Czechen und Polen . . . . .	74
 		Rieger überreicht dem französischen Ministerium eine Denkschrift .	75
<b>Die österreichischen Nationalitäten- und Verfassungskämpfe S. 64—77.</b>		Auflösung des Abgeordnetenhauses und der Landtage (21. Mai) .	75
Fortwährende Verlegenheiten in Oesterreich . . . . .	64	Auflösung des böhmischen Landtags (31. Juli) . . . . .	76
Das Dokorenministerium geht auseinander . . . . .	65	Wahlversammlung der deutsch-liberalen Partei in Wien (22. Mai)	76
Das Ministerium Hasner (25. Januar) . . . . .	66	Wahlagitation . . . . .	77
Reichsfinanzminister v. Loupay .	66	Der Kaiser stellt selbst einen klerikalen Wahlmann als seinen Stellvertreter auf . . . . .	77
Abreßdebatte im Abgeordnetenhaus	66	<b>Der Norddeutsche Bund, Reichstag und Zollparlament S. 78—98.</b>	
Annahme der Adresse (28. Jan.)	66	Der preussische Landtag . . . . .	78
Aufhebung d. Konkordats (30. Juli)	67	Bismarck gegen den Partikularismus des Herrenhauses (7. Febr.)	78
Unterhandlungen mit den Czechen und Polen . . . . .	68	Kultusminister v. Mühler gibt seine Entlassung, aber erhält sie nicht	79
Giska tritt aus dem Ministerium (20. März) . . . . .	68	Graf Bismarck ist darüber nicht erfreut . . . . .	79
Das Nothwahlgesetz (30. März) .	68		
Massenhafter Austritt der Abgeordneten . . . . .	69		

	Seite		Seite
Eröffnung des Reichsraths durch eine Thronrede (14. Februar) . . .	79	Die Todesstrafe im Princip angenommen . . . . .	90
Die Thronrede über das Verhältniß zu Süddeutschland . . . .	80	Der Kardorff'sche Antrag (Todesstrafe auf Fürstenmord oder den Versuch desselben) angenommen (24. Mai). . . . .	91
Ueber die Prüfung des casus foederis . . . . .	81	Bismarck spricht dafür . . . .	91
Lascker's Antrag wegen der Aufnahme Badens (24. Februar) .	82	Annahme des ganzen Strafgesetzbuches (25. Mai) . . . . .	91
Blankenburg's Amendement hiezu	82	Verhandlungen des norddeutschen Bundes mit der Schweiz über die Gotthardbahn . . . . .	92
Lascker hält die Aufnahme Badens für ganz ungefährlich . . . .	83	Bismarck im Reichstag über die Gotthardbahn (25. Mai) . . .	92
Blankenburg spricht dagegen . .	83	Unterzeichnung des Vertrags (10. Juni) . . . . .	93
Bismarck sieht in der Aufnahme Badens einen Hemmschub für die Einigung Deutschlands . .	83	Schluß des Reichstags (26. Mai)	93
Miquel spricht von Volkspolitik .	85	Eröffnung des Zollparlaments (21. April) . . . . .	93
Bismarck über die bisherigen Erfolge der Volkspolitik und über den badischen Minister Mathy.	85	Rede des Fürsten Hohenlohe . .	94
Eindruck der badischen Debatte .	86	Bamberger's Antrag auf Herstellung der Münzeinheit (5. Mai)	94
Annahme des Vertrags mit Baden und Hessen über gegenseitige Rechtshilfe . . . . .	86	Becher will eine Weltmünze . .	94
Antrag auf Zahlung von Diäten verworfen (2. März) . . . .	87	Berathung über den Vereinszolltarif. . . . .	95
Annahme des Gesetzes über die Pensionen der ehemaligen schleswig-holstein. Armee (22. Febr.)	87	Der Patow'sche Kompromiß . .	96
Gesetz über Erwerb u. Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit (21. Mai) . . . . .	87	Annahme des Kompromisses und des neuen Vereinszolltarifes (6. und 7. Mai). . . . .	97
Gesetz üb. d. Autorenrecht (20. Mai)	87	Schluß des Zollparlaments (7. Mai)	97
Beginn der Verhandlungen über das Strafgesetzbuch (22. Febr.)	87	Die Veränderung der Gewehre .	97
Antrag auf Redefreiheit (8. März)	87	Die Panzerflotte steuert nach den Azoren (9. Juni) . . . . .	98
Ueber die Bestrafung der politischen Verbrechen (16. März) . . . .	87	König Wilhelm und Kaiser Alexander in Emß (2. Juni) . .	98
Die Todesstrafe in der ersten Lesung verworfen (1. März) . . .	87	<b>Die 3 süddeutschen Staaten: Baden, Württemberg, Baiern S. 99—131.</b>	
Berathungen hierüber im Minister-rath . . . . .	88	Badens Stellung zum übrigen Süddeutschland . . . . .	99
Der Pland'sche Antrag . . . . .	89	„Und wir thun doch unsre Pflicht“	99
Bismarck gegen d. Pland'schen Antrag und für ein einheitliches Strafgesetz (23. Mai) . . . .	89	Ehätigkeit des Landtags . . . .	99
		Gesetz über Eintheilung der Kammerwahlbezirke (8. März) . .	100

	Seite		Seite
Debatte über den badischen Antrag im Reichstag (5. März) . . . . .	100	Landesversammlung der deutschen Partei und die ritterschaftlichen Abgeordneten (18. April) . . . . .	112
Schluß des Landtags u. Thron- rede (7. April) . . . . .	101	Was wollen die „Patrioten“ in Baiern? . . . . .	112
Verhalten der erzbischöflichen Kurie Partikularismus des württem- bergischen Ministeriums . . . . .	101 102	Verhältniß des Ministeriums zur Abgeordnetenammer . . . . .	113
Die Verhältnisse in der Abgeord- netenkammer . . . . .	103	Zusammentritt der Kammern (3. Januar) . . . . .	113
Adressensturm gegen das Kriegs- dienstgesetz . . . . .	103	Die Wahlen von München und von Günzburg . . . . .	114
Man meint, der „Beobachter“ sei Herr in Württemberg . . . . .	104	Die Thronrede (17. Januar) . . . . .	114
Die nationale Partei protestirt gegen diese Agitationen (5. Fe- bruar) . . . . .	104	Adreßdebatte in der Reichsraths- kammer (28. Januar) . . . . .	115
Eröffnung der Kammern (8. März) . . . . .	105	Die Prinzen des königlichen Hau- ses . . . . .	116
Interpellation wegen des casus foederis . . . . .	105	Der König nimmt die Adresse nicht an . . . . .	117
Antwort des Ministers v. Barn- büler (22. März) . . . . .	105	Konfistorial-Präsident v. Harleß Die bairische und die Wiener Presse . . . . .	117 117
Der Partikularismus steht bei al- len Debatten durch . . . . .	106	Angriffe zweier römischen Jour- nale gegen den König von Baiern . . . . .	117
Antrag der 45 Abgeordneten ge- gen das Kriegsdienstgesetz (11. März) . . . . .	106	Beginn der Adreßdebatte in der Abgeordnetenammer (29. Ja- nuar) . . . . .	118
Delegirtenversammlung in Stutt- gart . . . . .	107	Referent Dr. Jörg . . . . .	118
Zwiespalt im Ministerrath . . . . .	107	Dr. Böck über die Wahlen und über die Jesuitenpartei . . . . .	118
Kriegsminister v. Wagner will sich an seinem Etat nichts streichen lassen . . . . .	108	Dr. Böck über preussische und bai- rische Annexionen . . . . .	119
Sämmtliche Minister reichen ihre Entlassung ein (21. März) . . . . .	108	Dr. Böck über die Vorzüge Nord- deutschlands . . . . .	119
Die Großdeutschen meinen, jetzt komme die Reihe an sie . . . . .	108	Bölderndorff über die 3 Süd- staaten . . . . .	120
Die Neubildung des Ministeriums (24. März) . . . . .	109	Stauffenberg über den Allianz- vertrag . . . . .	120
Kriegsminister v. Suckow . . . . .	109	Barth über das Programm in der Fortschrittspartei in der deut- schen Frage . . . . .	120
Welche politische Bedeutung hat dieser Ministerwechsel? . . . . .	110	Die „Patrioten“ — Redner Sepp, Lukas, Greil, Mahr . . . . .	121
Die Großdeutschen und Demokra- ten sind sehr verblüfft . . . . .	110	Der Statistiker Kolb . . . . .	122
Cirkular des Ministers des In- nern (27. März) . . . . .	111	Referent Jörg gegen Hohenlohe	122

	Seite		Seite
Annahme des Adressentwurfs (13. Februar) . . . . .	126	Kammerauflösung (8. Juli) . . . . .	136
Fürst Hohenlohe reicht seine Entlassung ein (15. Febr.) . . . . .	127	Wahlprogramm der liberalen Partei . . . . .	136
Graf Bray wird auswärtiger Minister (7. März) . . . . .	127	Verhältniß Englands zu Irland . . . . .	137
Programm des neuen Ministers (30. März) . . . . .	127	Die irische Landbill (15. Febr.) . . . . .	137
Berathungen über d. „Kulturetat“ . . . . .	128	Englisch-amerikanischer Naturalisationsvertrag . . . . .	138
Berathungen über d. außerordentlichen Militäretat (31. März) . . . . .	128	Antrag auf Diäten verworfen . . . . .	138
Die Kolb'schen Militärvorschläge . . . . .	129	Opposition gegen die Klöster . . . . .	138
„Das gibt bewaffnete Bauernvereine“ . . . . .	129	Graf Clarendon stirbt (27. Juni) . . . . .	139
Generaldebatte über das Militärbudget (13. Juli) . . . . .	129	Graf Granville auswärtiger Minister (3. Juli) . . . . .	139
Die Specialdebatte wird durch den Krieg vereitelt . . . . .	130	Beendigung des Krieges in Paraguay . . . . .	139
Das neue Wahlgesetz . . . . .	130	Aufstände in Mexiko . . . . .	139
Zwiespalt unter den „Patrioten“ . . . . .	130	Die Vereinigten Staaten u. Kanada . . . . .	140
Dr. Döllinger und die bairischen Bischöfe . . . . .	131	Verwicklungen am Red River . . . . .	140
<b>Politische Zustände in den übrigen Staaten Europa's und Amerika's</b>		Genier-Einfälle in Kanada . . . . .	140
<b>S. 132—152.</b>		Wiederaufnahme der Rebellenstaaten in die Union . . . . .	141
In Griechenland geht d. Räuberhandwerk immer noch stark . . . . .	132	Ein Neger im Senat . . . . .	142
Die Unthat von Marathon (11. April) . . . . .	132	Unterhandlungen über d. Annexion von Domingo . . . . .	142
Streit zwischen der Türkei und Aegypten . . . . .	133	Die Aufständischen werden nicht als kriegsführende Macht anerkannt . . . . .	143
Fürst Karl in Rumänien und die dortigen Parteien . . . . .	133	Grausamkeiten gegen die Indianer . . . . .	144
Rußland's Beziehungen zu Deutschland . . . . .	134	Gründe der Streitigkeiten mit den Indianern . . . . .	145
Die russischen Ostseeprovinzen . . . . .	134	Die Indianer-Häuptlinge in Washington . . . . .	145
Holland hat Furcht vor Deutschland . . . . .	135	Palastrevolution in Portugal . . . . .	146
Verbesserungen in den Kolonien . . . . .	135	Herzog von Saldanha macht sich zum Ministerpräsidenten (19. Mai) . . . . .	146
In Belgien gibt das liberale Ministerium seine Entlassung (15. Juni) . . . . .	136	Der Protestantismus in Spanien . . . . .	146
Das klerikale Ministerium (2. Juli) . . . . .	136	Parteiwesen in Spanien . . . . .	147
		Thronkandidaten in Spanien . . . . .	147
		Montpensier erschießt den Don Enrique (12. März) . . . . .	148
		Isabella in Paris trennt sich von ihrem Franz . . . . .	148

	Seite		Seite
Isabella dankt zu Gunsten ihres Sobnes Alfons ab (25. Juni)	149	Salazar's neue Erklärung über die Kandidatur (8. Juli)	159
Marſchall Prim ſpricht in d. Korreſſion von ſeinem vierten Thronkandidaten (11. Juni)	149	Die Biſmarck'schen Enthüllungen	160
Federmann weiß, daß dies Prinz Leopold von Hohenzollern iſt	149	Erſter Entwurf einer Allianz zwiſchen Frankreich und Preußen (Mai 1866)	161
Salazar's Flugſchrift über die hohenzollernſche Kandidatur (23. Oktober 1869)	150	Zweiter Vertragsentwurf (Auguſt 1866)	162
Spaniſche Unterhändler in Sigmaringen	151	Dritter Vertragsentwurf (1867)	163
Der Miniſterrath proklamirt die Proklamtion der hohenzollernſchen Kandidatur (2. Juli)	152	Biſmarck über die franzöſ. Diplomatie	163
Das Madrider Telegramm an d. telegraphiſche „Bureau Havas“ (3. Juli)	152	Das Benedetti'sche Manuſkript von 1867	164
<b>Diplomatiſch-parlamentariſches Vorſpiel S. 152—248.</b>		Gramont's Depeſche hierüber nach London (28. Juli)	164
Der „Conſtitutionnel“ eröffnet den Feldzug (4. Juli)	152	In England glaubt ihm niemand	165
Die hohenzollernſche Kandidatur ſoll ein preußiſches Intriguenſtück ſein	153	Benedetti's naive Ausrede (29. Juli)	165
Anfrage des franzöſ. Geſchäftsträgers bei Herrn v. Thile in Berlin (4. Juli)	154	Selbſt die Franzoſen ſchämen ſich ſeiner	166
Gefpräch des Freiherrn v. Werther mit Gramont und Dllivier (4. Juli)	154	Auch Dllivier drückt ſich lächerlich aus	166
Dllivier ſpricht von Kriegsdrohung	155	Prinz Napoleon und Biſmarck (März 1868)	167
Wertber reiſt nach Gms (5. Juli)	155	Schluß der Biſmarck'schen Enthüllungsdepeſche (29. Juli)	167
Cochery's Interpellation (5. Juli)	155	Welche Gründe haben Napoleon zum Kriege beſtimmt?	167
Gramont's Erklärung u. Drohung in der Kammer (6. Juli)	155	Er will ſich aus ſeinen Verlegenheiten herausziehen	168
Die Linke proteſtirt gegen das kriegeriſche Vorgehen Gramont's	156	Er will ſeiner Dynaſtie durch Eroberungen Halt u. Dauer verſchaffen	168
Depeſche des ſpaniſchen Miniſters Sagasta über die hohenzollernſche Kandidatur (7. Juli)	158	Er glaubt, nicht einen nationalen, ſondern einen dynaſtiſchen Krieg zu führen	169
Sagasta beſchwert ſich über Frankreich	159	Er hofft viel von Süddeutſchland und Hannover	169
		Auch die Kaiſerin Eugenie hat ihre Hände im Spiel	170
		„Demüthigung oder Krieg!“ iſt die Loſung	170
		Minifter Gramont handelt wie ein Kaufbold	171

	Seite		Seite
Die chauvinistische Presse spricht von Kolbenstößen und von der Räumung Mainz' . . . . .	172	Verleumdung des Königs von Belgien . . . . .	185
Wenige Blätter sind vernünftig	173	Olivier erklärt den Zwischenfall für erledigt . . . . .	186
Die französi. Minister wissen über Preußen viel zu klagen (8. Juli)	174	Der „Constitutionnel“ über diesen friedlichen Triumph . . . . .	186
Gramont will mit Spanien gut stehen (7. Juli) . . . . .	174	Interpellation Clement Duvernois'	186
Gramont's Cirkulardepeche über Vergleichung dieser Kandidatur mit früheren (9. Juli) . . . . .	175	Werther's Unterredung mit Gramont (12. Juli) . . . . .	187
Was ist von diesen „Präcedenzfällen“ zu halten? . . . . .	175	Die Verzichtleistung ist jetzt Neben Sache . . . . .	188
Kriegsvorbereitungen (7. Juli) . . . . .	176	Gramont verlangt einen entschuldigenden Brief . . . . .	188
Die Minister geben auf die Fragen in der Kammer keine Antwort (7. u. 11. Juli) . . . . .	176	Olivier sekundirt ihm . . . . .	189
Gespräch Gramont's mit Lord Lyons über des Prinzen freiwilligen Rücktritt (8. Juli) . . . . .	177	Werther's tadelnswerthe Nachgiebigkeit . . . . .	189
Gespräch über ebendaselbe Thema (10. Juli) . . . . .	178	Bismarck gibt ihm Urlaub . . . . .	190
Freiherr v. Werther in Ems . . . . .	179	Oberst Stoffel und die Zündnadelgewehre . . . . .	190
Instruktion an den Grafen Solms in Paris (9. Juli) . . . . .	179	Napoleon und Persigny . . . . .	191
Die deutsche Presse erwartet von Preußen die entschiedenste Haltung . . . . .	179	Gramont's Erklärung in der Kammer (13. Juli) . . . . .	192
Die „Nationalzeitung“ veröffentlicht ein französi. Aktenstück . . . . .	180	Interpellation Jerome David's (13. Juli) . . . . .	192
Die Antecedentien des Grafen Benedetti . . . . .	181	Gramont's Gespräch mit Lord Lyons (12. Juli) . . . . .	192
Graf Benedetti in Ems (8. Juli)	182	Neues Gespräch (13. Juli) . . . . .	193
Seine erste Audienz bei dem König (9. Juli) . . . . .	182	Granville muthet dem König zu, an den Prinzen ein Verbot ergehen zu lassen . . . . .	194
Seine zweite Audienz (11. Juli)	183	Graf Bernstorff gibt ihm die richtige Antwort (14. Juli) . . . . .	194
Telegramm von Berlin an d. süddeutschen Staaten (11. Juli) . . . . .	183	Graf Bismarck in Berlin, Ministerberathung (12. Juli) . . . . .	195
Ministerrath in Berlin (11. Juli)	183	Unterredung zwischen Bismarck u. Lord Loftus . . . . .	195
Werther reist nach Paris zurück (11. Juli) . . . . .	184	Spanien zieht sich nicht ehrenvoll aus der Sache . . . . .	196
Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern (12. Juli) . . . . .	184	Priems Haltung ist verächtlich . . . . .	197
Dies ist dem französi. Kabinet sehr unangenehm . . . . .	185	Benedetti erhält neue Instruktionen . . . . .	198
		Auf der Brunnenpromenade zu Ems (13. Juli) . . . . .	198
		Benedetti's weitere Versuche werden abgewiesen . . . . .	199

	Seite		Seite
Telegramm der preussischen Regierung an ihre Gesandten (13. Juli) . . . . .	200	Aufruf der Königin und der Kronprinzessin . . . . .	215
Große Aufregung in Paris (14. Juli) . . . . .	200	Circulardepesche des Grafen Bismarck (18. Juli) . . . . .	215
Die französl. Minister machen den Kriegesfall . . . . .	201	Bermittlungsversuch des englischen Kabinetts . . . . .	215
Werther nimmt Abschied von Gramont . . . . .	201	Lord Loftus an den Grafen Bismarck und Graf Bismarck an Lord Loftus (17. u. 18. Juli)	216
Nächtlicher Unfug vor seinem Hotel . . . . .	202	Lord Lyons äußert sich voll Freundschaft gegen Gramont (15. Juli) . . . . .	216
Die Minister verlesen in den Kammern ein Exposé (15. Juli) .	202	Die englischen Blätter prophezeien Napoleon nichts Gutes	217
Die Linke erkennt in dieser Sache keinen Kriegesfall . . . . .	202	Der Kaplan der Königin Viktoria über die Minister . . .	217
Thiers spricht gegen den Krieg.	204	Neutralitätsproklamation in England . . . . .	218
„Sie werden diese Ueberföztzung bereuen“ . . . . .	206	Thronrede bei Eröffnung des norddeutschen Reichstags (19. Juli) . . . . .	218
Die Linke will die beleidigende Depesche sehen . . . . .	207	Offizielle Kriegserklärung (19. Juli) . . . . .	220
Die Minister legen sie nicht vor	207	Die Kriegserklärung wird vom Reichstag mit „Hurrah“ aufgenommen . . . . .	220
Die Kriegsvorlagen der Regierung werden mit großer Mehrheit angenommen . . . . .	208	Adresse des Reichstags (20. Juli)	221
Somit ist Frankreich gleichfalls verantwortlich für den Krieg	208	Erklärung Bismarck's im Reichstag . . . . .	221
Die Presse triumphirt bereits .	209	Vorlegung der Aktenstücke . .	222
Herumziehende Banden in Paris	209	Annahme sämtlicher Regierungsvorlagen (21. Juli) . . . . .	223
Rückkehr des Königs nach Berlin (15. Juli) . . . . .	210	Schluß des Reichstags (21. Juli)	223
Mobilisirung der Armee beschloffen (15. Juli) . . . . .	210	Das Telegramm von St. Louis (19. Juli) . . . . .	223
Begeisterte Stimmung in Deutschland . . . . .	211	Mobilisirung in Baden (16. Juli)	224
Der Krieg ist kein dynastischer, sondern ein nationaler . . .	211	Sprengung der Rheinbrücke (22. Juli) . . . . .	224
Opferfreudigkeit des ganzen Volkes . . . . .	212	Erbitterung Frankreichs gegen Baden . . . . .	225
Vorsichtsmaßregeln an der Nordseeküste . . . . .	212	Die explodirenden Kugeln (21. Juli) . . . . .	225
Erklärung Bismarck's im Bundesrath (16. Juli) . . . . .	213	„Selbst die Frauen werden nicht verschont werden“ . . . . .	225
Beschlüsse des Bundesraths . .	214	Auch Hessen muß mobilisiren .	226
Audienz des Berliner Magistrats beim König (18. Juli) . .	214		

	Seite		Seite
Eine verbotene Volksversammlung . . . . .	226	Napoleons Proklamation an die Flotte . . . . .	240
Die nationale Haltung des Königs von Baiern . . . . .	227	Napoleons Proklamation an das französische Volk (23. Juli) . . . . .	240
Eine deutsche Antwort an Frankreich (10. Juli) . . . . .	227	Napoleon reist mit seinem Sohne nach Metz (23. Juli) . . . . .	241
Baiern mobilisirt (16. Juli) . . . . .	228	Proklamation an die Rheinarmee (28. Juli) . . . . .	241
Frohlocken in München . . . . .	228	Napoleons Kriegsplan . . . . .	242
Die Minister verlangen von der Kammer einen außerordentlichen Militärkredit (18. Juli)	228	Gründe der Unausführbarkeit desselben . . . . .	243
Berathung über den Militärkredit (19. Juli) . . . . .	229	In Deutschland gehen die Rüstungen trefflich vorwärts . . . . .	244
Dr. Jörg hält eine schamlose Rede	229	Raschheit der Mobilisirung und Fortschaffung der Armee . . . . .	245
Dr. Sepp begeistert sich für den Krieg . . . . .	230	Erneuerung des Ordens des eisernen Kreuzes . . . . .	245
Graf Bray und v. Prandl . . . . .	231	Militärinspektor der freiwilligen Krankenpflege . . . . .	246
Berwilligung des Militärkredits	232	Abhaltung eines allgemeinen Bettages (27. Juli) . . . . .	246
Die Reichsrathskammer stimmt zu (20. Juli) . . . . .	232	Erklärung des Kriegszustandes in den nördlichen und westlichen Grenzbezirken (27. Juli) . . . . .	246
Telegramme zwischen München und Berlin (20. Juli) . . . . .	233	Einsetzung von General-Gouverneuren (23. Juli) . . . . .	246
Politische Reisen des Ministers v. Barmbüler . . . . .	233	General Vogel v. Falkenstein . . . . .	246
Volksversammlung in Stuttgart (16. Juli) . . . . .	234	Die Helgoländer Lotfen . . . . .	246
Rückkehr des Königs, Mobilisirung (17. Juli) . . . . .	234	Die Truppen in den Küstengebieten . . . . .	247
Die Abgeordnetenkammer (21. Juli) . . . . .	235	Bildung 3 Deutscher Armeen . . . . .	247
Mit dem „Beobachter“ ist's aus	235	Abreise des Königs von Berlin (31. Juli) . . . . .	247
Die beiden Kammern verwilligen den Militärkredit (22. Juli) . . . . .	236	Das große Hauptquartier in Mainz (3. August) . . . . .	248
Die Generale v. Prittwitz und v. Dbernik . . . . .	237	Proklamation an die Deutsche Armee (3. August) . . . . .	248
Die „tête carrées“ . . . . .	237	<b>Deutschlands Krieg mit dem kaiserlichen und dem republikanischen Frankreich. S. 249—304.</b>	
Napoleon sucht Bundesgenossen und findet keine . . . . .	238	Die Komödie von Saarbrücken (3. August) . . . . .	249
Die Marskellaise soll helfen . . . . .	238	Glänzende Siegesdepeschen in Paris . . . . .	249
Empfang des Senats in den Tuilerien (16. Juli) . . . . .	239		
Empfang des gesetzgebenden Körpers (22. Juli) . . . . .	239		
Eugenie reist nach Cherbourg (24. Juli) . . . . .	240		



	Seite		Seite
„Eine neue Gesichtspériode“ . . . . .	251	Rechtsschwenkung der Deutschen Armee . . . . .	263
Die Siege von Weißenburg und von Wörth (4. und 6. August) . . . . .	251	Proklamation des Königs an das französische Volk (11. August) . . . . .	264
Sieg von Spicheren (6. August) . . . . .	252	Bazaine will von Metz abziehen . . . . .	264
Eintheilung und Aufstellung der französischen Armee . . . . .	253	Die Schlacht von Courcelles (14. August) . . . . .	265
Bewundernswerthe Haltung der Deutschen Truppen . . . . .	254	Die Schlacht bei Bionville (16. August) . . . . .	265
Das Siegestelegramm vom 6. Au- gust in Paris . . . . .	255	Die Schlacht bei Gravelotte (18. August) . . . . .	266
Das Sturzbad kommt hindendrein . . . . .	256	Belagerungsarmee vor Metz . . . . .	267
Proklamation der Kaiserin (7. August) . . . . .	256	Die dritte und die vierte Armee . . . . .	267
Es regnet mit Dekreten . . . . .	257	Napoleon in Chalons (17. Aug.) . . . . .	267
„Die volle Wahrheit“ . . . . .	257	Plan eines neuen Staatsstreichs . . . . .	267
Zusammentritt der Kammern (9. August) . . . . .	258	Mac Mahon zieht wider seinen Willen nach Sedan . . . . .	268
Duvernois beantragt ein Miß- trauensvotum gegen die Mi- nister . . . . .	258	Gefechte unterwegs . . . . .	269
Rücktritt des Ministeriums . . . . .	258	Schlacht von Sedan (1. Septbr.) . . . . .	269
Das Ministerium Palikao (10. August) . . . . .	259	Kapitulation von Sedan (2. Sep- tember) . . . . .	269
Gramont's Depesche gegen Bis- marck und Thiers (21. Juli) . . . . .	259	Napoleon auf Wilhelmshöhe (5. September) . . . . .	269
Napoleon legt den Oberbefehl nieder (9. August) . . . . .	260	Schlacht bei Noisseville (31. Aug. und 1. Sept.) . . . . .	270
Bazaine übernimmt den Ober- befehl . . . . .	260	March nach Paris (4. Sept.) . . . . .	270
Bazaine und Palikao . . . . .	260	Cernirung von Paris (19. Sept.) . . . . .	270
Trochu General-Gouverneur von Paris . . . . .	260	In Paris spricht man von Siegen . . . . .	271
Thiers' Rede über die schlechten Rüstungen (11. August) . . . . .	260	Palikao lügt, so lange er kann . . . . .	272
Ausweisung der Deutschen be- schlossen . . . . .	261	Flucht der Wohlhabenden aus Paris . . . . .	273
„Nach Berlin! Nach Berlin!“ . . . . .	261	Vertreibung aller Deutschen aus Paris . . . . .	273
Die Orleans regen sich wieder . . . . .	261	Endlich muß Palikao die Wahr- heit sagen . . . . .	274
Brief des Prinzen von Joinville . . . . .	262	Proklamation an das französische Volk (4. September) . . . . .	274
Man spricht schon von der Ab- setzung des Kaisers . . . . .	262	Kammersitzung . . . . .	274
Die Truppen werden aus dem Kirchenstaat zurückgezogen . . . . .	263	Proklamation der Republik (4. September) . . . . .	275
Nach der Nordsee werden keine Landungstruppen geschickt . . . . .	263	Flucht der Kaiserin . . . . .	275
		Die Regierung der „nationalen Vertheidigung“ . . . . .	276
		Das neue Ministerium . . . . .	276
		Proklamationen und Dekrete . . . . .	276

	Seite		Seite
Favre's Rundschreiben (6. Sept.)	277	Orleans wieder besetzt (4. Dez.)	288
„Kein Fuß breit Landes, kein Stein unsrer Festungen“ . . .	277	Verfolgung Chanzy's gegen Le Mans . . . . .	288
Favre's zweites Rundschreiben (17. September) . . . . .	278	Ausfälle von Paris . . . . .	289
Bismarck's Rundschreiben vom 13. September . . . . .	279	Thiers' diplomatische Rundreise Thiers' Zusammenkunft mit Bis- marck . . . . .	289 290
Bismarck's Rundschreiben vom 16. September . . . . .	280	Die Unterhandlungen abgebrochen (5. November) . . . . .	290
Das Deutsche Volk verlangt ein einiges Reich u. sichere Grenzen	281	Favre's Rundschreiben über die Waffenstillstandsverhandlungen (7. November) . . . . .	290
Favre's Zusammenkunft mit Bis- marck (19. u. 20. Sept.) . . .	282	Bismarck's Rundschreiben (8. No- vember) . . . . .	290
Rundschreiben des Grafen Bis- marck und Favre's . . . . .	283	Aufstand der Socialdemokraten (31. Oktober) . . . . .	291
Außenregierung in Tours (13. September) . . . . .	283	Neue Ausfälle (30. Nov., 2. Dez., 22. Dez.) . . . . .	291
Das diplomatische Corps in Paris	283	Besetzung des Mont Avron (29. Dezember) . . . . .	292
Kapitulation von Straßburg (23. September) . . . . .	284	Vorbereitungen zum Bombarde- ment . . . . .	292
Kapitulation von Loul (28. Sept.)	284	Die Operationen in der Ostsee	293
Das 14. Corps unter General Werder . . . . .	284	Die Operationen in der Nordsee	294
Schlettstadt, Breisach, Belfort .	284	Seegefecht b. Havannah (9. Nov.)	294
Zug gegen Dijon und Langres	284	Delbrück in München (21. Sept.)	295
Bazaine schickt seinen Adjutanten nach Versailles . . . . .	285	Entlassung Varnbüler's . . . .	295
Kapitulation von Metz (27. Okt.)	285	Minister Mittnacht in München	295
Feldmarschälle (28. Oktober) . .	285	Die bairischen Minister machen starke Forderungen . . . . .	295
Graf Moltke (28. Oktober) . . . .	286	Die württembergische Regierung befreundet sich mit dem Ge- bankten an den Anschluß . . .	296
General Steinmetz . . . . .	286	Die süddeutschen Minister reisen nach Versailles . . . . .	296
Theilung der Belagerungsarmee	286	Mit Baiern geht es nicht vorwärts	296
Gambetta als Diktator in Tours	286	Sonst geht es gut . . . . .	297
Bildung 3 französischer Armeen	286	Da kommt ein Stuttgarter Tele- gramm . . . . .	297
Manteuffel's Siege über die Nordarmee . . . . .	287	Abschluß mit Baden und Hessen (15. November) . . . . .	297
Kapitulationen . . . . .	287	Abreise der württemb. Minister .	297
General v. d. Tann in Orleans (11. Oktober) . . . . .	287	Abschluß mit Baiern (23. Nov.)	298
Loire-Armee unter Aurelles de Paladine . . . . .	287	Abschluß mit Württemberg in Berlin (25. November) . . .	298
General v. d. Tann gibt Orleans auf (8. November) . . . . .	288		
Großherzog von Mecklenburg .	288		
Prinz Friedrich Karl kommt u. segt	288		

	Seite		Seite
König Ludwig und der Deutsche Kaiser . . . . .	298	Russischer Vorschlag bezüglich des Rücktritts des Prinzen Leopold (13. u. 16. Juli) . . . . .	307
Koncessionen an Baiern . . . . .	298	Korrespondenz zwischen dem Grafen Bernstorff und dem Lord Granville wegen der Ausfuhr von Kriegsmaterial . . . . .	308
Reichstag in Berlin (24. Nov.) . . . . .	299	Gründe der englischen Sympathien für Frankreich . . . . .	309
Der Reichstag genehmigt die Verträge (9. Dez.) . . . . .	299	Luxemburg verlegt seine Neutralitätspflichten . . . . .	309
Die Kaiserdeputation in Versailles (18. Dez.) . . . . .	300	Korrespondenz hierüber zwischen dem Grafen Bismarck und Lord Granville (3., 17., 24. Dec.) . . . . .	310
Der preussische Landtag (14. Dez.) . . . . .	300	Getheilte Stimmung in Luxemburg . . . . .	310
Eröffnung des badischen Landtags (16. Dez.) . . . . .	301	Russische Note über den Pariser Vertrag (31. Okt.) . . . . .	311
Genehmigung der Verträge . . . . .	301	Notenwechsel hierüber . . . . .	312
Der hessische Landtag genehmigt die Verträge (20. Dez.) . . . . .	301	Der Kronprinz von Preußen und der Prinz Friedrich Karl zu russischen Feldmarschällen ernannt . . . . .	312
Der württemb. Landtag genehmigt d. Militärkredit (22. Okt.) . . . . .	301	Vorschlag des Grafen Bismarck zur Schlichtung des Pontus-Streitcs (26. Nov.) . . . . .	312
Auflösung der württemb. Abgeordneten-kammer (22. Okt.) . . . . .	301	Wechsel der Ministerien in Rumänien . . . . .	313
Die Neuwahlen fallen günstig aus (5. Dez.) . . . . .	301	Die Deutschen in den Vereinigten Staaten . . . . .	313
Der württemb. Landtag genehmigt die Verträge (23. Dez.) . . . . .	302	Die Waffenausfuhr in Amerika . . . . .	314
Warum wollen die bairischen Minister keine Kammerauflösung? . . . . .	303	Präsident Grant sucht vergebens zu steuern . . . . .	214
Rede des Justizministers v. Luz in d. Abgeordneten-kammer für die Annahme der Verträge (14. Dezember) . . . . .	303	Botschaft des Präsidenten an den Kongreß (4. Dec.) . . . . .	314
Die Kommission ist für Verwerfung der Verträge . . . . .	304	Präsident Grant wünscht die Annexion St. Domingo's . . . . .	315
Die Reichsrathskammer genehmigt die Verträge (30. Dez.) . . . . .	304	Marshall Prim weiß eine neue Thronkandidatur für Spanien (3. Nov.) . . . . .	315
<b>Das Verhalten der neutralen Staaten S. 305—326.</b>		Königswahl in der Cortes (16. Nov.) . . . . .	315
Umtriebe der neutralen Staaten . . . . .	305	Marshall Prim wird ermordet (28. Dec.) . . . . .	316
Rußland's wohlwollende Haltung gegen Deutschland . . . . .	305	König Amadeo lanbet in Cartagena (30. Dec.) . . . . .	316
Durch Rußland wird Desterreich und Dänemark lahm gelegt . . . . .	306		
Drei deutsche Reservearmeen . . . . .	306		
England schließt mit Preußen und Frankreich einen Vertrag zum Schutze der Neutralität Belgiens (30. Juli) . . . . .	306		

	Seite		Seite
Gespräch zwischen Graf Beust u. Lord Bloomfield (13. Juli)	316	Beust's Antwort an Bismarck (26. Dez.) . . . . .	321
Verächtliche Rüstungen in Oest- reich . . . . .	317	Italien macht sich für alle Fälle bereit . . . . .	321
Sympathien und Antipathien .	317	Räumung Roms und Zurückgrei- fung zur Septemberkonvention (2. u. 4. August) . . . . .	322
Hofrath Klaczko . . . . .	317	Italienische Circulardepeſche über die Befegung Roms (29. Aug. u. 7. Sept.) . . . . .	322
Eröffnung d. Landtage (20. Aug.)	318	Brief Viktor Emanuel's an den Papst (8. Sept.) . . . . .	322
Czechische Adresse im böhmischen Landtag (14. Sept.) . . . .	318	Die italienischen Truppen besetzen Rom (20. Sept.) . . . . .	323
Eröffnung des Reichsraths (17. Sept.) . . . . .	318	Die Kurie antwortet mit Pro- testen und Bannflüchen . .	323
Kaiserliches Reskript an d. böhm. Landtag (29. Sept.) . . . .	319	Das römische Plebiszit (2. Okt.)	324
Die Tschechen geben nicht nach (4. Okt.) . . . . .	319	Mit d. intoleranten Einrichtungen in Rom wird aufgeräumt . .	324
Direkte Reichstagswahlen in Böh- men (3. Nov.) . . . . .	319	Eröffnung d. Parlaments (5. Dez.)	325
Das Ministerium Potocki reicht seine Entlassung ein (23. Nov.)	319	Die Kammern genehmigen die Einverleibung d. Kirchenstaats (21. u. 29. Dez.) . . . . .	325
Eröffnung der Delegationen in Pesth (24. Nov.) . . . . .	319	Debatte über die Verlegung des Regierungssitzes von Florenz nach Rom (22. Dez.) . . . .	325
Militärbudget . . . . .	319	Viktor Emanuel in Rom (31. De- zember) . . . . .	325
Denkschrift der Tschechen an den Grafen Beust (8. Dez.) . . .	320	Das Papstthum und Frankreich einerseits u. Deutschland ande- rerseits . . . . .	325
Beust's Antwort (14. Dez.) . .	320		
Die Tiroler Landwehr . . . .	320		
Unterredung d. Herrn v. Schweiniß mit d. Grafen Beust (5. Dez.)	320		
Depeſche Bismarck's an Beust üb. die künftige Stellung Deutsch- lands zu Oestreich (14. Dez.)	320		

## Frankreich und das Ministerium Ollivier.

Raum irgend ein Jahr kündigte sich mit friedfertigerer Miene an als das Jahr 1870. Es waren hauptsächlich zwei Ereignisse, welche beim Beginn des Jahres die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zogen und demselben seine Signatur geben zu wollen schienen. Die neue parlamentarische Aera in Paris und das ökumenische Concil in Rom standen an der Schwelle, als das neue und das alte Jahr sich die Hände drückten. Beide Ereignisse waren grundverschieden. Dort stieg ein Herrscher, dessen persönliches Regiment Jahrzehnte lang für ein Muster von Staatskunst gegolten hatte, aber durch einige äußere Mißerfolge in Mißkredit gekommen war, freiwillig von seiner Himmelsleiter herab und theilte die Pflichten und Sorgen seines Regiments mit seinen Ministern und parlamentarischen Körpern; hier stieg ein Staats- und Kirchen-Oberhaupt, dessen politische und kirchliche Anschauungen längst in der Rubrik der Anachronismen aufgeführt wurden, und der durch Syllabus und Encyklika die wissenschaftliche Bildung einer ganzen Welt herausgefordert hatte, mit der ängstlichen Ungeduld eines sterbenden Greises die Himmelsleiter vollends hinauf und ließ sich von seiner Kamarilla die Apotheose, welche die alten römischen Kaiser erst nach dem Tode erhielten, schon im Leben ertheilen. Dort sollte das Kaiserthum mit der Freiheit und die Freiheit mit dem Kaiserthum versöhnt und den Werken des Friedens eine neue Arena eröffnet werden, in welcher alle edleren geistigen Kräfte zur gleichen Geltung kämen und einen Wettlauf eingiengen; hier sollte alles kirchliche Leben, das religiöse Bewußtsein der ganzen katholischen Welt mit asiatischer Despotie im Bann gehalten und dem schlimmsten Feinde unserer modernen Kultur, dem Jesuitismus, eine neue Bahn gebrochen werden, auf

welcher er unter der Firma des unfehlbaren Oberhauptes das Denken der Gläubigen nach seiner mittelalterlichen Schablone regelte und das der Ungläubigen mit einer stattlichen Zahl von Flüchen belegte. Dort dachte man sich den Frieden geschmückt mit den Farben des Frühlings und den Früchten des Sommers, hier wollte man auch nichts anders als Frieden, aber den Frieden des Kirchhofs. Beide, der Herrscher an der Seine und der am Eiber, täuschten sich und andere, und ehe es ihnen möglich war, den rettenden Faden aus dem Labyrinth ihrer Täuschungen zu erhaschen, sahen sich beide Träumer in eine Art Käfig versetzt, aus welchem ein Entkommen dem einen nicht möglich, dem anderen nicht erwünscht war.

In Frankreich war die Opposition seit dem Jahre 1866 in stetigem Wachsen. Das napoleonische Prestige war verschwunden. Man sah den Kaiser nicht mehr als eine irdische Vorsehung an, sondern als ein Menschenkind wie jedes andere, und da er an der Ausübung seines persönlichen Regiments mit Hartnäckigkeit festhielt, so mußte er es sich gefallen lassen, daß seine Person einer schonungslosen Kritik unterworfen wurde, was bekanntlich in anderen konstitutionellen Staaten nicht der Fall ist. Selbst die alte Regierungspartei im gesetzgebenden Körper, welche sich bisher so willig in die Disziplin gefügt hatte, wurde störrisch. Die Wahlen vom Mai 1869 hatten zwar den officiellen Kandidaten die Mehrheit verschafft, aber von diesen benahmen sich bei weitem nicht alle streng officiell. Dies hatte sich bei der Bildung einer neuen, der dritten Partei, gezeigt, welche bei ihrer Interpellation vom 5. Juli die Einführung der Ministerverantwortlichkeit und die Wiederherstellung aller parlamentarischen Privilegien des gesetzgebenden Körpers forderte und in wenigen Tagen 116 Unterschriften zählte. Darunter waren die Mitglieder der äußersten Linken, etwa 37, nicht inbegriffen; doch war bei einem solchen Programm natürlich auf sie zu zählen; dadurch stieg obige Zahl auf 153, was in einer Versammlung von 292 Mitgliedern die Mehrheit ausmacht. Der Kaiser merkte den Witterungswechsel. Er stellte in seiner Botschaft vom 12. Juli Reformen in Aussicht, die denn auch durch den Senatskonsult vom 6. September sanktionirt wurden, entließ den „Vizekaiser“ Rouher und ernannte das Ministerium vom 17. Juli. Diese Wahl war ein kolossaler Mißgriff: der verhaßte Rouher, der Mann der poli-

tischen Charakterlosigkeit, war entlassen und dessen treueste Copie und ergebenster Adjutant, Forcade la Roquette, war der Leiter des neuen Ministeriums. Damit war aller Glaube, alles Vertrauen wieder dahin. Die „Unversöhnlichen“ tobten, die Klubs regten sich und führten eine Sprache, wie wenn man bereits vor der Guillotine stände, die Presse hezte offen zur Revolution. Da es nicht dazu kam, so hatte nicht die Demokratie, sondern die Regierung gewonnen. Alle gemäßigten Elemente scharten sich um sie als um das kleinere Uebel; denn als der Uebel größtes mußte ihnen nach den Erfahrungen von 1848 die rothe Republik erscheinen. Nach dem Zusammentritt der Kammer erregten die Wahlprüfungen und die damit verbundenen Enthüllungen über die allerdings skandalösen Intriquen der Regierung auf's neue Kämpfe, die nur mit einer moralischen Niederlage der letzteren enden konnten. Gleich nach den Wahlprüfungen wollten die 116 Unterzeichner, an deren Spitze Ollivier stand, ihren Feldzug gegen das reaktionäre Ministerium beginnen. Der Kaiser kam dem Schlag zuvor, entließ seine Minister und ersuchte in seinem Schreiben vom 27. December Ollivier, ein neues Cabinet, das der treue Ausdruck der Mehrheit des gesetzgebenden Körpers sein sollte, zu bilden.

Am 2. Januar 1870 kam nach großer Mühe und manchen Schwankungen das Ministerium zu Stande. Ob es, wie der kaiserliche Brief sagte, ein „gleichartiges“ war, konnte man am 2. Januar noch nicht so ganz bestimmt sagen. Der Wille mochte bei allen Mitgliedern desselben gleich gut sein; ob er gleich stark war, war eine andere Frage. Die Klippe, vor der sie sich zu hüten hatten, war der persönliche Einfluß des Kaisers und des Hofes. Zwei Möglichkeiten lagen vor: entweder zog das Ministerium den Kaiser immer mehr nach links und machte mit den parlamentarischen Freiheiten Ernst, oder er zog das Ministerium immer mehr nach rechts und machte die parlamentarischen Freiheiten illusorisch. Letztere Möglichkeit konnte bei einer allmählichen Zerbröckelung des Ministeriums, wenn die entschiedensten Mitglieder austraten und sehr unentschiedene eintraten, leicht zur Wahrheit werden. Von den früheren Ministern behaupteten sich nur drei auf ihrem Posten: die beiden Fachminister General Le Boeuf und Rigault de Genouilly behielten das Ministerium des Kriegs und der Marine und Marschall Bailliant das des kaiserlichen Hauses. Alle übrigen wurden dem

linken und dem rechten Centrum entnommen. Von diesen übernahm Ollivier die Justiz und den Kultus, sein vertrauter Freund Maurice Richard die schönen Künste (die, um diesem einen Platz zu verschaffen, von dem Ministerium des kaiserlichen Hauses getrennt wurden), Graf Daru die auswärtigen Angelegenheiten, Buffet die Finanzen, Segris den öffentlichen Unterricht, Chevandier de Baldrôme das Innere, Talhouet die öffentlichen Arbeiten, Rouvet den Handel. Die entschiedensten Charaktere und am aufrichtigsten dem linken Centrum zugethan waren Daru und Buffet. Letzterer war schon im Jahre 1849 Minister des Präsidenten Napoleon gewesen und zeichnete sich durch parlamentarische Gewandtheit und Festigkeit aus. Graf Daru hatte sich nur schwer zum Eintritt ins Ministerium bewegen lassen; denn sein früheres Zusammentreffen mit Napoleon war nicht von der angenehmsten Art gewesen. Er war Volksvertreter der Republik und präsidirte am 2. December 1851 der Nationalversammlung, versammelte, da das Palais Bourbon abgesperrt war, die Trümmer der Versammlung in der Mairie des zehnten Bezirks, erklärte den Präsidenten Napoleon für abgesetzt, wurde festgenommen, mißhandelt und in das Gefängniß von Mazas geführt. Graf Morny, der Halbbruder Napoleons und der eigentliche Leiter des Staatsstreiches, verwendete sich für ihn und bewirkte seine Entlassung. Dies waren üble Reminiscenzen, welche den rechten Appetit für die Uebernahme eines napoleonischen Ministerpostens verderben mußten. Dazu kamen die gehässigsten Angriffe der von Rouher und Forcade geleiteten officiellen Presse, welche ihn bei den letzten Wahlen als eine Art orleanistischer Spion bezeichnete. Er nahm nicht eher das angebotene Portefeuille an, bis der Kaiser die Erklärung abgab, daß er jenen Umtrieben ganz fremd geblieben sei. Seine Ernennung wurde namentlich von Thiers betrieben, für dessen Freund und politischen Gesinnungsgenossen er galt. Nebst Buffet und Ollivier wurde er für die bedeutendste Persönlichkeit des Kabinetts angesehen. Ollivier war der Gründer des Kabinetts und galt für die Seele desselben; sein Programm war: Versöhnung des Kaiserthums mit der Freiheit. Als Republikaner in den gesetzgebenden Körper gewählt, mit glänzender Beredsamkeit ausgestattet, kam er in den letzten Jahren in kaiserliche Bahnen hinein und getraute sich, der Mann zu sein, welcher dem alten Bonapartismus Halt gebiete und republikanische Formen mit imperialistischer Spitze schaffe. „Was



Frankreich braucht, ist ein vollsthümlicher Thron, umgeben mit republikanischen, völlig republikanischen Einrichtungen“ hatte am 31. Juli 1830 General Lafayette zu dem Herzog von Orleans gesagt. „So verstehe auch ich's“, versetzte Louis Philipp. Darauf kam die Julimonarchie.

Frankreich versprach sich von dem Ministerium vom 2. Januar eine glänzende Zukunft. Keines der napoleonischen Ministerien hatte das Vertrauen des Landes in diesem Grade besessen. Unerhört war die Sprache, welche man aus dem Munde dieser Männer vernahm. Graf Daru äußerte in der Senatssitzung vom 7. Januar: „Vielleicht hat sich noch nie ein Kabinet in Frankreich gebildet, welches im voraus und in öffentlichen Aktenstücken so laut, so bestimmt seine Gedanken, seine Pläne und Grundsätze dargelegt hat als wir. Wir haben vollständig gesagt, was wir wollen, wir haben die Programme unterzeichnet, deren Ausführung wir anstreben. Unsere Handlungen werden unseren Worten entsprechen. Wir sind ehrliche Leute, wir werden thun, was wir gesagt haben, wir werden die Versprechungen halten, die wir gegeben, alle, ohne irgend eine Ausnahme.“ Aehnlich sprach Ollivier in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 10. Januar. „Die Männer, welche heute vor Ihnen stehen, werden eine liberale Politik verfolgen, gemäß ihren Grundsätzen, gemäß den Bestrebungen des Landes. Unsere Absichten sind Ihnen bekannt. Es muß eine nationale Regierung gegründet werden, welche die Freiheit ohne Revolution und den Gang des Fortschritts ohne Gewaltthaten sichert.“ Und es blieb nicht bloß bei schönen Worten: mehrere liberale Maßregeln folgten einander, mitunter solche, bei welchen der kaiserliche Wille auf eine harte Probe gestellt wurde. Hausmann, der allmächtige Seinepräfect, welcher bei der Umgestaltung der Hauptstadt die rechte Hand des Kaisers war, dabei rücksichtslos und bis zum Uebermaß vorgieng und so Paris eine ungeheure Schuldenlast aufbürdete, erhielt am 5. Januar ein kaiserliches Billet des Inhalts: „Der Ministerrath begehrt Ihren Rücktritt, und gegen meinen Wunsch bin ich genöthigt, einzuwilligen.“ Die Kaiserin war außer sich über dieses Debut des Parlamentarismus, aber sie konnte nichts machen; sie sagte dem scheidenden Präfecten zum Abschied viel Schönes und ließ sich seinen Nachfolger, Herrn Chevreau, einen treuen Anhänger des Kaiserreichs, vorstellen. Derselbe war bisher Präfect des Rhonedepartements gewesen. Zugleich wurde mit der Presse glimpflicher als früher verfahren: die

Maßregeln gegen die auswärtigen Blätter, deren Austheilung von einer Prüfung ihres Inhaltes abhängig gemacht war, wurden aufgehoben; dieselben sollten, nach einer Verordnung vom 3. Januar, von nun an ungehinderten Eintritt in Frankreich haben; ebenso wurde durch eine Verordnung vom 8. Januar das Recht, die Zeitungen auf der Straße zu verkaufen, wiederhergestellt. Der Ministerrath sollte von nun an eine ganz andere Bedeutung bekommen als früher. Jeder Gegenstand, welcher einem von dem Kaiser präsidirten Ministerconseil vorzulegen war, sollte vorher im Ministerrath berathen und ein Beschluß darüber gefaßt werden, so daß der Kaiser nur über Annahme oder Nichtannahme desselben sich zu entscheiden hatte, während er früher den Gegenstand noch ganz frisch in die Debatte warf. Auch wurden zu diesem Ministerrath die Mitglieder des kaiserlichen geheimen Rathes (conseil privé) nicht mehr zugelassen. Dem Kriegsminister Le Boeuf, welcher eine ganz insulaniſche Stellung einzunehmen und nur mit dem Kaiser in direktem Rapport zu stehen glaubte, wurde begreiflich gemacht, daß seine militärischen Verfügungen so gut als die der anderen Minister der Kontrolle des Ministerraths zu unterstellen seien.

Selbst dem Kaiser sollte das Handwerk gelegt werden. Er hatte indessen die Gewohnheit, den Verkehr mit den französischen Gesandten an den auswärtigen Höfen für seine Privatdomäne anzusehen und die diplomatischen Fäden seiner Politik so ausschließlich in seine Hand zu nehmen, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten entweder nur sein Telegraphist oder nicht einmal dies war; denn hinter dem Rücken desselben unterhielt er seine diplomatische Korrespondenz mit den Gesandten, namentlich mit dem General Fleury in St. Petersburg, oder hatte neben dem Gesandten noch seine besonderen Agenten. Sobald Graf Daru diese inkonstitutionelle Vielgeschäftigkeit des Kaisers bemerkte, so bat er ihn „achtungsvoll, aber fest“, sich in Zukunft der direkten Unterhandlungen mit den Vertretern Frankreichs im Auslande zu enthalten, da er darauf bestehen müsse, alle Fäden der äußeren Politik in seiner Hand zu behalten. Die Sistirung der jüngst eingeleiteten Preßproceſſe, die Amnestirung der beiden Revolutionäre Ledru-Rollin und Libaldi, der Vorschlag, das stehende Heer zu verringern, folgten rasch nach einander. Noch wichtigere Maßregeln und Reformen standen in Aussicht: ein Gesetz über gerichtliche Verfolgung der für

ihre Amtshandlungen bisher nur der Regierung verantwortlichen Beamten, eine Reorganisation der Municipalbehörden, besonders in dem Sinne der Erwählung der Bürgermeister durch die Gemeinde oder wenigstens durch den Gemeinderath, überhaupt Decentralisation im großen Stil, Reinigung des Präfektenpersonals durch Entlassung aller Anhänger des alten Regime's, Einführung der Geschworenengerichte in Preßprocessen. Die Decentralisation, welche schon so oft auf der Tagesordnung der öffentlichen Wünsche stand, wurde für so nothwendig und dringend befunden, daß eine besondere Commission, bestehend aus Senatoren, Abgeordneten und Schriftstellern, hiefür gebildet wurde, welche unter dem Präsidium Odilon Barrot's ihre Berathungen im Februar begann. Doch gerade über diejenige Maßregel, welche am heftigsten gefordert wurde, erfuhr man am allerwenigsten. Die Wahlen zum gesetzgebenden Körper waren noch unter dem Programm der officiellen Candidaturen, unter der Allgewalt des Vicekaisers Rouher und unter der Paschawirthschaft seiner Präfekten vorgenommen worden. Da nun allem dem durch das neue Ministerium, wenigstens durch die aus dem linken Centrum hervorgegangenen Minister Daru und Buffet, die Fehde angefangen war, so fragte man sich etwas verwundert, ob denn diese Minister, wenn sie die Mittel und Werkzeuge verdammen, nicht durch ihre eigene Logik auch auf die Verdamnung der von jenen geschaffenen Werke geführt werden. Der damalige gesetzgebende Körper war ein solches Werk. Es war sehr gewagt, zu behaupten, daß derselbe in Wahrheit eine Vertretung von Frankreich, daß seine Stimme die Stimme von Frankreich sei. Denn da bei den Wahlen vom Mai 1869 die Regierungskandidaten, trotzdem daß die ganze Beamtenwelt für sie thätig sein mußte, doch nur 4 Millionen Stimmen, die Oppositionskandidaten mehr als 3 Millionen erhielten, so war der Schluß nicht zu kühn, daß ohne Aufstellung der officiellen Candidaturen das Verhältniß zum mindesten ein umgekehrtes wäre, nicht wie 4 zu 3, sondern wie 3 zu 4 stände. Auf diese Zahlen sich stützend, drang die Opposition auf Auflösung des gesetzgebenden Körpers und auf Neuwahlen, bei denen weder von officiellen Candidaturen noch von Einmischung des, ohnedies vorher zu purificirenden, Präfektenthums und der niederen Bediensteten die Rede sein dürfe.

Wenn die Opposition das Ministerium zu diesem Schritt ver-

mochte und dieses das Auflösungsdekret dem Kaiser zur Unterzeichnung vorlegte, was that er dann wohl? Er schickte sicherlich das Ministerium Olivier fort und berief ein anderes aus den Mitgliedern des rechten Centrums oder der äußersten Rechten, von denen er gewiß wußte, daß sie gegen eine Auflösung seien, da sie ja selbst durch solche Neuwahlen der Möglichkeit, in das Palais Bourbon wieder einzutreten, beraubt würden. Und ist es einem Herrscher, dessen Basis das allgemeine Stimmrecht ist, sonderlich übel zu nehmen, wenn er sich dagegen sperrt, sein eigenes Todesurtheil zu unterzeichnen? Nichts anders als dies war die Unterzeichnung des Auflösungsdekrets unter den oben angegebenen Bestimmungen. Denn wenn die Opposition bei Neuwahlen 4 bis 5 Millionen Stimmen erlangte, die Regierung nur 3 bis 2, so war nicht mehr Napoleon der Erwählte von Frankreich, sondern die Opposition, was mit Revolution, mit Republik so ziemlich gleichbedeutend wäre. Und wäre eine solch neugewählte Kammer wirklich der ungetrübte Ausdruck des französischen Volkswillens? Schwerlich. Die Rollen wären nur gewechselt worden. Statt der Allmacht der Regierung wäre nun die Allmacht der Opposition ins Leben getreten; jene hätte waffenlos einer Wahlagitation zugesehen, bei welcher die Opposition durch den Terrorismus ihrer Presse und ihrer Klubs zum voraus gewonnenes Spiel hätte in einer Bevölkerung, welche der elementaren Bildung zum großen Theil so vollständig bar und in allen politischen Fragen in einem Grade unmündig ist, wie dies kaum in irgend einem Theile Deutschlands der Fall ist. Die Erfahrung hat gezeigt, daß in Frankreich keine Regierung, sie mag bourbonisch oder orleanistisch, bonapartistisch oder republikanisch sein, die Einwirkung auf die Wahlen entbehren kann. War eine solche in früheren Jahrzehnten nothwendig, so war sie es im Jahre 1870, wo die Opposition so offen von der Republik sprach und so Viele sich die rothe darunter dachten, noch weit mehr. Wer daher die Monarchie erhalten wissen wollte, konnte dem Verlangen der Opposition nach Neuwahlen nicht zustimmen. Der reine Volkswille kam in Frankreich auf keine Weise an den Tag, weder durch die officiellen Candidaturen noch durch die Entfernung derselben. So blieb nichts anders übrig, als daß die Minister in einer Kammer, in welcher sie nicht die Mehrheit hatten (denn die 116 zum Theil bonapartistischen Unterzeichner jener Interpellation vom Juli 1869 drohten

jeden Augenblick von Ollivier abzufallen und sich wieder in ihre ursprünglichen Fraktionen aufzulösen), das linke Centrum durch Ausführung verschiedener liberaler Maßregeln für sich gewannen und die Rechte, wenn sie störrisch sein wollte, durch das Schreckgespenst von Neuwahlen zwingen, sich ins Schlepptau nehmen zu lassen.

Dies war die Aufgabe des Ministeriums Ollivier, wie sie ihm in der Stunde seiner Geburt wohl noch nicht vorschwebte, aber durch die Natur der Verhältnisse vorgezeichnet war. Einige Unversöhnliche in den beiden extremen Lagern ausgenommen, wünschte sich der gesetzgebende Körper Glück, solchen Männern gegenüberzustehen. Der Kaiser fügte sich besser, als man erwartet hatte, in seine für bonapartistische Konstitutionen nicht gerade sehr angepasste konstitutionelle Rolle. Es kam wohl vor, daß er zudringlichen Fragern mit Humor bemerklich machte, daß er das Gefragte selbst nicht wisse, daß er vorher seine Minister fragen oder das Erscheinen der officiellen Blätter abwarten müsse. Jedermann, auch das Ausland, hatte seine Freude über diesen Ausgang und wunderte sich über die Schmiegsamkeit, welche der Kaiser in diesem Alter noch zeigte. Aber kaum hatte die Versöhnung des Kaiserthums mit der Freiheit begonnen, kaum war die erste Flitterwoche verfloßen, so zeigte sich schon des Lebens herber Ernst. Ganz Paris kam in ungeheure Aufregung durch die Nachricht vom 10. Januar, Prinz Peter Bonaparte habe Victor Noir erschossen. Die Sache war um so schlimmer, als man dadurch daran erinnert wurde, daß vor einiger Zeit der Prinz Achill Murat einen Tischlermeister, Namens Comté, welcher ihn an die Bezahlung seiner Schulden mahnte, durch seine Bedienten hatte durchprügeln lassen, und daß es dem Mißhandelten bis jetzt noch nicht gelungen war, Recht zu finden. Nun kam zu der Prügelei noch ein Mord, und beides verübt von Mitgliedern der kaiserlichen Familie, gerade als ob man in dem rauhen felsigen Korsika, nicht in dem schönen, civilisirten Frankreich und vollends in dem heiligen Paris, als ob man in der Zeit der Wegelagerer, nicht in der Rosenzeit der parlamentarischen Aera lebte. Prinz Peter Bonaparte, der dritte Sohn des Prinzen Lucian Bonaparte und der Laurence Bleschamps, scheint etwas zu viel korsisches Blut zu besitzen. Er soll in früheren Jahren, als er der über ihn verhängten Ausweisung aus Rom nicht Folge leisten wollte, einen der auf ihn eindringenden päpstlichen Schirren niedergeschossen, ein anderes Mal

in Korsika einen Förster getödtet haben. Seit 1848 lebte er in Paris, zuletzt in einem Hause zu Auteuil, einer Vorstadt von Paris. Im Jahre 1869 heiratete er die Tochter eines Arbeiters aus dem Faubourg St. Antoine und machte dadurch die beiden Kinder, welche er von dieser Frau hatte, einen Knaben von 12 und ein Mädchen von 8 Jahren, legitim. Mit der kaiserlichen Familie stand er in keiner anderen Beziehung als in der, daß er von einer von Napoleon ihm ausbezahlten Pension lebte. Viel mit der Tageschriftstellerei sich beschäftigend, führte er in einem korsischen Journal einen Federkrieg gegen ein anderes korsisches Journal, das unter seinen Mitarbeitern den in Paris lebenden Schriftsteller Pascal Grouffet zählte. Da dieser zugleich Mitarbeiter der von Rochefort gegründeten und geleiteten „Marseillaise“ war, so verpflanzte sich der Streit von Korsika nach Paris und wurde in jenem Blatte fortgeführt.

Am 8. Januar richtete „Peter Napoleon Bonaparte“ ein Schreiben an Rochefort, das mit den Worten anfing: „Nachden Sie die Meinigen, eines nach dem anderen, beschimpft, weder Frau noch Kind geschont haben, fangen Sie nunmehr an, mich durch die Feder eines Ihrer Handlanger zu beleidigen,“ und mit einer Herausforderung schloß. In Folge dessen beschloßen die drei Redakteure der Marseillaise, Rochefort, Lavigne und Grouffet, sich mit dem Prinzen zu schlagen und am Mittag des 10. ihre Zeugen zu ihm zu schicken. Die Zeugen Grouffets waren Fonvielle und Viktor Noir. Letzterer, welcher eigentlich Salmon hieß und Israelit war, ein Mensch von 22 Jahren, ein großer, baumstarker Bursche, soll die gleichfalls unparlamentarische Gewohnheit gehabt haben, alle Leute, mit denen er in Zwist gerieth, in's Gesicht zu schlagen und dadurch in den Caféhäusern des Boulevard Montmartre einige Berühmtheit erlangt haben. Nebenbei schrieb er Artikel in die Marseillaise. Die beiden Zeugen fuhren in einem Wagen, in welchem noch Pascal Grouffet und ein anderer Journalist, George Santon, saßen, vor der Wohnung des Prinzen an. Die beiden letzteren warteten auf der Straße vor dem Hause auf den Erfolg der Sendung jener ersteren, welche sich in die Wohnung des Prinzen verfügten. Kurze Zeit darauf stürzte Viktor Noir zur Hausthüre heraus, brach zusammen und war nach einigen Minuten todt. Wenige Augenblicke nach ihm erschien auch Fonvielle mit durchlöcherterem Rocke auf der Straße. Derselbe

erzählte, der Prinz habe erklärt, er habe mit Herrn Rochefort, nicht mit seinen Handlangern zu thun, und als auf des Prinzen Frage, ob die Zeugen mit diesen Kanailleen solidarisch verbunden seien, Viktor Noir geantwortet habe: „Wir stehen für unsere Freunde ein,“ habe diesem der Prinz mit der linken Hand eine Ohrfeige gegeben, mit der rechten einen Revolver aus der Tasche gezogen und ihn erschossen. Darauf habe der Prinz seine Waffe gegen ihn (Fonvielle) gerichtet, ohne ihn zu verwunden; er selbst habe vergebens versucht, seine Pistole abzdrukken und sei entflohen. Prinz Peter dagegen sagte, nicht er habe Viktor Noir, sondern dieser ihm eine Ohrfeige gegeben. Auf dies hin habe er auf ihn gefeuert, Fonvielle habe sich hinter einen Sessel geflüchtet und vergebens seinen Revolver auf ihn abzufeuern gesucht. Er (Bonaparte) habe zweimal nach ihm geschossen, das zweite mal, als der fliehende Fonvielle schon hinter der Thüre stand und noch einmal, aber wiederum vergebens zielte. So kam Fonvielle mit einem von zwei Kugeln durchlöcherten Ueberrock davon.

Welche Aussage war die richtige? Die des Prinzen oder die Fonvielle's? Man fand es auffallend, daß die beiden Zeugen bewaffnet wie Indianerhäuptlinge sich ihres Auftrags als Kartelträger entledigten, nicht minder auffallend, daß der Prinz seine Taschen voll Revolver hatte. Dies waren nicht gerade die civilisirtesten Zustände. Nach dem Naturell der beiden Gegner mußte es fast zu einer Explosion kommen. Wer diese durch eine Ohrfeige veranlaßt habe, dies zu entscheiden, war nicht mehr möglich, da weder der Aussage des einen noch der des anderen der Ueberlebenden unbedingte Glaubwürdigkeit geschenkt werden konnte. Das Pariser Volk natürlich hatte sich rasch entschieden, ergriff sogleich, ohne jede weitere Untersuchung, Partei gegen den Prinzen und eben damit gegen die ganze kaiserliche Familie. Justizminister Ollivier, die Gefahr begreifend, ordnete, auf die erste Nachricht von diesem Vorfall, die sofortige Verhaftung des Prinzen an; der Kaiser billigte diese Entscheidung, und die Amtszeitung vom 11. Januar veröffentlichte ein Dekret, wodurch die Anklagekammer des hohen Gerichtshofs einberufen wurde, um die Thatsache des Todtschlages, wegen dessen der Prinz angeklagt war, festzustellen. Am folgenden Tage wurde auch Prinz Murat wegen seiner Mißhandlung Comté's vor den Staatsgerichtshof verwiesen. An die Präfekten ergieng ein Dekret des Ministers des Innern, worin ihnen und ihren Untergebenen streng

eingeschärft wurde, aller Willkürmaßregeln sich zu enthalten. Kurzum die Regierung that alles, um den üblen Eindruck dieser dunklen That von Auteuil möglichst abzuschwächen und einem Ausbruch der Volkswuth zuvorzukommen. Sie durfte freilich versichert sein, daß ihre Gegner alles aufbieten werden, um dieses ungelückte Ereigniß als Signal zu einer Revolution auszubenten.

Schon am 10. Januar war die Sitzung des gesetzgebenden Körpers sehr erregt. Gambetta interpellirte den Kriegsminister über das Los zweier Soldaten, welche vor zwei Monaten nach Algerien abgeführt worden seien, weil sie einer öffentlichen Versammlung beigewohnt hätten, und warf der Regierung vor, daß sie nur aus Furcht vor der Revolution die Armee von der Betheiligung an den öffentlichen Versammlungen fern halte. Le Boeuf nahm die Verantwortung auf sich, leugnete nicht, daß das Verbot gegen die Revolution gerichtet sei, doch erklärte er: „wir fürchten die Revolution nicht.“ Gambetta erwiderte ihm, daß eine Regierung, die sich durch solche Mittel am Ruder erhalte, keine Regierung, sondern eine Partei sei. Dieses Wort rief Olivier in die Schranken. Er verbat sich den Ausdruck „Partei“ für eine Regierung, welche auf das allgemeine Stimmrecht gegründet sei und so eben die vollständigste konstitutionelle Freiheit gegeben habe. Doch, setzte er begütigend hinzu, er glaube nicht, daß Gambetta und dessen Partei den Aufbruch wolle, und daß zwischen ihnen und der Regierung etwas anderes liege als Meinungsunterschiede über Fragen des Maßes, der Zeitgemäßheit, der Einzelheiten. Dies gab Gambetta nicht zu und rief: „Rein, zwischen uns und der Regierung liegt eine Prinzipfrage vor. Das allgemeine Stimmrecht will andere Regierungsformen als die bestehenden.“ „Und doch hat das allgemeine Stimmrecht das Kaiserreich geschaffen und erhält es noch,“ war die Antwort Oliviers, des früheren Republikaners, an den Advokaten Gambetta, welcher dem Kaiser den Eid der Treue geleistet hatte und den Augenblick nicht erwarten konnte, wo sein Fanatismus ein reiches Feld in einer Revolution fand. Auf dieses scharfe Geplänkel zwischen dem Volkstribunen und dem Abtrünnigen erfolgte die Mordthat in Auteuil, und auf diese erschien am Morgen des 11. Januar die „Marseillaise“ mit einem schwarzen Rande und an der Spitze des Blattes folgender Artikel, von Heinrich Rochefort unterschrieben: „Ich habe die Schwäche gehabt zu glauben, daß ein Bonaparte etwas



anderes sein könne als ein Mörder. Ich habe es gewagt, mir einzubilden, daß ein ehrliches Duell in dieser Familie möglich sei, in welcher der Meuchelmord herkömmlich und gebräuchlich ist. Unser Mitarbeiter Pascal Grouffet hat diesen Irrthum getheilt, und heute beweinen wir unsern armen und theuren Freund Viktor Noir, der von dem Banditen Peter Napoleon ermordet worden ist. Es ist nun 18 Jahre her, daß Frankreich sich in den Händen dieser Gurgelabschneider befindet, welche nicht zufrieden damit, die Republikaner in den Straßen niederzuschießen, sie noch in Hinterhalte locken, um sie da umzubringen. Französisches Volk! Findest Du nicht, daß es nunmehr genug und das Maß voll ist?" Dieser Artikel der „Marseillaise“ wurde von dem Pariser Volke geradezu verschlungen. Man riß sich um das Blatt, man schlug sich darum; eine Auflage von 200,000 Exemplaren konnte dem Bedürfniß kaum genügen. Zugleich enthielt das Blatt eine „mit zahllosen Unterschriften bedeckte“ Zuschrift, welche die Aufforderung enthielt, jedermann solle der Beerdigung des Opfers beiwohnen, um Zeugniß dafür abzulegen, daß es der letzte Mord sei, welchen das Kaisertum begehen werde. In einer Versammlung, der er am 11. Januar anwohnte, rief Rochefort zum Schluß: „Fehlt morgen nicht bei dem Rendezvous, welches, wie ich hoffe, über die Zukunft der Demokratie entscheiden wird!“ Und den Folgen seines Wuthartikels nicht recht trauend, äußerte er: „Glaubt ihr, daß sie die Kühnheit gehabt haben, meine Anklage zu beantragen? Was denkt ihr davon? Würdet ihr mich in den Klauen dieser Banditen lassen?“ Wo er sich nur an diesem Tage zeigte, wurde er von einer lärmenden Menge umgeben und als der „Retter der Gesellschaft,“ wie einst Napoleon von gekrönten Häuptern, gepriesen. Anders im gesetzgebenden Körper.

In der Sitzung vom 11. Januar, welche unter großer Aufregung begann, verlangte zuerst Guypot-Montpuyroux, welcher der gemäßigten Linken angehörte, daß ein Gesetzentwurf einzubringen sei, wonach die Mitglieder der Familie Bonaparte unter das gemeine Recht gestellt, das heißt, nicht mehr durch den Staatsgerichtshof, sondern durch die gewöhnlichen Gerichte abgeurtheilt werden. Darauf sprach Rochefort in der bekannten widerlich sentimentalen Weise solcher Leute von dem Mord in Auteuil, begangen an einem jungen Mann, welcher Träger eines „geheiligten“ Auftrags, Kartelträger war, und verübt von einem Mitglied der kaiserlichen Familie, einem

Better des Kaisers. „Der Ermordete war ein Kind des Volkes, und das Volk verlangt ein Urtheil. Es ist nöthig, daß man erfahre, ob wir unter der Herrschaft der Bonaparte oder der Borgia leben. Ich fordere alle Bürger auf, die Waffen zu ergreifen und sich selbst Gerechtigkeit zu verschaffen.“ Von dem Präsidenten zur Ordnung gerufen, von anderen darauf aufmerksam gemacht, daß sie alle Kinder des Volks seien, und daß über den Mord erst die Richter zu entscheiden haben, fragte er schließlich Ollivier, ob er die Verhaftung und Bestrafung des Mörders zulassen wolle. Der Minister erwiderte ihm, daß der Prinz auf seinen Befehl bereits verhaftet sei, daß derselbe selbst verlangt habe, vor die gewöhnlichen Gerichte gestellt zu werden, daß aber das bestehende Gesetz dies nicht zulasse. Es sei erst noch zu untersuchen, ob das Gesetz zu ändern sei. Die Lage sei bei weitem nicht so ernst, als die Journale glauben machen wollen. Die Regierung habe ihre Pflicht gethan und werde die demokratischen Grundsätze, wonach niemand seiner Strafe entgehen solle, aufrecht halten. „Wir sind das Recht, und wenn Sie uns dazu zwingen, so werden wir die Macht sein.“ Raspail sekundirte seinem Gesinnungsgenossen Rochefort und sagte, selbst das Verbrechen Traupmann's habe nicht einen solchen Eindruck hervorgebracht wie dieser Mord, und dennoch sei die Gerechtigkeit, welche der Minister anrufe, nicht die Gerechtigkeit. Präsident Schneider rief Raspail zur Ordnung und theilte sodann das Gesuch des Generalprokurators Grandperret mit, der um die Ermächtigung bat, gegen den Abgeordneten Rochefort die Anklage auf Beschimpfung des Kaisers und Aufreizung zum Aufruhr und zum Bürgerkrieg erheben und denselben gerichtlich verfolgen zu dürfen.

Der 12. Januar, der Beerdigungstag Viktor Noirs, verlief ruhiger, als man geglaubt hatte. Die Heißblütigsten, welche von diesem Tage die neue Republik datiren zu können hofften, wollten die Leiche durch die Stadt Paris führen und auf dem Père Lachaise beisetzen. Dies ließ der Polizeipräfekt nicht zu und verlangte die Beisetzung auf dem Kirchhof von Neuilly in der Nähe des Trauerhauses. Gegen 100,000 Menschen, meist dem Arbeiterstand angehörig, fanden sich Nachmittags trotz des strömenden Regens in Neuilly ein. Eine kleine Schar unter Anführung Flourens' machte mehrmals den Versuch, dem Zuge die Richtung durch Paris zu geben; aber Louis Noir, ein Bruder des Ermordeten, Rochefort

und Delescluze, Redakteur des „Reveil“, verhinderten es, letzterer mit den Worten: „Man will uns in eine Falle locken; wir müssen die Rache vertagen; die Sache des Volkes darf nicht durch Ueberstürzung kompromittirt werden.“ Am Eingang des Kirchhofs wurde Rochefort ohnmächtig und mußte zu einem Apotheker getragen werden, der ihn durch nervenstärkende Mittel zu weiterem Heldenthum wieder auffrischte. Im Uebrigen lief die Feierlichkeit gut ab. Das Singen der Marseillaise, die Rufe: „Es lebe die Republik!“ Nieder mit dem Kaiser! Nieder mit der Kaiserin!“ durfte man nicht so genau nehmen. Konflikte mit den Stadtsergeanten und der heimziehenden Menge, auch einige Verwundungen und Verhaftungen kamen zwar vor, aber sie waren nicht von Belang, obgleich es an Aufreizungen nicht gefehlt hatte. Die „Reforme“, das Blatt des unverföhnlichen Bermorel, suchte am 12. Januar die Sprache der „Marseillaise“ vom 11. noch zu übertreffen. „Wir erklären, daß, so lange der Prinz Murat nicht Peter Bonaparte in die Conciergerie nachgefolgt ist, alle ehrenhaften Männer das Recht und die Pflicht haben, ihn überall, wo sie ihn antreffen, wie einen Hund todzuschlagen. Kein Zaudern mehr! Alle Männer von Herz müssen allen Mitgliedern der Familie Bonaparte und allen denen, die ihre Akte zu verteidigen unternehmen, die Bendetta erklären. Man muß ein Ende machen mit diesen korsischen Briganten, welche seit fast einem Jahrhundert Frankreich verwüsten, und die, nachdem sie sich durch den Mord erhoben haben, sich nur durch den Mord erhalten können.“ Auch gegen dieses Blatt wurde eine Anklage auf Beleidigung des Kaisers und seiner Familie erhoben. Die Regierung hatte sich an diesem Tage klug benommen. Alle Vorsichtsmaßregeln waren getroffen, um einen Aufstand im Entstehen niederzuschmettern; aber das Militär blieb in den Kasernen konsignirt und die Polizei war nicht zu aufdringlich. Was der Regierung günstig war, das war der stark abkühlende Regen, der Zwiespalt, die Rathlosigkeit und zum Theil Feigheit, die sich unter den revolutionären Chefs kundgab, und das vollständige Sichfernhalten der kleinen Bourgeoisie. In den Tuileries sah man die Sache ernst an: der Kaiser, begleitet von den Marschällen Canrobert und Bazaine und dem General Bourbaki, besuchte an diesem Tage mehrere Kasernen und das Stadthaus. Er erinnerte sich des 2. Decembers

1851 und war entschlossen, ein zweites Mal seine Gegner über die Klinge springen zu lassen.

Die nächste Frage war, ob der gesetzgebende Körper der Regierung das Recht zugestehen werde, Rochefort gerichtlich zu verfolgen. Gemäßigte Mitglieder wünschten, daß die Regierung die Anklage gar nicht erhoben hätte, und wiesen darauf hin, daß seine eigene Partei ihn wegen seines Benehmens am 11. und 12. Januar einen Schwächling und Verräther heiße. Auch Thiers hatte diese Ansicht. Doch das half jetzt nichts mehr. Die Anklage war einmal gestellt, die Regierung konnte nicht mehr rückwärts, und daß sie vorwärts gegangen war, daran hatte sie sehr recht gethan. Kein Staatsoberhaupt, keine Regierung kann sich eine solche Sprache gefallen lassen, wie sie die „Marseillaise“ und die „Reforme“ geführt hatten. Wenn diese Redakteure, welche mit der Revolution wie Kinder mit Schwefelhölzchen spielten, auf einige Zeit unschädlich gemacht wurden, so hatte die Regierung ein gutes Werk gethan. Das linke Centrum hatte Lust, den Antrag zu stellen: „Die Kammer, vertrauend auf die Wachsamkeit und Festigkeit des Ministeriums, ist der Meinung, daß der Anklage gegen Rochefort nicht Folge gegeben werde.“ Das Ministerium bedankte sich für diese Komplimente und wollte nicht das Staatsinteresse gefährden lassen durch Nachgeben gegen eine Fraktion, die dieser Frage nur deswegen ausweichen wollte, um es nicht mit ihrem äußersten linken Flügel und dessen Anhang zu verderben. Graf Daru und Buffet erschienen am 14. Januar in einer Versammlung des linken Centrums und erklärten ihren Parteigenossen rund heraus, die Minister seien entschlossen, aus der Gewährung der Verfolgung eine Kabinettsfrage zu machen. „Was dann?“ mußte sich das linke Centrum fragen. Wenn das Kabinet über dieser Frage scheiterte, so wurde das nächste nicht aus den beiden Centren, sondern aus der äußersten Rechten genommen und das Experiment mit der parlamentarischen Aera nach 15tägiger Frist als mißlungen angesehen.

Der 17. Januar war der entscheidende Tag. Götancelin stellte im Namen des linken Centrums den oben angeführten Antrag und verlangte die Niederschlagung des Processes. Ollivier erklärte, daß das Ministerium diese Tagesordnung nicht annehmen könne. Es verlange ein einfaches Botum und werde jede Kundgebung anderer Art als eine Erklärung des Mißtrauens ansehen, und wenn eine solche die Mehrheit erhalte, werde das Ministerium abtreten. Roche-

fort erleichterte sich seine Vertheidigung dadurch, daß er sich zum Sprecher der Massen machte. „Ich beschränke mich, im Namen des Volkes, im Namen der Massen, welche sich um die Kabinettsfragen nichts kümmern, zu sagen, daß diese Massen sich heute das Begehren der Minister dahin erklären, daß man um jeden Preis einen unbequemen Abgeordneten aus der Kammer entfernen will, und daß man ihn einferkern will, weil man sich desselben auf andere Weise nicht hat entledigen können. Ich werde das Kaiserreich nicht hindern, einen neuen Fehler zu begehen, denn alle Fehler, welche dasselbe begeht, kommen der Republik zu gut.“ Nachdem die Republikaner Picard und Arago für Rochefort gesprochen hatten, erklärte Ollivier, es handle sich hier durchaus nicht um eine Verfolgung der Presse, deren freie Bewegung die Minister selbst wollen, sondern um ein Einschreiten gegen die Gewaltthätigkeiten der Presse. Der Artikel „der Marseillaise“ sei nichts anderes als eine Gewaltthätigkeit, ein Aufruf zu den Waffen. Die Regierung fürchte die Revolutionen nicht; was sie fürchte und verhindern wolle, das seien, was man in der revolutionären Sprache die „Tage“ nenne, jene angesagten Demonstrationen, welche den Handel, die Geschäfte, die öffentliche Ordnung stören. Auf dies hin zog Estancelin seinen Antrag zurück, und mit 226 gegen 34 Stimmen ertheilte der gesetzgebende Körper dem Ministerium die Vollmacht zur gerichtlichen Verfolgung Rocheforts. Sobald das Resultat der Abstimmung auf der Straße bekannt wurde, riefen die Tausende, welche vor dem Palast Bourbon standen: „Es lebe Rochefort!“, die unvermeidliche Marseillaise wurde angestimmt und in dichten Gruppen zog die Menge durch die Straßen, wobei Konflikte mit der Polizei nicht zu vermeiden waren. Die Stimmung in Paris war eine gedrückte; denn Tag für Tag hatte man diese Volksaufläufe, diesen Straßenlärm, diese „Tage“, und bei der Aufregung, die in allen Schichten der Gesellschaft herrschte, bei der Erbitterung der Parteien bedurfte es nur eines Funken, nur eines Schusses, wie am 23. Februar 1848 vor Guizot's Hotel, und die Barricaden waren da. Die heftigsten Scenen veranlaßte das leidenschaftliche Benehmen Gambetta's, welcher sich als geborener Volkstribun geberdete, immer ein Schlagwort zur Hand hatte, in Ollivier den großen Abtrünnigen, den Renegaten sah und mit seiner phrasenreichen Beredsamkeit ganz Frankreich aus den Angeln heben zu können meinte. Er war ein

Revolutionär, der vielleicht der Regierung noch mehr zu schaffen machte als Rochefort. Dem Ministerium hatte er am 17. Januar zugerufen: „So habt doch einen Funken von politischem Sinn!“ und Ollivier hatte ihm entgegnet: „So habt doch einen Funken von Vaterlandsliebe und Gewissen!“ Dieses Wort gab er am folgenden Tage Ollivier zurück, „der aus eigener Erfahrung wisse, daß sein Gewissen allzuveränderlich sei,“ und hielt ihm vor, daß seine Pariser Wähler ihn im Stiche gelassen haben, und daß er um ein Ministerportefeuille seine politische Gesinnung gewechselt habe. Ollivier erwiderte, er sei allerdings Republikaner gewesen, unterstütze aber jetzt mit gutem Gewissen das Kaiserthum, welches dem Lande die Freiheit gebe. Darauf rief Gambetta: „Sie haben der Lüge Beifall gespendet; hören Sie jetzt die Wahrheit!“ Darüber zur Ordnung gerufen, schrie Gambetta immer fort, und als die Kammer dem Skandal dadurch ein Ende machte, daß sie den Schluß der Debatte aussprach, mußte er wie ein zänkisches Weib doch noch das letzte Wort haben und rief: „Das ist stets eyer Hilfsmittel, ein erbärmliches Mittel!“ „Ich bitte Sie, ruhig zu sein,“ begütigte der Präsident. „Der Zorn übermannt mich“, rief auf's neue Gambetta. Es war eine sehr lebendige Scene, welche hier der Minister und der Revolutionär aufführten, beide mit hochrothen Köpfen, beide mit den Armen heftig gestikulirend und sich gegenseitig drohend. Ollivier durfte sich auf harte, immer härtere Kämpfe gefaßt machen. Auf Rosen gebettet war er nicht.

Mit Rochefort nahm es nun bald ein Ende. Er kündigte in seiner „Marseillaise“ an, daß er sich dem Zuchtpolizeigericht nicht stellen werde, da die Richter nicht aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen seien, die Preßprocesse nicht vor die Geschworenen verwiesen werden und sogar die Deffentlichkeit der Verhandlungen ausgeschlossen sei. Das Gericht verurtheilte ihn am 22. Januar zu 6 Monaten Gefängniß und 1000 Francs Geldstrafe, sowie auch zwei seiner Mitarbeiter, darunter Pascal Grouffet. Auch die Redakteure der Réforme wurden zu Gefängniß und Geldstrafe verurtheilt. An diesem Urtheil des Gerichts war schwerlich etwas anderes zu tadeln als seine Milde. Am 6. Februar erhielt Rochefort vom Gericht die Einladung, sich behufs Abbüßung seiner Strafe in's Gefängniß zu begeben. Darauf erklärte er am 7. Februar in der „Marseillaise“, er werde dieser Einladung nicht Folge leisten,

sondern abwarten, bis Ollivier ihn verhaften lasse, was, zusammengehalten mit der feierlichen Freisprechung des Prinzen Peter Bonaparte, seiner Einkerkung einen kleinen Decembergeschmack voll angenehmer Erinnerungen gebe. Seine Freunde in der Kammer wollten seine Verhaftung verhindern und behaupteten, daß dieselbe jedenfalls noch einer ausdrücklichen Genehmigung des gesetzgebenden Körpers bedürfe. Ollivier bestritt dies und erklärte in der Sitzung vom 7. Februar, daß die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung Rocheforts auch die zu seiner Verhaftung in sich schließe. Die Kammer war damit einverstanden und gieng mit einer Mehrheit von 191 gegen 45 Stimmen über die von Cremieux gestellte Interpellation zur Tagesordnung über. Jedermann erwartete, daß Rochefort, welcher selbst in der Sitzung war, beim Austritt aus dem Palais Bourbon verhaftet werden; aber die Regierung wollte, wie Ollivier, in der Sitzung vom 8. Februar hierüber befragt, selbst sagte, die Würde der Kammer schonen, den Ort ihrer Versammlungen achten und eine Effectscene, auf die es abgesehen war, vermeiden. Sie wußte, daß er Abends 8 Uhr in einer Versammlung, die in einem Hause in der flandrischen Straße angesagt war, präsidiren werde. Als er dort ankam, wurde er unmittelbar vor dem Versammlungsaal von Polizeiagenten umringt, und ein Polizeikommissär erklärte ihm, er sei verhaftet. Die Stadtsergeanten zogen ihn, ohne daß er auch nur den geringsten Widerstand leistete, in das benachbarte Polizeibureau, führten ihn an den hintern Ausgang desselben und brachten ihn in einem dort bereit stehenden Wagen in das Gefängniß von St. Pelagie. Als die Nachricht von seiner Verhaftung in der Versammlung mitgetheilt wurde, entstand ein furchtbarer Tumult. Der Polizeikommissär löste die Sitzung auf, aber Flourens, Rocheforts Freund, rief: „Ich proklamire den Aufstand und beginne mit der Verhaftung des Polizeikommissärs“ und zog mit etwa 300 Mann nach den äußeren Boulevards. Ein Waffenmagazin wurde geplündert, Barrikaden errichtet, die Stadtsergeanten schritten ein und bearbeiteten die Menge mit ihren Todtschlägern. Diese Ruhestörungen wiederholten sich am 8. und 9. Februar. Gegen 300 Personen wurden verhaftet, auf beiden Seiten kamen Verwundungen vor, ein Polizeiagent wurde erschossen. Der Kaiser blieb am 8. bis spät in die Nacht in Generalsuniform, jeden Augenblick bereit, mit seinen Adjutanten zu Pferde zu steigen. Die Redakteure der *Marseillaise* wurden verhaftet; Flourens entfloh.

Von seinem Gefängniß aus richtete Rochefort einen Brief an den Präsidenten Schneider, worin er die Anklage des Ministeriums „wegen Aufreizung zum Bürgerkrieg“ verlangte. Aber die Mehrheit des gesetzgebenden Körpers widersetzte sich am 12. Februar der Vorlesung des Briefes, und der Präsident weigerte sich, denselben anzunehmen. Zuletzt hieß es, als man sich kaum von diesen Schrecken erholt hatte, ein weitverzweigtes Komplott gegen das Leben des Kaisers und gegen die bestehende Regierung sei am 11. Februar entdeckt worden. Auf's neue wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Freunde der Tuilerien ließen bereits wieder ihre reaktionären Gelüste laut werden. Man sprach in diesen Kreisen von der Errichtung einer aus Bürgern bestehenden „Prügelgarde“, welche die Aufgabe übernehmen sollte, im Falle eines Strafbentumultes die Unruhstifter mit derben Prügeln zur Vernunft zu bringen. Andere fragten freilich, warum nicht zu diesem Zwecke die Nationalgarde bewaffnet werde. Man konnte den Fragern erwidern, ob sie mit ihrem Kopfe dafür einstehen könnten, daß die Nationalgardisten von Belleville ihre Waffen nur im Dienste der Regierung gebrauchen würden.

Die Abgeordneten und die Presse der extremen Parteien benutzten diese Vorfälle für ihre Zwecke aus, schädeten aber durch ihre Leidenschaftlichkeit, beziehungsweise Roheit ihrer Sache, die einen der Regierung, die anderen der Republik. Cassagnac, Redakteur des „Pays“ rief nach dem blutigen Zusammenstoß vom 8. Februar aus: „Der gestrige Tag war gut, Blut ist geflossen, Hirnschädel sind eingeschlagen, Leiber durchstoßen worden, das war nöthig.“ In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 9. Februar interpellirte Ferry das Ministerium wegen Auflösung von Privatversammlungen und sagte, dasselbe habe ebenso ungeschickt als ungesetzlich gehandelt. Olivier entgegnete ihm: „Wenn wir ungeschickt sind, so ist es doch nicht Ihre Schule, wo wir politische Geschicklichkeit lernen können, denn nur eines könnte mich wahrhaft beunruhigen, wenn wir einmal Ihren Beifall fänden.“ Garnier-Pagès war unanständig genug, Olivier vorzuwerfen, er habe die von seinem Vater hochgehaltene Sache verlassen. Pelletan sagte geradezu, die Minister seien es, welche den Brand verursacht hätten. Ueber dieses Benehmen der äußersten Linken, welche jeder Emeute, jedem revolutionären Erzeugniß der Presse, wenn auch nicht das Wort redete, so doch



freien Lauf lassen wollte und die Regierung tabelte und sie als reaktionär verschrie, wenn diese für die Ordnung in die Schranken trat; welche, anstatt ernsthaft an die Geschäfte zu gehen und an die politische Arbeit sich zu machen, wie dies im norddeutschen Reichstag üblich ist, sich fortwährend in theatralischen Effectscenen gefiel und mit einer Selbstgefälligkeit ohne Gleichen sich mit der Freiheit identifizierte, dieselbe aber stets mit der Zügellosigkeit verwechselte: über dieses Benehmen sprach das Journal des Debats ein wahres Wort: „Es ist in hohem Grade bedauerlich, zu sehen, wie sich die Abgeordneten erhitzen, während das Land sich beruhigt. Das Land ist stolz auf seine friedliche Revolution, und es liegt ihm am Herzen, dieselbe zu sichern und zu entwickeln, das neue Ministerium ist günstig von ihm aufgenommen worden, und es ist Pflicht eines guten Bürgers, das Ministerium zu unterstützen und es vorwärts zu drängen, es stark zu machen für das Gute; das Land ist froh, mit braven Leuten zu thun zu haben, die ihm gleichen. Gestehe wir es, obgleich es uns Ueberwindung kostet: wir schämen uns, wenn wir gewisse Sitzungen unserer Kammer lesen, und wenn wir daran denken, daß sie im Auslande werden gelesen werden. Welche Idee mag man sich da von uns machen? Das ist also jene liebenswürdige, geistreiche und höfliche Nation? Das sind ihre Vertreter?“ Unter vielem Unklaren war eins klar: diese Abgeordneten der äußersten Linken wollten so wenig als die Bewohner der Vorstadt Belleville eine geordnete Regierung; sie wollten, wie jene, die kaiserliche Dynastie stürzen und auf ihren Trümmern eine Republik gründen, bei welcher sie selbst die grünen Sessel des Ministeriums einzunehmen hätten. Darum ihre Sympathie für jeden Straßenunfug, für jeden Schreier; darum ihr Aerger über das kräftige Ginschreiten der Minister und die Erhaltung der Ordnung; darum ihr fortwährendes Heßen und Geifern in der Kammer, wodurch die Helden der Straße nur noch ermuthigt wurden.

Unter diesen Umständen hatten die Debatten über den englisch-französischen Handelsvertrag, angeregt durch eine die sofortige Kündigung desselben verlangende Interpellation, eine mehr politische als handelspolitische Bedeutung. Sie dauerten im gesetzgebenden Körper vom 20. bis 28. Januar. Auch bei diesem Thema zeigte Thiers, daß er nicht gleichen Schritt mit den Ideen unserer Zeit halte. Wie er in der Politik der Einheit Deutschlands widerstrebte

und Frankreich von mehreren kleinen Vasallenstaaten umgeben zu sehen wünschte, um das Zeitalter Ludwigs XIV. zurückzuführen, so zeigte er sich auf dem Boden der Handelspolitik als Schutzzöllner und hielt es für die größte Weisheit, daß Frankreich sich selbst genüge, die Erzeugnisse seiner Industrie für sich behalte und ihr durch genügenden Schutz den inländischen Markt sichere. Gegen diese Ansicht, welche eher nach China und Japan als in das Centrum von Europa paßte, erhoben sich die Männer des neuen und des alten Ministeriums und wiesen unwiderleglich nach, daß der Ackerbau und Weinbau, die Lyoner Seidenindustrie und die Manufakturen der großen Städte, besonders die von Paris, durch diesen Handelsvertrag einen ungeheuren Aufschwung genommen hätten. Bei der Abstimmung am 28. Januar fiel der Antrag auf Kündigung mit 211 gegen 32 Stimmen durch. Sehr richtig bemerkte Thiers in seinem Geplänkel mit der rechten Seite des Hauses, die Majorität der Kammer vertrete die Minderheit im Lande, die Minorität der Kammer sei der Ausdruck der Mehrheit des Landes, und dieser Minorität der Kammer gehöre das Ministerium an. Olivier, durch diese angefeindete Kammermajorität, welche aus dem rechten Centrum und der Rechten bestand, unterstützt, konnte nicht umhin, dieser Majorität sehr schmeichelhafte Dinge zu sagen; aber er konnte weder andere davon überzeugen noch irgend jemand glauben machen, daß er selbst davon überzeugt sei. Was in seiner Rede am besten gefiel, war das stolze Wort: das Ministerium nehme die Mitwirkung aller, aber die Protektion von niemand an, eine Abfertigung, welche Thiers und dem gewesenen Minister Forcade, welcher sich an der Debatte betheiligte hatte, hauptsächlich galt.

Die Sachen standen so, daß das Ministerium nie wußte, ob nicht die reaktionäre Kammermehrheit bei irgend einem Votum es stürzen, diese nie, ob nicht das liberale Ministerium sie nach Hause schicken werde. Beide duldeten einander nur, weil und so lange sie einander brauchten. Durch die im Hintergrund liegende Kammerrückbildung zwang Olivier die Mehrheit zu liberalen Koncessionen, durch ihre auf Wohlverhalten erteilte Unterstützung hielt diese Mehrheit die Minister von gar zu freigebigen Koncessionen an die linke Partei ab. Die Maßregeln gegen die Satrapenwirtschaft der Präfekten fielen daher nicht allzustreng aus. Das Amtsblatt vom 1. Februar zeigte die Neubesezung von 27 Präfekturen und von 67

Unterpräfektoren an. Die Bedeutung dieser Zahlen wurde dadurch noch abgeschwächt, daß nur 8 Präfekten, welche sich bei den letzten Wahlen am meisten kompromittirt hatten, entlassen, die anderen 19 in andere Bezirke versetzt wurden. Dadurch waren sie freilich nicht unschädlich gemacht. Mehr Lob verdiente sich die Regierung durch Aufhebung drakonischer Gesetze. Auf den Bericht Olliviers genehmigte der Kaiser am 16. Februar die Abschaffung des Dekrets vom 8. und 12. December 1851, welches der Regierung die Macht ertheilte, die wegen Theilnahme an geheimen Gesellschaften Verurtheilten nach Cayenne oder Algerien abführen zu lassen. Außerdem beantragte Ollivier die Abschaffung des Sicherheitsgesetzes, welches am 27. Februar 1858 nach dem Orsini'schen Attentat gegeben worden war, und der gesetzgebende Körper stimmte am 24. März einstimmig bei. Solchen liberalen Proben konnte auch die Linke ihren Beifall nicht versagen. Doch war sie noch bei weitem nicht zufrieden. In seiner Interpellation über die innere Politik am 21. Februar verlangte Jules Favre, um das persönliche Regiment ferner unmöglich zu machen, die Revision des Militärgesetzes, die Reorganisation der Nationalgarde und die Auflösung der Kammer. Graf Daru erwiderte ihm am 22. Februar: Frankreich stehe nicht mehr unter der Herrschaft eines Diktators, sondern sei ein freies Land. Das Ministerium, wenn auch verschiedenen Ursprungs, sei vollständig einig. Es wolle im Innern und nach Außen den Frieden und die wahre Freiheit. Die vielen Fragen und Forderungen Favre's fand er unzeitig. Die Minister hätten ein Wahlgesetz, ein Sicherheitsgesetz, ein Decentralisationsgesetz, eine industrielle Untersuchung und ein Budget vorzulegen, und trotzdem verlange man, ehe noch die Tagesarbeit begonnen, zu wissen, was sie morgen zu thun im Sinne hätten. „Lassen wir endlich einmal die Streitigkeiten der Vergangenheit ruhen, um uns mit der Zukunft zu beschäftigen! Entfernen wir das gegenseitige Mißtrauen! Ich fürchte, das Land, der Zuschauer unserer Kämpfe, wird auf die Dauer finden, daß wir zu viel sprechen und nicht genug handeln.“ Ueber die Kammerauflösung sagte er, daß, so lange die Mehrheit dem Ministerium seine Stimme gebe, es nicht dazu kommen werde; daß aber, wenn diese Mehrheit gegen das Ministerium stimmen würde, dieses den Kaiser auffordern würde, zwischen dem Ministerium und der Kammer zu entscheiden. Diese offenen, ehrlichen Aeußerungen des Ministers

fanden allgemeinen Beifall. Die Kammer gab, auf den Antrag des linken und des rechten Centrums, dem Ministerium ein Vertrauensvotum und gieng mit 236 gegen 18 Stimmen über die Interpellation zur Tagesordnung über.

Die Rede des Grafen Daru war eine Niederlage für die Rechte. Dieselbe hatte gewünscht, daß sich das Ministerium ausdrücklich verbindlich mache, die Kammer nicht aufzulösen. Statt dessen erklärte er, das Ministerium werde von dem Kaiser die Kammerauflösung verlangen, sobald dasselbe nicht mehr von der Kammermajorität unterstützt würde, sondern bei dieser Opposition fände. Diese Duldung auf Wohlverhalten beleidigte die Mitglieder der rechten Partei, und dieselben dachten sich zu rächen und dem Ministerium zu zeigen, daß seine Existenz auf keiner stärkeren Basis beruhe als die ihrige. Gelegenheit hiezu gab sich schon am folgenden Tage. Picard interpellirte am 23. Februar das Ministerium, ob es die officiellen Kandidaturen aufzugeben oder fortzusetzen gedenke. Die Frage war zwar keine brennende, da die Wahlen erst im vorigen Jahre stattgefunden hatten und höchstens einige Nachwahlen innerhalb der nächsten 5 Jahre vorkamen. Chevandier de Baldrôme, der Minister des Innern, erwiderte, das Ministerium werde die officiellen Kandidaturen aufgeben, jedoch nicht auf das Recht verzichten, den Wählern zu erkennen zu geben, welches ihre Freunde und welches ihre Gegner seien. Dugué, einer der Arkadier, las mehrere Aktenstücke vor, aus denen hervorgieng, daß auch die Männer der Linken, als sie zur Zeit der Republik die Gewalt besaßen, das System der officiellen Kandidaturen angewandt hatten. Als Olivier erklärte, das Ministerium werde eine strenge Neutralität bewahren, kündigten ihm Pinard, ein früherer Minister, und Granier von Cassagnac an, daß es ihnen unmöglich sei, ein solches Ministerium zu unterstützen. Dies hinderte Olivier nicht, in seiner weiteren Rede zu sagen: „Wir wollen uns nicht von denen trennen, welche die Gewalt seit 18 Tagen unterstützt haben, aber wir wollen uns auch nicht trennen von uns selbst und von unserer politischen Vergangenheit. Wenn der Souverän uns mit seinem Vertrauen beehrt, so ist es, weil wir ganz bestimmte Ideen vertreten. Wir würden die Gewalt schwächen, wenn unsere Handlungen jenen Ideen ins Gesicht schlägen.“ Die Rechte schlug eine Tagesordnung vor, welche die weise und maßvolle Einmischung der Regierung in die

Wahlen in gewissen Fällen als eine politische Nothwendigkeit bezeichnete. Olivier dagegen erklärte, daß das Ministerium nur die einfache Tagesordnung annehme. Dieselbe wurde, da auch die Linke dafür stimmte, mit 188 gegen 56 Stimmen angenommen. Es hieß freilich Abgeordneten, welche nur als officielle Kandidaten gewählt worden waren, viel zumuthen, wenn von ihnen verlangt wurde, daß sie kaum ein Jahr darauf das System dieser officiellen Candidaturen verdammen sollten. Wenn das rechte Centrum doch darauf eingieng, so geschah es nur aus Furcht vor einer Kammerauflösung. Zu der ersten Niederlage hatte die Rechte nun noch eine zweite erlitten. Uebrigens hätte sie sich damit trösten können, daß zwischen Theorie und Praxis, zwischen Tribune und Kanzlei ein großer Unterschied ist. Auch die liberalsten Minister können in Frankreich nicht bestehen, ohne ihren Einfluß bei den Wahlen geltend zu machen. Ihre Einmischung wird nicht immer eine officielle, noch weniger immer eine so derb auftretende sein, wie zur Zeit des persönlichen Regiments, aber sie wird vorhanden sein. Den Ministern war es zu gönnen, daß sich der gesetzgebende Körper vom 26. Februar bis 7. März vertagte. Sie hatten in der kurzen Zeit ihrer amtlichen Wirksamkeit durch Prinzen, Journalisten, Abgeordnete und den Pöbel von Paris schon manches Segfeuer zu bestehen gehabt. Der Proceß des Prinzen Peter wurde durch die gerichtliche Entscheidung glücklich aus der Welt geschafft. Er begann am 21. März vor dem Staatsgerichtshof in Tours und endigte am 27. mit der Freisprechung des Prinzen; doch wurde derselbe zur Zahlung von 25,000 Francs Schadenersatz an die Familie Viktor Noirs und zur Bezahlung der Proceßkosten verurtheilt. Die Heftigkeit Fonvielle's und des Advokaten Laurier und der Cynismus Grouffet's machten diese Gerichtsscenen zu einem Gegenstande des Ekels. Im Volke herrschte große Mißstimmung über diesen Ausgang, und der Kaiser that gut daran, dem Prinzen einen Aufenthalt im Ausland anzubefehlen, worauf derselbe sich nach Belgien begab.

In dem wieder zusammentretenden gesetzgebenden Körper wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, welcher das Contingent für 1870 auf 90,000 Mann festsetzte. Kriegsminister Le Boeuf, welcher am 24. März zum Marschall von Frankreich ernannt wurde, wollte zwar die Contingentstärke von 100,000 Mann beibehalten sehen, erklärte aber in der Sitzung vom 4. April, daß die Regierung die Ver-

minderung auf 90,000 Mann annehme. Vor dem Jahre 1867 betrug das jährliche Contingent nur 80,000, Marschall Niel hatte es auf 100,000 hinaufgetrieben, und wenn es nun auf 90,000 herabgesetzt worden ist, so ist zu bemerken, daß die Stärke der Linie dadurch nicht beeinträchtigt wurde. Denn von den früheren 100,000 Mann traten bisher 54,000 unter die Fahnen, 46,000 unter die Reserve; nun aber traten 36,000 unter die Reserve und 54,000 unter die Fahnen. Die Sache hatte also bei weitem nicht das friedliche Gepräge, das ihr heuchlerische Federn zu geben suchten. Doch alles Interesse, alle Aufmerksamkeit nahm der Brief Napoleons vom 21. März in Anspruch. Der Kaiser und die Minister waren es müde, diese ewigen Discussionen des gesetzgebenden Körpers über Verfassungsänderungen anzuhören, diese Gelüste desselben nach einer Anspruchnahme der Initiative in der Gesetzgebung immer wieder aufkommen zu sehen, und so schrieb der Kaiser an Ollivier, er halte es „unter den gegenwärtigen Umständen für angemessen, alle die Reformen eintreten zu lassen, welche die constitutionelle Regierung des Kaiserthums fordere, und dem ungemäßigten Verlangen nach Aenderungen ein Ziel zu setzen, welches sich gewisser Gemüther bemächtigt habe und die öffentliche Meinung beunruhige, indem es einen Zustand der Unsicherheit schaffe. Unter diesen Reformen stelle er in erste Linie diejenigen, welche die Verfassung und die Vorrechte des Senats berühren. Er bitte ihn daher, sich mit seinen Kollegen ins Einvernehmen zu setzen, um ihm einen Entwurf zu einem Senatsbeschlusse vorzulegen, welcher die aus der Volksabstimmung von 1852 hervorgehenden Grundbestimmungen unabänderlich feststelle, die gesetzgebende Gewalt zwischen den beiden Kammern theile und der Nation den Theil der konstituierenden Gewalt zurückgebe, den sie dem Kaiser übertragen habe.“ Die gesetzgebende Gewalt sollte also nicht zwischen Kaiser und Senat getheilt bleiben, sondern den gesetzgebenden Körper als Dritten im Bunde aufnehmen. Im Hintergrund dieses Briefes stand aber bereits die Volksabstimmung, welche, wie sie die bisherige Verfassung zu genehmigen hatte, nun auch die zu verändernde und noch so manches Andere sanktioniren sollte. Die bekannte „Krönung des Gebäudes“, glaubte der Kaiser, sei damit definitiv hergestellt.

In der Senatssitzung vom 28. März legte Ollivier den Senatskonsult vor. Der Senat wählte am 1. April zur Begutachtung

desselben eine Kommission von 10 Männern, worunter neun ehemalige Minister (auch Rouher war darunter), und nahm den ihm vorgelegten Verfassungsentwurf am 20. April einstimmig an, nachdem einige unwesentliche Veränderungen daran vorgenommen worden waren. Diese neue Verfassung war in 46 Artikel eingetheilt und handelte in ihrem zweiten Abschnitt von der Thronfolge, im dritten von der Regierungsform, im vierten vom Kaiser, im fünften vom Senat, im sechsten vom gesetzgebenden Körper, im siebenten vom Staatsrath, im achten von einigen Bestimmungen der früheren Verfassung, sofern sie entweder abgeschafft oder beibehalten waren, und zum Schluß davon, daß die Verfassung nur durch das Volk auf Antrag des Kaisers abgeändert werden könne, und daß die Abänderungen und Zusätze, welche diese Verfassung zu der Volksabstimmung vom 20. und 21. December 1851 hinzufügen, der Zustimmung des Volkes unterbreitet werden müssen. Die einschneidendsten Bestimmungen waren folgende: „Die gesetzgebende Macht wird gemeinschaftlich vom Kaiser, dem Senat und dem gesetzgebenden Körper ausgeübt. Die aus der Initiative des Kaisers hervorgehenden Gesetze können nach seiner Wahl dem Senat oder dem gesetzgebenden Körper zugesandt werden. Indeß muß jedes Steuergesetz zuerst vom gesetzgebenden Körper votirt werden. Der Kaiser ist vor dem französischen Volk verantwortlich, an das er immer einen Aufruf erlassen kann. Die Minister sind verantwortlich. Sie können nur durch den Senat und den gesetzgebenden Körper in Anklagezustand versetzt werden. Sie können Mitglieder des Senats oder des gesetzgebenden Körpers sein, haben Zutritt zu der einen wie zu der andern Versammlung und das Recht, das Wort zu ergreifen, jedesmal wenn sie es verlangen. Der Kaiser ernennt die Senatoren, sofern dieselben nicht als Kardinäle, Marschälle und Admirale Sitz im Senat haben; sie sind unabsetzbar und auf Lebenszeit ernannt und ihre Zahl kann auf zwei Drittel der Mitglieder des gesetzgebenden Körpers gebracht werden. Der Präsident und die Vicepräsidenten des Senats werden vom Kaiser ernannt, während der gesetzgebende Körper bei Eröffnung einer jeden Session seinen Vorstand selbst erwählt.“

An dieser neuen Verfassung, welche sehr liberale Bestimmungen enthielt und einen wesentlich er Fortschritt bezeichnete, mißfielen den Republikanern seltsamerweise gerade diejenigen Punkte, welche eine

stark demokratische Färbung hatten. Es waren die Artikel 13, 45 und 46. Daß der Kaiser, so oft er wolle, an das Volk appelliren, daß jede Verfassungsänderung nur durch eine Volksabstimmung und zwar auf den Antrag des Kaisers erfolgen könne, und daß eben die jetzige Verfassung, nach der Berathung des Senats und ohne Befragung des gesetzgebenden Körpers, einer Volksabstimmung unterbreitet werden sollte, das genirte die äußerste Linke, welche doch sonst alles von der Souveränität des Volkes ableitete, ganz gewaltig. Es kam am 4. und 5. April zu heftigen Debatten im gesetzgebenden Körper. Der Abgeordnete Grevy interpellirte die Regierung über den Verfassungsentwurf. Ollivier erklärte eine Volksabstimmung für nothwendig. „Nachdem die Umwandlung in das liberale Kaiserreich vollendet ist, werden wir von der Nation verlangen, daß sie der freisinnigen Verfassung die Sanction erteile, welche sie der absoluten Verfassung von 1852 erteilt hat. Dann wird unsere Kraft zur Vertheidigung der Freiheit ebenso groß sein, als die Kraft unserer Vorgänger, welche den Grundsatz der Autorität vertheidigten. Ueber das Ergebniß der Abstimmung hegen wir keine Besorgniß. Denn die Nation, zwischen die Extreme der Reaction und Revolution gestellt, wird sich für die Freiheit entscheiden.“ Die Linke schien zu fürchten, daß die Abstimmung des Volkes dem Kaiser dazu dienen sollte, mit Beseitigung der Landesvertretung, gewissermaßen über sie hinweg, mit der Nation zu unterhandeln. Dann sei dieselbe ein Werkzeug des Staatsstreichs und das parlamentarische Regiment ein bloßer Name. Sie wollte daher, daß dem Senatskonsult noch ein Artikel beigefügt werde, wonach der Kaiser nicht an die Nation appelliren dürfe, ohne vorher Senat und Kammer zu Rathe gezogen zu haben. Daß der Kaiser die Anlegung eines solchen Zügels sich gefallen lasse, war schwer zu glauben. Jules Simon rief: „Das einzige Mittel, das Volk zu befragen, ist die Erneuerung der Volksvertretung“, und berührte damit sehr unsanft die wundeste Stelle des Ministeriums Ollivier. Aber es konnte ihm erwidert werden, daß ein Kaiser, welcher aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen sei, in wichtigen Fragen, die er dem Lande oder die das Land ihm stelle, direkt an das Volk zu appelliren berechtigt sei, um zu wissen, ob er noch der Erwählte desselben, ob sein Regierungssystem im Einklang mit den Wünschen desselben sei oder nicht. Auf solche Fragen durch



eine direkte Volksabstimmung oder indirekt, durch Erneuerung der Volksvertretung, sich eine Antwort ertheilen zu lassen, war sehr zweierlei und konnte sehr verschiedene Resultate liefern. Es ist bei der Beurtheilung der Sachlage nie der Ursprung des Kaiserreiches zu vergessen. Olivier verlangte ein bestimmtes Botum von der Kammer, ob sie in dieser Sache die Schritte der Regierung billige oder nicht, und machte eine Kabinettsfrage daraus. Mit 227 gegen 43 Stimmen nahm die Kammer den von Albufera, einem Mitglied des rechten Centrums, unter Billigung Oliviers gestellten Antrag an, daß die Kammer, auf die Hingebung des Ministeriums an die kaiserliche und parlamentarische Regierung vertrauend, zur Tagesordnung übergehen solle.

Beide Parteien, die kaiserliche und die republikanische, spielten bei der Frage über die Volksabstimmung ein verdecktes Spiel. Die Kaiserlichen verlangten die Volksabstimmung, nicht aus Anerkennung der Rechte des Volkes, sondern in der Ueberzeugung, daß sie in dem durch die kaiserlichen Beamten und die Geistlichkeit leicht zu leitenden Volke eine Stütze und einen Damm gegen die Ueberstürzungen und Ueberflutungen der äußersten Linken finden werden. Die Republikaner und alle Gegner Napoleons protestirten gegen die Volksabstimmung, nicht weil sie glaubten, eine Verfassungsänderung von so durchgreifender Bedeutung gehöre nicht vor das Forum einer direkten Volksabstimmung, sondern weil sie fürchteten, daß aus derselben die napoleonische Dynastie gestärkt, auf's neue sanktionirt hervorgehe. Es war nicht anders: bekam Napoleon bei der Volksabstimmung eine große Mehrheit, so war sein Thron, friedliche Zeiten vorausgesetzt, auf lange hinein gesichert und die Frage über Monarchie oder Republik zu Gunsten der ersteren entschieden; bekam er dagegen eine Minderzahl von Stimmen oder auch nur eine schwache Mehrheit, so war es Zeit für ihn, seine Koffer zu packen oder in einem auswärtigen Kriege seine letzte Karte auszuspielen. Auch im Ministerium herrschte Zwiespalt. Graf Daru und Buffet, die Minister des Auswärtigen und der Finanzen, wollten in Uebereinstimmung mit dem Antrag der Linken, hinsichtlich des Rechts der Appellation an das Volk dem Kaiser eine Beschränkung auferlegen. In rein dynastischen Fragen sollte er das Recht der Initiative ohne Einschränkung ausüben dürfen, in Betreff anderer Verfassungsbestimmungen sollte er an den Beschluß der beiden Kammern ge-

bunden sein. Da der Kaiser nicht nachgab und auf dem unbeschränkten Appellationsrecht bestand, so gaben Buffet und Daru ihre Entlassung. Nach einem Dekret vom 14. April war dieselbe angenommen und die Bestimmung getroffen, daß Olivier interimistisch auch das Aeußere, der Unterrichtsminister Segris das Finanzwesen und Richard interimistisch das Unterrichtsministerium übernehmen sollte. Die Bonapartisten jubelten über das Ausscheiden der beiden dem linken Centrum angehörigen Minister; da aber eben dadurch das Ministerium die Fühlung mit dem linken Centrum, das bei der Gründung der liberalen Aera so wesentlich mitgewirkt hatte, verlor, so fragte es sich, ob selbst für einen Bonapartisten viel Grund zum Jubeln vorhanden war. Das Ministerium wurde auf diese Weise immer mehr auf die rechte Seite hinüber gedrängt, das heißt auf diejenige Seite, deren eigentlicher Wortführer nicht Olivier, sondern Rouher war, und dies war offenbar für die Dynastie nicht günstig.

Auf den Wunsch Oliviers vertagte sich die Kammer vom 14. April bis zum ersten Donnerstag nach der Volksabstimmung, dem 11. Mai. Die Minister sollten dadurch Muße bekommen, den Debatten des Senats über die neue Verfassung anwohnen zu können, und den Abgeordneten, welche sich in ihre Wahlbezirke begeben und die Bevölkerung auf den wichtigen Akt der Volksabstimmung vorbereiten wollten, sollte durch diese Vertagung der Urlaub hiezu gegeben werden. Der äußersten Linken natürlich war auch dieser Vorschlag unbequem. Sie glaubte, das Vaterland sei in Gefahr, wenn seine großen Volkstribunen nicht beständig in der Loga Wache halten. Die Vertagung wurde am 13. April mit 193 gegen 63 Stimmen genehmigt. Ein kaiserliches Dekret vom 23. April rief das französische Volk auf den 8. Mai zusammen, um folgendes Plebiszit anzunehmen oder zu verwerfen: „Das Volk billigt die freisinnigen Reformen, welche seit 1860 durch den Kaiser unter Mitwirkung der großen Staatskörper in der Verfassung bewerkstelligt worden sind, und ratificirt den Senatskonsult vom 20. März 1870.“ Der Kaiser selbst trat in die Schranken. Die Amtszeitung vom 24. April brachte folgende Proclamation des Kaisers an sämtliche Wähler Frankreichs: „Die Verfassung von 1852, welche kraft der Vollmachten abgefaßt worden war, die ihr mir gegeben hattet und die von den 8 Millionen Stimmen ratificirt wurde, welche

das Kaiserreich wieder aufgerichtet haben, hat Frankreich 18 Jahre der Ruhe und Wohlfahrt gegeben, die nicht ohne Ruhm gewesen sind; sie hat die Ordnung gesichert und allen Verbesserungen den Weg offen gelassen. Auch ist, je mehr sich die Sicherheit befestigte, der Freiheit ihr reichliches Theil geworden. Aber nach einander folgende Veränderungen haben die plebiscitarischen Grundlagen umgewandelt, die nicht ohne einen Aufruf an die Nation abgeändert werden konnten. Es wird mithin unerlässlich, daß der neue konstitutionelle Vertrag vom Volke bestätigt werde, wie es ehemals die Verfassungen der Republik und des Kaiserreichs wurden. Zu damaligen Zeiten glaubte man, wie ich selbst es heute glaube, daß alles, was ohne euch geschieht, illegitim ist. Die Verfassung des kaiserlichen und demokratischen Frankreichs auf eine kleine Anzahl fundamentaler Verfügungen reducirt, welche ohne eure Zustimmung nicht verändert werden können, wird den Vortheil haben, die vollzogenen Fortschritte definitiv zu machen und die Grundsätze der Regierung vor den politischen Schwankungen zu sichern. Die allzuoft in unfruchtbaren und leidenschaftlichen Streitigkeiten verlorene Zeit wird fortan nützlicher verwendet werden können, um nach den Mitteln zu suchen, wie die moralische und materielle Wohlfahrt bis zur höchsten Stufe gefördert wird. Ich wende mich an euch alle, die ihr vom 10. December 1848 an alle Hindernisse besiegt habt, um mich an eure Spitze zu stellen, an euch, die ihr seit 22 Jahren mich unaufhörlich durch eure Stimmen vergrößert habt. Gebt mir einen neuen Vertrauensbeweis. Wenn ihr zur Abstimmung ein bekräftigendes Votum mitbringt, so beschwört ihr die Drohungen der Revolution, so setzt ihr die Ordnung und die Freiheit auf eine dauerhafte Grundlage und erleichtert in der Zukunft die Uebertragung der Krone auf meinen Sohn. Vor 18 Jahren waret ihr fast einstimmig, mir die ausgedehntesten Vollmachten zu ertheilen; seid heute eben so zahlreich, der Umbildung des kaiserlichen Regimes beizustimmen. Eine große Nation kann nicht zu ihrer vollen Entwicklung gelangen, ohne sich auf Einrichtungen zu stützen, welche gleichzeitig die Dauer und den Fortschritt verbürgen. Auf den Antrag, den ich an euch stelle, die liberalen Reformen zu ratificiren, welche in den letzten zehn Jahren verwirklicht worden sind, antwortet mit „Ja“. Was mich betrifft, meinem Ursprung getreu, werde ich mich von eurem Gedanken durchdringen, durch euren Willen stär-

fen, und auf die Vorsehung vertrauend werde ich nicht aufhören, ohne Unterlaß am Wohlergehen und an der Größe Frankreichs zu arbeiten.“

Ein Rundschreiben des Gesamtministeriums vom 24. April an die Beamten des Kaiserreiches lautete so: „Der Kaiser richtet einen feierlichen Aufruf an die Nation. Im Jahre 1852 forderte er von ihr die Macht, um die Ordnung zu sichern; nachdem die Ordnung gesichert ist, fordert er im Jahre 1870 nochmals die Macht von ihr, um die Freiheit zu begründen. Im Vertrauen auf das Recht, welches er durch 8 Millionen Stimmen besitzt, setzt er das Kaiserthum nicht in Frage; er unterwirft dem Votum nur die liberale Umgestaltung desselben. Mit „Ja“ stimmen, heißt, für die Freiheit stimmen. Die revolutionäre Partei bezeichnet als einen Eingriff in die Volkssouveränität die Huldigung, welche der Kaiser der Volkssouveränität darbringt, indem er das Volk befragt. Sie gibt den Rath, mit „Nein“ zu stimmen. Die wahren Freunde der Freiheit werden, trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten im Einzelnen, mit uns gehen. Kann es denselben zweifelhaft sein, daß sich der Wahl enthalten oder mit „Nein“ stimmen, hieße, diejenigen unterstützen, welche die Umgestaltung des Kaiserthrones nur deshalb bekämpfen, um mit ihm die politische und sociale Organisation zu vernichten, welcher Frankreich seine Größe verdankt? Im Namen des öffentlichen Friedens und der Freiheit, im Namen des Kaisers fordern wir Sie und alle unsere treuen Mitarbeiter auf, Ihre Anstrengungen mit den unseren zu vereinigen. Wir wenden uns an die Bürger. Wir ertheilen Ihnen keinen Befehl, sondern einen politischen Rath. Es handelt sich darum, unserem Vaterlande eine ruhige Zukunft zu sichern, damit sowohl auf dem Throne wie in der bescheidensten Hütte der Sohn in Frieden seinem Vater nachfolge.“ Olivier war für das Plebisit noch besonders thätig. Er schrieb an seine Wähler im Vardepartement am 25. April einen Brief und darauf noch zwei weitere, worin er ihnen sagte, daß, wenn diejenigen, welche das Volk zur Abstimmung mit „Nein“ auffordern, den Sieg davon tragen würden, die sociale Republik errichtet und die Plünderung der Reichen beginnen würde, während der Kaiser und seine Minister, falls sie den Sieg davon tragen, „entledigt der konstitutionellen Erörterungen, der Interpellationen, der Aufruhrsdrohungen, der Revolutionspropheteiungen, sich mit noch

mehr Sorgfalt als bisher mit den Mitteln beschäftigen könnten, das Loos desjenigen zu mildern, der nicht besitzt, ohne das Recht desjenigen zu verletzen, der besitzt." Zugleich wurde ein „Central-ausschuß für die Volksabstimmung von 1870“ gegründet, welcher in Paris und in ganz Frankreich eine ungeheure Thätigkeit entwickelte, um möglichst viele „Ja“ für das Plebisit zu erhalten. Geldsendungen strömten dem Comité massenhaft zu; in wenigen Tagen war eine halbe Million zusammengebracht. Der Boden in Paris war, wie sich dies bei den Wahlen von 1869 gezeigt hatte, nicht günstig, um so günstiger der in der Provinz. An sämtliche Generalräthe erließ das Comité ein Rundschreiben und legte ihnen an's Herz, daß das Volk, wenn es mit „Nein“ stimme, „sich unfehlbar der Revolution in die Hände liefere.“ Die Regierung wollte, nach Olliviers Ausdruck, die Bevölkerung zur Abstimmung „treiben“; denn sie wollte eine ungeheure Mehrheit erhalten; dies war nur möglich, wenn in der Provinz die ganze Masse des Volkes von ihrem Stimmrecht Gebrauch machte. Wenn aber die durch Rouher und Forcade gut geschulten Präfekten von dem Ministerium den Auftrag erhielten, die Bevölkerung zur Abstimmung zu treiben, so verstanden sie es jedenfalls nicht anders, als daß sie ihr auch zugleich einen „Ja“-Zettel in die Hand geben sollten. Die Präfekten hatten ihr Terrain bald gehörig studirt und bearbeitet und meldeten nach Paris, sie seien eines glänzenden Erfolges sicher.

Auch die Oppositionspartei legte die Hände nicht in den Schoß. Die Gelder floßen hier freilich nicht so reichlich, obgleich der italienische Volksmann Cernuschi mit gutem Beispiel vorangien und dem demokratischen Comité die Summe von 250,000 Franken zur Verfügung stellte. Mit „Nein“ zu stimmen, dazu war diese Partei entschlossen, noch ehe die dem Volke vorzulegende Frage amtlich festgestellt und bekannt gemacht war. Denn, sagte sie, den Wählern kommt es auf die Formel nicht an; dieselbe mag lauten, wie sie will, so werden dieselben glauben, daß ihr „Ja“ das Kaiserreich unterstüze, ihr „Nein“ es bekämpfe; also: Kaiserreich oder Republik! Die Linke veröffentlichte daher ein Manifest: „An unsere Mitbürger“, das von 17 Abgeordneten und 8 Vertretern der Presse unterzeichnet, von Gambetta und Ferry verfaßt war. Doch stand weder Favre's noch Picard's Name darunter. In diesem Manifest motivirten die

Unterzeichner das verneinende Botum dadurch, daß die neue Verfassung keineswegs „die Regierung des Landes durch das Land“ einführe, keineswegs die persönliche Gewalt vernichte. Ja sagen, heiße das persönliche Regiment neu befestigen, die Abdankung der Volkssouveränität unterschreiben. Nein sagen, heiße gegen die 18 Jahre der Unterdrückung, gegen Mexiko und Sadowa, gegen die hohen Budgets, die Aushebung, die großen Altersklassen und das ganze persönliche Regiment protestiren. Doch von „Republik“ wagten die Herren nichts zu sagen; das sollte für bessere Zeiten aufgespart bleiben. Dabei ist es sehr bezeichnend, daß die nämlichen Leute gegen „Sadowa“ protestirten und dem Volke diesen Tag und seine Folgen als eine Schmach Frankreichs denuncirten, welche, als nun Napoleon im Juli ihren Protest sich zu eigen machte, „Sadowa“ am Rhein bekämpfen wollte und mit Sedan und Wilhelmshöhe endigte, alle um die Wette schrieten, Napoleon allein habe den Krieg angefangen, sei an allem Unglück Schuld, die Republikaner hätten immer nur für den Frieden gewirkt. Der große Schauspieler Thiers, welcher durch sein ewiges Hezen so viel zum Ausbruch des Krieges beigetragen hatte, war im März 1871 einer der ersten, welche in Bordeaux das bekannte Beispiel des weiland Landpflegers Pilatus nachahmten. Nicht unwitzig schrieb die „Marseillaise“ über die Proklamation des Kaisers, sie glaube einen Mann mit verstorfter Miene und den Hut in der Hand vor das Volk treten zu sehen mit den Worten: „Bitte, bitte für einen armen Familienvater!“ Denn das Plebiszit, meinten die Bauern, sei der Sohn des Kaisers, gerade so, wie sie 1830 die „Charte“ für die Frau Lafayette's hielten, oder wie die aufrührerischen Russen in Petersburg am 26. December 1825 bei dem Rufe: „Es lebe Konstantin und die Konstitution!“ fragten, ob letztere die Frau Konstantin's sei. Nach all dem, was die Wähler zu hören und zu lesen bekamen, konnten sie nicht anders meinen, als daß sie mit ihrem Ja für die Erhaltung des Kaiserthums und der Dynastie, des Friedens und des Wohlstands stimmen, mit ihrem Nein für den Sturz des Kaiserthums, für social-demokratische Republik, für Anarchie, für ein allgemeines „Drunter und Drüber.“ Und wenn sie dies meinten, so hatten sie erst nicht ganz Unrecht.

Wie vor den Wahlen, so wurden auch vor der Volksabstimmung, mit Ausschluß der letzten fünf Tage, öffentliche Versamm-

lungen geduldet. In denselben gieng es toll her. In einer derselben beantragte der Bürger Lermina, das französische Volk solle Ludwig Karl Napoleon Bonaparte, genannt Napoleon III., zur Strafe lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilen, und fand mit seinem Antrag sehr bereitwillige Zuhörer. Dieser Skandal kostete den Bürger Lermina Abführung in das Gefängniß Mazas und Verurtheilung zu 2 Jahren Gefängniß und 10,000 Franks Geldbuße. Sehr gelegen kam dem Kaiser die Entdeckung eines Komplots, das seine Ermordung zum Zweck hatte. Die Verhaftung eines gewissen Beaury, welcher eben von England nach Paris gekommen war, die Entdeckung verschiedener Briefe, zum Theil von Flourens geschrieben, worin von Bornahme der großen „Amputation“ gesprochen wurde, die Auffindung einer Kiste voll Bomben und Sprengpulver bei einem Individuum in Belleville, der schlimmen Vorstadt, all dies deutete nach dem Bericht des Generalprokurators Grandperret auf eine Verschwörung gegen den Kaiser hin, in Folge dessen die Anklagekammer des höchsten Gerichtshofs berufen und gegen fünf Pariser Zeitungen mit Konfiskation eingeschritten wurde. Die Unverschämtheit, mit welcher die Bonapartisten dieses Komplot für das Plebisit auszubenten suchten, war unübertrefflich. Ihre Presse sagte: „Zweck des Komplots war, den Kaiser und ganz Paris in die Luft zu sprengen“; „Wer nicht mit uns ist, der ist für die Mordbuben“; „diejenigen, welche mit Ja stimmen, stimmen gegen die Verschwörer und ihre Bomben“. Die Linke dagegen behauptete, das ganze Komplot sei eine Erfindung der Regierung, arrangirt zu dem Zweck, um das Volk durch das Gespenst der Mordbrenner in Masse mit Ja-Zetteln vor die Urne zu treiben. Jedenfalls konnte man, je näher der Tag der Abstimmung kam, desto zuversichtlicher sagen, daß, wenn der Zweck des Plebisits war, ruhigere Zustände herbeizuführen, diese schwerlich eintreten würden, selbst wenn die Mehrheit für den Kaiser eine sehr bedeutende sein würde. Die durch die radikale Partei fortwährend genährte Aufregung war einmal da; sie war durch den ganzen Apparat, den das Plebisit mit sich brachte, ungeheuer gesteigert, die Gegensätze bis zur Messerschärfe zugespitzt, und wo war der Staatsmann, der für diese erhitzten Köpfe ein kaltes Sturzbad in Bereitschaft hatte?

Der 8. Mai, der Tag der Volksabstimmung brach sonnig an. An militärischen Vorsichtsmaßregeln hatte es die Regierung nicht

fehlen lassen. Die Abstimmung gieng ziemlich geordnet vor sich. Das Gesamtergebniß war 7,210,296 Ja, 1,530,610 Nein; dazu kamen in Algerien 41,213 Ja gegen 19,484 Nein. Dies war ein Resultat, so glänzend, wie es der Kaiser kaum erwarten konnte. Wenn diese Zahlen entschieden, so stand Napoleon 1870 auf der nämlichen Höhe der Macht wie 1851 und 1852. In den größeren Städten freilich hatte er an Terrain nicht gewonnen. In Paris stimmten 111,303 mit Ja, 150,377 mit Nein; ebenso hatten in Lyon, Marseille, Bordeaux, Toulouse, Nîmes, Metz die „Nein“ die Mehrheit; nur in Straßburg wurden etwa 800 Ja mehr als Nein abgegeben. Das einzige Bedenkliche an der Sache war die Abstimmung des Heeres. Obgleich dieselbe am wenigsten eine freie und der strengsten Kontrolle unterworfen war, so stimmten doch von dem Landheer über 40,000, von der Marine über 5000, von den algierischen Truppen gegen 6000 Mann mit Nein. Die Ruhestörer fühlten sich durch diese Thatsache ermuthigt, und es kam schon am Abend des 9. Mai vor der Kaserne des Prinzen Eugen, dessen Besatzung zur Hälfte mit Nein gestimmt haben soll, zu Störungen. Barrikaden wurden errichtet, aber von den Truppen fast ohne Widerstand genommen. Die Unruhen wiederholten sich am 10. und 11. Mai auf dem Plage des Chateau d'Eau, im Faubourg du Temple und in Belleville, konnten aber gegen die geschickt vertheilten Truppenabtheilungen nichts ausrichten. Es wurden viele Verhaftungen vorgenommen, auf beiden Seiten gab es Verwundete und Todte. Der Kaiser suchte die Bedeutung dieser Heeresabstimmung dadurch abzuschwächen, daß er sich die Miene gab, als lege er ihr gar keinen Werth bei. Er fuhr am 12. Mai im offenen Wagen und ohne Bedeckung nach der Kaserne Prinz Eugen und wurde sowohl hier als in anderen Kasernen, die er besuchte, auf's beste empfangen. Auch schrieb er am 11. Mai einen Brief an Marschall Canrobert, den Kommandanten des 1. Armeekorps, worin er sagte, es seien so lächerliche und übertriebene Gerüchte über die Abstimmung der Pariser Armee verbreitet worden, daß er ihn bitte, den Generalen, Officieren und Soldaten mitzutheilen, daß sein Zutrauen in den Geist der Truppen niemals erschüttert worden sei. Dem General Lebrun und seinen Truppen dankte er besonders für die Festigkeit und Kaltblütigkeit, welche sie bei Unterdrückung der Unruhen an den Tag gelegt hatten. Diese Truppen waren es gerade, welche



hauptsächlich mit Nein gestimmt hatten. Dies hinderte nicht, daß Zöglinge der Militärschule als gemeine Soldaten in ein Regiment gesteckt und Unterofficiere nach Afrika geschickt wurden. In der Sitzung vom 8. Juni interpellirte der Abgeordnete Raspail den Kriegsminister Le Bonaf hierüber. Derselbe erwiderte, daß diese Leute nicht wegen ihrer Abstimmung bestraft worden seien, sondern weil sie verbotene Versammlungen besucht und aufrührerische Rufe ausgestoßen haben. Zugleich weigerte er sich, einem Oberst einen Verweis zu geben, welcher seinem Regiment wegen der zahlreichen Nein eine tüchtige Strafrede gehalten hatte. Er fand das Benehmen des Oberst korrekt und erklärte, daß er die Disciplin der Armee aufrecht halten werde. Der letzte Akt der Volksabstimmung vollzog sich am 21. Mai, an welchem der Staatsrath, der Senat und der gesetzgebende Körper im Louvre von dem Kaiser empfangen wurden und Schneider, Präsident des gesetzgebenden Körpers, über das Gesamtergebniß der Volksabstimmung dem Kaiser Bericht erstattete. Der letztere hielt darauf an die Versammelten eine längere Ansprache, worin er unter anderem sagte: „Die Gegner unserer Staatsrichtungen haben die Frage, welche nur eine Reform zum Gegenstand hatte, auf die Alternative, Revolution oder Kaiserreich, zugespitzt. Das Land hat sich zu Gunsten des Systems entschieden, welches die Ordnung und die Freiheit verbürgt. Heute befindet sich das Kaiserreich befestigt auf seiner Grundlage; es wird seine Stärke in seiner Mäßigung zeigen, es wird nicht abweichén von der liberalen Linie, welche es sich gezogen hat.“ Darauf zählte er, da nunmehr die konstitutionellen Fragen überwunden seien, die weiteren Aufgaben der Thätigkeit der Regierung auf. Als solche bezeichnete er Verbesserung und Ausbreitung der Volksbildung, Hebung der Produktion und des Reichthums, Förderung des Ackerbaues und bessere Vertheilung der Steuerlast. Die Stadt war Abends zum Theil illuminirt. Die Abgeordneten der Linken waren über diese Erfolge des Kaiserthums verblüfft. Selbst die Stadt Paris hatte sie im Stich gelassen und weit konservativer als bei den Wahlen von 1869 sich ausgesprochen. Eine Folge hievon war eine Spaltung unter der Linken. Diejenigen Abgeordneten, welche jenen Aufruf Gambetta's gegen das Plebisit nicht unterzeichnet hatten, bildeten unter Picard's Führung die Fraktion der gemäßigten oder konstitutionellen Linken. Es waren ihrer zusammen 17. Ihnen gegenüber standen die 19 Ab-

geordneten der eigentlichen republikanischen Linken, unter welchen sich Arago, Favre, Ferry, Gambetta, Garnier-Pagès, Glais-Bizoin, Grevy, Ordinaire, Pelletan, Simon befanden.

Der Gesetzentwurf, wonach Preshvergehen wieder vor das Schwurgericht verwiesen werden sollten, wurde am 25. Mai vom gesetzgebenden Körper fast einstimmig genehmigt. Der Gesetzentwurf über die Bürgermeister brachte die Neuerung, daß dieselben auch in Zukunft von der Regierung, aber nur aus dem Schoße des Gemeinderaths gewählt werden sollten. Die republikanische Linke stellte den Antrag, daß die Bürgermeister vom Gemeinderath gewählt und daß drei Monate nach Verkündigung dieses Gesetzes in allen Gemeinden die Bürgermeisterwahl vorgenommen werden solle. Sie hoffte dadurch besonders die officiellen Kandidaturen zu bekämpfen, welche nur möglich waren, wenn die Regierung über die Bürgermeister als über die von ihr Erwählten verfügen konnte. Ollivier sprach gegen den Antrag und gieng dabei von dem Gedanken aus, daß der Bürgermeister nicht nur Beamter der Gemeinde, sondern zugleich auch Vertreter der Regierung sei. Der Antrag wurde mit 187 gegen 55 Stimmen verworfen, der Entwurf der Regierung am 28. Juni mit 177 gegen 37 Stimmen angenommen. Für die Wahlen der Generalräthe beanspruchte die Linke die Erlaubniß zu öffentlichen Versammlungen wie bei den Abgeordnetenwahlen. Die Befugnisse dieser Räthe wurden von der Kammer erweitert, zum Theil gegen den ausdrücklichen Willen Olliviers. Dieser verlangte daher am folgenden Tage, am 4. Juni, nachdem er wegen des Wortlautes des Gesetzes solche Versammlungen für unzulässig erklärt hatte, daß die Kammer auf die Interpellation Bethmont's mit der einfachen Tagesordnung antworte, damit das Ministerium wisse, ob es noch das Vertrauen der Kammer besitze. Auf dies hin konnte diese, da sie Ollivier noch nicht entbehrlich fand, nicht umhin, ihm seinen Willen zu erfüllen. Als ob es an diesen inneren Streitigkeiten noch nicht genug wäre, warfen die Prinzen von Orleans einen neuen Cris=Apfel in die Versammlung der Abgeordneten. Der Marquis von Piré interpellirte das Ministerium wegen Aufhebung der über die Bourbons und Orleans verhängten Verbannung und Zurückgabe ihrer confiscirten Besitzungen. Darauf schrieben vier Prinzen aus dem Hause Orleans, der Graf von Paris, der Prinz von Joinville, der Herzog von Nemours und der Herzog von Chartres, einen

Brief an den Präsidenten des gesetzgebenden Körpers, worin sie die Aufhebung ihrer Verbannung verlangten, nicht als Gnade, sondern als Recht, das allen Franzosen angehöre und dessen sie allein beraubt seien. Sie wollten also als einfache französische Bürger, unter den Bedingungen des gemeinen Rechts nach Frankreich zurückkehren. Der Kaiser kam dadurch in große Verlegenheit. Nachdem — wie die officiellen Blätter sagten — das Ergebnis der Volksabstimmung seiner Dynastie soeben die nationale Weihe gegeben hatte, sah es nicht sehr zuversichtlich, sah es eher ängstlich aus, wenn er trotzdem die Anwesenheit einiger Prinzen in Frankreich nicht zuließ. Jedermann legte ihm dies als Furcht vor einer unmittelbaren Gefahr, als Eingeständniß seiner schwachen Position aus. Die Höhe der plebiscitarischen Ziffer sank dann auf einmal auf die niedersten Grade herab. Und doch, wenn er die Rückkehr der Orleans gestatten wollte, im Vertrauen, auch mit dieser Opposition fertig zu werden, konnte er es vor seiner Dynastie verantworten, die Gefahren, die ihr dadurch bei seinem etwaigen raschen Tode erwachsen, selbst noch vermehrt zu haben? Bei der Unmündigkeit seines Sohnes, der Unbeliebtheit der Kaiserin und des Prinzen Napoleon durfte man sich für diesen Fall auf die heftigsten Kämpfe mit der republikanischen Partei gefaßt machen, und wenn die Orleans schon zur Hand waren, so mochte sich das Schauspiel vom Juli 1830, wo um Ludwig Philipp die Oppositionsparteien sich vereinigten, wiederholen. Denn das war doch keine Frage: die Prinzen von Orleans waren keine gewöhnlichen französischen Bürger, vielmehr, sie mochten wollen oder nicht, geborene Prätendenten oder, wie ein französischer Staatsmann sagte, *la conspiration en permanence*. Daher drückte sich Ollivier in der Petitionskommission auf's entschiedenste gegen die Bewilligung des Gesuches aus: „Die Prinzen protestiren gegen ein Gesetz, welches (1848) von der Republik geschaffen worden ist. Wir haben treffliche Gründe, die Erhaltung dieses Gesetzes zu wünschen. Ich betrachte die Rückkehr der Prinzen von Orleans nicht als eine Gefahr für das Reich der Napoleone, aber ich sehe in ihr eine Quelle der Verlegenheiten und eines Unbehagens, welche die Regierung, will sie nicht schuldig erscheinen, dem Lande ersparen muß. Wenn die Eingabe an den Kaiser gerichtet wäre, wenn ihre Unterzeichner erklärt hätten, sie unterwerfen sich dem Nationalwillen, so hätte sie eine wohlwollende Prüfung verdient. Aber es liegt eine

außerordentliche Bedeutung in dieser Thatsache, daß die Prinzen über den Kopf des Kaisers und der Regierung hinweg die hochmüthige Rückforderung eines zweifelhaften Rechtes an die Kammer richteten. Die Eingabe der Prinzen von Orleans ist die Aufstellung einer Kandidatur. Wenn die Regierung ihre Forderung bewilligte, wäre sie eine herabgekommene Regierung, und wenn die Kammer derselben zustimmte, müßte man die Kammer vernichten und an das Land appelliren.“ Auf den Antrag der Petitionskommission wurde das Gesuch in der Sitzung vom 2. Juli mit 174 gegen 31 Stimmen verworfen. Die Spaltung der Linken zeigte sich auch hier. Einige stimmten für das Gesuch, nur um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten, andere, die vorkommenden Falls auch der Republik keine bereiten wollten, stimmten dagegen. Olivier konnte für seinen Standpunkt anführen, daß alle früheren Regierungen es gerade so wie die jetzige gemacht, daß Ludwig Philipp die Rückkehr der Bourbons nie zugelassen, und daß der für das Gesuch stimmende Jules Favre im Jahre 1848 selbst für das Verbannungsdekret gestimmt habe.

Auch an auswärtigen Fragen fehlte es nicht. Und der rechte Mann hiesfür war bereits im Amt. Den provisorischen Zuständen, welche seit dem Austritt des Grafen Daru und Buffet's im Ministerium bestanden hatten, wurde durch das Dekret vom 15. Mai ein Ende gemacht. Durch dasselbe erhielt der Herzog von Gramont das Ministerium des Aeußeren, Mège das des Unterrichts, Plichon das der öffentlichen Arbeiten. Der letztere gehörte dem linken Centrum an, hatte sich aber entschieden für das Plebisцит ausgesprochen und dafür gewirkt, Mège war Mitglied des rechten Centrums. Gramont gehörte zu keiner der parlamentarischen Parteien, hatte weder einen Sitz im Senat, noch im gesetzgebenden Körper. Er war ein zum Bonapartismus bekehrter Legitimist, vertauschte als Unterlieutenant die militärische Laufbahn mit der diplomatischen und bekleidete nach einander die Gesandtschaftsposten in Kassel, Stuttgart, Turin, Rom und Wien. An letzterem Orte war er von 1861 bis 1870, machte also den preußisch-österreichischen Konflikt von dessen Entstehen bis zum Austrag mit. Aus seiner Feindschaft gegen Preußen machte er kein Hehl und fand natürlich in der Wiener Hofburg und deren Umgebung begeisterte Zuhörer. Seine Schuld war es jedenfalls nicht, wenn es in den letzten vier Jahren zu keinem französisch-

österreichischen Bündnisse kam. Seine Ernennung zum auswärtigen Minister erregte daher allgemeines Aufsehen und forderte das Mißtrauen Deutschlands heraus. Drei Tage darauf, am 18. Mai, veröffentlichte der Constitutionnel, welcher in den denkwürdigen Tagen des Juli sich so vollständig zum Dolmetscher der Gedanken der Regierung machte, bereits einen hochtrabenden Artikel, der, ohne Preußen zu meinen, die Adresse nach Berlin deutlich genug an der Stirne trug. Die Ernennung Gramont's wurde in demselben freudig begrüßt, da sie eine Garantie dafür sei, daß Frankreich wieder daran denke, den ersten Platz, der ihm in der Welt gebühre, würdig auszufüllen und seine Stimme „in den großen Fragen, welche die Welt bewegen, und welche ohne Frankreichs Mitwirkung und Einfluß weder verhandelt noch gelöst werden können“, hören zu lassen. „Es handelt sich heute darum, zu beweisen, daß unter der Herrschaft der parlamentarischen Kontrolle wie in der ersten Periode des Kaiserreiches die auswärtige Politik Frankreichs durch das nationale Interesse und durch die Sorge um Frankreichs Größe geleitet werde. Der gesetzgebende Körper, künftig enger bei der Leitung der Geschäfte betheiligt, wird mehr als eine Gelegenheit finden, zu beweisen, daß es in den internationalen Fragen keine Parteien, sondern nur Vertreter der großen Familie gibt.“ In den Tuileries, erzählte man, sei bereits die Lösung ausgegeben worden: „Liberalismus und Chassepot!“ Als Grund hiefür führte man die Abstimmung des Heeres an, welche von der Kriegspartei in dem Sinne ausgebeutet wurde, daß dieselbe dem Kaiser die Nothwendigkeit einer auswärtigen Aktion als das einzige Mittel, die Soldaten zu befriedigen, vorstellte. Alles schien auf eine nahe Katastrophe hinzudeuten: der kriegslustige Minister, die von dem verstorbenen Marschall Niel längst verkündigte Heeresbereitschaft, die inneren Verlegenheiten, welche durch das Plebisit nicht nur nicht beseitigt, sondern zum Theil erst hervorgerufen wurden. Es fehlte nur an einem schicklichen Anlaß, welcher, wenn er auch Frankreich keine Allianzen zuführte, so doch Preußen vollständig isolirte. Ein solcher schien mit dem Abschluß des Vertrages über den Bau der Gotthardbahn gekommen zu sein, worüber Deutschland, Italien und die Schweiz sich in der Hauptsache verständigt hatten.

Der Abgeordnete Meny, Mitglied der Mehrheit, interpellirte in der Sitzung vom 9. Juni das Ministerium „über das Abkom-

men, daß zwischen der Schweiz, Italien, Baden und dem norddeutschen Bunde wegen Bau's der Gotthardeisenbahn getroffen worden sei." Sogleich rief man ihm von allen Seiten zu: „Sehr gut! sehr gut!“ Gab es doch nach dem langen inneren Hader wieder einmal eine auswärtige Frage, bei der man seiner französischen Empfindlichkeit, seinem Hochmuth, seinem Chauvinismus Luft machen und seine Ignoranz vor aller Welt zeigen konnte. Hat denn Deutschland dagegen protestirt, als Frankreich mit Italien den Vertrag wegen der Mont=Cenis-Bahn abschloß? Ist das Gotthardprojekt überhaupt in Deutschland aufgekommen oder nicht vielmehr in der Frankreich gewiß nicht antipathischen Schweiz? Daß die Gotthardlinie den anderen von Süden nach Norden führenden Linien, der Lyon=Marzeller, der Mont=Cenis= und Brennerlinie Konkurrenz machen werde, das war sehr klar. Die letzteren waren alle im Besitze einer und derselben Geldmacht. Aber wollte denn diese der französischen Regierung zumuthen, gegen den Bau der Gotthardbahn zu protestiren und es auf einen Krieg ankommen zu lassen, nur damit die Aktien dieser Gesellschaft nicht ins Fallen kommen? Dies hieß dem französischen Patriotismus viel zumuthen. Wenn die Regierung in die Falle gieng, so hatte sie sicherlich ganz Europa gegen sich; denn sie intervenirte ohne alle Berechtigung in die inneren Angelegenheiten der drei theiligten Staaten und suchte dem Weltverkehr, welcher sich bei der schrankenlosesten Konkurrenz am besten befindet, nach dem Lehrbuch des Faustrechts Schranken zu setzen. Von der Losung: „Liberalismus und Chassepot!“ war dann nur von dem zweiten Theile etwas zu entdecken. Die Interpellation wäre sehr leicht mit ein paar Worten zu beantworten gewesen. Gramont wollte aber die Frage genau studiren, um zu sehen, ob sie nicht doch den gewünschten Vorwand abgeben könnte. Er verlangte daher in der Sitzung vom 11. Juni, daß die Verhandlung über diese Interpellation auf den 20. Juni vertagt werde. Die Zwischenzeit benutzten die chauvinistischen Journale, um gegen den Grafen Bismarck und die „Eroberungssucht“ Preußens eine Lanze einzulegen. Sie wagten nicht, von der Regierung zu verlangen, daß sie gegen die Anlegung dieser Bahn einen Protest erhebe; denn so viel merkten sie, daß sie damit eine kolossale Lächerlichkeit begehen würden; daher stellten sie sich, als ob ihnen dabei nur für die Neutralität der Schweiz Angst sei, und verlangten, daß die Neutralität

dieser Bahn unter die Garantie Frankreichs und Oesterreichs gestellt werde. Als ob die Schweiz so erpicht darauf wäre, sich unter eine Art Kuratel stellen zu lassen! Sie hatte, solche Interventionsgelüste ahnend, im Berner Protokoll sich ausdrücklich vorbehalten, alle zur Wahrung ihrer Neutralität erforderlichen Maßregeln zu treffen. So fiel also das Resultat der Interpellation am 20. Juni kläglich aus. Der Interpellant selbst erklärte, daß Frankreich keine ernstliche Ursache habe, sich vom politischen Standpunkte aus der Unternehmung der Gotthardbahn zu widersetzen, sprach auch nicht, wie die Aktionäre der Simplonbahn hofften, für eine Unterstützung dieses Unternehmens, konnte aber nicht umhin, zu beklagen, daß vermittelt der Gotthardbahn die Linie von Mailand nach Paris und nach Calais um ein ziemliches kürzer sei, als vermittelt der Mont-Cenis-Bahn. „Aber warum haben Sie dann Ihre Interpellation eingebracht?“ wurde ihm entgegnet. Der Herzog von Gramont versicherte nach einigen kleinen Bosheiten, die an die Adresse des norddeutschen Reichstags und des Grafen Bismarck gerichtet waren, daß Frankreich weder das Recht, noch die Pflicht zur Einmischung habe. Der Kriegsminister sagte, das militärische Gleichgewicht sei durch diese Bahn nur wenig, nicht auf beunruhigende Weise verändert, und wenn es darauf ankomme, so sei ihr wichtigster Ausläufer, von Basel nach Frankfurt, vom Elsaß aus schnell unfahrbar gemacht. Minister Plichon endlich überraschte mit dem Geständniß, daß eine Gotthardbahn den kommerziellen Interessen des nördlichen und östlichen Frankreichs in hohem Grade vortheilhaft sein werde, daß eine Simplonbahn neben der Mont-Cenis-Bahn nicht zulässig, dagegen eine Verbesserung der Rhoneschiffahrt und der Kanalverbindungen des südlichen Frankreichs nothwendig sei. Die Linke konnte sich freilich auch diese Gelegenheit, sich als die wahren Wächter der Größe Frankreichs hinzustellen, nicht entgehen lassen. Der Abgeordnete Ferry rief pathetisch: „Wenn Sie in dem Vertrage von 1869 nur einen Eisenbahnvertrag sehen wollen, wenn die im norddeutschen Reichstage gehaltenen Reden Ihnen nicht die Augen geöffnet haben, so ist es, weil Sie noch dieselbe Mehrheit sind, welche Sadowa geschehen ließ.“ Die Mehrheit verlangte, daß Ferry zur Ordnung gerufen werde, und dieser entgegnete: „Und ich rufe Sie zum Patriotismus zurück!“ Immer das alte Lied! immer das alte Sadowa! immer das alte Heßen zum Krieg! Und doch sagten

diese Herren von der äußersten Linken, als der Tag von Sedan sie am 4. September an's Ruder brachte, sie seien an diesem Kriege so unschuldig wie die Kinder von Bethlehem.

Der Herzog von Gramont hatte gefunden, daß für einen kriegslustigen Minister mit der Gotthardfrage nichts anzufangen sei. Er tröstete sich damit, daß ihm bald etwas Besseres einfallen werde. Damit aber durch das Lärmschlagen in der Presse kein Verdacht und keine vorzeitige Beunruhigung entstehe, sollte Ollivier einige befänstigende Tropfen einfließen lassen. Es war am 30. Juni, genau vier Tage, bevor die Hohenzollern'sche Kandidatur zum erstenmal öffentlich besprochen wurde, und einen Tag, nachdem bereits der Marineminister bei dem Seepräfecten von Cherbourg angefragt hatte, was für Borräthe dort aufgehäuft seien zum Zweck einer Flotten-Expedition nach der Nordsee und Ostsee. Der Werth dieser Ollivier'schen Erklärung ist damit ein für allemal gekennzeichnet. Das Kontingent für 1871 sollte festgestellt werden. Die Stärke desselben im laufenden Jahre betrug 90,000 Mann. Glais-Bizoin verlangte eine Herabsetzung auf 80,000. Garnier-Pagès sprach für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht mit 2 Jahren Präsenz in der Linie und 5 Jahren in der Reserve. Graf Latour wollte lieber wieder zu der Ziffer 100,000 zurückkehren, da die Verringerung des Kontingents um 10,000 Mann bei den anderen Mächten, namentlich bei dem norddeutschen Bund keine Nachahmung gefunden habe. Der Kriegsminister war auch dieser Ansicht und war nur aus Nachgiebigkeit gegen seine Kollegen mit 90,000 Mann zufrieden. Von einer zweijährigen Präsenzzeit aber wollte er nichts wissen. Um ein guter Soldat zu werden, müsse man wenigstens 4—5 Jahre unter den Waffen stehen. Thiers stimmte dem Kriegsminister bei, sprach von der Friedensliebe des hervorragenden Mannes, welcher die deutschen Angelegenheiten leite, erklärte aber eine Entwaffnung in Frankreich für unmöglich, weil Preußen nicht entwaffnen könne. Wollte Preußen entwaffnen, so müßte es nicht bloß seine Armee vermindern, sondern vor allem den norddeutschen Bund zerbrechen und die Verträge mit den süddeutschen Staaten aufheben. „Dieser Bund, diese Verträge, das ist Preußens Rüstung; es wird dieselbe nicht ablegen. Alle Welt ist auf dem Friedensfuß. Nur ist für Preußen der Friedensfuß verdoppelt. Ich bin für den Frieden, aber eber damit er erhalten bleibe, muß Frankreich stark bleiben. Warum



hat Sadowa der Welt ein unerwartetes Schauspiel dargeboten? Weil man in Wien nicht vorbereitet war, während man es in Berlin war.“ Favre brachte die allgemeine Lage Europa's und die auswärtige Politik des Ministeriums zur Sprache und rief lechterem zu: „Ihr habt nichts für den Frieden nach Außen und nichts für die Freiheit im Innern gethan.“ Auf dies erhob sich Olivier und betheuerte, daß zu keiner Zeit die Regierung eine freimüthigere Friedenspolitik befolgt habe, und daß niemals der europäische Friede weniger bedroht gewesen sei als jetzt. „Die Kabinette haben begriffen, daß die Friedensverträge von 1856 und 1866 aufrecht erhalten bleiben müssen. Man fragt, was wir gethan haben. Wir haben die Freiheit entwickelt, um den Frieden zu sichern. Wir haben ein französisches Sadowa gemacht durch die Volksabstimmung, welche unserer Politik dieselbe Stärke verleiht, wie Sadowa sie Preußen verliehen.“ Der Regierungsvorschlag, 90,000 Mann zu verwilligen, wurde sofort angenommen. Mit dieser Debatte vom 30. Juni schloß die erste Hälfte des Jahres auf's friedlichste ab. Was soll man aber von Olivier denken, der als Friedensapostel auftritt, während hinter ihm seine Kollegen schon Piratenzüge vorbereiten? Wußte er darum oder wußte er nicht darum? Das Letztere ist kaum anzunehmen. Uebrigens steht es um seinen Ruf gleich schlecht, man mag das eine oder das andere für wahr halten.

---

## Italien und das vatikanische Koncil.

---

Eine klägliche Rolle spielte das Ministerium Olivier gegenüber der päpstlichen Kurie. Graf Daru hatte als auswärtiger Minister die Erbschaft seines Vorgängers, des Fürsten Latour d'Auvergne, angetreten und fand darin jene hochweise Antwort, welche auf die Circulardepeſche des haitriſchen Miniſterpräſidenten Fürſt Hohenlohe vom 9. April 1869 gegeben worden war. Die Depeſche hatte ſämtliche Kabinette eingeladen, gegen die den konfeſſionellen Frieden und die Exiſtenz des Staates bedrohenden Beſchlüſſe des Koncils gemeinſchaftlich Front zu machen. Unangenehm berührt, daß der Miniſter eines Mittelſtaates und vollends eines deutſchen hierin die Initiative ergreife, erklärte der franzöſiſche Miniſter, daß es ihm unthunlich erſcheine, Proteſt zu erheben gegen Beſchlüſſe des Koncils, die man noch gar nicht kenne. Graf Beuſt war natürlich der gleichen Anſicht. Und doch unterhielt ſich damals ſchon ganz Europa von der Hauptaufgabe des Koncils, nannte ſie bei Namen und konnte ohne ſonderliches Wagniß das Reſultat der Berathungen vorherſagen. Daß es ſtaatsmänniſcher ſei, eine Gefahr an ſich herankommen zu laſſen, als ihr vorzubeugen, war jedenfalls ein neuer Lehrſatz. Wenn irgend etwas im Stande war, die Kurie von ihrem äußerſten Schritte zurückzuſchrecken, ſo war dies ein gemeinſchaftlicher Proteſt ſämtlicher katholiſchen Mächte gegen klerikale Exceſſe und Uebergriffe und ein gemeinſchaftlicher rückſichtsloſer Feldzugsplan, falls dieſem Proteſt nicht entſprochen wurde. Dieſer Verſuch war zu machen. Gelang er nicht, nun ſo zeigten ſich ja die Beſorgniſſe als vollſtändig begründet; gelang er und zog die Kurie ihre abſolutiſtiſchen Schemata zurück, ſo konnten die Miniſter ein Triumphlied anſtimmen. Die franzöſiſche Regierung gab ſich großen Täuſchungen hin. Sie hatte von der Mäßigung und Einſicht des Vatikans eine ſehr vortheilhafte Meinung und ſchrieb ſich ſelbſt einen ungemessenen Einfluß auf denſelben zu. Weil ſie durch ihre Truppen das Papſtthum gegen die Invaſion der Italiener beſchützte, glaubte ſie den Vatikan ſo

voll Dankbarkeit und Anhänglichkeit an Frankreich, daß es nur eines Winkes von dort bedürfe, um alles durchsetzen, alles abwenden zu können. Und wenn je auch in dieser heiligen Stadt das Menschliche mit seinen Schwächen und Fehlern sich zeige, so dürfen sie ja nur, glaubten die französischen Minister, mit Zurückziehung ihrer Truppen drohen, um die Kurie zur unbedingten Nachgiebigkeit zu zwingen. Allein im Vatikan wußte man so gut als anderswo, daß Napoleon nicht wegen des Papstes, sondern wegen seiner selbst seine Truppen im Kirchenstaat stehen habe; daß diese seine militärische Stellung im Kirchenstaat die Vollendung der ihm so verhassten Einheit Italiens verhindern und daß der dem Papste verliehene Schutz dem auf schwankendem Throne befindlichen Kaiser Napoleon den Beistand der so zahlreichen und mächtigen katholischen Geistlichkeit Frankreichs bei Plebisziten und bei anderen Gelegenheiten verschaffen solle. Solche Drohungen verlachte man im Vatikan, und so froh man des Anblicks der französischen Bajonette war, so glaubte man doch zu keiner Gegenconcession verpflichtet zu sein und behaupten zu dürfen, daß das Tuilerienkabinet den Vatikan nicht weniger brauche, als dieser jenes.

In diesem Vatikan gieng es nun freilich sonderbar zu. Je mehr Papst Pius IX., welcher am 13. Mai 1792 geboren ist, seinem Lebensende sich näherte, desto leidenschaftlicher war er in dem Begehren, sein Pontifikat zum glänzendsten von allen zu machen, dasselbe als einen riesigen Gedenkstein in die moderne Geschichte hineinzurücken. Was keinem Papste gelungen war, unumschränkte Gewalt über die Kirche, über Concilien und Bischöfe auszuüben, durch Dogmatisirung seiner Unfehlbarkeit sich über alle Menschen, über alle Regierungen und Monarchen, zu erheben und wenigstens hinsichtlich dieses einen Punktes Gott gleich zu werden: ihm sollte es gelingen. Mit der Encyclika und dem Syllabus vom 8. December 1864 wurde angefangen und mit dem Unfehlbarkeitsdogma vom 18. Juli 1870 wurde aufgehört. In den 84 Sätzen des Syllabus hatte er alle möglichen „Irrthümer“ der Gegenwart aufgezeichnet und verdammt, gegen die Grundlagen des modernen Staates und der modernen Gesellschaft sein Anathema ausgesprochen, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit des Kultus, Pressfreiheit, Unabhängigkeit der weltlichen Gewalt von der geistlichen, die Gleichheit des Rechts für Geistliche und Weltliche, das Recht der Völker, sich

Obrigkeiten und Gesetze zu geben, und jede von der kirchlichen Autorität unabhängige Bewegung der Wissenschaft als Ketzereien verdammt. Damit war die Richtung, welcher das Papstthum zustrebte, Suprematie über alle weltliche Macht, über Könige und Völker, bezeichnet. Es fehlte noch zweierlei. Die in dem Syllabus niedergelegte Erklärung des Papstes über die sogenannten modernen Irrthümer mußte von dem versammelten Concil zum Dogma erhoben und als solches von der ganzen katholischen Welt anerkannt werden. Und damit jeder Zweifel an der Richtigkeit solcher Erklärungen verschwinde und jede Opposition der mit ihrer Gelehrsamkeit und Gewissenhaftigkeit oft störend eingreifenden Bischöfe mit einem einzigen Schlagwort niedergeschmettert werde, mußte der Papst, wenigstens in allen den Fällen, in welchen er in Erfüllung seines Hirten- und Lehramtes auftrat, mit der Unfehlbarkeit ausgestattet und diese als Dogma festgestellt werden. War dies erreicht, so lag die ganze katholische Welt zu den Füßen des Papstes, und was außerhalb derselben stand, durfte sich vor offenen und verdeckten Interventionen in Acht nehmen.

Niemand, vielleicht selbst Pius nicht, lag so viel an der Erreichung dieses Zieles als den Jesuiten. Dieselben bekamen den Papst, seit seiner Flucht nach Gaeta am 24. November 1848 und seiner Rückkehr von dort im Jahre 1850, allmählich immer mehr in ihre Gewalt. Die von ihnen damals gegründete Zeitschrift »Civiltà cattolica« begann einen heftigen Kampf gegen die moderne Kultur und Civilisation und für die Restauration einer mittelalterlichen Papstgewalt. Sie wußten seine Schwächen trefflich auszunutzen und unter dem Schein, alles nur zum Ruhme des päpstlichen Stuhles zu thun, für sich selbst aufs beste zu sorgen. Neben manchen glänzenden Eigenschaften, Reinheit des priesterlichen Wandels und Lebendigkeit des Gottvertrauens, besitzt Pius auch eine hübsche Dosis persönlicher Eitelkeit, welche sich sogar in einer Vorliebe für prunkhafte Aufzüge und reiches Geschmeide kundgibt. Diese Schwäche machte ihn sehr empfänglich für jesuitische Schmeicheleien und Hoheitspläne. Außerdem ist es eine bekannte Thatsache, daß Graf Giovanni Mastai nicht wegen seiner gelehrten Bildung und theologischen Einsicht, sondern hauptsächlich mit Rücksicht auf seine Familie im Jahre 1846 zum Papst erwählt worden ist. Mit seiner Gelehrsamkeit ist es schlecht bestellt, und das peinliche Bewußtsein

hievon legte ihm den Gedanken sehr nahe, diesem Mangel durch eine höhere Erleuchtung abzuhelpfen. Was ihm an menschlichem Wissen fehlte, sollte durch die himmlische Inspiration ersetzt werden. Was allen anderen Sterblichen nur mit saurem Schweiß zu erringen vergönnt ist, in diesen oder jenen höheren Dingen ein sicheres Urtheil zu bekommen, das sollte der unwissenschaftliche Mastai im Handumdrehen erreichen. Möchten dann die deutschen Gelehrten und Doktoren, die Döllinger und Hefele, sich noch so tief in ihre gelehrten Studien vergraben, die ganze Kirchengeschichte auswendig wissen und für jeden ihnen vorgehaltenen Fall ihr schlagendes Exempel parat haben, was half sie dies alles, wenn Pius sich auf den Dreifuß seiner Unfehlbarkeit setzte und ihnen das, was er wünschte und anerkannt wissen wollte, als göttliche Wahrheit verkündigte? Dabei versicherte Pius, daß er in einem besonders nahen Verhältniß zur Jungfrau Maria stehe, daß diese ihn leite und inspirire und durch ihn die Ketzereien dieser Welt vertilgen werde.

Unter solchen Umständen war es für die Jesuiten keine Schwierigkeit, sich des Papstes vollständig zu bemächtigen und ihn in dem süßen Wahne zu erhalten, daß sie seine uneigennützigsten Rathgeber seien. Und doch war er nur der von ihnen Vorgeschobene, nur das Werkzeug ihrer weltumspannenden Plane, und sein päpstlicher Ornat nur der Deckmantel für ihre staatsgefährlichen Absichten. Was sie selbst durch ihres Ordens Gewalt nicht durchzusetzen vermochten, das wollten sie mit Hilfe der päpstlichen Macht erreichen, und wenn sie diese bis zur Allgewalt erhöhten, so erhöhten sie sie für ihre eigenen Zwecke. Pius war der Beherrschte, sie die Herrschenden, Pius sollte der Unfehlbare sein, aber nur dann, wenn sie allein ihm seine Orakelsprüche auf die Zunge legten. So weit sollte es im 19. Jahrhundert noch kommen, daß der Jesuitismus die erste Macht auf Erden werde. Papstthum und Jesuitismus sollten identisch, die ganze katholische Kirche mit all ihren Dienern, vom Cardinal bis zum niedersten Kaplan herab, sklavisch jenem unterworfen sein. Dies waren die Ziele, und eben weil es diese waren, brauchte man ein Koncil und zwar ein solches, wie es indessen kaum irgend eines gegeben hat. Bei den bisherigen Koncilien war es Sitte gewesen, die Gegenstände der Verhandlungen frühzeitig bekannt zu machen, damit vor dem Beginn derselben die Bischöfe sich auf jene vorbereiten könnten. Die Regierungen der katholischen Mächte wurden eingeladen, sich durch

Gesandte bei dem Concil vertreten zu lassen, und die Hauptfragen ihnen zum voraus mitgetheilt. Die Geschäftsordnung wurde in Trient von den päpstlichen Legaten und Bischöfen vereinbart und Gegenstand einer förmlichen Abstimmung. Die Anträge der Bischöfe waren an keine Vorschrift gebunden. Zum Dogma wurde kein Lehrsatz erhoben, der nicht in der Kirche allgemein geglaubt und nicht von den Mitgliedern des Concils mit Einmüthigkeit oder wenigstens mit einer an Einmüthigkeit grenzenden Mehrheit angenommen wurde. Die Jesuiten sorgten dafür, daß von all diesen Gebräuchen einer „guten alten Zeit“ kein einziger beobachtet wurde. Die hauptsächlichsten Gegenstände der Concilsthätigkeit, diejenigen, wegen deren allein das Concil berufen wurde, wurden in tiefes Geheimniß gehüllt, den Bischöfen und den Regierungen auch nicht der geringste Einblick gestattet, auf vorsichtige Anfragen eine noch vorsichtiger ausweichende Antwort gegeben. Ebendeshwegen war auch keine Rede von einer Einladung der katholischen Regierungen. Denn eine solche Einladung hätte ohne eine Mittheilung der dem Concil vorzulegenden Materien nicht erfolgen können. Zugleich wollte die Kurie, dadurch daß sie die weltliche Macht ganz bei Seite ließ, ausdrücklich zeigen, daß sie bei Fassung der Concilsbeschlüsse gerade so souverän sei wie die weltlichen Regierungen und ihre Parlamente bei Einrichtung der staatlichen Verhältnisse; daß sie also, wie diese sie nicht um Rath fragen, so auch die Zustimmung jener recht wohl entbehren könne.

Die Geschäftsordnung wurde dem Concil von dem Papste durch das Dekret vom 27. November octroyirt, und als sie sich so unbrauchbar erwies, daß selbst die vorsitzenden Kardinäle Aenderungen beantragten, so wurde auf die Wünsche und Anträge der Bischöfe gar keine Rücksicht genommen und am 22. Februar eine neue Geschäftsordnung octroyirt. Nach derselben übte die glaubenstreue Majorität unbedingten Despotismus über die Minorität aus. Jene hatte aus ihrer Mitte alle Kommissionen besetzt, der Präsident des Concils und die Kommissionsmitglieder konnten jeden Augenblick die Bischöfe, welche gegen einen Entwurf sprachen, unterbrechen, ihnen das Wort entziehen, ihre schriftlichen Anträge nach Gefallen annehmen oder ablehnen, den Schluß der Debatte, wenn auch nur 10 Stimmen ihn verlangten, dekretiren. Bei den Abstimmungen sollten die Beschlüsse, sowohl über einzelne Artikel und Vorschläge als über das ganze

Schema, durch einfache Stimmenmehrheit erfolgen. Selbst die Lehre von der Unfehlbarkeit sollte durch einfachen Majoritätsbeschluß entschieden werden. Anfangs freilich rechneten sie gerade hierin auf einen einmüthigen Beschluß, um der Welt das große Schauspiel von der Einheit der katholischen Kirche, von der Einmüthigkeit des Episkopats vor Augen zu stellen. Sobald sie aber sahen, was für eine beträchtliche Minorität gegen die Unfehlbarkeitslehre sich erhob, zogen sie die Debatte und Beschlußnahme hierüber so lange als möglich hinaus, um in der Zwischenzeit durch allerhand Manöver, durch den Einfluß und die Liebenswürdigkeit des Papstes die widerspenstigen Bischöfe zu einem Abfall im großen zu verleiten. Als auch hiezu wenig Aussicht war, so verkündigte die »Civiltà cattolica«, daß zur Dogmatisirung eines Lehrsatzes die Einmüthigkeit des Konzils durchaus nicht erforderlich sei, daß auch eine Majorität hiezu hinreiche, ja daß sogar die Minorität entscheiden könne, sobald der Papst sich auf ihre Seite stelle. Also der fehlbare Papst mit einer Minorität soll beschließen können, daß der Papst unfehlbar sei, und dies soll dann, bei Gefahr der Verfluchung und der Excommunication, als Glaubenssatz von der ganzen katholischen Welt, jene bei Seite gesetzte Majorität mit eingeschlossen, angenommen werden. Dies war eine sehr starke Zumuthung, und das Jesuitenblatt hätte viel besser daran gethan und den alten Bischöfen, welche nach Rom reisen mußten, einen großen Gefallen erwiesen, wenn es von Anfang an verkündigt hätte, daß der Papst, wenn er sich selbst für unfehlbar erkläre, es auch sei. Aber selbst ein Majoritätsbeschluß reicht zu einem Dogma nicht hin. Denn dadurch wird dem Lehrsatz der ökumenische Charakter genommen und derselbe auf das Niveau eines Parteibeschlusses herabgedrückt, welcher das Schicksal aller Parteibeschlüsse hat, von einer späteren Versammlung wieder umgestoßen zu werden, zumal von einer solchen, welche mit Einmüthigkeit beschließt. Das Vatikanische Konzil vom Jahr 1870 wurde durch den Terrorismus der Jesuiten ein Partei-Konzil, verlor den Charakter eines ökumenischen, in die katholische Welt wurde eine Spaltung hineingeworfen und aller Bildung und Wissenschaftlichkeit, allem gesunden Menschenverstand, aller Rechtlichkeit und Gewissenhaftigkeit der Fehbehandelschuh in's Gesicht geschleudert. Er wird aufgehoben werden, und die ihn aufheben, werden vornehmlich Söhne Deutschlands sein.

An einer Majorität konnte es den Jesuiten, sie mochten vorlegen, was sie wollten, nicht fehlen. Sprachten doch schon die Zahlenverhältnisse dafür. An dem Concil, welches, wie in dem vorigen Jahrgang mitgetheilt worden ist, am 8. December 1869 begonnen hat, haben 764 Personen theilgenommen. Von diesen waren 300 so bedürftig, daß der Papst ihren Unterhalt auf seine Kosten übernehmen mußte, was ihn täglich 25,000 Francs kostete. Daß diese 300 päpstlichen Kostgänger eine festgeschlossene päpstliche Phalanx bildeten, war natürlich. Beachtet man die Vertheilung der 764 Bischöfe auf die einzelnen Länder, so kommt ein weiteres Mißverhältniß heraus. Die Zahl der italienischen Bischöfe betrug 276, wovon 143 auf den kleinen Kirchenstaat kamen, die der französischen 84, der deutschen 19, der österreichisch-ungarischen 48. Der Rest vertheilte sich auf die übrigen Länder Europa's, unter welchen das glaubensstarke Spanien 41 Bischöfe sandte, und auf die vier anderen Erdtheile. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß etwa 100 keine wirklichen Bischöfe waren, sondern Bischöfe in partibus infidelium, das heißt, einen vorerst von einer anderen Religionsgenossenschaft eingenommenen Sprengel, in Wirklichkeit also keinen Sprengel hatten und hinsichtlich ihrer amtlichen Stellung ganz von der Gnade des Papstes abhingen. Auch war es gewiß kein bloßer Zufall, daß im Jahre 1870 nicht weniger als 18 Kardinalshüte zu vergeben waren. Sie sollten offenbar eine Lockung für die Ehrgeizigen, eine Belohnung für die Helden der Unfehlbarkeit sein. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die italienischen Bischöfe mehr als ein Drittel, die Bischöfe des Kirchenstaats beinahe ein Fünftel, die von Deutschland, Frankreich, Oestreich-Ungarn zusammen auch bloß ein Fünftel von der Gesamtzahl der Concilsväter betrogen. Die Katholiken von Deutschland, Frankreich und Oestreich-Ungarn, welche mehr als die Hälfte aller europäischen bilden, hatten zusammen 151 Bischöfe, der Kirchenstaat mit seinen 720,000 Einwohnern 143, jene also nur 8 mehr als dieser. Der Papst konnte auf eine Majorität von etwa 500 Mann zählen, die alle unbedingt auf sein Kommando giengen. Es waren dies seine 300 Kostgänger, die italienischen und spanischen Bischöfe, die Bischöfe in partibus, die Kardinäle und Ordensgenerale. Ihnen gegenüber stand eine Opposition von mehr als 200 Mann, deutsche, österreichisch-ungarische, französische und nordamerikanische Bischöfe, welche aber bei weitem keine so fest-



geschlossene Schar bildeten wie jene, theilweise den Verlockungen sich hingaben und im entscheidenden Moment wohl nicht alle zu einem absoluten „Nein“ sich entschließen konnten. Somit läßt sich im ganzen und großen sagen, daß bei dieser Frage der Unfehlbarkeit der romanische Süden dem germanisch-gallischen Norden, die Unwissenschaftlichkeit der Wissenschaftlichkeit, die Abhängigkeit der Unabhängigkeit gegenüberstanden. Wie in dem spanischen Kriege der Karlisten gegen die Christinos der Oberfeldherr Guergué im Jahre 1838 zu Don Carlos sagte: „Wir, die Dummköpfe, die Finsterlinge, haben noch Eure Majestät nach Madrid zu führen, und wer nicht in diese Klasse gehört, ist ein Verräther“, so konnten auch die 500 Bischöfe hinsichtlich der Unfehlbarkeit Pius IX. gegenüber sich äußern.

Der Gang des Concils war ein sehr schleppender, im ganzen jedoch einfacher. Die Sitzungen waren in der Aula, welche den ganzen linken Raum des lateinischen Kreuzes der Basilika von Sankt Peter einnimmt und von dem übrigen Raum der Kirche durch eine hölzerne, jedoch nicht ganz bis an das Gewölbe reichende Wand getrennt war. Vom Standpunkt der Akustik aus war der Raum ein höchst ungünstiger. Er wurde später verkleinert, und doch klagten noch manche, daß sie den Redner nicht verstehen. Die Geschäftssprache war die lateinische, welche nicht allen Bischöfen, den orientalischen am wenigsten, so geläufig war, daß sie sich fertig darin ausdrücken konnten. Zudem sprachen die französischen Bischöfe dieselbe anders aus als die englischen, diese wieder anders als die italienischen und diese anders als die deutschen. Die Fruchtbarkeit der Debatten konnte dadurch nicht gewinnen. Man näherte sich dadurch ziemlich dem Ideal des Kardinals Antonelli, welcher vorschlug, daß die Bischöfe gar keine Reden halten, sondern etwaige Einwürfe und Anträge den Kommissionen schriftlich mittheilen sollten. Schon die Ansprache des Papstes bei der Eröffnung des Concils am 8. December deutete darauf hin, daß die Kurie entschlossen sei, den Kampf mit der weltlichen Macht aufzunehmen und dem Krummstab die Herrschaft über alle irdische Gewalt dauernd zu verschaffen. In der zweiten öffentlichen Sitzung vom 6. Januar legten die Concilsmitglieder das tridentinische Glaubensbekenntniß in Anwesenheit des Papstes ab. Da die Häupter der Infallibilisten eine Adresse für die Unfehlbarkeit vorbereiteten, um dadurch vorweg die Anhänger derselben durch Namensunterschrift zu binden, so verfaßten

die Minoritätsbischöfe unter Führung des Kardinals Rauscher am 12. Januar eine Gegenadresse, worin sie erklärten, daß „die Aussprüche und Handlungen der Kirchenväter, die echten Urkunden der Geschichte und der katholische Lehrbegriff selbst ernste Schwierigkeiten darbieten, welche der Proklamirung der Unfehlbarkeitslehre sich widersetzen,“ und demgemäß den Papst baten, ihnen die Nothwendigkeit einer solchen Berathung nicht aufzuerlegen, somit auf das Dogma der Unfehlbarkeit zu verzichten. Der Papst half sich dadurch aus der Verlegenheit, jezt schon eine bestimmte Antwort geben zu müssen, daß er keine der beiden Adressen annahm. Am entschiedensten und heftigsten gegen das bisherige päpstliche System sprach Stroschmayer, Bischof von Serbien und Bosnien. Offen trat er mit seiner Donnerstimme gegen die Lehre und die Herrschsucht der Jesuiten auf und verfocht am 25. Januar die Rechte der Bischöfe, welche er nicht zu päpstlichen Kommissären herabdrücken lassen wollte. Man solle nicht immer bloß von den Pflichten der Bischöfe sprechen, von ihren Rechten schweigen. Es sei nothwendig, das Papstthum zu universalisiren, das heißt, auch Nichtitalienern zugänglich zu machen; heutzutage sei es zum Nachtheil seiner Macht und seines Einflusses eine rein italienische Einrichtung. Auch das Kardinalskollegium müsse in der Weise reformirt werden, daß in demselben alle katholischen Landschaften nach dem Maßstab ihrer Größe und Bedeutung vertreten seien. Den Provinzialsynoden solle ein Einfluß auf die Besetzung der bischöflichen Stühle eingeräumt werden, damit die mit der bisherigen Art von Ernennungen verbundenen Gefahren beseitigt würden. Die Centralisation ersticke das Leben der Kirche. Diese viel gerühmte Einheit der Kirche sei eine geisttödtende Monotonie und erzeuge vielfach Uebel. Daure dieser Zustand fort, so müsse man neuen Gefahren, neuen Abfällen entgegensehen. Ja, er wagte sogar, am 22. März in der Aula von St. Peter sich der Protestanten anzunehmen. Als in einem der Glaubensentwürfe dem Protestantismus alle modernen Verirrungen, wie Atheismus, Pantheismus, Materialismus, Indifferentismus zugeschrieben wurden, erklärte er dieses Urtheil für ein durchaus falsches. Diese Verirrungen hätten schon lange vor dem Entstehen des Protestantismus bestanden. Auch kenne er viele Protestanten, welche sehr sittenstreng und gläubig seien. „Du bist selbst ein Protestant“ riefen ihm einige entgegen. Als er am Schlusse auf die Frage von dem Modus der Abstimmung und auf

die neue Geschäftsordnung einging und für die Dogmatisirung der Lehrsätze die moralische Uebereinstimmung des gesamten Episkopates verlangte, so entstand ein solcher Lärm, daß Stroßmayer die Rederbühne verlassen mußte. Aus dem wilden Sturm vernahm man nur einzelne Wörter, wie „Reher!“ „Wir verdammen Dich!“ Draußen vor dem Dome glaubte man, die Bischöfe raufen sich drinnen.

Solche Reden konnten Aerger und Aufsehen erregen, ändern konnten sie in der Hauptsache nichts. Die Jesuiten und ihre Anhänger waren unerbittlich und pochten auf ihre Majorität. Das Schema über den Glauben wurde in der dritten öffentlichen Sitzung am 24. April einstimmig angenommen. Darin waren die Hauptsätze des Syllabus enthalten, und die „modernen Irrthümer“ in 18 Lehrsätzen (Canones) verflucht. Das Schema über den kleinen Katechismus wurde am 4. Mai mit allen gegen 10 Stimmen angenommen. Bisher war es jedem Bischof freigestanden, ein solches Lehrbuch auszuwählen und in seinem Sprengel einzuführen. Von nun an wurde auch hierin strenge Uniformität angeordnet und mußte von allen Bischöfen diejenige Ausgabe des Katechismus eingeführt werden, welche die Kurie anbefahl. Der Text dieser Ausgabe entsprach denn auch den Grundsätzen des Vatikan. Der Entwurf des Glaubenssatzes über die Unfehlbarkeit wurde auf Befehl des Papstes am 6. März an die Bischöfe vertheilt und denselben kundgegeben, daß etwaige Einwendungen bis zum 17. März zu erheben seien. Der Entwurf enthielt 4 Kapitel über den römischen Primat und 3 Lehrsätze mit der obligaten Verfluchung. Die Hauptbeweisstelle für die Unfehlbarkeit des Papstes soll nach dem Entwurf Lukas 22, 32 sein, in welcher Christus zu Petrus sagt: „Ich aber habe für dich gebeten, daß dein Glaube nicht aufhöre, und wenn du dereinst dich bekehrst, so stärke deine Brüder!“ Eine Exegese, welche aus dieser Stelle die Unfehlbarkeit herausbringt, ist um ihren Scharfsinn nicht zu beneiden. Auf dies hin verlangten die deutschen Bischöfe in einer Eingabe vom 11. März eingehende Konferenzen über die Unfehlbarkeitsfrage, welche durch gewählte Deputationen beider Theile geführt werden sollten. Auch diese Bitte wurde nicht gewährt und auf die Reden in der jede Diskussion unmöglich machenden Aula verwiesen. Und doch, sagt der Stiftsprobst Dr. von Döllinger in München, waren prüfende Konferenzen unentbehrlich und dringend geboten. Sie hätten, wenn sie umfassend und gründlich zu Werke

gegangen wären, das Ergebnis geliefert, „daß die Theorie der päpstlichen Unfehlbarkeit nur durch eine lange Kette berechneter Erdichtungen und Fälschungen in die Kirche eingeführt und dann durch Gewalt, durch Unterdrückung der alten Lehre und durch die mannigfaltigen, dem Herrscher zu Gebot stehenden Mittel und Künste, ausgebreitet und behauptet worden ist.“ Die Häupter der Opposition thaten ihr Möglichstes, um das Unglück von ihrer Kirche abzuwenden. Kardinal Schwarzenberg gab ein Buch heraus, worin er gründlich nachwies, wie wenig nothwendig und opportun es sei, diese Unfehlbarkeitstheorie gerade jetzt vor ein Concil zu bringen. Und der gelehrte Bischof Hefele von Rottenburg, Verfasser der Conciliengeschichte und früher Professor der Kirchengeschichte in Tübingen, verfaßte eine Broschüre, worin er unwiderleglich bewies, daß Papst Honorius von dem sechsten ökumenischen Concil zu Konstantinopel im Jahre 680 wegen einer kegerischen dogmatischen Entscheidung verurtheilt worden ist, und daß spätere Concilien und Päpste dieses Urtheil bestätigt haben. Diese Schrift des schwäbischen Doktors war ein harter Schlag für die Partei der Infallibilisten; denn das Unfehlbarkeitsdogma war ja nicht bloß auf die Person Pius IX. gemünzt, sondern wirkte rückwärts wie vorwärts. Ein unfehlbarer Papst als Keger! von Concilien und Päpsten als solcher verurtheilt! Wer war nun fehlbar? wer unfehlbar? Pius freilich half sich leicht aus dieser Verlegenheit. Sein bereits untrügliches Gefühl sagte ihm, daß die Sache mit Honorius sich ganz anders verhalte, und daß aus einer Untersuchung dieser Streitfrage die Sache der Unfehlbarkeit glänzend hervorgehen werde. Er beauftragte daher einen römischen Professor und einen Jesuiten, den Honorius rein zu waschen. Dies war dem Bischof Hefele gegenüber schwieriger als die Durchsetzung der Unfehlbarkeit auf dem Concil. Daß beide Schriften, die Hefele's und Schwarzenberg's, nicht in Rom gedruckt werden konnten und aus einer Druckerei in Neapel hervorgiengen, kennzeichnet diese römischen Zustände. Die Empfindlichkeit des eiltlen Papstes wurde durch die Widersprüche gesteigert. Er ließ sich hinreißen, von einem Kirchenhaupt als von einem „Esel“ zu sprechen. Und ein italienischer Kardinal sagte zu einem französischen Priester: „Denken Sie nur die Monstrosität! Dieser Erzbischof von Paris wagt es, von Rechten zu reden, die ihm zukommen. Was würden Sie dazu sagen,

wenn einer Ihrer Lakaien in dem Moment, wo Sie ihm Ihre Befehle geben, von den Rechten, die er habe, reden wollte?“

Am 14. Mai begannen endlich die Verhandlungen über die Unfehlbarkeit; 69 Bischöfe hatten sich als Redner einschreiben lassen. Von einer Debatte war keine Rede. Man hörte akademische Abhandlungen. Greith von St. Gallen, Hefele, Rauscher, Schwarzenberg, Darboy, Erzbischof von Paris, und andere sprachen gegen das Dogma. Großes Aufsehen erregte die Rede des Kardinals Guidi von Bologna, welcher die Unfehlbarkeit auf den Fall beschränkt wissen wollte, wenn der Papst über eine Lehre mit der Kirche vollkommen einig sei. Nachdem schon 60 Redner gesprochen hatten, verlangte am 3. Juni, als Maret, Dekan der Pariser Fakultät, eine Rede gegen die Unfehlbarkeit hielt, die Mehrheit den Schluß der Generaldebatte. Darauf berieth sich die Opposition bei Kardinal Rauscher, ob sie, ohne an den Verhandlungen weiter theilzunehmen, in Rom bleiben und schließlich mit „Nein“ stimmen oder ob sie gegen das erlittene Unrecht protestiren und die Verhandlungen ruhig fortführen solle. Die Mehrheit der Versammlung entschied sich für das letztere und richtete an das Koncil eine mit 93 Unterschriften versehene Protestation gegen den willkürlichen Schluß der Diskussion. Dem Wunsche der Minorität, in Hinblick auf die große Hitze, welche viele der alten Bischöfe auf's Krankenlager warf, das Koncil zu vertagen, wurde kein Gehör gegeben; vielmehr erließ Pius am 8. Juli den Befehl, daß kein Bischof das Koncil verlassen dürfe. Man sah dem Ende entgegen. Am 13. Juli wurde dem Koncil von der dogmatischen Kommission die Formel der Unfehlbarkeit zur Abstimmung vorgelegt. Sie lautete: „Es ist göttlich geoffenbartes Dogma, daß der Papst, wenn er ex cathedra, das heißt, in Erfüllung seines höchsten Hirten- und Lehramtes aller Christen, zufolge seiner göttlichen und apostolischen Autorität, eine von der ganzen Kirche anzunehmende Glaubens- oder Sittenlehre verkündet, kraft göttlicher Verheißung an den heiligen Petrus mit derselben Unfehlbarkeit ausgestattet ist, welche der göttliche Erlöser seiner Kirche verleihen wollte, als er die Glaubens- und Sittenlehre gab. Deßhalb sind die Lehren des römischen Papstes von Natur aus unfehlbar.“ In Rom anwesend waren an diesem Tage noch etwa 700 Bischöfe. Von diesen nahmen 600 an der Sitzung theil, und von diesen hinstimmten 450 mit „Ja“, 88 mit „Nein“, 62 gaben ihre

Zustimmung mit Vorbehalt. Von den 100 Abwesenden enthielt sich der größte Theil der Abstimmung aus Opportunitätsgründen. Daß darunter der Staatssekretär Antonelli sich befand, war auffallend, wenn gleich zugegeben werden mußte, daß gerade dieser seither am meisten Gelegenheit gehabt habe, sich von seines Herrn geringen Anlagen zur Unfehlbarkeit zu überzeugen. Mit „Nein“ hatten gestimmt die Kardinäle Schwarzenberg von Prag, Kauscher von Wien, Matthieu von Besançon, Darbois von Paris, Stroszmayer, alle Ungarn bis auf einen und die Bischöfe von München, Bamberg, Augsburg, Rottenburg, Trier, Osnabrück, Breslau, Ermeland, Mainz, Olmütz, Triest. Nur bedingt stimmte zu der Bischof Melchers von Köln.

Die Bischöfe der Opposition glaubten noch einen letzten Schritt thun zu müssen. Wußten sie ja recht wohl, daß, wenn der Papst durch die neue Lehre die ganze Fülle der Gewalt, über die ganze Kirche wie über jeden einzelnen Laien, Priester und Bischof, in sich vereinige, sie selbst zwar immer noch kirchliche Würdenträger, aber nicht mehr Bischöfe im wahren und ursprünglichen Sinne des Wortes seien. Sie schickten daher am 15. Juli eine Deputation zu Pius und baten ihn, wenigstens insoweit nachzugeben, daß nur diejenigen Entscheidungen des Papstes für unfehlbar erklärt würden, welche er „gestützt auf das Zeugniß der Kirche“ fälle. Pius erwiderte, er werde sein Möglichstes thun; aber er habe das Schema noch nicht gelesen, wisse also nicht, was es enthalte. Zugleich bemerkte er jedoch, es sei ja notorisch, daß die ganze Kirche zu allen Zeiten die unbedingte Unfehlbarkeit des Papstes gelehrt habe. Da trat Bischof Ketteler von Mainz vor, warf sich vor dem Papst auf die Kniee und bat ihn, der Kirche und dem Episkopat durch einige Nachgiebigkeit Frieden und die verlorene Einigkeit wieder zu geben. Die Scene machte Eindruck auf Pius. Er entließ die Deputation mit einigen schönen Worten. Gleich darauf eilten die Bischöfe Manning und Senestrey von Regensburg zu ihm und beschworen ihn, nicht nachzugeben, da die Sache im besten Gang sei. Nun beschloß die Opposition, in einer besonderen Eingabe an den Papst ihren Protest zu wiederholen und ihm mitzutheilen, daß ihre Verehrung für ihn ihnen nicht gestatte, in seiner Gegenwart mit „Nein“ zu stimmen, daher sie es vorziehen, an der vierten öffentlichen Sitzung nicht theil zu nehmen und von Rom abzureisen. Melchers von Köln und Kette-

ler von Mainz reichten eine besondere Erklärung ein. Die öffentliche Sitzung fand am 18. Juli statt. Da die Opposition sich entfernt hatte, durfte man auf Einstimmigkeit rechnen. Die Abstimmung ergab 547 „Ja“ gegen 2 „Nein“. Die letzteren wurden von einem italienischen und einem amerikanischen Bischof abgegeben. Unter den ersteren befand sich auch die Stimme des Kardinals Guidi von Bologna, welcher damit seine frühere Opposition wieder gut machen wollte. Eigenthümlich war es, daß, wie die Eröffnungsfeier am 8. December unter Sturm und Regen vor sich gieng, so die Proklamation der Unfehlbarkeit und eben damit wohl der Schluß des vatikanischen Concils unter Blitz und Donner erfolgte. Ein Gewitter entlud sich über Rom und machte den Versammlungssaal so finster, daß der Papst seine Unfehlbarkeit nicht vom Blatt lesen konnte und ihm daher eine Kerze zur Seite gestellt werden mußte. Die Feierlichkeit hatte nur wenige Zuschauer, innerhalb und außerhalb des Domes, herbeigelockt. Die Diplomatenloge war fast ganz leer und nur mit Persönlichkeiten zweiten und dritten Ranges besetzt; denn die Gesandten von Preußen, Oestreich, Frankreich, Baiern hatten von ihren Regierungen die Weisung erhalten, durch ihre Abwesenheit zu glänzen.

Die abergläubischen Römer sahen in dem Gewitter vom 18. Juli ein schlimmes Vorzeichen für die neue unfehlbare Aera ihres Papstes. Die Thatfachen haben ihnen Recht gegeben. Denn an diesem 18. Juli war der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich bereits entschieden; am 15. war er ja bereits in der französischen Kammer durch Ollivier angekündigt und am 19. wurde in Berlin die förmliche Kriegserklärung übergeben. In Folge dessen stieg ein schreckliches Gewitter am Horizont auf, weit schauerlicher als jenes vatikanische. Wenn dasselbe auch zunächst die Richtung nach Frankreich einschlug, so konnte man doch bei der Liebhaberei des Königs Viktor Emanuel für solche Naturereignisse nicht wissen, ob nicht ein Ableger, eine Art Detachement dieses Gewitters eine Linksabweichung über die Alpen mache und über den Vatikan sich in einer Weise entlade, daß für den Papst eine einzige Kerze nicht mehr ausreichte. Er selbst mochte schon damals trübe Ahnungen haben; wußte er ja recht wohl, daß nur die Zuaven und die Chassepots die begehrliehen Hände seines Nachbarn zurückzuhalten vermögen. Die Concilsväter wurden sofort entlassen, mit der Weisung, am 11. November nach

Rom zurückzukehren und die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Denn das Concil war nicht aufgelöst, nur vertagt. Aber bevor dieser Termin erschien, standen die Verhältnisse so, daß der Papst in seiner Bulle vom 20. Oktober das Concil auf unbestimmte Zeit vertagte, da die Besetzung Roms und des Kirchenstaats den Bischöfen nicht die nöthige Freiheit, Sicherheit und Ruhe gebe, um gemeinschaftlich mit dem Papste die Angelegenheiten der Kirche zu ordnen. Diese politische Katastrophe war übrigens nicht die einzige Gefahr, welche aus der grenzenlosen Selbstüberhebung der Kurie hervorgieng. Es fragte sich auch, welche Haltung die protestirenden Bischöfe nun annehmen, ob die Priester und Laien das neue Dogma mit gläubiger Andacht aufzunehmen gesonnen seien, und ob die Regierungen die Verkündigung desselben zuließen. Denn das war ja doch gar keine Frage, daß dieser sanftmüthige Pius unter der Leitung der Jesuiten eine ähnliche Ueberordnung über alle weltlichen Herrscher und Regierungen beanspruchte wie jene schroffen Charaktere des Mittelalters, welche Gregor und Innocenz heißen. Und damit niemand hierüber im Zweifel sei, schrieb die »Civiltà cattolica«, das römische Organ der Jesuiten, am 18. März 1871: „Der Papst ist oberster Richter der bürgerlichen Geseze. In ihm laufen die beiden Gewalten, die geistliche und die weltliche, wie in ihrer Spitze zusammen; denn er ist der Stellvertreter Christi, welcher nicht nur ewiger Priester, sondern auch König der Könige und Herr der Herrschenden ist. Der Papst ist kraft seiner Würde auf dem Gipfel beider Gewalten.“ In einer Zeit, wo die staatliche Ordnung wieder straffer gehandhabt wird, wo nicht bloß die Herrscher, sondern fast mehr noch das Volk und dessen Vertreter mit Eifersucht über die Prärogativen der Krone und des Staates wachen und geistliche Uebergriffe mit Entrüstung zurückweisen; wo die Bildung sowohl extensiv als intensiv, besonders in Deutschland, einen Grad erreicht hat, daß Tausende von Katholiken das Dogma vom 18. Juli nur mit mitleidigem oder höhnischem Lächeln aufgenommen haben, schreibt trotz der Annexion von Rom und dem Kirchenstaat, das Jesuitenblatt in der angeführten Weise! Man kann nur staunen und vorförglich an eine Unterkunft in einem Irrenhaus denken.

Die opponirenden Bischöfe blieben ihrer Fahne nicht getreu. Auf einer Versammlung zu Fulda beschloßen mehrere deutsche Bischöfe, darunter einige, welche mit „Nein“ votirt hatten, den Gläu-



ligen sei die Annahme des Dogmas der päpstlichen Unfehlbarkeit dringend zu empfehlen. Die Bischöfe von München, von Trier, von Ermeland, von Mainz sah man in's Lager der Infallibilisten übergehen. Bischof Hefele von Rottenburg widerstand noch. Neue Konflikte mußten sich erheben; denn es war ja natürlich, daß diese neubekehrten Bischöfe, wie jene, welche geborene Infallibilisten waren, von allen Untergebenen die Annahme des Unfehlbarkeitsdogma's verlangten. Alle Professoren der katholischen Fakultäten, alle Religionslehrer an Gymnasien und anderen Lehranstalten, sämtliche Priester sollten auf das neue Dogma schwören und zur Verkündigung desselben sich verpflichten. Denn darauf war ja der ganze Feldzugsplan berechnet. Beichtstuhl und Unterricht in ihre Gewalt zu bekommen, war ja von Anfang an das Ziel der Jesuiten. Hatten sie es erreicht, so hatten sie die rechten Mittel für ihre unrechten Zwecke. Aber zu solch unwürdiger Nachgiebigkeit, zu solch unmännlicher Haltung, auf ein Dogma zu schwören, von welchem überall gesagt wurde: „Kein einziger glaubt daran,“ hatte denn doch nicht jedermann Lust. Noch stand die Wahrheit und die theologische Wissenschaft Deutschlands manchem höher als Koncilsbeschlüsse, welche durch die romanischen Automaten durchgesetzt worden sind. Eine Versammlung katholischer Theologen, meist Lehrer an deutschen Universitäten, zu Nürnberg, an welcher auch Döllinger und Friedrich (Professor des Kirchenrechts in München) theilnahmen, beschloß im August, daß dem vatikanischen Koncil die Eigenschaft eines ökumenischen nicht beizulegen, das neue Dogma somit nicht anzuerkennen sei. Wenn aber gegen solche Opponenten die bekehrten Bischöfe einschreiten, mit Amtsentsetzung und Exkommunikation vorgehen, wird dann der Staat der Verfolgten sich annehmen, sie in ihren Aemtern schützen und den Kampf mit dem mittelalterlichen Papstthum aufnehmen? Thut er es nicht, so möge er nur gleich seine eigene Abdankung unterschreiben. Von diesen Opponenten hat keiner eine würdigere und einschneidendere Antwort gegeben, als Döllinger dem Erzbischof von München am 28. März 1871. Am Schlusse seines eingehenden Schreibens sagt er: „Als Christ, als Theologe, als Geschichtskundiger, als Bürger kann ich diese Lehre nicht annehmen. Nicht als Christ: denn sie ist unverträglich mit dem Geiste des Evangeliums und mit den klaren Aussprüchen Christi und der Apostel; sie will gerade das Imperium dieser Welt aufrichten, welches

Christus ablehnte, will die Herrschaft über die Gemeinden, welche Petrus allen und sich selbst verbot. Nicht als Theologe: denn die gesamte echte Tradition der Kirche steht ihr unverföhnlich entgegen. Nicht als Geschichtskenner kann ich sie annehmen; denn als solcher weiß ich, daß das beharrliche Streben, diese Theorie der Weltherrschaft zu verwirklichen, Europa Ströme von Blut gekostet, ganze Länder verwirrt und heruntergebracht, den schönen organischen Verfassungsbau der älteren Kirche zerrüttet und die ärgsten Mißbräuche in der Kirche erzeugt, genährt und festgehalten hat. Als Bürger endlich muß ich sie von mir weisen, weil sie mit ihren Ansprüchen auf Unterwerfung der Staaten und Monarchen und der ganzen politischen Ordnung unter die päpstliche Gewalt und durch die eximirte Stellung, welche sie für den Klerus fordert, den Grund legt zu endloser verderblicher Zwietracht zwischen Staat und Kirche, zwischen Geistlichen und Laien. Denn das kann ich mir nicht verbergen, daß diese Lehre, an deren Folgen das alte deutsche Reich zu Grunde gegangen ist, falls sie bei dem katholischen Theil der deutschen Nation herrschend würde, sofort auch den Keim eines unheilbaren Siedtums in das eben erbaute neue Reich verpflanzen würde.“

Die diplomatische Aktion, welche dem 18. Juli vorangegangen war, war nicht geeignet gewesen, die Kurie auf andere Gedanken zu bringen. Den Reigen eröffnete Graf Beust. Derselbe schickte, als die 21 Fluchsätze auf die Tagesordnung des Concils gesetzt wurden, an den österreichischen Botschafter in Rom, Graf Trautmannsdorff, eine Depesche vom 10. Februar, worin er vor Annahme dieser Sätze warnte und erklärte, daß, wenn in Folge der Annahme derselben ein Konflikt zwischen Staat und Kirche entstehe, die Regierung vor der Erfüllung ihrer Pflichten nicht zurückweichen werde. Antonelli ließ sich mit seiner Antwort Zeit bis zum 20. April, stellte die 21 Fluchsätze als höchst unschuldige Dingerchen hin, leugnete, daß die Kirche in den Kreis der weltlichen Macht übergreifen wolle, vindicirte ihr aber das Recht, in der Ausübung ihres Amtes sich nicht behindern zu lassen. In der nämlichen Sache richtete der französische Minister Daru eine Depesche vom 20. Februar an Antonelli, worin er ihn ersuchte, ihm diese Canones amtlich mitzutheilen, damit die Regierung ihre Einwendungen unmittelbar beim Concil vorbringen lasse. In einem Privatbriefe drohte Daru mit Zurückziehung der franzö-

fischen Befugung aus dem Kirchenstaat. Im Kabinet sprach er die Ansicht aus, man solle einen Diplomaten als außerordentlichen Gesandten nach Rom schicken, damit dieser im Vatikan und im Concil gegen die Unfehlbarkeitsklärung protestire. In seiner Antwort vom 19. März leugnete Antonelli, daß die Kirche einen direkten und absoluten Einfluß auf die konstitutiven Grundsätze der Regierungen, die Formen der bürgerlichen Einrichtungen und die politischen Rechte der Bürger ausübe, und erklärte, daß durch die Concilsbeschlüsse die Konkordate nicht alterirt würden. Der französische Botschafter in Rom, Herr von Banneville, ein Mann von ultramontaner Gesinnung, kam am 10. März in Paris an, um die französische Regierung von ihrem Entschlusse, sich durch einen eigenen Botschafter beim Concil vertreten zu lassen, abzubringen. Sie kam auch davon ab und begnügte sich mit der regelmäßigen Vermittlung ihres Botschafters, der am 11. April wieder auf seinen Posten abreiste. Zugleich verfaßte Graf Daru eine lange Auseinandersetzung über die Gefahren, welche die Dogmatifirung des Syllabus und der Unfehlbarkeit dem Staate bringen. Diese Schrift wurde fast sämtlichen europäischen Kabinetten mitgetheilt und erst, nachdem diese ihre Zustimmung gegeben hatten, von Ollivier, dem interimistischen Nachfolger Daru's, als Note vom 10. April nach Rom geschickt. In ähnlichem Sinne, den Frieden zwischen Staat und Kirche hauptsächlich betonend, sprachen sich die Depeschen des Grafen Beust und die des preußischen Gesandten, Herrn von Arnim, vom 23. April aus. Diese diplomatischen Schritte hatten wohl weniger den Zweck, bei der Kurie einen Erfolg zu erringen, als den, bei etwaigen späteren Maßregeln, welche durch den Starrsinn der Kurie nothwendig würden, auf die früheren Warnungen sich berufen zu können. Denn daß die Kurie nicht nachgeben werde, konnte man, zumal im Monat April, zum voraus wissen. An diesen Schritten theilte sich die italienische Regierung nicht, treu ihrem Grundsatz, die Kirche gewähren, aber die Rechte des Staates nicht beeinträchtigen zu lassen. Sie hatte mit den unruhigen Elementen der Bevölkerung und mit dem Parteiwesen und der Zügellosigkeit der Abgeordnetenkammer fortwährend viel zu schaffen. Auffallende Mordthaten in Ravenna, mazzinistische Unruhen in Pavia, Piacenza und Bologna am 24. März, republikanische Erhebungen in Kalabrien in den ersten Tagen des Mai zeugten auf's neue dafür, daß die vulkanischen Gewalten in

diesem Lande noch nicht ans Abdanken denken. Bei den Unruhen in Kalabrien waren die Söhne Garibaldi's auf eine verdächtige Art anwesend. Ministerpräsident Lanza gab zwar dem Verhalten Menotti Garibaldi's ein günstiges Zeugniß in der Kammer. Dieser dankte ihm aber damit, daß er einen Brief veröffentlichte, worin es hieß: „Ich konnte die übertriebene Ungeduld hochherziger Jünglinge mißbilligen, aber nicht ausziehen, um sie zu bekämpfen, und zu wessen Frommen? Für den Haufen von Kanailleen und Spitzbuben, welcher sich italienische Regierung betitelt?“

---

## Die österreichischen Nationalitäten- und Verfassungskämpfe.

In Oestreich glaubte man noch etwas weiter gehen zu müssen als bis zu Noten an Antonelli. Man wollte nur den Schlag vom 18. Juli vorher abwarten. Inzwischen fehlte es dort an inneren Verwicklungen nicht. Die verschiedenen Nationalitäten machten den Ministerien und diese jenen fortwährend viel zu schaffen. Nichts zu sagen von den Ungarn, welche, obgleich sie von den Gesamtkosten der Monarchie nur 30 Procent übernommen hatten, von Jahr zu Jahr übermüthiger und begehrlicher auftraten und sich eine Miene gaben, als ob sie die geborenen Herrscher von Oestreich-Ungarn seien! Der nämliche Proceß, welcher zur Ausscheidung Ungarns geführt hatte, wollte sich nun auch in Oestreich oder Cisleithanien geltend machen, und mit Ungeßüm forderten die Polen in Galizien und die Czechen in Böhmen eine ebenso selbständige Stellung wie die Ungarn. Wird dieser Wunsch den Polen gewährt, so könnte Oestreich leicht in Konflikt mit Rußland kommen; wird er den Czechen gewährt, so würden diese gegen die Deutschböhmen ein Unterdrückungssystem befolgen, von welchem weder die übrigen Deutschen in Oestreich noch das neue deutsche Reich ein ruhiger Zuschauer bleiben könnte. Und die Slowenen und andere Bruch-

theile von Nationalitäten würden finden, daß sie die nämlichen Rechte auf Autonomie haben wie jene. Ob es einen Staatsmann gibt, welcher diesen verschiedenen Ansprüchen gerecht werden kann, ohne ebendarnit die Auflösung des österreichischen Staates zu unterschreiben, mag dahingestellt bleiben. Die Männer, welche im Jahre 1870 am Ruder standen, haben es nicht vermocht. Das vorige Jahr hatte mit einer Ministerkrisis geschlossen. Das sogenannte Doktorenministerium gieng aus Hand und Band. Die Frage der Verfassungsrevision war das zersetzende Element. Eine Majorität von fünf Ministern (Giskra, Herbst, Breszl, Hasner, Plener) wollte dieselbe durch den bestehenden Reichsrath gelöst sehen; eine Minorität von drei (Berger, Potocki und Ministerpräsident Taaffe) wollte einen Reichsrath ad hoc einberufen und durch diesen jene Frage entscheiden lassen. Daß auf diese Weise die erst seit zwei Jahren bestehende Verfassung gänzlich umgeändert würde und zwar zum Vortheil der Polen und Czechen und zum Nachtheil der Deutschen, lag auf der Hand. Denn es ist etwas ganz anderes, ob eine unter einer bestimmten Verfassung gewählte und seither wirkende Versammlung sich die Aufgabe stellt, einige Aenderungen an derselben vorzunehmen, oder ob eine ganz neue Versammlung eigens zu dem Zwecke gewählt wird, die Verfassung zu revidiren. Die letztere wird sehr destruktiv zu Werke gehen, wird um so mehr geleistet zu haben glauben, je radikaler sie mit ihren Veränderungen vorgegangen ist, und wird sich von einer eigentlichen Constituante nur dem Namen nach unterscheiden.

Jede der beiden Ministerparteien überreichte dem Kaiser ihr Memorandum und machte ihr Verbleiben im Amt von der Annahme desselben abhängig. Die fünf verfassungstreuen Minister erhielten von allen Seiten Vertrauensadressen. Daß der Reichsrath sich auf ihre Seite stellen werde, unterlag keinem Zweifel. Am 15. Januar nahm das Herrenhaus mit 57 gegen 27 Stimmen eine vom Grafen A. Auersperg verfaßte Adresse an, worin das Festhalten an der Verfassung betont wurde. Auf dies hin nahm der Kaiser noch an dem gleichen Tage das Entlassungsgesuch der drei Minister Taaffe, Berger und Potocki an und beauftragte Plener mit der Neubildung des Ministeriums. Es bedurfte längerer Verhandlungen mit dem Reichskanzler Beust. Dabei handelte es sich um die Stellung des Ministeriums zu diesem, der sich gern Eingriffe erlaubte und hinter

dem Rücken der verantwortlichen Minister sich in ein Zwiegespräch mit den Nationalitäten einließ. Am 25. Januar wurde der bisherige Kultusminister Hasner zum Präsidenten des Ministerraths ernannt und am 1. Februar war das Ministerium vervollständigt. Die Mitglieder desselben waren außer dem Vorsitzenden Hasner: Giskra (Inneres und Polizei), Brestl (Finanzen), Herbst (Rechtspflege), Plener (Handel) und die drei neuen: Stremayr (Unterricht und Kultus), Vanhans (Ackerbau), Wagner (Landesverteidigung). Auch in dem Reichsministerium, das aus dem Reichskanzler Graf Beust, dem Reichskriegsminister v. Kuhn und dem Reichsfinanzminister v. Becke bestanden hatte, fand eine Personenveränderung statt. Der letztere starb am 15. Januar. Interimistisch übernahm Graf Beust dessen Stelle. Die Ungarn drangen darauf, daß auch ihnen ein Platz im Reichsministerium eingeräumt würde. Der Kaiser gab nach, und am 23. Mai übernahm der bisherige ungarische Finanzminister von Lonyay das Reichsfinanzministerium. Mitten in diese Ministerkrisis fiel die Adreßdebatte des Abgeordnetenhauses, welche vom 18. bis 28. Januar dauerte. Bei derselben wurde Graf Beust von mehreren Rednern, namentlich von Kaiserfeld und Rechbauer, heftig angegriffen und ihm vorgeworfen, daß er durch seine ungerechtfertigte Einmischung und seine Ausgleichsversuche die Polen und Tschechen aufgestachelt, den Zwiespalt im Ministerium veranlaßt und die ganze Verfassungskrisis verschuldet habe. Als Abgeordneter von Reichensberg nahm er an der Debatte theil und vertheidigte sich in der Sitzung vom 22. Januar. Er sagte, „die Deutschen werfen ihm vor, daß er ihre Sache verrathe, die Slaven, daß er sie an die Wand drücke. Keines von beiden sei richtig. Er habe die Verfassung und das parlamentarische Ministerium geschaffen und werde stets beiden treu zur Seite stehen.“ Eine Episode bildete der Austritt der ultramontanen Abgeordneten aus Tirol, darunter Greuter. Der Berichterstatter Lintl hatte ihnen vorgeworfen, daß sie den Reichsrath schmähen und doch in demselben Platz nehmen, daß sie nicht deutsch, sondern römisch gesinnt seien, daß sie den Papst als ihren eigentlichen Kaiser ansehen. Auf dies hin verlangten sie den Ordnungsruf, und da dieser ihnen nicht gewährt wurde, so erklärten sie, daß ihre Stellung im Reichsrath mit der Ehre Tirols nicht mehr vereinbar sei, und daß sie daher ihr Mandat niederlegen. In der Sitzung vom 28. Januar wurde die Adreßdebatte mit 114 gegen

47 Stimmen unverändert nach dem Antrage des Ausschusses angenommen. Sie betonte aufs entschiedenste den Rechtsbestand der Verfassungsgrundlagen, welche nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden könnten. Einer Erweiterung der Autonomie der einzelnen Länder werde der Reichsrath nicht widerstreben, sobald sie ohne Gefahr für das Reichsinteresse möglich sei und zugleich die allseitige Mitwirkung an der Reichsvertretung in sich schließe; aber einer Umgestaltung in eine Föderation, wie die Polen und Czechen beabsichtigen, werde er nachdrücklichst entgegenzutreten. Zunächst müssen die Staatsgrundgesetze zur vollen Durchführung gebracht werden, die Wahlreform, wonach die Reichsrathswahlen nicht durch und aus den Landtagen, sondern direkt durch Volksabstimmung erfolgen, müsse die Kraft der Reichsvertretung vermehren.

In der Sitzung vom 28. Januar beantragte Reichbauer die Einführung der obligatorischen Civilehe und die Beseitigung der Reste des Konkordats. Der Antrag wurde, unter Zustimmung der Minister Stremayr und Giskra, einem Ausschuss überwiesen. Dieser legte am 3. März dem Abgeordnetenhaus den Entwurf eines Religionsedikts vor, in welchem die förmliche Aufhebung des Konkordats ausgesprochen war. Die Entscheidung verzögerte sich. Unmittelbar nach der ersten Konzilsabstimmung über die Unfehlbarkeit trat unter dem Vorsitz des Kaisers ein Ministerrath zusammen, welchem Graf Beust, die Ministerpräsidenten und die Kultusminister von Oestreich und Ungarn beiwohnten. Herr v. Stremayr entwickelte seine Anschauung, daß mit dem bloßen Faktum der Unfehlbarkeitsklärung das Konkordat hinfällig geworden, da eine wesentliche Aenderung in der Person des einen Kontrahenten eingetreten sei. Es genüge also, das Konkordat in Rom als nicht mehr zu Recht bestehend zu bezeichnen und einfach zu kündigen. Für die Erneuerung des kaiserlichen Placet stimmte er nicht, sondern meinte, daß, da mit der Beseitigung des Konkordats die Regelung einer Reihe von Rechtsverhältnissen zwischen Kirche und Staatsgesellschaft nothwendig würde, in dieser dann die Form gefunden werden könnte, um das Placet mit dem Rechtsstaate in Einklang zu bringen. Die beiden ungarischen Minister drückten sich hinsichtlich des Placets praktischer aus. Nachdem sie konstatiert hatten, daß das Konkordat in Ungarn nie zu Recht bestanden habe, erklärten sie, daß man dort das Placet, welches seit Jahrhunderten in Kraft gewesen, ganz einfach wieder-

herstellen werde. Sofort richtete der Kaiser ein Handschreiben vom 30. Juli an Stremayr, worin er, auf die vollzogene Aufhebung des Konkordats und die Deutsche Note hinweisend, den Minister zur Vorbereitung der nothwendigen Gesetzesvorlagen für den Reichsrath aufforderte.

Auffallend war es, daß das neue Ministerium, welches die föderativen Bestrebungen der Polen und Tschechen so entschieden verdammt hatte, mit den letzteren in Unterhandlungen sich einlassen wollte und zwei Führer derselben, Dr. Rieger, als Repräsentant der Alttschechen, und Dr. Sladkowsky, als Repräsentant der Jungtschechen, zu einer Konferenz nach Wien einlud. „Giskra unterhandelt mit den Tschechen!“ war eine Neuigkeit, welche dessen Freunde stußig machte. Warum dann die monatelange Ministerkrisis? Warum die Entlassung der drei Ausgleichsminister? Allein die beiden eingeladenen Herren schickten Giskra einen Absagebrief und motivirten denselben mit der Bemerkung, es komme ihnen unglaublich vor, daß die nämlichen Minister, welche sich mehrmals so entschieden gegen die tschechischen Forderungen ausgesprochen hätten, heute schon den aufrichtigen Wunsch haben, die zwischen ihnen und den Tschechen bestehende Kluft zu überbrücken. Nicht besser gieng es mit den Polen. Die Regierung war geneigt, ihnen Koncessionen zu machen, Reichbauer und Kaiserfeld agitirten sogar für sehr weitgehende. Das Abgeordnetenhaus dachte kühler. Der Abgeordnete Grocholski hatte die Annahme der galizischen Landtags-Resolutionen beantragt. Der Resolutionsauschuß des Abgeordnetenhauses beschloß am 29. März, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen, da solche Verfassungsänderungen im gegenwärtigen Augenblick, vor der Reform der Reichstagswahlen, unzulässig erscheinen. Darauf machte sich das Ministerium an die Wahlreform. Es handelte sich dabei unter anderem darum, ob bei der Entscheidung dieser Frage die Mitwirkung der Landtage in Anspruch zu nehmen sei oder nicht. Darüber entstand Zwiespalt unter den Ministern, welcher damit endigte, daß Giskra, welcher die sofortige Vornahme der Wahlreform verlangte, am 20. März seine Entlassung nahm, da die anderen Minister um der Landtage willen die Wahlreform auf die nächste Reichsrathssession hinauschieben wollten und der Kaiser eine Verzögerung nicht ungerne sah. Die Regierung legte nun am 30. März als Abschlagzahlung das sogenannte Nothwahlgesetz vor, wonach für den bei den Tschechen so häufig vorkom-



menden Fall, daß Reichsrathsmandate nicht angenommen oder zurückgegeben werden, direkte Reichsrathswahlen eingeführt werden sollten, wie dies für den Fall, daß ein Landtag die Wahl für den Reichsrath verweigerte, bereits Gesetz war. Der Ausschuß genehmigte am 31. März den Entwurf. Von der Ansicht ausgehend, daß mit dieser Vorlage sie hauptsächlich gemeint seien, erklärten am 31. März sämtliche polnische Abgeordnete (nur einen einzigen ausgenommen), daß sie in Erwägung, daß auch ihren berechtigtesten Forderungen nicht entsprochen werde, ihr Mandat niederlegen. Ihnen schloßen sich die Abgeordneten von Görz, Triest und Istrien, alle Slowenen außer einem und ein Abgeordneter der Bukowina an. Dadurch war das Haus kaum noch beschlußfähig. Außer den deutschen Abgeordneten saß etwa noch ein Duzend anderer in demselben. Ein rascher, schöpferischer Entschluß that Noth. Die Minister beschloßen am Abend jenes Tages einstimmig, von dem Kaiser die Ermächtigung zur Auflösung derjenigen Landtage zu erbitten, deren Abgeordnete den Reichstag verlassen hätten, und von der Entscheidung hierüber ihr Verbleiben im Amte abhängig zu machen. Da der Kaiser die Auflösung der Landtage ablehnte, so gab am 4. April das gesamte Ministerium seine Entlassung ein. Sie wurde angenommen und der frühere Ackerbauminister, der polnische Graf Potocki, mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt.

Durch diese Veränderungen schien die ganze Verfassung, der Einfluß des deutschen Elements, ja der Bestand der Monarchie gefährdet zu sein. Das Herrenhaus nahm daher am 7. April eine von Schmerling begründete Resolution an, worin es erklärte, „daß es nur eine solche Regierung als ihre Aufgabe richtig erfassend anerkenne, welche unter Festhalten an den freiheitlichen Principien allen gegen eine starke Centralgewalt gerichteten Bestrebungen entgegentritt.“ Das Abgeordnetenhaus beschloß eine Adresse an den Kaiser, worin es hieß: „In der parlamentarischen Einheit der im Reichsrath vertretenen Länder erkennen wir die einzige verlässliche Bürgschaft des Machtbestandes von Oestreich und der Freiheit seiner Bürger. Soll Oestreich ein monarchischer Staat, soll es eine europäische Macht bleiben, so dürfen seine Bestandtheile nicht bloß durch das Band einer Konföderation lose zusammengehalten sein. Der Schwerpunkt der Gesetzgebung darf nicht in die Landtage verlegt, die Kulturinteressen eines Volksstammes nicht der Vergewaltig-

gung durch andere Nationalitäten preisgegeben werden. Das Haus sieht in dem Grundgedanken der Verfassung Schutz aller Nationalitäten und wird jeder unverfassungsmäßig experimentirenden Regierung entschieden gegenüber stehen.“ Nach Annahme dieser Adresse nahm das Haus die Wahl der Delegation für die im Reichsrath noch vertretenen Länder vor. Am folgenden Tage, am 8. April, wurden beide Häuser des Reichsraths vertagt. Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Kaiserfeld, hielt eine hochpatriotische, mit dem lautesten Beifall aufgenommene Abschiedsrede. „Wieder stehen wir“, sagte er, „vor einem jener Wendepunkte, an welchen die Geschichte unserer Verfassungsentwicklung so reich ist, und die bisher niemals empor, sondern fast immer nur zum tieferen Niedergange geführt haben. Für den Augenblick sind wir unterlegen, nicht etwa, weil wir andere beherrschen wollten, sondern weil wir wollten, daß man überhaupt nicht unterdrücken könne; nicht etwa, weil wir die Natur dieses Reiches und das Partikulare in demselben nicht zu achten verstanden hätten, sondern deshalb, weil wir die Forderungen des Sonderstrebens nach den Bedingungen der Macht des Ganzen maßten; nicht etwa, weil wir die Freiheit nur für uns forderten, sondern weil wir die Freiheit, die wir für Oestreich errangen, auch gern unsern Gegnern gönnten, und weil wir die Verfassung vertheidigten gegen Sonderbestrebungen und Sonderziele und gegen jene, welche gar keine Verfassung wollen und alles hassen, was ihre Herrschaft bricht.“

Graf Potocki hatte Mühe, sein Ministerium zusammen zu bringen. Er wandte sich zuerst an den steirischen Abgeordneten Rechbauer, den Führer der deutschen Autonomisten. Wenn dieser in sein Ministerium eintrat, so brachte er ihm das Vertrauen aller Deutschgesinnten mit. Daß aber ein Mann wie Rechbauer, welcher sein Leben lang für liberale Ideen gestritten hatte und sie ebenso wohl auf das Gebiet der Kirche als des Staates verpflanzt sehen wollte, nicht so leichten Kaufs zu bekommen, nicht mit einigen fortschrittlichen Phrasen zu gewinnen sein werde, konnte sich Potocki denken. Rechbauer legte ihm sein Programm vor. Dasselbe enthielt folgende Punkte: Verfassungsänderungen nur auf verfassungsmäßigem Wege; Reform des Reichsraths durch Einführung direkter Wahlen für das Volkshaus und durch Umwandlung des Herrenhauses in eine Länderkammer; Erhaltung der staatsrechtlichen Ein-

heit der im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder und Zurückweisung der Bestrebungen, welche dahin gerichtet sind, innerhalb des Territoriums des Reichsraths neue staatsrechtliche Gebilde zu schaffen, sei es auf Grund vermeintlicher historischer Ansprüche längst vergangener Jahrhunderte, wie die angestrebte Wiederherstellung der czechischen Wenzelskrone, sei es auf Grund nationaler Präntensionen wie die Schöpfung eines slowenischen Zukunftsreiches, oder sei es durch Bildung sonstiger föderalistischer Ländergruppen; Gewährung einer besonderen Stellung für Galizien, in der Weise, daß dasselbe für Unterricht, Polizei und Landeskultur eine eigene Landesverwaltung mit einem Statthalter und einen eigenen galizischen Minister in dem cisleithanischen Ministerrath erhalte, und daß der galizische Landtag die Gesetzgebung in den meisten inneren Landesangelegenheiten und das Recht habe, 38 Mitglieder in den cisleithanischen Reichsrath zu delegiren und den Wahlmodus für dieselben unabhängig von der Reichsgesetzgebung zu beschließen, alles dies aber unter der Bedingung, daß der neu gewählte galizische Landtag durch diese Koncessionen sich befriedigt erkläre; Erhaltung und Erweiterung der verfassungsmäßig gewährleisteten Autonomie der Königreiche im Sinne einer vernünftigen Decentralisation; Erlassung eines freisinnigen Nationalitätengesetzes, wodurch jeder Nationalität volle Freiheit der Entwicklung gesichert und den Deutschen jene hervorragende Stellung gesichert werde, die ihnen nach der Geschichte, Zahl, Bildung und Vermögen gebührt; Durchführung der gewährleisteten freiheitlichen Rechte und Erweiterung derselben im Wege stetigen vernünftigen Fortschreitens; Erlassung eines Religionsgesetzes im Sinn der Herstellung der vollen Souveränität des Staats gegenüber der Kirche, der Gleichberechtigung der Konfessionen, der Einführung der obligatorischen Civilehe zur Beseitigung der kirchlichen Konflikte in Ehefachen und gänzliche Aufhebung des Konkordats; Herabminderung des Heeresaufwands und zweckmäßige Umgestaltung des Landwehrinstituts im Sinne einer Umbahnung des Militärsystems; Erhaltung des Friedens, Fernhaltung jedes störenden und hemmenden Einwirkens auf die Gestaltung Deutschlands, möglichst freundschaftliches Verhältniß mit Preußen und Italien; Berufung solcher Männer in das Ministerium, welche diese politischen Anschauungen theilen und zu vertreten willens sind. Außerdem erklärte er Potocki, daß er das ihm angebotene Ministerium des Innern nur dann an-

nehmen könne, wenn ihm von der Krone die schriftliche Zusage gegeben werde, die staatsrechtlichen Fragen nach den in seinem Programm ausgesprochenen Grundsätzen und mit Männern dieser Grundsätze zu lösen. „Denn“, sagte er später in einer Wahlrede, „ich wollte mich nicht nach wechselnden Wünschen richten und meinen ehrlichen Namen abnutzen lassen.“

Dieses Rechbauer'sche Programm konnte man als das Programm der deutschen Partei in Oestreich bezeichnen. Es war klar und präcis abgefaßt, sagte deutlich, was es wollte und was es nicht wollte. Der verfassungsmäßige Standpunkt war darin gewahrt, die stetige Entwicklung der Verfassung im Sinn des Fortschritts war gesichert, die der deutschen Nationalität gebührende Hegemonie war vorbehalten, die schon aus geographischen Gründen mögliche Sonderstellung Galiziens war vorgesehen, alle anderen Sondergelüste waren zurückgewiesen. Wenn dieses Programm angenommen und ein Rechbauer'sches Ministerium berufen wurde, so stiegen die Aktien des Hauses Habsburg; wurden sie verworfen, so konnten sie bloß sinken. Graf Potocki legte dem Kaiser das Rechbauer'sche Programm vor, und dieser verwarf es. Was ihn am meisten hiezu bewegen mochte, waren die Forderungen hinsichtlich des Militärs, der obligatorischen Civilehe und der schriftlichen Zusage. Sofort erhielt Potocki den Auftrag, ein Verwaltungsministerium mit provisorischem Charakter zu bilden, das die Geschäfte bis zu dem Zeitpunkte zu führen hätte, in welchem aus dem neugewählten Abgeordnetenhaus ein parlamentarisches Ministerium gebildet werden könnte. Es kam denn auch eine wahre Monstrosität von Ministerium zu Tage. Am 12. April wurden die bisherigen Minister ihrer Funktionen enthoben, Giskra, Herbst und Brestl zu Geheimrätthen mit dem Titel Excellenz ernannt und das Ministerium folgendermaßen zusammengesetzt: Graf Potocki wird Ministerpräsident und Leiter des Ackerbauministeriums, Graf Taaffe Minister des Innern und Leiter der Landesvertheidigung, Hofrath Eschabuschnigg Justizminister und Leiter des Kultusministeriums, der Sektionschef Distler wird Leiter des Finanzministeriums, der Sektionschef Depretis Leiter des Handelsministeriums. Man hatte also nur drei wirkliche Minister, welche zugleich nebenbei interimistisch andere Ministerien versahen, und 2 „Leiter“ oder Departementschefs. Es sollte bald noch schöner kommen. Dieses Ministerium wurde am 6. Mai dadurch vervollständigt, beziehungsweise modifi-

cirt, daß Staatsrath von Holzgethan zum Minister der Finanzen, die Reichsrathsabgeordneten Barone Petrino und v. Widmann zu Leitern des Ackerbaues und der Landesvertheidigung ernannt wurden. Der letztere war bisher eine ziemlich unbekannte Persönlichkeit. Daher veröffentlichte am 7. Mai die „Grazer Tagespost“ folgendes Charakteristische zur Illustration seiner Personalien. Im Jahre 1857 sei Baron v. Widmann als Lieutenant in Garnison zu Graz gestanden, habe sich die Delikatessen des dortigen Konditors Mayer trefflich schmecken lassen, aber beständig das Zahlen vergessen. Als Mayer sich beschwerte und ihm zuletzt nichts mehr verabreichte, habe jener denselben überfallen und mit dem Bleiknopf der Reitgerte und mit Säbelhieben so schwer verletzt, daß der Unglückliche nach längerem Krankenlager daran starb. Das Militärgericht habe nicht für nöthig gefunden, auf erhobene Klage ein Strafurtheil gegen den Lieutenant zu fällen. Erst nach 10jährigem Processiren sei den Hinterbliebenen des Konditors eine civilgerichtliche Entschädigung von 5000 fl. zuerkannt worden. Ein Staunen, eine allgemeine Entrüstung bemächtigte sich der Deutsch-Öestreicher, als sie sahen, daß der Ministerpräsident Potocki ein solches Subjekt in den Rath der Krone aufgenommen habe. Und wenn er sich damit entschuldigen konnte, daß er die Thatsache nicht wußte, so gab es doch keine Entschuldigung dafür, daß es ihm gar nicht pressirte, diesen Baron v. Widmann aus dem Ministerium zu entfernen. Der Wiener Gemeinderath beauftragte in seiner Sitzung vom 13. Mai sein Präsidium, den Ministerpräsidenten von der „Mißstimmung der Bevölkerung Wiens, von der wahrhaft peinlichen Empfindung aller rechtsbewußten Bürger anlässlich der Berufung des Barons v. Widmann in das Ministerium in Kenntniß zu setzen.“ Einer der Gemeinderäthe sagte, es treibe ihm die Schamröthe ins Gesicht, wenn er sehe, daß ein Mann im Rathe der Krone sitze, den er für seinen Bedienten für zu schlecht halte. Eine ähnliche Vorstellung gieng vom Grazer Gemeinderath aus. Darauf glaubte Potocki, mit Hinweisung darauf, daß nach den Staatsgrundgesetzen der Kaiser allein die Minister ernenne und entlasse, und daß dieselben nur vom Reichsrath zur Verantwortung gezogen werden könnten, den Gemeinderäthen die Antwort ertheilen zu müssen, daß ihren Beschlüssen keine praktische Folgen zuerkannt werden könnten. Doch konnte sich der Landesvertheidigungsminister nicht mehr halten. Er gab am 28. Juni

seine Entlassung ein und erhielt sie. Graf Potocki übernahm interimistisch dessen Funktionen.

Dieses Ministerium Potocki hatte das Mißtrauen im In- und Ausland so sehr hervorgerufen, daß der schreibselige Graf Beust es für nöthig fand, in einem Rundschreiben vom 28. April an die kaiserlichen Gesandtschaften über das Programm desselben sich zu äußern. Dieses Programm ziele dahin, ein gegen weitere Katastrophen gesichertes, aus direkten Wahlen entsprungenes Volksparlament zu schaffen und innerhalb des Rahmens der bestehenden Verfassung und auf keinem anderen Wege den nationalen Wünschen gerecht zu werden. Auch die Statthalter suchten ihre Beamten durch die Versicherung zu beruhigen, daß der Ministerwechsel keinen Systemwechsel, sondern die Sicherung der verfassungsmäßigen Zustände bedeute. Die Wahrheit dieses Programms hatte sich zunächst an den Ausgleichsverhandlungen mit den Czechen und den Polen zu erproben; denn diese Sisyphusarbeit begann nun auf's neue. Die Herren Rieger und Stadkowsky, welche sich nicht zu Minister Giskra hatten bemühen wollen, kamen auf eine Einladung Potocki's am 27. April in Wien an. Sie beharrten auf der sogenannten böhmischen Deklaration, wonach Böhmen gegenüber von Oestreich dieselbe staatsrechtliche Stellung beanspruchte wie Ungarn, also eine besondere, dem böhmischen Landtag zu übertragende Gesetzgebung verlangte, die Bescheidung des Reichsraths verwarf, an den Delegationen gerade so wie die Ungarn theilnehmen wollte. Graf Potocki reiste am 16. Mai selbst nach Prag, um eine Verständigung zu erzielen und die Czechen wenigstens zur Anerkennung des Reichsraths zu bewegen. Aber die Altcechen unter Rieger's Führung und die Feudalen wiesen jeden Ausgleich, der sich nicht auf der Grundlage ihrer Deklaration bewegte, das heißt, ihnen nicht alles zugab, was sie wollten, zurück. Die Mission war mißlungen. Potocki hatte weder mehr Glück noch mehr Geschick als seine Vorgänger. Nicht viel günstiger endigten die Verhandlungen mit den polnischen Vertrauensmännern, unter welchen sich Dr. Smolka befand. Wollten sie sich zuerst mit den in dem Rechbauer'schen Programm gemachten Koncessionen zufrieden geben, so spannten sie, nachdem die Unterhandlungen mit den Czechen gescheitert waren, ihre Saiten etwas höher und beharrten, ähnlich wie die Czechen, auf ihrer „galizischen Resolution“, welche für Galizien die Stellung Ungarns zu Oestreich verlangte. Graf Potocki

lehnte diese Forderung seiner Landsleute entschieden ab und erlangte vorerst nichts weiter von ihnen, als das Versprechen, den Reichstag zu beschicken. Die letzten Ziele der Czechen enthüllte jene Denkschrift, über welche die „Neue Freie Presse“ in Wien Aufschluß gab. Diese Schrift überreichte Nieger im Namen der czechischen Nation dem früheren französischen Minister des Auswärtigen, Fürsten Latour d'Auvergne, in Paris und bezeichnete darin als Ziel der „staatsrechtlichen Opposition“ die Herstellung eines unabhängigen Königreichs Böhmen, welches vorläufig Böhmen, Mähren und Oestreichisch-Schlesien, später noch Preußisch-Schlesien und die Lausitz und den größeren Theil Nordungarns, da die Slovaken für Czechen erklärt wurden, umfassen sollte. Da dieses Ziel nur durch Krieg zu erreichen war, so verdächtigte Nieger den Kaiser Franz Josef bei Napoleon, als ob jener auf Wiedereroberung der deutschen Kaiserkrone sinne und andere politische Kegerereien begehe. Deshalb solle Napoleon in Oestreich Ordnung schaffen, den Kaiser aus den Händen der Deutschen befreien und das großczechische Reich herstellen. Dieses, mit den anderen östreichischen Ländern als Dependencien, würde der natürliche Allirte Frankreichs in einem Kriege gegen Preußen sein; von den Czechen speciell könne Frankreich, dessen Heere Böhmen schneller als die Preußens Frankfurt erreichen würden, die nachhaltigste und reichlichste Unterstützung erwarten. Die Sache ist sehr einfach. Böhmen soll in Galizien die nämliche Stellung einnehmen wie Ungarn in Transleithanien, möglichst viele Länder Oestreichs von sich abhängig machen, den Deutschen die Herrschaft entwenden, sie zuletzt der Wenzelskrone unterwerfen, den Titel „Oestreich-Ungarn“ in „Böhmen-Ungarn“ verwandeln und dann gemeinschaftlich mit Frankreich ein Kreuzzug gegen Deutschland unternommen werden. Ob wohl Ladislaus Nieger am Ende des Jahres 1870 hinsichtlich der Ausführbarkeit seines Planes sich auch noch Illusionen hingegen hat?

Was sollte nun das Ministerium Potocki thun? Einen Ausgleich mit den Czechen und Polen konnte es so wenig zu Stande bringen wie das Dokorenministerium, der zu einem Rumpfparlament zusammengeschrumpte Reichstag stand ihm feindselig gegenüber, und doch hatte es offen vor aller Welt verkündigt, daß es sich streng an die Verfassung halten wolle. Am 21. Mai erschienen zwei kaiserliche Patente, in welchen die Auflösung des Abgeordneten-

hauses des Reichsraths und die sämtlicher Landtage mit Ausnahme des böhmischen ausgesprochen war und sofortige Neuwahlen angeordnet wurden. Zugleich wurde der Vortrag des Ministerpräsidenten an den Kaiser veröffentlicht, worin jener die Auflösung damit motivirte, „daß die Neugestaltung des verfassungsmäßigen Rechts der im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder zur Wahrung der Gesamtinteressen und zur Befriedigung der berechtigten Einzelaufsprüche nur erreicht werden könne, wenn der Bevölkerung jener Königreiche und Länder unmittelbar Gelegenheit geboten werde, ihren Rechtsüberzeugungen und politischen Tendenzen durch Neuwahlen Ausdruck und Gewicht zu geben.“ Die Nichtauflösung des böhmischen Landtags wurde mit der Ansicht des Ministeriums motivirt, „daß die Beschiedung des Reichsraths von Seiten des böhmischen Landtags, also die unverrückbare Voransetzung der verfassungsmäßigen Aktion im Fall der Gesamterneuerung dieses Landtags keineswegs jetzt schon als zweifellos erscheinen könne.“ Das Ministerium fürchtete also, daß ein neugewählter böhmischer Landtag den Reichsrath nicht beschieden werde. Da aber der damalige ihn auch nicht beschiedte, so konnte ja durch eine Neuwahl in keinem Falle die Sache verschlimmert, bei größerer Müßigkeit der Deutschböhmen vielleicht etwas verbessert werden. Graf Potocki kam bald auf eine andere Ansicht. Der Kriegslärm vom Juli schien ihm sehr geeignet zu sein, um auch die Czechen auf bessere Gedanken zu bringen. Daher veröffentlichte die Amtszeitung vom 31. Juli ein kaiserliches Patent über die Auflösung des böhmischen Landtags, über die Anordnung von Neuwahlen, die Einberufung sämtlicher Landtage auf den 20. und 27. August und den 2. September und über die Eröffnung des Reichsraths am 5. September.

Die Wahlen in die Provinzial-Landtage nahmen zunächst alles Interesse in Anspruch. Die Deutschen rüsteten sich zu gemeinsamer Aktion. Eine Versammlung von Vertrauensmännern der deutschen liberalen Partei aus sämtlichen Kronländern kam am 22. Mai in Wien zusammen und vereinigte sich über ein bestimmtes Programm. Dasselbe enthielt als Punkte, an welchen unter allen Umständen festzuhalten sei, die Solidarität aller Deutschen in Oestreich, das Festhalten an der Verfassung und das Beharren auf dem verfassungsmäßigen Wege, die Zurückweisung des Föderalismus, sei es in der



Form der böhmischen Wenzelskrone oder der slowenischen und anderer Prätenfionen, Berücksichtigung der galizischen Sonderstellung im Hinblick auf seine geographischen, kulturhistorischen und nationalen Verhältnisse, Reform der Reichsvertretung, Aufrechthaltung der Verträge mit Ungarn, Aufhebung des Konkordats, Erlass eines Religionsedikts, Verminderung der Militärlasten und Reform der Steuer-gesetzgebung. Aber auch die Gegner regten sich. Zwischen Ozechen, Feudalen und ultramontanen Tirolern kam bei einer Besprechung eine Uebereinkunft zu Stande, welche dem Föderalismus das Wort redete, den gemeinsamen Reichsrath nicht anerkannte, ihn durch Delegationen ersetzt wissen wollte und jedem einzelnen Land einen selbstständigen Minister für Landesvertheidigung zuwies. Am meisten regte sich die klerikale Partei. Sie trat mit der nämlichen Entschiedenheit und mit den nämlichen Mitteln in die Schranken des Wahlkampfes wie ihre Kollegen vom Jahre 1869 in Baiern. Diese Partei wurde dadurch verstärkt, daß der Kaiser selbst es für gut fand, mit der Stimmabgabe für die kaiserlichen Familiengüter in Oberösterreich ein Mitglied der klerikalen Partei, den Grafen Falkenhayn, zu betrauen. Die Bezeichnung dieser Vertrauensperson hatte natürlich großen Einfluß auf die Haltung verschiedener mit dem Hof befreundeter Großgrundbesitzer. So kam es, daß in Oberösterreich und Steiermark, in Vorarlberg und Salzburg die Landgemeinden entschieden klerikal wählten, während die Städte den altbewährten parlamentarischen Führern zum Sieg verhelfen. In Niederösterreich, Mähren und Kärnten setzte die Verfassungspartei fast alle ihre Kandidaten durch. Die verwickelte Lage Oestreichs schien durch diese Neuwahlen nicht vereinfacht zu werden. Die Feudalklerikalen glaubten, daß ihre Zeit mit raschen Schritten herannah.

---

## Der Norddeutsche Bund, Reichstag und Bollparlament.

Oestreich gegenüber bot die politische Geschichte Preußens und des Norddeutschen Bundes das Bild eines gewissen Stilllebens dar. Nirgends eine Rede von aufregenden Verfassungskämpfen, von Nationalitäten-schwindel, von fortwährenden Ministerwechseln; dagegen überall tüchtige Arbeit und Fortschritt auf allen Gebieten des Staatswesens! Die Bundesverhältnisse gewannen dem preußischen Partikularismus immer mehr Terrain ab. Das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erweiterte sich zum „Auswärtigen Amt des Norddeutschen Bundes“. Unter der Oberleitung des Bundeskanzlers verwaltete der „Staatssekretär des auswärtigen Amtes“, Herr v. Thile, die Angelegenheiten des Bundes und speciell Preußens in ihren Beziehungen zum Ausland, Minister Delbrück als Präsident des Bundeskanzleramtes die inneren Bundesangelegenheiten. Der über die Weihnachtsfeiertage vertagte Landtag trat am 7. Januar wieder zusammen und wurde am 12. Februar durch den Grafen Bismarck geschlossen. Seine Beratungen erstreckten sich auf die vom Ministerium des Innern schon längst vorgelegte Kreisordnung. Zu einer Vereinbarung kam es nicht. Am Schluß gab es noch eine kleine Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Bismarck und dem Herrenhaus, da letzteres die gewünschte Vertagung verwarf und dem Reichstag nicht Platz machen wollte. In seiner Rede vom 7. Februar äußerte sich Graf Bismarck sehr offen über das Verhältniß der Bundesorgane zu den Einzellandtagen und ganz besonders zu dem preußischen und verlangte aufs bestimmteste, „daß die nationalen Interessen des weiteren Verbandes nach Bedürfniß den Interessen der einzelnen Länder vorgehen müssen.“ Am Schluß seiner Rede sagte er: „Wenn der preußische Landtag ein besonderes Recht für sich in Anspruch nimmt, wenn Preußen partikularistische Ansprüche machen will, die es seinen Bundesgenossen nicht einräumt, wenn der Reichstag zwar beschlossen hat und mit Recht, daß Land-

tag und Reichstag nicht zusammenfallen sollen, und Sie dagegen sagen wollen, das mag gut sein für die anderen Bundesstaaten, aber nicht für den preussischen Landtag, der hier zu Haus ist und hier sein Recht hat, schlagen Sie diesen Weg ein, dann gehen unsere Wege so himmelweit auseinander, daß wir uns nicht mehr wiederfinden.“ Die Zeiten waren eben anders geworden. Das Herrenhaus war nicht mehr wie in den Jahren des Konflikts eine Stütze des preussischen Königthums gegen das verneinende Abgeordnetenhaus. Diese Zeiten waren Gottlob vorbei, der Reichstag war nun das bevorzugte Parlament, und das Herrenhaus, ohne Verständniß für den großartigen Umschwung, zog sich in seinen Schmollwinkel zurück, machte sich zum Vertreter des preussischen Partikularismus und ließ sich von dem abgedankten Justizminister Grafen zur Lippe zur Opposition gegen das Ministerium aufstacheln. Bei dem Schluß des Landtags wäre dem Abgeordnetenhaus beinahe eine sehr erwünschte Freude zu Theil geworden: der Kultusminister v. Mähler, der Schrecken aller Männer des geistigen Fortschritts, reichte im Februar seine Entlassung ein. Er mochte endlich einsehen, daß er nur die klerikale Partei in beiden konfessionellen Lagern, nur einen kleinen Bruchtheil des Volkes auf seiner Seite habe, dagegen die ganze Intelligenz des Landes und die hervorragendsten Männer des Ministeriums zu entschiedenen Gegnern. Der Entwurf des so dringend nothwendigen neuen Unterrichtsgesetzes war, so oft er auch schon im Landtag debattirt worden war, immer noch ein Entwurf. Zwischen Mähler und dem Abgeordnetenhaus konnte es so wenig eine Verständigung geben als zwischen dem Mittelalter und der Neuzeit. Leider hat sich der König nicht entschließen können, die Entlassung anzunehmen. Neue Diener anzunehmen wird ihm, dem zwar immer noch rüstigen Greise, immer schwerer, und ein edler Herzenszug fesselte ihn an die Männer, welche ihm in der schweren Konfliktzeit treu zur Seite gestanden sind. Graf Bismarck machte kein Hehl aus seinem Aerger über diese Wendung und erklärte in vertraulichem Kreise, ihm sei das ganze Jahr 1866 nicht so schwer geworden, als es ihm schwer werde, zwei unbrauchbare Kollegen loszuwerden, während andere noch immer im Wege bleiben.

Am 14. Februar wurde der Reichstag vom König eröffnet. Die Thronrede hatte einen größtentheils geschäftlichen Inhalt und kündigte mehrere wichtige Gesetzesentwürfe an. Hinsichtlich der Er-

haltung des Friedens und der Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten, beziehungsweise Frankreichs, in die Konstitution Deutschlands, gab sie sich den besten Hoffnungen hin: „Unter den Regierungen wie unter den Völkern der heutigen Welt ist die Ueberzeugung im siegreichen Fortschritte begriffen, daß einem jeden politischen Gemeinwesen die unabhängige Pflege der Wohlfahrt, der Freiheit und der Gerechtigkeit im eigenen Hause zustehe und obliege, und daß die Wehrkraft eines jeden Landes nur zum Schutze eigener, nicht zur Beeinträchtigung fremder Unabhängigkeit berufen sei.“ Am meisten Aufsehen erregte folgende Stelle der Thronrede: „Die Gesamtheit der Verträge, welche den Norden Deutschlands mit dem Süden verbinden, gewährt der Sicherheit und Wohlfahrt des gemeinsamen deutschen Vaterlandes die zuverlässigen Bürgschaften, welche die starke und geschlossene Organisation des norddeutschen Bundes in sich trägt. Das Vertrauen, welches unsere süddeutschen Verbündeten in diese Bürgschaften setzen, beruht auf voller Gegenseitigkeit. Das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit, dem die bestehenden Verträge ihr Dasein verdanken, das gegenseitig verpfändete Wort deutscher Fürsten, die Gemeinsamkeit der höchsten vaterländischen Interessen verleihen unseren Beziehungen zu Süddeutschland eine von der wechselnden Woge politischer Leidenschaften unabhängige Festigkeit.“ Diese Worte waren hauptsächlich an die Adresse der bairischen „Patrioten“ gerichtet, welche eben damals bei Berathung der Adressdebatte einen unverföhllichen Haß gegen Preußen kund gaben, den Allianzvertrag als das Unglück Baierns verdammt und den Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe zum Rücktritt nöthigten. Aber auch die Politiker vom Resenbach durften sich diese Stelle merken; denn dort wurde von der demokratischen Partei gegen die neuen Militäreinrichtungen Sturm gelaufen, und das sehr verschiedenartige Ministerium sah, mit Ausnahme einer einzigen Persönlichkeit, diesem Treiben entweder rathlos zu oder lächelte stillvergnügt. Es konnte aber bald bitterer Ernst werden. Denn der Sinn der vom König von Preußen gesprochenen Worte war kein anderer als der, daß er sich in der Frage der Haltung dieser Allianzverträge lediglich an das verpfändete Wort der Könige von Baiern und von Württemberg halte, daß er sich um die gehässigen und schwachvollen Ausschreitungen ihrer Kammern nicht im geringsten kümmere, und daß er derjenigen von diesen bei-

den Regierungen, welche den Allianzvertrag nicht nach seinem Buchstaben und seinem Geiste halte, seinerseits den Zollvertrag vor die Füße werfe. Denn beide machen ein Ganzes; wer den einen nicht wollte, verlor eben damit auch den andern, wie dies im Reichstag und in diplomatischen Noten schon mehr als einmal gesagt worden ist. Auch die Behauptung der süddeutschen Partikularisten, daß den süddeutschen Regierungen bei Ausbruch eines Krieges hinsichtlich der Pflicht der Heeresfolge eine Prüfung des casus foederis zustehende, erhielt in jenen Tagen eine nicht mißzuverstehende Antwort. Diese Behauptung beruhte auf einer Aeußerung des Ministers v. Barnhüler in der Sitzung des württembergischen Abgeordnetenhauses vom 30. Oktober 1867, wonach Preußen bei dem luxemburger Streit die württembergische Regierung gefragt habe, ob sie den Fall von Luxemburg als casus foederis ansehe; darauf sei die Antwort erfolgt, man müsse erst die betreffenden Verhältnisse kennen und würdigen, und diese Antwort sei genügend befunden worden. Aber der Herr Minister scheint für gewisse Sachen ein sehr schwaches Gedächtniß zu haben, sonst hätte ihm einfallen müssen, daß sogleich nach Bekanntwerdung seiner Rede von Seiten des preußischen Kabinetts auf diplomatischem Wege gegen diese Behauptung remonstrirt worden ist. Denn, sagte die Kreuzzeitung und die Nordd. A. Zeitung vom Februar, mit Hinweisung auf die Rede des Bundeskanzlers vom 26. Oktober 1867, „daß in den Mittheilungen, die während der luxemburger Verwicklung von hier aus an die süddeutschen Regierungen gerichtet worden sind, die Frage, ob casus foederis eingetreten sei, oder unter welchen Umständen er eintreten werde, gar nicht aufgeworfen worden ist, versteht sich von selbst. Eine solche Proposition würde, wenn in einem Falle Württemberg, im andern auch Preußen zustehen, theoretisch eine Absurdität sein und faktisch das Bündniß annulliren.“

Das partikularistische Verhalten der beiden Südstaaten Baiern und Württemberg kam dem vertragstreuen, nationalgesinnten Baden zu gut. Die nationalliberale Partei glaubte sogar aus der bairischen Krisis die Folgerung ziehen zu müssen, daß nun die Aufnahme Badens in den Bund eine Nothwendigkeit sei. Aus Rücksicht auf die schwierige Stellung des Fürsten Hohenlohe, die man nicht noch mehr habe erschweren wollen, habe man bisher diesen Schritt unterlassen; diese Rücksicht falle mit der Entlassung des Ministers weg, und man

dürfe sich nicht der Gefahr aussetzen, daß durch allzulanges Hinhalten die nationale Partei in Baden müde und geschwächt werde. Nachdem die Konstituierung des Reichstags durch die Wahl des Präsidiums Simson, Ujest, Bennigsen erfolgt war, handelte es sich um die Verathung einer Adresse an den König. Die nationalliberale Partei wollte nur dann für eine Adresse stimmen, wenn dieselbe nicht bloß eine Umschreibung der Thronrede, sondern bestimmte nationale Forderungen enthalte und den Wunsch des baldigen Eintritts Badens in den Bund kundgebe. Aus vertraulichen Besprechungen mit der Regierung gieng hervor, daß einem solchen Wunsche in der jetzigen Zeit nicht entsprochen werden könnte, und so glaubte jene Partei, von der Erlassung einer Adresse absehen zu müssen. Doch behielt sie sich vor, bei der nächsten Gelegenheit ihre Stellung zu der badischen Frage darzulegen. Diese Gelegenheit fand sich bei der dritten Lesung des Vertrags zwischen dem norddeutschen Bund und Baden über gegenseitige Rechtshilfe am 24. Februar. Der Abgeordnete Lascker stellte den Antrag, bei Annahme des Antrags zu erklären: „Der Reichstag des norddeutschen Bundes spricht den unabläßigen nationalen Bestrebungen, in denen Regierung und Volk des Großherzogthums Baden vereinigt sind, seine dankende Anerkennung aus; der Reichstag erkennt in diesen Bestrebungen den lebhaften Ausdruck der nationalen Zusammengehörigkeit und nimmt mit freudiger Genugthuung den möglichst ungesäumten Anschluß an den bestehenden Bund als Ziel derselben wahr.“ Zu diesem Antrag machte der Abgeordnete v. Blankenburg den Vorschlag, den zweiten Absatz dahin abzuändern, daß statt desselben die Worte gesetzt würden: „und erkennt in diesen Bestrebungen den lebhaften Ausdruck der nationalen Zusammengehörigkeit.“ Der Unterschied ist einleuchtend. Lascker sprach den Wunsch der möglichst ungesäumten Aufnahme Badens in den norddeutschen Bund aus, Blankenburg wollte es beim Dank für die nationale Haltung der Regierung und des Volkes bewenden lassen. Die beiden Antragsteller, beide durch ihre Rednergabe und ihre Schlagfertigkeit ausgezeichnet, traten für ihre Vorschläge in die Schranken. Lascker rühmte in warmen Worten den Fürsten, die Regierung und das Volk von Baden, welche seit dem Fürstenkongreß von 1863 treu zur nationalen Sache gestanden seien und 1866 nur deswegen den gegen Preußen kriegführenden Mächten sich angeschlossen haben, weil, wie ihm berichtet worden sei, auf

eine badische Anfrage die Antwort aus Berlin gelautet habe, daß Baden in Preußen keinen Stützpunkt für Süddeutschland haben könne. Der mächtig gewordene norddeutsche Bund müsse es daher als seine Pflicht ansehen, den Wünschen Badens, welche auf den Eintritt Badens in den Bund gerichtet seien, entgegen zu kommen. Das kleine Süddeutschen werde dann bald folgen. Es handle sich bei dieser Frage weniger um die Vermehrung der Bevölkerung um etwa 1 1/2 Millionen Einwohner, als darum, daß durch diesen Eintritt Badens vor dem Inland und Ausland der Beginn der Vollendung Deutschlands constatirt und der Anfang dazu gemacht werde, den norddeutschen Bund zum deutschen zu erweitern. Von einer Einsprache Frankreichs und Oestreichs fürchtete er nichts, da beide Staaten zu sehr mit sich selbst beschäftigt seien. Die Sache sei also lediglich in das Belieben des Bundespräsidiums gestellt, dessen reservirte Haltung ihm ein Räthsel sei. Blankenburg machte zunächst einen Ausfall auf die Parteiblätter der bairischen Patrioten, in welchen französische Hilfe gegen Preußen verlangt, von der Nothwendigkeit des Bruchs der Verträge gesprochen und gesagt werde: „Der wird unser Bruder sein, der uns von unserem Tyrannen, der uns von dem preußischen Vampyr befreit.“ Dann erklärte er, daß, so lange Baiern und Württemberg so widerspenstig seien, schon um des Zollvereins willen die Aufnahme Badens nicht erfolgen könne, da man doch jene nicht ausstoßen und Baden darin lassen könne.

Da trat der Bundeskanzler auf, sprach seine Mißbilligung aus, daß dieser Antrag, den er für einen politischen Fehler halte, überhaupt gestellt worden sei, erklärte sich übrigens bereit, dem Redner das Räthsel der Gründe zu lösen, welches für die badische Regierung längst gelöst sei. Den Eintritt Badens in den norddeutschen Bund werde wohl niemand als ein Definitivum, als einen definitiven Abschluß der deutschen Frage betrachten, und es erhebe sich daher die Frage, in welcher Stellung das Großherzogthum Baden der anzustrebenden nationalen Einigung Deutschlands förderlicher sein könne, in seiner jetzigen Stellung als vermittelndes Element zwischen dem Süden und dem Norden oder als Mitglied des norddeutschen Bundes. Es wäre gerade so, wie wenn man den Gedanken, „welchen man 1866 hätte haben können, und dessen Verwirklichung nicht viel im Wege stand“, hegte, den bairischen Staat zu zerreißen, Altbaiern (Ober- und Niederbaiern und Oberpfalz) auf sich zu reduciren und aus den

drei Franken einen besonderen Staat unter irgend einem national gesinnten Fürsten zu bilden. Dieser Gedanke wäre kein glücklicher, denn dann würde der Ueberrest von Baiern, wenn nicht auf immer, so doch auf Jahrhunderte für die deutsche Einheit verloren gewesen sein, während er in Verbindung mit Franken weit leichter den Main überschreiten werde. Dasjenige Element, welches der nationalen Entwicklung im Süden am günstigsten sei, auszuschneiden und mit einer Barriere abzuschließen, heiße, den Milchtopf ab sahen und das übrige sauer werden lassen. Die Einverleibung Badens in den norddeutschen Bund habe verschiedene nachtheilige Folgen. Sie würde nicht in das bisherige System passen, wonach die Annäherung des Südens erwartet werden solle, ohne daß ein Druck auf dasselbe ausgeübt werde; sie wäre ein sehr fühlbarer Druck, der auf Baiern und Württemberg geübt würde, und doch kein hinreichend starker, um zwingend zu sein, vielmehr ein bloß verstimmender, der vielleicht die Entwicklung hemmen würde, von der anzunehmen sei, daß sie in Baiern und Württemberg trotz allem, was man von dort höre, doch in einem stetigen mächtigen Fortschritt begriffen sei. Diese Bewegung würde einen Rückschlag bekommen. Ein anderer Nachtheil wäre ein militärischer, da Baiern und Württemberg, durch das Bundesgebiet Baden gegen Frankreich geschützt, hierin gewiß keine Auforderung zu angestregten Militärleistungen erblicken würden. Der bedeutendste Nachtheil aber wäre der wirtschaftliche, denn der norddeutsche Bund hätte dann die freie Disposition über die künftige Bildung des Zollvereins nicht mehr in seiner Hand. In Baiern und Württemberg würde dann niemand mehr an die Möglichkeit glauben, daß diese Länder einmal aus dem Zollverein ausgeschlossen werden könnten, da durch diese Maßregel gerade Baden am härtesten betroffen würde. „Ein solches Gebiet wie Baden, das von Basel bis Wertheim etwa 40 Meilen lang und an einigen Stellen nur  $2\frac{1}{2}$  Meilen breit ist, durch eine Zollgrenze als Insel einzuzengen, den Muth habe ich nicht, und den Muth traue man uns in Württemberg auch nicht zu, und wenn wir es dennoch thäten, so würde sehr bald auch in Baden die Bewegung rückläufig werden, man würde sehr bald die Zugehörigkeit zum norddeutschen Bunde, wenn der Zollverein eben keinen zusammenhängenden Bestand hätte, als eine Quelle unzähliger täglicher und häuslicher Leiden und Verdrießlichkeiten betrachten, deren Wirkung der Mensch oft zugänglicher



ist als großen politischen Ideen. Ich würde daher, wenn mir jetzt die Eröffnung von Karlsruhe käme, das Präsidium möge die Aufnahme Badens in den norddeutschen Bund beantragen, diesen Antrag im Interesse des Bundes und im Interesse des Großherzogthums Baden unter den gegenwärtigen Umständen als unzeitgemäß ablehnen und würde sagen: wir werden euch den Zeitpunkt bezeichnen, wo uns das im Gesamtinteresse Deutschlands, im Interesse der Politik, die wir bisher, ich kann wohl sagen, nicht ohne Erfolg durchgeführt haben, angemessen erscheint.“ In Uebereinstimmung mit dieser Darlegung sprach sich Graf Bismarck dahin aus, daß die Aufnahme Badens nicht der Anfang der Vollendung Deutschlands, sondern eine Hemmung der Vollendung und zwar nicht bloß ein Anfang der Hemmung, sondern ein ziemlich dauerhafter Hemmschuh sei.

Der Abgeordnete Miquel wollte sich hiedurch nicht überzeugen lassen, blieb auf dem Standpunkt Lasfers und wiederholte den Satz, daß nach der Meinung seiner Partei, „welche allerdings nicht auf Erwägungen diplomatischer Art ruhe, sondern nur ein gutes Stück Volkspolitik ausdrücken solle,“ die Aufnahme Badens der Anfang der Vollendung der deutschen Aufgabe sei. Graf Bismarck entgegnete ihm, ob er unter „Volkspolitik“ die öffentliche Meinung verstehe, welche im Jahre 1866 die Regierung in Adressen bestürmte, diesen Krieg nicht zu führen, oder jene Verweigerung der Mittel, den Krieg zu führen? „Das war Volkspolitik, wenn die Sache irgend einen Begriff hat, und ich glaube, man weiß es uns Dank, daß wir damals die Sache besser verstanden haben als diese Volkspolitik.“ Auch berührte er die Geschichte jenes Briefes, in welchem der badische Minister Mathy von ihm verlangt habe, er solle den Zeitraum, in welchem die Aufnahme Badens etwa erfolgen könnte, angeben und ihm die Autorisation ertheilen, diese Angabe einigen der leitenden Parteiführer in Baden mitzutheilen. Dieses Gesuch habe er ablehnen müssen, da die auswärtige Politik nicht ein Gewerbe der Art sei, daß sie unbedingt die vorhergehende Veröffentlichung aller ihrer Phasen vertrage. Ueber den Zweck, sagte er weiter, sei er mit den Antragstellern vollständig einverstanden. Die Einigung des gesamten Deutschlands erstrebe er wie sie. Hinsichtlich der Mittel gehen ihre Ansichten auseinander, und so lange er Bundeskanzler sei, werde er seine Politik nach seiner Ansicht machen

und nicht dulden, daß der Reichstag der Hofkriegsrath für seine Politik sei. Davon, daß er das ganze Süddeutschland entweder auf einmal oder gar nicht wolle, sei keine Rede. Wenn die bairische Regierung heute dieselbe Bereitwilligkeit zeigte wie die badische, so würde er vielleicht den Fall ganz anders beurtheilen. Daß er den etwaigen Eintritt des südlichen Theiles des Großherzogthums Hessen nicht vorweg zurückweisen würde, darüber habe er sich schon bei den Verhandlungen vom 9. April 1867 unumwunden ausgesprochen. Die Aufnahme eines einzelnen Staates würde er nur dann für möglich und zweckmäßig halten, wenn dadurch die Entwicklung der Gesamteinigung nicht geschädigt würde. Damit war der Gegenstand der Debatte erschöpft. Lascker zog seinen Antrag zurück. Der Vertrag mit Baden über gegenseitige Rechtshilfe wurde sofort ohne weitere Diskussion angenommen. Später, in der Sitzung vom 8. April, wurde auch der mit Hessen abgeschlossene Jurisdiktionsvertrag genehmigt. Die etwas großartig angelegte Debatte vom 24. Februar schien auf diese Weise ohne alles Ergebnis abgelaufen zu sein; ja in Süddeutschland, hieß es, seien die Freunde der Einigung Deutschlands durch die Erklärungen des Grafen Bismarck ganz entmuthigt. Es gab allerdings solch schwache Politiker, welche darin, daß der Bundeskanzler für jetzt Baden nicht aufnahm und ihnen nicht, nach Jahr, Tag und Stunde berechnet, die Zeit des Eintritts dieses oder der anderen Staaten telegraphisch mittheilte, einen sehr einleuchtenden Grund für ihre Behauptung zu finden glaubten, daß der große Leiter der deutschen Politik den Süden „eben“ nicht wolle. Nichts lächerlicher als dies! Noch niemals hatte sich Graf Bismarck so offen darüber ausgesprochen, daß der Anschluß des Südens sein Ziel sei als diesmal. Daß aber die Entscheidung über das Wann? ihm, der die Fäden der europäischen Politik mit sicherer Hand leitet, getrost überlassen werden kann, wird auch der Unbescheidenste nicht zu leugnen wagen. So hatte denn diese Debatte doch ein sehr positives wichtiges Ergebnis: die Verscheuchung nebelhafter Gebilde im Norden und Süden, die Klärung der Situation, die Aufforderung zu stetiger Arbeit und Ausdauer in dem Kampfe um das nationale Ziel. In diesem Sinne wurde die Debatte vom 24. Februar auch von der auswärtigen Presse aufgefaßt.

Die übrigen Verhandlungen des Reichstags beschäftigten sich mit der Politik nicht in dem Grade wie die eben angeführte, manche

gar nicht oder nur im Vorüberstreifen. Ein Antrag von Schulze-Delitzsch auf Zahlung von Diäten an die Mitglieder des Reichstags wurde in der Sitzung vom 2. März vom Minister Delbrück bekämpft und vom Hause abgelehnt. Durch die Annahme des Gesetzes über die Pensionen und Unterstützungen für die unteren Klassen der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armee und für ihre Witwen und Waisen wurde eine alte Ehrenschuld des deutschen Volkes abgetragen (25. Februar). Die Genehmigung des Gesetzes über Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit (21. Mai) und über Bevollmächtigung der norddeutschen Konsuln und diplomatischen Vertreter, Civilstandsregister zu führen und Civilehen zu schließen, beugte manchem Konflikt vor und gestattete eine freiere Bewegung. Das Gesetz über das Autorenrecht, mit Ausnahme des Abschnitts über bildende Kunst, wurde in der Sitzung vom 20. Mai, das über den Unterstützungswohnsitz am 23. Mai angenommen. Die meiste Zeit und das meiste Interesse nahm die Berathung des Strafgesetzbuches in Anspruch, welches an die Stelle so vieler, von einander abweichender Landesgesetzbücher ein gemeinsames Strafrecht für den ganzen norddeutschen Bund herstellen sollte. Die Berathung des Strafgesetzbuches begann am 22. Februar. Der Antrag Iwestens, daß „kein Mitglied eines Landtags oder einer Kammer eines zum norddeutschen Bunde gehörigen Staates außerhalb der Versammlung, zu welcher das Mitglied gehöre, wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen zur Verantwortung gezogen werden dürfe,“ wurde in der Sitzung vom 8. März, zum Schrecken des Herrenhauses und seiner Freunde, in das Gesetzbuch aufgenommen. In der Sitzung vom 15. und 16. März wurde beschlossen, daß bei politischen Verbrechen auf Festungsstrafe erkannt werde, auf Zuchthausstrafe nur dann, wenn das Verbrechen aus ehrloser Gefinnung entsprungen sei, und daß Hochverrath gegen einen Bundesfürsten mit lebenslänglicher Zuchthaus- oder Festungsstrafe bestraft werde, mildernde Umstände jedoch zulässig seien. Die Frage über die Zulässigkeit der Todesstrafe und über die Fälle, in welchen sie anzuwenden sei, erregte, wie überall, den lebhaftesten Streit. In der ersten Lesung wurde die Todesstrafe mit 118 gegen 81 Stimmen am 1. März verworfen, obgleich Graf Bismarck für sie in die Schranken trat und erklärte, daß der Bundesrath an seinem Beschlusse, sie beizubehalten, festhalten werde. Wenn es mit den Ab-

stimmungen über die Todesstrafe so fortgieng, so gab es bald kein Strafgesetzbuch mehr. Denn das hatte Graf Bismarck entschieden erklärt, daß, so lange er Bundeskanzler sei, die Todesstrafe in Preußen nicht gesetzlich werde abgeschafft werden, daß also, wenn der Reichstag auf seiner Verwerfung der Todesstrafe beharre, die Regierung den ganzen Entwurf des so eben mit aller Gründlichkeit durchberathenen und während der Berathung wesentlich verbesserten Strafgesetzbuches zurückziehen werde. Dadurch kam die Mehrheit des Reichstags in eine sehr schiefe Stellung. Denn dann blieb es bei den alten Gesetzen, welche in weit mehr Fällen auf Todesstrafe erkannten als das Strafgesetzbuch. Die Sache stand also so: Wenn die Mehrheit des Reichstags auch bei der dritten Lesung ein Nein aussprach, so bewirkte sie das gerade Gegenteil von dem, was sie beabsichtigte. Ihr Streben gieng darauf aus, daß kein Verbrechen mehr mit dem Tode bestraft werde, die Folge ihrer Abstimmung aber war, daß mehr Todesurtheile gefällt wurden als selbst die Regierung wollte. Wenn die Gegner der Todesstrafe mit „Nein“ stimmten, so wurden künftig weit mehr Verbrecher hingerichtet, als wenn sie mit „Ja“ stimmten.

Diese paradoxen Verhältnisse zeigten, daß das starre Festhalten an einem Princip zuweilen von sehr schlimmen Folgen begleitet sein kann, und wiesen mit zwingender Gewalt auf einen Kompromiß hin. Wenn die Gegner der Todesstrafe von ihrem Princip abgingen und die Anhänger der Todesstrafe die Anwendung derselben auf möglichst wenige Fälle beschränkten, so war das treffliche Strafgesetzbuch gerettet. Lange Verhandlungen wurden gepflogen und gaben Aussicht auf einen Vergleich. Die Grundlage desselben war, daß die Todesstrafe auf den einfachen Mord beschränkt werden solle. Im Staatsministerium wurde am 16. Mai hierüber berathen. Die 7 anwesenden Minister (v. Roon, Graf Spenplig, v. Mühler, Graf Eulenburg, Leonhardt, Camphausen, v. Selchow) erklärten sich einstimmig für Beibehaltung der Todesstrafe und zwar 4 derselben für Anwendung derselben nur beim vorjählichen Mord, während die anderen 3 (wie man sagt: v. Roon, v. Mühler und Graf Eulenburg) für Anwendung der Todesstrafe auch bei politischen Verbrechen stimmten. Diese Beschlüsse wurden dem König vorgelegt. Derselbe behielt sich seine Entschlüsse bis zur Zurückkunft des Grafen Bismarck vor, welche am Abend des 21. Mai erfolgte. Es

waren noch zwei bedeutende Differenzen zu beseitigen, wenn sich auch eine Mehrheit für Anwendung der Todesstrafe bei vorsätzlichem Mord fand. Die Regierung wollte auch den Hochverrath ersten Grades, den Mordversuch gegen das Bundesoberhaupt oder einen anderen der Bundesfürsten mit dem Tode bestraft wissen, und der Abgeordnete Pland stellte den Antrag, in denjenigen Bundesländern, in welchen die Todesstrafe bereits abgeschafft sei, in Sachsen, Oldenburg, Anhalt, Bremen, dieselbe nicht wieder einzuführen und statt dessen auf lebenslängliche Zuchthausstrafe zu erkennen. In der Sitzung vom 21. Mai sprach sich Justizminister Leonhardt für die Ansicht der Regierung beim Hochverrath ersten Grades aus, gab aber über den Pland'schen Antrag kein Urtheil ab, offenbar wegen der Abwesenheit des Grafen Bismarck. Die Entscheidung der Frage wurde auf den 23. Mai vertagt. Es war eine denkwürdige Sitzung. Graf Bismarck wies darauf hin, daß nach den früheren Gesetzen 14 verschiedene Fälle mit der Todesstrafe bedroht gewesen und diese nun auf 2 reducirt seien. Damit hätten die Fürsten und die Regierungen den Beweis gegeben, daß sie die eigene Ueberzeugung, die eigene Rechtsansicht dem höheren nationalen Zwecke zu opfern sich entschließen können; nur ein Opfer könnten sie diesem Zwecke nicht bringen, das sei das Princip dieser nationalen Einheit selbst; sie seien daher nicht im Stande, dem Antrag Pland's ihre Zustimmung zu ertheilen. „Es ist für mich eine absolute Unmöglichkeit, es wäre ein volles Verleugnen meiner Vergangenheit, wollte ich einem Gesetze hier zustimmen, welches das Princip sanktionirt, daß durch den Bund zweierlei Recht für die Norddeutschen geschaffen werden soll, daß gewissermaßen zweierlei Klassen von Norddeutschen geschaffen werden sollen, eine Selecta, die vermöge ihrer Gefittung, vermöge ihrer Erziehung so weit vorgeschritten ist, daß selbst ihre üblen Subjecte des Korrektivs des Nichttheils nicht mehr bedürfen, und dann das profanum vulgus von 27 Millionen, welches diesen sächsisch-oldenburgischen Kulturgrad noch nicht erreicht hat, dem das Nichtheil im Nacken sitzen muß, um es in Ordnung zu halten. Dem können wir nicht zustimmen; ich würde eher ein nach meiner Ueberzeugung sehr viel mangelhafteres, aber einheitliches Strafgesetz in Kauf genommen haben; ich würde mich der Hoffnung hingegen haben, daß bei dem gesunden Sinn unserer Bevölkerung und seiner Vertretung ein Fehler eines mangelhaften Strafrechts so allgemein

kenntlich und so allgemein fühlbar ist, daß die Lücken ausgefüllt und Irrthümer verbessert werden würden in einigen Jahren. Aber das Verlassen unserer Grundprincipien in Bezug auf die Einheit, die wir in Deutschland zu schaffen haben, das läßt sich niemals wieder gut machen. Ich kann von diesem Standpunkte aus hier kein Oldenburg und kein Preußen kennen, ich kenne nur Norddeutsche. Unsere Aufgabe ist, die Gleichheit vor dem Gesetze für alle norddeutschen Bürger zu schaffen, nicht die Ungleichheit, da wo sie ist, gut zu heißen oder gar sie innerhalb eines Bundesgebietes neu zu schaffen. Wir sind gegen Sonderrechte, gegen Sondereinrichtungen, gegen die Vorurtheile einzelner Regierungen und einzelner Stämme, ja selbst gegen die Rechte einzelner Regierungen und einzelner Volksstämme mitunter, weil wir uns der Größe unserer Ziele bewußt waren, mit Härte verfahren; ich darf wohl sagen, mit Härte, wenigstens mit Strenge. Wir haben unverrückt unser nationales Ziel im Auge behalten; wir haben nicht links, nicht rechts gesehen, ob wir jemand wehe thäten in seiner theuersten Ueberzeugung. Aus diesem Geiste haben wir unsere Kraft, unseren Muth, unsere Macht geschöpft, zu handeln, wie wir gethan. Sobald uns dieser Geist verläßt, sobald wir diesem Geiste entsagen, sobald wir ihn vor dem deutschen Volke und seinen Nachbarn aufgeben, so legen wir damit Zeugniß ab, daß die Spannkraft, mit der wir vor 3 1/2 Jahren an dieser Stelle unseren Ausgang nahmen, in dem Stande des Partikularismus, des Partikularismus der Staaten und Parteien, erlahmt ist. Wir werden eben damit die Quelle, aus der wir die Berechtigung schöpften, hart zu sein und mit eisernem Schritt zu zermalmen, was der Herstellung der deutschen Nation in ihrer Herrlichkeit und Macht entgegenstand, verstopfen.“ Auf diese mit lebhaftestem Beifall aufgenommene Rede des Bundeskanzlers zog Mandt seinen Antrag zurück, und es erfolgte die Abstimmung über die principielle Beibehaltung der Todesstrafe nach dem Antrag des Abgeordneten v. Luf: „unter den in § 1 des Strafgesetzbuchs aufgeführten Strafen die Erwähnung der Todesstrafe wiederherzustellen.“ Der Antrag wurde mit 127 gegen 119 Stimmen angenommen. Von denen, welche bei der zweiten Berathung mit „Nein“ gestimmt hatten, stimmten diesmal 24 mit „Ja“, darunter 16 von der nationalliberalen Partei. Nun blieb für das Zustandekommen des Strafgesetzbuches noch die eine Schwierigkeit übrig, welche in der Abstimmung über den Kardorff'schen Antrag

lag. Derselbe lautete: „Der Mord und der Versuch des Mordes, gerichtet gegen das Bundesoberhaupt oder gegen den eigenen Landesherrn oder während des Aufenthalts in einem Bundesstaate gegen den Landesherrn dieses Staats wird als Hochverrath mit dem Tode bestraft.“ Graf Bismarck wies in der Sitzung vom 24. Mai darauf hin, daß die Minderheit, welche principiell gegen die Todesstrafe und besonders bei politischen Verbrechen sei, wohl bedenken sollte, daß auf ihrer Seite alle diejenigen stehen, welche den norddeutschen Bund überhaupt negiren, welche ihn nicht wollen, und sagte weiter: „Die Regierungen sind in der Nothwendigkeit, ein Princip zu vertreten, über das sie nicht hinauszuweichen vermögen; es ist daselbe Princip, welches in jeder konstitutionellen Verfassung gegeben ist: die Person des Königs ist unverleßlich. Worin soll denn diese Grundlage der konstitutionellen Monarchien bestehen, wenn der König nur denselben Schutz hat, den jeder Andere hat? Seine Unverleßlichkeit ist offenbar eine besondere, eine ausnahmsweise, er bedarf eines ausnahmsweisen Schutzes. Die Regierungen haben die Ueberzeugung gehabt, daß sie hier an der feinen Grenzlinie stehen, die das konstitutionell-monarchische Princip von dem republikanischen unterscheidet.“ Bei der Abstimmung wurde der Kardorff'sche Antrag mit 128 gegen 107 Stimmen angenommen, und am 25. Mai fand die endgiltige Annahme des Strafgesetzbuches statt. Die Fortschrittspartei, ein Theil der Nationalliberalen, die Socialisten, die Polen und vereinzelte Kleinstaatler stimmten dagegen. Der größere Theil des Bundes erhielt dadurch ein weit besseres Gesetz, als er früher besaß, und, was die Hauptsache ist, der ganze Bund ein gemeinsames Gesetz, das in allen seinen Bestimmungen ein verständiges, mildes und freies genannt werden muß. Der nationale Gesichtspunkt war auch diesmal hervorgetreten und hatte den Sieg über Doktrinarismus und Partikularismus errungen. Die dritte und letzte Session dieser Reichstagsperiode fand in dem Zustandekommen dieses Kompromisses einen würdigen Schluß.

In den nämlichen Tagen wurde auch eine wirthschaftliche Frage, die jedoch ihre politische Färbung nicht verbergen konnte, entschieden. Nachdem Oestreich durch die Brennerbahn, Frankreich durch die Durchstechung des Mont Cenis seine vollständige Verbindung mit Italien sich gesichert hatte, tauchte das Projekt einer Gotthardbahn mit erneuerter Macht auf. In der zunächst dabei betheil-

ligten Schweiz erhob sich zwischen den östlichen und den mittleren oder westlichen Kantonen ein erbitterter Kirchthurmstreit. Jene wollten die Bahn über den Splügen, diese über den Gotthard führen. Deutschlands Interesse verlangte eine Bahnrichtung, welche von der österreichischen und französischen Grenze und von den dortigen Konkurrenzbahnen möglichst entfernt ist. Als daher der norddeutsche Bund um seine Betheiligung an diesem Unternehmen angegangen wurde, sprach sich Graf Bismarck in seiner Note vom 31. März 1869 und vom 30. Januar 1870 „definitiv und exclusiv“ zu Gunsten der Gotthardbahn aus und stellte nur für diese eine pekuniäre Unterstützung in Aussicht. Seiner Ansicht stimmte Baden und Italien bei und damit war auch für die Schweiz die Frage entschieden. Zwischen Italien und der Schweiz wurde der vorläufige Vertrag vom 15. Oktober 1869 geschlossen. Nun handelte es sich um den Beitritt Deutschlands und um die Bedingungen desselben. Der schweizerische Bundesrath nahm die Sache in die Hand und leitete die Unterhandlungen. Die Kosten der Bahn wurden auf 85 Millionen Francs angeschlagen. Davon sollte Italien 45, Deutschland 20 und die Schweiz ebenfalls 20 Millionen übernehmen. In die von Deutschland aufzubringenden 20 Millionen sollten sich Nord- und Süddeutschland zu gleichen Portionen theilen. Baiern wollte nichts von der Sache wissen, da ihm die Brennerbahn näher lag und mehr Vortheile versprach. Württemberg machte seine Betheiligung von Zugeständnissen abhängig, welche ihm das benachbarte Baden bezüglich des Anschlusses der Eisenbahnen, des Waarentransportes und anderer Gegenstände der Art machte. Baden, dessen Rheinthalbahn eine ungemeine Vermehrung seines Verkehrs sich versprechen konnte, sicherte die Zahlung von 3 Millionen zu. Der norddeutsche Bund, dessen westliche Provinzen den durch die Gotthardbahn eröffneten und gesteigerten Verkehr zwischen Italien und der Levante einerseits und Belgien, Holland, Nordsee, England andererseits zu vermitteln hatten, machte sich zur Zahlung von 10 Millionen, einschließlich der 2 von zwei Eisenbahngesellschaften übernommenen Millionen, verbindlich. Die hierüber aufgesetzte Konvention wurde am 25. Mai vom Reichstag fast einstimmig angenommen, nachdem Minister Delbrück die finanzielle Seite der Sache erörtert, Graf Bismarck die politischen Saiten angeschlagen hatte. Er sagte: „Es müssen gewiß die verbündeten Regierungen von der Ueberzeu-



gung der Wichtigkeit dieses Unternehmens durchdrungen gewesen sein, sehr wichtige Interessen müssen es empfohlen haben, zwischen Deutschland und Italien eine Verbindung zu schaffen, welche lediglich von dem neutralen Zwischenlande, der Schweiz, abhängig ist und nicht im Besitz einer der großen europäischen Mächte sich befindet, ich sage, die Rücksichten müssen von besonderer Wichtigkeit gewesen sein, wenn sie jetzt zu dem, meiner Erinnerung nach, nie vor gekommenen Wunsche der Regierung führen, Ihnen eine erhebliche Geldausgabe für eine außerhalb des norddeutschen Bundes nicht nur, sondern außerhalb Deutschlands zu bauende Eisenbahn zuzumuthen. Das Hauptinteresse ist für uns, eine fast direkte Verbindung mit dem befreundeten und, wie wir glauben, auf die Dauer befreundeten Italien zu haben.“ Diese Worte waren es, welche in Paris so ungerne gehört wurden und die oben angeführte Interpellation im gesetzgebenden Körper veranlaßten. Der Vertrag wurde am 10. Juni vom Grafen Bismarck und dem schweizerischen Gesandten Oberst Hammer unterzeichnet. Die Ausführung des Unternehmens hieng nun noch von der Genehmigung des Vertrages vom 15. Oktober 1869 durch das italienische Parlament ab. Am 26. Mai wurde der Reichstag vom Könige mit einer Thronrede geschlossen, welche einen Rückblick auf die vier arbeitsvolle Sessionen und die Erfolge einer hingebenden Thätigkeit warf.

Zwischen die Reichstagsfigungen hinein schoben sich die Beratungen des Zollparlamentes. Dasselbe wurde am 21. April vom Staatsminister Delbrück mit einer geschäftlichen Rede eröffnet. Die Vorlagen betrafen hauptsächlich den Abschluß eines Handelsvertrages mit Mexiko und dem Königreich der Hawai-Inseln und die Reform des Zolltarifs. In welchem Sinne die Regierung diese Reform auffasse, darüber sprach sich die Eröffnungsrede mit folgenden Worten aus: „Der sorgfältig revidirte Entwurf verfolgt, wie früher, den Zweck, neben einer wesentlichen Vereinfachung des Tarifs und Erleichterung des Verkehrs und Verbrauchs, die finanzielle Grundlage unseres Tariffsystems zu kräftigen, damit nicht die durch zahlreiche Zollbefreiungen und Zollermäßigungen in den letzten Jahren herbeigeführte Verminderung der Zolleinnahmen die wirthschaftliche Gestaltung der Steuersysteme in den Vereinstaaen gefährde. Für die Herbeiführung eines Mehrertrages wurde ein Verbrauchsgegenstand ins Auge gefaßt, dessen höhere Belastung die schon früher im Zollverein gemachten Erfahrungen als zulässig darstellen.“ Damit war

angedeutet, daß die Regierung nicht mehr, wie in den beiden letzten Jahren, die Petroleumsteuer einführen, dafür aber den Kaffeezoll erhöhen wolle. Das Präsidium wurde in der Sitzung vom 25. April Simson, dem Fürsten Hohenlohe und dem Herzog von Ujest übertragen. Fürst Hohenlohe sagte in der Rede, womit er für die abermalige Auszeichnung dankte, unter anderem: „Wenn jüngst ein Mitglied dieses Hauses (der pfälzische Abgeordnete Kolb) bei seinem Ausscheiden dem Zollparlament den Vorwurf gemacht hat, es beruhe auf Täuschung, und es schmückte sich mit einem erborgten Nimbus des deutschen Parlaments, so antworte ich darauf, in dieser Thatsache gemeinsamer Arbeit deutscher Abgeordneter liegt keine Täuschung; sie ist ein Gewinn, an dem wir festhalten wollen, sie ist der beste Grund, auf dem die Anker nationaler Ordnung ruhen“. Die beiden Handelsverträge wurden, der mit Mexiko am 27. April, der mit den Hawai'schen Inseln am 5. Mai genehmigt. Der Abgeordnete Bamberger stellte am 5. Mai den Antrag: „Die verbündeten Regierungen aufzufordern, daß sie die Angelegenheit der vor den Reichstag des norddeutschen Bundes zu bringenden Münzreform als eine gemeinsame Aufgabe sämtlicher Staaten des Zoll- und Handelsvereins sich aneignen, namentlich aber dafür sorgen mögen, daß bei der in Aussicht genommenen Voruntersuchung (Enquête) auch die süddeutschen Staaten in Betracht und Mitthätigkeit gezogen werden und die Gesezentwürfe in solcher Weise vorbereitet werden, daß sie die gleichzeitige Herstellung der Münzeinheit im ganzen deutschen Zollgebiet ermöglichen“, und empfahl die Annahme des Antrags als ein neues Bindemittel der gemeinsamen Interessen des großen Vaterlandes. Minister Delbrück erklärte sich mit dem Antrag einverstanden, und das ganze Haus schien davon befriedigt. „Es war dem schwäbischen Abgeordneten Becher, einem der 5 „Reichsregenten“ von 1849, vorbehalten, diesen unschuldigen und sehr praktischen Vorschlag zum Gegenstand des gehässigsten Parteistrits zu machen. Er räumte die Bedürfnisfrage ein, bekämpfte aber den Antrag, weil er darin einen Versuch erblicken müsse, die Kompetenz des Zollparlaments zu erweitern und die Grenzen der Territorial-Gesetzgebung zu schmälern, und weil Süddeutschland die Münzfrage nicht vom Standpunkt des rein nationalen, sondern von dem des internationalen Interesses betrachte. Daran knüpfte er den Wunsch, daß auch im norddeutschen Bunde die Frage der Münzreform im internationalen,

wo möglich im kosmopolitischen Sinne ihre Lösung finden möge. Also keine Münzreform für ganz Deutschland, weil in dem Zollvertrag von 1867 nichts davon steht, und wenn es je zu einer Münzreform kommen soll, dann nur eine solche, über welche sich noch andere europäische Staaten, ja alle Staaten der Welt, auch die Peruaner, die Hawai-Bewohner, die Afghanen und Betschuanen vereinigen können! Entweder eine Weltmünze oder der alte Schlen-drian, die alte bunte Musterkarte, die noch so deutlich das Gepräge des staatenbündlichen Deutschlands von 1816 wiedergibt, alles Andere eher, nur keine deutsche Münze! Und warum? Der Abgeordnete Becher hat, wie die süddeutschen Zeitungen berichteten, als er neulich in einem vakant gewordenen Wahlbezirk als Kandidat auftrat, den patriotischen Satz ausgesprochen, es sei die Mission der süddeutschen Abgeordneten, das Bismarck'sche Einigungswerk zu verpfuschen. Mehrere Abgeordnete erwiderten ihm, daß Süddeutschland ja froh sein sollte, bei den Verhandlungen über die Münzreform seinen Interessen und Wünschen Einfluß zu verschaffen, anstatt das, was der norddeutsche Bund für sich beschließe, hintendrein annehmen zu müssen. Bamberger aber erwiderte, daß die „süddeutsche Fraktion“ sich doch ja nicht die Miene geben solle, als ob sie ganz Süddeutschland repräsentire, da sie vielmehr, wenn es sich von den süddeutschen Anschauungen handle, nur den kleinsten Theil Süddeutschlands repräsentire, und gerade Süddeutschland, dessen Münzwesen so verworren, so mit fremden Elementen versetzt, so schwerfällig sei, daß er nicht anstehe, es skrophulös zu nennen, sollte jede Gelegenheit ergreifen, aus seiner Münzkonfusion herauszukommen. Und wenn von einer internationalen Münzreform gesprochen werde, so haben die früheren Verhandlungen gezeigt, daß es zu einer solchen nur dann kommen könnte, wenn wir ein einiges deutsches Münzsystem schaffen, welches in seinen Hauptgrundlagen so geordnet sei, daß es sich mit anderen internationalen Münzsystemen verständigen könne. Der Antrag Bambergers wurde mit großer Mehrheit angenommen; nur die „süddeutsche Fraktion“ und 3 unverbesserliche Welsen stimmten dagegen.

Die Berathung über die Abänderung des Vereinszolltarifs vom 1. Juli 1865 begann in der Sitzung vom 29. April. Die Verhandlungen nahmen bald einen solchen Charakter an, daß zu befürchten war, die Tarifffrage werde im Jahre 1870 ebensowenig erledigt als in den Jahren 1869 und 1868, das Zollparlament gehe

abermals resultatlos auseinander, die nationalen Einheitsbestrebungen kommen eher rückwärts als vorwärts. Die von der Regierung beantragte Erhöhung des Kaffeezolls wurde in der Sitzung vom 4. Mai mit 187 gegen 63 Stimmen, die von den Freihändlern vorgeschlagene Verminderung des Eingangszolls auf Roheisen am 3. Mai mit 133 gegen 120 Stimmen abgelehnt, die Herabsetzung des Reiszolls angenommen. Diese Verminderung, ohne daß ihr eine ausgleichende Erhöhung zur Seite stand, hatte keinen praktischen Sinn. Da packte es denn doch einige nationalgesinnte Männer aus Nord und Süd, ihr Gewissen mahnte sie heftig, und sie konnten den Gedanken nicht ertragen, daß das mit so großem Jubel begrüßte Zollparlament schon nach dreijähriger Wirksamkeit Bankrott machen, daß diese neue Schöpfung dem Hohn der „süddeutschen Fraktion“ und der Welfen preisgegeben, daß dadurch die Herstellung einer festen Mainbrücke in unendliche Ferne gerückt werden solle. Wenigstens sie, die Nationalen, wollten reine Hände haben, wollten nichts mit dem schmachvollen Verpfuschungssystem zu thun haben. In derjenigen Fraktion, welche die nationalgesinnten Männer von Baiern, Baden und Hessen umfaßte und die Fraktion „zur Mainbrücke“ genannt wurde, ertönte plötzlich der Ruf: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die wirtschaftlich auseinandergehenden Parteien nicht um eines großen politischen Zieles willen zu einem Kompromiß sich vereinigen könnten, ob nicht die Freihändler, welche die gänzliche Aufhebung des Roheisenzolls oder wenigstens zunächst die Angabe eines Termins hierfür verlangten, vorerst mit einer Verminderung dieses Zolls sich begnügen, die gemäßigten Schutzöllner in dieses kleinere Uebel sich schicken würden, wenn sie dafür die hohen Garnzölle behalten, und ob nicht die Regierung und ihre Partei durch die Erhöhung des Kaffeezolls sich gewinnen lasse. Es wurden zwischen diesen drei großen Parteien Verhandlungen eingeleitet, und diese führten zu dem vielbesprochenen Patow'schen Kompromiß. In der Sitzung vom 6. Mai beantragte der Abgeordnete Patow, auf die Garnzollermäßigung zu verzichten, den Roheisenzoll auf 2½ Sgr., den Reiszoll auf 15 Sgr. zu ermäßigen, den Kaffeezoll auf 5 Thlr. 25 Sgr. pro Centner zu erhöhen und über diesen Antrag als über ein Ganzes abzustimmen. Der Zollbun desrath hatte sich an dem gleichen Tage bereits für Annahme des Patow'schen Antrags ausgesprochen. Es ist bezeichnend, daß die einzige

Stimme, welche dagegen sprach, Württemberg angehörte, also dem Bevollmächtigten des nämlichen Ministers v. Barmhüler, der durch sein antinationales Auftreten bei den Zollparlamentswahlen von 1868 ein für Württemberg so unangenehmes Aufsehen erregt hatte. Minister Delbrück erklärte im Zollparlament, daß die verbündeten Regierungen den Patow'schen Antrag als ein untrennbares Ganzes annehmbar finden. Die Partikularisten waren über diesen „kühnen Griff“, über diese „Arbeit hinter den Kulissen“ sehr verblüfft, sprachen von einer sittlichen Entrüstung und protestirten „im Interesse des Volkes und im Interesse der Würde dieses Hauses.“ Es half nichts. Dem Strom der nationalen Koalition konnte nichts widerstehen. Sie bildete diesmal die Mehrheit, sie beherrschte das Terrain. Die Abgeordneten v. Blankenburg und Bölk sagten der gegnerischen Minderheit offen, daß sie nur um des nationalen Interesses willen auf diesen Kompromiß eingegangen, aber auf sein Zustandekommen mit Freude und Stolz blicken. Als es zur Abstimmung kam, zeigte sich die Macht des nationalen Gedankens. Der Antrag Runge's auf Ablehnung der Kaffeezollerhöhung wurde mit 183 gegen 91 Stimmen verworfen, der Patow'sche Kompromißantrag mit 186 gegen 84 Stimmen angenommen und in der Schlußsitzung vom 7. Mai der neue Vereinszolltarif mit 179 gegen 65 Stimmen angenommen; mit Nein stimmte die preussische Fortschrittspartei, die Socialisten, die Welfen und die aus Ultramontanen, Großdeutschen und Demokraten bestehende „süddeutsche Fraktion.“ Am Nachmittag des 7. Mai wurde das Zollparlament vom König mit einer Thronrede geschlossen, welche der Freude über die glückliche Thätigkeit der letzten Tage entsprechenden Ausdruck gab.

Mit dieser friedlichen Wendung der Verhandlungen des Zollparlaments und nachher des Reichstags schien die ganze politische Situation im Einklang zu stehen. Man glaubte daher volle Muße zu haben, die Infanteriegewehre und Jägerbüchsen der norddeutschen Armee nebst der Munition umändern zu lassen, was in den preussischen Gewehrfabriken und in den in den größeren Garnisonsstädten errichteten Werkstätten in dem Zeitraum eines Jahres ausgeführt werden sollte. Leichtere Handhabung des Gewehrs, erhöhte Feuer-schnelligkeit und geringeres Munktionsgewicht sollte dadurch erzielt werden. Der Admiral Prinz Adalbert, Oberbefehlshaber der Ma-

rine, lief am 9. Juni von Kiel aus, um mit der Panzerflotte eine dreimonatliche Übungsfahrt nach den Azoren zu machen. Der Großherzog von Hessen, welcher seit 1866 so tiefen Groll gegen Preußen hegte und darin von seinem Minister v. Dalwigk aufs beste berathen und noch bestärkt wurde, kam, wie von einem besseren Geiste befeelt, an den Berliner Hof und verweilte dort als Gast vom 26. April bis 2. Mai. Kaiser Alexander von Rußland, der Neffe des Königs von Preußen, kam auf seiner Reise in das Bad Ems am 13. Mai in Berlin an und hielt sich dort zwei Tage auf. Der König von Preußen machte ihm am 2. Juni einen Besuch. Daß Graf Bismarck den familiären Besuch auch mitmachte und der russische Gesandte in Berlin, Herr v. Dubril, anwesend war, blieb an den Höfen von Wien und Paris nicht unbemerkt. Die diplomatischen Konferenzen ergaben sich ja hier von selbst. Aus „bestunterrichteter Quelle“ wußten die Politiker an der Donau und an der Seine, daß die Allianz zwischen Preußen und Rußland abgeschlossen sei, und die allerthlauesten wußten die einzelnen Artikel derselben schon auswendig. Was sollte daraus entstehen? Wer sollte das Opfer dieser Allianz sein? Beruhigend wirkte die Nachricht, daß Graf Bismarck am 8. Juni zu längerem Aufenthalt nach Warzin gereist sei und im Spätsommer in ein Seebad, diesmal nicht nach Biarritz, sondern in ein englisches Seebad zu gehen beabsichtige. Die stille Zeit begann. Die Fürsten, die Minister und Diplomaten giengen in die Bäder oder suchten in ländlicher Zurückgezogenheit Ruhe und Sommerfrische.

---

## Die 3 süddeutschen Staaten: Baden, Württemberg, Baiern.

Gleichen Schritt mit der Thätigkeit des norddeutschen Reichstags hielt das wackere Baden. Es ist ein besonderes Glück für Deutschland, daß in jenem schmalen Streifen zwischen dem Rhein und Schwarzwald ein politisch so gebildetes, den nationalen Ideen so zugewandtes Volk wohnt, und daß die Regierung trotz aller Hemmnisse und Verzögerungen so muthig und ausdauernd die schwarzweißrothe Fahne schwingt. Frankreich gegenüber hielt Baden treue Wacht am Rhein, Württemberg und Baiern gegenüber bildete es die Vermittlung zwischen Nord- und Süddeutschland. Es ist einem Lande, das 2 Drittheile Katholiken zählt, hoch anzurechnen, daß es in der Zeit des vatikanischen Concils in seiner Abgeordnetenkammer nur 5 Ultramontane hat. Das ganze Land schien jenes schöne Wort des unvergeßlichen Staatsministers Mathy zu seiner Lösung zu machen. Als diesem, wie oben angeführt, auf seine Anfrage Graf Bismarck die Antwort gab, daß es nicht möglich sei, für die Aufnahme Badens in den norddeutschen Bund einen nahen oder überhaupt einen Termin anzugeben, da sagte Mathy zum Großherzog: „Und wir thun doch unsre Pflicht!“ Die Landstände waren seit dem 23. September 1869 versammelt und wetteiferten mit dem norddeutschen Reichstag in rascher und doch eingehender Berathung freisinniger und gemeinnütziger Geseze. Das Stiftungsgesez, welches bei Verwaltung der kirchlichen Stiftungen dem Staate das ihm gebührende Recht einräumte, wurde am 19. Januar mit 49 gegen 3 Stimmen angenommen. Die 5 ultramontanen Abgeordneten (Baumstark, Bissing, Lender, Lindau, Rofshirt) hatten, da ihr Antrag, das Gesez nicht in Berathung zu ziehen, verworfen wurde, am 17. unter Protest die Versammlung verlassen und weder an der Berathung, noch an der Abstimmung theilgenommen. Das Gesez über das Armenwesen, über Erleichterung der Eheschließung und über den Aufenthalt wurde am 23. Februar, das über die Ein-

theilung der Kammerwahlbezirke am 8. März angenommen. Das letztere Gesetz theilte behufs der Wahl der 63 Abgeordneten das Land in 56 Wahlbezirke, wovon die Wahlbezirke der zwei größten Städte, Karlsruhe und Mannheim, je 3, die Wahlbezirke der drei nächstgrößten Städte, Freiburg, Pforzheim, Heidelberg, je 2, alle übrigen Wahlbezirke je 1 Abgeordneten zu wählen haben. Das Princip, daß die Intelligenz der Städte durch das Votum der ländlichen Bezirke nicht erstickt werden sollte, fand in diesem Gesetze seinen naturgemäßen Ausdruck. Der von Kiefer gemachte Gesetzesvorschlag, die Mandatsdauer der Abgeordneten von 8 auf 4 Jahre abzukürzen, wurde am 21. März einstimmig angenommen, das über Abschaffung der geistlichen Vorbereitung zur gerichtlichen Eidesleistung am 5. März mit allen gegen 4 Stimmen. Der Antrag Kuzels, die Todesstrafe abzuschaffen, jedoch nicht in Fällen des Standrechts und nicht bei Militärverbrechen, wurde am 10. März mit allen gegen 10 Stimmen angenommen, aber von der ersten Kammer am 18. März abgelehnt, weil diese es nicht für zweckmäßig hielt, die Frage in Baden endgiltig zu entscheiden in einem Moment, wo der norddeutsche Reichstag eben daran war, hierüber Beschlüsse zu fassen. Das Gesetz über Militärstrafgerichtsordnung, welches eine Uebereinstimmung mit den Bestimmungen der in Norddeutschland bestehenden Gesetze erzielen sollte, wurde am 29. März einstimmig angenommen.

Der Vertrag mit dem norddeutschen Bund über gegenseitige Rechtshilfe, welcher in der Reichstags Sitzung vom 24. Februar den Lascker'schen Antrag hervorgerufen hatte, wurde in der badischen Abgeordnetenversammlung am 5. März debattirt. Die Redner gingen auf die Aeußerungen des Grafen Bismarck und Lascker's ein. Eckhardt bemerkte, das von Bismarck Gesagte enthalte für sie nichts neues. Die Form, in der der Bundeskanzler sich ausgesprochen habe, sei allerdings etwas zu schroff gewesen, allein ihre Opferwilligkeit werde dadurch nicht abnehmen, denn Baden bringe diese Opfer nicht für Preußen, sondern für die Einigung Deutschlands. Nicht die Hoffnung des heutigen oder morgigen Eintritts bestimme sie, sondern das Bewußtsein, fest und geeinigt dazustehen in der Stunde der Gefahr. Baden bleibe auf dem bisher betretenen Wege. Nichts könne und solle daran geändert werden, und der Tag werde kommen, wo auch sie ein künftiges und gesundes Glied des großen deutschen Bundes sein



würden. Der Minister des Auswärtigen, v. Freydrf, gab die Erklärung ab, daß der Laske'sche Antrag weder mittelbar noch unmittelbar von der badischen Regierung veranlaßt worden sei. Die Vermuthung, daß dieselbe in ihrer Haltung ermüden werde, sei unrichtig. Die Regierung stehe fest in ihrer Politik, welches die Politik der Volksvertretung sei. Nachdem noch der Abgeordnete Lindau die im Jahre 1870 etwas gewagte Prophezeiung ausgesprochen hatte, daß die nationale Partei, sie möge drängen wie sie wolle, niemals in den norddeutschen Bund kommen werde, wurde der Vertrag einstimmig angenommen. Die feierliche Schließung des Landtags erfolgte am 7. April. Beinahe 7 Monate war derselbe versammelt und hatte in dieser Zeit eine Reihe der wichtigsten Arbeiten erledigt, unter welchen hervorzuheben sind: die Aenderungen der Verfassung, Wahlordnung, Gemeindeverwaltung, Genossenschaftsrecht, Aufhebung der Schulpatronate, die Vorlagen über Armenwesen, Eheschließung, Civilehe, Stiftungsrecht, Militärgerichtsbarkeit, Strafrecht, wozu noch die Berathung des Budgets und der Vorlagen über Eisenbahnen und Straßen hinzukommen. Die vom Großherzog gehaltene Thronrede betonte mit warmen, herzlichen Worten die glückliche Uebereinstimmung der Regierung und der Volksvertretung in allen öffentlichen Fragen, namentlich in der Politik. „Mit stolzer Freude sehe ich auf die innere Entwicklung meines Landes. Ich stütze darauf das Vertrauen, daß mein an politisches Denken und an politische Arbeit gewöhntes Volk bei mir ausharren wird in Erstrebung des höchsten Zieles, der nationalen Einigung Deutschlands. Die verschiedenen Staatsverträge mit dem norddeutschen Bund und mit den süddeutschen Staaten bekunden in erfreulicher Weise ein allmähliches Fortschreiten der immer umfassender und immer fester werdenden Verbindung unter allen deutschen Staaten. Ich danke Ihnen, daß Sie mit patriotischer Bereitwilligkeit durch Verlängerung des Kontingentgesetzes und durch Bewilligung des Kriegsbudgets meine Regierung in den Stand gesetzt haben, getreu dem feststehenden Programm die nationale Politik in ernster That fortzuführen und mein Volk bereit zu halten, daß es, wenn die Zeit gekommen sein wird, als ein ebenbürtiges Glied des Ganzen in die volle nationale Gemeinschaft eintreten kann.“ Gegen das Stiftungsgesetz wiederholte die erzbischöfliche Kurie ihren früheren Protest, da es die Freiheit der Religion, der Person, des Eigenthums und der Vereine beein-

trächtige, wie sie auch nach Annahme des Gesetzes über die Civilehe dieselbe für eine unehrbare Geschlechtsgemeinschaft erklärte und die Katholiken belehrte, daß sie erst nach geschener kirchlicher Trauung sich vor Gott und ihrem Gewissen als Ehegatten betrachten können. Den in bloß bürgerlicher Ehe Stehenden wurde die Spendung der Sakramente, die Aussegnung der Wöchnerinnen, der Genuß der kirchlichen Rechte, die Zulassung der Pathen, das kirchliche Begräbniß verweigert. Solche lebenswürdige Unduldsamkeiten ist man ja gerade von den Dienern derjenigen Kirche, welche sich vorzugsweise die wahre nennt und den Gnadenschatz des Stifters der Religion der Liebe in besonderer Obhut hat, längst gewohnt. Hier macht der Ort und die Person kaum einen Unterschied. Ob Linz oder Regensburg oder Freiburg, ob Rudigier oder Senestrey oder Lothar Kübel der Name lautet: es ist alles gleich, alles gleich schwarz.

Wie anders lagen die Verhältnisse in Württemberg und in Baiern. Hier war jedenfalls kein Anlaß, über die politische Bildung des Volkes sich in der Weise auszusprechen, wie die badische Thronrede vom 7. April es gethan hat. Und wenn die Regierung nach den Ursachen fragte, so konnte sie finden, daß sie einen ziemlichen Theil der Schuld selbst trug. Das württembergische Ministerium hatte sich die Demokratie, das bairische den Ultramontanismus über den Kopf wachsen lassen und stand zu Anfang und in der Mitte des Jahres vor einem ungewissen Etwas, das einer staatlichen Auflösung nicht so ganz unähnlich war. Es fehlte theils an Einsicht, theils an Muth, besonders an letzterem, am meisten aber an dem, was man ein deutsches Herz nennt. In dem württembergischen Ministerium saß nur ein einziger Mann, der aus seiner Neigung zu Preußen kein Hehl machte und dem künftigen Anschluß an den norddeutschen Bund vorarbeitete, der Kriegsminister v. Wagner. Alle anderen Minister standen entweder dem norddeutschen Bund entschieden feindselig gegenüber oder verharrten in einer sträflichen Indolenz. Der leitende Chef war Minister v. Barmbüler, welcher neben dem Auswärtigen noch die Verkehrsanstalten unter sich hatte. Durch sein zweideutiges Balancirsystem hatte er es bereits dahin gebracht, daß jede Partei ihm mißtraute, jede ihn unter ihre Gegner zählte. In der Abgeordnetenkammer saßen in Folge der Wahlen vom 8. Juli 1868, welche noch ganz unter dem Nach-

klang des von dem Ministerium selbst verkündigten krasen Partikularismus erfolgt waren, unter 70 Volksabgeordneten 25 Demokraten und 20 Großdeutsche. Diese 45 waren sämtlich Gegner des Allianzvertrags und wünschten denselben rückgängig zu machen oder zu verpfuschen. Außer diesen 70 Volksabgeordneten saßen zwar noch 23 Privilegirte in der zweiten Kammer; aber auch von diesen gehörten einige, zumal die Vertreter der katholischen Geistlichkeit, zu den Großdeutschen, und so hing es von der zufälligen Abwesenheit des einen oder anderen Mitgliebes ab, ob die Kammerbeschlüsse im Einklang mit den Verträgen waren oder nicht. Zu gesetzgeberischen Leistungen, wie in Baden, hatte diese Kammer keine Gelegenheit: sie war seit dem 8. Juli 1868 nur einmal und zwar vom 4. bis 23. December 1868 einberufen, hatte das ganze Jahr 1869 hindurch Ferien und dürrtete nun nach großen Thaten. Die Regierung hatte offenbar nicht gewagt, die Kammer einzuberufen, um nicht die Konsequenzen ihrer leidigen Politik als abschreckendes Beispiel vor sich zu sehen. So war Württemberg in der nicht beneidenswerthen Lage, ein paar Jahre lang zu einem förmlichen Stillstand verdammt zu sein, während rings umher, den Osten ausgenommen, alles blühte und knospte und schon Früchte einheimste.

Die demokratische Partei, welche in dem „Beobachter“ ihr Preßorgan und in dessen Redakteur Mayer ihren Führer hatte, suchte sich für den Mangel an parlamentarischer Thätigkeit durch vermehrte Agitationen in Landes- und Bezirksversammlungen schadloß zu halten. Die Landesversammlung der württembergischen Volkspartei, welche am 6. Januar in Stuttgart tagte, beschloß einen Adressensturm an die Kammer gegen das am 16. Januar 1868 von der früheren Abgeordnetenkammer angenommene Kriegsdienstgesetz in Scene zu setzen. Die Emiffäre wanderten in den darauf folgenden Wochen durch das ganze Land, hielten in Städten und Dörfern Volksversammlungen, donnerten aufs neue gegen Cäsarismus und Militarismus, schilderten den Leuten die Lasten des Kriegsdienstgesetzes in den schwärzesten Farben, ohne eine einzige Lichtseite daran zu entdecken, und stellten ihnen Herabsetzung der Steuern als angenehme Folge der Herabsetzung des Contingents und der Präsenz vor. Es wurde sofort von Haus zu Haus geschickt, Unterschriften wurden gesammelt, und nach wenigen Wochen konnte der „Beobachter“ mit gesperrter Schrift verkündigen, daß 150000 freie Schwaben dem

preussischen Soldatenwesen den Krieg ankündigen und die Adresse gegen das Kriegsdienstgesetz unterschrieben hätten. Auffallend dabei war, daß die Regierung dieser Agitation gegen das von ihr selbst eingebrachte und unter ihrer, freilich zum Theil unfreudiger, Mitwirkung zu Stande gekommene Kriegsdienstgesetz mit verschränkten Armen, scharfe Augen wollten sogar behaupten mit Lächeln, zusah; daß sie nicht im geringsten einschritt, wenn bei diesen Versammlungen und Unterschriften ihre niederen Organe den demokratischen Missionären behilflich waren und ihren Einfluß denselben zur Verfügung stellten, was dann den „Beobachter“ so dreist machte, daß er Regierungsbeamte, welche ihm ihre Hilfeleistung verweigerten, öffentlich denuncirte. Man wurde irre an der Regierung. Die Verwaltungsbeamten auf dem Lande waren in einer trostlosen Lage und erbatn sich von der Regierung bestimmte Instruktionen, damit sie wüßten, ob sie für oder gegen das Kriegsdienstgesetz auftreten sollen. Es war so weit gekommen, daß man es öffentlich aussprach, die Regierung sei nicht mehr in den Bureaux der Ministerien, sondern in dem Redaktionszimmer des „Beobachters“. Mancher ehrenhafte und gebildete Württemberger sagte es offen, er schäme sich, ein Württemberger zu sein. Gegenüber dieser antinationalen Agitation hielt das Landescomité der deutschen (nationalliberalen) Partei eine energische Ansprache (5. Februar) an seine Mitglieder: „Das gegenwärtige Wehrsystem hat gegen das frühere, das unser Volk Jahrzehnte lang ertragen hat, wesentliche Vorzüge. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ist die Erfüllung eines alten demokratischen Verlangens, die Abschaffung des Loskaufs beseitigt das Privilegium des Reichthums. Die Möglichkeit früherer Eheschließung (jetzt nach 3 Jahren, früher nach 6 Jahren) ist eine wesentliche Erleichterung des Volkes, das Institut der einjährigen Freiwilligen verwerthet die Elemente der Bildung für die Zwecke des Kriegsdienstes und hebt damit die Tüchtigkeit des Heeres. Durch die Gleichheit der Heereseinrichtungen bildet Deutschland heute ein nationales Ganzes. Die loyale Ausführung des neuen Kriegsdienstgesetzes ist eine moralische Pflicht kraft des Allianzverhältnisses, in dem unser Land mit dem norddeutschen Bund sich befindet. Es ist unsere Schuldigkeit, mit Deutschland zusammenzustehen zu Schutz und Trug, und wenn das Bündniß dem kleineren Lande größeren Vortheil bringt als dem norddeutschen Bunde, so ist es an uns, wenigstens

in ebenbürtiger Verfassung unseren Bundesgenossen an die Seite zu treten.“ Wenn die Regierung diese Ansprache auch auf sich bezog, so hatte die deutsche Partei offenbar nichts dagegen einzuwenden.

Die Kammer wurde auf den 8. März einberufen. Der Abgeordnete Schott richtete an diesem Tage eine Interpellation an den Minister des Auswärtigen und fragte denselben, wie dessen Erklärung vom 30. Oktober 1867, daß der württembergischen Regierung eine Prüfung des casus foederis zustehe, in Uebereinstimmung zu bringen sei mit der Angabe der Nordd. Allg. Zeitung, daß dies nicht der Fall sei, und daß damals die Erklärung des Ministers nur wegen seines „parlamentarischen Bedürfnisses“ nicht dementirt worden sei. In der Sitzung vom 22. März antwortete Minister Warnbüler: „Der preussische Gesandte habe ihm im April 1867 eine vertrauliche Depesche vorgelesen, welche gleichlautend nach München und Karlsruhe wie auch an norddeutsche Regierungen ergangen sei. Es sei in derselben gefragt worden, ob Württemberg aus eigener freier Ueberzeugung entschlossen sei, die Verantwortlichkeit für die Folgen, welche der Schutz der Unabhängigkeit Luxemburg's haben könne, mit Preußen zu theilen; wie weit die Regierung vorbereitet sei, der Gefahr entgegenzutreten, und falls sie Anstand nehme mitzugehen, „ob sie bereit sei, diese Ablehnung vor der Deffentlichkeit zu vertreten.“ Darauf habe er am 20. April 1867 erwidert: „Württemberg wird seine Pflichten loyal erfüllen und auch abgesehen von ihnen für die Ehre und das Interesse Deutschlands einstehen; Württemberg kann daher für jetzt dahingestellt sein lassen, ob der casus foederis für den Augenblick vorliege oder nicht.“ Ueber diese Antwort habe Preußen seine Befriedigung ausgesprochen. Somit sei er berechtigt gewesen, der Kammer am 30. Oktober 1867 zu erklären, daß Württemberg unzweifelhaft das Recht habe, zu prüfen, ob der casus foederis vorliege. Allerdings habe ihm bald darauf Preußen erklären lassen, daß es mit seiner Anfrage vom April nicht eine Prüfung des casus foederis habe hervorrufen, sondern nur darauf habe aufmerksam machen wollen, daß der casus foederis bald eintreten könne.“ Der Minister schloß mit der Versicherung, daß er, so lange er Minister sei, an dem Vertrage nicht werde rütteln lassen, und daß Württemberg mit seinem Heere stets für die Vertheidigung deutschen Gebietes einstehen werde. Was für eine Rolle bei dieser etwas ver-

späteten Antwort des Ministers ein abermaliges „parlamentarisches Bedürfniß“ spielte, muß dahingestellt bleiben.

Bei der Berathung über Einführung des metrischen Maßes und Gewichts war es fast lächerlich, wie Regierung und Kommission (am 11. März) es so ängstlich vermieden, auf das Maß der norddeutschen Gesetzgebung, das preussische Normalmaß, Rücksicht zu nehmen, und sich in echt großstaatlicher Weise an das Pariser Urmaß hielten; denn, sagte der Abgeordnete Ammermüller, „wir machen kein deutsches Gesetz, sondern ein internationales.“ Gerade so sprach im Zollparlament der württembergische Abgeordnete Becher über die Münzeinheit. Ebenso wurde bei der Berathung über das Genossenschaftsgesetz nicht das in dem sonst gleichlautenden norddeutschen Gesetz vorkommende Wort „Genossenschaftler“ gewählt, sondern dasselbe durch das Wort „Mitglied“ ersetzt. Die Berathung über die Religionsfreiheit der Dissidentenvereine gab dem Domkapitular v. Dannecker am 15. März Veranlassung zu der Aeußerung, daß diese freiheitlichen Grundsätze auch der katholischen Kirche gegenüber zur vollständigen Ausführung kommen möchten, damit das der katholischen Kirche wesentliche Institut der geistlichen Orden in die Gemeinden eingeführt werden könnte. Minister Goltzer und die Kammer sprachen sich entschieden gegen die Hereinziehung dieser nicht in diese Debatte gehörigen Frage aus. In der Sitzung vom 11. März wurde der parlamentarische Feldzug gegen das Kriegsdienstgesetz eröffnet. 45 Abgeordnete, welche der großdeutschen und der Volkspartei angehörten, stellten den Antrag: „die Kammer wolle 1. der Staatsregierung erklären, daß sie in den militärischen Einrichtungen solche Aenderungen geboten finde, welche die größten volkswirtschaftlichen und finanziellen Nachtheile des bestehenden Systems erheblich, insbesondere durch Herabsetzung der Präsenz, zu mildern geneigt sind, und daß sie die Ausgaben für Zwecke der militärischen Einübung nicht in der bisherigen Höhe zu verwilligen vermöchte; 2. demgemäß die Regierung bitten, noch im Laufe der Session entsprechende Vorlagen einbringen zu wollen.“ Dieser Antrag wurde nicht, wie der Abgeordnete Mayer wünschte, an eine besonders hierfür zu wählende Militärkommission, sondern an die Finanzkommission gewiesen. Zum Berichterstatter hierüber wurde von der Kommission der durch seinen Partikularismus ausgezeichnete Moriz Mohl ernannt. Das Resultat der Kommissionsberathungen war, daß 8 gegen 7

Stimmen darauf antrugen, die Kammer wolle dem vorliegenden Antrag ihre Zustimmung ertheilen. Die Minderheit war übrigens nicht eine absolute Gegnerin des Antrags, sondern wollte nur eine Abschwächung desselben in der Weise, daß die Regierung ersucht werden solle, „den Kriegsetat nach der Seite einer erheblichen Ermäßigung desselben einer nochmaligen Prüfung zu unterwerfen.“ Gleichzeitig mit diesen parlamentarischen Vorbereitungen zum Brescheschießen gieng das außerparlamentarische Sturmlaufen. Am 20. März fanden sich etwa 400 Delegirte der Volkspartei von vielen Bezirken des Landes in Stuttgart ein und erklärten, daß sie den 45 Abgeordneten, welche die Mehrheit der Kammer bilden, für ihren Antrag vom 11. März den Dank des Volkes aussprechen; daß sie „das übereinstimmende und gleichzeitige Vorgehen der bairischen Nachbarn gegen den von Preußen aufgedrängten Militarismus mit Freuden begrüßen und zu demselben Thun das ganze deutsche Volk, im Süden wie in Oestreich und im Nordbund ermahnen, um so vereint den Staaten Europa's ein Beispiel der Freiheit und eine Bürgschaft des Friedens zu geben.“ Zugleich wurde an jeden der 70 Landtagsabgeordneten eine Deputation gesandt, welche denselben die Adresse des Volkes gegen das Kriegsdienstgesetz, mit der Zahl der Unterschriften versehen, überreichen sollte.

In Folge dieser „Beobachters“-Agitation und des zustimmenden Beschlusses der Finanzkommission stellten die Minister v. Barnhüser und v. Mittnacht im Ministerrath das Ansinnen an den Kriegsminister v. Wagner, dem Antrag der die Kammermehrheit bildenden 45 Abgeordneten entgegenzukommen und an seinem Etat eine halbe Million zu streichen. Daß dieser Abstrich jene 45 doch nicht befriedigt hätte, liegt nach der bisherigen Auseinandersetzung auf der Hand. Denn an der halben Million lag ihnen sehr wenig, alles aber daran, daß ~~w~~ auch der bairische Abgeordnete Kolb und die „Patrioten“ beabsichtigten, das vom Kriegsminister nach dem preußischen Muster eingerichtete Militär auf das Niveau eines Milizheeres herabgedrückt und dadurch der Allianzvertrag thatsächlich für Preußen werthlos werde. Denn wenn das Programm der Volkspartei vom 6. Januar „wahrhaft allgemeine Dienstpflicht mit militärischer Jugendvorbereitung und kurzer Präsenz“ in Württemberg ausgeführt wurde, so konnte Preußen jetzt schon darauf denken, welche ganz aparte Verwendung für den Fall des Krieges es der würt-

tembergischen Felddivision zu geben vermöge. Es konnte aber auch vorher die Frage an die württembergische Regierung richten, ob sie glaube, daß diese Militärveränderungen im Sinne des Allianzvertrages seien. Es war überhaupt fraglich, ob die Militärleistungen Württembergs, welche ohnedies auch nach der neuen Organisation von 1868 hinter denen des norddeutschen Bundes sehr zurückstanden, noch eine weitere Reducirung, wie sie in dem geforderten Abstrich einer halben Million angedeutet war, ertragen konnten, ob nicht schon eine solche Maßregel im Widerspruch mit dem Geiste des Vertrags war. Die beiden Minister v. Barndüler und v. Mittnacht glaubten es auf ihr Gewissen nehmen zu können. Kriegsminister v. Wagner war anderer Ansicht. Er erklärte, an der äußersten Grenze der Nachgiebigkeit angekommen und deßhalb nicht im Stande zu sein, einer Veränderung das Wort zu reden, welche mit der neuen Heeresorganisation unverträglich sei. Er mochte zugleich des Zusammenwirkens mit Kollegen, deren politische Gesinnung der seinigen so ganz entgegengesetzt war, müde geworden sein und gern aus einem Ministerium scheiden, das zu dem Allianzvertrag nicht paßte. Der Konflikt war da, und in Folge dessen reichten am 21. März sämtliche Minister ihre Entlassung ein. Ob es allen Ernst damit war, oder ob einige, wie einst der französische Kriegsminister Randon in einem ähnlichen Falle gesagt hatte, zwar ihre Entlassung, aber auch zugleich Contremarken genommen hatten, mag dahin gestellt bleiben. Dabei fragte es sich auch noch, ob die Contremarken alle mit dem rechten Stempel versehen waren. Man kann sich in solchen Sachen täuschen.

In dem Lager der Demokraten und der Großdeutschen herrschte großer Jubel, als die Nachricht von der Abdankung der Minister die Stadt durchlief. Aus welchen Reihen konnte denn das neue Ministerium genommen werden, wenn nicht aus den Reihen der Großdeutschen, welche unter der Führung des auch im Zollparlament und im „schwarzen“ Centrum des deutschen Reichstags bekannten Abgeordneten Probst eine geschlossene Phalanx von Staatsmännern zweiter Klasse (nach württembergischem Maßstab) bildeten, die man etwa „das junge Schwaben“ benennen konnte. Sie mochten glauben, ihre Zeit sei nun gekommen; nur sie seien im Stande, die leeren Ministerstühle mit Anstand auszufüllen. Daß dies einem förmlichen Bruch mit Preußen, dem schonenden Sieger von 1866 und dem



neuen Miiirten, gleich komme, erwog man an hoher Stelle recht wohl. Das Bewußtsein der nationalen Verpflichtungen, die Erinnerung an das gegebene Wort traten hier in den Vordergrund. Die Erwägung, daß die Agitationen und Wühlereien der Demokraten nicht zur Stärkung, sondern zum Ruin der Monarchie und der Dynastie führen, griff Platz. Die Besorgniß vor den inneren Schwierigkeiten und Gefahren des Landes war so groß, daß eine Zeit lang der innige Anschluß an Preußen der einzige Rettungsanker zu sein schien. Der frühere Kriegsminister und General Wiederhold war bereit, das Ministerium des Kriegs wieder zu übernehmen, unter der Bedingung, daß lauter nationalgesinnte Männer in das Ministerium berufen würden und eine königliche Proklamation dem Lande die neue Wendung verkündige. Doch kam es nicht so weit. Es wurde beschlossen, dem Wunsche der Kammermehrheit gemäß auf Ersparnisse im Finanzetat, namentlich im Departement des Kriegswesens bedacht zu sein, eben dieses aber in die Hand eines Mannes zu legen, dessen Name schon Gewähr dafür bot, daß die Grundzüge der Heeresorganisation nicht verlassen werden. Der 24. März war der entscheidende Tag. Die Demission des Freiherrn v. Wagner wurde angenommen und der Generalquartiermeister, Generalmajor v. Suckow zum Chef des Kriegsdepartements ernannt. Derselbe war durch seine gegen den Arcolay-Schwindel gerichtete Flugchrift: „Wo Süddeutschland Schutz für sein Dasein findet“ in den nationalen Kreisen aufs beste bekannt. Als Bedingung seines Eintritts verlangte er in erster Linie die Beseitigung des Kultusministers v. Goltzher, welcher, wie die demokratischen Blätter rühmten, das einzige wahrhaft großdeutsche Mitglied der Regierung war. Derselbe hatte zwar sein Departement durch neue Organisationen sehr gehoben, aber in der Politik sich allzu unduldsam gezeigt und gegen nationalgesinnte Geistliche und Lehrer manche Maßregelungen sich erlaubt. Die Bedingung wurde eingegangen, Herr von Goltzher erhielt zu seinem großen Erstaunen seine Entlassung und zog sich auf die Präsidienstelle des Konsistoriums zurück. Zu seinem Nachfolger wurde am 4. Mai der Kanzler der Universität und Präsident der zweiten Kammer, Professor v. Gehler ernannt, welcher als Präsident durch geschickte Leitung der Debatten und durch Unparteilichkeit sich ausgezeichnet hatte. Der Bruder desselben, welcher als bisheriger Minister des Innern gegen die radikale Agitation bei Zeiten hätte einschreiten

sollen, wurde nun für die stille Duldsamkeit des ganzen Ministeriums allein verantwortlich gemacht und bekam gleichfalls seine Entlassung. Zum Chef des Departements des Innern wurde Staatsrath v. Scheurlen ernannt, von dessen Energie man sich die Zählung der demokratischen Presse und Vereine versprach. Der Oberbürgermeister von Stuttgart, v. Sief, an welchen man sich zuerst gewandt, hatte die Stelle ausgeschlagen, weil er, wie man glaubte, diesem sehr ungleichartig zusammengesetzten Ministerium eine kurze Lebensdauer prognosticirte. Die Minister v. Barnbüler und v. Mittnacht, sowie der politisch nicht hervortretende Finanzminister, behielten ihre Posten. Fragt man nach der Bedeutung dieses Ministerwechsels, so ist sie nach ihrer negativen Richtung leichter anzugeben als nach der positiven. Eine Allianz zwischen der Regierung einerseits und den Großdeutschen, Demokraten und Ultramontanen andererseits, wie sie im Jahre 1868 bei den Zollparlamentswahlen, namentlich unter der Leitung der Minister v. Barnbüler, v. Goltzer und v. Gessler, so schön geblüht hatte, war nicht mehr möglich. Daß aber die politische Fahne des neuen Ministeriums nach Berlin und nach einem Anschluß an den norddeutschen Bund wies, davon war, trotz des Herrn v. Suckow, noch keine Rede und konnte so lange in aufrichtigem Ernst keine Rede sein, als der ewig schwankende Minister v. Barnbüler das Hotel des Ministeriums des Auswärtigen bewohnte. Als die neueste Haltstation seiner Politik verkündigte er die höchste Intimität mit Baiern, welche in einem Besuche, den die bairischen Minister Graf v. Bray und v. Luz in Stuttgart machten, ihren officiellen Ausdruck fand.

Der Jubel der Demokraten und der Großdeutschen war von kurzer Dauer gewesen. Sie waren sehr verblüfft, als in der Sitzung vom 24. März der Präsident den Abgeordneten eröffnete, daß soeben ein Königl. Vertagungsrescript eingelaufen sei, und ihnen dasselbe vorlas. Die Vertagung war mit der Nothwendigkeit einer erneuten Prüfung des Hauptfinanzetats motivirt und eine Wiedereinberufung der Kammer in Aussicht gestellt, sobald die Vorarbeiten für diese Berathung hinlänglich gefördert seien. Die Namen der neu eingetretenen Minister wollten jenen zwei Parteien nicht gefallen. Die Entlassung Goltzers konnten sie nicht verschmerzen, den Eintritt Suckow's nicht fassen. Denn „Suckow“ war in ihren Augen der Superlatus von „Wagner“. Wie übrigens Suckow,

was Wagner zurückgewiesen hatte, bei weiteren Ersparnissen die Heeresorganisation aufrecht halten könne, war Manchem noch ein Räthsel. Und wie dieses Ministerium vor der in ihren Erwartungen so getäuschten Kammermehrheit sich halten könne, war auch ein solches. Die Frage der Kammerauflösung schwebte daher bereits auf manchen Lippen. Einstweilen suchte man zu beschwichtigen und die Gemäßigteren zu gewinnen. Der Chef des Departements des Innern erließ ein Cirkulär vom 27. März an die Oberamt männer des Landes, worin er auf die Ersparnisse im Kriegsetat hinwies, welche möglich werden „durch Beschränkung des Formationsstandes der Linie, wodurch zugleich der Bedarf an Rekruten vermindert wird, sowie durch Bestimmung der Präsenzzeit auf das niederste zulässige Maß, wobei jedoch fest an dem Grundsatz gehalten werden muß, daß diese auf größt mögliche Erleichterung der Lasten des Volkes abzielenden Maßregeln die durch die Reorganisation begründete Kriegstüchtigkeit der Armee nicht beeinträchtigen dürfen“. So man zog sogar in Erwägung, „in wieweit zur Gewinnung eines tüchtigen Unterofficierstandes die Stellvertretung in beschränkter Weise wieder eingeführt werden kann“. Wesentliche Erleichterungen hinsichtlich der Kontrollevorschriften für Reserve und Landwehr wurden in Aussicht gestellt. Dabei wurde ein unverbrüchliches Festhalten an dem Allianzvertrag, eine eheliche und patriotische Erfüllung der in demselben übernommenen Pflichten, das Streben nach Erhaltung eines aufrichtig freundlichen Verhältnisses zum norddeutschen Bund betont. Dieses Cirkulär war nicht geeignet, die nationale Partei zu befriedigen und zu gewinnen. Der Plan, den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht aufzugeben und die Stellvertretung in alter, wenn auch beschränkter Weise wieder einzuführen, erregte gerechtes Erstaunen, wie überhaupt diese ministeriellen Versicherungen, daß alle möglich en Beschränkungen hinsichtlich des Kontingents und der Präsenz eintreten, für Reserve und Landwehr fast nichts gethan, und doch die Kriegstüchtigkeit der Armee nicht beeinträchtigt werden solle, allgemeines Kopfschütteln verursachten. Für solche Tausendkünstler hielt man denn doch die Staatsmänner und Organisatoren vom Resenbach nicht, daß sie mit ihrem unbotmäßigen schwäbischen Material ein kriegstüchtiges Heer etwa in der Hälfte der Zeit, als es der norddeutsche Bund vermochte, herstellten. Unter solchen Umständen war es kein Wunder, daß alle konservativen Elemente, soweit sie sich

einer unabhängigen Stellung erfreuten, sich nicht um die Regierung, sondern um die deutsche Partei scharten, und daß auch von den Beamten, soweit sie nicht im Carridremachen ihr höchstes Ziel fanden, sehr viele offen auf die Seite dieser Partei traten. In der Landesversammlung, welche die deutsche Partei am 18. April in Stuttgart veranstaltete, erschienen aus allen Theilen Württembergs Abgesandte und Parteimitglieder, gegen 1200, welche mit Freuden die vorgeschlagenen Resolutionen begrüßten, sich für ehrliche Haltung des Allianzvertrags und für den Eintritt in den norddeutschen Bund erklärten. Es war ein bedeutungsvoller Moment, als der ehrwürdige Freiherr von Wöllwarth im Namen einer Anzahl seiner in der Versammlung anwesenden Standesgenossen, worunter mehrere ritterschaftliche Abgeordnete waren, die Erklärung abgab, daß sie sich eins wissen mit dieser Versammlung in der wichtigsten Frage, der deutschen, in der Förderung einer engen Zusammengehörigkeit aller deutschen Länder und Stämme. Sei dieses Ziel erreicht, dann werde der alte Spruch „Wie gut Württemberg allweg!“ wieder einen guten Klang bekommen. Rauschender Beifall folgte dieser patriotischen Kundgebung der wackeren adeligen Herren, welche sich ein glückliches Württemberg und eine kräftige Regierung und Dynastie nur dann noch denken konnten, wenn dieses Württemberg in das neue deutsche Reich eingefügt war. Dieses Auftreten des Adels in einer nationalen Parteiversammlung erregte im ganzen Lande das größte Aufsehen und blieb auch an höchster Stelle nicht unbemerkt.

Nicht besser als in Württemberg stand es in Baiern. Nur waren es hier andere Parteien, welche gegen die Regierung Sturm liefen. Nicht Demokraten führten in Baiern das große Wort, sondern Ultramontane oder, wie sie sich selbst nannten, Patrioten. Die nächsten Ziele waren bei den Oppositionsparteien in Baiern und in Württemberg die gleichen, aber nicht die letzten. Den Allianzvertrag mit Preußen aufheben und die volle Selbständigkeit und Souveränität Baierns herstellen wollten auch die Patrioten; das Ministerium zu stürzen und mit Männern ihrer Farbe zu besetzen, wünschten auch sie; dann aber schieden sich die Wege Baierns und Württembergs. Hier träumte die demokratische Partei von der Ablösung der Monarchie gleichwie der anderen Feudallasten und von der Errichtung einer schwäbischen, in mehrere Kantone zerschlagenen Republik; dort wollten die „Patrioten“, welche sich von einer Re-

publik wenig Weizen versprochen, nicht über die Monarchie hinwegschreiten, allenfalls nur über den Monarchen Ludwig II., und statt seiner ein anderes, in ihrem Geiste erzogenes und von ihnen ganz abhängiges, Glied des Hauses Wittelsbach zum Monarchen einsetzen, welcher sich mit der Rolle begnügte, als Titularkönig des „deutschen Kirchenstaates“ die Dekrete des unfehlbaren Papstes und seiner bischöflichen Kommissäre zu unterschreiben. Das Resultat der Abgeordnetenwahlen vom 25. November 1869 war den „Patrioten“ günstig. Unter 154 Abgeordneten waren es 80 „Patrioten“ und 74 Liberale, von welchen letzteren 63 zur Fortschrittspartei (national-liberal) und 11 zur Mittelpartei (altliberal) gehörten. In Folge dieser Wahlen hatte das Ministerium seine Entlassung eingereicht. Der König wünschte keine Veränderung zu treffen. Der Minister des Innern, v. Hörmann, und der Kultusminister Gresser, welche wegen des den Fanatismus der ultramontanen Partei scharf geißelnden Erlasses vom 22. Oktober 1869 und wegen des freisinnigen Schulgesetzentwurfes sehr verhaßt waren, beharrten im Interesse der Versöhnung und des Friedens auf ihrer Entlassung. Das Ministerium des Innern wurde am 20. Dezember 1869 dem Ministerialrath Braun, das Kultusministerium interimistisch dem Justizminister v. Luz übertragen. Die übrigen Minister, namentlich Fürst Hohenlohe und Kriegsminister v. Prandl, blieben auf Bitten des Königs in ihren Stellungen. Der Kriegsminister hatte bei allem Partikularismus, den er offen zur Schau trug, sich das Verdienst erworben, die Reorganisation des bairischen Heeres in befriedigender Weise durchgeführt zu haben; von dem Fürsten Hohenlohe ist es bekannt, daß er der nationalen Verbindung Süddeutschlands mit dem norddeutschen Bund oder, wie man in Baiern sagte, einem „Verfassungsbündniß“ des Südens und des Nordens stets das Wort redete. Aber eben deswegen und wegen seiner Circulardepeche vom 9. April 1869, worin er die europäischen Kabinette auf die ihnen von dem Koncil drohenden Gefahren aufmerksam gemacht und zu einem gemeinschaftlichen Feldzuge gegen die Ausschreitungen desselben aufgefordert hatte, war gerade sein Name der allerverhaßteste, und er durfte sich auf die heftigsten Angriffe in der Kammer gefaßt machen.

Dieselbe war auf den 3. Januar 1870 einberufen. Die Abgeordnetenkammer eröffnete ihre Wirksamkeit damit, daß sie die Wahlen von München, wo 7, und die von Günzburg, wo 3 liberale

Abgeordnete gewählt worden waren, kassirte, weil diese Abgeordneten bei der Wahl sich selbst ihre Stimmen gegeben hatten, und Neuwahlen anordnete. Bei diesen Neuwahlen wurden in München, wo die beiden liberalen Parteien, durch Erfahrung gewisigt, ihre Kräfte endlich vereinigten, 6 Anhänger der Fortschrittspartei und 1 Anhänger der Mittelpartei, in Günzburg aber 3 „Patrioten“ gewählt. In Folge dessen standen sich 83 Patrioten und 71 Liberale gegenüber. Zum Präsidenten der Abgeordnetenversammlung wurde am 12. Januar der ultramontane Justizministerialrath Dr. Weiß gewählt und bei der Wahl der Ausschüsse sehr exklusiv verfahren. Am 17. Januar eröffnete der König den Landtag mit einer Thronrede. Eingehend auf die Wahlagitationen des vorigen Jahres und auf die bei denselben verbreiteten Gerüchte, sprach der König unter anderem folgende Worte: „Der Widerstreit entgegenstehender Meinungen hat in der letzten Zeit einen Grad ungewöhnlicher Heftigkeit erreicht. In Folge dessen haben sich vielfach irrthümliche und beunruhigende Vorstellungen verbreitet. Im Vertrauen auf Ihrer Aller Vaterlandsiebe und Einsicht gebe ich mich der Hoffnung hin, daß das Vorbild maßvoller Haltung, welches Sie dem Lande geben werden, wesentlich zu seiner Beruhigung beitragen wird. Ich weiß, daß manche Gemüther die Sorge erfüllt, es sei die wohlberechtigte Selbstständigkeit Baierns bedroht. Diese Befürchtung ist unbegründet. Alle Verträge, welche ich mit Preußen und dem norddeutschen Bunde geschlossen habe, sind dem Lande bekannt. Treu dem Allianzvertrage, für welchen ich mein königliches Wort verpfändet habe, werde ich mit meinem mächtigen Bundesgenossen für die Ehre Deutschlands und damit für die Ehre Baierns einstehen, wenn es unsre Pflicht gebietet. So sehr ich die Wiederherstellung einer nationalen Verbindung der deutschen Staaten wünsche und hoffe, so werde ich doch nur in eine solche Gestaltung Deutschlands willigen, welche die Selbstständigkeit Baierns nicht gefährdet. Zudem ich der Krone und dem Lande die freie Selbstbestimmung wahre, erfülle ich eine Pflicht nicht allein gegen Baiern, sondern auch gegen Deutschland“. Diese mäßigen und versöhnlichen Worte fielen nicht alle „auf ein gut Land,“ sondern „etliches fiel an den Weg; da kamen die Bögel und fraßen es auf“.

Zuerst kamen die Herren Reichsräthe. Ihr Präsident war der vom König hiezu ernannte Freiherr von Stauffenberg, ihr zweiter Prä-

sident der von ihnen selbst gewählte Freiherr von Thüngen, als Führer der „süddeutschen Fraktion“ im Zollparlament auch in weiteren Kreisen bekannt. Der Reichsrath, wie auch die Abgeordnetenversammlung, beschloß, die Thronrede mit einer Adresse zu beantworten. Das Referat hierüber hatte im Reichsrathe der Präsident des Konfistoriums, v. Harleß, welcher aus einem Gegner der Klerikalen, der er als Abgeordneter des bairischen Landtags 1842—1843 gewesen war, zu einem Handlanger derselben sich erniedrigt hatte. Der von diesem protestantischen Kirchenlicht ausgearbeitete Adressentwurf gab der Freude über den Sieg der ultramontanen Partei bei den Abgeordnetenwahlen offenen Ausdruck, sprach von dem „durch die Parteilstellung des Ministeriums noch gesteigerten Mißtrauen“, fand die „erhabenen Worte“ des Königs zwar „geeignet, die erregten Gemüther zu beruhigen“, glaubte aber dennoch, daß „ein dauerndes Vertrauen nur dann zurückkehren dürfte, wenn es Ew. Majestät gelingt, Männer als Räte der Krone zu finden, welche mit entsprechendem Willen und der Festigkeit des Handelns in gleicher Weise das Vertrauen Ew. Majestät und das des Landes in sich vereinigen“. Fragte man nach den Gründen dieses gegen das ganze Ministerium gerichteten Mißtrauensvotums, so führte der protestantische Freiherr von Thüngen in der Sitzung vom 28. Januar das dem Ministerium entgegenstehende „Gefühl des Volkes“ an, als ob er nicht wüßte, daß dieses Gefühl des Volkes durch die maßlosten Agitationen der klerikalen Partei, durch den Mißbrauch der Kanzel und des Beichtstuhls, künstlich erzeugt worden sei. Der ehemalige Justizminister von Bomhard donnerte gegen den norddeutschen Bund, welcher „auf einer schandwürdigen That“ beruhe. „Wer diesem Bunde angehört, wird theilnehmen müssen an diesem Fluche, das heißt, er wird hinein gezogen werden in den preußischen Cäsarismus, Militarismus und in die preußische Steuerfchraube“. Konfistorialpräsident v. Harleß sprach seine Freude darüber aus, daß dem „Appetit Preußens nach Baiern ein Niegel (von Frankreich) vorgeschoben sei, welcher uns wenigstens noch geraume Zeit vor Angriffen schützen wird“, und erklärte, es habe ihn schon längst empört, daß man die wackeren Ultramontanen als „Vaterlandslose“ und als „Römlinge“ bezeichne. Fürst Hohenlohe hatte sehr Recht, wenn er diesen unwürdigen Verdächtigungen gegenüber, welche, statt von Thatsachen, nur von dem Gefühl des Volkes zu sprechen mußten, erklärte: „Ich will Ihnen

offen sagen, was ich als Grund Ihres Mißtrauensvotums ansehe. Ihre Wortführer haben sich einer Partei angeschlossen, welche zwar von Allianzverträgen spricht, im Grunde des Herzens aber mir die Vertragstreue dem norddeutschen Bunde gegenüber zum Vorwurf macht". Doch was auch der Ministerpräsident, Herzog Karl Theodor und die wenigen nationalgesinnten Männer des Reichstags zum Zwecke einer versöhnlicheren Redaktion des Adreßentwurfs sagen mochten: an dem ultramontanen Panzer dieser katholischen und protestantischen Unfehlbarkeits-Mehrheit prallte jedes Wort eindrucklos ab. Der Harleß'sche Adreßentwurf wurde mit 32 gegen 12 Stimmen angenommen. Von den wittelsbachischen Prinzen waren 7 anwesend; von diesen stimmte nur ein einziger, der eben angeführte Karl Theodor, mit der Minderheit; die anderen 6, darunter die Oheime des Königs, Luitpold und Adalbert, ja sogar sein eigener Bruder, Prinz Otto, (wie man sagt, erst in der Sitzung vom Prinzen Adalbert hiezu verleitet) stimmten für die Adresse. Diese Prinzen wußten recht wohl, wie wenig Freude der König an dieser ultramontanen Mehrheit der Abgeordnetenkammer hatte, und wie sehr die Politik des Fürsten Hohenlohe nach dem Geschmack des Königs war. Sie hätten also, wenn sie nach den an anderen Höfen gebräuchlichen Anstandsregeln hätten verfahren wollen, das häusliche Zerwürfniß nicht bloßlegen, an der Abstimmung nicht theilnehmen sollen, zumal ihnen nicht unbekannt war, daß ihre Enthaltung an dem Resultat nichts verändert hätte. Ohne das Votum der Prinzen wäre die Adresse mit 26 gegen 12 Stimmen angenommen worden. Der König fühlte sich denn auch sehr verletzt, um so mehr, da er vor der Sitzung ihnen ausdrücklich seinen Wunsch, daß sie an der Abstimmung nicht theilnehmen möchten, zu erkennen gegeben hatte. Daher ließ der König, welcher als Familienhaupt eine besondere Aufsicht über die Mitglieder des königlichen Hauses zu führen hat, seinem der Disciplin entwöhnten Oheim Luitpold und dessen beiden Söhnen, den Prinzen Ludwig und Leopold, mittheilen, daß sie bis auf weiteres vom Besuche des Hofes dispensirt seien. Zugleich ließ er am 30. Januar eben jene 12 Reichsräthe, welche gegen den Adreßentwurf gestimmt hatten, nebst den Ministern zur Tafel laden und drückte ihnen seine Uebereinstimmung mit ihrem Votum aus. Und als der Präsident des Reichsraths anfragte, wann der König die Deputation desselben empfangen und die Adresse entgegennehmen



wolle, ließ ihm der König am 1. Februar die Antwort zukommen, daß er weder Deputation noch Adresse annehme, da „diese Adresse durch principielle Angriffe auf den Gesamtbestand des gegenwärtigen Ministeriums ohne jede thatsächlich oder gesetzlich greifbare Begründung dem Geiste der Veröhnung nicht entsprochen habe“ welche die Thronrede der Landesvertretung entgegengebracht habe.

Dieses Auftreten des Königs wurde in den gebildeten Theilen des Landes sehr gebilligt. Herr von Harleß konnte ein Wort davon sagen. Aus Oberfranken, aus Würzburg, aus München und anderen Orten liefen an ihn oder an die Regierung Schreiben ein, in welchen es hieß, daß nicht bloß eine Ministerstelle, sondern auch die Präsidentenstelle des Konsistoriums ein Vertrauensposten sei, und daß, da Herr v. Harleß längst nicht mehr das Vertrauen der protestantischen Bevölkerung Baierns besitze, seine Entlassung zum mindesten mit dem nämlichen Rechte gefordert werden könne, wie von ihm und seinen Verbündeten die der Minister. Andererseits ließen es auch die Gegner an neuen Angriffen nicht fehlen. Wiener Blätter machten sich zum Geschäft, unschuldige Privatliebhabereien des Königs auf die gehässigste Weise zu besprechen, und so darzustellen, als ob er nicht regierungsfähig sei, und einer der Redakteure jener Blätter erklärte, er habe keinen Anstand genommen, solche Artikel in die Spalten seiner Zeitung aufzunehmen, da sie ihm aus hohen Kreisen der Hauptstadt München zugekommen seien. Eine Zeitung, das „bairische Vaterland“, sprach anlässlich jenes Diners vom 30. Januar in nicht mißzuverstehender Weise von dem konstitutionellen Baiern, dessen König Ludwig der II. und nicht Ludwig XIV. heiße, legte der Regierung den Gedanken unter, daß sie Unruhen hervorrufen und dann die Preußen als Retter ins Land rufen werde, und rief aus: „Sobald ein Preuße die Grenzen Baierns überschreitet, setzen sich 600,000 Franzosen und 400,000 Oestreicher in Bewegung, den Preußen wieder hinauszuerwerfen. Baiern muß den Baiern gehören, der Preuße hat kein Recht darauf, und jeder muß als Freund willkommen sein, der Baiern den Baiern erhält“. In der römischen Jesuitenzeitung „Unita cattolica“ erschien eine Münchener Korrespondenz, welche sagte: „Der König hat mit seinem Betragen das Land ungemein aufgeregt, und wenn er nicht zu klügeren Rathschlägen zurückkehrt, so setzt er seine Krone aufs Spiel, die ohnedies für sein leichtes Haupt viel zu schwer ist. Dem Fürsten Hohenlohe, welcher

den König hat, die Reichsrathsadresse und seine Entlassung anzunehmen, hat derselbe verneinend geantwortet und hinzugefügt, daß er noch Soldaten habe, auf die er zählen könne. Wenn das wahr ist, so ist es augenscheinlich, daß der gute Ludwig aufgehört hat, König zu sein“. In einer andern Nummer des nämlichen Blattes wurde die Hochachtung, welche der König vor dem Stiftsprobst Döllinger hat, zum Gegenstand eines unendlich schamlosen Angriffs gemacht. Es wurde zwischen König Ludwig I. und Lola Montez einerseits und König Ludwig II. und Döllinger andererseits eine Parallele gezogen und dabei der berühmte Theolog als weit gefährlicher für Ludwig II. bezeichnet, als es einst die spanische Tänzerin für Ludwig I. gewesen sei. Am Schluß dieser Münchener Korrespondenz hieß es: „Diese Hoththeologie hat es schon so weit gebracht, daß man von der Abdankung Ludwigs II. spricht. Bis dahin hat ihn Döllinger mit seinen Rathschlägen à la Hohenlohe geführt. Wenn der Souverän sich nicht eines bessern besinnt und für sich selbst vorsteht, so wird er sein Handschreiben an Döllinger (Gratulation zum Geburtstag) noch ebenso bereuen, wie sein Großvater seine Diplome und Dekrete. Gewiß, viele Fürsten wurden durch Tänzerinnen ins Verderben geführt, aber noch viel mehr von Theologen, welche den Höfen gefielen“. Das „Giornale di Roma“, das Organ des Kardinals Antonelli, erklärte geradezu: „wenn das bairische Ministerium nach dem Mißtrauensvotum der Kammer noch im Amte bleibe, so würden die Kammern durch Verweigerung der Steuern es zum Rücktritt zwingen.“ Unter diesen Umständen war es gewiß ein berechtigter Ausruf, der in nationalgesinnten Kreisen Münchens ertönte: „Landgraf! werde hart!“

Aber noch hatte die Abgeordneten-kammer, die Mehrheit der 83 Patrioten nicht gesprochen. Die Adreßdebatte nahm am 29. Januar ihren Anfang. Die Mehrheit der Adreßkommission ließ durch ihren Referenten Dr. Jörg, Archivkonservator in Landsbut und Redakteur der „historisch-politischen Blätter“, der Kammer einen Entwurf vorlegen, worin es, mit Rücksicht auf jene beruhigende Stelle der Thronrede über den Allianzvertrag, hieß: „Nie wird eine Lockung zum Vertragsbruch bei unsrem Volke Eingang finden. Aber wir leben in einer Zeit, die zu entscheidenden Krisen führt, und wo von europäischen Rechtszuständen kaum mehr die Rede sein kann. Die Verträge mit Preußen sind erfahrungsgemäß der Deutung fähig, und die möglichen Deutungen verbreiten Beängstigung im Volke.“

Daraus entspringt unwillkürlich das Verlangen nach einem Leiter unsrer auswärtigen Angelegenheiten, dem das Vertrauen des Volkes entgegengetragen würde“. Diesem Entwurf stellte die Fortschrittsparthei einen anderen entgegen, welcher Vertrauen zu der Regierung kundgab, die nationale Vereinigung Süddeutschlands mit dem Norden anempfahl und nur durch diese die Sicherheit Baierns gewahrt sah. Die Mehrheitsadresse unterschied sich von der Reichsrathsadresse nur dadurch, daß jene ihr Mißtrauensvotum nicht gegen das Gesamtministerium, sondern nur gegen den Fürsten Hohenlohe richtete. Im übrigen litt sie, wie jene, in gleichem Grade an Unklarheit, Zurückhaltung und Hintergedanken, besonders hinsichtlich des Allianzvertrages, dessen treue Haltung der Hauptgegenstand des Hasses gegen den Fürsten Hohenlohe war, während doch die Patriotenmehrheit andererseits nicht zu sagen wagte, wie sie ihn halten wolle, nämlich so, daß an demselben nicht mehr übrig bleibe, als das Stück Papier, auf dem er geschrieben stand. Die Berathung und Diskussion dieser Adresse dauerte vom 29. Januar bis 12. Februar, nicht weniger als 12 Sitzungen hindurch, und wenn man nach den Gründen dieser abnormen Thatsache fragt, so kann man keine andere anführen, als daß in dieser langen Zeit weit weniger von der Adresse als von allen möglichen politischen, religiösen und socialen Fragen, auch vielfach von Klatschgeschichten und Persönlichkeiten die Rede war, und daß die patriotischen Heißsporne diese Gelegenheit nicht versäumen wollten, alles persönliche Gift, das sich seit Jahren in ihren Kreisen angesammelt hatte, mit Hohnlächeln aufzurühren und in die Versammlung hineinzuverwerfen. Da der Referent Dr. Förg die Motivirung seines Entwurfs, namentlich des Mißtrauensvotums gegen den Fürsten Hohenlohe, auf den Schluß der Generaldiskussion sich vorbehielt, so entbehrte die Vertheidigung einer thatsächlichen Handhabe und wurde dadurch sehr erschwert. Fürst Hohenlohe verhehlte dem Referenten nicht, was er über die von ihm so sehr betonte Unmöglichkeit des Vertragsbruches denke und sprach von einer zweifachen Art des Vertragsbruches, einer offenen und einer versteckten, erklärte, daß er zur letzteren unfähig sei, und ließ deutlich durchschimmern, welche Partei die erste nicht wage und die zweite beabsichtige. Dr. Bölk konstatarirte die auffallende Erscheinung, daß in neuerer Zeit häufig gerade Geistliche hätten verurtheilt werden müssen, weil sie in Konflikt mit des Königs Majestät und mit den Gesetzen

gekommen seien. Ein solcher habe geäußert: „Der Staatsminister v. Hohenlohe ist ein preußischer Spießbube und die Mitglieder der Abgeordnetenversammlung sind Landesverräther, ein anderer habe den König etwas geheißt, was gar nicht nachgesagt werden könne, und habe die Minister und die Abgeordneten „Tröpfe und Luder“ genannt. Die Gegenpartei mahnte er, nicht gar zu sehr auf ihre Majorität zu pochen und sich zu erinnern, daß diese lediglich auf ihrem Siege im Remptener Wahlkreise beruhe. Dort hätten aber 10,253 liberale und 9754 ultramontane Urwähler abgestimmt, also 499 liberale Urwähler mehr als ultramontane. Dies hätte bei dem direkten Wahlrecht, wofür ja die Patrioten so sehr schwärmen, einen Sieg der Liberalen zur Folge gehabt. „Dann wären wir 80 und Sie wären 74“. Aber die eigenthümliche Vertheilung der Urwähler habe ein sonderbares Resultat herbeigeführt. „Wenn in 4 Urwahlbezirken 27 Urwähler anders gestimmt hätten, so wären dort 20 liberale Wahlmänner mehr gewählt worden, und dann wäre kein einziger der Ultramontanen im Wahlbezirk Rempten (der 6 zu wählen hat) gewählt worden. Wenn sich die Majorität auf 27 Allgäuer Bauern stütze, so habe man nicht das Recht, von einem Systemwechsel zu sprechen. Nicht um die Person des Fürsten Hohenlohe, überhaupt nicht um das, was hier vorgebracht werde, handle es sich hier, sondern um die Frage, ob die starre kirialistisch-römische Anschauung, welche jetzt in der Kirche obenaufkommen wolle, hier in Baiern ihre Eroberungen machen, Baiern zu einer römischen Provinz machen solle. „Diesen Bestrebungen stellen wir uns gegenüber, dem gegenüber stellt sich mehr als die Hälfte des Volkes, das ist der principielle Gegensatz, der hier auszukämpfen und auszutragen ist“. Von der Vorlage des Schulgesetzes an sei jene wohlorganisirte Heße gegen die Regierung losgegangen, welche ihr Centrum und ihre Leitung in dem bischöflichen Palais in Regensburg (Bischof Senestrey) hatte und hat. Mit derjenigen Fraktion der „patriotischen“ Partei, welche die Nothwendigkeit des Gehorsams gegen das Staatsgrundgesetz anerkenne, sei eine Verständigung möglich. „Aber mit der Partei, welche den modernen Staat negirt, welche die römische Allgewalt über die Landesgesetzgebung stellt, und welche ihren neuesten Ausdruck in dem positiven Syllabus und den 21 Klüchen desselben gefunden hat, mit der Partei kann sich der Staat nicht verständigen, mit dieser Partei kann sich unsere Partei, kann sich eine Regierung, welche ihr Vater-

land und Volk achtet, niemals, niemals vertragen". Auch über die Anexionen von 1866, welche die „Patrioten“ immer als einen so unmoralischen Akt, als ein so charakteristisches Specificum Preußens darzustellen beliebten, sprach sich Dr. Bölk ebenso drastisch als unwiderlegbar aus: „Wenn die Geschichte ihre Schritte geht, so hält sie nicht immer die Vorschriften des Staatsrechts und noch weniger des Civilrechts ein. Bei der Zusammenfügung dieses Königreichs Baiern sind wohl ungefähr ebensoviele völkerrechtliche, staatsrechtliche und civilrechtliche Grundsätze verletzt und Souveränitäten absorbiert worden als bei der Zusammenfügung des norddeutschen Bundes. Es war nothwendig, daß man mit den wuchernden, überall üppig sich ausbreitenden Souveränitäten aufräumte; aber wenn Sie die Sache unter den Rechtsstandpunkt nehmen, so hat das Königreich Baiern dem Fürsten Jucker von Badenhausen und dem Fürsten von Dettingen-Wallerstein gegenüber ganz dasselbe gethan, was der König von Preußen dem Kurfürsten von Hessen und dem König von Hannover gegenüber gethan hat, und die Maus hat auch Schmerzen, wenn man ihr den Balg abzieht, so gut wie der Elefant.“ Als er auf die große Kulturaufgabe Preußens übergieng, auf dessen Fähigkeit, zu germanisiren, auf sein Anrecht auf den ersten Platz in Deutschland, namentlich Oestreich gegenüber, dessen Aufgabe es seit Jahrzehnten gewesen sei, zu entgermanisiren, so fuhr er fort: „Eins aber ist wahr: Selbstbewußtsein, Selbstgefühl hat man im Norden, und das geht uns ab. Wissen Sie, warum? Alles hat seinen Grund. Weil man im Norden Ursache dazu hat und bei uns keine. Sie sagen, es sei dort ein starkes Königthum, man schäme sich dort selbst. Ja das ist wahr. Man hat eben dort eine Geschichte hinter sich; man weiß, was man geleistet hat. Nur dadurch, daß auch wir vorwärts schreiten, dadurch, daß wir nicht immer hintendrein hinken hinter den anderen Staaten, dadurch allein kann man es am Ende auch bei uns zuwegebringen, daß man mit Selbstgefühl und mit Selbstachtung von seinem Staate spricht. Wenn man aber das, was in den letzten 10 oder 12 Jahren mit Mühe nachgeholt worden ist, um uns annähernd auf die Stufe der Kulturstaaten zu stellen, jetzt wiederum abbrechen will; wenn man darauf ausgeht, ein Gesetz nach dem anderen zu zerbrechen und uns zurückzuführen hinter das Jahr 1847, so wird das unserem Lande jenes Selbstgefühl nicht geben; das wird nur dazu beitragen, das Gefühl immer mehr hervorzurufen,

welches gestern ein Reichsrath (Döllinger) bezeichnet hat, das Gefühl, daß Baiern gleich der Türkei ein kranker Mann sei.“

Gegen diese wuchtigen Schläge des wackeren augsburger Kämpfers, der als Katholik an sich selbst deutlich zeigte, daß Katholicismus und Ultramontanismus zwei sehr verschiedene Begriffe seien, konnten die Anhänger des letzteren nicht gut aufkommen. Sie bekamen auch noch von anderen Seiten Wahrheiten zu hören. Ministerialrath v. Wölderndorff widerlegte den Vorwurf, als ob die Uebereinkunft der Liquidationskommission vom 6. Juli 1869 die Selbständigkeit Baierns schädige, durch Nachweisung des thatsächlichen, den Partikularismus in jedem Wort verrathenden, Inhalts und sagte über die Schwierigkeiten dieser Berathungen das treffende Wort: „Ich bin überzeugt, wenn die griechische Mythologie noch einmal zu machen wäre, würde anstatt des steinrollenden Sisyphus sicherlich als warnendes Exempel ein Diplomat aufgestellt werden, welcher die angenehme Aufgabe hat, Baiern, Württemberg und Baden unter einen Hut zu bringen.“ Gutsbesitzer v. Stauffenberg, Bruder und politischer Gegner des Reichsrathspräsidenten, machte auf die falschen Vorstellungen aufmerksam, welche man von der Last des Allianzvertrages habe: „Dieser Vertrag legt Preußen und dem norddeutschen Bunde eine größere Pflicht auf, eine weiter gehende Pflicht als uns. Der Schutz, welchen wir von dem Norden erhalten können, ist gewiß ein anderer, als der, welchen wir dem Norden gewähren können, und dadurch, daß uns der Norden seine Gesamtmacht zur Disposition stellt, um unser Gebiet zu schützen, mit seiner Macht unser Territorium garantirt, hat er uns eine Wohlthat erwiesen, hat er eine patriotische Pflicht erfüllt, für die wir ihm dankbar sein müssen“. Dr. Marquard Barth aus Kaufbeuren veranlaßte den Referenten Dr. Jörg, in dem Satze: „Die Verträge mit Preußen sind erfahrungsgemäß der Deutung fähig“ das Wort „erfahrungsgemäß“ zu streichen, da dasselbe die Auslegung erfahren könnte, als ob damit gesagt werden sollte, daß preussische und punische Vertragstreue eins und dasselbe sei. Und wenn man so sprechen wolle, müsse man eine halbe Million Soldaten auf dem Piktet haben, müsse entschlossen sein, morgen marschiren zu lassen und gegen Preußen die Offensive zu ergreifen. Von einem unbedingten Eintritt in den norddeutschen Bund, sagte der Redner, wisse auch das Programm der Fortschrittspartei nichts. Dasselbe

verlange Unterhandlungen mit dem Norden zum Zweck einer Revision der norddeutschen Bundesverfassung. Eine solche Revision müßte Rücksicht nehmen auf die Beseitigung derjenigen Mängel, welche die Verfassung des norddeutschen Bundes als Ganzes an sich trage, auf den Unterschied zwischen den Kleinstaaten und den Mittelstaaten und auf die specifisch bairischen Verhältnisse. Zu den wesentlichen inneren Mängeln rechnete er den Mangel eines verantwortlichen Bundesministeriums, die Beschränkung der Volksvertretung im Budgetrecht und den Artikel 78, wonach Veränderungen in der Verfassung im Wege der Gesetzgebung, unter der Bedingung einer Zweidrittelmehrheit im Bundesrath, erfolgen können. „Dieser Artikel müßte dahin abgeändert werden, daß eine Verfassungsänderung nur mit Einwilligung sämtlicher Staaten geschehen könnte. In anderen Dingen, welche mit dem Wesen des Bundesstaates nicht unzertrennlich zusammenhängen, wie Civilproceß und Obligationenrecht, würde sich Baiern nicht wie die anderen Kleinstaaten majorisiren lassen, sondern ein liberum Veto sich vorbehalten und nur solche Gesetze annehmen, welche es brauchen könne. Die Wahrung der Grundlagen des eigenen Staatshaushalts, also in erster Linie die Bestimmung des Malzausschlags (anstatt eines Gesetzes über eine allgemeine Biersteuer) verlangen die specifisch bairischen Interessen. Nur durch den baldigen Eintritt der süddeutschen Mittelstaaten können diese Verhältnisse in bundesstaatlicher Weise geordnet, der Gefahr des Einheitsstaates vorgebeugt werden. Erfolge der Eintritt nicht, so werde das einheitliche, aber vielleicht leider auch centralisirte Deutschland die Folge sein.“ Dieses Programm der Fortschrittspartei mit dem zwischen dem norddeutschen Bund und Baiern abgeschlossenen Versailler Vertrag vom 23. November zu vergleichen, ist sehr interessant. Es wird sich dabei zeigen, daß von jenem in diesen manches wörtlich übergegangen, daß anderes in einer nur wenig veränderten Form aufgenommen, und daß Gottlob einiges nicht durchgedrungen ist.

Die patriotische Partei hatte über wenige gute Redner zu disponiren, und diesen wenigen war es unmöglich, über eine solche Sache, wie sie sie vertraten, gut zu reden. Der gelehrte Dr. Sepp hielt eine historische Vorlesung über das deutsche Reich, die bei den Karolingern anfieng und auf dem Schlachtfelde von Königgrätz schloß. Der Militärprediger Lukas von Regensburg warf der Re-

gierung vor, „in München sei auf Staatskosten eine wahre Schwefelbande von Literaten unterhalten worden, deren Aufgabe es war, die patriotische Partei zu beschimpfen.“ Da sei es nun nicht zu verwundern, wenn von seiner Partei hie und da einer über die Schnur gehauen, wenn hie und da einer einen „Saubieb“ gemacht habe. Lycealprofessor Greil von Passau fand schon darin Grund zum Mißtrauen in die Haltung des Fürsten Hohenlohe, daß dieser einen großen Theil seiner Güter in Preußen, also an diesem Lande ein größeres Interesse als an Baiern habe. Mit dieser Behauptung stand er nun freilich sehr sonderbar da, als ihm Fürst Hohenlohe erwiderte: „Ich bin dem Herrn Vorredner sehr dankbar, wenn er mir diese Vergrößerung meines Vermögens wünscht; ich muß aber erklären, daß ich zur Zeit in Preußen keine Güter besitze.“ Die weitere Aeußerung Greil's: „Es gibt Gesetze, die man nicht befolgen darf, denn der göttliche Wille steht über dem menschlichen,“ erinnert sehr an die Bekenntnisse der Mitglieder des „schwarzen“ Centrums im ersten deutschen Reichstag (April 1871). Pfarrer Maier von Ebermannstadt setzte sich über die parlamentarischen Regeln so weit weg, daß er einem Gegner vorwarf, er sei im Staatsexamen einmal durchgefallen. Der Statistiker G. F. Kolb aus Speier, der einzige Demokrat in der bairischen Abgeordnetenversammlung, Schoßkind der Ultramontanen, denen er den zur Verpfuschung der Heeresorganisation nöthigen Zahlenapparat zurechtlegte, konnte gar keinen praktischen Grund zum Anschluß an den norddeutschen Bund finden und glaubte, daß „Baiern des Schutzes wegen keine engere Verbindung bedürfe; denn kleinere Staaten, wie Holland, Belgien, die Schweiz, bestehen ganz ohne Bündnisse. Und welchen Schutz könne denn Preußen uns gewähren? Schon Arcolay habe bewiesen, daß Süddeutschland von Preußen nicht vertheidigt werden könne.“ Diese Drakelsprüche nahmen sich gegenüber der längst bekannten Thatsache, daß Kaiser Napoleon seine „Kompensationen für Sadowa“ auch in der Rheinpfalz suchte, und gegenüber den, von Kolb wahrscheinlich gar nicht gelesenen gründlichen, Widerlegungen des Arcolay-Ansiums im Februar 1870 gar seltsam aus. Der Referent Jörg endlich wußte, als er in der sechsten Sitzung den Bann seines Schweigens löste, das Interesse „ganz Europas“, daß, wie er sagte, „auf diesen Saal schaute“ und auf die Motivirung des Mißtrauensvotums von Tag zu Tag begieriger war, nicht anders zu befriedigen, als durch die Er-



klärung, daß die Bauern, wenn sie lesen, daß die Reden des Fürsten Hohenlohe von der Fortschrittspartei beklatscht werden, vermöge ihres Instinkts wenigstens so viel merken, daß dieser nicht im Sinne der „Patrioten“ gesprochen habe. Die Rede, welche der Fürst am 4. Juni 1869 in Berlin gehalten hat, als er sich im Zollparlament für die Wahl zum Vicepräsidenten bedankte, konnte ihm Jörg, der sie mit anhören mußte, nicht verzeihen; denn „als wir diese Worte hörten, da waren wir wie angedonnert, um nicht zu sagen, wie begoffen. Berabredet haben wir uns nicht, es bedurfte dessen nicht; aber jeder von uns, die wir auf den Bänken der Opposition saßen, war in seinem Innern einig mit sich, daß Se. Durchlaucht dafür zur Rechenschaft gezogen werden müsse vor dem Richterstuhl, vor welchem er sich über die Leitung der bairischen Angelegenheiten allein zu verantworten hat, und dieser Richterstuhl steht in München, es ist der Thron Sr. Majestät des Königs, es ist die bairische Landesvertretung, und wir, meine Herren, sind dieser Richterstuhl.“ Also: „Rache für Berlin!“ ruft Herr Jörg, wie die französischen Chauvinisten: „Rache für Sadowa!“ „Als Repräsentant eines großen Hauses,“ fuhr der Redner fort, „mit so zu sagen deutsch-internationaler Stellung sei der Fürst dem keimenden Mißtrauen von vorn herein mehr ausgesetzt als jeder andere Staatsmann aus ihrer Mitte. Er in seiner hohen socialen Stellung könne sich an mehreren Orten Deutschlands zu Hause fühlen; sie, die einfachen Leute, die sich an die Scholle gebunden fühlen, nicht.“ Dies könnte zuletzt Herr Dr. Jörg noch zu der Behauptung führen, daß auch ein König aus einem großen Hause von vorn herein dem keimenden Mißtrauen mehr ausgesetzt sei, und daß man weit besser thue, den nächsten besten Bauern-Jörg als einen Wittelsbacher auf den Thron zu setzen. Doch auf den Schluß hatte er als vorsichtiger Stratege seinen Massenangriff aufgespart: Es sei ein gar schlimmes Gerücht im Lande verbreitet, das man ihm, während er immer abgewehrt habe, ein Duzendmal in die Ohren geflüstert: „In Beziehung auf den Fürsten Hohenlohe seien Sr. Majestät dem Könige die Hände gebunden; er könne und dürfe den Fürsten nicht entlassen, weil Preußen es nicht wolle.“ Wenn Dr. Jörg, welcher als die bedeutendste Kapazität unter den Patrioten gilt, solch elendes Geschwätz von der Straße aufzulesen und in einer öffentlichen Kammer Sitzung, in einem Saale, auf welchen „ganz Europa schaute,“ wiederzugeben vermochte, so kann man es

freilich dem König Ludwig nicht übel nehmen, wenn er nicht „Staatsmänner aus ihrer Mitte“ nahm, um nicht für die, zum mindesten gesagt, Unschlichkeiten seiner Staatsmänner erröthen zu müssen.

Endlich kam, zur Freude von „ganz Europa“, die zwölfte und letzte Sitzung am 13. Februar. Die Schlußabstimmung wurde unter Namensaufruf vorgenommen. Der Jörg'sche Adreßentwurf wurde mit 78 gegen 62 Stimmen angenommen und somit von den Patrioten der Stab über den Ministerpräsidenten gebrochen. Von kompromittirenden Thatsachen hatten zwar auch sie nichts gegen ihn vorzubringen gewußt, aber der Instinkt der Bauern, wie bei den Reichsräthen das „Gefühl des Volkes“, stand eben allzufeindselig diesem „Repräsentanten eines großen Hauses“ gegenüber. Daß von den anwesenden Ministern während der Debatte kein einziger sich für seinen Kollegen und Präsidenten erhob und seine Zustimmung zu dessen Politik bezeugte, dessen Vertheidigung übernahm, mußte auffallen. Sie ergriffen nur das Wort, wenn die Verwaltung ihrer Departements einen Angriff erlitt, als wollten sie recht deutlich zeigen, daß sie nur Ressortminister seien; daß von einer politischen Solidarität des Ministeriums keine Rede sei; daß es ihnen gleichgiltig, vielleicht durchaus nicht unangenehm sei, wenn Hohenlohe verdrängt und durch eine mehr partikularistische Persönlichkeit ersetzt werde. Es rächte sich hier, daß Hohenlohe nicht schon längst sein Verbleiben von der Bildung eines in der deutschen Frage durchaus einheitlichen Ministeriums abhängig gemacht hatte. Die Adresse der Abgeordnetenkammer nahm der König an, doch nicht die Deputation, welche sie ihm überreichen wollte. Die Stellung des Fürsten Hohenlohe war nach dieser Adreßdebatte nicht mehr haltbar. In dieser Kammer gab es für ihn keine Wirksamkeit mehr. An einen vollständigen Systemwechsel war bei der Gesinnung des charakterfesten Königs nicht zu denken. Aber die Person mußte gewechselt und dabei eine kleine Nuancirung, eine kleine Hinneigung nach Rechts vielleicht in den Kauf genommen werden. Am Abend des 14. Februar besprach Fürst Hohenlohe mit dem König die ganze Lage, seine persönliche Stellung zu den Parteien und die Opportunität einer Personalveränderung. Er bat ihn, ihm zu erlauben, sein Entlassungsgesuch einzureichen und empfahl ihm als seinen Nachfolger den Grafen Bray, den bairischen Gesandten in Wien, dessen Vater, aus Frankreich abstammend, zuerst französischer Diplomat in Deutschland,

dann als bairischer Gesandter an verschiedenen Höfen angestellt war. Der Sohn, welcher Besitzer des Majorats Steinburg = Erlbach in Niederbaiern und erblicher Reichsrath ist, war schon öfters im bairischen Staatsdienst als Diplomat verwendet und hatte bereits im Jahr 1848 bis zum 5. März 1849 das Ministerium des Auswärtigen geleitet. Der König gieng auf die Auseinandersetzung des Fürsten Hohenlohe ein. Dieser reichte am 15. Februar seine Entlassung ein, und mit dem Grafen Bray begannen die Unterhandlungen. Sie führten bald zum Ziele. Am 7. März nahm der König, in Würdigung der vorgebrachten „persönlichen Motive“, das Entlassungsgesuch des Fürsten in einem Schreiben voll Anerkennung an und ernannte den Grafen Bray zu seinem Nachfolger. Dieser sprach sich in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 30. März, als bei Berathung des außerordentlichen Militäretats die Allianzverträge neue Anfechtungen erlitten, über sein Programm aus. Er betonte die Haltung der Verträge, zugleich aber auch die Wahrung der berechtigten Unabhängigkeit und freien Selbstbestimmung Baierns. Die politische Lage des Landes, das im Centrum von Europa und von Deutschland liege, hielt er keineswegs für schlimm, zumal nicht bei dem „Kernvolk, wie das unsrige ist,“ im Gegentheil fand er die Lage unangreifbar. Er versprach, „freundschaftliche Beziehungen mit allen Nachbarn, in erster Linie mit den deutschen Stammesgenossen in Nord und Süd, im Osten und im Westen, zu unterhalten, die Gemeinsamkeit der Interessen Süddeutschlands, auch ohne Südbund, zu kultiviren und eine offene und ehrliche und zugleich praktische Politik zu befolgen.“ Wenn diese Worte des neuen Ministers einen tieferen Sinn haben sollten, so konnte es kein anderer sein als der, daß von einer weiteren Anlehnung an Preußen, als durch den Allianzvertrag geboten war, keine Rede mehr war und die strenge Aufrechthaltung des Statusquo die neueste Wendung kennzeichnen sollte. Da dies auch in Stuttgart die Parole des Tages war, so trat die schon oben angeführte bairisch = württembergische Intimität ein, von welcher man in früheren Jahrzehnten gar wenig gewußt hatte.

Die weiteren Berathungen der Abgeordnetenkammer schleppten sich in endloser Weitschweifigkeit und beinahe resultatlos hin. Die Verhandlungen über den „Kulturetat“ brachten ganz abnorme Erscheinungen zu Tag. In der Kommissionsitzung wurde von dem zelotischen Abgeordneten Greil der Kultusminister Luz darüber zur

Rede gestellt, daß er bei Besetzung der Lehrstellen an den technischen Unterrichtsanstalten unverhältnißmäßig viele protestantische Lehrer angestellt habe und dabei nicht das Verhältniß der katholischen Bevölkerung Baierns zur evangelischen streng zu seiner Richtschnur mache. Also katholische Chemiker und katholische Anatomen sollen auch bei geringerer Würdigkeit vor protestantischen den Vorzug haben, wenn das katholisch = protestantische Zahlenverhältniß es erfordert! In reine Rechnungsfragen wurden fortwährend die höchsten politischen, religiösen und socialen Fragen eingemischt, über Preußen und Südbund, über Katholicismus und Protestantismus, über Concil und Syllabus auf's leidenschaftlichste gesprochen, so daß zuletzt selbst der ultramontane Dr. Kuland ausrief: „Das Land hat an solchen Verhandlungen keine Freude, das Land will und braucht Beruhigung, und hier schürt man den konfessionellen Hader!“ Der schon genannte Abgeordnete Greil, „ein Stubengelehrter von der Tonsur bis zur Sohle“, hatte das Referat im Finanzausschuß und machte, um der drohenden Steuererhöhung zu entgehen, unbarmherzig Abstriche über Abstriche an dem Ausgabebudget, welche allein in dem Kultusdepartement beinahe eine halbe Million Gulden ausmachten. Hand in Hand damit giengen die Vorschläge des Abgeordneten Kolb, welcher das Referat im Militärwesen hatte. Zwei Momente waren es, welche die „Patrioten“, die nach den Schlägen von 1866 die Annahme des preußischen Wehrsystems selbst forderten, um die Preußen mit ihren eigenen Waffen schlagen zu können, von diesen Anschauungen zurückbrachten. Ihr Haß gegen Preußen verleitete sie zu dem Gedanken, den Allianzvertrag durch die Verschlechterung des Militärwesens hinfällig zu machen, und die Wahrnehmung, daß die Erziehung und Ausbildung, welche die jungen Leute durch die Reorganisation der Armee bekommen, in ihnen das Selbstbewußtsein und die Anhänglichkeit an den Staat stärkte und sie zu minder gehorsamen Werkzeugen des Ultramontanismus mache, ließ in den Patrioten eine Hinneigung zu der Kolb'schen Schwärmerei für das Milizheer aufkommen. Die Beschlüsse vom 31. März über den außerordentlichen Militäretat ließen die weiteren Plane errathen. Die Regierung verlangte etwa 6 $\frac{1}{2}$  Millionen Gulden zur Anschaffung von Werdergewehren und Ausrüstungsgegenständen, zu militärischen Bauten und zur Bestreitung des Mehraufwands für die vom Jahre 1866 her überzähligen Officiere und Militärbeamten. Statt

der geforderten Summe wurden nicht ganz 4 Millionen Gulden verwilligt, und zwar 2,473,750 fl. für Werbergewehre, der Rest für die übrigen Zwecke.

Schon bei dieser Berathung legte Kolb seine militärischen Vorschläge vor. Er verlangte starke Abkürzung der Präsenzzeit (Infanterie, Jäger, Sanitätsstruppen, Fußartillerie mit einer Präsenz von 8 Monaten, reitende Artillerie und Genie mit 12 Monaten, Kavallerie mit 2 Jahren); Verminderung der Reiterei von 10 auf 6 Regimenter und in Folge dessen Auflösung der 2 Kürassier- und der 2 Ulanenregimenter; bedeutende Verminderung der Zahl der Generale und auch der Officierszahl in anderen Graden, Aufhebung der Regimentsverbände bei der Infanterie und Artillerie, Neuregulirung des Avancements und Pensionswesens, Verbesserung der Oekonomie, Beschränkung der Pferdeationen an höhere Officiere und der Neubauten, Aufhebung des Kadettenkorps und entbehrlicher Festungen, namentlich Landau's, bessere Sorge für die Unterofficiere. Mit diesen Anträgen war die „patriotische“ Kammermehrheit größtentheils ganz einverstanden, mit einigen derselben, bei denen es sich um Abschaffung eines kostspieligen Schlendrians handelte, auch die Fortschrittspartei, aber weder diese noch die Reichsrathskammer wollte die Tüchtigkeit der Armee durch eine 8monatliche Präsenz und durch Verminderung der zu Rekognoscirungen im Feld so nothwendigen Reiterei vermindern oder vielmehr ruiniren lassen. Am meisten wehrte sich der Kriegsminister, welcher von seinen Forderungen, besonders von der Präsenz von 2 Jahren nicht abgieng. In diesen Kolb'schen Vorschlägen sah jedermann nichts anderes als eine Etappe zum Milizsystem. „Wir schaffen damit kein Heer, sondern bewaffnete Bauernvereine“, sagte ein Militär; er hätte noch hinzusetzen können: „welche nicht uns Officiere, sondern dem Bischof Senestrey und Konsorten Gehorsam leisten.“ Die Lage war bedenklich. Ein Konflikt der schlimmsten Art stieg am Horizont auf. Führer der württembergischen Demokratenpartei reisten in der Mitte März nach München und reichten den „Patrioten“ zur gemeinschaftlichen Bekämpfung des „Militarismus“ die Hand. Es war ein Glück für die bairische Regierung, daß die ganze Kammermaschine in den Kommissionen und in den Plenarverhandlungen so langsam arbeitete. Obgleich der Landtag schon seit dem 3. Januar versammelt war, begann die Generaldebatte über das Militärbudget erst am 13. Juli,

an welchem Tage im Bad Ems bereits wichtige Unterredungen stattfanden. Unbekümmert um das Rollen des fernen Donners trug Kolb seine reformatorischen Ideen vor, sekundirte ihm Sörg. Graf Bray und Kriegsminister v. Prandl widerlegten sich den Kolb'schen Desorganisationsvorschlägen, deckten die Nachtheile derselben auf und erklärten den jetzigen Zeitpunkt nicht für geeignet zu organisatorischen Heeresveränderungen. Die Generaldiskussion war am 15. Juli, dem Tag der thatsächlichen Kriegserklärung Frankreichs, beendet, und noch immer wollten die „Patrioten“ und der Träumer Kolb über Reduktion der Armee verhandeln. Da erklärte der Präsident Weis, ohne Zweifel im Einverständniß mit dem Ministerium, „aus wohl-erwogenen Gründen, deren Auseinandersetzung man ihm erlassen werde,“ es für nothwendig, die Sitzung abzubrechen und die Specialdebatte auf nächsten Montag, den 18. Juli, zu verschieben. Aber an diesem Tage hatten nicht mehr die Herren Kolb und Sörg, sondern Deutschland das große Wort, und das Kolb'sche Referat mit den vielen geduldigen Zahlen war nur noch für den Papierkorb reif. Die Geschichte gieng ihren festen Gang, ihr hartertritt ertönte, und ehe die Patrioten, welche den Fürsten Hohenlohe wegen seines Strebens nach nationaler Einigung mit dem Norden so bitter befeindet und sich dabei so unsterblich blamirt hatten, es sich versahen, saßen sie alle samt und sonders im neuen deutschen Reich.

Auch das von dem Minister des Innern vorgelegte neue Wahlgesetz, welches direkte Wahl mit geheimer Stimmgebung befürwortete, die größeren Städte von den Landgemeinden trennte, kleinere Wahlbezirke mit je 1 Abgeordneten feststellte und nur München mit 5, Augsburg und Nürnberg mit je 2 Abgeordneten bedachte, kam nicht mehr zur Berathung. Streit hatte es zwischen der „Patrioten-“ und Fortschrittspartei bereits genug verursacht, da die erstere bei kleineren Wahlbezirken und 29 reinen Städtewahlen (unter 154) ihrer künftigen Siege nicht mehr so sicher zu sein glaubte. Uebrigens schien die Phalanx der „Patrioten“ allmählich sich zu lockern. Es waren zu viele Unfehlbare dabei, welche bei Definirung ihrer Dogmen zuweilen in Widerstreit mit einander geriethen. Den Abgeordneten Lukas und Bucher (letzterer ist Herausgeber der Passauer Donauzeitung und anderer ultramontanen Blätter) waren die Weis und Sörg nicht extrem genug, und da es nicht nach ihrem Sinne gieng, traten sie aus dem Patriotenklub und legten am 20. Mai ihr

Abgeordnetenmandat nieder. Der fanatische Pfarrer Mahr wurde aus dem Klub ausgeschlossen, weil er sich der Förg'schen Disciplin nicht fügen wollte. Dies waren Symptome der Zerfetzung. Man sprach schon von Bildung einer Mittelpartei aus den Reihen der gemäßigteren „Patrioten“. An Bischof Senestrey von Regensburg fanden die extremsten „Patrioten“ einen treuen Parteigänger. Derselbe verbot in einem Schreiben aus Rom den Studirenden der Theologie aus seiner Diöcese, welche von ihm dereinst die Priesterweihe erwarteten, den Besuch der Vorlesungen des Dr. Döllinger wegen der „arroganten und skandalösen Haltung, welche derselbe dem heiligen Stuhle und den in Rom versammelten Bischöfen gegenüber genommen, und wegen der irrigen und sehr verderblichen Lehren, welche er in seinen letzten Schriften zu veröffentlichen für gut erachtet hat.“ Seinem Beispiele folgte der Bischof von Eichstädt, gleich dem Regensburger ein wissenschaftlich ganz unbekannter und unbedeutender Mann. Dagegen erklärte der Erzbischof von München noch im April, daß er den Studirenden seines Sprengels die Döllinger'schen Vorlesungen nicht verbieten werde. Ob der Herr Erzbischof im April 1871 noch die nämliche Toleranz und Festigkeit befolgen werde, war eine Frage. Interessant war es, zu sehen, daß in Baiern, wo die ultramontane Glut am stärksten angefaßt war, auch der entschiedenste Vorkämpfer des, wenn man so sagen darf, freieren Katholicismus in Döllinger sich fand, und daß hier alle Elemente sich beisammen fanden, einerseits den Staat zu einer römischen Provinz zu machen, andererseits die Kirche von Rom loszureißen und den Wessenberg'schen Traum einer deutschen Nationalkirche zur Wahrheit zu machen. Die Person des Königs kam hierbei sehr in Betracht, und Ludwig II. ist fürwahr kein Freund der Anhänger Loyola's.

## Politische Zustände in den übrigen Staaten Europa's und Amerika's.

In dem noch vor einem Jahrzehnt von einem Wittelsbacher regierten Griechenland wurde der altklassische Name „Marathon“ plötzlich durch eine Räubergeschichte wieder in Erinnerung gebracht. Vier Engländer und ein Italiener wurden auf der Rückkehr von einem Ausflug von Athen nach Marathon am 11. April von Räubern überfallen, die Männer nach dem Parnes Gebirge geschleppt, die drei Damen entlassen. Einer der Gefangenen, Lord Muncafter, wurde nach Athen geschickt mit dem Ultimatum der Räuber, worin sie 25,000 Pf. St. Lösegeld, vollständige Amnestie und Herausgabe zwei gefangener Räuber verlangten, im Weigerungsfalle die Gefangenen mit dem Tode bedrohten. Der Lord hatte sein Ehrenwort geben müssen, daß er sich selbst wieder stellen werde, falls die Unterhandlungen zu keinem Resultate führten. Die Ausbezahlung des Lösegelds hatte keinen Anstand; aber zu einer Amnestirung der Räuber und zur Herausgabe ihrer Spießgesellen glaubte die Regierung, wenn sie ihre Ehre wahren wollte, sich nicht verstehen zu können. Sie versprach ihnen das Lösegeld und freien Abzug in's türkische Gebiet oder zu Wasser auf einem Dampfer in's Ausland, wenn sie die Gefangenen losließen. Zugleich suchte sie die aus 22 Mann bestehende Bande zu umzingeln. Als die Räuber die Annäherung der Truppen bemerkten und die Flucht nach der Insel Subda durch ein Kanonenboot sich versperrt sahen, so tödteten sie die drei Engländer und den Italiener. Sie wurden von den Truppen angegriffen, mehrere getödtet, 7 gefangen und hingerichtet, nur wenige entkamen. Die griechische Regierung bekam von der englischen Presse und im Unterhaus bittere Wahrheiten zu hören, daß sie nicht einmal im Stande sei, diesem, freilich eingewurzelten Uebel des Räuberwesens zu steuern. Der Gebirgsbewohner in Griechenland, welcher sich von Schafzucht und ähnlichem ernähren könnte, kommt, zumal da Mangel an Straßen die Leichtigkeit des Abzuges



ihm erschwert, gar zu leicht zu dem Entschluß, ein Klephte zu werden und all der idealen und materiellen Vortheile dieses angesehenen Handwerks sich theilhaftig zu machen. Auch scheint das Ende des kretischen Aufstandes manches verzweifelte Subjekt aus einem Guerillaführer zu einem Räuber gemacht zu haben. Der benachbarten Türkei gab der Rhedive von Aegypten immer noch Stoff zu Verhandlungen. Derselbe wollte durchaus nicht mit der Rolle eines türkischen Vasallen sich begnügen, sondern strebte, wie schon Mehemed Ali in den dreißiger und vierziger Jahren, nach Souveränität. Aber von den auswärtigen Mächten nicht unterstützt und von der Türkei mit Exekution bedroht, unterwarf er sich und zeigte amtlich an, daß er vom 1. Mai an nur noch 17,000 Mann unter den Fahnen haben werde. Sein Minister, Rubar Pascha, reiste nach Konstantinopel, um sich die Erlaubniß zu holen, mit den fremden Mächten Unterhandlungen über Abänderung der die Beurtheilung der Ausländer betreffenden Gesetze zu eröffnen, was ihm die Pforte auch gestattete, und im Juli traf der Rhedive Ismail selbst in Konstantinopel ein. Sehr schlimm waren die Verhältnisse in Rumänien. Kaum hatte dort Fürst Demeter Ghika das Ministerium am 5. Februar übernommen, so zwang ihn ein Mißtrauensvotum der Kammer schon am 8. zum Rücktritt. Das neue Ministerium Goleşco, dem man den Vorwurf großer Kraftlosigkeit machte, dankte am 11. April ab und machte einem Ministerium Epureano Platz, dessen sämtliche Mitglieder für Männer von ehrenhaftem Charakter galten. Einige hatten auch bereits Proben von Befähigung gegeben. Die Kammern wurden aufgelöst und am 17. Juni Neuwahlen vorgenommen. Die radikale Minderheit unter Führung Ioan Bratiano's suchte am 13. Juli auf die Nachricht von dem drohenden Kriegsausbruch das Ministerium zu stürzen, Bratiano und den franzosenfreundlichen Blaremburg an's Ruder zu bringen und durch diese Männer „nationale Politik“ zu treiben in innigem Anschluß an Frankreich; aber ihr Plan scheiterte an der Festigkeit der Kammer. Der dortige Fürst, Prinz Karl von Hohenzollern, hat eine sehr undankbare Stellung. Das Land ist von Parteien zerfleischt, von welchen jede ihre Führer in's Ministerium und auf den Fürstenthron bringen will; der sehr zahlreiche ehrgeizige, habgüchtige und gnußgüchtige Adel unterscheidet sich von barbarischen Häuptlingen fast nur durch einen gewissen französischen Schlift und

kann daher in Hestigkeit und Gemeinheit seiner Angriffe Unglaubliches leisten. Es ist sehr fraglich, ob Fürst Karl in einem Lande, dem eine Diktatur besser anstände als eine konstitutionelle Regierung, noch lange sich behaupten kann.

Auch in Rußland zeigte sich schon seit einigen Jahren mehr Parteiwesen als früher. Die fremden Nationalitäten werden mit fester Hand niedergehalten, und eben hierin kann die Regierung der ultrarussischen Partei, welche in der von Katkoff redigirten „Moskauer Zeitung“ ihr Organ hat, nicht genug thun. Besonders die Beziehungen zu Deutschland sind der Gegenstand des Streites. Kaiser Alexander, durch vielfache Bande an Deutschland und seine Fürsten, namentlich an den preußischen Hof gefesselt, wird nach dieser Richtung stets eine milde, friedliche Politik befolgen; die altrussische Partei, die deutsche Kultur und Macht ebenso fürchtend als hassend, glaubt an dem Thronfolger und seiner dänischen Gemahlin eine Stütze zu haben und noch weit mehr zu bekommen. Unter solchen Umständen waren die Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen begreiflicherweise in einer schlimmen Lage. Der livländische Adel richtete eine Adresse an den Kaiser, worin er um Berufung eines Generallandtags für die Ostseeprovinzen und um Wahrung der nationalen und ständischen Rechte derselben bat. Der Kaiser gab auf diese Adresse am 4. März eigenhändig folgende Antwort: „Da die allgemeinen und lokalen Gesetze ihre Kraft einzig und allein aus der autokratischen Macht schöpfen, so werden dem livländischen Adel die in der Petition ausgedrückten Forderungen und zwar um so mehr in bestimmter Weise abgeschlagen, als dieselben nicht einmal mit der Einführung des Code der lokalen Gesetze in Uebereinstimmung stehen.“ Doch ließ sich der livländische Adel durch diese Zurückweisung nicht abschrecken, sondern verhartete, unterstützt von dem estländischen und kurländischen Landtag, in seinem Widerstand gegen das Russificierungsprincip, wonach alle nichtrussischen Volksstämme ihre Nationalität, ihre Religion und ihre Sprache von sich werfen und in dem griechisch-katholischen, russisch sprechenden Slaventhum aufgehen sollten. Die Einführung der russischen Sprache beim katholischen Gottesdienst, die Ernennung des Russifikators Gervais zum Kurator des Lehrbezirks Dorpat an die Stelle des deutschgesinnten Keyserlingk waren für Polen und die Ostseeprovinzen die für diesen Zweck vorbereitenden Schritte. Die russische Regierung nimmt kein

Beispiel an Preußen, das seine Polen in der Provinz Posen nicht ihrer Nationalität, Religion und Sprache entkleidet, sondern zufrieden ist, wenn diese sich als preußische Staatsangehörige fühlen, und sie bedenkt nicht, daß sie bei solchen Gewaltmaßregeln das Rechtsgefühl von ganz Europa gegen sich hat.

In Holland dauerte die Furcht vor einer preußischen Invasion, welche seit dem Jahre 1866 auch die höchsten Kreise ergriffen hatte, fort. Regierung und Volk hatten sich in die fixe Idee hineingelebt, als ob die holländische Unabhängigkeit durch Deutschland bedroht sei, als ob dieses die Niederlande samt ihrer Flotte und ihren Kolonien bewältigen und zum Stapelplatz seiner wie durch Zauber herzustellenden Seemacht machen wolle. Daher legte der Kriegsminister am 2. Mai dem Ausschusse der zweiten Kammer ein genau ausgearbeitetes Befestigungssystem vor, welchem zur Küstenvertheidigung eine namhafte Zahl von Schiffen zur Seite stehen sollte. Die Kosten dieser Landesvertheidigung waren auf etwa 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Gulden angeschlagen, und in jedem Jahresbudget sollten weitere 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen zu Verbesserungen ausgeworfen werden. Das sogenannte agrarische Gesetz, welches über die Eigenthumsverhältnisse unter den Inländern in Java und über die Verpachtung des dortigen Grund und Bodens liberalere Bestimmungen aufstellte, beschäftigte die beiden Kammern mehrere Wochen. Von den Konservativen bekämpft, gieng es in der zweiten Kammer am 11. März mit 41 gegen 36, in der ersten am 6. April mit 25 gegen 12 Stimmen durch. In Belgien, wo mit mehr Recht als in Holland eine Invasion zu befürchten war und zwar eine französische, bekämpften sich, wie schon seit Jahrzehnten, die liberalen und klerikalen Parteien. Der Ministerpräsident Frère-Orban, dessen Name bei dem belgisch-französischen Streit im Jahre 1868 viel genannt worden ist, legte den Kammern ein neues Wahlgesetz vor. Die Berechtigung zum Wählen sollte weiter ausgedehnt, von einem Minimum von Steuer abhängig gemacht, dabei jedoch die Intelligenz bevorzugt werden, damit die Wahlen nicht durch die ungebildeten Massen beherrscht würden. Die Ausdehnung des Wahlrechts ist in einem Lande, wie Belgien, in welchem die katholische Geistlichkeit so ungeheuren Einfluß hat, eine gefährliche Maßregel, und die Grenzlinie zwischen genügender und ungenügender Schulbildung schwer zu ziehen. Dies sollte das liberale Ministerium bald merken. Bei den

Neuwahlen für die zur Hälfte zu erneuernde Abgeordnetenkammer verlor die liberale Partei an die klerikale 12 Stimmen, so daß das Stimmenverhältniß zwischen Liberalen und Katholiken wie 63 zu 61 stand und das Ministerium auf die Mehrheit von nur 1 Stimme noch zu rechnen hatte (denn die Stimme des liberalen Kammerpräsidenten zählte ja nicht). In Folge dessen reichte das Ministerium am 15. Juni seine Entlassung ein und gab dem König den Rath, hervorragende Mitglieder der katholischen Partei in's Ministerium zu berufen. Am 2. Juli wurde das bisherige Ministerium vom König entlassen und die Namen der neuen Minister veröffentlicht. Mit Ausnahme des farblosen Kriegsministers Guillaume, welcher viele Jahre höhere Stellen im Kriegsdepartement bekleidet hatte und Generaladjutant des Königs war, gehörten sämtliche Minister der klerikalen Partei an. Die Präsidentschaft und das Auswärtige übernahm Baron v. Anethan, Führer der bisherigen Opposition im Senat, welcher schon in den vierziger Jahren Justizminister gewesen war und sich als solcher nicht als ein Mann des Fortschritts gezeigt hatte. Da aber dieses Ministerium noch weniger als das vorige auf eine Kammermehrheit zählen konnte, im Senat die liberale Mehrheit noch bedeutend überwog, so übernahmen die Führer der klerikalen Partei die Regierung nur gegen die Ermächtigung zur Kammerauflösung. Am 8. Juli wurden beide Kammern aufgelöst, die Neuwahlen auf den 2., der Zusammentritt der neuen Kammern auf den 16. August anberaumt. Um der klerikalen Partei, welcher nun der Einfluß des Ministeriums zu Gebot stand, gewachsen zu sein, vereinigten sich am 13. Juli Abgeordnete der liberalen und der progressivistischen Partei, die sich bei den letzten Wahlen getrennt hatten, zu einem gemeinschaftlichen Wahlprogramm, worin sie eine Wahlreform verlangten, die nicht auf das Maß der Steuerzahlung, sondern nur auf den gesetzlich zu bestimmenden Bildungsgrad zu sehen habe, Ausdehnung des Elementarunterrichts, Trennung von Staat und Kirche, Stellung des Unterrichts unter weltliche Behörden, Verringerung der Heereslasten befürworteten und die Plamen, welche sich von der Geislichkeit so leicht leiten ließen, durch die Koncession zu gewinnen suchten, daß in den flämischen Bezirken nur solche Beamte angestellt werden sollten, welche die flämische Sprache verstehen, und daß sich jene gegen jeden Bürger, der es verlange, dieser Sprache bedienen sollten. Wenn diese Koncessionen früher ge-

macht worden wären, so wäre es wohl zu keinem Ministerwechsel gekommen; denn das Verhältniß der numerisch stärkeren irischen Bevölkerung zur wallonischen und zu der ganz französischen Regierung ist ein höchst anomales. Die Wahlen hatten zu entscheiden.

Die Wunde, welche in Rußland „Polen“ heißt, heißt in England „Irland“. Was auch die englische Regierung thun mochte, um die keltischen Iren mit Großbritannien zu versöhnen, hat sich bisher als ungenügend erwiesen. Hier handelt es sich nicht bloß um Verschiedenheit der Nationalität und der Religion, sondern zugleich um die sociale Stellung. Das Eroberungs- und Bedrückungssystem der früheren Jahrhunderte, wo die Engländer in Irland mit der Herrschsucht und Hartherzigkeit der alten Römer auftraten, konnte nicht durch eine einfache Bill rückgängig gemacht werden. Es ist in den letzten Jahrzehnten manche wohlthätige Maßregel getroffen worden, aber im Vergleich zu dem großen Unrecht der früheren Zeit sind es nur Tropfen. Die Unbilligkeit der Pachtverhältnisse erhielt eine fortwährende Aufregung; agrarische Gewaltthaten und Mordscenen von Seiten der Irländer hörten in keinem Jahre auf; die Unruhe wurde von dem Fenierbund, besonders auch von Nordamerika aus, künstlich genährt und gesteigert, und die Regierung sah sich wiederholt zu Verhängung von Ausnahmeständen genöthigt. Die Thronrede vom 8. Februar erwähnte einige Irland betreffende Vorlagen. Zunächst legte die Regierung ein Landfriedensgesetz für Irland vor, wonach die Behörden, ohne zum Belagerungszustand greifen zu müssen, im Nothfall mit größeren Vollmachten ausgestattet und in den Stand gesetzt werden sollten, ein summarisches Verfahren einzuschlagen und ohne Geschworene zu verurtheilen. Diese Bill wurde vom Unterhaus und Oberhaus (1. April) genehmigt. Doch wollte die Regierung nicht bloß Ausnahmestände schaffen, sondern auch Ausnahmestände verbessern. Der Premierminister Gladstone hatte schon im Jahre 1869, nachdem er die irische Kirchenbill durchgesetzt hatte, die Einbringung einer irischen Landbill zugesagt. Er legte dieselbe am 15. Februar dem Unterhause vor und entwickelte die Grundzüge: Die abziehenden Pächter sollten für die während ihrer Pachtzeit von ihnen eingeführten Verbesserungen und Bauten Entschädigung erhalten; durch Vorschüsse, welche die Staatskasse gewähre, sollte den Pächtern der Ankauf von Grundeigenthum und den Grundbesitzern die Urbarmachung erleichtert werden; zum

Zweck der Beilegung von Streitigkeiten zwischen Pächtern und Grundherren sollten Schiedsgerichte eingesetzt werden. Diese Bill wurde am 23. Mai vom Unterhaus angenommen. Die Naturalisationsbill welche das Austrreten aus einem Staatenverband und das Eintreten in einen andern regeln sollte, wurde in beiden Häusern angenommen (10. März). Sie sollte hauptsächlich künftigen Streitfragen mit Amerika vorbeugen, wo so viele englische Unterthanen naturalisirt, aber vom Heimatland bisher nicht als solche aufgegeben waren. Auf Grund dieser Bill wurde am 16. Mai der englisch-amerikanische Naturalisationsvertrag von Lord Clarendon und dem Gesandten der vereinigten Staaten, Motley, unterzeichnet. Die Erziehungsbill, welche die Ausdehnung des Schulbesuchs möglichst fördern wollte, ohne den Schulzwang einzuführen, kam nicht zur Entscheidung, da die Parteien sich über die Frage des Religionsunterrichts nicht vereinigen konnten, die einen konfessionslose, die anderen konfessionelle Staatschulen wollten. Der Antrag, daß den Unterhausmitgliedern Diäten ausbezahlt werden sollten im Betrage von 150 bis 500 Pf. St. jährlich, wurde am 5. April mit 211 gegen 24 Stimmen verworfen, nachdem Gladstone erklärt hatte, daß zu einem solchen Gesetz durchaus kein Grund vorhanden sei, so lange es Leute in Menge gebe, welche geneigt seien, dem Lande ohne Entschädigung ihre Dienste zu widmen. Auch der Antrag Jakob Brights, eines Bruders des Handelsministers, den unverheirateten Damen das parlamentarische Stimmrecht zu geben, wurde in der Sitzung des Unterhauses vom 13. Mai mit 220 gegen 94 Stimmen verworfen. Die Beschlüsse des vatikanischen Concils brachten es mit sich, daß in der Frage der Klöster eine Reaktion sich erhob. Im Unterhaus wurde der Antrag gestellt, daß die männlichen und weiblichen Klöster in England durch einen parlamentarischen Ausschuß untersucht werden sollten. Es wurde dem Antrag entgegengehalten, daß er einer sehr unbegründeten Furcht vor der Ausbreitung der katholischen Religion entspringe. Allerdings kommen in England Uebertritte zum Katholicismus vor. Aber wer seien die Uebergetretenen? Gewiß nicht Aerzte, Rechtsgelehrte, Ingenieure, Kaufleute, Handwerker, sondern Weiber, Geistliche und Peers, und die beiden letzten Klassen werden gewiß keine Furcht erregen, da ihr Einfluß nicht im Wachsen begriffen sei. Nachdem auch Gladstone gegen die Wahl eines solchen Ausschusses gesprochen, wurde der Antrag mit 270 gegen 160 Stim-

men am 2. Mai verworfen, dagegen mit 348 gegen 57 Stimmen Gladstone's Antrag angenommen, einen S onderauschuß einzusetzen, welcher die Beschaffenheit der Gesetze in Beziehung auf die klösterlichen Anstalten und die Bedingungen, unter welchen dieselben Eigenthumsrechte ausüben, untersuchen und vorlegen sollte. Vor dem Schluß der Parlamentssession starb Graf Clarendon (am 27. Juni), Minister des Auswärtigen, welche Stelle er mehrmals, besonders zur Zeit des Krimkrieges und des italienischen Krieges, verwaltet hatte. Zu seinem Nachfolger wurde am 3. Juli der bisherige Staatssekretär der Kolonien, Graf Granville, ernannt. Gleich am folgenden Tage, an welchem die Nachricht von der hohenzollern'schen Kandidatur in die Deffentlichkeit kam, eröffnete sich für ihn ein reicher Wirkungskreis.

In der westlichen Hemisphäre kamen verschiedene wichtige Fragen zur Lösung. Der Krieg, welchen in Südamerika die drei Staaten Brasilien, La Plata und Uruguay mit Paraguay und dessen Präsidenten Lopez führten, neigte sich schon am Schluß des Jahres 1869 seinem Ende zu. Lopez hatte sich mit etwa 3000 Mann nach den nordwestlichen Wäldern und Höhen des Landes zurückgezogen, die brasilianische Armee unter dem orleanistischen Prinzen Grafen d'Eu, Schwiegersohn des Kaisers von Brasilien, rückte nach. Der brasilianische General Camara schlug die Paraguaiten bei Concepcion, marschirte von da nach dem Flusse Aquibana, überrumpelte dort Lopez, der nur noch 1000 Mann bei sich hatte, und schlug ihn vollständig. Aufgefordert, sich zu ergeben, weigerte sich Lopez dessen, obgleich verwundet, und suchte und fand den Tod. Damit war der Krieg, welcher 6 Jahre lang gedauert hatte, beendet, das Land unterwarf sich den Bedingungen der Sieger. In Mexiko, wo seit dem Tode des Kaisers Maximilian der Präsident Suarez unangefochten regierte, brachen Aufstände aus. In den nördlichen Provinzen machten zu Anfang des Jahres die Aufständischen unter Negrete starke Fortschritte, nahmen San Luis de Potosi und schlugen dort die Regierungstruppen zurück. In dieser gefährlichen Lage verlieh der Kongreß dem Präsidenten Suarez die Diktatur auf 6 Monate. Als solcher verhängte er über die nördlichen Provinzen den Belagerungszustand und vermehrte durch Zwangsaushebung die Armee. Die Ausländer, des Schutzes ihrer Gesandten und Konsuln beraubt, konnten sich nur durch die Allmacht der

nicht gesparten Dollars vor der Gefahr schützen, zu Soldaten gepreßt zu werden. Suarez übergab den Oberbefehl dem General Escobedo, welcher durch die Gefangennahme Maximilians (am 15. Mai 1867) noch im Andenken ist. Diesem gelang es, Potosi wieder einzunehmen, die Aufständischen an mehreren Punkten zu schlagen und zur Unterwerfung zu zwingen. Bei der Wiedereröffnung des Kongresses am 1. April war Suarez bereits in der Lage, die Diktatur wieder niederzulegen.

Zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada schien es wegen des Gebietes am Red River zu Verwicklungen zu kommen. Kanada hatte dasselbe von der Hudsonsbai-Gesellschaft um 300,000 Pfd. angekauft. Es handelt sich dabei um ein Land voll von Morästen und weiten Prärien am Winipeg-See mit einer Bevölkerung von etwa 20,000 Menschen, größtentheils Mischlingen, welche aus der Verbindung von Weißen mit Indianerinnen hervorgegangen sind. Darunter waren viele Mischlinge von französischer Abstammung. Diese protestirten gegen den Uebergang der Herrschaft an die kanadische Regierung und empörten sich gegen den von Kanada abgesandten Gouverneur McDougal. Als der bedrängte Gouverneur die mit der Hudsonsbai-Gesellschaft befreundeten Indianerstämme zu seiner Hilfe aufrief, erhoben sich alle Mischlinge und Weiße unter ihren Führern oder „Generalen“ und trieben die Kanadier über die Grenze. Das Mißliche für die kanadische Regierung war, daß sie diesen rebellischen Halbindianern nicht gut beikommen konnte, ohne ihre Truppen das Territorium der Vereinigten Staaten, sei es zu Land oder zu Wasser, betreten zu lassen, es sei denn, daß heftiger Frost die Moräste gangbar machte. Die in der Union zahlreich vertretenen Fenier benutzten diese Gelegenheit, um ihrem Haß gegen England Luft zu machen und am Red River Heldenthaten zu verrichten. Feniereinsfälle in das aufständische Gebiet wurden vorbereitet, um dasselbe unabhängig zu erhalten und den Vereinigten Staaten in die Hände zu spielen. Doch damit waren ihre Pläne noch nicht erschöpft. Das ganze englische Kanada glaubten sie erobern und mit der Union vereinigen zu können. Sie waren ihrer Sache so gewiß, daß sie ihren beabsichtigten Angriff auf die Städte Toronto und Montreal mit irischer Geschwägigkeit ausplauderten. Unter ihrem General McNeill versuchten sie am 25. Mai bei Pignon Hill die kanadische Grenze zu überschreiten, wurden von



den dortigen Schützen mit Flintenschüssen empfangen und nahmen Reißaus. Als McNeill eben ausgerufen hatte: „entweder siegen oder sterben!“ nahm General Foster als Bundesmarschall ihn gefangen, setzte ihn in eine Droschke und führte ihn in das Gefängniß von St. Albans. Denn Bundespräsident Grant hatte keine Lust, durch diese Tollköpfe sich in einen Krieg mit England hineinziehen zu lassen, und hatte daher am 24. Mai eine Proklamation erlassen, worin er jedermann warnte, Feindseligkeiten gegen Kanada zu beginnen, und alle Bundesbeamten aufforderte, jeden, der etwa an solch ungeseglichen Schritten theilnehme, zu verhaften. Es waren etwa 2000 Fenier, welche in verschiedenen Abtheilungen von Chicago, Milwaukee und St. Albans aus vorzurücken suchten. Am 27. Mai versuchten sie noch einmal einen Uebergang bei Huntington. So lange sie außer Schußweite waren, hielten sie das Feuer der kanadischen Freiwilligen und Linientruppen heldenmüthig aus; als aber diese ihnen näher auf den Leib rückten, warfen sie alles von sich und ergriffen das Hasenpanier. Bei dem ganzen Feldzug, welcher England aus den Angeln heben sollte, war kein einziger Kanadier gefallen, dagegen waren mehrere Fenier todt oder verwundet oder gefangen. Amerikanische Truppen rückten an die Grenze und machten dem lächerlichen Spuck ein Ende. Auch der Streit am Red River ging seinem Ende entgegen, als die kanadische Regierung das neue Gebiet zu einer besonderen Provinz unter dem Namen Manitoba zu machen sich anschickte, die ihre besonderen Kammern haben und im allgemeinen kanadischen Parlament zu Ottawa durch 6 Mitglieder vertreten sein sollte.

Im Innern der Union handelte es sich hauptsächlich darum, das sogenannte Wiederherstellungswerk zu vollenden und die 4 Rebellenstaaten, Virginien, Mississippi, Texas, Georgia, unter den vom Kongreß aufgestellten Bedingungen wieder als vollberechtigte Staaten in die Union aufzunehmen. Die Hauptbedingung war, daß die Rechtsgleichheit der Neger mit den Weißen von den Einzelverfassungen dieser Staaten anerkannt wurde und diese Verfassungen niemals dahin abgeändert werden sollten, daß „Bürger ihres jezt durch dieselben verlienenen Stimmrechts beraubt würden.“ Nach Annahme dieser und der anderen Bedingungen genehmigte das Repräsentantenhaus und darauf der Senat den Eintritt Virginien am 22. Januar, Mississippis am 18. Februar, Texas' am 15. März,

worauf der Präsident Grant das 15. Verfassungsamendement, welches die politische Gleichberechtigung der Neger mit den Weißen aussprach, am 30. März verkündigte. Durch eine vom Kongreß angenommene Bill wurden hohe Strafen auf Verletzung der Bestimmungen dieses Amendements festgesetzt und dem Präsidenten Heer und Flotte zur Erzwingung dieser Bestimmungen zur Verfügung gestellt. In Folge der Zulassung des Staates Mississippi trat der erste Neger, Namens Revels, in den Senat zu Washington ein, eine Konsequenz, welche sich der Senat erst nach besonderer Berathung, mit 48 gegen 8 Stimmen, gefallen ließ. Die Aufnahme Georgia's wurde vom Repräsentantenhaus am 9. März angenommen, vom Senat am 20. April, nur mit dem Zusatz, daß die dortige Regierung für provisorisch erklärt, die Wahlen für die Gesetzgebung auf den 15. November angesetzt werden und der Staat einen Militärdistrikt bilden solle, in welchem der Präsident jederzeit mit seinen Truppen in die Verwaltung eingreifen kann. Damit war die völlige Reaktivirung dieses Staates wieder hinausgeschoben. Im Zusammenhang mit der nun durchgeführten Rechtsgleichheit der Schwarzen mit den Weißen stand der Beschluß des Kongresses bei Berathung der Naturalisationsbill. Der Senat beschloß, daß Afrikaner naturalisirt werden können, schloß aber die Indianer und Chinesen von diesem Rechte aus. Der Beschluß wurde am 12. Juli von beiden Häusern angenommen.

Eine starke Partei in der Union warf ein lüsteres Auge nach den reichen westindischen Inseln. Die Annexion von St. Domingo schien eine ausgemachte Sache zu sein. Schon vor zwei Jahren hatte der Präsident der dominikanischen Republik, Banz, dem Staatssekretär Seward Eröffnungen gemacht. Dieser schickte seinen Sohn dahin, um Land und Leute in Augenschein zu nehmen. Der Bericht fiel nicht ungünstig aus; doch war unter der Präsidentschaft Johnson's an eine Zustimmung des Kongresses nicht zu denken. Als Grant die Geschäfte übernahm, erneuerte Banz seine Vorschläge. Im Juli 1869 schickte Grant den General Rabcock und den Senator Cole nach St. Domingo. Diese machten Banz keine Ausichten, seinen Wunsch, daß die Republik als Staat in die Union aufgenommen werde, erfüllt zu sehen, waren aber dem Anschluß geneigt und verständigten sich über die Annexionsbedingungen. Der General besprach sich mit hervorragenden Männern der Republik und kehrte

nach Washington zurück, um im November noch einmal die Reise nach St. Domingo anzutreten. Den in Washington ausgearbeiteten Vertrag und die Summe von 150,000 Dollars Gold, welche Banz zu brauchen vorgab, hatte er bei sich. Banz unterzeichnete den Vertrag, nahm das Geld in Empfang und gab die Samana Bai als Pfand dafür. Man war überzeugt, daß die andere Hälfte der Insel, die Schwesterrepublik Haiti, dem Vorgang Domingo's bald folgen werde. Das Schicksal Kuba's, glaubte man, sei dann vollends entschieden. Die Bewohner von St. Domingo stimmten am 19. Januar mit großer Mehrheit für die Einverleibung in die Union. Präsident Grant legte im Januar dem Senat 2 Verträge vor, einen offenen, welcher von der pachtweisen Uebernahme der Samana Bai handelte, und einen geheimen, worin die Annexion St. Domingo's enthalten war. Der Senat bedachte, ob es ein Gewinn für die Union sei, neue Regergebiete und vollends solche, deren Bewohner als faul und lasterhaft prädicirt wurden, in die Union aufzunehmen, und verwarf am 30. Juni den Vertrag über das sogenannte Protektorat von St. Domingo mit 48 gegen 28 Stimmen. Eine neue Kommission sollte dahin abgeschickt werden und über den dortigen Stand der Dinge Erkundigungen einziehen. Kühler verhielt sich Präsident Grant bei der kubanischen Frage. Das Repräsentantenhaus richtete am 2. Februar an den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Aufforderung, zu prüfen, ob Gründe bestehen, Kuba, das seit 15 Monaten Krieg führe und eine Regierung de facto habe, nicht als kriegführende Macht anzuerkennen, und General Sherman beantragte am 10. Februar im Senat, die Aufständischen auf Kuba als kriegführende Macht anzuerkennen. Aber der auswärtige Ausschuß und der Präsident bedachten sehr wohl, daß es etwas ganz anderes sei, eine ihnen von Regierung und Volk angelegene Annexion von St. Domingo zu ratificiren, in welche Sache sich einzumischen, kein europäischer Staat das Recht hätte, und in die Händel von Kuba sich einzudrängen, was einen Krieg mit Spanien zur Folge haben mußte. Noch mehr bedachten sie, daß ein solcher Beschluß den Alabama-Streit auf eine für England höchst willkommene Weise schlichten würde, sofern die Engländer ihre Anerkennung der südlichen Rebellen als kriegführender Macht während des amerikanischen Bürgerkrieges mit einem Hinweis auf diesen Beschluß entschuldigen würden. Daher verlangte der Ausschuß für das Auswärtige am

17. Februar die Einhaltung der strengsten Unparteilichkeit in dem kubanischen Streit, und Präsident Grant sprach sich in seiner Botschaft vom 12. Juni entschieden dagegen aus, daß die Aufständischen als kriegsführende Macht behandelt werden; denn „in der gegenwärtigen Lage der Dinge auf Kuba fehlen diejenigen Elemente, welche zu dem Begriffe des Krieges im Sinne des internationalen Rechts nothwendig sind.“ Der ganze Aufstand bestehe in einem unregelmäßigen System von Feindseligkeiten, ausgeführt durch kleine und schlechtbewaffnete Banden, welche ohne Concentration durch die Wälder und dünnbevölkerten Bezirke der Insel streichen, aus dem Hinterhalte Angriffe auf Transporte und kleine Truppenabtheilungen machen, Pflanzungen und das Eigenthum derer, die nicht mit ihnen sympathisiren, in Brand stecken. Der frühere Oberbefehlshaber der Aufständischen habe bei seinem jüngsten Besuche in den Vereinigten Staaten selbst erklärt, daß sie auf Kuba keine 10,000 Mann unter den Waffen haben. Ueber die barbarische Kriegführung, wonach die spanischen Befehlshaber einige 20 Gefangene, die kubanischen 650 auf einmal hinschlachten ließen, enthielt die Botschaft ein verdammendes Urtheil.

Doch hätte sich Grant dabei erinnern können, daß auch seine Bundestruppen in der Barbarei einiges zu leisten vermögen. Die Hauptschuld an den fortwährenden Indianerkriegen an den westlichen Grenzen von Texas, Neu-Mexiko, Montana, Washington hat die erobersüchtige Politik der Union und nicht die Indianer. Es war eine Barbarei ohne Gleichen, wenn am 23. Januar 300 Bundesreiter unter Oberst Baker die am Maraisfuß in Montana in ihren Hütten liegenden Pingan-Indianer überfielen und 173, darunter größtentheils Weiber und Kinder, die noch dazu an den Blattern litten, niederhieben. In seinem Brief an das Repräsentantenhaus wünschte der Präsident ernstlich, daß die mit den Indianern geschlossenen Verträge gehalten werden möchten, damit nicht die Unionsregierung für einen neuen Indianerkrieg verantwortlich sei. Und der Minister des Innern constatirte in seinem Bericht, daß die Unzufriedenheit der Indianer von der Nichterfüllung der Verträge von Seiten der Union herrühre, und daß eben hieraus die dringende Gefahr eines Krieges erwachse. Er beklagte sich bitter darüber, daß die Generale Sheridan und Sherman das Gemegel von Montana gebilligt hätten, und fand es begreiflich, daß in Folge

dessen das Repräsentantenhaus die Indianer-Angelegenheiten nicht dem Kriegsdepartement, sondern dem Ministerium des Innern überwies, ohne dessen Aufforderung das Militär nicht einschreiten durfte. Alle Weisheit dieser militärischen Politiker den Indianern gegenüber besteht in dem einen Worte „Ausrottung“. Die Ansiedler in den westlichen Territorien nehmen auf die Verträge und Grenzbestimmungen durchaus keine Rücksicht, besetzen, wo sie nicht von Bundesstruppen abgehalten werden, die vom Kongreß den Indianern angewiesenen „Reservationen“, die hiedurch gereizten Indianer greifen zu den Waffen, stehlen, rauben, morden bei Gelegenheit, um Rache für den Vertragsbruch zu üben, und die Ansiedler rufen dann den Schutz der Bundesstruppen an. Der neueste Zwist datirt aus dem Jahre 1866, als General Pope im Gebiet der kriegslustigen Sioux-Indianer Wege baute und mehrere Forts zum Schutze der nach Montana ziehenden Ansiedler anlegte. Als man von dem Protest des Häuptlings, „rothe Wolke“ genannt, keine Notiz nahm, überfiel dieser mit 300 Kriegern eine Abtheilung von 75 Soldaten in einem Hinterhalt und hieb sie alle zusammen. Nach längeren Feindseligkeiten wurden Ausgleichsversuche gemacht. Die Unionsregierung suchte die Indianer zur Auswanderung in ein anderes Gebiet am oberen Missouri zu vermögen, stellte durch die Vermittlung der Quäcker ein leidliches Verhältniß her, erbitterte aber auf's neue dadurch, daß sie den Indianern die Zufuhr von Pulver, Kugeln und Gewehren abschchnitt. Zum Zweck weiterer Unterhandlungen kamen verschiedene Häuptlinge im Juni nach Washington. Die Hauptpersonen waren der „gefleckte Schwanz“, die „rothe Wolke“, der „rothe Hund“, das „rothe Hemd“, der „lange Wolf“, der „schwarze Habicht“. Die Bundesregierung erwies ihnen die größten Aufmerksamkeiten und suchte ihnen einen hohen Begriff von der Macht der Union zu geben, was übrigens dadurch erschwert wurde, daß sie ihnen keine Regimenter Soldaten vorführen konnte. Es war rührend, die Klagen der Rothhäute anzuhören, und interessant, ihre oft sehr treffenden politischen Bemerkungen zu vernehmen. Zu einem Vertrag kam es nicht. Die Regierung wollte den Häuptlingen nicht die gewünschten Koncessionen machen, und so giengen diese sehr unbefriedigt in ihre Heimat zurück.

Von den zwei noch zu Anfang des Jahrhunderts mit der Entwicklung Amerika's so eng verwachsenen europäischen Staaten, Spa-

nien und Portugal, war letzteres seit mehr als 4 Jahrzehnten, seit der Unabhängigkeits-Erklärung Brasiliens, von jenem Erdtheil abgelöst, Spanien durch den immer zweifelhafteren Besitz von Kuba noch mit demselben verknüpft. In Portugal machte ein dem König gewaltsam aufgedrungener Ministerwechsel großes Aufsehen. Der 79jährige Feldmarschall und Herzog v. Saldanha, ein unruhiger und ehrgeiziger Mann, zog in der Nacht vom 19. Mai mit 6 Bataillonen vor den königlichen Palast, überwältigte die Wachen, deren Führer zum Theil von ihm bestochen waren, drang in die Zimmer des Königs und verlangte von diesem die Entlassung des, wie er behauptete, verhassten Ministeriums. Der Ministerpräsident Herzog v. Loulé wurde gerufen und reichte, als er sich von Bajonetten umgeben sah, seine Entlassung ein. Darauf wurde Saldanha mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Am 26. Mai hatte er es beisammen und übernahm in demselben die Präsidentschaft, das Kriegsdepartement und das Auswärtige. Die Königin Pia, eine Tochter Viktor Emanuels von Italien, fühlte weit mehr als ihr Gemahl die Schmach dieses nächtlichen Ueberfalls und soll geäußert haben, man hätte sie, wenn sie wach gewesen wäre, nicht so leicht eingeschüchtert wie den König. Als Hauptgrund dieses ministeriellen Staatsstreichs wurde die Ueberschuldung des Herzogs v. Saldanha angegeben, welcher er sich nur durch eine engere Allianz mit der Staatsklasse entledigen konnte. Dabei verfehlte er nicht, seine ganze Familie, die vielen Nissen und Enkel, in den angesehensten und einträglichsten Aemtern unterzubringen. In seinem Rundschreiben an die Gesandten an den fremden Höfen stellte er dem von ihm regierten Portugal den Anbruch des goldenen Zeitalters in nahe Aussicht. So gut wie dem König Luiz, auf den man das Wort annehmen konnte: „der Herr gibts den Seinen schlafend“, gieng es den Staatsmännern in Spanien nicht. Zwar der Aufstand in Kuba machte wenig mehr zu schaffen. Im April schickte der dortige Generalkapitän Caballero de Rodas, eine Depesche ein und berichtete, der Aufstand könne als beendet angesehen werden. Ob dies freilich so genau zu nehmen war, konnte im Augenblick nicht beurtheilt werden. Der Antrag Castelars auf sofortige Abschaffung der Sklaverei wurde am 21. Juni mit 78 gegen 48 Stimmen abgelehnt, dagegen die allmähliche Abschaffung derselben beschlossen. Der Protestantismus machte in einem Lande, das unter dem Druck einer unduldsamen

Geistlichkeit so viel zu leiden gehabt hatte, Fortschritte. Am zahlreichsten waren die Gemeinden in Madrid, Sevilla und Barcelona; zunächst kamen die Städte Cadix, Malaga, Granada, Cordoba, Valladolid, und auch in anderen Städten wie Cartagena, Valencia, Saragossa waren Gemeinden im Entstehen. Was zur Stärkung und weiteren Ausbreitung des Protestantismus am meisten Noth that, war die Heranbildung von Geistlichen und die Reorganisation der Volksschulen.

Doch traten all diese Fragen in Hintergrund gegen die eine alles beherrschende Frage, ob Spanien einen König bekomme und welchen? Im Jahre 1869 war von verschiedenen Kandidaten die Rede gewesen und bei mehreren Höfen angeklopft worden. Aber keiner wollte den Thron in einem Lande einnehmen, das finanziell heruntergekommen und von Parteien zerrissen war. Die ziemlich starke republikanische Partei bekämpfte jede Thronkandidatur und erregte auch in diesem Jahre im April Aufstände in Barcelona und anderen Städten Kataloniens, die übrigens bald wieder unterdrückt waren. Die bourbonische Partei, welche sich in die der Karlisten und der Isabellinos schied, hatte ihren Anhang besonders in der Geistlichkeit und arbeitete für die Kandidatur des Don Karlos oder des Prinzen Alfons, Isabella's Sohn. Die Progressisten unter der Führung Prims, des Ministerpräsidenten, suchten einen auswärtigen Prinzen für den Thron zu gewinnen und ließen sich durch die in Portugal und Italien ertittlenen Zurückweisungen nicht abschrecken. Die Unionisten, an deren Spitze der Marineminister Topete stand, der übrigens im März aus dem Ministerium trat, wirkten für den Herzog von Montpensier. Eben dieser hatte bei den Cortesmitgliedern wenig Aussichten, obgleich die besitzenden Klassen seiner Wahl nicht abgeneigt waren, da er als ein Mann von Sparsamkeit und anderen bürgerlichen Tugenden galt. Daß er als Kandidat für eine Abgeordnetenwahl in Oviedo am 23. Januar durchfiel, war kein günstiges Prognostikon. Der Republikaner Castelar wollte ihn auch für den Thron unmöglich machen und stellte in den Cortes den Antrag, alle Glieder der Familie Bourbon, sowohl die ältere von Louis XIV. abstammende als die jüngere, die Orleans, für immer vom Throne auszuschließen. Der Antrag wurde vom Ministerium bekämpft und am 24. Januar mit 150 gegen 37 Stimmen verworfen. Prim erklärte in einer längeren Rede, daß von einer Restauration Isabella's oder des Prinzen

Alfons niemals die Rede sein werde; daß das Ministerium, mit Ausnahme Topete's, gegenwärtig keinen Kandidaten habe; daß es sich aber durch einen gegen den Herzog von Montpensier gerichteten Antrag nicht auf alle Zeiten die Hände binden lassen wolle. Bald darauf bekämpften sich die beiden bourbonischen Linien in einem Zweikampf. Der jüngste Bruder des Gemahls der Königin Isabella, Infant Heinrich, hatte in Pariser Blättern den Herzog von Montpensier aufs heftigste angegriffen und ihm unter anderem „politische Gaunerei“ vorgeworfen. Der Herzog schickte ihm eine Herausforderung zu und bestand trotz der Abmahnungen seiner Freunde auf seinem Entschlusse, sich zu schlagen, da sonst seine Gegner nicht verfehlen würden, solche Zurückhaltung als Feigheit auszulegen, und er Angesichts der Schritte seiner Freunde, seine Kandidatur auf den Thron zu unterstützen, auf die Wahrung seiner Ehre Bedacht nehmen müsse. Der Infant nahm die Herausforderung an, reiste nach Spanien, in der Nähe von Madrid am 12. März gieng das Duell vor sich, und Montpensier schoß dem Don Enrique eine Kugel durch den Kopf. Darauf wurde eine gerichtliche Untersuchung gegen den Herzog eingeleitet und derselbe nach dem Antrag des Ministeriums am 12. April zu einmonatlicher Entfernung von Madrid und zu einer Geldentschädigung von 30000 Franks verurtheilt. Er begab sich zu seiner Familie in der Nähe von Sevilla und sah für den Monat Mai den Kundgebungen seiner Freunde, um die Cortes zu seiner Erwählung zu bestimmen, entgegen. Im Mai kam er nach Madrid zurück und hatte in Begleitung seines ältesten Sohnes eine Unterredung mit dem Regenten Serrano. Es schien kein Ausweg übrig zu bleiben als: Montpensier oder Espartero! Eben um jene Zeit ließ Prim bei letzterem aufs neue anfragen, ob er nicht den Thron annehmen wolle, den eine einflußreiche Gruppe von Cortesmitgliedern durch ihn besetzt zu sehen wünschte. Aber auch diesmal lehnte Espartero mit Hinweisung auf sein hohes Alter und seine Kinderlosigkeit ab.

Diesen Verhältnissen gegenüber glaubte die vertriebene Königin Isabella eine feste Stellung einnehmen zu müssen. Sie lebte immer noch in Paris, in nahen Beziehungen zu den Tuilerien, besonders zu der Kaiserin Eugenie. Von ihrem Gemahl, der es bekanntlich immer nur dem Namen nach war, hatte sie sich im März förmlich getrennt. Die beiden Gatten unterzeichneten einen Vertrag, worin



die Geldfragen regulirt und bestimmt wurde, daß sie in Zukunft getrennt leben wollen. Sie erklärten sogar auf Ehrenwort, nicht mehr zusammen leben zu wollen, „einerlei, was sich auch ereignen mag“. Auf den Rath der Kaiserin Eugenie, welche ihr vorstellte, daß die Spanier weit eher sich zur Rückberufung des Prinzen Alfons als zu ihrer, der Königin, Restituierung verstehen würden, und ihr für ersteren Fall das ganze Gewicht des französischen Einflusses zur Verfügung stellte, unterschrieb Isabella am 25. Juni in einer feierlichen Versammlung ihrer nächsten Verwandten ihre Abdankung, trat alle ihre politischen Rechte an ihren Sohn Alfons ab und behielt sich nur ihre bürgerlichen Rechte als Mutter und Vormünderin vor. Dieser Schritt kam freilich etwas zu spät. Ein paar Jahre früher hätte er vielleicht den Bourbonen den spanischen Thron erhalten.

Die Thronkrisis wurde akuter. Eine Entscheidung schien vor der Thüre zu sein. Daß neue Unterhandlungen mit auswärtigen Prinzen stattfanden, war ein öffentliches Geheimniß. Die Kortessitzung vom 11. Juni erregte die Neugierde im höchsten Grade. In derselben sprach Ministerpräsident Prim von den verschiedenen Bemühungen der Regierung, für Spanien einen König zu finden, und fuhr dann fort: „Nachdem alle diese Versuche fehlgeschlagen, wurde ich noch einmal beauftragt, einen König zu suchen, und ich fand einen vierten Kandidaten. Die Herren Deputirten mögen mir erlauben, seinen Namen nicht zu nennen, weil es indiscret wäre; es könnte Verwicklungen hervorrufen, und außerdem habe ich mein Wort gegeben, ihn noch nicht zu nennen. Leider fanden sich zweimal die Beauftragten dieses Fürsten, welche Spanien besuchten, durch ungünstige Umstände beunruhigt, und in Folge dessen ist seine Kandidatur für den Augenblick zurückgezogen. Aber ich werde die Unterhandlungen fortsetzen und hege die Zuversicht, daß ich den Cortes in kurzem einen Kandidaten vorschlagen kann, der in seiner Person alle geforderten Eigenschaften vereinigt“. Daß dieser vierte Kandidat kein anderer als der Prinz Leopold von Hohenzollern war, wußte jedermann, der sich für diese Angelegenheit interessirte. In der Diplomatenloge saßen der englische Gesandte Layard und der französische Gesandte Mercier de Lostende neben einander. Jener fragte diesen, wen denn Prim meine? „Wen sonst als den Prinzen von Hohenzollern“, sei die Antwort des Baron Mercier gewesen. Von

dieser Kandidatur war nicht bloß am 11. Juni 1870, sondern schon längst die Rede. Der spanische Staatsmann und Cortesabgeordnete Salazar y Mazarredo hatte Prim's Aufmerksamkeit auf den Prinzen Leopold gelenkt, in dessen Namen die Unterhandlungen mit ihm und seiner Familie geführt und schon am 23. Oktober 1869 eine Flugschrift veröffentlicht, welche dieser Kandidatur das Wort redete. In derselben besprach er sein Lieblingsprojekt, Don Fernando von Portugal auf den spanischen Thron zu setzen und dadurch den Plan der iberischen Einheit zu fördern, und das andere, Gibraltar wieder für Spanien zu gewinnen. Das erste Projekt sei dadurch vereitelt worden, daß Don Fernando die Krone nicht angenommen habe, das andere dadurch in eine fernere Zukunft gerückt, daß ein englischer Prinz wegen dieser Krone sicherlich seinen Glauben nicht abschwören werde, während andererseits die Spanier, selbst die gebildeten Klassen, nur unter dieser Bedingung ihn wählen würden; dadurch zerfalle die Hoffnung, daß ein englischer Prinz Gibraltar als Geschenk mitbringen könnte, in nichts. Das nämliche konfessionelle Hinderniß stehe dem Prinzen Friedrich Karl, dem Helden von Sadowa, entgegen, bei welchem außerdem noch, da er der Neffe des Königs von Preußen sei, politische Eifersucht und ernste Verwicklungen mit Frankreich in Aussicht ständen. Der Herzog von Montpensier hätte König werden können, wenn er sich im September 1868 an die Spitze der Truppen gestellt und als Sieger von Alcolea seinen Einzug in Madrid gehalten hätte. Auch die Sache des Prinzen Alfons hätte triumphiren können, wenn der bourbonische General Graf Geste und seine Anhänger den Kampf in die Länge gezogen hätten und die Abdankung der Königin Isabella der Bundesvertrag zwischen den beiden streitenden Parteien gewesen wäre. Vor 8 Monaten (also etwa im Februar 1869) habe er dem Ministerpräsidenten die Kandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern vorgeschlagen, dessen (im Jahre 1859 verstorbene) Schwester Stephanie mit dem (im Jahre 1861 verstorbenen) König Don Pedro V. von Portugal vermählt gewesen war, und welcher selbst die Schwester des Königs Luiz von Portugal, die Infantin Donna Antonia, zur Gemahlin habe. Die Erbfolge Don Leopoldo's sei bereits durch 3 Söhne gesichert, und da diese das Blut der Braganza in ihren Adern hätten, so könnte durch diese Wahl auch die iberische Idee mit größerer Gewalt sich wieder erheben. Prinz Leopold sei katholisch, wie seine ganze Familie, sehr

gebildet, von klarem Verstande und habe, wie viele Deutsche, eine besondere Vorliebe für die spanische Literatur. Er sei der älteste Bruder des Herrschers von Rumänien, durch seine Schwester, Prinzessin Marie, Gräfin von Flandern, ein Verwandter des Königs der Belgier, auch mit dem Kaiser Napoleon verwandt, weil seine Mutter der Familie Beauharnais angehöre, und stehe endlich in entfernter Verbindung mit der königlichen Familie von Preußen, obwohl er nicht von dem erstgeborenen Zweige, dem protestantischen, abstamme. Sein Vermögen gehöre zu den beträchtlichsten in Europa. Daß er ein deutscher Prinz sei, daß er jener germanischen Nation angehöre, welche sich auf die Höhe der ersten Völker der Welt in Kunst, Wissenschaft und selbst im Gewerbefleiß erhebe, könne für Spanien, welches durch diese Wahl in engere Verbindung mit Deutschland treten würde, nur die günstigsten Folgen haben. „Wenn wir im Jahre 1870“, so schloß Salazar seine Denkschrift, „die hauptsächlichsten organischen Geseze angenommen, einen guten König gewählt, auf Cuba den Frieden hergestellt und, wie ich hoffe, alle Aufstandsversuche auf unserer Halbinsel besiegt haben, so dürfen wir wohl auf ein Unternehmen stolz sein, das wir mit so großer Tapferkeit begonnen und mit solchem Ruhme zu Ende geführt haben werden“. In dieser ganzen Denkschrift war von Frankreich mit keiner Silbe die Rede, nirgends die Befürchtung oder Vermuthung ausgesprochen, daß diese Kandidatur die Eiferjucht des französischen Kabinetts erregen könnte, und die Verbindung des Prinzen mit dem preussischen Königshause als eine so entfernte aufgefaßt, daß sich daraus schließen läßt, Salazar habe sich dem Glauben hingegeben, die verwandtschaftlichen Beziehungen des Prinzen bringen seiner spanischen Kandidatur nur Vortheile, keinen einzigen Nachtheil. Die Unterhandlungen, welche im Herbst 1869 Salazar mit dem Prinzen eröffnete, zerfielen sich. Leopold weigerte sich, die Krone anzunehmen. Der König von Preußen, um seinen Rath gefragt, hatte ihm von der Annahme abgerathen. Aber im Frühjahr 1870, nachdem auch die Kandidatur des Herzogs von Genua gescheitert war, kamen die Unterhandlungen mit dem Prinzen Leopold wieder in Gang. Im Juni 1870 kamen, zum Erstaunen der schwäbischen Bewohner des Fürstenthums Hohenzollern, mehrere vornehme Spanier nach Sigmaringen, unter dem Vorgeben, die Schönheiten des dortigen Donauthales zu besichtigen. Prinz Leopold war kurz vorher mit seiner Familie nach dem Kurort

Reichenhall in Baiern abgereist, telegraphische Depeschen flogen zwischen Sigmaringen und Reichenhall hin und her, und nach wenigen Tagen sah man plötzlich den Prinzen mit seinem Vater nach Sigmaringen zurückkehren. Die spanischen Herren fanden sich täglich in dem dortigen fürstlichen Schlosse ein, diplomatische, geheimnißvolle Feierlichkeit umgab jene Räume, und vergnügt, wie wenn ihnen die Gegend recht gut gefallen hätte, schieden die Fremden aus dem Donauthal und reisten wieder in das Land der Kastanien. Gleich nach ihrer Ankunft in Madrid wurde Ministerrath gehalten und am 2. Juli in demselben beschloffen, dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die spanische Krone anzubieten und diese Kandidatur öffentlich zu proklamiren. Dem telegraphischen „Bureau Havas“ wurde die Nachricht hievon am 3. Juli von Madrid aus mitgetheilt, und durch dieses erhielten alle Kabinette, auch das von Berlin, am Abend des 3. Kunde von dieser neuen Phase, in welche die spanische Thronfrage nun officiell getreten war.

---

## Diplomatisch-parlamentarisches Vorspiel.

In Folge des Madrider Telegramms brachte der Constitutionell, das Leiborgan des Herzogs von Gramont, am 4. Juli einen Artikel in seinen Spalten, welchen dieser Minister in Gemeinschaft mit dem eigens hiezu von seinem Landsitze herbeigeholten Beamten des Ministeriums des Innern, Herrn v. Giraudeau, am Sonntag Abend (3. Juli) redigirt haben soll. Der Artikel liest sich wie eine diplomatische Note und hat mit der Erklärung des Herzogs von Gramont am 6. Juli auffallend viele Aehnlichkeit. Nachdem er die aus „vertrauenswürdigen Mittheilungen“ geschöpfte Nachricht angeführt hatte, daß der Marschall Prim dem Prinzen von Hohenzollern die spanische Krone angetragen und daß dieser sie angenommen habe, fuhr er fort: „Wir wissen nicht, ob der Marschall Prim, als er

diesen Schritt that, in seinem persönlichen Namen handelte, oder ob er von dem spanischen Cortes oder dem Regenten irgend ein Mandat empfangen hat. Auch wollen wir weitere Nachrichten abwarten, um ein Ereigniß zu würdigen, dessen Bedeutung niemand entgehen wird. Wenn der Marschall, wie alles vermuthen läßt, ohne Mandat gehandelt hat, so beschränkt sich dieser Zwischenfall auf die Verhältnisse einer Intrigue; wenn dagegen die spanische Nation diesen Schritt bestätigt oder anrath, so müssen wir ihn vor allem mit der Achtung ins Auge fassen, welche der Wille einer ihre Geschicke regelnden Nation einflößt. Aber bei aller Hochachtung vor der Souveränität des spanischen Volkes, welches in diesem Falle der einzige kompetente Richter ist, könnten wir ein Gefühl des Erstaunens nicht unterdrücken, wenn wir den Scepter Karls V. einem preußischen Prinzen, dem Enkel einer Prinzessin aus der Familie Mürat, deren Namen nur durch traurige Erinnerungen an Spanien geknüpft ist, anvertraut sähen“. In diesem Artikel wird, was wohl zu bemerken ist, Leopold von Hohenzollern ein preußischer Prinz genannt, seine Verwandtschaft mit der Familie Mürat ausdrücklich hervorgehoben, die mit der Napoleonischen Familie geflissentlich ganz übergegangen und der Thron von Spanien mit dem Scepter Karls V. identificirt. Jedes Wort ist hier Berechnung. Die Kandidatur des Prinzen soll als ein preußisches Intriguenstück vor aller Welt in Mißcredit gebracht, den Franzosen durch die Hinweisung auf die Errichtung eines preußischen Filials das Blut in Wallung gesetzt und den Spaniern gesagt werden, sie werden doch nicht so thöricht sein, zum Spielball der Bismarck'schen Politik sich herzugeben und einen Prinzen zum König zu nehmen, der schon als Verwandter des in das spanische Drama vom Jahr 1808 tief verflochtenen Königs Mürat dem spanischen Rationalgefühl anstößig sein müsse. Um sein neues Märchen um so eher als Geschichte zu verwerthen, wärmte der Constitutionell in der nämlichen Numer seines Blattes jenes alte Märchen wieder auf, wonach die spanische Revolution von 1868 durch preußisches Geld in Scene gesetzt worden und der Plan des Grafen Bismarck und der mit ihm verbündeten spanischen Generale gewesen sei, die Königin Isabella zu stürzen und den Herzog von Montpensier auf den Thron zu setzen, wobei Graf Bismarck die specielle Absicht gehabt habe, Frankreich Verlegenheiten zu bereiten. Indem der Constitutionell einem neuen Märchen durch Erzählung eines alten den

Stempel der Wahrheit aufzudrücken suchte, spekulirte er auf die gerade in Frankreich und Spanien so stark vertretene leichtgläubige und gedankenlose Masse, welche sich leicht dem Wahne hingibt, daß eine Null dadurch an Realität gewinnt, daß noch eine zweite hinzukommt.

Am nämlichen Tage, am Montag den 4. Juli, erschien der französische Geschäftsträger zu Berlin, der Stellvertreter des französischen Botschafters Benedetti, im aus wärtigen Amt, um der peinlichen Empfindung Ausdruck zu geben, welche die Annahme der Thronkandidatur seitens des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern in Paris hervorgebracht habe. Der Staatssekretär von Chile, der Stellvertreter des auf seinem Landsitze Barzin verweilenden Grafen Bismarck, erwiderte demselben, daß diese Angelegenheit für die preussische Regierung gar nicht existire, und daß die letztere daher nicht in der Lage sei, über die Verhandlungen Auskunft zu ertheilen. Dies war die rechte Antwort auf eine an die falsche Adresse gerichtete Frage. Ganz anders lautete Frage und Antwort in Paris. An dem gleichen Tage ließ der Herzog von Gramont den preussischen Gesandten, Freiherrn v. Werther, um einen Besuch bitten. Er ersuchte den Gesandten, welcher am 5. Juli eine Reise nach Ems, wo damals der König von Preußen eine Badekur gebrauchte, antreten wollte, dem Könige im Auftrag des Kaisers in mündlichem Berichte kundzugeben, wie peinlich überrascht Napoleon und dessen Regierung durch die Annahme des spanischen Antrages seitens des Prinzen von Hohenzollern gewesen sei. Doch würde sich der Kaiser, fügte er hinzu, Glück zu diesem unerwarteten Zwischenfall wünschen, wenn der König die so günstige Gelegenheit benutzen wollte, einen Beweis der Aufrichtigkeit seiner so oft ausgesprochenen Wünsche im Interesse der Erhaltung des Friedens zu geben. Frankreich gebe sich daher der Hoffnung hin, der König werde seinen nahen Verwandten veranlassen, die ihm angebotene Krone Spaniens zurückzuweisen, und zugleich dem Prinzen empfehlen, vorläufig Deutschland nicht zu verlassen. Sollte jedoch, den sehnlichsten Hoffnungen Frankreichs zuwider, Preußens König in seiner Weisheit anders zu beschließen geruhen, dann könne die Gefahr einer Katastrophe nicht verhehlt werden. Darauf bemerkte Freiherr v. Werther, daß bei der ausnahmsweisen Wichtigkeit der Lage es wünschenswerth sei, den Worten ihre richtige Bedeutung zu geben; er müsse deshalb den Minister fragen, ob er bei dem

Ausdruck „Katastrophe“ eine Kriegsdrohung im Sinne habe. Nun ergriff der Justizminister Olivier, welcher der Unterredung anwohnte und bisher den stummen Zuhörer gespielt hatte, das Wort und sagte: „Im Namen des Kaisers und seiner Regierung muß ich diese Frage bejahen: Oui, il y a menace de guerre.“ Während Staatssekretär v. Thile die bloße Berührung der Thronkandidaturfrage rund weg von sich gewiesen hatte, nahm sie Freiherr v. Werther in ihrer ganzen Weitläufigkeit an. Statt den beiden französischen Herren zu sagen, sie sollten ihre und ihres Herrn Wünsche auf amtlichem Wege durch irgend eine ihrer Kreaturen an den König von Preußen gelangen lassen, gab er sich selbst zu ihrem diplomatischen Kurier her und ließ sich in sein Felleisen auch noch eine Kriegsdrohung hineinpacken. Mit dieser reiste er am 5. Juli nach Ems, obgleich der König dort, wie einst Graf Eberhard der Greiner im Wildbad, keines Ueberfalls gewärtig, nur als Privatmann wie die anderen Badegäste verweilte und, was für Staatsakte jeder Art doch nothwendig war, nicht einmal seinen auswärtigen Minister bei sich hatte.

Ohne die Antwort von Ems abzuwarten, schürte der Herzog von Gramont das von ihm angefachte Feuer zu immer lustigerem Flackern. Jerome David, Verwandter des Kaisers und Chauvinist erster Klasse, holte sich am Morgen des 5. Juli in St. Cloud seine Verhaltensbefehle und besprach mit den Getreuesten den Schlachtplan. Der Abgeordnete Cochery nahm es auf sich, noch an diesem Tage im gesetzgebenden Körper folgende Interpellation einzubringen: „Wir wünschen die Regierung wegen der Kandidatur eines Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron zu interpelliren.“ Schon am anderen Tage, am 6. Juli, erschien der Herzog von Gramont, in Begleitung der Minister Olivier und Leboeuf, im gesetzgebenden Körper, um die Interpellation zu beantworten. Er bestieg die Tribüne und verlas folgende, im Ministerrath vorher verabredete, Erklärung: „Es ist durchaus richtig, daß Marschall Prim dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die Krone Spaniens angeboten und letzterer sie angenommen hat. Aber das spanische Volk hat sich noch nicht ausgesprochen, und wir kennen auch noch nicht die Einzelheiten einer Unterhandlung, die vor uns geheim gehalten worden ist. Eine Diskussion würde jetzt kein praktisches Resultat haben. Wir bitten Sie, dieselbe zu vertagen. Wir haben nicht aufgehört, der spanischen Nation unsere Sympathien zu bezeigen und alles zu vermei-

den, was den Schein hätte haben können, als wollten wir uns irgendwie in die inneren Angelegenheiten einer edlen und großen Nation einmischen, die in voller Ausübung ihrer Souveränität ist. In Bezug auf die verschiedenen Kronprätendenten sind wir nicht aus der strengsten Neutralität hinausgegangen und haben für keinen derselben jemals Vorliebe oder Abneigung gezeigt. Wir werden diese Haltung auch ferner beobachten, aber wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, dadurch zu ihrem Vortheil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europa's derangiren und so die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Wir hoffen, daß diese Eventualität sich nicht verwirklichen wird; wir rechnen dabei auf die Weisheit des deutschen und auf die Freundschaft des spanischen Volkes (Granier de Cassagnac rief dazwischen hinein: und auf unsere Entschlossenheit!). Wenn es anders kommen sollte, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung, meine Herren, und durch die der Nation (neuer Zwischenruf: sie würde Ihnen nicht ausbleiben!) unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen haben."

Diese Erklärung wurde von der Rechten mit lebhaften Beifallsbezeugungen aufgenommen. Jerome David hatte seine Leute gut instruirt. Die Eingeweihten giengen mit ihren Bravo's voran und die Anderen folgten, sie wußten kaum warum? Einer derselben äußerte sich ein paar Tage darauf hierüber sehr naiv: „Als der Sturm vorüber war, sahen wir einander an und fühlten etwas, wie wenn wir eine Dummheit begangen hätten; aber was wollen Sie? wer wagt im Augenblick zurückzubleiben, wenn eine große Versammlung in patriotische Begeisterung ausbricht?“ Die Sitzung mußte einige Minuten suspendirt werden. Als sie wieder begann, sollte die Budgetberathung fortgesetzt werden. Aber wer hatte nach solchen Worten die nöthige geschäftliche Ruhe hiefür? Picard verlangte die Vorlage aller diplomatischen Aktenstücke, welche auf das Ereigniß Licht werfen, und erklärte für die Pflicht der Kammer, darüber zu wachen, daß die Geschicke des Landes nicht ohne die Mitwirkung und Zustimmung seiner Repräsentanten verpflichtet werden. Blais-Bizoin sagte: „Es ist eine Kriegserklärung abgegeben worden.“ Cremieux verlangte, daß die Kammer gegen die Erklä-



zung des Ministers des Aeußeren protestire, und begründete sein Mißtrauen hauptsächlich mit dem Beifall, womit die Mehrheit die Worte des Ministers begleitet habe. Daß die spanische Nation den „preussischen Prinzen“ angenommen hätte, bezweifelte er; aber „indem Sie gesprochen, wie Sie es gethan, haben Sie den kastilianischen Stolz gekränkt, und Sie werden gerade die Annahme herbeiführen, von der Sie nichts wissen wollen.“ Mit Mühe konnte sich Olivier Gehör verschaffen. Er vertheidigte die Regierung gegen den Vorwurf eines herausfordernden Benehmens und einer kriegslustigen Haltung und rief: „Die Regierung wünscht den Frieden, sie wünscht ihn mit Leidenschaft!“ Jules Favre entgegnete: „Gerade wie früher. Man wollte auch nicht den Krieg, man kennt eure Politik; sie hat ihre Präcedenzfälle.“ Olivier wiederholte seine Worte, jedoch mit einem kleinen Zusatz: „Sie wünscht den Frieden mit Leidenschaft, aber mit Ehre!“ Auf's neue protestirte er gegen die Beschuldigung, daß die Regierung durch ihre Erklärung den Weltfrieden in Gefahr bringe. „Meine Meinung ist, daß sie das einzige Mittel, welches übrig bleibt, anwendet, um ihn zu befestigen; denn so oft Frankreich sich bei Vertheidigung eines legitimen Rechts fest zeigt, ohne das Maß zu überschreiten, kann es auf die moralische Unterstützung und Billigung Europa's rechnen. Wir sagen unsere Gedanken ohne Rückhalt: wir wollen keinen Krieg, wir suchen den Krieg nicht, wir haben nur unsere Würde vor Augen. Sollten wir eines Tages den Krieg für unvermeidlich halten, so würden wir uns nur auf denselben einlassen, nachdem wir Ihren Beistand gefordert und erhalten hätten.“ Aber auch mit diesen Aeußerungen war die Linke nicht zufrieden und erklärte, daß, wenn das Ministerium über diese aufregende Frage keine Diskussion zulassen, kein Aktenstück vorlegen und nicht einmal die Frage, ob Prim als Privatmann oder in amtlicher Eigenschaft dem Prinzen Leopold die Krone angetragen habe, beantworten wolle, es besser gewesen wäre, wenn dasselbe mit der Beantwortung der Interpellation noch länger gewartet hätte. Emanuel Arago sagte: „Ich konstatiere, daß das Ministerium mehr als unklug gehandelt hat, indem es Preußen und Spanien gegenüber eine solche Haltung annahm. Wir können die Budgetdebatte nicht mit kaltem Blute fortführen, nachdem der Minister des Aeußern, indem er Frankreich engagirte, zwei Dinge gethan, den König von Spanien ernannt und den Krieg erklärt hat.“

Mit dieſen Worten ſchloß die an dieſe Interpellation ſich knüpfende Debatte. Arago hatte mit ſeinem letzten Diktum Recht und hatte eben damit ein vernichtendes Urtheil über das Miniſterium gefällt. Ollivier mochte noch ſo ſehr von Friedensbethuerungen überfließen; durch die Erklärung vom 6. Juli, die mit ſeiner Zuſtimmung erfolgte, machte er ſich zum Miſſchuldigen der Politik des Herzogs von Gramont, und dieſe Politik wollte und machte den Krieg.

Wie wenig ſie dazu berechtigt war, zeigten zwei Aktenſtücke, welche von Madrid ausgiengen. Der ſpaniſche Miniſter des Auswärtigen, Sagasta, richtete am 7. Juli eine Depeſche an die Vertreter Spaniens im Ausland, um ihnen die Gründe auseinanderzuſetzen, aus denen Prim dem Erbprinzen von Hohenzollern die Krone angeboten. Sagasta erinnerte an die vielen erfolgloſen Schritte, die gethan worden ſeien, um für Spanien einen König zu finden. Der gegenwärtige Zuſtand ſei unhaltbar, nachdem die Cortes ſich für die monarchiſche Verfaſſung entſchieden hätten. Die Verlängerung des Proviſoriums würde den unſinnigſten Hoffnungen der Parteien Thür und Thor offen laſſen. Das Kabinet habe daher dem Marſchall Prim die Vollmacht ertheilt, neue Unterhandlungen einzuleiten. Die Regierung habe die Genugthuung, anzeigen zu können, daß am 4. Juli zu La Granja der unter dem Vorſitz des Regenten verſammelte Miniſterrath den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen als Kandidaten für den Thron von Spanien bezeichnet habe. Die ganz günſtigen Umſtände, in welchen ſich der Prinz befinde, und die gute Aufnahme, welche ſeine Anmeldung in der öffentlichen Meinung des Landes gefunden habe, geben der Regierung die angenehme Hoffnung, daß ihr Kandidat demnächst von den Cortes mit einer großen Majorität zum Könige ernannt werden, und daß damit die ruhmreiche konſtituirende Periode, die im September 1868 begann, ihren Abſchluß finden werde. Am Schluß ſagte der Miniſter: „Die Regierung hat allein auf eigene Verantwortung gehandelt und ſich direkt mit dem Prinzen Leopold in's Vernehmen geſetzt, ohne einen einzigen Augenblick daran zu denken, daß ihre Ehre ihr geſtatte, mit dem geringſten Einfluß eines fremden Kabinetts zu transigiren. Ich lenke ganz beſonders die Aufmerkſamkeit Ew. Excellenz auf dieſen Punkt, weil viel darauf ankommt, feſtzuſtellen, daß die Regierung des Regenten in dieſer Sache nur ihren eigenen Regungen gefolgt iſt, und daß kein nationales Intereſſe im

Ausland und noch weniger ein ausländisches Interesse ihren Vorsetzenden im Verlaufe dieser Unterhandlungen geleitet hat. Nur der Wunsch, den Willen der Nation und den Auftrag zu erfüllen, den der Regent und seine Kollegen im Kabinet ihm erteilt, hat ihn bewogen, zur Bewerbung um den Thron Spaniens einen großjährigen Prinzen aufzufordern, der, freier Herr seines Handelns, durch verwandtschaftliche Beziehungen zu den meisten regierenden Häusern, ohne bei irgend einem derselben zur Thronfolge berechtigt zu sein, in dieser Stellung jeden Gedanken einer Feindseligkeit gegen irgend welche eine Macht ausschloß. Somit berührt die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern in keiner Weise die freundschaftlichen Beziehungen Spaniens mit den anderen Mächten und kann und darf noch weniger die Beziehungen, welche dieselben unter sich haben können, berühren.“ An den französischen Gesandten in Madrid erließ Sagasta eine besondere Erklärung, worin er sich beklagte, daß dessen Regierung der Reihe nach alle Kandidaturen bekämpft habe und nur die Wahl des Prinzen Alfons (Sohnes der Exkönigin Isabella) begünstige. Daß Spanien sich von der preussischen Politik in's Schlepptau nehmen lasse, stellte er entschieden in Abrede, bedauerte die Empfindlichkeit Frankreichs und erklärte, daß Spanien sich bemühen werde, die Projekte, welche es für angemessen erachte, zu einem guten Ende zu bringen, ohne daß der Wunsch nach Erhaltung des Friedens Spanien seine Würde und sein Recht, sich in vollkommener Unabhängigkeit neu zu konstituiren, vergessen lassen werde.

Das zweite Aktenstück hatte den oben angeführten Cortesabgeordneten Salazar y Mazarredo zum Verfasser. Derselbe gab in Folge des französischen Värmschlagens die bereits erwähnte Denkschrift vom 23. Oktober 1869 in neuer Auflage heraus und schrieb dazu ein vom 8. Juli 1870 datirtes Vorwort, worin die Nichtbetheiligung Preußens an der hohenzollern'schen Kandidatur von ihm, der alle Fäden derselben in seiner Hand hatte, konstatiert wurde. „Niemand war es verborgen,“ schrieb Salazar, „daß Prinz Leopold bis zu einem gewissen Grad der französischen Regierung wenig genehm sein würde. Und so hielt ich es, als der General die Güte hatte, mich mit der zarten Aufgabe zu betrauen, die ich ausgerichtet habe, für meine erste Pflicht, ihn auf jenen Umstand aufmerksam zu machen, worauf jener nur eine hochpatriotische und klug staatsmännische Ant-

wort gab. Haben wir uns zuerst an einen preußischen Prinzen gewandt, um die Krone anzubieten? Was hat nicht die ganze französische Presse gesagt, weil Spanien in Lissabon, in Cintra, in Florenz und in Harrow Zurückweisungen erfahren hatte? Wenn wir nun in jenen Versuchen kein Glück gehabt haben, und es bekannt ist, daß auf dem Herzog von Montpensier und der Republik ebenfalls das Betö Napoleons ruht: soll deshalb die September-Errungenschaft zu einer steten Unfertigkeit verurtheilt sein? Was kann Frankreich von einem preußischen Prinzen fürchten, der auf dem Throne Spaniens sitzt? und was würde denn der Prinz Leopold Preußen zu verdanken haben? Nichts, gar nichts; alles hätte er dem Willen der spanischen Cortes zu verdanken. Die preußische Regierung hat sich in diese Unterhandlung nicht eingemischt, und der König von Preußen war überrascht, als ihm der Prinz, welcher volljährig ist, nach Gms seinen endgiltigen Beschluß mittheilte, als eine Sache der Höflichkeit. Don Leopoldo würde daher ein spanischer König sein, der weder durch sein Auftreten noch durch seine Neigungen unserem mächtigen Nachbar Besorgnisse einflößen könnte. Welchen Erfolg auch die Kandidatur des Prinzen Leopold haben wird: ich glaube, meinem Vaterlande einen Dienst erwiesen zu haben. Als sehr namhafte Männer in Unthätigkeit verharren, als das Ausland uns vorwarf, auf die tiefste Stufe der Erniedrigung hinabgesunken zu sein, weil niemand die Krone des heiligen Ferdinand annehmen mochte, da hat es sich doch gezeigt, daß unser Vaterland noch groß genug ist, um einen Prinzen von hervorragenden Geistesgaben und aus der königlichen Familie einer der ersten Nationen Europa's zu bewegen, daß er sich mit dem Scepter Spaniens schmücke."

Man hätte glauben sollen, daß bei diesem Thatbestand es der französischen Regierung unmöglich sei, in die Kriegstropfete zu stoßen. Wenn sie es dennoch that, welche Gründe hatte sie? Auf diese Frage gab niemand eine so einleuchtende Antwort als Graf Bismarck, als er am 24. Juli dem englischen Botschafter in Berlin, Lord Loftus, den von dem französischen Botschafter, Graf Benedetti, geschriebenen Vertragsentwurf im Original zu lesen gab und dann am 29. Juli in einer Circulardepeche an die Vertreter des norddeutschen Bundes bei den neutralen Staaten eine Zusammenstellung all der Versuche des französischen Kabinetts, an seiner nördlichen und östlichen Grenze mit Hilfe Preußens einen Länderzuwachs zu erhalten,

übersandte. Graf Bismarck zeigte in dieser Depesche, wie Frankreich in dem letzten Jahrzehnt fast alle seine Nachbarn, Deutschland, Belgien, Luxemburg, die Schweiz, Italien zu verschlingen oder wenigstens zu berauben drohte und Oestreich auf's neue zu bekriegen bereit war. Schon im Jahre 1862, bevor Graf Bismarck das auswärtige Amt übernahm, habe die französische Regierung mit ihm, der damals preussischer Gesandter in Paris war, von ihren Bestrebungen verlauten lassen, ihre Absichten auf Belgien und die Rheingrenze mit preussischem Beistande durchzuführen. In dem deutsch-dänischen Kriege habe sie nur deswegen eine freundliche Haltung beobachtet, um Preußen für solche Pläne günstig zu stimmen. Der Vertrag von Gastein habe in Paris sehr verstimmt, weil man sich dort der Besorgniß hingab, daß eine dauernde Befestigung des preussisch-österreichischen Bündnisses das Tuilerienkabinet um die Früchte dieser seiner Haltung bringen könnte. Schon im Jahre 1865 glaubte man, werde der Krieg zwischen Preußen und Oestreich ausbrechen, und sobald die Beziehungen beider Staaten trotz des Gasteiner Vertrags sich wieder zu trüben begannen, sei die Stimmung des französischen Kabinetts gegen Preußen wieder freundlicher geworden. Vor Ausbruch des Krieges von 1866 seien ihm durch Verwandte Napoleons und durch vertrauliche Agenten desselben Vorschläge gemacht worden, um zum Behuf einer Vergrößerung Preußens und Frankreichs einen Vertrag zu Stande zu bringen. Es habe sich dabei bald um Luxemburg oder um die Grenze von 1814 mit Landau und Saarlouis, bald um größere Objekte gehandelt, bei denen auch von der französischen Schweiz die Rede gewesen und die nicht mißzuverstehende Andeutung gefallen sei, daß man in Piemont gar nicht wisse, wo das Französische aufhöre und das Italienische anfangen. Im Mai 1866 seien alle diese Zumuthungen in dem Vorschlag eines Defensiv- und Offensivbündnisses zusammengefaßt worden, dessen Grundzüge dahin gegangen seien, daß im Fall eines Kongresses die beiden Allirten die Abtretung Venetiens an Italien und Schleswig-Holsteins an Preußen erstreben sollten, und daß, im Fall der Kongreß nicht zu Stande komme, Preußen an Oestreich den Krieg erklären und Frankreich nach Ausbruch der Feindseligkeiten mit 300,000 Mann über Oestreich herfallen solle. Als Siegespreis solle Preußen deutsche Gebiete nach beliebiger Wahl mit 7 bis 8 Millionen Bevölkerung und das Recht erhalten, die Bundesreform in seinem Sinne durchzuführen, Frank-

reich solle das linksrheinische Gebiet zwischen Mosel und Rhein, ohne Mainz und Koblenz, also einen Theil von Rheinpreußen, die bairische Rheinpfalz, Birkenfeld, Homburg und Rheinhessen bekommen. Dieses Allianzprojekt wurde trotz mehrfacher, fast drohender Mahnungen im Juni 1866 von Preußen abgelehnt. Es kam zum Krieg, und nun rechnete Frankreich nur noch auf einen Sieg Oesterreichs, suchte die Niederlage Preußens durch die militärische Beeinflussung Italiens und durch die Cession Venetiens nach Kräften herbeizuführen, und hoffte von dem besiegten Preußen, dem es als Retter sich aufdrängen wollte, jene Zugeständnisse herauszupressen, welche das unbefiegte stets verweigert hatte. Der Tag von Königgrätz und die folgenden Tage machten einen Strich durch diese Rechnung. Nun schickte Benedetti am 5. August die Abschrift eines geheimen Vertrags, der ihm aus Vichy, wo sich damals Napoleon aufhielt, zugesandt worden war, an den Grafen Bismarck. In diesem neuen Vertragsentwurf verlangte Frankreich die Grenzen von 1814, Rheinbaiern und Rheinhessen, Auflösung des zwischen dem deutschen Bund und Luxemburg bestehenden Verhältnisses und Aufhebung des preußischen Garnisonsrechtes in der Festung Luxemburg. Benedetti erklärte noch mündlich, wenn auch diese Forderungen abgeschlagen würden, so sei Krieg die Lösung. Er selbst werde den Kaiser in diesen Forderungen bestärken; denn „die Dynastie sei verloren, wenn sie jene Kompensationen nicht durchsetze.“ In der Reichstags-sitzung vom 2. Mai 1871 theilte Graf Bismarck folgendes darüber mit: „Es ist bekannt, daß ich noch am 6. August 1866 in dem Fall gewesen bin, den französischen Botschafter bei mir eintreten zu sehen, um mir mit kurzen Worten das Ultimatum zu stellen, Mainz an Frankreich abzutreten oder die sofortige Kriegserklärung zu gewärtigen. Ich bin natürlich nicht eine Sekunde zweifelhaft gewesen über die Antwort. Ich antwortete ihm: Gut! dann ist Krieg! Er reiste mit dieser Antwort nach Paris; in Paris besann man sich einige Tage nachher anders, und man gab mir zu verstehen, diese Instruktion sei dem Kaiser Napoleon während einer Krankheit entrisen worden.“ Auch der Abzug der preußischen Garnison aus Mainz, welcher unter nochmaliger Kriegsdrohung gefordert wurde, wurde von Preußen nicht bewilligt.

Frankreich kam zu der Einsicht, daß Preußen niemals in die Abtretung deutschen Gebiets willigen werde. Daher wandte es seine

Blicke von Mosel und Rhein ab und beglückte Belgien und Luxemburg mit seinen väterlichen Absichten. Der Luxemburger Handel wurde eingeleitet, und als derselbe an dem Protest Preußens scheiterte, so legte Benedetti im Frühjahr 1867 dem Grafen Bismarck den dritten Vertragsentwurf zu einem Offensiv- und Defensivbündniß zwischen Preußen und Frankreich vor. Diesem Vertrage zufolge sollte Preußen die käufliche Erwerbung Luxemburgs von Seiten Frankreichs unterstützen, und „in dem Fall, daß der Kaiser der Franzosen durch die Umstände veranlaßt werden sollte, seine Truppen in Belgien einrücken zu lassen oder es zu erobern, wird Preußen den Beistand seiner Waffen dem Kaiser gewähren und wird ihn mit seiner ganzen Land- und Seemacht unterstützen gegen jede Macht, die in dieser Eventualität Frankreich den Krieg erklären würde.“ Für diese Unterstützung bei der Erwerbung Belgiens und Luxemburgs mit etwa 5 Millionen Einwohnern versprach Napoleon die preußischen Annexionen von 1866 anzuerkennen und einer Aufnahme der süddeutschen Staaten in den Nordbund sich nicht zu widersetzen. Auch dieses Anerbieten wurde vom Grafen Bismarck abgelehnt oder vielmehr seine Annahme vorläufig für unmöglich erklärt. „Daß der Glaube der französischen Regierung an die Möglichkeit einer dergleichen Transaktion mit einem deutschen Minister, dessen Stellung durch seine Uebereinstimmung mit dem deutschen Nationalgefühl bedingt ist, seine Erklärung nur in der Unbekanntheit der französischen Staatsmänner mit den Grundbedingungen der Existenz anderer Völker findet, darauf braucht kaum aufmerksam gemacht zu werden. Wenn die Agenten des Pariser Cabinets für die Beobachtung deutscher Verhältnisse befähigt gewesen wären, so hätte man sich in Paris der Illusion, daß Preußen sich darauf einlassen könnte, die deutschen Angelegenheiten mit Hilfe Frankreichs ordnen zu wollen, niemals hingegeben. Wohl aber hielt ich es im Interesse des Friedens für nützlich, den französischen Staatsmännern die ihnen eigenthümlichen Illusionen so lange zu belassen, als dieses, ohne ihnen irgend welche auch nur mündliche Zusage zu machen, möglich sein würde. Ich vermuthete, daß die Vernichtung jeder französischen Hoffnung den Frieden, welchen zu erhalten Deutschlands und Europa's Interesse war, gefährden würde. Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu riefen, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich

sei. So sicher durchschaut niemand die Absichten göttlicher Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Uebel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Nothwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten, eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub des Bruches zu gute kam. Aus diesem Grunde schwieg ich über die gemachten Zumuthungen und verhandelte dilatorisch über dieselben, ohne meinerseits jemals auch nur ein Versprechen zu machen.“

Daß Benedetti das Original dieses von seiner eigenen Hand und auf dem Papier der französischen Gesandtschaft geschriebenen Vertragsentwurfes von 1867 in den Händen des Grafen Bismarck zurückließ, gehört weiter zu den unbegreiflichen Naivetäten dieser französischen Diplomatie. Graf Bismarck mochte ihm wohl gesagt haben, daß er bei gelegener Zeit das Original dem König Wilhelm mitzutheilen wünschte. Und so blieb das kostbare Aktenstück 3 volle Jahre in dem geheimnißreichen Archiv des Grafen Bismarck und trat als vernichtender Zeuge gegen seinen intellektuellen Urheber, den Kaiser Napoleon, auf. Graf Bismarck, welcher es zuerst in einem englischen Blatt, der Times, abdrucken ließ und eine Photographie davon dem englischen Ministerium zuschickte, forderte sämtliche auswärtige Gesandte in Berlin zur Einsichtnahme auf, und sie erkannten alle die Handschrift ihres französischen Kollegen. Dieser und seine Regierung kamen durch die Veröffentlichung dieses Vertragsentwurfes in die größte Verlegenheit, namentlich England gegenüber, das den Schutz Belgiens und die Erhaltung der Integrität dieses neutralen Staates wiederholt für eine der dringenden Pflichten seiner Politik bezeichnet hat. Um den üblen Eindruck abzuschwächen, begab sich am 28. Juli der französische Botschafter in London, Marquis v. Lavalette, zu dem englischen Premierminister Gladstone und las ihm eine Depesche des Herzogs von Gramont vor, in welcher bemerkt war, „daß die Form, in der dieser Vertrag aufgesetzt wurde, und die Punkte, die er enthalte, deutlich zeigen, woher er stamme, und niemanden täuschen können“. Seit dem Jahre 1865 schon habe Graf Bismarck fortwährend durch den Grafen Benedetti oder dessen Stellvertreter, Herrn von Lesèbre, Frankreich Vorschläge gemacht, seine Kompensationen in der westlichen



Schweiz und in Belgien zu suchen. Die kaiserliche Regierung habe solche Aufforderungen „unwillig aufgenommen und kategorisch zurückgewiesen“. Das in der Handschrift Benedetti's existirende Dokument sei ihm durch den Grafen Bismarck in die Feder diktirt worden; dieser habe die französische Regierung in eine Verschwörung gegen die Freiheiten Belgiens zu verwickeln gewünscht, aber der Plan sei, gleich allen früheren, in bestimmter Weise verworfen worden. Wenn Frankreich nach Belgien lüstern wäre, hätte es seinen Zweck mit der angebotenen Hilfe Preußens leicht erreichen können“. Diese Verdrehung des Thatbestandes, wonach der französische Minister alle Schuld auf Preußen und Graf Bismarck schiebt und Frankreich die Rolle der von einem mephistophelischen Verführer umgarnten, aber triumphirenden Unschuld spielen läßt, war auch den Engländern zu stark, zumal da Preußen durch jenen Vertragsentwurf nicht die Annexion, sondern nur die hohe obrigkeitliche Erlaubniß zur Aufnahme der deutschen Südstaaten in den Nordbund erhalten hätte, was denn doch in keiner Weise ein Aequivalent für die Wegnahme Belgiens und Luxemburgs wäre. Auch fiel es ihnen auf, daß der Herzog v. Gramont nur Gegenanschuldigungen vorzubringen wisse, statt schriftliche Dokumente, Bismarck'sche Aktenstücke, schwarz auf weiß, vorzulegen. Die englischen Journale hielten daher die französische Behauptung, daß Graf Bismarck selbst den Vertragsentwurf aufgesetzt habe, für keine sehr gelungene Theorie, wenn man bedenke, daß der Vertrag Frankreich alles, Preußen nichts gegeben hätte. Soviel stehe fest, daß der Kaiser der Franzosen, während er Freundschaft für England heuchelte, die Eroberung Belgiens und somit Krieg mit England proponirt habe.

Ueber die Entstehung des Vertragsentwurfs äußerte sich Benedetti in seinem Schreiben an den Herzog v. Gramont vom 29. Juli mit folgenden, alle Welt erheiternenden Worten: „Herr v. Bismarck bezeugte den lebhaften Wunsch, das durch seine Acquisitionen gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen. Verschiedene Kombinationen wurden vorgebracht; sie wurden ein Gegenstand mehrerer Unterredungen, während welcher Herr v. Bismarck immer darnach trachtete, seine persönlichen Ideen zur Geltung zu bringen. Bei einer dieser Unterredungen und um mir eine genaue Rechenenschaft von seinen Kombinationen zu geben, gieng ich darauf ein, sie sozusagen unter seinem Diktat aufzuzeichnen. Die Form nicht minder als der Zu-

halt zeigt deutlich, daß ich mich darauf beschränkt habe, ein von ihm ausgedachtes und entwickeltes Projekt wiederzugeben. Herr v. Bismarck behielt diese Abfassung, weil er sie dem Könige unterbreiten wollte. Meinerseits legte ich der kaiserlichen Regierung im wesentlichen Rechenschaft ab von den Mittheilungen, welche mir gemacht worden waren. Der Kaiser wies sie zurück, sobald sie zu seiner Kenntniß gelangten". Das französische Journal „Patrie" äußerte über diese Stilübungen der neueren Diplomatie Frankreichs: „Was Herrn Benedetti betrifft, so wollen wir nicht weiter auf seiner Naivetät, auf seiner in seinem Alter und in seiner Lage so seltenen Unerschaffenheit bestehen. Nur einen Wunsch hegen wir, welchen das Interesse des Landes erheischt: die Ereignisse haben Herrn Benedetti jezt Mußestunden gegeben, welche glücklich für uns sind. Wir sind überzeugt, daß alle Minister, welche sie auch seien, Herrn Benedetti diese Mußestunden bis ans Ende seines Lebens lassen werden". Auch Ollivier glaubte für die Unschuld des französischen Kabinetts eine Lanze einlegen zu müssen. In einem Briefe an einen Freund in England schrieb er: „Wie können Sie an die Authentizität des von der „Times" veröffentlichten Vertragsentwurfs glauben"? Aber seine ganze Argumentation, um die Wahrheit des Dokuments zu entkräften, bestand darin, daß er sagte: „Das Kabinet vom 2. Januar hat mit Preußen nichts unterhandelt und nichts beschlossen". Als ob es nicht vor dem 2. Januar 1870 manche französische Kabinette gegeben hätte, welche mit Preußen sehr viel unterhandelt, aber allerdings nichts beschlossen haben. Die Benedetti'sche Fabel, welche mit „so zu sagen" anfängt, ist gar zu kraß. Abgesehen davon, daß es sehr unwahrscheinlich ist, daß ein französischer Botschafter sich zum Sekretär eines preußischen Ministers hergibt und das Papier seiner Gesandtschaft gleich zur Hand hat, muß man doch vernünftigerweise fragen, warum denn Benedetti die Bismarck'schen Gedanken, als unwiderlegliche Zeugen, nicht gleich mit sich nach Hause nimmt und nach Paris schickt, wo man bald eine Verwerthung für sie gefunden, im unschuldigsten Fall sie zum Zweck der Diskreditirung Preußens veröffentlicht hätte, und warum denn Graf Bismarck ein Interesse daran hat, sein eigenes Diktat von Benedetti zurückzufordern, da er, wenn dies seine eigenen Gedanken waren, dieselben sicherlich in deutscher Sprache selbst niedergeschrieben und dem Könige vorgelegt hätte.

Wie die anderen Vertragsentwürfe, so war auch der von 1867 nicht ohne Genehmigung des Kaisers Napoleon dem Grafen Bismarck mitgetheilt, obgleich dies ausdrücklich abgeleugnet wurde. Im folgenden Jahre wurde desselben aufs neue Erwähnung gethan. Als im März 1868 zur Zeit der belgisch-französischen Eisenbahnhändel Prinz Napoleon, welcher den früheren Unterhandlungen nicht fremd war, sich in Berlin befand, so deutete er, mit Bezugnahme auf letztere, dem Grafen Bismarck an, daß für den Fall einer französischen Occupation Belgiens „wir unser Belgien wohl anderswo finden würden (nous trouverions bien notre Belgique ailleurs)“. Auch bei früheren Gelegenheiten, wenn von der orientalischen Frage die Rede war, verhehlte Frankreich seine Gelüste nach Belgien und der Rheingrenze nicht. Es gab dem Grafen Bismarck zu erwägen, daß es bei einer Lösung dieser Frage seine Bethheiligung nicht im fernen Osten, sondern nur unmittelbar an seiner Grenze suchen könne. Graf Bismarck schließt seine Enthüllungs-Depesche vom 29. Juli mit den Worten: „Ich habe den Eindruck, daß nur die definitive Ueberzeugung, es sei mit uns keine Grenzerweiterung Frankreichs zu erreichen, den Kaiser zu dem Entschlusse geführt hat, eine solche gegen uns zu erstreben. Ich habe sogar Grund zu glauben, daß, wenn die fragliche Veröffentlichung unterblieben wäre, nach Vollendung der französischen und unserer Rüstungen uns von Frankreich das Anerbieten gemacht sein würde, gemeinsam an der Spitze einer Million gerüsteter Streiter dem bisher unbewaffneten Europa gegenüber die uns früher gemachten Vorschläge durchzuführen, das heißt, vor oder nach der ersten Schlacht Frieden zu schließen auf Grund der Benedettischen Vorschläge auf Kosten Belgiens.“

Hier haben wir das Richtige, hier haben wir den Hauptschlüssel zur Eröffnung des Napoleonischen Geheimnißschrankes. Auf Ländererwerb sinnend, mit seinen Allianzangebietungen von Preußen zurückgewiesen, glaubte Napoleon, im Juli 1870 sei die Zeit gekommen, wo Frankreich im Stande sei, Preußen die Pistole auf die Brust zu setzen, und zu denjenigen Koncessionen zu zwingen, welche es freiwillig nicht hatte machen wollen. „Entweder mit uns oder gegen uns“ war die Parole des Neffen, welche uns an das stolze Wort erinnert, das der Oheim im Jahre 1805 in Ludwigsburg gesprochen hat: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich“. Napoleon wollte um jeden Preis, auch um den Preis des Krieges Frank-

reich vergrößern, und da ihm hiebei Preußen stets im Wege stand, so glaubte er in der hohenzollernschen Thronkandidatur einen so geschickten Anlaß zu einer Kriegserklärung gefunden zu haben, wie ihm wohl keiner mehr in die Hände gespielt würde. Daß ein Krieg mit Preußen, beziehungsweise mit dem norddeutschen Bund ein ernstes Ding sei, verhehlte er sich zwar nicht; aber die Ueberlegenheit des Chassepot über das Zündnadelgewehr, die Erfindung der Mitrailleuse, von deren Brauchbarkeit er sich im Juni bei einem Besuch in der hiefür bestimmten Fabrik zu Meudon persönlich überzeugt hatte, die Uebermacht zur See und so manches Andere verscheuchten seine Besorgnisse. Das Zunehmen des Radikalismus, besonders in Paris, die revolutionäre Sprache der Blätter, der Klubs, zum Theil auch der Abgeordneten, das Heimweh nach dem alten Absolutismus, bei welchem man diese gefährlichen Elemente so bequem übers Meer versenden konnte, die Entdeckung der 50000 „Rein“, welche die Armee, aller Disciplin entgegen, bei dem Plebisit abgegeben hatte, und endlich der Wunsch, seinem Sohn ein im Innern wohlgeordnetes und starkes, nach Außen mächtiges Frankreich zu hinterlassen: all dies mochte in ihm den Gedanken erzeugen, mit einem raschen Schlage sich den Verlegenheiten der damaligen Situation zu entziehen und durch Eroberung des linken Rheinufers sich wieder zum allgewaltigen Imperator emporzuschwingen. Hatte er die Gebietsvergrößerung erreicht, so glaubte er nichts mehr zu befürchten zu haben. Dann mußte er nicht mehr von Thiers und Gambetta das ewige „Sadowa“ hören, konnte Ollivier heimschicken und ein bonapartistisches Ministerium der Energie berufen, die Sicherheitsgesetze wieder einführen, Cayenne bevölkern, die durch Sieg und Plünderung beraubte Armee zu blinden Werkzeugen seines Willens machen und mit mehr Ruhe seinem letzten Stündlein und dem Uebergang seiner Krone auf das Haupt seines Sohnes entgegensehen. Das linke Rheinufer war der Preis des Krieges, war das Mittel zur Erstarkung seiner Dynastie. Was dann aus Luxemburg und Belgien, ja selbst aus Holland werden, oder vielmehr wie diese 3 Staaten den Konsequenzen des französischen Faustrechts sich entziehen konnten, war schwer zu sagen. Aus der Gotthardfrage war trotz des eifrigen Studiums des Herzogs von Gramont kein Kriegsfall herauszubringen gewesen, alle Staaten hätten sich gegen Frankreich erhoben und wären auf Preußens Seite getreten. Um so er-

wünschter kam die hohenzollern'sche Thronkandidatur, welche das französische Kabinet so gut als die anderen, jedenfalls schon seit dem 11. Juni kannte, über welche es sich aber absichtlich unwissend, überrascht, überlistet stellte, um vor dem eigenen Lande und vor den anderen Staaten mit einem um so größeren Aufwand von sittlicher Entrüstung und theatralischem Pathos auftreten zu können. Von Anfang an wurde daher diese Frage als eine rein dynastische angesehen, als eine Machtfrage der Krone Preußens bezeichnet, welche letztere damit weit über die ihr angewiesene Sphäre hinausgreife und eine Stellung sich gründen wolle, welche der des Kaisers Karl V. gleich sei und eben deswegen die Existenz und die Ruhe aller anderen europäischen Staaten, am allermeisten Frankreichs, das zwischen Preußen und Spanien mitten inne liege, bedrohe. Bei einer rein dynastischen Frage, glaubte Napoleon, werde Preußen nicht nur ganz isolirt stehen, keine auswärtigen Allianzen erhalten, sondern nicht einmal seine süddeutschen Bundesgenossen mit sich ins Feld ziehen sehen und selbst an einigen norddeutschen Verbündeten nur widerwillige Kampfgenossen haben. Denn die auswärtigen Staaten, welche die Uebermacht Frankreichs nur ungern ertragen, würden der drohenden Suprematie des neu aufkommenden Preußens schon aus Neid alle möglichen Hindernisse in den Weg stellen; Baiern und Württemberg, über deren ultramontane und demokratische Kammermehrheiten die Zeitungen ihm höchst Erwünschtes berichteten, über deren Regierungen ihm seine Agenten mehr Preußenfeindliches mittheilen mochten, als sie verantworten konnten, nahmen, dachte er, gewiß an einem Handel nicht theil, dessen Gelingen ihnen die drückendste Vasallenschaft in Aussicht stellte, dessen Mißlingen ihnen ihre volle Souveränität zurückgab (freilich soweit Frankreich dies zugab), und wenn das kleine Baden seine Vorliebe für Preußen bis zur Heeresfolge gegen Frankreich treiben wollte, so war ein rascher Vorstoß von Strahburg aus genügend, die badischen Streitkräfte unschädlich zu machen. Und welchen Vortheil sollte sich Sachsen, das 1813 so treu zu Frankreich gestanden, das 1866 so standhaft bei Oestreich ausgeharrt hatte und der Verwendung dieser beiden Staaten die Rettung von der ihm zugedachten Annexion verdankte, von dieser riesigen Ausdehnung der preußischen Macht versprechen? Und die Welfen in Hannover? Konnte Preußen auf dessen Söhne als auf zuverlässige Soldaten, vollends bei einem dynastischen Kriege

rechnen? Und die Hessen in Kassel und die unter dem Ministerium Dalwigk?

Nach welcher Seite hin Napoleon ausschaute, fand er, wenn er jetzt, um der hohenzollernschen Kandidatur willen, Krieg anfieng, manchen Sonnenblick. Ob dieser lange anhielt oder nur ein ver-rätherischer April-Sonnenblick war, dem bald ein tüchtiger Regen-guß oder ein Schneegestöber folgte, konnte man noch nicht so be-stimmt sagen; Napoleon glaubte das, was er am meisten wünschte. Auch die Kaiserin kam dabei ins Spiel. Sie fühlte sich bei dieser Thronkandidatur als Spanierin persönlich betheilig und ganz speciell verlegt. Wenn die Spanier einen König wollten, so durften sie, soweit es auf Eugenie von Montijo ankam, nur den Sohn Isabella's, den Prinzen Alfons, dazu erwählen, um keine Welt aber, am wenigsten unter allen möglichen Kandidaten, einen deutschen, einen hohenzollernschen Prinzen, der, wenn er auch katholisch war, doch als Deutscher nicht den rechten, nur in Spanien wachsenden, Katholicismus besaß. Auch machte ihr die Kriegspartei weiß, daß der Katholicismus in Frankreich und Deutschland vor dem durch das Unfehlbarkeitsdogma drohenden Schisma nur dadurch bewahrt werden könne, daß Regierungen und Völker ihre Gedanken auf einen anderen Gegenstand als auf diese Infallibilität zu richten genöthigt seien. Ein Krieg werde alle Opposition und alle Proteste verstummen machen, der glückliche Ausgang desselben Millionen von halben und ganzen Königen den rechten Glauben bringen, der Katholicismus triumphirend aus dem Waffenlärm hervorgehen. So stellte sich Eugenie, der künftigen Heiligprechung gewiß, an die Spitze der Kriegspartei und gab dem Eroberungszug des bonapartistischen Chauvinismus noch das feine Aroma eines Kreuzzugs für die katho-lische Kirche. Es mußte einen frischen, fröhlichen Krieg geben, in welchem die Heiligen des katholischen Himmels mit ihren Flammen-schwertern auf der Seite Frankreichs standen und den Sieg ent-schieden. Nur um das eine war diese Kriegspartei besorgt, ob Preußen auch wirklich den hingeworfenen Handschuh aufheben werde. Sie suchte ihm den Ausweg so schwer als möglich zu machen. „Demüthigung oder Krieg!“ war vom 4. Juli an die Losung. Und wenn es die eine Demüthigung hinnahm, wurde sie noch zu leicht befunden und in der Weise des alten Galliers Brennus ein noch schwereres Gewicht in die Waagschale gelegt. Schon am 4. Juli,

als Olivier dem preußischen Gesandten, Freiherrn von Werther, von einer „Kriegsdrohung“ sprach, war eigentlich der Krieg entschieden. Wer eine diplomatische Frage mit dem anfängt, womit sonst die civilisirten Kabinette erst am Schluß kommen, der zeigt eben damit, daß er um jeden Preis Händel will, daß er seinem Gegner keine andere Wahl lassen will als die zwischen Ehrlosigkeit und Kauferei, und daß er, selbst wenn die erste gewählt würde, durch neue Brutalitäten die zweite zu erzwingen sucht. Der Herzog von Gramont und alles was hinter ihm stand, war nichts anderes als der gemeine Kaufbold, welcher seinem Nachbar, der sich ein schönes, geordnetes Hauswesen gegründet hat, mit dem Prügel in der Hand die Abtretung seiner Gärten und Waldkulturen abtrotzen, ihn um die Früchte seiner Arbeit und seines Fleißes bringen wollte. Indem er von Anfang an die hohenzollernsche Frage als ein preußisches Intriguenstück darstellte, die officiöse Presse in diesem Sinne inspirirte, den Prinzen Leopold einen preußischen Prinzen nannte, von dem jetzigen Spanien als von dem „Throne Karls V.“ sprach, schnitt er Preußen jeden friedlichen Ausweg ab. Dies war der Zweck, weßwegen die spanische Thronkandidatur gleich im Beginn mit so viel Aufsehen in Scene gesetzt wurde, und wenn auch einige thatsächliche Unrichtigkeiten mit unterliefen, so machte das einem französischen Minister nichts aus. Der Unterschied zwischen einem Prinzen des fürstlich hohenzollernschen Hauses und einem Prinzen des preußischen Königshauses, sowie der zwischen dem von der Königin Isabella hinterlassenen Throne und dem Throne Karls V., in dessen Reiche die Sonne nicht untergeht, ist in Deutschland jedem halbwegs gebildeten Menschen sehr klar, daher man es dort im höchsten Grade lächerlich fand, daß das französische Kabinet durch einen hohenzollernschen König von Spanien sich beunruhigt fühlen sollte und einen solchen als den Vasallen des Grafen Bismarck ansah. Was hat man nicht in Wien von dem Fürstenthum des hohenzollernschen Prinzen Karl in Rumänien gefürchtet! und wie haben sich diese Besorgnisse im Laufe von drei Jahren als so vollständig unbegründet erwiesen! Nicht anders war es mit dessen Bruder Leopold, wenn er den von dem Getöse der Parteien umrauschten spanischen Thron bestieg. Die eine politische Folge, welche für Preußen angenehm, für Napoleon unangenehm gewesen wäre, hätte diese Thronbesteigung gehabt, daß König Leopoldo sich nie zu einer spa-

nisch-französischen Allianz gegen das protestantische Deutschland hergegeben hätte, wie eine solche zwischen Napoleon und Isabella eben in den Tagen, als Krone und Scepter ihr entchwanden, im Werke war. Die spanische Thronfolge, im Lichte der Wahrheit gesehen, gab so wenig einen Kriegsvorwand ab, daß das französische Kabinet die größten Entstellungen und Verdrehungen zu Hilfe nehmen mußte, um nur wenigstens die Massen täuschen zu können. Man war wieder im Zeitalter Ludwigs XIV., wo Eroberung und Plünderung für Ausflüsse einer feinen Politik galten. Glücklicherweise war auf der gegnerischen Seite ein Staatsmann wie Wilhelm von Oranien, der Prinz Eugen fehlte auch nicht, die Nachkommen des großen Kurfürsten waren ihres Ahnherrn würdig, Deutschland hatte keine Kurfürsten von Baiern und von Köln, brauchte nicht mit seinen Verbündeten abzurechnen, sondern stand auf eigenen Füßen. Wenn Napoleon im Jahre 1870 seinen Raubkrieg gegen Deutschland begann, so begann er ihn zwar als Ludwig XIV., aber nicht mit dem Deutschland zur Zeit dieses Monarchen. Wer diesen Unterschied nicht bedachte, machte einen Rechenfehler, der für die ganze Firma „Frankreich“ unheilvoll werden konnte. Zunächst wurden zur Bearbeitung der Massen und zur Täuschung derer, welche sich täuschen lassen wollten, noch weitere Hebel angelegt.

Die officiöse Presse trieb ihr Piratenhandwerk wieder so toll wie je. Der alte Girardin schrieb in der „Liberté“, die Herzenswünsche des Kaisers ausplaudernd, „man müsse Preußen mit Kolbenstößen in den Rücken zwingen, über den Rhein zu gehen und das linke Rheinufer zu räumen.“ Cassagnac rief in seinem „Pays“, am 8. Juli aus: „Das laudinische Joch ist bereit für die Preußen; sie werden sich darunter beugen und zwar ohne Kampf besiegt und entwaffnet, wenn sie es nicht wagen einen Kampf aufzunehmen, dessen Ausfall nicht zweifelhaft ist. Unser Kriegsgeschrei ist bis jetzt ohne Antwort geblieben. Die Echo's des deutschen Rheins sind noch stumm. Hätte uns Preußen die Sprache gesprochen, die Frankreich spricht, so wären wir schon lange unterwegs.“ Das Organ Oliviers, der „Moniteur“ schrieb am nämlichen Tage: „Preußen, durch seine ersten Erfolge in Selbsttäuschung versetzt, scheint sich das Uebergewicht und die Herrschaft in Europa anmaßen zu wollen. Es ist Zeit, solchem Anspruch ein Ziel zu setzen. Die Frage muß erweitert werden, und heute ist die Entfugung des Prinzen Leopold auf



den spanischen Thron nicht mehr ausreichend; denn dies würde seitens des Grafen von Bismarck nur ein geschicktes Verfahren sein, uns zu entwaffnen, mit dem Vorbehalt, später eine bessere diplomatische Stellung einzunehmen und uns, nachdem er seine militärischen Streitkräfte und die öffentliche Meinung in Deutschland vorbereitet, in neue und ernste Verlegenheiten zu verwickeln. Man würde immer von vorn anfangen müssen. Das Wenigste, was wir verlangen müssen und was uns heute befriedigen kann, wäre die formelle Bekräftigung und die absolute Ausführung des Prager Friedens seinem Wortlaute und Geiste nach, das heißt, die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, welche zum Süden gehört, das Aufgeben eines jeden militärischen Einflusses jenseits des Mains und die Regulirung des Artikels V. mit Dänemark. Dies sind die einzigen Garantien, welche uns befriedigen könnten, und wenn man sie uns nicht gewährt, so können unsere Forderungen nur größer werden.“ Nur wenige Blätter wagten es, dem wüthenden Kriegsfeuer einen Dämpfer aufzusetzen und der kritischen Betrachtung Raum zu gönnen. Das Journal des Débats vom 7. Juli meinte, Sadowa sei allerdings schwer zu verdauen; aber es wäre ungeschickt, Sadowa in Madrid zu suchen; man sollte seine Beschwerden für bessere Gründe oder für bessere Vorwände aufheben. Was den Prinzen Leopold bei den Spaniern verdächtig machen könnte, sei weit mehr seine Verwandtschaft mit der französischen Kaiserfamilie als die mit der preussischen Königsfamilie; denn jener stehe er weit näher als dieser.“ Treffend bemerkte Neffzer im „Temps“ vom 9. Juli: „Alles spricht dafür, daß man mit einer öffentlichen Erklärung wenigstens hätte warten sollen, bis Herr Werther zurückkam; aber man wartet nicht, benutz die Interpellation des Herrn Cochery und ersteigt hastig die Rednerbühne, erklärt, keinen Bescheid ertheilen zu können und antwortet dennoch, und zwar auf eine vielleicht nicht wieder gut zu machende Art. Wir aber fragen, heißt das handeln, wie vernünftige Männer, Männer, würdig die Geschäfte Frankreichs zu besorgen, handeln sollen? Ein solches Vorgehen ist alles Mögliche, Ungezügelt, Verblendung, aber Politik? Nein! Es müßte denn sein, daß dem Ungezügelt eine starke Dosis Berechnung zu Grunde läge, sowie der Wunsch, die Dinge zu beschleunigen, um unangenehmen Erklärungen und demüthigenden Geständnissen betreffs vergangener Fehler

vorzubeugen, oder daß man die erste Kriegsgelegenheit hätte benutzen wollen.“ Der „Siècle“ vom 9. Juli sagte: „Was will man thun? Will man etwa, wenn Spanien den Hohenzollern wählt, eine Armee auf Spanien und eine andere auf Preußen werfen? Eine bejahende Antwort ist geradezu widersinnig. Es ist die Pflicht eines jeden guten Bürgers, Frankreich zuzurufen: „Nimm dich in Acht! Keine Unbesonnenheit! Keine Ueberstürzung!“

An den Ministern, welche sich noch weit kriegslustiger zeigten als Napoleon selbst, giengen solche warnende Stimmen spurlos vorüber. Der Herzog von Gramont und Ollivier zählten in einem Gespräche am 8. Juli dem Gesandten eines neutralen Staates alle Leiden Frankreichs auf und alle Demüthigungen, welche es seit 1866 von Preußen hingenommen habe. Königgrätz, die Gründung des norddeutschen Bundes, die Schutz- und Trugbündnisse mit den süddeutschen Staaten, Nordschleswig, Luxemburg, der belgische Eisenbahnhandel, die Gotthardbahn kamen bei diesen Bekenntnissen in erster Linie vor. Sie stellten Frankreich, welches doch so wenig ein Recht hat, in die deutschen Angelegenheiten sich einzumischen, als Deutschland ein solches Frankreich gegenüber beansprucht, so geduldig, so unschuldig hin wie eine Madonna, meinten aber schließlich, alles habe seine Grenzen. „Der preußische Prinz auf dem spanischen Thron mache das Maß voll und bringe den Kelch zum Ueberlaufen. Frankreich werde dies nun und nimmermehr dulden, und Preußen müsse außerdem Garantien für sein künftiges Wohlverhalten geben. Die Regierung habe seit zwei Monaten durch ihre Agenten erfahren, daß im norddeutschen Bund insgeheim, aber eifrig gerüstet werde. Sie habe sich diese Mittheilungen nicht erklären können und dieselben für irrthümliche gehalten; jetzt aber sei ihr plötzlich alles klar geworden, und sie sei überzeugt, daß sie es hier mit einem von langer Hand angelegten Plane gegen Frankreich zu thun habe. Spanien wegen der Wahl Leopold's den Krieg zu erklären, komme ihr gar nicht in den Sinn; sie halte sich einfach an diejenige Macht, von der die im Dunkeln betriebene Kabale ausgehe.“ In diesem Sinne schrieb Gramont an den französischen Gesandten in Madrid am 7. Juli, „daß Frankreich seinen Sympathien für Spanien stets treu bleiben werde; denn es habe zu viel Vertrauen in die Gesinnungen der spanischen Nation, um zu glauben, daß man in Madrid einzig auf der Lösung beharre, welche gleichzeitig Frankreichs Würde

und Interessen verlege.“ In einer Circulardepeſche an die franzöſiſchen Geſandten im Ausland vom 9. Juli forderte Gramont dieſelben auf, in ihren Unterhaltungen mit den Mitgliedern der Regierung, bei welcher ſie beglaubigt ſeien, hervorzuheben, daß Frankreich nichts verlange, was nicht mit den Präcedenzfällen des öffentlichen europäiſchen Rechts übereinſtimme. „Unſere Principien ſind dieſelben, welche die Großmächte in Belgien im Jahre 1831 zur Geltung brachten bei der Wahl des Herzogs von Nemours zum König der Belgier; welche 1862 Frankreich und Rußland geltend machten bei der Wahl des Prinzen Alfred zum Könige der Hellenen durch das allgemeine Stimmrecht; welche im Jahre 1862 England und Frankreich vereinigt in Betreff des Herzogs von Leuchtenberg, des ruſſiſchen Kandidaten für den griechiſchen Thron, zur Geltung brachten; welche Kaiſer Napoleon III. ſelbſt freiwillig angewendet hat bei Gelegenheit der Kandidatur des Prinzen Mürat zum Thron von Neapel. Wir würden es nicht verſtehen, wie man uns die Wohlthat einer Doctrin verſagen könnte, welche die Mächte ſchon angenommen und auch oft ſchon ſanktionirt haben.“ Die nämliche Argumentation hatte das Lieblingsorgan Gramont's, der „Conſtitutionnel“, am 8. Juli entwickelt und dabei am Schluß erklärt, es genüge nicht, daß man ſage, Preußen ſtehe der Kandidatur fern; ob fern oder nicht fern: wie den obenangeführten Prinzen die Annahme der ihnen angetragenen Kronen unterſagt worden ſei, ſo müſſe Preußen dem Prinzen von Hohenzollern unterſagen, die ſpaniſche Krone anzunehmen.“ Sieht man dieſe von Gramont aufgeſtellte Vergleichung des Prinzen Leopold mit früheren Thronkandidaten etwas näher an, ſo findet man ſie im höchſten Grade unpaſſend. Denn jene Thronkandidaten waren ſämmtlich nahe verwandt mit den Beherrſchern von Großmächten, Prinz Leopold aber iſt mit Napoleon näher verwandt als mit König Wilhelm; die Mutter des Prinzen iſt eine Waſe des Kaiſers Napoleon, da ihre Mütter Hortenſe und Stephanie Beauharnais Halbſchweftern waren, während die Verwandtſchaft der ſigmaringiſchen Linie der Hohenzollern mit der königlichen in Preußen auf alter Tradition und auf Dokumenten beruht, deren Beweiſkraft den hiſtoriſchen Forſchern noch heutzutage einige Mühe macht. Nicht kleiner iſt der Unterſchied, wenn man die Länder in Betracht zieht. Die Thronbeſteigung eines franzöſiſchen Prinzen in Belgien wäre der Anfang zur Annexion dieſes

Landes; daß aber Spanien je von Preußen annektirt werden könnte, wird selbst Gramont, der hierin viel zu leisten vermag, nicht zu behaupten wagen. Das kleine Griechenland, welches zu Rußland, England und Frankreich in dem Verhältniß eines Schütlings zu seinen Schuzmächten steht, mußte natürlich bei der Besetzung seines Thrones den Wünschen und Protesten jeder dieser drei Mächte Gehör schenken; aber die Cortes und die Regierung von Spanien würden, sobald Prinz Leopold auf seiner Annahme beharrte, um ein Verbot Preußens wenig sich kümmern. Und was endlich den Prinzen Mürat betrifft, so kam die Uneigennützigkeit des Kaisers Napoleon durch dessen Kandidatur in eine sehr schwache Versuchung; denn diese Kandidatur existirte gar nicht, war nie eine officielle. Keine konstituierende Gewalt in Neapel hat nach dem italienischen Kriege den Prinzen Mürat zum Thron vorgeschlagen oder gar berufen, sondern das haben die Herren Mürat und Napoleon in Paris selbst besorgt. Zuerst machten sie die Kandidatur und dann, als sie sahen, daß in Neapel niemand etwas davon wissen wolle und ganz Stalien sich dagegen erhebe, spielten sie die Hochherzigen, gaben die Kandidatur auf und nannten dies einen „Präcedenzfall.“

Die Kriegsrüstungen hatten indessen bereits begonnen. Der Telegraph vom 7. Juli meldete, daß in Toulon bereits sämtliche Transportschiffe in Stand gesetzt würden, um die algierischen Regimenter nach Frankreich zurückzuführen, daß beurlaubte Soldaten zu ihren Truppentheilen einberufen seien, daß im Kriegs- und Marine-Ministerium ungeheure Thätigkeit herrsche. Der Maire zu Seltz im Elsaß erhielt schon am 8. Juli den Befehl, „einen intelligenten Mann nach Rastatt über den Rhein zu schicken und nach Paris zu telegraphiren, was die badischen Pontoniere machen.“ Ein Marinebeamter in Boulogne klagte am 12. Juli, daß er nirgends einen Lotsen für die Ostsee aufzutreiben könne. In dem gesetzgebenden Körper gieng es in der Weise wie am 6. Juli fort. Die Linke machte viele neugierige Fragen und die Regierung gab keine oder nichts sagende Antworten. In der Sitzung vom 7. Juli verlangte Favre, daß schon jetzt der Tag für die Diskussion des spanischen Zwischenfalles angesetzt werde und zwar womöglich auf diesen oder den folgenden Tag. Olivier bat die Kammer, die An Gelegenheit noch weiter zu vertagen. Favre rief ihm zu: „Auf un-

bestimmte Zeit, damit man noch recht lange an der Börse spielen kann?“ und erlaubte sich damit gegen den Hof und das Ministerium eine Verdächtigung, wozu frühere Vorgänge ihm einige Berechtigung gaben. In der Sitzung vom 11. Juli wurde aufs neue eine Anfrage hinsichtlich der spanischen Angelegenheit an das Ministerium gestellt. Der Herzog von Gramont erwiderte, er begreife zwar vollkommen die Ungeduld der Kammer und des Landes, doch sei es unmöglich, schon jetzt der Kammer definitive Entscheidungen mitzutheilen. Die Regierung erwarte eine Antwort, und von dieser werden die Entschlüsse abhängig sein. Bis zur Stunde scheine es, als ob alle Kabinette die Berechtigung der von Frankreich erhobenen Beschwerden anerkennen. Er appellire an den Patriotismus und den politischen Takt der Kammer, wenn er dieselbe ersuche, sich mit der gegebenen unvollständigen Aufklärung für heute zu begnügen. Darauf fragte ihn Arago, ob die von dem französischen Kabinet aufgeworfenen Fragen sich ausschließlich auf den speciellen Fall der hohenzollernschen Thronkandidatur beziehen, oder ob auch noch andere hiemit nicht zusammenhängende Fragen angeregt seien. „Den letzteren Fall müßten wir für einen einfachen Vorwand erklären, um den Krieg herbeizuführen“. Als Gramont sich erhob, um Arago zu antworten, protestirte die Rechte dagegen, und Gramont war so rücksichtsvoll gegen dieselbe, seine diplomatischen Geheimnisse nicht auszulaudern.

Von großer Wichtigkeit für die Beurtheilung des französischen Kabinetts ist eine Unterredung, welche Gramont mit dem englischen Botschafter Lord Lyons hatte. Der letztere machte hievon in seiner Depesche vom 8. Juli dem englischen Minister des Auswärtigen, Lord Granville, Mittheilung: „Preußen, sagte Gramont, habe noch keine Antwort auf die Forderung Frankreichs gegeben; in Folge dessen dürfe dieses mit seinen militärischen Vorbereitungen nicht länger zögern. Einige Schritte in dieser Richtung seien bereits geschehen, und morgen müßten die Behörden allen Ernstes beginnen“. Lord Lyons drückte sein Erstaunen und Bedauern aus, daß die französische Regierung mit solcher Raschheit vorgehe. Aber Gramont beharrte darauf, daß ein längerer Aufschub unmöglich sei. „Man könne nicht sagen, daß Frankreich den Streit suche; es habe seit Sadowa eine Geduld, eine Mäßigung, einen versöhnlichen Geist entwickelt, der nach der Meinung vieler Franzosen zu weit gegangen

sei. Es stehe ernstlich zu hoffen, daß der König von Preußen dem Prinzen offen verbieten werde, nach Spanien zu gehen. Es gebe indessen noch eine andere Lösung der Frage, auf welche er (Gramont) die englische Regierung besonders aufmerksam machen wolle. Der Prinz von Hohenzollern könnte seine Präensionen auf den spanischen Thron aus eigenem Antrieb aufgeben. Ein freiwilliger Rücktritt seitens des Prinzen würde seiner (Gramonts) Ansicht nach eine höchst glückliche Lösung dieser schwierigen und verwickelten Fragen sein, und er bitte die englische Regierung, allen ihren Einfluß aufzubieten, um eine solche Lösung zuwege zu bringen“. Indem die englische Regierung dies that, forderte sie zugleich das französische Kabinet zur Mäßigung auf. Dies war vergebens; die militärischen Rüstungen nahmen ihren Fortgang. In einer Depesche vom 10. Juli benachrichtigte Lord Lyons den Minister Granville von einer neuen Unterredung, in welcher ihm Gramont gesagt habe, „daß einfache Vorsicht gebiete, mit den militärischen Vorbereitungen nicht zurück zu sein. Es sei nöthig, daß Frankreich wenigstens ebensoweit sei als Preußen. Die französische Regierung wolle auf eine kurze Frist, etwa 24 Stunden, jene großen, ostensiblen Kriegsvorbereitungen, wie Einberufung der Reserven, welche die öffentliche Stimmung in Frankreich in Brand stecken würden, verschieben. Alle wesentlichen Vorbereitungen indeß müßten unverzüglich ausgeführt werden. Die französischen Minister würden unweise sein, wenn sie es darauf ankommen lassen wollten, Preußen durch ausweichende Vorwände einen Zeitgewinn zu gestatten. Wenn der Prinz jetzt auf den Rath des Königs von Preußen hin seine Kandidatur zurückzöge, so würde die ganze Angelegenheit erledigt sein. Wenn aber der Prinz nach seiner Berathung mit dem König darauf beharre, als Kandidat für den spanischen Thron aufzutreten, dann werde Frankreich sofort gegen Preußen den Krieg erklären“. Wäre er ehrlich gewesen, so hätte er seinem ersten, den freiwilligen Rücktritt enthaltenden Satze noch die Worte hinzufügen können, welche eine sehr hochgestellte Persönlichkeit in Paris schon am 8. Juli geäußert hatte: „Es wäre für uns sehr unangenehm, wenn der König von Preußen nachgäbe; denn dann müßte man wieder von vorn anfangen“, das heißt, man müßte nach einem neuen Vorwand, nach einem neuen, vielleicht noch schlechteren Kriegsfall sich umsehen.

Die Antwort, nach welcher das französische Ministerium und

die Kammer so sehr verlangte, sollte aus Gms kommen. Dort war Freiherr von Werther am Nachmittag des 6. Juli eingetroffen und hatte sofort eine längere Audienz bei dem Könige. Auch an den folgenden Tagen fanden täglich Konferenzen im Kurhause statt, an welchen der Vertreter des auswärtigen Amtes, Geheimrath Abeken, theilnahm. Auch auf der Brunnenpromenade sah man den König stets in lebhaftem Gespräch mit Freiherrn von Werther. Am 8. Juli empfing der König den früheren Gesandten in Madrid, den Grafen Galen, und arbeitete darauf mit dem Militärkabinet. Am Abend dieses Tages reiste der preussische Militärbevollmächtigte in Paris, Major Graf Walderssee, auf seinen Posten zurück; die Rückreise des Freiherrn von Werther sollte erst am 11. Juli stattfinden. Seinem Stellvertreter in Paris, dem Grafen Solms, wurde am 9. Juli mitgetheilt, daß die spanische Thronfrage nicht Preußen und Deutschland, sondern nur Spanien und dessen Thronkandidaten etwas angehe. „Die Verhandlungen mit dem letzteren habe der Marschall Prim ohne Betheiligung Preußens direkt führen lassen. Der König von Preußen habe aus Achtung für den Willen Spaniens und des Prinzen eine Einwirkung auf diese Verhandlungen weder üben wollen noch geübt und daher die Kandidatur weder befördert noch vorbereitet“. Mit diesen Anschauungen stimmte, wenige Ausnahmen abgerechnet, ganz Deutschland überein, und die hervorragendsten Blätter gaben ihrer Ansicht einen entschiedenen Ausdruck. Alle waren darin einig, daß Deutschland gegenüber den französischen Impertinenzen nicht im geringsten nachgeben dürfe, und verurtheilten aufs schärfste die taktlose Haltung der französischen Minister. Die Berliner Börzenzeitung schrieb: „Man kann ohne weiteres sagen, Preußen würde auch in Deutschland keine Bedeutung mehr haben, wenn es zum zweitenmal (zum erstenmal in der Luxemburger Angelegenheit) einer französischen Forderung, bloß weil sie von jener Seite kommt, sich fügte. Es handelt sich um eine politische Machtfrage der eklatantesten Art, um die Zurückweisung einer Insulte, die man in raffiniertester Weise von Paris aus Preußen zufügen will. Die Kreise, deren Interessen unsere Zeitung zunächst gewidmet ist, werden schwerer als irgend andere von der jetzigen Situation betroffen; aber sie denken zu patriotisch, um nicht alle materiellen Interessen geringer zu achten als die Ehre der Nation“. Die „Magdeburgische Zeitung“ rief aus: „Es ist eine Schande für Europa, daß es sich Jahr

für Fahr durch Narren beunruhigen lassen soll, aber wir können und müssen Geduld haben. Diese Narrheit ist deshalb seit den letzten Jahren größer als je, weil sie die Zwangsjacke vor Augen sieht, welche sie nöthigen wird, sich ruhiger zu verhalten. Je mehr der deutsche Staat sich organisirt, je mehr der norddeutsche Bund sich dem Ziele nähert, sich durch die Aufnahme der Südstaaten zu vervollständigen, um so weniger Spielraum behält der Uebermuth unsrer westlichen Nachbarn. Das einige Deutschland bedeutet den Frieden der Welt, bedeutet das Ende der tollen Willkür Frankreichs". Die „Weserzeitung" sagte: „Frankreich hat von Deutschland, unter Androhung von Feindseligkeiten die Erfüllung einer Bedingung gefordert, welche Deutschland, wenn es auch die größte Memme auf Gottes Erdboden wäre, gar nicht erfüllen könnte. Spanien ist ein ominöses Land für französische Politiker. Wie viele von ihnen haben sich dort schon verbrannte Finger geholt! Keiner aber hat es so plump und kindisch angefangen wie der Staatsmann des liberalen Kaiserreiches". Die „Nationalzeitung" vom 11. Juli veröffentlichte ein höchst interessantes französisches Aktenstück, welches schon vor einiger Zeit der französischen Gesandtschaft in Stuttgart von Paris aus zugesandt worden war, und woraus deutlich hervorgeht, daß das französische Kabinet den Krieg mit Preußen längst ins Auge gefaßt und dabei die preußenfeindliche oder wenigstens passive Haltung der Südstaaten vorausgesetzt hat. Es waren 41 Fragen, welche der Gesandte dem wißbegierigen Kabinet zu beantworten gehabt hat. Dieselben betrafen hauptsächlich die Angabe der Namen der hervorragenden Männer in Württemberg, das dortige Parteiwesen, die Presse, die politische Stimmung, die Handelsinteressen. Am Schluß wurde gefragt, ob die württembergische Regierung das mit Preußen abgeschlossene Schutz- und Trugsbündniß be-daure; ob sie im Kriegsfall mit Preußen gehe; ob Frankreich im Fall eines Krieges Bundesgenossen im Süden finden würde; wie der Geist der württembergischen Armee sei; warum die württembergische Regierung ihre Armee immer mehr zu verpreußen suche; ob die Regierung den Eintritt in den Nordbund wünsche; welches die politischen Ansichten und Tendenzen der hauptsächlichsten Mitglieder des Kabinetts seien; welchen Einfluß die Königin Olga auf die Politik habe; ob Württemberg von Rußland unterstützt werde; ob die gegenwärtige Lage von Dauer sein und welche Vermuthun-



gen man für die Zukunft anstellen könne. Der Schwerpunkt des Aktenstückes, welches vermuthlich auch den Gesandten in München, Karlsruhe und Darmstadt zugestellt worden ist, lag in der Frage nach der Wehrfähigkeit des Landes und nach der Möglichkeit, daß dieselbe, durch eine Allianz Süddeutschlands mit Frankreich, letzterem zu gute komme. Bei der Unbekanntheit der französischen Gesandten und sonstigen Agenten mit der Sprache und den übrigen Verhältnissen Deutschlands und seiner einzelnen Staaten kann man sich denken, was für sonderbare Antworten auf diese 41 Fragen im französischen Ministerium einliefen, zumal da die untergeordneten Agenten um so besser bezahlt wurden, je günstigere Berichte sie einschickten.

Die französische Regierung beharrte auf der einmal eingeschlagenen Bahn. Nichts brachte sie von ihrer tollen Kriegswuth zurück, weder die Unterredungen mit den zur Mäßigung mahnenden fremden Gesandten, noch die Aeußerungen des Erstaunens, welche ihr von Gms und von Madrid zukamen, noch die ruhige, aber feste Haltung der deutschen Presse und des Volkes. Sie gieng schnurgerade ihrem Ziele, der Demüthigung oder Befriedigung Preußens, entgegen und eben damit ihrem Verhängniß. Obgleich sie wußte, daß der König von Preußen in Gms sich zur Pflege seiner Gesundheit aufhalte und keinen einzigen Minister bei sich habe, somit Verhandlungen mit auswärtigen Gesandten ausgeschlossen oder doch höchst unerwünscht seien, so schickte der Herzog Gramont dennoch den Grafen Benedetti dahin, um mit dem König persönlich zu verkehren. Derselbe ist geborener Korse und einer der wenigen, welche in die permanente napoleonische Verschwörung eingeweiht waren. Er hatte im Jahre 1860 einen diplomatischen Erfolg errungen und hielt sich seither für unwiderstehlich. Damals, als fast ganz Italien wie ein reifer Apfel in den Schoß des Königs Viktor Emanuel und seines Ministers, des Grafen Cavour, fiel und diese, von ihrem Glücke berauscht, sich nicht mehr recht erinnern wollten, daß sie dem Kaiser Napoleon für seine Hilfeleistung die Abtretung von Savoyen und Nizza zugesagt hatten, schickte Napoleon den Grafen Benedetti in außerordentlicher Mission nach Turin und verlangte die sofortige Abtretung dieser Gebiete. Benedetti, hinter dessen Rücken sein zürnender und entschlossener Gebieter stand, trat in Turin sehr entschieden auf und brachte das Handelsgeschäft in wenigen Tagen ins Reine. Im Jahre

1864 wurde er als Botschafter nach Berlin versetzt und glaubte dort mit leichter Mühe ähnliche Geschäfte abschließen zu können. Aber er fand dort weder einen Viktor Emanuel noch einen Cavour, sondern einen König Wilhelm und einen Grafen Bismarck. Beide sind weder durch einen geheimen Familienvertrag, noch durch Dankbarkeit für militärische Hilfe, noch durch den gleichen Verschwörungssinn an den Tuilerienpalast gebunden. König Wilhelm ist gegenüber Viktor Emanuel ein Charakter, und Graf Bismarck überragt seinen italienischen Kollegen an politischer Weitsicht, an Kenntniß und Beherrschung der Personen. Wie stümperhaft Benedetti sein Diplomatengeschäft in Berlin trieb, wie Graf Bismarck ihn und die ganze napoleonische Sippschaft Jahre lang so behandelt hat, wie sie es bei ihrer Charakterlosigkeit und rohen Unwissenheit verdienten, wie er sie jahrelang an der Nase herumgeführt und ihnen zuletzt noch ihre eigenen Manuskripte als Belastungszeugen vor's Gesicht gehalten hat, ist oben bei Angabe der diplomatischen Enthüllungen bereits gezeigt worden.

Benedetti hatte soeben eine Badekur in Wildbad begonnen. Dort erhielt er am 7. Juli ein Telegramm von Gramont mit der Weisung, sofort nach Ems abzureisen. „Ein Attaché, welchen ich morgen früh abreisen lasse, wird Ihnen Instruktionen dahin bringen.“ Benedetti reiste sogleich ab, ganz in dem Vollgefühl seiner neuen Mission, welche ihm die Möglichkeit darbot, die erlittenen Niederlagen zu rächen und hinter dem Rücken des abwesenden Bismarck ein diplomatisches Meisterstück zu machen. Er zweifelte nicht an seinem Erfolg; hatte er doch den Krieg in den Falten seiner toga. Am Abend des 8. Juli kam er in Ems an und erbat sich am 9. Juli eine Audienz bei dem Könige. Sie wurde ihm gewährt. Der König empfing ihn wohlwollend und soll ihm gesagt haben: „Ich weiß, weshalb Sie kommen; aber über die hohenzollernsche Kandidatur wollen wir uns nicht entzweien.“ In diesen Worten lag deutlich, daß der König den Krieg weder wollte noch an seine Möglichkeit bei diesem Anlaß dachte, und daß er privatim dem Prinzen Leopold zur Verzichtleistung rathen werde. Aber die Instruktion, welche Benedetti durch den Attaché erhalten hatte, lautete ziemlich anders. Der Botschafter verlangte im Namen seiner Regierung von dem Könige, derselbe solle dem Erbprinzen von Hohenzollern den Befehl ertheilen, seine Annahme der spanischen Krone zurückzu-

nehmen, und dadurch das Wort sprechen, welches Europa die Ruhe wieder gebe. Der König erwiderte ihm, daß die Unruhe, von welcher Europa erfüllt sei, nicht von einer Handlung Preußens, sondern von den Erklärungen der kaiserlichen Regierung im gesetzgebenden Körper herrühre. In dieser ganzen Angelegenheit sei er nur als Familienhaupt, niemals als König von Preußen begrüßt worden; er habe keinen Befehl zur Annahme der Thronkandidatur ertheilt und könne ebensowenig einen Befehl zur Zurücknahme ertheilen. Diese Antwort war nicht nach dem Geschmack des kriegslustigen Kabinetts in Paris. Benedetti erhielt daher den Befehl, einen zweiten Anlauf zu nehmen. Am 11. Juli erbat und erhielt er eine zweite Audienz und suchte in derselben eine Pression auf den König auszuüben, damit dieser in den Prinzen dringe, der Krone zu entsagen. Die Antwort des Königs war: der Prinz sei vollständig frei in seinen Entschlüssen; übrigens wisse er selbst nicht einmal, wo der Prinz, der eine Alpenreise machen wolle, sich in diesem Augenblick befinde.

Durch diese französische Zudringlichkeit, der man deutlich ansah, was hinter ihr stecke, war die Lage plötzlich sehr kriegerisch geworden. Das auswärtige Amt des norddeutschen Bundes theilte daher am 11. Juli den Regierungen von Baiern, Württemberg, Baden und Hessen mit, daß es sich nach wie vor nicht in die spanischen Verhältnisse mischen, also der spanischen Nation wie dem Prinzen Leopold freies Feld lassen werde. An diesem Tage traf auch der Kriegsminister v. Roon von seinem Gute Gütergoß in Berlin ein und präsidirte Mittags einer Sitzung des Staatsministeriums, an welcher die in der Hauptstadt anwesenden Minister des Innern, des Handels und der Justiz, sowie der Unterstaatssekretär v. Thile theilnahmen. Der Ministerrath erwog die Frage, ob nicht gegenüber den unverkennbaren militärischen Vorbereitungen Frankreichs die preußische Regierung sofort entsprechende Maßregeln treffen solle. Diese Frage wurde mit Rücksicht auf die Vortrefflichkeit der militärischen Organisation und die erprobte Leistungsfähigkeit der preußischen Armee verneint. Für den folgenden Tag war die Ankunft des Grafen Bismarck in Berlin angezeigt. Derselbe verweilte noch auf seinem Landgut Barzin in Pommern, war aber Angesichts der Dringlichkeit der politischen Verhältnisse von dem König nach Gmß beschieden worden, um über die etwaige Einberufung des Reichstags

Vortrag zu halten. Am 11. Juli reiste der norddeutsche Gesandte, Freiherr von Werther, von Gms nach Paris zurück. Der französische Attaché, Baron Bourqueney, machte im Auftrag Benedetti's die Reise mit. Beide kamen am 12. Juli Vormittags 11 Uhr in Paris an. Kaum war der Herzog von Gramont von der Ankunft des Gesandten benachrichtigt, so schickte er seinen Kabinettschef, den Grafen Faverney, zu ihm und ließ ihn fragen, ob derselbe nicht noch heute den Minister besuchen könne. Werther erklärte sich gleich dazu bereit und wurde von Gramont in der gewohnten freundlichen Weise, „wie es zwischen alten Bekannten üblich ist,“ empfangen. Während ihrer Unterredung ließ sich der spanische Botschafter Dozoga anmelden, um eine officielle Mittheilung zu machen, und überreichte dem Herzog von Gramont ein Telegramm des Fürsten Anton von Hohenzollern, datirt vom Schloß Sigmaringen, 12 Juli 11 Uhr 28 Minuten, welches direkt an Dozoga gerichtet war und so lautete: „Ich mache es mir zur Pflicht, Ihnen die wörtliche Kopie eines Telegramms zugehen zu lassen, das ich soeben an den Marschall Prim nach Madrid gesandt: Gegenüber den Verwicklungen, welche durch die Kandidatur meines Sohnes Leopold entstanden, Verwicklungen, die nothwendigerweise einen gewissen Einfluß auf die Cortes ausüben müssen, so daß ein Botum derselben nicht wohl ohne die Einwirkung von Elementen möglich wäre, welche der Person, um die es sich handelt, durchaus fremd sind, trete ich im Namen meines Sohnes von der Kandidatur auf den spanischen Thron zurück.“ Ein anderes, im schwäbischen Merkur veröffentlichtes Telegramm lautete: „Sigmaringen, den 12. Juli. Der Erbprinz von Hohenzollern, um der spanischen Regierung die Freiheit ihrer Initiative zurückzugeben, entsagt seiner Thronkandidatur, fest entschlossen, eine untergeordnete Familienfrage nicht zu einem Kriegsvorwande heranreifen zu lassen. Im Auftrag des Fürsten: Hofkammerrath Vasser.“ In beiden Telegrammen ist es weder der König von Preußen noch der Prinz Leopold, sondern dessen Vater, der Fürst Anton, welcher als Chef des fürstlich hohenzollernischen Hauses die offizielle Erklärung abgibt.

Der Herzog von Gramont hatte in seiner Unterredung mit Lord Lyons am 8. und 10. Juli erklärt, die ganze Angelegenheit sei erledigt, falls der Prinz Leopold freiwillig von seiner Kandidatur zurücktrete, und dies ausdrücklich als eine höchst glückliche Lösung

bezeichnet. Daß diese Verzichtleistung, sei es mit, sei es ohne die geheime Einwirkung des preußischen Ministeriums und Hofes, erfolgen werde, ja erfolgen müsse; daß der Prinz dieses persönliche Opfer der Erhaltung des europäischen Friedens zu bringen habe, darüber waren alle Politiker Europa's einig. Waren auch die vom französischen Kabinet vorgebrachten Gründe noch so wenig stichhaltig, die Art und Weise, wie es sie vorbrachte, noch so taktlos und plump, so stand doch bei dem Beharren auf der Kandidatur für ganz Europa zu viel auf dem Spiel, als daß nicht die Lösung vom 12. Juli allgemein für wünschenswerth gehalten worden wäre. Mit dieser Thatfache veränderte sich die ganze Situation, das französische Kabinet mochte sich dazu verhalten, wie es wollte. Es hatte bereits eine neue Bosheit begangen und, um auch Belgien in den Krieg hineinzuziehen, die Nachricht verbreiten lassen, daß die Prinzessin von Flandern, eine Schwester des Prinzen Leopold, hauptsächlich für die von Prim und Bismarck aufgestellte Thronkandidatur ihres Bruders intrigürt, und daß der König von Belgien bei seinem neulichen Aufenthalt in England diesen Plan bei dem Londoner Kabinet unterstützt habe. Beide Nachrichten wurden von dem belgischen Amtsblatt, dem „Moniteur“, alsbald für vollständig unbegründet erklärt. Nun stand die französische Kriegspartei vor der Alternative, entweder das Wort des Ministers Gramont einzulösen und die ganze Sache für erledigt zu erklären oder mit dem freiwilligen Rücktritt sich nicht zu begnügen und eine neue Karte auszuspielen. That sie das erste, so hatte sie ihre Parole: „Demüthigung oder Krieg!“ vergeblich ausgegeben; denn von einer Demüthigung Preußens war ja dann keine Rede, da dessen Monarch bei seiner Erklärung beharrte, daß ihn die ganze Sache nichts angehe; daß er dem Prinzen weder die Annahme noch die Verzichtleistung anbefehlen könne. That sie das zweite, so wußte nach dem Bisherigen jedermann, daß es ihr nur um den Krieg zu thun sei; die ganze Verantwortung desselben fiel nur auf sie, und aus dem sogenannten dynastischen Krieg wurde dann ein nationaler. Ollivier, der heißblütige Provençale, sah das Telegramm zunächst von der friedlichen Seite an. Er eilte damit nach dem Palais Bourbon und verkündigte dort in der großen Vorhalle, der sogenannten salle des pas perdus, in welcher die Abgeordneten ihre Besuche empfangen, den zahlreich versammelten Deputirten, Journalisten und sonstigen

Personen die große Staatsneugierkeit, begab sich in den anstoßenden Korridor, lief von einem Konferenzzimmer in das andere, überall die Botschaft mittheilend, und setzte sich endlich athemlos als Friedensengel nieder. Die Worte, welche er bei Verkündung des Telegramms noch hinzufügte, und welche sich nun wie ein Lauffeuer nach der Börse verbreiteten und dort die Kurse bedeutend steigen machten, lauteten: „Wir haben nie von Preußen etwas anderes als die Zurücknahme dieser Kandidatur verlangt; unsere Forderungen sind darüber nicht hinausgegangen und thaten des Prager Friedens keine Erwähnung. Wir wollten die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern nicht; sie besteht nicht mehr; also ist der Zwischenfall erledigt.“ Zugleich ließ er in dem schon am Abend des 12. ausgegebenen „Constitutionnel“ vom 13. Juli folgenden, auf die Erklärungen vom 6. Juli bezugnehmenden Artikel erscheinen: „Die Regierung hat Wort gehalten. Die Kandidatur eines deutschen Prinzen auf den spanischen Thron ist beseitigt, und der Friede Europa's wird nicht gestört werden. Die kaiserlichen Minister haben laut und fest gesprochen, wie es sich ziemt, wenn man die Ehre hat, ein großes Land zu regieren. Sie sind gehört worden; man hat ihrer Forderung Genüge gethan; wir sind zufriedengestellt. Der Prinz von Hohenzollern wird nicht in Spanien regieren. Wir haben nicht mehr verlangt, und mit Stolz nehmen wir von dieser friedlichen Lösung Kenntniß. Ein großer Sieg, der nicht eine Thräne, nicht einen Tropfen Blut kostet!“ Aber schon im gesetzgebenden Körper waren nicht alle von der Zuverlässigkeit dieser Friedensbotschaft überzeugt und unterschieden zwischen dem, was Olivier in privater Stellung, und dem, was er als Minister und im Einklang mit dem Ministerrath sage. Der letztere hatte noch nicht gesprochen. Die Führer der Rechten, welche in die Geheimnisse der napoleonischen Verschwörung eingeweiht waren, glaubten, die Lage besser zu beurtheilen als Olivier. Sie zeigten sich sehr erstaunt über dessen Erklärungen, und einer derselben, Clement Duvernois, der ehemalige Vertraute des Kaisers, brachte bei Eröffnung der Sitzung folgende Interpellation ein: „Wir wünschen die Regierung über die Bürgschaften zu interpelliren, welche sie stipulirt hat, um die Wiederkehr fortwährender Verwicklungen mit Preußen zu vermeiden.“ Dies klang schon ganz anders, und wenn man damit die Gespräche Gramonts mit dem Freiherrn von Werther und dem Lord Lyons

vom gleichen Tage vergleicht, so wird man eine auffallende Aehnlichkeit in dem Gedankengang Duvernois' und Gramonts finden und Olivier für den von seinem eigenen Kabinet düpirten Minister halten.

In der Unterredung mit dem Freiherrn von Werther machte Gramont Preußen den Vorwurf, daß der König seine Einwilligung zur hohenzollernschen Thronkandidatur gegeben habe, ohne sich vorher darüber in irgend einer Weise mit der französischen Regierung ins Benehmen zu setzen. Werther entgegnete, daß der König diese Autorisation formell nicht habe versagen können, nachdem der Prinz von Hohenzollern zur Annahme der ihm angebotenen Krone einen Beruf gefühlt habe, und daß jener bei den verwandtschaftlichen Verhältnissen des Prinzen zum Kaiser gar nicht habe glauben können, daß diese Thronkandidatur in Frankreich übel aufgenommen werden würde. Darauf citirte Gramont die Beispiele des Herzogs von Nemours und des Prinzen Alfred für den belgischen und den griechischen Thron, eine Analogie, welche von Werther bestritten wurde, und fuhr dann fort: „Es liege doch nahe, daß Frankreich als der nächste Nachbar Spaniens über die Thronbesetzung letzteren Landes ein reges Interesse haben müsse. Das Geheimniß, welches über die hohenzollernschen Verhandlungen bewahrt, hätte hier nur sehr verlegen können, und dies um so mehr, als der kaiserliche Hof in allen politischen Fragen stets die größten Rücksichten für unsere Regierung bewiesen habe. Dies Verfahren habe in ganz Frankreich tief verletzt und finde den Ausdruck in der Stimmung der Kammer, die zur Erschwerung der Frage leider gegenwärtig vereinigt sei“. In diesen vorwurfsvollen Worten des Ministers enthält fast jeder einzelne Satz eine Unwahrheit. Nicht die preussische Regierung, welche gar keine Verhandlungen führte und mit der Sache gar nichts zu schaffen hatte, sondern die spanische, wenn irgend eine, hatte dem französischen Kabinet Mittheilung zu machen, und weder das Volk noch die Kammer noch der Hof und das Ministerium fühlten sich verletzt, vielmehr waren die beiden letzteren höchst erfreut über die Sache, die chauvinistische Kammermehrheit nahm an dem Komplot mit Vergnügen theil, und das Volk war sehr erstaunt, daß der Kaiser, welchem es, weil er sich als den Mann des Friedens hinstellte, beim Plebiszit über 7 Millionen „Sa“ gegeben hatte, nun doch Krieg beginnen wolle, ließ sich übrigens von seinen Prä-

sekten und Geistlichen bearbeiten. Wenn aber Gramont von den großen Rücksichten Frankreichs für die preussische Regierung so viel Aufhebens macht, so scheint er, um nur eines anzuführen, den Luxemburger Handel ganz vergessen zu haben, der von Napoleon so geheimnißvoll eingeleitet und sehr gegen dessen Willen durch das böse Gewissen des holländischen Königs gerade vor dem Abschluß ausgeplaudert wurde.

Nun aber zeigte auf einmal Gramont seine wahre Natur. Er erklärte: „Die Entsagung des Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron sehe er als Neben Sache an; denn die französische Regierung hätte doch niemals dessen Thronbesteigung zugelassen; aber er fürchte, daß aus unserem Verfahren eine bleibende Verstimmung zwischen unseren beiden Ländern fort dauern würde. Der Keim dazu müsse vertilgt werden, und er gehe dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß Preußen in seinem Verfahren gegen Frankreich kein freundliches Procédé beobachtet habe, wie dies auch seines Wissens von allen Großmächten anerkannt würde. Er möchte, richtig gesagt, keinen Krieg, sondern freundliche und gute Beziehungen mit Preußen und frage daher, ob nicht zur Versöhnung dieser Verstimmung ein Brief des Königs an den Kaiser der richtige Ausweg wäre. In demselben dürfte nur gesagt werden, daß der König, indem er den Prinzen zur Annahme der Krone Spaniens ermächtigt habe, nicht habe glauben können, den Interessen und der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten; er schließe sich der Entsagung des Prinzen an, und zwar mit dem Wunsch und der Hoffnung, daß jeder Grund des Zwiespalts zwischen den beiden Regierungen nunmehr verschwunden sei. Solche und ähnliche Worte, die im allgemeinen durch Publicität zur Beschwichtigung der allgemeinen Volksstimmung beitragen könnten, dürfte dieser Brief enthalten; von den verwandtschaftlichen Beziehungen des Prinzen zum Kaiser dürfe keine Rede sein“. Das letztere Argument verletzte eigenthümlicher Weise am Tuilerienhof, wohl weil es am geeignetsten war, das ganze Kartenhaus von Trugschlüssen über den Haufen zu werfen. Werther erwiderte auf diesen Vorschlag, daß ein solcher Schritt durch die am 6. Juli vom Minister im gesetzgebenden Körper abgegebene Erklärung ungemein erschwert werde. In derselben kämen Andeutungen vor, welche den König hätten tief beleidigen müssen. Gramont bestritt dies, sagte sogar, Preußen sei ja darin



gar nicht genannt worden, und erklärte, „jene Rede sei zur Beruhigung der aufgeregten Kammer damals dringend nothwendig gewesen“. Hätte er gesagt, daß jene Rede zur Aufreizung der Kammer dringend nothwendig gewesen, und daß das Ehrgefühl und die nationale Empfindlichkeit ein Monopol Frankreichs sei, niemals aber diesem gegenüber von Preußen und Deutschland betont werden dürfe, so wäre er der Wahrheit näher gekommen.

Unterdesseu war auch Ollivier herbeigekommen und wurde von Gramont von dem Gang der Unterredung in Kenntniß gesetzt. Auch jener ersuchte den Gesandten dringend, den König zur Abfassung eines solchen Briefes zu veranlassen. Dabei mochten aber beide fühlen, daß der preußische Gesandte eine seltsame Rolle spiele, wenn er selbst einen solchen Auftrag seinem Herrn ausrichte, und bemerkten ihm daher, daß, wenn er nicht glaube, es übernehmen zu können, sie sich genöthigt sehen würden, mit der Anregung dieser Frage den Grafen Benedetti zu beauftragen. Freiherr von Werther ergriff diesen ihm angebotenen Ausweg nicht, sondern ließ sich selbst mit der Anregung dieser Frage beauftragen; nur schickte er dem König nicht, wie die beiden Minister wünschten, ein Telegramm hierüber zu, sondern dem auswärtigen Amt einen amtlichen Bericht durch einen Kurier. Dies dauerte den Ministern zu lange, und sie wußten Rath hiefür. Von Freiherrn von Werther aber ist zu sagen, nicht, daß er bis zur äußersten Grenze der Langmuth gegangen sei, sondern, daß er dieselbe auf eine für einen preußischen Diplomaten unbegreifliche Weise übersprungen habe. Hatte er schon bei der Unterredung am 4. Juli von den beiden Franzosen sich wie ihren Kurier behandeln lassen, so übersteigt es doch alle Begriffe, wenn er am 12. Juli nicht auf das nachdrücklichste gegen den Gedanken eines solchen Briefes protestirt und es zuletzt noch auf sich nimmt, den ihm von Gramont skizzirten Brief dem Könige selbst vorzulegen wie ein Konzept zu einer Reinschrift. Hieß das die Ehre und Würde des Königs von Preußen und der deutschen Nation wahren oder verletzen? Graf Bismarck gab dem Gesandten hierauf eine nicht mißzuverstehende Antwort. Er nahm von dem Werther'schen Bericht gar keine amtliche Notiz und legte ihn dem König gar nicht vor; denn sein Inhalt war ihm zu schmachvoll. In der Sitzung des Reichstag vom 20. Juli äußerte er sich hierüber mit folgenden Worten: „Ich habe dem Botschafter hierüber keine weitere amtliche Antwort ertheilt als diejenige, ich wäre über-

zeugt, daß er die mündlichen Eröffnungen des französischen Ministers mißverstanden hätte; Eröffnungen dieser Art schienen mir absolut unmöglich, und jedenfalls weigerte ich mich, in meiner Eigenschaft als verantwortlicher Minister diesen Bericht Sr. Majestät zur amtlichen Verhandlung vorzulegen. Wenn die französische Regierung uns Mittheilungen der Art zu machen habe, so möchte sie sie selbst redigiren und uns durch den Botschafter Frankreichs hier in Berlin überreichen". Zugleich mit dieser Antwort ertheilte Graf Bismarck dem Botschafter die Erlaubniß, auf Urlaub zu gehen. Von einer Zurückberufung aus diesem Urlaub wird wohl nie eine Rede sein. Auch auf die französischen Minister wirkt diese Unterredung ein eigenthümliches Licht. Diese Herren glaubten also, der König Wilhelm von Preußen, der Sieger von Königgrätz, welcher die Konstituierung eines neuen deutschen Reiches zu seiner Lebensaufgabe gemacht hat, werde in einer Zeit, wo die Wogen des Nationalgefühls in Deutschland bereits so hoch schlugen, den Süden wie den Norden erfaßten und alles mit Vernichtung bedrohten, was sich ihnen hemmend in den Weg stelle, einen Abbittebrief, ein Entschuldigungsschreiben einem gekrönten Bonaparte zuzenden und dann mit philosophischer Ruhe zusehen, wie dieses Schreiben auf der Tribüne des Senats und des gesetzgebenden Körpers von den Ministern mit triumphirender Miene vorgelesen, von der Presse mit den höhnesten Randglossen abgedruckt und von der Nation, das heißt, den Parisern und Leuten solchen Schlags als die natürliche Huldbildung vor der unantastbaren Majestät der „großen Nation“ aufgefaßt werde! Und wozu dies alles? Etwa dazu, damit Preußen in keinen Krieg mit Frankreich verwickelt würde? Dieser wäre, den Abbittebrief auch vorausgesetzt, dennoch ausgebrochen; denn nach wenigen Wochen hätte Frankreich den König von Preußen vor eine neue, noch weit demüthigendere Alternative gestellt und denselben in die nämliche Lage gebracht, wie Napoleon I. den König Friedrich Wilhelm III., der zuletzt keinen anderen Ausweg aus diesen fortwährenden Beleidigungen und Rücksichtslosigkeiten mußte, als im Oktober 1806 dem französischen Imperator selbst den Krieg zu erklären. Es ist zur Beurtheilung der politischen Situation zweierlei nicht zu vergessen. Sobald der französische Militärbevollmächtigte in Berlin, Oberst Stoffel, im Mai oder Juni durch seine Spione erfuhr, daß Preußen eine wesentliche Verbesserung des Zündnadelgewehrs beab-

sichtige und bereits damit begonnen habe, so berichtete er nach Paris, daß, wenn französischerseits nicht rasch losgeschlagen würde, die Vortheile des Chassepot unfehlbar wieder verloren giengen. Und als Napoleons vertrauter Freund Persigny die Besorgniß aussprach, daß der friedliebende König Wilhelm ihre Erwartungen hinsichtlich seiner Nachgiebigkeit noch übertreffen und ihnen dadurch ihr Spiel verderben werde, so gab jener die Antwort: „Ich fürchte dies auch“. Also man wollte Krieg, man wollte ihn auf der Stelle, um einige militärische Vortheile noch für sich zu haben, und was man allein fürchten zu müssen glaubte, das war die Langmuth des Königs Wilhelm. Napoleon war am 12. Juli Vormittags 9 Uhr von St. Cloud nach der Stadt gekommen und sah sofort in den Tuileries die Minister um sich versammelt. Er war neugierig, die vom Freiherrn von Werther gebrachte Antwort zu erfahren. Um die Mittagszeit traf das Telegramm des Fürsten Anton von Hohenzollern ein. Man stand vor dem Ende. Olivier sah es, wie angeführt worden ist, so an und theilte zwischen 2 und 3 Uhr die Neuigkeit dem gesetzgebenden Körper mit. Seine Kollegen waren anderer Ansicht. Gramont, der Kriegs- und der Marineminist er drangen darauf, mit diesem Resultat sich nicht zu begnügen, sondern an Preußen neue Forderungen zu stellen. Der Kaiser, auch durch die Heißsporne des gesetzgebenden Körpers beeinflusst, war leicht hiefür zu gewinnen. Marschall Leboeuf drang darauf, den Krieg, wenn er einmal vom Kaiser beschloffen sei, sofort zu beginnen, damit nicht Preußen durch Hinausziehung der Verhandlungen Zeit gewinne, um den Vorsprung einzuholen, welchen die Franzosen, welche seit fast 12 Tagen schon auf dem qui vive ständen, in der Ausrüstung der Armee gewonnen hätten. Im Kriegsministerium fanden am 12. Juli lange Berathungen statt, an denen mehrere Generale theilnahmen. Auf dem Marine- und Kriegsministerium wurde von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 ohne Unterlaß gearbeitet. Die officiösen Blätter erhielten eine neue Parole. Der „Moniteur“ schrieb, trotz der Friedensseligkeit Olivier's, am Abend des 12. Juli: „Die Antwort des Königs von Preußen enthält immer noch nicht die Elemente einer friedlichen Lösung“.

Dies war auch der Inhalt der kurzen Erklärung, welche Gramont am 13. Juli im gesetzgebenden Körper gab. Nachdem er zur Ueberraschung der Abgeordneten zuerst eine Mittheilung über das

Blutbad in Ranking, bei welchem auch einige Franzosen umgekommen sein sollten, gemacht und die Verzichtleistung des Prinzen Leopold verkündigt hatte, fuhr er fort: „Die Unterhandlungen, welche wir mit Preußen führen, und die niemals einen anderen Gegenstand hatten, sind noch nicht beendet. Es ist uns also unmöglich, über dieselben nähere Erklärungen abzugeben“. Einige Mitglieder äußerten sich erstaunt darüber, daß die Sache noch nicht zu Ende sei, da doch gestern Dllivier erklärt habe, der Zwischenfall sei erledigt. Darauf entgegnete Gramont, unbekümmert, ob es dem neben ihm sitzenden Dllivier gefalle oder nicht: „Was in den Korridoren der Kammer gesagt worden ist, geht mich nichts an“. Clement Duvernois fragte, wann man über seine gestern eingebrachte Interpellation verhandeln wolle; er für seine Person sei sogleich dazu bereit. Baron Jerome David, der Verwandte und Vertraute der kaiserlichen Familie, brachte, um die Sache in rascheren Fluß zu bringen, eine weitere Interpellation ein: „In Erwägung, daß die festen und patriotischen Erklärungen des Ministeriums in der Sitzung vom 6. Juli, welche von dem Lande günstig aufgenommen wurden, in flagrantem Widerspruch mit der lächerlichen Langsamkeit der diplomatischen Verhandlungen stehen, wünsche ich die Regierung über die gegenwärtige Lage zu interpelliren“. Die Beantwortung beider Interpellationen wurde dem Wunsche Gramonts gemäß auf den 15. Juli festgesetzt. An dem gleichen Tage sollte im Senat über die das gleiche Thema behandelnde Interpellation Brenier's verhandelt werden. Ein großer Theil der Presse fuhr fort, für den Krieg mit Preußen um jeden Preis zu agitiren.

Eine interessante Unterredung fand am 12. Juli auch zwischen Gramont und dem englischen Gesandten Lord Lyons statt. Der erstere sagte, daß diese Zurückziehung der Thronkandidatur von Seiten des Prinzen die französische Regierung sehr in Verlegenheit setze. Auf der einen Seite sei die öffentliche Meinung in Frankreich so aufgereggt, daß es zweifelhaft sei, ob das Ministerium nicht morgen gestürzt werde, wenn es nach der Kammer gienge und die Angelegenheit als erledigt ankündigte, ohne eine vollständige Genugthuung von Preußen erlangt zu haben. Andererseits mache der Rücktritt des Prinzen Leopold der ursprünglichen Ursache des Streites ein Ende, Spanien sei jetzt jedenfalls aus der Streitfrage heraus, und der Streit — wenn es Streit gebe — beschränke sich auf Frank-

reich und Preußen. Lord Lyons verhehlte ihm nicht sein „Erstaunen und Bedauern“, daß er heute eine ganz andere Sprache spreche als am 8. und 10. Juli, wo er den freiwilligen Rücktritt des Prinzen als ein erwünschtes Mittel zur Lösung der Streitfrage erklärt hatte. Auch machte er ihn darauf aufmerksam, daß dieser Rücktritt die Situation Frankreichs gänzlich ändere. Wenn jetzt ein Krieg ausbreche, so würde ganz Europa sagen, Frankreich trage die Schuld, Frankreich habe sich ohne substantielle Ursache hineingestürzt, bloß aus Stolz und Empfindlichkeit. Preußen dürfte dann wohl den Beistand von ganz Deutschland erwarten, um einem Angriffe Widerstand zu leisten, dem man keinen anderen Beweggrund unterschieben könne, als die Eifersucht Frankreichs und eine leidenschaftliche Begierde, seinen Nachbar zu demüthigen. Darauf erwiderte Gramont, ein Endabschluß hänge von einem Ministerrath ab, welcher morgen (am 13. Juli) in Gegenwart des Kaisers abgehalten werden solle, und dessen Resultat der Kammer unmittelbar darauf mitgetheilt werden müsse. Gegen 3 Uhr morgen werde die Welt wissen, welchen Weg Frankreich einzuschlagen gedenke. Lord Granville antwortete dem Lord Lyons, welcher ihm den Inhalt dieser Unterredung mittheilte, auch er bedaure die Ungenügsamkeit Frankreichs und demente die Andeutung Gramonts im gesetzgebenden Körper, daß die englische Regierung die Forderungen Frankreichs als berechnigte anerkannt habe. Zugleich ersuchte Granville Lord Lyons, auf eine bestimmte Erklärung der französischen Regierung zu dringen, was diese denn eigentlich als eine endgiltige Beilegung der Angelegenheit anzunehmen gesonnen sei. Dies veranlaßte eine neue Unterredung zwischen dem Gesandten und dem Minister. Sie fand am 13. Juli statt, an welchem Tage die Frage zwar schon längst für das französische Kabinet, aber noch nicht für die Kammer so reif war, wie Gramont den Tag vorher geglaubt hatte. In diesem Gespräch sagte Gramont, der König von Preußen habe nichts, absolut nichts gethan. Alles was Frankreich jetzt verlange, sei, daß der König dem Prinzen verbiete, seinen Entschluß bezüglich des Rücktritts von der Thronkandidatur in Zukunft zu ändern. Wenn der König dies thun wolle, so würde die ganze Angelegenheit absolut erledigt sein. Darauf nahm er ein Stück Papier, schrieb einige Worte nieder und übergab es dem Gesandten. Die Worte lauteten: „Wir verlangen von dem König von Preußen, daß er dem Prinzen von Hohenzollern verbiete,

auf seinen Entschluß zurückzukommen. Wenn der König dies thut, ist der ganze Zwischenfall beendet“. Gramont fragte den Botschafter, ob Frankreich auf die Unterstützung Englands zur Erlangung dieses Verbots vom König von Preußen zählen könne. Lord Lyons glaubte diese Frage nicht für sich beantworten zu können, versicherte jedoch, daß den Wunsch seiner Regierung, eine Versöhnung zwischen Frankreich und Preußen herbeizuführen, nichts übersteigen könne. Was that nun Granville? Obgleich er am 8. Juli sein „Erstaunen und Bedauern“ über das hastige Vorgehen der französischen Regierung ausgedrückt; obgleich er am 12. aufs neue sein „Erstaunen und Bedauern“ kundgegeben hatte, daß die französische Regierung sich mit dem Rücktritt des Prinzen nicht begnüge und ohne substantielle Ursache einen Krieg anfangen, bei welchem es die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen sich habe, verstand er sich doch auf den Wunsch Gramonts dazu, dem König von Preußen anzupfehlen, jenes Verbot, auf seinen Entschluß je wieder zurückzukommen, an den Prinzen ergehen zu lassen, und stachelte durch diese Gefügigkeit den Uebermuth und die Unverschämtheit des Kaisers und seiner Minister nur noch mehr auf. Eine solche Vermittlung, welche gegen bessere Ueberzeugung und gegen die eigenen, offen ausgesprochenen Urtheile sich immer nur an den Unschuldigen wendet und demselben zumuthet, die Impertinenzen des Kaufholds ruhig hinzunehmen, nur damit „um Gottes Willen!“ kein Skandal entstehe, in welchen auch der Vermittler, wenn auch nur pekuniär, hineingezogen werden könnte, ist geradezu eine verächtliche. Dies war der Anfang. Deutschland sollte von dieser Seite, wo man mit weißen Halsbinden und frommen Gesichtern, mit Psalmen und lieblichen Liedern so freigebig ist, im Laufe des Krieges noch ganz andere Sachen zu hören bekommen. Doch fand der Vorschlag des Lords Granville eine entschiedene Zurückweisung. Als er ihn am 14. Juli dem norddeutschen Botschafter Grafen Bernsdorff zur Uebermittlung an den König von Preußen mittheilte, erklärte sich der Graf außer Stande, einen solchen Vorschlag dem Könige zur Annahme zu empfehlen. „Preußen habe unter einer öffentlichen Drohung von Frankreich eine Ruhe und Mäßigung gezeigt, welche jede weitere Concession als eine Demüthigung erscheinen lassen müsse, und die öffentliche Meinung in Deutschland beweise, daß ein Krieg selbst

unter den schwierigsten Verhältnissen einem Nachgeben seitens des Königs vor den ungerathfertigten Forderungen vorzuziehen sei“.

Auch Graf Bismarck hatte Gelegenheit, sich gegenüber dem englischen Cabinet aufs offenste auszusprechen. Derselbe war am Abend des 12. Juli in Berlin eingetroffen. Auch General von Moltke kam an diesem Tage von seinem Landsitz Kreisau in Niederschlesien zurück. Beide hatten noch an dem gleichen Tage eine lange Unterredung mit dem Kriegsminister v. Roon und dem Minister des Innern, Graf Eulenburg, Bismarck noch eine besondere Besprechung mit dem Fürsten Gortschakoff, dem Minister des Auswärtigen in Rußland, welcher auf der Durchreise ins Wildbad sich gerade in Berlin befand. Am 13. Juli wollte Graf Bismarck seine Reise nach Ems zu dem Könige fortsetzen, stand aber auf die von Paris erfolgte amtliche Mittheilung der Verzichtleistung des Prinzen Leopold davon ab und beabsichtigte, Abends wieder nach Barzin zurückzukehren, woran ihn freilich die telegraphischen Meldungen aus Ems, die an dem gleichen Tage in Berlin einliefen, hinderten. Statt seiner reiste Graf Eulenburg nach Ems. Dem eisernen Grafen schien es, als hätte der König bereits zu viel nachgegeben, als hätte er dem Prinzen nicht den Rücktritt anrathen sollen. So erwünscht auch diese Art von Lösung war, so zweifelte er doch, daß es eine wirkliche Lösung sei, und wollte gegenüber der Ollivier'schen Kriegsdrohung vom 4. Juli Preußen auch nicht in den Schatten eines Verdachts von Zurückweichen gebracht sehen. So sprach er sich auch in seiner Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Loftus am 13. Juli aus. Dieser gratulirte ihm zu der bevorstehenden Lösung der schwebenden Krisis. Graf Bismarck erwiderte: „Die vom König von Preußen bewiesene Mäßigung gegenüber dem drohenden Tone der französischen Regierung habe in Preußen allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Von Paris sei die Nachricht eingetroffen, daß diese Lösung der spanischen Schwierigkeit nicht hinreichen werde, die französische Regierung zufrieden zu stellen, und daß diese neue Ansprüche geltend machen wolle. Sei dies der Fall, dann liege es klar zu Tag, daß die spanische Thronfolgefrage ein bloßer Vorwand gewesen und es der wirkliche Zweck Frankreichs sei, für Königgrätz Rache zu nehmen. Die deutsche Nation fühle, daß sie vollständig im Stande sein würde, es mit Frankreich aufzunehmen, und sie vertraue so sehr auf militärische Erfolge, wie die französische nur

könne“. „Aber wir wünschen den Krieg nicht und haben unsere friedliche Gesinnung bewiesen, werden auch fortfahren, sie zu beweisen; doch können wir den Franzosen, was Rüstungen angeht, nicht erlauben, einen Vorsprung vor uns zu haben. Ich habe positive Information, daß in Frankreich Kriegsrüstungen betrieben worden sind und augenblicklich betrieben werden. Wenn diese fortgesetzt werden, so werden wir uns genöthigt sehen, die französische Regierung um Aufklärung über deren Zweck und Bedeutung anzugehen“. Jedenfalls werde die preußische Regierung, „falls Frankreich den europäischen Mächten jetzt nicht eine Versicherung gebe, daß es die Lösung der Frage für endgiltig halte und keine anderen Ansprüche geltend machen wolle, und falls Frankreich die drohende Sprache des Herzogs von Gramont nicht zurücknehme oder genügende Erklärungen abgebe, von Frankreich eine Erklärung suchen“. Zum Schluß drückte er, von der Ansicht ausgehend, daß, wenn überhaupt der Krieg durch die Einwirkung einer neutralen Macht noch zu vermeiden sei, dies nur durch England vermittelt einer öffentlichen Erklärung geschehen könnte, gegen Lord Loftus den Wunsch aus, daß „die englische Regierung, etwa durch eine Erklärung im Parlament, ihre Befriedigung über die Lösung der spanischen Schwierigkeit durch den Rücktritt des Prinzen Leopold ausdrücken und öffentlich Zeugniß ablegen möchte über die ruhige und weise Mäßigung des Königs von Preußen, der Regierung und der Presse“. Der Lord schloß seinen Bericht an Lord Granville mit den Worten: „Es scheint mir gewiß, daß Graf Bismarck und das preußische Ministerium die Haltung des Königs dem Grafen Benedetti gegenüber beibehalten, und daß sie Angesichts der öffentlichen Meinung in Deutschland entscheidende Maßregeln zur Wahrung der nationalen Ehre für nothwendig erachten“.

Spanien, welches bei dieser ganzen Frage am meisten betheilig zu sein schien, zog sich aus der von seinem Ministerium geschaffenen Schwierigkeit auf eine ganz unglaubliche Weise. Marschall Prim hatte die hohenzollernsche Kandidatur eingeleitet, hatte von Anfang bis zu Ende Preußen ganz aus dem Spiel gelassen, der Regent Serrano und das Ministerium waren mit seiner Wahl einverstanden, ganz Spanien, die unversöhnlichen Republikaner und Karlisten ausgenommen, schien froh, endlich einmal einen tüchtigen und gebildeten Thronkandidaten gefunden zu haben, die Cortes wa-



ren bereits auf den 20. Juli zur Königswahl einberufen: da ruft der Herzog von Gramont am 6. Juli sein Veto, der Prinz tritt zurück und Spanien zeigt sich vollständig damit zufrieden, als ob ein gewöhnlicher Kauf, etwa ein Pferdehandel rückgängig gemacht worden wäre. Marschall Prim telegraphirte am 14. Juli an den Fürsten von Hohenzollern, „die spanische Regierung berücksichtige die erhabenen Gründe, welche ihn zu einer solchen Entscheidung veranlaßt hätten, und nehme dieselbe als vollzogene Thatsache an,“ theilte dies den übrigen Kabinetten mit, der Cortespräsident ließ, im Einverständnis mit der Regierung, am 15. Juli die Deputirten benachrichtigen, „daß die auf den 20. Juli erfolgte Einberufung der Cortes zurückgenommen werde, nachdem der Gegenstand, wegen dessen die Einberufung erfolgte, nicht mehr auf der Tagesordnung sei,“ und die spanische Regierung erklärte am 26. Juli ihre Neutralität in dem durch ihre Vorschläge veranlaßten Kriege. Die spanische Presse zeigte zwar einige Entrüstung über die Einmischung Frankreichs in die inneren Angelegenheiten ihres Landes, aber zu weiterem kam es nicht. Weder stellte Frankreich irgend eine Zumuthung an Spanien, noch verlangte dieses von jenem irgend eine Erklärung wegen seines anmaßenden, bevormundenden Benehmens. Marschall Prim blieb nach wie vor in den intimsten Beziehungen zu Kaiser Napoleon und dessen Ministern, und diese ließen den Don Karlos und dessen Anhänger, welche einen Einfall in Spanien beabsichtigten, an der französisch=spanischen Grenze aufs schärfste bewachen. Die Vermuthung liegt nicht fern, daß die französische Regierung, von dieser Thronkandidatur schon längst unterrichtet, den Marschall Prim in seinen Bestrebungen noch aufreizte, um durch ihn als ihr, bewußtes oder unbewußtes, Werkzeug einen, wie es ihr schien, ganz geeigneten Kriegsfall zu schaffen. Die Sache mag sich verhalten, wie sie will; die spanische Regierung hat sich bei dieser Gelegenheit auf eine Art benommen, die jedem verständigen und ehrenhaften Menschen zum mindesten „spanisch“ vorkommen muß.

Die französische Regierung hatte bereits alles mögliche gethan, um auf die Entschließungen des Königs von Preußen einzuwirken. Sie hatte am 12. Juli dem preussischen Botschafter den Gedanken eines Entschuldigungsschreibens nahe gelegt und am 13. Juli den englischen Botschafter aufgefordert, durch seine Regierung den König zu einem förmlichen Verbot zu veranlassen. Dies war ihr noch

nicht genug. Sie benutzte das Recht, das ein Botschafter hat, sich in unmittelbarem Verkehr mit dem Monarchen zu setzen, und ließ es durch den Grafen Benedetti auf die unverschämteste Weise mißbrauchen. Derselbe erhielt in der Nacht vom 12. auf den 13. Juli eine Depesche aus Paris mit dem Auftrag, vom König zu verlangen, daß derselbe 1. die Verzichtleistung des Prinzen Leopold approbire, 2. die Versicherung ertheile, daß auch in Zukunft diese Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden würde. Am Morgen des 13. Juli begab sich Benedetti auf die Brunnenpromenade zu Ems und traf dort den König in Begleitung des dienstthuenden Adjutanten Grafen von Lehndorff. Der König begrüßte ihn freundlich und gab ihm ein ihm selbst so eben zugestelltes Extrablatt der „Kölnischen Zeitung“, welches das in Sigmaringen aufgegebenes Telegramm über den Verzicht des Prinzen enthielt. Der König fügte hinzu, daß er selbst noch kein Schreiben aus Sigmaringen erhalten habe, ein solches aber wohl heute erwarten könne. Benedetti erwiderte, daß er schon gestern Abend die Nachricht vom Verzicht aus Paris erhalten habe, und daß es ihn freue, „daß wir zur Beseitigung der Differenzen um einen Schritt näher gekommen sind.“ Der König rief verwundert: „Einen Schritt näher? Ich denke, die Sache ist erledigt!“ Darauf entledigte sich Benedetti des ihm gewordenen Auftrags und stellte an den König die beiden oben angeführten Forderungen. Dieser entgegnete ihm, daß er die Bestätigung der Verzichtleistung nur in der nämlichen Weise wie früher die der Annahme geben könne, sofern er nur als Privatmann, nie als König von Preußen in dieser Sache begrüßt worden sei und dem durchaus unabhängigen Prinzen weder etwas befehlen noch verbieten könne. Eine Garantie dafür, daß auf diese Thronkandidatur nie mehr zurückgekommen werde, könne er aus dem nämlichen Grunde gleichfalls nicht geben. Uebrigens, ganz abgesehen von diesem Falle, werde sich Preußen niemals in irgend einer Sache die Freiheit seines Entschlusses und die jedesmalige Zuratheziehung der Umstände beschränken lassen. Wenn die französische Regierung mit dieser Erklärung nicht zufrieden sei, so werde sie sich wohl an seine Minister wenden müssen. Benedetti, noch nicht zufriedengestellt, sagte: „Von der Regierung des Kaisers beauftragt, kann ich leider nicht anders als Eurer Majestät selbst —“ Der König fiel ihm ins Wort und sprach: „Jedenfalls ist dies nicht der Ort zu Verhandlungen der

Art!“ Auch dies schreckte den korbischen Diplomaten nicht zurück und er sagte: „Die Regierung des Kaisers hat mir die schleunige Erledigung der Sache zur Pflicht gemacht. Und auf die Gefahr hin —“ Nun riß dem König die Geduld, er wandte sich von Benedetti weg, sprach zu seinem Begleiter auf der andern Seite, dem Grafen Lehndorff, laut die Worte: „Sagen Sie doch diesem Herrn, daß ich ihm nichts weiter mitzuthellen habe!“ und entfernte sich von der Promenade, um sich in seine Wohnung zu begeben. Graf Lehndorff und Graf Benedetti machten sich gegenseitig eine stumme Verbeugung.

Nachmittags 2 Uhr schickte der König seinen Flügeladjutanten, den Fürsten Radziwill, zu Benedetti und ließ ihm sagen, er habe vor einer Stunde von dem Fürsten von Hohenzollern einen Brief erhalten, worin die Nachricht von der Verzichtleistung bestätigt sei, und sehe hiemit diese Angelegenheit als abgemacht an. Benedetti antwortete, er habe seither von dem Herzog von Gramont eine neue Depesche erhalten, worin er beauftragt werde, sich eine Audienz zu erbitten und die Wünsche seiner Regierung nochmals Seiner Majestät nahe zu legen. Darauf ließ ihm der König durch den Fürsten erwidern, daß er die Verzichtleistung des Prinzen in demselben Sinne und in demselben Umfang approbire, in welchem er dies vorher mit der Annahme dieser Kandidatur gethan habe. In Betreff des zweiten Punktes, der Versicherung für die Zukunft, könne sich Se. Majestät nur auf das berufen, was Sie des Morgens ihm selbst erwidert habe. Benedetti entgegnete, daß er dies seiner Regierung zurückmelden werde, doch müsse er, weil hiezu ausdrücklich angewiesen, seine Bitte um eine nochmalige Unterredung aufrecht erhalten, „und wäre es auch nur, um dieselben Worte Seiner Majestät wieder zu vernehmen, um so mehr, als sich in der letzten Depesche neue Argumente vorfinden, die er Seiner Majestät unterbreiten müsse.“ Auf dies hin sandte der König nach Tisch, etwa um 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, den Fürsten Radziwill zum drittenmal zu Benedetti und ließ diesem sagen: „er müsse es entschieden ablehnen, in Betreff dieses letzten Punktes (die bindenden Versicherungen für die Zukunft) sich in weitere Diskussionen einzulassen. Was er heute morgen gesagt, sei sein letztes Wort in dieser Sache; der Botschafter könne sich lediglich darauf berufen.“ Auf die Versicherung, daß auf die Ankunft des Grafen Bismarck in Ems auch für den näch-

sten Tag bestimmt nicht zu rechnen sei, erklärte Graf Benedetti, sich seinerseits bei dieser Erklärung des Königs beruhigen zu wollen. Diese Vorgänge in Ems wurden von der preussischen Regierung in einem Telegramm zusammengefaßt, das am Abend des 13. einzigen Vertretern des norddeutschen Bundes im Auslande zuzieng und noch in später Stunde dem deutschen Volke durch ein Extrablatt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, des Organs des Grafen Bismarck, mitgetheilt wurde. Dieses Telegramm, welches am 15. Juli in Paris für eine diplomatische Note höchst beleidigender Natur ausgegeben wurde, hatte folgenden Wortlaut: „Nachdem die Nachrichten von der Entfugung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgetheilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe.“

In Paris herrschte am 14. Juli eine große Aufregung. Im gesetzgebenden Körper sollte die Budgetdebatte fortgesetzt werden. Aber die Deputirten hatten keinen Sinn dafür, führten in den Konferenzsälen lebhaft Besprechungen und erwarteten jeden Augenblick das Eintreten der Minister, um von ihnen eine wichtige Neuigkeit zu vernehmen. Gegen 4 Uhr verbreitete sich die Nachricht, aus Ems sei eine lange Depesche eingetroffen, mit deren Entzifferung man eben beschäftigt sei. Sofort wurde die Sitzung auf 15. Juli Mittags 1 Uhr vertagt. Dichte Menschenmassen standen um die Tuilerien und das Palais Bourbon. Die Neugier des Publikums mußte sich gedulden. Der Kaiser war wieder von St. Cloud nach den Tuilerien gefahren und präsidirte einem Ministerrath, der ziemlich lange dauerte. Benedetti hatte am Abend und in der Nacht des 13. Juli mehrmals nach Paris telegraphirt und die Weigerung des Königs, bindende Zusicherungen für die Zukunft zu geben, mitgetheilt. Während des Ministerraths am 14. trafen Telegramme

aus Berlin ein, welche, auf das Extrablatt der „Nordd. Allg. Zeitung“ Bezug nehmend, verkündigten, der König habe dem Grafen Benedetti die Thüre gewiesen. Darauf wurde bei diesem sogleich telegraphisch angefragt, ob ihm wirklich dieser Schimpf angethan worden sei. Die Antwort war, der König habe sich bloß geweigert, noch einmal über die zweite Forderung mit ihm zu sprechen, nicht aber, überhaupt ihn zu empfangen. Dies war ein gewaltiger Unterschied. Das letztere war eine Beschimpfung, übrigens auf etwaige Ungezogenheiten sehr am Platz, das erstere war keine Beschimpfung, und so sah selbst Benedetti die Sache an. Aber wenn das französische Kabinet diese Auffassung theilte, so hatte es ja keinen Kriegsfall mehr, so war ja der Zwischenfall erledigt, und man mußte, wie der Kaiser sagte, wieder von vorn anfangen. Und dann trat von der vorgeschriebenen Alternative: „Krieg oder Demüthigung!“ nur die letztere ein, jedoch mit der Modifikation, daß nicht die preussische, sondern die französische Diplomatie gedemüthigt war, sofern ihre durch Benedetti gestellten direkten Forderungen alle zurückgewiesen wurden. Ein solcher Ausgang schien dem Kaiser, den Ministern, den Senatoren, den Führern der Rechten unmöglich. Somit nahmen die Minister zu dem, was ihnen ja in dieser Sache von Anfang an geläufig war, zu der Lüge ihre Zuflucht. Der König mußte, nach ihrer Darstellung, dem Botschafter überhaupt jede weitere Audienz verweigert und, absichtlich um ihn und Frankreich bloßzustellen, den europäischen Kabinetten dies in einer Note mitgetheilt haben. Sobald diese officiële Lesart festgestellt war, so konnten die Minister von einer maßlosen Beschimpfung reden. Dem Kaiser, wenn er je zögerte, wurde gesagt, daß seine Dynastie verloren sei, wenn er diese Beschimpfung ruhig hinnehme, der Kammer und dem Volke, daß Frankreich seine Ehre das höchste sein müsse, und daß eine verletzte Ehre nur in Blut gewaschen werden könne. Das von Benedetti eingesandte Telegramm enthielt tausend Chifferngruppen, und es brauchte viel Zeit, es zu entziffern. Die Minister benutzten davon, was sie für ihre Zwecke brauchen konnten; was ihnen nicht taugte, verschwiegen sie. Am Abend machte Freiherr von Werther dem Herzog von Gramont einen Besuch und theilte demselben zu dessen Ueberraschung mit, daß er am 15. den ihm von der preussischen Regierung erteilten Urlaub antreten und seinen Geschäftsträger, den Grafen Solms, als seinen Stellvertreter zurück-

lassen werde. In der Nacht zogen bezahlte Banden durch die Straßen von Paris und schriehen: „Es lebe der Krieg! Nieder mit Preußen!“ Ein Haufe zog nach dem Hotel der preussischen Gesandtschaft und suchte in dasselbe einzudringen; die festen Thore widerstanden den Angriffen. Die fast allwissende und allmächtige Polizei ließ alles gewähren. Am Morgen des 15. ließ Gramont dem abreisenden preussischen Botschafter sein Bedauern über diese nächtlichen Störungen ausdrücken.

Am 15. Juli Nachmittags 12 Uhr 30 Minuten gieng von Paris ein Telegramm nach Berlin ab: „Heute Nachmittags 1 Uhr wird gleichzeitig eine Mittheilung der Regierung an den Senat und den gesetzgebenden Körper erfolgen, welche eine Auseinandersetzung der Lage enthält. Das Exposé schließt mit der Mittheilung, daß Frankreich den Krieg an Preußen erklärt hat.“ Nachmittags 2 Uhr 2 Minuten folgte ein zweites Telegramm mit der Bestätigung, daß der Krieg erklärt sei. Damit war der Würfel gefallen! Der große Cäsar hatte einst so ausgerufen. Aber zwischen einem großen Manne und seinem, wenn auch kaiserlichen, Biographen ist gewöhnlich ein ungeheurer Unterschied. Die beiden Kammern versammelten sich um 1 Uhr. Im gesetzgebenden Körper verlas zwischen 1 und 2 Uhr Dllivier das im Ministerrath beschlossene Exposé, welches voll von unrichtigen Angaben war. Darin hieß es, die Mehrzahl der Mächte erkennen mit größerer oder geringerer Wärme die Rechtmäßigkeit der französischen Forderungen an; der König von Preußen behaupte, den zwischen Spanien und dem Prinzen geführten Verhandlungen fremd geblieben zu sein, an ihnen jedenfalls nur als Familienoberhaupt, nicht als Souverän theilgenommen, deßhalb den Ministerrath weder einberufen noch befragt und nur den Grafen Bismarck von den verschiedenen Zwischenfällen unterrichtet zu haben. Diese Antwort sei nicht für genügend erachtet, diese subtile Unterscheidung zwischen Souverän und Familienhaupt sei von ihnen nicht zugelassen und auf dem bekannten Verbot bestanden worden. Während der König der Sache fremd bleiben wollte, hätten sie von ihm verlangt, er solle sich an ihr betheiligen. Der König habe sich geweigert und Benedetti erklärt, daß er für diesen und jeden anderen Fall sich das Recht vorbehalten müsse, die Umstände zu befragen. „Obgleich diese Weigerung uns eine nicht zu rechtfertigende zu sein schien, so war unser Wunsch, Europa die Wohlthaten des Friedens

zu erhalten, so groß, daß wir die Verhandlungen nicht abbrechen, und trotz der berechtigten Ungeduld der Kammern beantragten, unsere Erklärungen bis auf heute verschieben zu dürfen. Um so größer war unsere Ueberraschung, als wir gestern erfuhren, der König von Preußen habe unsern Botschafter durch einen Adjutanten wissen lassen, daß er ihn nicht mehr empfangen wolle, und seine Regierung habe, um dieser Weigerung einen unzweideutigen Charakter zu geben, sie officiell den europäischen Kabinetten mitgetheilt. Gleichzeitig erfuhren wir, daß der Herr Baron Werther den Befehl erhalten habe, einen Urlaub zu nehmen, und daß Preußen rüste. Unter diesen Umständen wäre ein weiterer Versuch zur Versöhnung eine Hintanzsetzung der Würde und eine Unklugheit gewesen. Wir haben nichts versäumt, um einen Krieg zu vermeiden; wir werden uns jetzt rüsten, den Krieg auszuhalten, den man uns anbietet, indem wir einem jeden den auf ihn fallenden Theil der Verantwortung lassen. Gleich gestern haben wir unsere Reserven einberufen, und mit Ihrem Beistande werden wir sofort die nöthigen Maßregeln ergreifen, um die Interessen, die Sicherheit und die Ehre Frankreichs zu wahren.“ Dieses Exposé wurde zur nämlichen Stunde von Gramont im Senat verlesen und erregte dort allgemeinen stürmischen Beifall. Präsident Rouher erwiderte darauf: „Der Senat ist mit seinen enthusiastischen Beifallsrufen nur der Vorläufer der wahren Gefühle des Landes gewesen. An dem Degen Frankreichs ist es jetzt, seine Pflicht zu thun.“ Niemand erhob sich im Senat zur Debatte, und auf allgemeines Verlangen wurde die Sitzung sogleich wieder aufgehoben, worauf sich Gramont in den gesetzgebenden Körper begab, um dort etwaige unruhige Gemüther zu besänftigen.

Die Mitglieder der Rechten begrüßten das von Ollivier vorgelesene Exposé mit lebhaftem Beifall. Der Linken waren die schwachen Stellen desselben nicht entgangen. Sie erkannte recht wohl, daß die Weigerung des Königs, bindende Versicherungen für die Zukunft zu geben und über diese Sache zum zweiten und dritten Mal mit Benedetti zu unterhandeln, jetzt, nachdem die Hauptsache, die Verzichtleistung auf den spanischen Thron, erreicht war, kein Grund zu einem Kriege sei; daß der Urlaub des preussischen Botschafters keine Abberufung der ganzen Botschaft sei, und daß, wenn, wie Ollivier näher erläuterte, in der Nacht vom 13. zum 14. die militärischen Vorkehrungen in Preußen begonnen hätten, dies

nur deswegen geschehen sei, weil in Frankreich dieselben schon seit Wochen getroffen waren. Auch fühlte die Linke recht wohl heraus, wie Napoleon und seine Minister, nachdem sie den Streit mit Leidenschaft angefaßt und das Feuer sorgfältig vor dem Erlöschen bewahrt hatten, nun die Kammer zu ihren Mitschuldigen machen, und wie jener als „strengkonstitutioneller“ Monarch dieser die Verantwortung hiefür überlassen wolle. Sollte die Kammer eine solche auf sich nehmen, so konnte und mußte sie auch, und zwar nicht bloß für die Kommission, sondern für das Plenum der Kammer eine genaue Einsicht in die Aktenstücke verlangen, zumal in jenes an die auswärtigen Kabinette von Berlin aus abgeschickte Aktenstück oder Telegramm. Da dieses, außer den telegraphischen Berichten Benedetti's, das einzige officielle war, so war der Zeitaufwand nur nach Minuten zu berechnen. Um dieses betrügerische Spiel der Minister drehte sich fast die ganze, zum Theil sehr erregte Diskussion. Mit großer Naivetät sagte Ollivier in seiner näheren Motivirung: „Wohl ruht auf uns eine große Verantwortung, aber wir nehmen sie leichten Gemüths auf uns, ja wohl, leichten Gemüths, nämlich vertrauend auf die Gerechtigkeit unserer Sache und überzeugt, daß dieser Krieg uns aufgezwungen wird.“ Arago rief ihm zu: „Sie haben ihn provocirt! Wenn Sie auf die Berichte Benedetti's hin den Krieg erklären, so wird die civilisirte Welt Ihnen Unrecht geben und wird wissen, daß Sie ihn um jeden Preis haben wollen.“ Ollivier entgegnete: „Man wollte uns demüthigen und uns eine Schlappe beibringen, um sich für die Verzichtleistung des Prinzen zu entschädigen.“ Grevy fragte: „Wo haben Sie die Beweise für diese Behauptung?“ Ollivier antwortete: „Wenn Sie eine solche Situation vor den Augen Europa's annehmen wollen, wir können es nicht,“ und erinnerte dann die Opposition, daß gerade sie seit 1866 alljährlich wiederholt habe, daß Sadowa die französische Nation gedemüthigt und von dem ersten Rang in Europa herabgestürzt habe. Am bedeutendsten war der Widerspruch Thiers', welcher die Rolle der Kassandra übernahm und Ungläubigen Unglück prophezeite, den Krieg mit Deutschland jedoch nicht deswegen verdammt, weil er ihn überhaupt nicht wollte, sondern nur weil er ihn jetzt nicht für opportun hielt. Er erhöhte durch seine Rede seinen Einfluß für die nächste Zukunft, welche ihm Recht gab, bedeutend. Er sagte unter anderem: Wenn es sich bei uns darum handelte, das Aufgeben der hohen-



zollernschen Kandidatur durchzusetzen, so stände ich auf Ihrer Seite; doch was mich im tiefsten Innern schmerzt, ist der Umstand, daß dieses Ziel der Hauptsache nach erreicht war. Sie hatten die Hauptsache erlangt und ein bedeutender moralischer Eindruck war erreicht. Aber, sagte man, die Kandidatur war nicht auf alle Zeiten beseitigt. Ich lege Berufung an den gesunden Menschenverstand ein und an das, was auf der Hand liegt; Sie werden in einigen Tagen das Urtheil der ganzen Welt über Ihre Politik vor Augen haben, Sie werden es in allen Blättern lesen, Sie werden es durch die englische Presse erfahren, welche in dieser Angelegenheit eine große Mäßigung gezeigt hat. Wenn man annimmt, daß Preußen nach einer solchen Campagne, wie es so eben gemacht hat, heute die Kandidatur des Prinzen zwar aufgeben, aber im Sinne habe, mit derselben später wieder hervorzutreten, so heißt das ihm eine Tollheit zuschreiben.“ „Warum hat es sich denn geweigert, es zu erklären?“ rief ihm Gramont zu. Arago antwortete: „Weil Sie es provocirt haben“. Thiers wollte auch darauf antworten, wurde aber, nachdem er noch gesagt hatte: „Es hat sich geweigert; wollen Sie wissen, warum?“ durch die fortwährenden Unterbrechungen der Reden längere Zeit an der Fortführung seiner Rede gehindert.

Dieselbe war dem chauvinistischen Jerome David besonders ärgerlich. Dieser rief Thiers zu: „Ihre Ideen finden keinen bemerkenswerthen Beifall in der Kammer. Sie können keine Bestätigung finden, und Sie fügen nur Frankreich viel Schlimmes dadurch zu. Es gehörten viele preussische Bataillone dazu, um Ihrem Vaterlande so viel Schaden zuzufügen, als Sie demselben unwillkürlich zufügen.“ Als Thiers wieder zu Wort gelangte, erinnerte er die Minister und die Kammer daran, daß vor drei Tagen alle Welt gesagt habe, wenn man die Zurücknahme der Kandidatur erlange, so müsse man sich damit begnügen, und jetzt, nachdem man sie erlangt, erhebe man Streit über Worte und Empfindlichkeiten und mache einen Krieg daraus. Der König von Preußen habe eine Koncession gemacht. Hier unterbrach ihn Olivier mit dem Rufe: „Er hat keine gemacht!“ „Wie?“ entgegnete Thiers, „vor der ganzen Welt zieht der König von Preußen die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern zurück oder läßt sie zurückziehen, und das wäre keine Koncession? Können Sie das aufrechthalten? Ich gehe noch weiter: nach den vorgelesenen Depeschen hat der König eingewilligt, durch

die Organe seiner Regierung zu erklären, daß er um die Zurückziehung der Kandidatur gewußt und sie gebilligt habe. Nennen Sie mich, wenn Sie wollen, einen Freund von Preußen; das Land wird entscheiden zwischen mir und Ihnen. Ich beschränke mich darauf, die unbestreitbaren Thatsachen hinzustellen, und sage: es ist beklagenswerth, daß, da die Interessen Frankreichs gesichert waren, man durch Aufreizung im Lande den Krieg unvermeidlich gemacht hat. Nicht wegen wesentlicher Interessen Frankreichs, sondern wegen der Fehler des Kabinetts haben wir den Krieg. Ich halte diesen Krieg für unklug; die Ereignisse von 1866 giengen mir mehr nahe als irgendwem; aber die Gelegenheit, das Uebel wieder gut zu machen, ist kläglich gewählt. Ich bin gewiß, daß Sie eines Tages diese Ueberstürzung bereuen werden. Die Gelegenheit zum Krieg ist schlecht gewählt und dies wird sich rächen. Ich verlange nochmals Mittheilung der Depeschen; möge dann die Kammer thun, was ihr gut scheint." Ollivier wußte auf diese Rede nichts von Bedeutung zu sagen, und Gramont, der Mann des „Krieges um jeden Preis,“ polterte mit den Worten heraus: „Wenn wir länger gewartet hätten, so hätten wir Preußen Zeit gegeben, uns mit seinen Rüstungen zuvorzukommen. Das Verfahren Preußens ist eine Beleidigung für den Kaiser und für ganz Frankreich, und wenn sich, was ich für unmöglich halte, in meinem Vaterlande eine Kammer fände, solches zu ertragen, so würde ich nicht fünf Minuten mehr Minister bleiben. In der Zeit, welche Herr Thiers zum Nachdenken fordert, würden die Preußen ihre Kanonen laden. Der Krieg ist besser als der bewaffnete Friede.“ Jules Favre erwiderte, daß die Ehre Frankreichs gar nicht im Spiele sei, daß kein rechtmäßiger Grund zum Kriege vorliege, und daß die Regierung allein für die kommenden Ereignisse verantwortlich sei, und stellte den formellen Antrag auf Vorlegung der Depeschen. Die unter dem System der officiellen Kandidaturen gewählte Kammer verwarf diesen Antrag mit 159 gegen 84 Stimmen.

Um 5 $\frac{1}{2}$  Uhr wurde die Sitzung unterbrochen, um der Kommission Zeit zu geben, die von Ollivier und Leboeuf vorgelegten Gesegentwürfe zu prüfen, und um 9 $\frac{1}{2}$  wurde sie wieder aufgenommen. Der Berichterstatter der Kommission erklärte, daß der Minister Ollivier derselben die diplomatischen Noten und andere Aufklärungen mitgetheilt, und daß in Folge dessen die Kommission ein-

stimmig beschlossen habe, die Bewilligung der von der Regierung verlangten Kredite und Gesetzentwürfe zu empfehlen. Montpayroux sprach für den Kommissionsantrag und schloß seine Rede mit den eine schöne Perspektive verheißenden Worten: „Der Krieg ist nothwendig, um die Wiederkehr normaler Verhältnisse in Europa vorzubereiten.“ Gambetta drang wiederholt auf Vorlegung der Depeschen, namentlich jener des Grafen Bismarck an die europäischen Kabinette. Gramont sagte, der Kommission sei diese Depesche zur Einsicht vorgelegt worden, und damit sei alles geschehen, was in dieser Sache gefordert werden könne. „Nein!“ rief die Linke, „dieses Dokument ist für die ganze Frage so entscheidend, daß es nicht bloß der Kommission, sondern auch der Kammer und dem Lande mitgetheilt werden muß.“ Gambetta sagte, es sei augenscheinlich die Absicht der Regierung, auf den gesetzgebenden Körper die Verantwortlichkeit für den Krieg zu übertragen; die Regierung habe die Beweggründe ihrer Entschließung nicht genügend gerechtfertigt. Dllivier wollte jede Verantwortlichkeit auf sich nehmen und wunderte sich darüber, daß es so schwer sei, einer gewissen Partei in einer französischen Versammlung den Ehrenpunkt klar zu machen. Die Beleidigung sei offenkundig und der Wortlaut des preussischen Dokuments daher unerheblich. „Ich kann nur wiederholen, daß wir die Mittheilung der in Rede stehenden Note von allen unseren diplomatischen Agenten empfangen haben.“ „Geben Sie uns den Wortlaut! theilen Sie die Depesche mit!“ rief die Linke, wie der Mohr Dthello sein verzweifelttes Wort „Das Schnupstuch!“ unausgesetzt ausstieß. Das Verlangen der Linken war sehr begründet und sehr leicht zu erfüllen. Aber wenn es erfüllt wurde, so erfuhr die Kammer, daß es sich hier nicht um eine Note oder Depesche, sondern um ein Zeitungstelegramm handle, und daß der Inhalt desselben gar keine Beleidigung in sich schließe. Dies durfte die Kommission; in welcher nur Mitglieder der dem Kaiser auf Tod und Leben verschriebenen Rechten saßen, wissen, aber nicht die ganze Kammer, da sonst Thiers, Favre, Arago, Gambetta und andere an dem Verfahren der Regierung eine unbarmherzige Kritik ausgeübt hätten. Daher blieben die Minister bei ihrer ganz unparlamentarischen Weigerung, und Dllivier, der Begründer der neuen parlamentarischen Aera, beschwor die Kammer, eine so unzeitgemäße Diskussion endlich einmal zu schließen. „Wir versichern die beleidigende Thatsache

auf unsere Ehre; das muß genügen. Der Worte sind nun genug gewechselt; es ist Zeit zu handeln.“ Noch verlangten Grevy und Picard die Fortsetzung der Debatte, aber sie wurden von der Rechten überschrien, der Schluß und die Abstimmung verlangt. Dllivier hatte einen Kredit von 50 Millionen für das Kriegsministerium verlangt, der Finanzminister einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach dem Marineministerium ein Kredit von 16 Millionen bewilligt werden sollte, der Kriegsminister Leboeuf hatte zwei Gesetzentwürfe vorgelegt über die Berufung der Mobilmgarde zum aktiven Dienst und über die Anwerbung Freiwilliger für die Dauer des Krieges. Der von Dllivier geforderte Kredit wurde mit 245 gegen 10 Stimmen bewilligt. Diese 10 Opponenten waren Arago, Desseaur, Esquiroz, Favre, Vagneur, Garnier-Pagès, Glais-Vizoin, Grevy, Ordinaire, Pelletan. Die drei anderen Vorlagen wurden mit allen Stimmen gegen die eine des Herrn Glais-Vizoin bewilligt. Unter den Zuhörern auf einer der Gallerien befand sich während dieser entscheidenden Sitzung Graf Benedetti, welcher am 14. Juli Ems verlassen hatte.

So war denn der Wille des Kaisers Napoleon und seiner Minister erfüllt. Der gesetzgebende Körper, d. h., die durch das allgemeine Stimmrecht gewählten Vertreter des französischen Volkes hatten mit einer ungeheuren Mehrheit sich für den Krieg ausgesprochen, die Politik des Kabinetts gebilligt und sich ebenso wie dieses für alle Folgen verantwortlich erklärt. Nach Abgabe dieser 245 Stimmen, welche freilich größtentheils von officiellen Kandidaten abgegeben wurden, konnte Napoleon mit Recht sagen, daß nicht er, sondern die französische Nation Preußen den Krieg erkläre. Kaiser und Volk waren nun identisch, und das letztere konnte, wenn jenem während des Krieges etwas Menschliches passirte, nicht sagen, es sei unschuldig an dem Beginn des Krieges, der Kaiser allein habe alles zu verantworten. Auf diese Ausrede durfte man sich gefaßt machen; aber nach der Abstimmung vom 15. Juli fehlte ihr alle Berechtigung. Auch ist zu bemerken, daß in einer so großen Versammlung nur zehn Männer die Einsicht und den Muth hatten, die Politik der Regierung zu mißbilligen. Vergebens sucht man unter diesen 10 die Namen der Herren Thiers und Gambetta, welche, was gerade auch kein historisches Heldenstück war, der Abstimmung sich enthalten zu haben scheinen. Und daß diese zehn Männer nur

Bei der ersten Abstimmung Stand hielten, bei den drei anderen aber willenlos unter die Herrschaft der Rechten sich beugten und, mit Ausnahme des einen Glais-Vizoin, für die kriegerischen Vorlagen des Finanzministers und Kriegsministers stimmten, wirft ein eigenthümliches Licht auf die moralische Beschaffenheit dieser Opposition. Man sah hier im kleinen, was sich in wenigen Tagen im großen vollzog: die Kammer und das Land wurden in Folge der von den Ministern und der Presse betriebenen Agitation von einem tollen Kriegesfeuer erfaßt, dem sie sich um so williger hingaben, je mehr sie einen günstigen Erfolg hoffen zu dürfen glaubten. Gieng Napoleon als Sieger aus diesem Kriege hervor, nahm er die Rheingrenze, so warf sich alles, die Rechte und die Linke, vor seinem Siegeswagen nieder; erlitt er Niederlagen, so durfte man sich bei einer so künstlich angefachten nationalen Begeisterung, bei einem so schwindelhaften Unternehmen auf eine grenzenlose Ernüchterung, auf einen Abfall ohne Gleichen gefaßt machen. An die letztere Möglichkeit dachten in Frankreich nur wenige. Der Constitutionnel vom 15. Juli sang bereits ein Triumphlied: „Preußen hat unsere Mäßigung für Schwäche genommen; auf die ruhigen, würdigen, friedlichen Erklärungen unseres Gesandten hat es mit einer Beschimpfung, einer Grobheit geantwortet. Es folgte darin seinen Ueberlieferungen; wir werden den unsrigen folgen. Man spielt nicht ungestraft mit Frankreichs Empfindlichkeit. Die Erinnerungen von 1814 waren eingeschlummert; der König von Preußen hat sie auf rohe Art wieder aufgeweckt. Er will den Krieg; sei es darum! Wir nehmen ihn an, unseres Rechtes gewiß, auf die Ueberlegenheit unserer Waffen vertrauend. Preußen beschimpft uns; gehen wir über den Rhein! Die Soldaten von Jena sind bereit!“ In den Straßen von Paris gieng es Abends sehr unruhig zu. Drei Bänden zerlumppter Menschen, jede etwa 200 Köpfe stark, zogen von den Höhen der Vorstadt Belleville nach den Boulevards, brüllten aus Leibeskräften die Marseillaise und riefen: „Krieg! Krieg! An den Rhein! Es lebe der Kaiser! Nieder mit Bismarck! Nieder mit Preußen!“ Sie wurden von der Polizei nicht gestört. Ein Haufe von etwa 400 Arbeitern, welche sich von dem Kriege wenige goldene Tage für sich versprochen und unter dem Rufe: „Es lebe der Friede!“ vor die Tuilerien zogen, wurde von der Polizei auseinandergesprenzt, einige ins Gefängniß abgeführt.

Vor dem Hotel Thiers' wurde gerufen: „Nieder mit dem kleinen Preußen!“

Während sich in Paris am 15. Juli das neue Sensationsdrama wie ein häßliches Intrigenstück abwickelte, gieng in Deutschland die Sonne golden auf. Der König von Preußen kehrte an diesem Tage mit einem Extrazug von Ems nach Berlin zurück. Tags zuvor hatte er die Königin in Koblenz besucht und, als bei der Rückfahrt der Kriegerverein mit einem Musikchor ihn begrüßte, an denselben einige Worte gerichtet: „Ich freue mich sehr über die mir dargebrachte Ueberraschung. Ich hoffe, daß ihr auch in jeder Beziehung wacker auf dem Platze sein werdet“. Unter dem begeisterten Hochrufen der deutschen Kurgäste und des zahlreich versammelten Volkes verließ der König Vormittags 8 Uhr das Bad Ems und fuhr über Kassel, Göttingen, Magdeburg, Potsdam nach Berlin. An allen bedeutenden Stationen wurde Halt gemacht, patriotische Ansprachen an den König gehalten und von ihm erwidert. Bis Brandenburg waren ihm um 3 Uhr der Kronprinz, Graf Bismarck, die Generale von Moltke und von Roon entgegengefahren. Gegen 8<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr traf der Zug auf dem Bahnhof in Berlin ein, wo die Minister, Generale und städtischen Behörden zum Empfang bereit waren. Eine unermessliche Volksmenge füllte die Straßen und freien Plätze zwischen dem Bahnhof und dem königlichen Schloß. Erst auf dem Bahnhof erfuhr der König den Inhalt der im Laufe des Nachmittags auf dem auswärtigen Amt eingelaufenen Depeschen aus Paris und zeigte sich entrüstet über das die Kriegserklärung begleitende Lügengewebe. Unter dem steten tausendstimmigen Zuruf der Massen fuhr er nach dem Schloß, wo sich bald Moltke und Bismarck, beide von der Menge lebhaft begrüßt, einfanden. Noch am Abend des 15. Juli beschloß der König die Mobilmachung der Armee und die Berufung des Reichstags auf den 19. Juli. In Berlin war die Stimmung um so freudiger und gehobener, da die Nachrichten aus Süddeutschland auf ein unbedingtes Mitgehen mit dem Norden lauteten und man sicher erwarten durfte, daß diesmal All-Deutschland sich erhebe und die Wacht am Rhein halte. Schönere Tage als diese Julitage mit ihrer nationalen Erhebung hat Deutschland nie gesehen. Zuerst Staunen über die seltsame Verwicklung, dann Entrüstung über die übermüthige, kriegsschnaubende Provokation, hierauf bange Sorge, der König könnte in Ems auch nur um eine

halbe Linie zu viel nachgeben, endlich freudiges Frohlocken, als das Telegramm vom 13. die Zurückweisung der französischen Forderung mittheilte, und fester Muth, felsenfestes Vertrauen, als mit der Erklärung der französischen Minister am 15. Juli der Krieg unwider-russlich beschloffen war. Dies war die Stimmung in ganz Deutsch-land, von Memel bis nach Lörrach, von der Königsau bis zu den Alpen. Jedermann fühlte, daß Deutschland an einem neuen Wende-punkt angekommen sei; daß es sich um seine förmliche Konstituierung, um die Ueberbrückung des Mains handle; daß der Krieg nicht we-gen eines Prinzen, nicht wegen einer spanischen Thronkandidatur geführt werde, sondern daß die Frage die sei, ob Deutschland sich in seiner Entwicklung und Konsolidirung von dem erobungs-süchtigen Frankreich hemmen lassen und dessen Suprematie anerkennen solle, oder ob Deutschland, seiner Kraft in der Einheit sich bewußt, den hingeworfenen Handschuh aufhebe, mit der ganzen Kraft seiner geistigen Ueberlegenheit sich auf den Feind werfe, um auf den Trüm-mern eines morschen Reiches seine eigene Größe auf Jahrhunderte zu begründen. Die Antwort auf diese Alternative war keinem Deut-schen zweifelhaft, und bei aller Achtung vor der Stärke der franzö-sischen Waffen, die auch der Kundige, und noch mehr der Unkun-dige hatte, war auch das niemand zweifelhaft, daß Deutschland siegen müsse. Und wenn die Franzosen bereits so offen von der Rheingrenze als ihrem Siegespreis sprachen, so wußte auch Deutschland den Namen des feinigten schon anzugeben, nur daß es denselben nicht so laut verkündigte. Die „Berliner Börsenzeitung“ vom 13. Juli schrieb: „Während die Pariser Zeitungen täglich das linke Rhein-ufer annektiren, ist bei uns noch nicht der Name von Elsaß und Loth-ringen ausgesprochen, obgleich es sicher nach einem siegreichen Feld-zuge gegen Frankreich keinem Deutschen als möglich erscheinen würde, Straßburg noch eine französische Stadt bleiben zu lassen. Mit der Ruhe, welche die Presse zeigt, scheint die im militärischen Departement herrschende zu wetteifern“.

Am 15. Juli war die deutsche Einheit fertig. Die Augen aller Deutschen wandten sich nach Berlin. Die Beleidigungen, welche vom 4. bis zum 15. Juli dem König von Preußen von der französischen Diplomatie zugefügt worden waren, betrachtete man nicht als solche, die nur seine Person trafen, sondern als solche, die ganz Deutsch-land verletzten. Der König von Preußen war nicht mehr der Mo-

nach eines Einzelstaates, sondern der deutsche Fürst, der Repräsentant von Deutschland, der Nachfolger Barbarossa's. Von allen Seiten, von Fürsten und Städten, liefen Adressen an König Wilhelm, den obersten Kriegsherrn Deutschlands, ein; namhafte Summen, von einzelnen Kaufmannsfirmen bis zu 10,000 Thalern, wurden für die verwundeten Krieger gezeichnet, Ehrenpreise für hervorragende Kriegsthaten ausgesetzt. Der Zubrang von Freiwilligen war außerordentlich, die Hörsäle der Universitäten wurden geschlossen, aus fernen Ländern eilten die jungen Leute, welche dort günstige Stellungen hatten, herbei, um das Vaterland zu vertheidigen. Der Name „Deutschland“ hatte einen zauberhaften Klang. „Deutschland über alles!“ war der kurze Inhalt und der Refrain der vielen patriotischen Reden, in welchen die Begeisterung jener Tage ihren Ausdruck suchte. Und so war es nicht bloß in den alten preussischen Provinzen; in ganz Deutschland war es so. In Hannover, wo die Tuilerien auf eine welfische Rebellion gerechnet hatten, in Schleswig-Holstein, wo sie auf den Augustenburgischen Partikularismus zählten, in Frankfurt, wo die Seligkeiten des Bundestags und der souveränen Republik so schwer verschmerzt wurden, in Süddeutschland, wo Sahrelang Preußenhaß gesät wurde: überall war es gleich, überall galt nur das eine Wahrzeichen, das Vaterland zu erretten. Es war ein wunderbar herrlicher Wetteifer aller Volksstämme, aller Berufsarten, aller Stände, der verschiedenen Altersstufen und Geschlechter, an Opferwilligkeit nicht nachzustehen, Gut und Blut herzugeben, in die vordersten Reihen sich zu stellen. Dieser Begeisterung des Volkes entsprach die ungeheure Thätigkeit in den Ministerien. Aufrufe und Verordnungen folgten Schlag auf Schlag. Noch am 15. Juli erging von Seiten des Bundeskanzleramtes an die deutschen Seehandelsstädte die amtliche Anzeige, daß die norddeutschen Handelsschiffe auf allen Meeren vor der Kriegsgefahr gewarnt seien und den Rath erhalten, vor derselben nach binnen zu gehen, und am 16. Juli wurde durch den preussischen Staatsanzeiger zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß an der deutschen Nordseeküste die Seezeichen aufgenommen, die Feuerschiffe eingezogen und die stehenden Feuer gelöscht seien. In Folge dieser Bekanntmachung wurden die Fahrten der deutschen Handelsschiffe nach England, Amerika und anderen Ländern eingestellt, die Zugänge zur Weser, Elbe, Oder, Weichsel versperrt, die Seezeichen beseitigt, die Leucht-



feuer gelöscht, die Hafenbefestigungen armirt. Auch wurde die Anordnung getroffen, daß der ganzen Küstenstrecke des norddeutschen Bundesgebietes entlang aufs schleunigste eine telegraphische Verbindung hergestellt würde.

Am 16. Juli versammelte sich der norddeutsche Bundesrath, telegraphisch berufen, zu einer außerordentlichen Sitzung. In derselben gab der Bundeskanzler Graf Bismarck eine kurze Uebersicht über die verschiedenen Phasen der hohenzollernschen Kandidatur und die hierauf bezüglichen diplomatischen und parlamentarischen Vorgänge, führte besonders an, daß der König von den Verhandlungen zwischen der spanischen Regierung und dem Prinzen unter der ausdrücklichen Bedingung der Geheimhaltung Kenntniß erhalten und daher der Regierung von der Angelegenheit, welche für ihn nur eine Familiensache war, keine Mittheilung gemacht habe, und sagte am Schluß: „Die hohen verbündeten Regierungen werden ermessen, wie wenig unter diesen Umständen das Bundespräsidium darauf gefaßt sein konnte, zu erfahren, daß die französische Regierung, deren Interesse an der spanischen Frage ihm auf die Verhütung einer republikanischen oder orleanistischen Entwicklung sich zu begrenzen schien, in der Annahme der Thronkandidatur durch den Prinzen von Hohenzollern eine ihr zugefügte Kränkung erblickte. Wäre es dem französischen Kabinet lediglich darum zu thun gewesen, zum Zwecke der Beseitigung dieser Kandidatur die guten Dienste Preußens in Anspruch zu nehmen, so hätte sich demselben hiefür in einem vertraulichen Benehmen mit der preußischen Regierung der einfachste und geeignetste Weg dargeboten. Der Inhalt der vom Herrn Duc de Gramont im Corps législatif (am 6. Juli) gehaltenen Rede schnitt dagegen jede Möglichkeit solcher vertraulichen Erörterungen ab. Die Aufnahme, welche diese Rede in der genannten Versammlung fand, die von der französischen Regierung seitdem eingenommene Haltung, die von ihr gestellten unannehmbaren Zumuthungen konnten dem Bundespräsidium keinen Zweifel mehr darüber lassen, daß die französische Regierung es von vornherein darauf abgesehen hatte, entweder seine Demüthigung oder den Krieg herbeizuführen. Der ersteren Alternative sich zu fügen, war unmöglich. Die Leiden, welche mit dem Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich im Centrum der europäischen Civilisation unausbleiblich verbunden sind, machen den gegen Deutschland geübten Zwang zum

Kriege zu einer schweren Versündigung an den Interessen der Menschheit. Die öffentliche Meinung Deutschlands hat dies empfunden. Die Erregung des deutschen Nationalgefühls gibt davon Zeugniß. Es bleibt keine Wahl mehr als der Krieg oder die der französischen Regierung obliegende Bürgschaft gegen Wiederkehr ähnlicher Bedrohungen des Friedens und der Wohlfahrt Europa's". Darauf erklärte Freiherr von Friesen: „Im Namen der königl. sächsischen Regierung, welche, wie ich annehmen darf, hierin mit allen übrigen hohen Bundesregierungen im vollen Einklang sich befindet, spreche ich das Einverständniß mit allen bisherigen Schritten des Bundespräsidiums und mit der von Preußen kundgegebenen Auffassung der Sachlage aus. Frankreich will den Krieg. Möge derselbe denn möglichst schnell und kräftig geführt werden!“ Sämtliche Bevollmächtigte traten dieser Erklärung bei. In dieser Sitzung wurde auch ein Verbot der Ausfuhr von Waffen und Kriegsmunition aller Art, von Pferden, Heu, Steinkohlen u. s. w. über die Grenzstrecke von Memel bis Saarbrücken beschlossen und die Erwartung ausgesprochen, daß die süddeutschen Staaten sich diesem Beschlusse anschließen. Hinsichtlich der Behandlung der französischen Handelsschiffe wurde beschlossen, daß diese der Aufbringung und Wegnahme durch deutsche Kriegsfahrzeuge nicht unterworfen sein sollen, und daß ihnen, wenn sie in deutschen Häfen sich befinden, eine sechs-wöchentliche Frist gestattet werden solle. In Folge dieser Bundesrathssitzung fand am 16. Juli die Mobilmachung auch der übrigen norddeutschen Heereskontingente statt.

Dem Magistrat und den Stadtverordneten Berlins, welche in einer feierlichen Audienz am 18. Juli dem Könige die Entschlossenheit und Opferwilligkeit seiner Hauptstadt schilderten, erwiderte dieser: „Es werden schwere Opfer von meinem Volke gefordert werden. Wir wollen es uns nicht verhehlen, wir sind durch den unter Gottes Beistand erlangten raschen Sieg in zwei glücklichen Kriegen verwöhnt. So leichten Kaufes werden wir diesmal nicht davonkommen. Aber ich weiß, was ich von meiner Armee, was ich von denen, die zu den Fahnen eilen, erwarten darf. Das Instrument ist scharf und schneidig. Der Erfolg, mit dem es geführt werden wird, steht bei Gott. Ich weiß auch, was ich von denen erwarten darf, die, wie Sie es in Ihrer Adresse so schön betonen, berufen sein werden, die Wunden, die geschlagen, die Leiden und Schmerzen,

die der Krieg bereitet, zu stillen und zu lindern.“ Königin Augusta richtete von Koblenz aus ein Telegramm vom 18. Juli an die deutschen Frauen: „Das Vaterland erwartet, daß alle Frauen bereit sind, ihre Pflicht zu thun. Hilfe zunächst an den Rhein zu senden!“ Die Kronprinzessin Viktoria schrieb am 19. Juli an den Ausschuß der Viktoria = National = Invaliden = Stiftung in Berlin: „Noch einmal ruft das Vaterland seine Söhne zu den Fahnen, um für seine heiligsten Güter, für Deutschlands Ehre und Unabhängigkeit zu kämpfen. Wohlan denn! Möge wiederum freie Liebesthätigkeit alle vereinen, um die Angehörigen derer vor Entbehrung zu schützen, welche Gesundheit und Leben für uns hinzugeben bereit sind! Spenden wir schnell und reichlich, damit die Streiter für das heilige Recht unseres Landes mit dem tröstenden Gedanken in den Kampf ziehen, daß das Schicksal ihrer Lieben treuen Händen anvertraut ist!“ Graf Bismarck erließ am 18. Juli an die Gesandten des norddeutschen Bundes ein Cirkular, worin er ihnen die Werther'schen Schriftstücke und die über die Vorgänge in Ems abgefaßten Aktenstücke mittheilte, die völlige Grundlosigkeit aller französischen Beschuldigungen nachwies, ihre Entstellungen und Lügen aufdeckte und am Schluß sagte: „Wenn hienach alle von den französischen Ministern angeführten Gründe für die Unvermeidlichkeit des Krieges in nichts zerfallen und absolut aus der Luft gegriffen erscheinen, so bleibt uns leider nur die traurige Nothwendigkeit, die wahren Motive in den schlechtesten und seit einem halben Jahrhundert von den Völkern und Regierungen der civilisirten Welt gebrandmarkten Traditionen Ludwigs XIV. und des ersten Kaiserreiches zu suchen, welche eine Partei in Frankreich noch immer auf ihre Fahne schreibt, und denen Napoleon III., wie wir glaubten, glücklich widerstanden hatte. Als bewegende Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung können wir leider nur die schlechtesten Instinkte des Hasses und der Eifersucht auf die Selbständigkeit und Wohlfahrt Deutschlands erkennen, neben dem Bestreben, die Freiheit im eigenen Lande durch Verwicklung desselben in auswärtige Kriege niederzuzhalten“.

Noch im letzten Augenblicke machte die englische Diplomatie einen Vermittlungsversuch. Lord Granville wies am 15. Juli die englischen Gesandten in Berlin und Paris an, den dortigen Regierungen mit Hinweisung auf das 23. Protokoll des Pariser Vertrags

von 1856 den Vorschlag zu machen, daß sie sich zur Abwendung des Krieges der guten Dienste einer oder mehrerer befreundeter Mächte bedienen möchten, und ihnen die Bereitwilligkeit Englands zu diesem Vermittlergeschäfte anzuzeigen. Lord Loftus entledigte sich dieses Auftrages in einem Schreiben an den Grafen Bismarck vom 17. Juli. Der Bundeskanzler antwortete ihm am 18. Juli, daß die Anknüpfung solcher Verhandlungen für Preußen nur nach vorgängiger Feststellung der Bereitwilligkeit Frankreichs möglich wäre. „Frankreich hat die Initiative zum Kriege ergriffen und an derselben festgehalten, nachdem die erste Komplikation auch nach Englands Meinung materiell beseitigt war. Eine von unserer Seite jetzt zu ergreifende Initiative zu Verhandlungen würde von dem nationalen Gefühl der Deutschen, nachdem dasselbe durch Frankreichs Drohungen tief verletzt und aufgeregt worden, mißverstanden werden. Unsere Stärke liegt in dem nationalen, dem Rechts- und Ehrgefühl der Nation, während die französische Regierung bewiesen hat, daß sie dieser Stütze im eigenen Lande nicht im gleichen Maße bedarf.“ Es war von der englischen Regierung ein großer Fehler, jetzt, nachdem die Thatsachen so offen dalagen, das preußische und das französische Kabinet auf eine Linie zu stellen, statt mit dem letzteren, dem allein schuldigen Theile, ein ernstes Wort zu sprechen. Allein davon war die englische Regierung weit entfernt. Ihr Gesandter in Paris hatte ja schon am 15. Juli dem Herzog von Gramont die freundlichsten Versicherungen gegeben. Der letztere lehnte in einem Gespräch mit Lord Lyons die englische Vermittlung ab und gab als Grund hiefür die Beleidigung des Grafen Benedetti und das „Sich-Brüsten“ Preußens in dem Telegramm vom 13. Juli an. Lord Lyons beschwerte sich darüber, daß er in seinem Exposé angeführt habe, die Klagegründe Frankreichs würden von allen Kabinetten als berechtigt anerkannt. Gramont erwiderte, daß er allerdings die englische Regierung dabei im Auge gehabt habe, und daß er auch jetzt noch die Ansicht habe, er sei hiezu berechtigt gewesen. Lord Loftus wollte dies nicht gelten lassen, worauf Gramont abbrach und erklärte, er werde seinen Gesandten in London, Herrn v. Lavalette, beauftragen, das Weitere dem Grafen Granville zu erklären. Trotz dieser neuen Unverschämtheit Gramonts, welcher die Gesinnung des englischen Kabinetts besser zu kennen behauptete als der täglich mit Depeschen und Instruktionen versehene Lord Lyons,

sagte dieser doch zum Schluß: „Wie dem auch sein mag, die freundschaftliche Stimmung, welche das glückliche Ergebniß eines langjährigen herzlichen Einverständnisses zwischen den beiden Regierungen und den beiden Nationen ist, wird dadurch keine Schmälerung erleiden.“

Solch klägliche Expektorationen fanden in England nicht überall Beifall. Die „Times“ vom 16. Juli rief aus: „Das größte nationale Verbrechen, das seit dem ersten französischen Kaiserreiche geschehen, ist nun vollzogen. Ein ungerechter, absichtlich angelegter Krieg ist erklärt, das letzte Ergebniß des persönlichen Regiments. Klarsehende Politiker haben es geahnt, als Gramont von Wien nach Paris berufen wurde, und sie haben sich nicht getäuscht. Ueber das eine kann gegenwärtig kein Zweifel herrschen, daß aller Welt Sympathien sich jetzt dem angegriffenen Preußen zuwenden. Napoleon hat sich zu einer unpolitischen und verbrecherischen That hinreißen lassen, die Gedanken des ersten Kaiserreiches scheinen der Fluch des zweiten werden zu wollen. Wehe dem Kaiser, wenn seine Soldaten eine Schlappe oder gar eine Niederlage erleiden sollten! Er kann nur als Eroberer heimkehren und zwar als Eroberer in dem Maße, als sein Oheim von Austerlitz oder Wagram heimgekehrt war. Doch ist sehr fraglich, ob Preußen durch ein Solferino so leicht wie Oestreich abgethan sein würde. Selbst wenn Preußen vollständig besiegt werden sollte, dürfte sich zeigen, daß hinter ihm Truppen in zweiter Linie aufgestellt sind.“ Die Times besprach auch die Stellung Oestreichs, welches erklärte, dem Kampf fern bleiben zu wollen, „so lange keine dritte Macht sich an ihm theilige,“ und fragte, ob damit Italien und Dänemark gemeint sei, von denen das erste bei einer Niederlage der Franzosen in den Kirchenstaat einrücken, das zweite bei einem Unfall Preußens in Schleswig einfallen würde. „Daily News“ schrieb am nämlichen Tage: „Der Kaiser möchte seinem Oheim nachzusehen und sein Reich bis an den Rhein ausdehnen; wir können nur hoffen, daß er seines Oheims Mißgeschick erleben und seine mißbrauchte Gewalt in seinen blutbefleckten Händen zerplagen sehen werde. Der 15. Juli 1870 wird in der Geschichte als der Tag eines großen Verbrechens verzeichnet stehen.“ Der Kaplan der Königin, Brooks, sprach sich in einer in der St. James Kapelle zu London am 17. Juli gehaltenen Predigt sehr entschieden gegen die achselträgerische Politik des englischen

Ministeriums aus. Dieses Verbrechen hätte bei uns bewirken sollen, daß diplomatische Klugheit dem beleidigten sittlichen Gefühl Platz gemacht. Diejenigen, welche das englische Volk vertreten, hätten ihren gerechten Unwillen, nicht aber ihre Furcht ausdrücken, hätten nüchtern, aber mit Ernst für die Sache des Rechts, die Sache der beleidigten Menschheit eintreten und im Namen des Gewissens der englischen Nation sprechen sollen. Und wir hoffen, daß dies noch geschehen werde. Denn wir halten es nicht für möglich, daß der Sinn für Recht und Wahrheit und der Glaube an einen Gott der Gerechtigkeit in England ausgestorben sei; daß wir keine Stimme haben, unsere Verdammung des Unrechts auszusprechen und unseren Einfluß gegen den Uebelthäter geltend zu machen. Und wenn alle anderen Mittel fehlschlagen, mögen wir dann unsere Pflicht thun, die uns aufruft, für die Sache Gottes und das Wohl der Menschen in die Schranken zu treten, und unsren Schlachtenmuth nicht den beschränkten Interessen Englands, sondern den weiten der Menschheit weihen!" Aber die Minister brachten es nicht weiter, als daß sie am 18. Juli in den beiden Häusern des Parlaments die sofortige Veröffentlichung der Neutralitäts=Proklamation und eine Aenderung, beziehungsweise Verschärfung des englischen Neutralitätsgesetzes versprachen. Es wird sich zeigen, was diese Biedermänner unter der Firma der Neutralität und vollends einer „Verschärfung“ derselben trieben und treiben ließen.

Das preußische Kabinet gieng ruhig seinen Weg fort. Der norddeutsche Reichstag wurde am 19. Juli Vormittags 11 Uhr im weißen Saale des königlichen Schlosses eröffnet. Die vom König verlesene Thronrede war nach Ton und Inhalt ein wahres Meisterstück und spiegelte den Ernst, den Muth und die Zuversicht Deutschlands in schönen Worten wieder. Die hauptsächlichsten Stellen derselben lauteten: „Die spanische Thronkandidatur eines deutschen Prinzen, deren Aufstellung und Beseitigung die verbündeten Regierungen gleich fern standen, und die für den norddeutschen Bund nur insofern von Interesse war, als die Regierung jener uns befreundeten Nation daran die Hoffnung zu knüpfen schien, einem vielgeprüften Lande die Bürgschaften einer geordneten und friedliebenden Regierung zu gewinnen, hat dem Gouvernement des Kaisers der Franzosen den Vorwand geboten, in einer dem diplomatischen Verkehr seit langer Zeit unbekanntem Weise den Kriegsfall zu stellen und denselben, auch

nach Beseitigung jenes Vorwandes, mit jener Geringschätzung des Anrechtes der Völker auf die Segnungen des Friedens festzuhalten, von welcher die Geschichte früherer Beherrscher Frankreichs analoge Beispiele darbietet. Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend getragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet; heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Oeffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat. Es ist keine Ueberhebung, welche mir diese Worte in den Mund legt. Die verbündeten Regierungen, wie ich selbst, wir handeln in dem vollen Bewußtsein, daß Sieg und Niederlage in der Hand des Lenkers der Schlachten ruhen. Wir haben mit klarem Blick die Verantwortlichkeit ermessen, welche vor den Gerichten Gottes und der Menschen den trifft, der zwei große und friedliebende Völker im Herzen Europa's zu verheerenden Kriegen treibt. Das deutsche wie das französische Volk, beide die Segnungen christlicher Gesittung und steigenden Wohlstandes gleichmäßig genießend und begehrend, sind zu einem heilsameren Wettkampfe berufen als zu dem blutigen der Waffen. Doch die Machthaber Frankreichs haben es verstanden, das wohlberedigte, aber reizbare Selbstgefühl unsres großen Nachbarvolkes durch berechnete Mißleitung für persönliche Interessen und Leidenschaften auszubenten. Je mehr die verbündeten Regierungen sich bewußt sind, alles, was Ehre und Würde gestatten, gethan zu haben, um Europa die Segnungen des Friedens zu bewahren, und je unzweideutiger es vor Aller Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit um so größerer Zuversicht wenden wir uns, gestützt auf den einmüthigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes mit dem Auftrufe zur Vertheidigung seiner Ehre und seiner Unabhängigkeit. Wir werden nach dem Beispiele unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewaltthat fremder Eroberer kämpfen, und in diesem Kampf, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europa's dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unsern Vätern war."

Unmittelbar nach dieser Eröffnungsfeierlichkeit, Mittags 1 Uhr, erhielt Graf Bismarck den Besuch des französischen Botschaftssekretärs Le Sourd. Derselbe überbrachte ihm die förmliche Kriegserklärung, deren Motive sich in den bereits bekannten Geleisen bewegten. Der „Plan, einen preussischen Prinzen auf den Thron von Spanien zu erheben,“ wurde darin „als ein gegen die territoriale Sicherheit Frankreichs gerichtetes Unternehmen“ betrachtet, und in der Weigerung des Königs, einer solchen „Kombination“ für alle Zukunft seine Zustimmung zu versagen, erblickte „die kaiserliche Regierung einen Frankreich ebenso wie das allgemeine europäische Gleichgewicht bedrohenden Hintergedanken,“ fand die Sache „noch verschlimmert durch die den Kabinetten zugegangene Anzeige von der Weigerung des Königs, den Botschafter des Kaisers zu empfangen und auf irgend eine neue Auseinandersetzung mit ihm einzugehen,“ und erklärte, daß sie sich „in Folge dessen von jetzt an als im Kriegszustand mit Preußen betrachte.“ Dieses Aktenstück theilte Bismarck in einem Circular vom 19. Juli den diplomatischen Agenten des norddeutschen Bundes mit und erklärte die von Frankreich angeführten Gründe, denen er die Thatsachen gegenüberstellte, für „erfundene Vorwände.“ Die erste Reichstagsßitzung fand noch am 19. Juli zwischen 2 und 3 Uhr statt. Gleich nach Eröffnung derselben erhob sich Graf Bismarck und sprach: „Ich theile dem hohen Hause mit, daß mir der französische Geschäftsträger heute die Kriegserklärung Frankreichs überreicht hat.“ Das ganze Haus erhob sich auf diese Worte unter dem Rufe: „Bravo! Hurrah! Es lebe der König!“ Das Publikum auf den Tribünen stimmte begeistert ein. Präsident Simson theilte hierauf die Regierungsvorlagen mit, auf den Antrag des Grafen Schwerin wurde das gegenwärtige provisorische Bureau beibehalten und die Berathung des Adresse-Entwurfs schon auf den 20. Juli festgesetzt. In der Vormittagsßitzung dieses Tages wurde der von den verschiedenen Fraktionen bereits genehmigte Entwurf eingebracht. Der Berichterstatter Miquel erklärte: „In einem Augenblick, wo unsere Brüder und unsere Söhne unter die Waffen gerufen sind und die französischen Heere an unsere Grenze marschiren, würde ich kein unnöthiges Wort verantworten können; ich halte aber auch kein Wort für nöthig, die schlichten Gedanken der Adresse zu motiviren. Ich bitte Sie herzlich um einstimmige Annahme der Adresse.“ Niemand meldete sich zur Diskussion, und der Präsident



verlas den in kräftiger Sprache abgefaßten Entwurf. Darin hieß es: „Wir vertrauen auf die Tapferkeit und die Vaterlandsliebe unserer bewaffneten Brüder, auf den unerschütterlichen Entschluß eines einigen Volkes, alle Güter dieser Erde daran zu setzen und nicht zu dulden, daß der fremde Eroberer dem deutschen Manne den Nacken beugt. Wir vertrauen der erfahrenen Führung des greisen Heldenkönigs, des deutschen Feldherrn, dem die Vorsehung beschieden hat, den großen Kampf, den der Jüngling vor mehr als einem halben Jahrhundert kämpfte, am Abend seines Lebens zum entscheidenden Ende zu führen. Wir vertrauen auf Gott, dessen Gericht den blutigen Frevel straft. Von den Ufern des Meeres bis zum Fuße der Alpen hat sich das Volk auf den Ruf seiner einmütig zusammenstehenden Fürsten erhoben. Kein Opfer ist ihm zu schwer.“ Das ganze Haus ohne jede Ausnahme erhob sich für die Annahme der Adresse.

Sofort trat Graf Bismarck ein, um dem Reichstag die Sammlung von Aktenstücken vorzulegen, welche sich über die Entwicklung des vorliegenden Kriegesalles in den Händen der Regierung befinden. „Wohl selten“, sagte er, „hat sich ein so wichtiges europäisches Ereigniß vollzogen und zwischen verschiedenen Höfen vorbereitet, wo die Zahl der Aktenstücke, in denen der Geschichtsforscher dereinst die Ursache suchen wird, so karg bemessen wäre wie hier. Wir haben nämlich von der kaiserlich französischen Regierung in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mittheilung erhalten: es ist die gestrige Kriegserklärung. Es ist dies die erste und einzige amtliche Eröffnung, welche seit der Anfrage des französischen Geschäftsträgers am 4. Juli, was wir von der Sache wußten, und unserer Antwort, daß wir nichts davon wußten, überhaupt unseres Wissens von Seiten der französischen Regierung ausgegangen, jedenfalls an uns mitgetheilt ist. Alle Besprechungen, die der Graf Benedetti, mag er seine Eigenschaft als französischer Botschafter dabei geltend gemacht haben oder nicht, die er an einem Badeorte unter vier Augen mit Sr. Majestät, meinem allergnädigsten Herrn, gehabt hat, sind, wie jedem Kenner internationaler Verhandlungen ohne Versicherung geläufig sein wird, Gespräche persönlicher und privater Natur, die für internationale Verhältnisse keine amtliche Bedeutung haben. Auch alle persönlichen Erklärungen, die man von Sr. Majestät dem König dort im Wege anscheinend wohlwollender Privatkonversation zu ver-

langen versucht hat und vielleicht, wenn Seine Majestät nicht die eigene Festigkeit des Charakters auch auf die Haltung im Privatleben übertrügen, hätten erreicht werden können, würden doch niemals staatliche Akte gewesen sein, sondern persönliche Aeußerungen, so lange sie der Monarch nicht in seiner staatsrechtlichen Eigenschaft anderweitig bekräftigt und dadurch seinen Willen bekundet hätte, sie zu Staatsakten zu machen.“ Von den anderen Aktenstücken führte er zuerst „das bekannte Zeitungstelegramm vom 13. Juli an, welches dem französischen Ministerium als schließlich einzige Ursache des Krieges übrig geblieben ist und auch nur dadurch zu dem Zwecke benutzt werden konnte, daß man es als eine Note bezeichnet hat, die von Seiten der königlichen Regierung an andere Regierungen erlassen ist. Ich will mich auf die Definition von Noten nicht einlassen, aber die Mittheilung eines Zeitungstelegramms, die dazu bestimmt war, unsere Vertreter bei den deutschen und den anderen Regierungen, die wir uns befreundet hielten, darüber zu orientiren, wie die Entwicklung der Sache augenblicklich liegt, und wie unsere Stimmung eine festere sei, als auf anderer Seite vielleicht geglaubt wurde, nachdem wir an den Grenzen, die uns die nationale Ehre zieht, angekommen zu sein glaubten, eine solche Zeitungsmittheilung hat das französische Ministerium öffentlich als Note qualificirt. Die Herren haben sich wohl gehütet, dem Drängen der wenigen besonnenen Oppositionsmitglieder in Paris nachzugeben und dieses Aktenstück vorzulegen; denn das ganze Gebäude, die ganze Unterlage der Kriegserklärung wäre in nichts versunken, sobald die Volksvertretung dieses angebliche Aktenstück gekannt hätte und namentlich seine Form — es war kein Aktenstück, es war ein benachrichtigendes Telegramm.“ Als zweites und drittes Aktenstück legte er die zwei authentischen Darstellungen der Vorgänge in Gms vor, als viertes den Bericht des Freiherrn von Werther aus Paris vom 12. Juli und seine, des Bundeskanzlers, Antwort an denselben, als fünftes ein Cirkular vom 18. Juli zur Mittheilung der vorstehenden vier Aktenstücke an die deutschen und die anderen Regierungen, als sechstes und siebentes das einen Vermittlungsversuch enthaltende Schreiben des Lord Loftus vom 17. Juli und die Antwort des Bundeskanzlers vom 18. Juli und achtens das Cirkular an die Gesandten des norddeutschen Bundes vom 19. Juli nach Empfang der officiellen Kriegserklärung, welche Aktenstücke bereits alle mitgetheilt worden sind.

In der Nachmittagsſitzung vom 20. Juli theilte Präſident Simſon die dankenden Worte mit, welche der König bei Ueberreichung der Adreſſe (zwiſchen 12 und 1 Uhr) ausgeſprochen hatte. Darauf trat der Reichstag in die Berathung der Regierungsvorlagen ein. Dieſelben betrafen die Bewilligung des außerordentlichen Geldbedarfs für Armee und Marine, in der Höhe von 120 Millionen Thalern, die Errichtung von öffentlichen Darlehenskaffen, die Einſtellung des gerichtlichen Verfahrens gegen Militärperſonen und die Verlängerung des am 31. Auguſt 1867 gewählten Reichstags über die verfaſſungsmäßige Dauer hinaus bis zum 31. December 1870. Dieſe Vorlagen wurden am 20. und in den drei Sitzungen des 21. Juli vom Reichstag mit großer Majorität angenommen und zwar die Exiſtenz von 120 Millionen Thalern einſtimmig ohne alle Debatte, nachdem Bebel und Liebknecht erklärt hatten, daß ſie ſich der Abſtimmung enthalten werden. In der ſechſten Sitzung, welche am Nachmittag des 21. Juli eröffnet wurde, verlas Graf Biſmarck eine königliche Botſchaft, worin der Schluß dieſer außerordentlichen ſeſſion ausgeſprochen war, und ſetzte noch hinzu: „Nach den Worten, welche Seine Majestät der König zu zwei wiederholten Malen an den Reichstag gerichtet hat, würde es mir nicht geziemen, denſelben irgend etwas hinzuzufügen, wenn Seine Majestät mir nicht ausdrücklich befohlen hätte, dem Reichstag ſeinen warmen und herzlichen Dank für die Schnelligkeit und Einmüthigkeit auszusprechen, mit welcher derſelbe den Bedürfniffen des Vaterlandes ſeinerſeits zu Hilfe gekommen iſt.“ Zum Schluſſe ſprach Präſident Simſon noch mit bewegter Stimme: „Die Arbeit der Volksvertretung iſt ſomit für dieſesmal vollbracht. Nun wird das Werk der Waffen ſeinen Lauf nehmen. Möge der Segen des allmächtigen Gottes auf unſerem Volke ruhen auch in dieſem heiligen Kriege! Der oberſte Bundesfeldherr der deutſchen Heere, König Wilhelm von Preußen, er lebe hoch! und abermals hoch! und immerdar hoch!“ Sämtliche Mitglieder erhoben ſich von ihren Sitzen und ſtimmten begeistert in den Ruf ein. Beim Beginn der Vormittagsſitzung vom 21. Juli hatte der Präſident jenes Telegramm aus St. Louis in den Vereinigten Staaten, datirt vom 19. Juli, vorgeleſen, worin die Deutſchen in St. Louis ihren Beſchluß mittheilten, „um ihre Sympathien durch die That zu beweifen, ſofort eine Million Dollars zur Unterſtützung invalider Soldaten und der Waiſenkinder von gefallenem Soldaten

unter den Deutschen Amerika's aufzubringen," und ihr Verständniß der Situation durch die Worte ausdrückten: „Der verzweifelte Spieler auf dem französischen Thron hat unter verächtlichen Vorwänden einen Unterdrückungs- und Eroberungskrieg gegen Deutschland begonnen. Die Zeiten von Melac und dem ersten Napoleon drohen noch einmal. Euer Kampf ist ein Kampf für die Unabhängigkeit aller Nationen, wie für euer eigenes nationales Leben.“ Es war erhebend zu sehen, wie die Söhne Deutschlands aus den fernsten Theilen der Erde ihrer Abkunft sich erinnerten, mit liebevoller Theilnahme an das schöne, große Vaterland dachten und in Adressen voll Begeisterung ihre freudige Zustimmung zu diesem heiligen Kriege kundgaben und bedeutende Summen zur Verfügung stellten. Aus Konstantinopel, Kalkutta, Buenos-Ayros und anderen Orten liefen solche Kundgebungen in Berlin ein.

Wie in Norddeutschland, so war auch im Süden das Volk begeistert für die nationale Sache und forderte die Theilnahme am Kriege mit Ungestüm. Von den Vertretern des Volkes ließ sich nicht überall das Gleiche sagen. Am einfachsten gieng die Sache in Baden, das nun mit Freuden seine Worte in Thaten umsetzte. Am 12. Juli kehrte der Großherzog von Baden-Baden nach Karlsruhe zurück und traf sofort in Gemeinschaft mit den Ministern die nöthigen Vorbereitungen zur Landesvertheidigung. Mit Ruhe und Präcision gieng hier alles vorwärts. Nirgends traf man, obgleich Baden einem Franzoseneinfall zunächst ausgesetzt war, Besorgniß. Zur Vorsicht wurden Kostbarkeiten und wichtige Papiere von Karlsruhe nach Berlin in Sicherheit gebracht. Am 16. wurde die Mobilmachung des Heeres angeordnet, und dieselbe konnte, in Folge der bisherigen trefflichen Leitung des Kriegsministeriums, nach sechstägiger Rüstung in der Hauptsache als vollendet bezeichnet werden. Am 22. erklärte sich Baden, wegen Bedrohung deutschen Gebietes und wegen des Allianzvertrags von 1866, im Kriegszustand mit Frankreich befindlich, der französische Gesandte, Graf Mosburg, erhielt seine Pässe und reiste von Karlsruhe ab, der badische Gesandte in Paris erhielt den Befehl, sie zu fordern. An dem nämlichen Tage wurde, nachdem schon am 16. Juli der Verkehr zwischen Kehl und Straßburg durch Abbrechung der Schiffbrücke und durch Wegnahme der Schienen von der Eisenbahnbrücke eingestellt war, ein Pfeiler der Eisenbahnbrücke gesprengt und dadurch ein Eisenbahnüberfall un-

möglich gemacht. Die Erbitterung des französischen Hofes und Cabinets über die nationale Haltung dieses süddeutschen Staates war außerordentlich. Man kannte dort jenes schöne Wort des Großherzogs, „er wolle lieber als schlichter Privatmann in Dürftigkeit leben, denn als ein Rheinbundsfürst von Napoleons Gnaden im Schlosse von Karlsruhe residiren.“ Der Haß kam noch vor dem Abbruch des diplomatischen Verkehrs zu einem für Frankreich höchst schmachvollen Ausbruch. Bei dem badischen Gesandten in Paris, Freiherrn v. Schweizer, erschien in der Nacht vom 20. auf den 21. Juli der Sous-Chef des auswärtigen Ministeriums, Herr v. Ring, und brachte im Auftrag des Herzogs von Gramont die Anklage vor, daß nach den von der Rheingrenze eingegangenen Nachrichten unter die badischen Truppen explosive Flintenkugeln vertheilt worden seien. Die französische Regierung wisse nun zwar wohl, daß Baden der Petersburger Konvention vom 11. December 1868, wonach der Gebrauch explodirender Flintenkugeln im Krieg verboten sein sollte, nicht beigetreten sei; aber die Menschlichkeit und das Verdammungsurtheil aller civilisirten Völker verbiete den Gebrauch solcher Geschosse. Frankreich verlange daher rasche und kategorische Auskunft. Wäre die Thatsache richtig, so würde sich die französische Regierung zu Repressalien genöthigt sehen, und zwar würde sie sofort an ihre Truppen auch Sprengkugeln vertheilen und das Großherzogthum Baden als außerhalb des Völkerrechts stehend betrachten; Baden würde vermüthet werden wie die Pfalz unter Ludwig XIV. und einer vollständigen Vernichtung ausgesetzt sein, selbst die Frauen würden nicht verschont werden. Noch in der Nacht giengen telegraphische Anfragen nach Karlsruhe. In der Früh des 21. Juli kam von der dortigen Regierung und vom Grafen Mosburg die Antwort, daß Baden schon am 11. Januar 1869 der Petersburger Konvention beigetreten, das französische Cabinet längst davon benachrichtigt, die Anklage also vollständig erdichtet sei. Und doch brachte am Nachmittage des 21. im gesetzgebenden Körper Graf Keratry die Sache noch einmal vor und verlangte, man solle Regierung und Volk in Baden außerhalb des Völkerrechts stellen, das Land der Armee und der Plünderung überliefern. Und der Finanzminister Segris, obige Anklage immer noch für begründet haltend, zeigte sich mit solchen Racheakten ganz einverstanden. Offenbar wünschte das französische Cabinet, daß das verhaßte Baden der ver-

pönten Sprengkugeln sich bediene, damit dann Frankreich, ohne seinem Worte untreu zu werden, in seiner ganzen Armee dieselben einführen und seine Turkos und Spahis und andere Geschöpfe des Atlas auf das arme Land hegen könnte, die dann allerdings, getreu dem schändlichen Worte Ludwigs XIV. »de brûler le Palatinat« selbst die Frauen nicht verschont hätten.

Das Großherzogthum Hessen war theils durch den nördlichen, in den norddeutschen Bund aufgenommenen Theil seines Gebietes, theils durch seine Militärkonvention unwiderruflich an die Geschicke des Nordens gefesselt. Die amtliche „Darmstädter Zeitung“ meldete daher schon am 16. Juli, daß in Folge eines Befehls des Bundesfeldherrn die Mobilmachung der hessischen Division angeordnet sei, und brachte einen durchaus national gehaltenen Artikel über den Kriegsvorwand in ihren Spalten. Als aber die nationale Partei auf den 17. Juli eine Volksversammlung in Darmstadt ankündigte und von der Regierung und Polizei bereits die Erlaubniß hiezu eingeholt hatte, so zog die Regierung plötzlich noch Abends 4 Uhr ihre Genehmigung zurück, aus lauter Rücksicht für den noch in Darmstadt weilenden französischen Gesandten, Grafen Astorg, und zugleich aus ängstlicher Vorsicht wegen etwaiger Rache Frankreichs, da eben damals das Gerücht gieng, die Franzosen stehen schon in Freiburg und seien im Begriff, auch in Darmstadt einen Besuch zu machen. Dieser echt Dalwigk'sche Zwischenfall ermuthigte den französischen Gesandten bei der Ausrichtung seines Auftrags, die dortige Regierung noch am 18., als schon mobilisirt war, zu fragen, ob Hessen im Fall eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich neutral bleiben werde. Die Antwort fiel, obgleich mehr als ein hohes Haupt in den letzten vier Jahren die Ankunft der „rothen Hosen“ mit inniger Sehnsucht erwarten mochte, in Folge der zwingenden Umstände verneinend aus. Am Abend des 19. Juli mußte Herr von Dalwigk, in Folge der französischen Kriegserklärung an Preußen, dem französischen Gesandten seine Pässe zuschicken, worauf derselbe am 21. abreiste, und am 20. vor die Kammer treten mit der Erklärung, die deutsche Grenze sei unter einem frivolen Vorwand bedroht; er bitte daher, die Parteirücksichten schwinden zu lassen und einstimmig die Regierungsanträge zu genehmigen. Diesem Wunsche kamen beide Kammern bereitwillig nach und bewilligten den verlangten Kredit von 3,376,000 fl. einstimmig.

Ob in Baiern und in Württemberg, welche Länder zusammen eine Bevölkerung von etwa  $6\frac{1}{2}$  Millionen umfassen, die nationale Sache siegen werde, schien Manchem fraglich, wenn er die preußenfeindliche Kammermehrheit beider Länder und die zum mindesten sehr kühle Haltung ihrer Ministerien ins Auge faßte. Wäre es auf diese zwei Faktoren allein angekommen, so wäre vielleicht der Wunsch Napoleons, diese beiden Staaten neutral zu sehen, in Erfüllung gegangen. Aber bei Entscheidung der großen Frage machten sich noch andere, mächtigere Faktoren geltend, und diese verlangten gebieterisch das treue Kämpfen des Südens an der Seite des Nordens. Man kann die nationale Haltung des Königs Ludwig von Baiern nicht genug loben. Während die bairische Abgeordnetenversammlung das Militärbudget berieth und der Statistiker Kolb unter andächtiger Aufmerksamkeit der Patrioten seine Phantasien über eine Präsenz von 8 Monaten, über Auflösung von Reiterregimentern und Kadettenschulen, über eine Reduktion der Armee vortrug, ergriff König Ludwig, auch auf die Gefahr hin, ohne ein zustimmendes Votum der Kammer, ja einem solchen direkt entgegen handeln zu müssen, die Initiative, welche für Baiern und Württemberg bestimmend, ja geradezu zwingend war. Er hatte im Allianzvertrag sein königliches Wort verpfändet, er wollte es nun auch einlösen und als Deutscher zu Deutschland stehen. Wessen er sich zu Frankreich zu versehen habe, konnte er aus den, den deutschen Fürsten schon vor dem Kriege mitgetheilten, Bismarck'schen Enthüllungen sehen, in welchen von der Wegnahme der Pfalz mehrmals die Rede war. Schon am 10. Juli ließ die französische Regierung durch eine Mittelsperson bei der bairischen Regierung anfragen, welche Stellung sie bei dem möglicherweise ausbrechenden Konflikt einzunehmen gedente. Die Antwort war: „Die bairische Regierung mache ihre definitive Entschliesung von dem ferneren Verlaufe der Streitfrage abhängig, werde zur Zeit ihre zurückhaltende Stellung beibehalten, könne jedoch schon jetzt die Versicherung geben, daß das bairische Volk und sein König sich von dem übrigen Deutschland nicht trennen werden.“ Auf die Nachricht von den Vorgängen in Paris am 15. Juli, an welchem Tage in München die Generaldebatte der Abgeordnetenversammlung über das Friedensbudget, wie oben angeführt worden ist, eben beendigt und die Specialdebatte auf den 18. Juli festgesetzt worden war, erklärte der jugendliche Monarch, der Bündnißfall sei gegeben; die Integrität

und die Sicherheit Deutschlands sei bedroht; er werde seinen norddeutschen Bundesgenossen zu Hilfe ziehen. Am 16. Juli erfolgte der Mobilisirungsbefehl, wonach die beiden Armee-corps und 16 Bataillone Landwehr auf den Kriegsfuß gesetzt wurden, und als der König am 17. von dem Schlosse Berg am Starnberger See nach München zurückkehrte, fanden sich Abends zwischen 4 und 5 Uhr gegen 30,000 Menschen vor seinem Palast ein, um ihm in donnernden Lebehoch und in patriotischen Gesängen ihre Freude und ihren Dank für seine deutsche Haltung auszudrücken. An dem Redakteur des ultramontanen Blattes „das Vaterland“, Dr. Sigl, der sich noch in den letzten Tagen die gemeinsten Ausfälle gegen Preußen erlaubt hatte, wollte das empörte Volk Lynchjustiz ausüben, und nur der Entschluß, selbst die Polizei zu ersuchen, daß sie ihn in Gewahrsam abführen möchte, rettete ihn vor dem Zorn der Münchener.

Die Sitzung der Abgeordneten-kammer am 18. Juli begann unter großer Erregung. Nicht die Specialdebatte über das Friedensbudget, sondern der vom Ministerium geforderte außerordentliche Militärkredit stand auf der Tagesordnung. Kriegsminister v. Prantch legte einen Gesetzentwurf vor, wonach die Regierung zur Beschaffung der Ausrüstung und zur Mobilisirung 5,600,000 fl., für den Unterhalt des Kriegesstandes für den Rest des Jahres 21,100,000 fl., im ganzen also 26,700,000 fl. forderte. Der Minister des Auswärtigen, Graf Bray, gab eine kurze Darstellung der letzten Ereignisse, welche in dem Sage gipfelte: „Mit dem 15. Juli verschwand die spanische Kandidaturfrage und die deutsche Frage begann.“ Eine Kriegserklärung, bemerkte er weiter, sei noch nicht erfolgt, die Vermittlungsversuche, an welchen sich auch Baiern theilige, würden zwar fortgesetzt; doch böten sie wenig Aussicht auf Erfolg. Der Abgeordnete Dr. Bölk sprach: „Wir Alle müssen, wenn wir uns nicht mit ewiger Schmach und Schande bedecken wollen, einig darin sein, die uns angethane Beleidigung mit dem größten Nachdruck zurückzuweisen.“ Der Entwurf wurde einer besonderen Kommission zur Begutachtung überwiesen, in welche 6 Ultramontane und 3 Liberale gewählt wurden. Nicht, wie gewünscht wurde, noch am nämlichen Abend, sondern erst am Abend des folgenden Tages war die Kommission mit ihrer Prüfung fertig, so daß die entscheidende Sitzung erst am 19. Juli gegen 5 Uhr gehalten werden konnte. Eine zahlreiche Volksmenge umgab das Ständehaus. Eine Infan-



terie-Abtheilung hielt Wache. Man befürchtete Unruhen; denn es hatte sich schon Nachmittags die Nachricht in der Stadt verbreitet, daß die Mehrheit der Kommission nur für bewaffnete Neutralität Geldmittel verwilligen wolle. Dr. Sörg, der Referent der Kommission, erklärte beim Beginn der Sitzung, daß die Mehrheit der Kommission (Muland, Kräper, Huttler, Kolb, Greil, Sörg) der Regierung nicht weiter als die Summe von 5,600,000 fl. bewilligen könne und zwar zur Aufrechthaltung einer bewaffneten Neutralität, während die Minderheit (M. Barth, Sellner, Dr. Schleich) für die Regierungsvorlage sei. Zur Motivirung seines Antrags sprach Dr. Sörg in einer Weise, daß man sich noch heute für denselben schämen muß. „Durch die gegenwärtige kriegerische Verwicklung zwischen Preußen und Frankreich wird der Allianzvertrag Baierns mit Preußen nicht berührt, ist der casus foederis nicht gegeben. Unseres Erachtens liegt die Ursache dieser traurigen Verwicklung außerhalb des Gebiets deutscher Interessen und deutscher Ehre, und da ist sie auch stehen geblieben; sie ist eigentlich aus einer Art preußischer Hauspolitik hervorgegangen, welche durch das heimliche Betreiben der hohenzollern'schen Kandidatur einen großen politischen Fehler begieng. Diesen Fehler hätte der König von Preußen nach unserer Ansicht ohne Beeinträchtigung seiner Würde durch ein Wort wieder gut machen können. Der Ursprung des Krieges liegt in einem wirklichen oder eingebildeten Verstoß gegen die Etiquette, und wir können mit der neulichen Behauptung des Grafen Bray, daß es sich hier um die deutsche Frage handle, nicht übereinstimmen. Es ist nicht eine deutsche Sache, sondern ein bedauernswerther Streit zweier Großmächte.“ In seiner weiteren Rede fand er in dem preußischen Oberkommando eine Beeinträchtigung der bairischen Souveränität, rief verwundert aus, welchen Schutz ihnen denn Preußen bieten könne gegen eine französische Invasion, hoffte durch Nichteinmischung Baierns die Lokalisirung des Krieges zu bewirken, hob besonders hervor, daß niemand in der Kommission ein Zusammengehen mit Frankreich empfohlen habe, „so mächtig habe sich trotz der Abneigung gegen Preußen die nationale Idee bewährt,“ fühlte sich sehr getröstet dadurch, daß Frankreich dem bairischen Kabinet die Neutralität angeboten habe, „und zwar, wenn ich recht verstanden habe, mit ausdrücklicher Garantie für die Pfalz“, und meinte, diese Neutralität sei auch für Preußen ein großer Vortheil, „weil

dann seine linke Flanke durch unser Land gedeckt wäre.“ Dr. Ru-land äußerte ganz ungenirt: Lieber wolle er die Preußen zu Feinden haben als die Franzosen. „Persönlich ist uns von Frankreich noch kein Leid geschehen; darum bin ich für bewaffnete Neutralität.“ Dr. Westermayer konstatierte, daß trotz aller begeisterten Worte sei-ner Gegner in seinem Herzen es kalt bleibe. Er glaube auch, daß die Pfälzer lieber die Neutralität wollen als in den Krieg gehen. „Wenn im eigenen Hause Gefahr droht, so ist die Sorge für den eigenen Herd vorzuziehen, statt daß man dem Nachbar zu Hilfe eilt.“

Was die Stimmung in der Pfalz, welche Provinz in dieser Frage für Baiern eine bedeutende Rolle spielte, betraf, so wurde Westermayer durch den pfälzischen Abgeordneten Levi eines andern belehrt. Letzterer versicherte, alle Parteien in der Pfalz seien darin einig, daß man den Franzosen entgegentreten müsse. „Die Pfalz will lieber an der Seite Deutschlands untergehen, als schmachvoll unter dem Schutze Frankreichs stehen. Wir rechnen auf Ihren Bei-stand hüben und drüben; denn wenn Sie neutral bleiben, so sind wir für Sie verloren“. Der Abgeordnete Fischer fand es sehr auf-fallend, daß Jörg die Norddeutschen wie Fremde ansehe, deren Krieg den Süden Deutschlands gar nichts angehe; daß derselbe dem Kö-nig von Preußen die Absendung eines entschuldigenden Briefes, also eine Ehrlosigkeit zumuthe; daß er es sich noch zur besonderen Ehre-anrechne, ein Zusammengehen mit Frankreich nicht empfohlen zu ha-ben, „und Gramonts Versicherung: keinen Fuß breit deutschen Bo-dens zu nehmen — das mag Graf Quadt (bairischer Gesandter in Paris) glauben, ich glaube es nicht.“ Großen Eindruck machte die Rede des ultramontanen Dr. Sepp, welcher sich ganz entrüstet darüber aussprach, daß ihm soeben aus Frankreich eine briefliche Aufforderung zugegangen sei, darauf hinzuwirken, daß die alte Waffenbrüderschaft zwischen Frankreich und Süddeutschland, wie sie im Rheinbund be-standen, wieder erneuert werde. „An diese Möglichkeit auch nur zu denken, halten wir für eine nationale Schmach, erklären wir laut für Vaterlandsverrath. Ich bitte und beschwöre Sie: nur nichts Kleinliches in diesem Augenblick! Wir können nicht anders, wir müssen die Mittel zur Kriegführung im vollen Umfang be-zwilligen.“ Dr. Völk entgegnete Jörg: Wer dem Versprechen Frank-reichs traue, Baiern die Pfalz zu garantiren, der besitze eine kind-

liche Naivetät; der vergesse, was am Rhein im Laufe der Jahrhunderte geschehen; der denke nicht daran, daß immer und immer wieder Frankreich der Friedensstörer war und ein Stück deutschen Landes nach dem anderen wegnahm. „Lassen wir uns nicht beschwätzen! Napoleon kann uns die Pfalz nicht garantiren; er garantire sich erst selbst! Und dem Manne, der den Eid gebrochen, den er auf die Staatsverfassung geleistet, wie könnten wir dem trauen, wenn er uns jetzt die Pfalz garantiren will? Die vereinte Macht der deutschen Nation allein kann sie garantiren.“ Darauf verlas Bölk die Stelle aus der Thronrede des Königs von Preußen, worin es hieß, daß Deutschland solche Vergewaltigungen wie in den früheren Jahrhunderten, wo es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war, jetzt nicht mehr schweigend ertragen werde. „Wollen Sie dieses Wort zur Unwahrheit werden lassen? Sollen wir uns nachsagen lassen, wir hätten kein Ehrgefühl? Soll der wiedererwachte Geist von 1813 sich an den Mauern des bairischen Ständehauses brechen?“ Dr. Gerstner rief: „Wir wollen die deutsche Erde nicht von Fremden garantirt haben“. v. Hörmann, früher Minister des Innern, erinnerte den Herrn Jörg an jenen Satz in der von letzterem verfaßten Adresse vom 29. Januar 1870: „Nie wird eine Verlockung zum Vertragsbruch bei unserem Volke Eingang finden“, und wandte sich an die Partei der Patrioten mit dem Ausruf: „Hüten Sie sich, daß Sie dem, was Sie feierlich versprochen haben, nicht untreu werden! Jetzt ist Ihnen Gelegenheit gegeben zu zeigen, daß Sie den Namen „Patrioten“ nicht umsonst tragen!“ Graf Bray erklärte der Kammer, daß, wenn sie der Regierung kein Vertrauen schenke und ihr nicht die Mittel bewillige, welche das Recht, die Ehre und die Sicherheit des Staates erfordern, die Männer, welche jetzt an der Regierung seien, ferner nicht mehr im Stande wären, das schwere Joch zu ertragen. Er werde nicht seiner Ueberzeugung und seiner Unterschrift, da er Mitunterzeichner des Allianzvertrages sei, untreu werden. Kriegsminister v. Prandß, ein, wie er selbst sagte, „Partikularist vom reinsten Wasser, ein echter Baier, ein Altbaier, aber auch ein Deutscher“, hob in seiner Rede hervor, daß die Selbständigkeit Baierns nur dadurch gewahrt werden könne, daß das heute noch selbständige Baiern seine Pflicht in Deutschland erfülle; daß aber Baiern, wenn es neutral bleibe, das sehr gelegene, willkommene und ganz bereit stehende Ob-

jetzt sein werde, über das sich die beiden großen streitenden Mächte vereinbaren. Gegen das preußische Oberkommando lasse sich nichts einwenden; denn die Einheit des Kommandos sei ein Hauptbedingniß, wenn etwas erreicht werden solle. „Wenn aber nach einem Sieg unsere Selbständigkeit angegriffen werden sollte, dann rufen Sie mich, dann werde ich feste Front machen“. Dr. Edel citirte unter stürmischem Beifall die Stelle des Dichters: „Zum Hassen und zum Lieben fühlt sich die ganze Welt getrieben; es bleibt uns keine Wahl, der Teufel ist neutral“.

Die Debatte war zu Ende. Sie war von einer Seite auf eine Art geführt worden, daß ein deutsches Herz nur trauern und den in die volle Harmonie der patriotischen Begeisterung Deutschlands hinein geworfenen Mißklang nur im höchsten Grade bedauern konnte. Zum Glück stand hinter diesen entarteten Söhnen Deutschlands nicht das bairische Volk, welches in seiner großen Mehrheit der Aufforderung des Königs entsprach. Daß dieser in dieser Sache bereits sein Wort gesprochen, und daß er unter allen Umständen es halten werde, wußte man. Es mochte dies auf viele Mitglieder der patriotischen Partei Eindruck machen. Die sonst so gerühmte Disciplin des Herrn Jörg hielt diesmal nicht Stand. Bei der Abstimmung wurde sein Antrag mit 89 gegen 58 Stimmen abgelehnt und der Schleich'sche Antrag: „Angesichts der Kriegereignisse zwischen Frankreich und Deutschland für den Fall der Unvermeidlichkeit des Krieges einen Kredit von 5,600,000 fl. für die Mobilmachung und 12,660,000 fl. für den Unterhalt der Armee bis Ende Oktober dieses Jahres (nicht die volle Erigenz bis Ende dieses Jahres), also im ganzen 18,260,000 fl. zu bewilligen“, womit sich die Regierung einverstanden erklärt hatte, mit 101 gegen 47 Stimmen angenommen. Es war Nachts zwischen 10 und 11 Uhr, als die Sitzung endigte. Draußen standen dichte Volksmassen. Tausendstimmiges Hoch erscholl auf die Nachricht von dem Resultat der Abstimmung. Die liberalen Abgeordneten wurden beim Heraus-treten aus dem Ständehaus mit Jubel begrüßt. Das Volk eilte sofort nach dem Schloß und nach der Wohnung des norddeutschen Gesandten, Freiherrn v. Werthern, und gab seiner freudigen Stimmung in wiederholten Hoch Ausdruck. Am Nachmittag des 20. Juli berieth die Reichsrathskammer über den Militärkredit. Der Referent Freiherr v. Thüngen hielt sich diesmal besser als bei der Abref-

debatte vom 28. Januar 1870. Derselbe erklärte, daß die preussische Regierung zwar seine Sympathien nicht habe, aber jetzt trete ihm die Empfindlichkeit gegen Preußen zurück, und in den Vordergrund trete das Gefühl für das Wohl des Gesamt Vaterlandes. Der casus foederis sei gegeben. „Deutschlands Ehre ist auch unsere Ehre, Deutschlands Größe ist auch unsere Größe.“ Graf Bray führte folgende Aeußerung eines französischen Militärbevollmächtigten an: „Die langsam reisende Frucht hieng am Baume seit vier Jahren; sie ist zur Reife gekommen und ist vom Baume gefallen“. Der Gesetzesentwurf wurde, gemäß dem Beschlusse der Abgeordnetenkammer, ohne alle Debatte einstimmig von den versammelten 49 Reichsräthen angenommen. Auf den Antrag des Präsidenten, Freiherrn v. Stauffenberg, drückte die Kammer dem Kriegsminister ihren Dank aus für die trefflich und rasch ausgeführte Reorganisation der Armee. „Wie die Würfel fallen“, erwiderte der Kriegsminister, „kann man freilich nicht wissen; aber das kann ich jetzt schon versichern: die Armee wird mit Ehren aus dem Kampfe hervorgehen“. Am nämlichen Tage, den 20. Juli, machte der bairische Gesandte in Berlin, Baron v. Perglas, im Auftrag seiner Regierung dem Grafen Bismarck die Mittheilung, daß in Folge der Kriegserklärung Frankreichs an Preußen und des stattgehabten Angriffs der Franzosen auf deutsches Gebiet die bairische Regierung auf Grund des Allianzvertrages als Verbündeter Preußens in den Krieg gegen Frankreich gleich sämtlichen deutschen Regierungen eingetreten sei. Auf dies hin richtete König Wilhelm ein Telegramm vom 20. Juli an König Ludwig, worin er seine echt deutsche Haltung, durch welche er sein Volk elektrisirt habe, hervorhob, ihm für sein treues Festhalten an den Verträgen dankte und die Mittheilung machte, daß er „sofort das Kommando über die bairische Armee übernommen und dieselbe der unter seinen Sohn gestellten dritten Armee überwiesen habe.“

Durch dieses entschiedene Vorgehen Baierns war auch die Haltung Württembergs entschieden. Daß der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherr von Arnhäuser, kein übermäßiges Vertrauen genoß, hatte seine guten Gründe. Die Unsicherheit und Unselbständigkeit seiner Politik schien auch daraus hervorzugehen, daß man ihn am 17. Juli nach München zu einer Unterredung mit dem Grafen Bray, an einem anderen Tage ins Wildbad zu einer Zusammenkunft mit dem Reichskanzler von Rußland, dem

Fürsten Gortschakoff, reisen sah. Man fand es auffallend, daß gerade Württemberg solch reisende Politiker habe, während das kleinere Baden, auch ohne vorher bei großen Herren antichambriren zu müssen, recht wohl wisse, was es zu thun habe. Nach einer in norddeutschen Blättern enthaltenen Nachricht soll Württemberg schon am 13. Juli die definitive Erklärung in Berlin abgegeben haben, daß es im Falle eines preußisch-französischen Konflikts unbedingt auf Seiten Preußens stehen werde. Barmbüler habe dem französischen Gesandten an diesem Tage gesagt, daß die letzten trotz des hohenzollernschen Verzichts gestellten Forderungen Frankreichs das nationale Gefühl in Württemberg tief verletzen und gegen Frankreich aufregen müßten, und den Gesandten ermächtigt, dies seiner Regierung mitzutheilen. Zugleich habe der Ministerrath beschlossen, im Kriegsfall sogleich die Stände einzuberufen und, falls dieselben die Mittel zum Krieg gegen Frankreich verweigern sollten, die in den Staatskassen vorhandenen 6 Millionen auch ohne ständische Genehmigung im Interesse Deutschlands zu verwenden. Die Wogen der Volksbegeisterung und des Nationalgefühls stiegen auch in Württemberg von Tag zu Tag höher. Die deutsche Partei berief auf den 16. Juli eine Volksversammlung in den großen Saal der Lieberhalle in Stuttgart. Außer der demokratischen Partei fanden sich Männer aller Parteien zu Tausenden dort ein. Folgende Resolution, welche rasch zur Parole des ganzen Landes wurde, wurde einstimmig gefaßt: „Der Krieg zwischen Frankreich und Preußen ist ein nationaler Krieg. Sein Ausgang entscheidet über die Zukunft unseres Volkes. Unter nichtigem Vorwand ist er von Frankreich heraufbeschwo- ren, um Deutschland in die alte Ohnmacht und Zerstückelung zurückzustößen und deutsche Länder vom vaterländischen Boden abzureißen. In einem solchen Krieg darf es unter den Deutschen keine Parteien geben. Für die Bündnißverträge ist die Stunde der Probe gekommen. Von der württembergischen Regierung insbeson- dere erwarten wir, daß sie fest zur deutschen Sache halte mit allen Mitteln und auf alle Gefahr. Das Volk wird einer Regierung kräftig zur Seite stehen, welche sich in der Zeit der Prüfung als eine deutsche erweist.“ Am 17. Juli kehrte der König von einem Ausflug nach der Schweiz zurück. Sofort trat der Ministerrath zusammen und beschloß die alsbaldige Mobilisirung des Heeres,

die Einberufung der Stände und ein Ausführverbot, wie dies auch in den andern süddeutschen Staaten erlassen worden war.

Die Kammer der Abgeordneten trat am 21. Juli zusammen. Der Finanzminister v. Renner forderte zur Bestreitung des Aufwands für außerordentliche Militärbedürfnisse einen Kredit von 5,900,000 fl. Minister v. Barnbüler verlas ein Exposé über die Entwicklung der gegenwärtigen Situation, das mit folgender Erklärung schloß: „Das Ministerium, welches in der ganzen Angelegenheit von Anfang an vollständig einig gieng, hält, so wie die Dinge liegen, die Integrität Deutschlands für bedroht. Für Deutschlands Unversehrtheit und Ehre rechtzeitig, ohne Schwanken und mit aller Kraft einzutreten, halten wir für Pflicht, wir sind deßhalb der Ansicht, daß auf Preußens Frage, ob wir in diesem Kriege ihm uns anzuschließen gesonnen seien, mit einem offenen Ja geantwortet werden muß. Wir stehen vor einem Entschluß, welcher entscheidend werden kann für das Schicksal Württembergs, für dasjenige Deutschlands. Ich bitte Sie, stehen Sie zu der Regierung mit der vollen Kraft des Württemberger Landes und zeigen Sie Europa durch einen raschen, kräftigen Beschluß, daß ein selbständiger deutscher Stamm aus freier Entschließung mit männlicher Kraft und freudigem Muthe eintritt in den Kampf um deutsches Land, um deutsche Ehre.“ Die Frage, ob die Regierungsvorlage an die Finanzkommission, wie Hölder und die deutsche Partei verlangte, zu verweisen sei, oder an eine speciell hiefür zu wählende Kommission, wie Becker, von den Großdeutschen unterstützt, beantragte, verursachte einige Debatte. Senes war der kürzere, dieses der weilläufigere Weg. Hölder erklärte: „Die politische Frage existirt nicht mehr; es ist entschieden, daß Württemberg in den Kampf eintritt und darüber kann nicht mehr in einer Kommission debattirt werden.“ Römer drückte die Besorgniß aus, daß eine besondere Kommission die Plenarberathung auf übermorgen, statt auf morgen, verzögern könnte, wo vielleicht schon die Kanonen gesprochen hätten. Mayer, Führer der demokratischen Partei und Redakteur des „Beobachters“, welcher in den letzten Tagen aus seinem Wahlkreise mehrere Mißtrauensvoten erhalten hatte und beim Eintritt in das Ständehaus von der draußen versammelten Menge mit Pfuirufen und Pfeifen empfangen worden war, erkannte das Wandelbare der Volksgunst und hielt es für gerathen, nicht gegen den Wind zu steuern. „Er habe bis gestern geglaubt, sagte er, die

Volkspartei könnte die Konsequenz ihrer bisherigen Haltung ziehen. Durch eine württembergisch-bairische Neutralität würde Oestreich die Gelegenheit gegeben, sich an einem nationalen Krieg zu betheiligen. Er gehe von der Ansicht aus, daß die Unversehrtheit Deutschlands an der Donau wie am Rhein festzuhalten sei, und empfinde schmerzlich die Lostrennung der östreichischen Macht. Es fehle Süddeutschland in Oestreich der linke Arm zur Bertheidigung. Da aber die bairische Kammer ein Nein ausgesprochen, so bleibe jetzt nichts mehr übrig, als unter den preußischen Oberbefehl zu treten und sich an dem Kriege zu betheiligen. Große politische Diskussionen seien nicht mehr möglich und nichts mehr zu wünschen als der Sieg der deutschen Waffen, die in diesem Falle mit Preußen ziehen. Auch die Einsichtnahme von den Aufschlüssen der Regierung wäre mehr nur Formsache; er bitte daher den Abgeordneten Becher, seinen aus einem gemeinsamen Beschlusse ihrer Parteien hervorgegangenen Antrag zurückzuziehen.“ Dies war der parlamentarische Schwanengesang eines Mannes, welcher noch in den ersten Monaten dieses Jahres, als der heftigste Feind Preußens, einem weiteren Anschluß Württembergs an den Nordbund die größten Schwierigkeiten in den Weg warf, sich fast als Diktator von Württemberg fühlte und am 6. Januar mit dem spanischen Republikaner Castelar sympathische Telegramme gewechselt hatte. Becher zog darauf seinen Antrag zurück, und die Kreditvorlage wanderte an die Finanzkommission. Diese sprach sich einstimmig für Bewilligung der verlangten Summe aus (Mohl verhehlte nicht, daß er für bewaffnete Neutralität gestimmt hätte, wenn nicht das Votum der bairischen Stände erfolgt wäre). Auf den Bericht der Kommission hin wurde der Gesetzentwurf am 22. Juli ohne alle Debatte mit 85 Stimmen gegen die eine des Abgeordneten Hopf angenommen. Der Vicepräsident Probst verlas darauf eine von Mitgliedern der Großdeutschen und der Volkspartei eingereichte motivirte Abstimmung: „Nicht die Veranlassung des ausgebrochenen Krieges, in welchem wir nur eine Folge des Werks von 1866 erblicken, sondern einzig die Rücksicht auf die bedrohte Unversehrtheit des deutschen Gebietes und die Solidarität der deutschen Völkerschaften konnte uns in der Lage, in welche uns die Kriegserklärung versetzt hat, bewegen, dem Antrage der Kommission zuzustimmen, wobei wir nicht unterlassen können, unseren Schmerz darüber auszusprechen, daß in diesem Augenblicke



schwerer Prüfung für seine Unversehrtheit nicht mehr das ganze Deutschland einsteht.“ Am gleichen Tage nahm die erste Kammer die Regierungsvorlage einstimmig an, worauf die Stände vertagt wurden. Aus diesen Verhandlungen ist klar ersichtlich, daß jene 45 Abgeordneten der Großdeutschen und der Volkspartei, welche im März dieses Jahres einen Sturmlauf gegen das Kriegsdienstgesetz unternommen hatten, nur durch die zwingende Gewalt der Initiative des Königs von Baiern und des ausgesprochenen Volkswillens zu einem bejahenden Botum sich hatten bestimmen lassen. Am Abend des 21. Juli versammelte sich ein großer Theil der Einwohnerschaft Stuttgarts vor dem Schloß, um dem König für sein Festhalten an der nationalen Sache den Dank des Landes durch Anrede, durch Hochrufen und durch patriotische Gesänge auszudrücken. Große Freude erregte im ganzen Lande, besonders im Militär, die Nachricht, daß der König den preußischen Generallieutenant v. Prittwitz, welcher von den Jahren 1842 bis 1850 den Bau der Festung Ulm geleitet hatte, für die Dauer dieses Krieges zum Gouverneur dieser Festung und den preußischen Generallieutenant v. Dbernitz, welcher wenige Jahre vorher preußischer Militärbevollmächtigter in Stuttgart gewesen war, zum Kommandanten der württembergischen Truppen ernannt habe.

So war denn Gottlob vom 22. Juli an, mit Zustimmung sämtlicher deutschen Regierungen und Volksvertretungen, Deutschland einig in dem Entschluß, den muthwillig hingeworfenen Handschuh aufzuheben und den Krieg um die Existenzfrage zu beginnen, und durch all diese vielen Kundgebungen in Adressen und Parlamentsreden sah man bereits, für den Fall des Sieges, an dessen endlicher Erringung niemand zweifelte, das neue deutsche Reich hindurchschimmern. Diese Einmüthigkeit Deutschlands hatten die Spekulanten in den Tuilerien nicht in Rechnung gezogen. „Was fällt denn all diesen deutschen Querköpfen (têtes carrées) ein, sich jetzt mit diesen preußischen Kanaiillen verbünden zu wollen?“ rief der französische Gesandte in Karlsruhe, Graf Mosburg, auf die Nachricht von der Kriegserklärung Baierns aus. „Der Kaiser Napoleon hatte es gut mit dem König von Baiern im Sinn und wollte ihm sein Land vergrößern.“ In diesen Worten spiegelt sich der Eindruck, den die nationale Haltung Süddeutschlands auf das französische Kabinet gemacht hat. Die Enttäuschung war freilich stark. Noch

am 17. Juli telegraphirte der bereits genannte Redakteur Sigl von München nach Paris: „Die patriotische Partei der Kammer ist entschlossen, keinen Kreuzer für die zu Gunsten Preußens befohlene Mobilmachung zu bewilligen.“ Man sah sich bereits nach Bundesgenossen um. Drei Mächte konnten bei dieser Frage in erster Linie in Betracht kommen: Oestreich, wo gerade so wie an der Seine der Ruf: „Rache für Sadowa!“ in höheren Kreisen erscholl; Italien, dessen König um den Preis des Kirchenstaates zu Manchem zu bringen war; das kleine Dänemark, welches Schleswig = Holstein nicht verschmerzen konnte. In St. Cloud fanden die deutschen Truppen eine Depesche Gramonts vom 14. Juli an den Fürsten La Tour d’Auvergne in Vichy: „Der Kaiser läßt Sie fragen, ob Sie bereit sind, sich unmittelbar nach Wien zu begeben.“ Der Fürst war bereit und gieng. Nach Florenz und Kopenhagen giengen Andere. Doch im Handumdrehen ließen sich die Allianzen nicht schließen. Die wenn auch sympathischen, doch etwas vorsichtigen fremden Kabinette wollten den Ausgang der ersten Schlacht abwarten. Vorerst mußte sich Napoleon mit den aus allen Departements zuströmenden Berichten der Präfekten begnügen, welche einstimmig meldeten, mit welchem Enthusiasmus die Kriegserklärung an Preußen von der Bevölkerung aufgenommen worden sei. Und um die Gemüther noch wärmer zu machen, schrieb der Privatsekretär des Kaisers an den Minister der schönen Künste am 15. Juli: „Sie können das Singen der Marseillaise genehmigen. Der Kaiser beauftragt mich, es Ihnen zu sagen. Es wird ohne Zweifel gut sein, daß Sie den Polizeipräfekten vorher benachrichtigen.“ So zogen denn in den Tagen des 16., 17. und 18. Juli die Soldaten Abends durch die Straßen, gefolgt von Tausenden des Volkes, der Zapfenstreich ertönte, die Marseillaise wurde gesungen, „Es lebe der Kaiser! Nieder mit Preußen! Nieder mit Bismarck! Nach Berlin!“ wurde gerufen, und Fackeln beleuchteten diesen erhabenen Augenblick der Einmüthigkeit eines um das Wohl des Volkes treu besorgten Herrschers und eines von Liebe und Treue für ihn überfließenden Volkes. Und wenn die Fackeln erloschen und die Tageshelle kam, so erwies sich dies alles als lauter Schwindel.

In Paris dauerte die Herrschaft der Phrase und der Lüge fort. Daß der Kaiser am 15. August, am Napoleonstag, mit seiner Armee seinen Einzug in Berlin halten werde, galt in Paris für aus-

gemacht. Am Abend des 16. Juli begab sich der ganze Senat nach St. Cloud, um dem Kaiser seine Ergebenheit zu versichern. Er wurde vom Kaiser und der Kaiserin, denen der kaiserliche Prinz zur Seite stand, empfangen. Präsident Rouher hielt eine längere Ansprache, worin er die geheimen Gedanken der Regierung offen aussprach in folgenden Worten: „Die verlangten Bürgschaften sind verweigert worden; die Würde Frankreichs ist mißachtet. O. M. Majestät zieht das Schwert: das Vaterland ist mit Ihnen, bebend vor Unwillen und Stolz. Die Uebergriffe eines durch einen Tag großen Glückes überreizten Ehrgeizes mußten früher oder später erfolgen. Hastiger Ungeduld widerstehend, beseelt von jener stillen Beharrlichkeit, in welcher die wahre Kraft liegt, hat der Kaiser zu warten gewußt; aber seit vier Jahren hat er die Ausrüstung unserer Soldaten zur höchsten Vollkommenheit gebracht und die Organisation unserer Militärkraft zu ihrer ganzen Macht erhoben. Dank Ihrer Fürsorge steht Frankreich fertig da, Sire, und durch seine Begeisterung beweist es, daß es, wie Sie, entschlossen war, kein vermessenem Unternehmen zu dulden.“ Der gesetzgebende Körper hielt am 21. Juli seine letzte Sitzung zum Leidwesen der Opposition, welche verlangte, daß die Kammer nicht von der Regierung vertagt werde, sondern sich selbst vertage, was ihr gestatten würde, beim Eintritt wichtiger Ereignisse von selbst zusammen zu treten. Die Opposition dachte dabei an etwaige Niederlagen der Armee und wollte für diesen Fall auf ihrem Platze sein, um im Namen des souveränen Volkes die Geschäfte in die Hand nehmen zu können und eine provisorische Regierung zu bilden. Favre stellte in diesem Sinne einen Antrag, aber derselbe wurde mit 178 gegen 57 Stimmen verworfen, und die Kammer gieng auseinander unter dem Rufe: „Es lebe Frankreich! Es lebe die Armee! Es lebe der Kaiser!“ Am 22. Juli empfing der Kaiser die Abgeordneten in den Tuileries. Präsident Schneider hielt eine Rede, in welcher er, an einen Ausspruch Montesquieu's erinnernd, sagte: „Wenn es wahr ist, daß der eigentliche Urheber des Kriegs nicht der ist, der ihn erklärt, sondern derjenige, der ihn nothwendig gemacht hat, so wird es nur eine Stimme unter den Völkern der beiden Welten sein, welche die Verantwortlichkeit dafür auf Preußen fallen läßt, das, durch ungehoffte Erfolge berauscht und kühn gemacht durch unsere Geduld und unsern Wunsch, Europa die Wohlthat des Friedens zu erhalten, gegen unsere Sicher-

heit conspiriren und unserer Ehre einen Stoß versetzen zu können geglaubt hat.“ Der Kaiser erwiderte unter anderem: „Ich kann sagen, daß es das ganze Volk ist, welches unter seinem unwiderstehlichen Drange unsere Beschlüsse diktiert hat. Ich vertraue Ihnen bei meiner Abreise die Kaiserin an, welche Sie berufen wird, wenn es die Umstände erheischen sollten. Sie wird mit Muth die Pflicht erfüllen, welche ihre Stellung ihr auferlegt. Ich nehme meinen Sohn mit mir. Er wird inmitten der Armee lernen, seinem Lande zu dienen.“

Für die Dauer seiner Abwesenheit übertrug der Kaiser durch ein Dekret vom 23. Juli seiner Gemahlin die Regentschaft. Am 24. Juli begab sich dieselbe nach Cherbourg, um die dortige Flotte vor ihrer Abfahrt in die Nord- und Ostsee zu inspiciren. Zum Oberbefehlshaber des Nordgeschwaders hatte der Kaiser am 19. Juli den Viceadmiral Graf Bouet-Villaumez, zum Unterbefehlshaber den Contreadmiral Penhoet ernannt. Die Kaiserin begab sich an Bord des Admiralschiffes „La Surveillante“, ließ die Flotte Revue passiren und las die phrasenreiche Proklamation vor, welche ihr der Kaiser mitgegeben hatte. Darin hieß es: „Geht, zeigt mit Stolz eure Nationalfarben! Wenn der Feind die dreifarbige Fahne auf euren Schiffen wehen sieht, wird er wissen, daß dieselbe allenthalben in ihren Falten die Ehre und das Genie Frankreichs trägt.“ Ein Theil der Flotte segelte sogleich ab, um die Mündungen der Weser und Elbe zu blokiren, die dortige Handelschiffahrt unmöglich zu machen, die neuen Marineanstalten zu vernichten; ein anderer Theil sollte noch ein paar Wochen warten, um etwa 40,000 Mann Landungstruppen an Bord zu nehmen. Diese Truppen sollten in Hannover und Schleswig-Holstein landen, dort die welfische Fahne entfalten, hier mit Hilfe der dänischen Streitmacht den Abfall der Herzogthümer bewerkstelligen. In seiner Proklamation an das französische Volk vom 23. Juli sagte der Kaiser: „Wir führen nicht Krieg gegen Deutschland, dessen Unabhängigkeit wir achten. Wir hegen Wünsche, auf daß die Völker, welche die große germanische Nationalität bilden, frei über ihre Geschicke verfügen. Was uns anbelangt, so fordern wir die Begründung eines Standes der Dinge, der unsere Sicherheit gewährleiste und die Zukunft sichere.“ Diese Proklamation, welche ein auffallendes Stillschweigen über das, was sie unter der Sicherheit Frankreichs verstehe, beobachtete, wurde von

dem Minister des Innern an den Präfekten in Straßburg geschickt mit dem Befehl: „Lassen Sie die Proklamation des Kaisers in einer sehr großen Anzahl von Exemplaren, ins Deutsche übersetzt, drucken, und bemühen Sie sich, sie durch die Schweiz in Deutschland zu verbreiten. Lassen Sie sie außerdem in französischer und deutscher Sprache in Ihrem Departement anschlageln, und senden Sie diese Anschläge Ihren Kollegen vom Oberrhein, von der Meurthe und von der Mosel für deren deutsche Gemeinden.“ Vor seiner Abreise übertrug der Kaiser zum Schutze der Regentin und zur Aufrechterhaltung der Ordnung am 26. Juli das Oberkommando der Pariser Nationalgarde dem General d'Autemarre, welcher der kaiserlichen Familie sehr ergeben war. Die Kaiserin ließ, wie sie dies auch im italienischen Kriege mit dem besten Erfolge gethan hatte, für die Dauer des Krieges in der Kapelle Notre-Dame-des-Victoires eine Lampe anzünden und führte ihren 14jährigen Sohn zu dem Grabe Napoleons I., um ihm dessen „Segen“ zu verschaffen. Am 28. Juli Vormittags 10 Uhr reiste der Kaiser mit dem kaiserlichen Prinzen von St. Cloud nach Metz ab, um den Oberbefehl über die „Rheinarmee“ zu übernehmen. Bei seiner Ankunft in Metz erließ er eine Proklamation an dieselbe, datirt Metz, den 28. Juli: „Ich stelle mich an eure Spitze, um die Ehre des vaterländischen Bodens zu vertheidigen. Ihr werdet nunmehr gegen eine der besten Armeen Europa's kämpfen; allein auch andere Armeen, welche eben so tüchtig waren als sie, konnten eurer Tapferkeit nicht widerstehen. Gleiches wird heute der Fall sein. Der Krieg wird lange und mühevoll sein; aber nichts übertrifft die zähe Kraft der Soldaten, welche in Afrika, in der Krim, in Italien und Mexiko kämpften. Welchen Weg immer wir außerhalb der Grenzen unsres Vaterlandes einschlagen, wir finden stets die ruhmreichen Spuren unserer Väter. Wir werden uns ihrer würdig zeigen. Ganz Frankreich begleitet euch auf euren Wegen mit seinen glühendsten Wünschen; das Weltall hat seine Augen auf euch gerichtet. Von unsrem Erfolge hängt das Schicksal der Freiheit und der Civilisation ab; thue jeder seine Pflicht! Der Gott der Schlachten wird mit uns sein.“ Diese Proklamation unterschied sich von den anderen französischen Kundgebungen doch wenigstens darin, daß sie die Stärke des Gegners und die Größe des bevorstehenden Kampfes einigermaßen würdigte. Wenn sie aber von den ruhmreichen Spuren der

Väter sprach, so dachte man in Deutschland unwillkürlich an die Schandthaten eines Melac und Montclar, eines Davoust und Baudamme, und was die „Freiheit“ Europa's durch einen Sieg Napoleons und, „Civilisation“ durch die Bestialitäten der Turcos gewinnen sollte, konnte man dort schlechterdings nicht einsehen.

Indem Napoleon den Oberbefehl übernahm, ernannte er zum Major-General oder Chef des Generalstabes den Kriegsminister, Marschall Leboeuf, dessen Ministerium indessen interimistisch durch General Dejean besorgt wurde. Der ursprüngliche Kriegsplan war auf die Neutralität Süddeutschlands basirt und erfuhr durch dessen Theilnahme am Krieg wesentliche Veränderungen. Denn jetzt war nicht mehr bloß die schmale Grenze von Sierck bis Forbach in Betracht zu ziehen, sondern die von Sierck bis Basel mit dem scharfen Winkel bei Lauterburg. In Folge dessen wurde ein anderer Plan erfunden. Von der Ansicht ausgehend, daß Deutschland über eine Million, Frankreich nur 600,000 Soldaten aufstellen könne, daß aber die Zahl der Kampffähigen auch in Deutschland vorerst nicht mehr als 550,000, in Frankreich nur 300,000 Mann betragen werde, wollte Napoleon, um die numerische Ueberlegenheit des Gegners auszugleichen, mit einem schnellen Vorstoß den Rhein überschreiten, Süddeutschland vom norddeutschen Bunde trennen und durch den Glanz seiner ersten Erfolge die Allianz Oestreichs und Italiens gewinnen. Geling dies, so war das numerische Uebergewicht auf seiner Seite. Zu diesem Zwecke wollte er rasch 150,000 Mann bei Metz, 100,000 bei Straßburg und 50,000 im Lager von Chalons zusammenziehen. Sobald die Koncentration der Truppen stattgefunden hatte, beabsichtigte er, die Armeen von Metz und Straßburg zu vereinigen und an der Spitze von 250,000 Mann, zwischen Rastatt und Germersheim, in der Gegend von Maxau den Rhein zu überschreiten, während die 50,000 Mann in Chalons unter Marschall Canrobert gegen Metz marschiren sollten, um die französisch-preussische Grenze zu decken, die französische Flotte einen Theil der feindlichen Streitkräfte zum Schutze der Küstenländer zurückhalten und die Landungsstruppen mit den Dänen gemeinschaftliche Sache machen sollten. Mit dem Hauptheer wollte Napoleon die süddeutschen Staaten zur Neutralität oder vielmehr zu einer zweiten Auflage des Rheinbunds zwingen und dann mit voller Kraft mit seinen Bundesgenossen sich auf Preußen werfen. Dieser Plan war nur dann ausführbar, wenn

zugleich mit der Kriegserklärung vom 19. Juli die genannten Truppen in ihren Sammelplätzen sich befanden und der Rheinübergang um jene Zeit stattfand. In Süddeutschland waren damals die Rüstungen noch nicht vollendet, und selbst, wenn sie es gewesen wären, so waren sie numerisch weit geringer, und auch der Norden war noch mit der Mobilisirung beschäftigt und hatte an der Grenze nur wenige Truppen. Aber trotzdem, daß der Kriegsminister Leboeuf auf die Frage, ob er zum Losschlagen bereit sei, in der Kammerkommission die Antwort gegeben haben soll, er sei „überbereit“, fehlte es doch, als man nun in den Krieg ziehen sollte, an allem. Und doch waren es die Franzosen, welche den Zeitpunkt der Kriegserklärung auswählten, sich für denselben parat halten und den Gegner überraschen konnten. Eine von Napoleon inspirirte Broschüre schreibt hierüber: „Die Armee von Metz zählte statt 150,000 Mann nur 100,000, die von Straßburg statt 100,000 nur 40,000, während von dem Corps des Marschalls Canrobert noch eine Division in Paris und eine in Soissons war; weder seine Artillerie noch seine Kavallerie war schlagfertig. Ferner war kein einziges Armeecorps mit einer vollständigen Feldausrüstung versehen. Der Kaiser gab Befehl, die Ankunft der fehlenden Regimenter zu beschleunigen; aber es war ihm nur läßig Folge geleistet unter dem Vorwande, es sei unmöglich, Algerien, Lyon und Paris von Garnison zu entblößen.“ Noch am 20. Juli schrieb der Generalintendant von Metz an den Kriegsminister in Paris: „Es gibt in Metz weder Zucker noch Kaffee, noch Reis, noch Branntwein, noch Salz, wenig Speck und Biscuit. Schicken Sie mir eilig wenigstens eine Million Rationen über Thionville!“ Man hatte immer nur an die Offensive, an die herrlichen Quartiere in Feindesland, an die süßen Genüsse in den rheinischen Städten gedacht und darüber das Verpflegungswesen gerade an denjenigen Punkten, wo später jeder Monat längerer Verproviantirung nicht mit Gold aufzuwiegen war, aufs leichtsinnigste vernachlässigt. Und als man nun die längst ausposaunte Offensive ergreifen wollte, um, wie der verstorbene Marschall Niel gesagt haben soll, in drei Wochen in Berlin zu sein, so sah man sich, weil auch hiefür zu wenig Vorbereitungen getroffen waren, gleich vom ersten Tage an, in der Unmöglichkeit, irgend etwas in dieser Richtung zu leisten, und auf die Defensiv sich beschränkt. Der prahlende Feind, welcher seit vier Jahren mit seinem Säbel rasselte, hatte es also nach vierjährigen

Rüstungen glücklich so weit gebracht, daß er die Offensive, welche er ergreifen wollte, nicht ausführen konnte, und die Defensive, welche er von Anfang nicht wollte und zu welcher er durch eigene Schuld und des Gegners Ueberlegenheit gezwungen war, gleichfalls nicht durchzuführen vermochte. In Paris, wo man nur von Siegen träumte und alles im Fluge erhaschen zu können glaubte, konnte man sich, da man sich ja um das Detail gar nicht kümmerte, die Gründe dieser Unthätigkeit, und wenn sie auch nur eine Woche dauerte, gar nicht denken. Dies veranlaßte den Kaiser, um nur den Parisern einige Gelegenheit zu einer Opperbegeisterung zu geben, zugleich auch weil er über die Bewegungen und Stärke des Feindes in einer verzweifeltsten Unkenntniß war, zur Ausführung jener Komödie vom 2. August bei Saarbrücken, womit der Feldzug als eröffnet betrachtet wurde.

Wie ganz anders war die Stimmung in Deutschland, wie trefflich war hier alles für den längst vorgesehenen Fall vorbereitet, wie rasch und präcis gieng die eigentliche Rüstung vor sich! Sene Anekdote, welche den General Moltke am 15. Juli in seinem Bureau zu einem seiner Beamten sagen läßt: „Bringen Sie mir aus dem und dem Fach den Aktenfascikel!“ um in demselben auch schon den fertigen Kriegsplan vor sich zu sehen, hat eine tiefe Wahrheit. Der Plan war im wesentlichen fertig, lag in den geheimen Militärbureaux schwarz auf weiß zur letzten Durchsicht bereit, und am Morgen des 16. Juli brachten die Telegraphen die Befehle nach allen Windrichtungen, und die Eisenbahnbeamten, welche in besonderen Kommissionen sich schon längst mit der Frage vertraut gemacht hatten, wie sie in der kürzesten Zeit die mobilisirten Armeecorps an die südwestliche Grenze führen könnten, zeigten nun, daß sie diese schwierige Frage aufs trefflichste zu lösen verstanden. In allen Zweigen des Kriegswesens, vom großen Generalstab bis zum kleinsten Trommler herab, im Manövriren, im Exerciren, in den Waffen, in der Equipirung, in der Verpflegung, im Sanitätswesen, in der Feldbahn, in der Kriegspost, in der Feldpolizei, in allem hatte man in Preußen die Erfahrungen der Feldzüge von 1864 und 1866 sich zu Nutzen gemacht, in allem Verbesserungen vorgenommen und zu einem raschen kräftigen Offenstosß sich eingerichtet. Die Waffe wurde schneidig bis zur Messerschärfe, und wen sie traf, den traf sie fürchterlich. Daher konnte auch Moltke, zur Beruhigung derjenigen, welche eine Ueber-



rumpelung Süddeutschlands fürchteten und im letzten Drittel des Juli einen Einbruch der Franzosen von Straßburg aus bis nach Karlsruhe und Stuttgart jeden Tag erwarteten, schon am 13. Juli Abends im Ministerrath in Uebereinstimmung mit dem Kriegsminister v. Moos die Erklärung abgeben, daß Preußen hinsichtlich seiner Heeresverfassung, Ausrüstung, Hilfsmittel u. s. w., noch nie in der Lage gewesen sei, mit solchen Aussichten auf Erfolg einen Krieg anzunehmen, wie gegenwärtig. Er sei sehr genau über den Fortschritt der französischen Rüstungen informirt, und darnach wäre eine militärische Ueberrumpelung seitens Frankreichs nicht zu fürchten. Den Worten folgte die That. Zur Mobilisirung der ganzen Bundesarmee brauchte das Kriegsministerium nicht länger als elf Tage, vom Morgen des 16. bis zum Abend des 26. Juli, und nach weiteren acht Tagen stand in der Richtung von Mannheim und Rastatt nach der Lauter die dritte Armee mit fünf deutschen Armeecorps unter dem Kronprinzen von Preußen hart an der Grenze, um in der Früh des folgenden Tages den feindlichen Boden zu betreten, während die erste Armee mit 2 Armeecorps unter General Steinmetz von Koblenz nach der Saar und die zweite Armee mit 6 Armeecorps unter Prinz Friedrich Karl von Mainz und Bingen nach der Saar eilte und nur zwei Tage später als die erste Armee die feindliche Grenze erreichte. Noch nie, so lange Krieg geführt wird, und dies ist doch schon ziemlich lange her, ist eine mit solchen Mitteln ausgerüstete Armee so schnell mobilisirt und an die Grenze gebracht worden.

Zur Auszeichnung der Tapferen erneuerte der König von Preußen „Angeichts der ernstesten Lage des Vaterlandes und in dankbarer Erinnerung an die Heldenthaten unserer Vorfahren in den großen Jahren der Befreiungskriege“ das von seinem Vater am 10. März 1813 (dem Geburtstag der Königin Luise) gestiftete Ordenszeichen des eisernen Kreuzes durch einen Erlaß vom 19. Juli, wonach dieses Kreuz ohne Unterschied des Ranges oder Standes verliehen werden soll „als eine Belohnung für das Verdienst, welches entweder im wirklichen Kampfe mit dem Feinde oder daheim in Beziehung auf diesen Kampf für die Ehre und Selbständigkeit des theuren Vaterlandes erworben wird.“ Es besteht aus zwei Klassen und einem Großkreuz; die erste Klasse kann nur derjenige erhalten, welcher die zweite sich schon erworben hat; das Großkreuz erhält nur

ein Befehlshaber nach gewonnener Schlacht oder nach Wegnahme einer bedeutenden Festung oder nach glücklicher Vertheidigung einer Festung. Von den 16,131 Männern, welche in den Jahren 1813 bis 1815 das eiserne Kreuz erhalten haben, lebten am 19. Juli 1870 noch 1161, und darunter sind in erster Linie zu nennen König Wilhelm und die Generale Steinmetz und Falkenstein. Eine Kabinettsordre vom 20. Juli ernannte den Fürsten Heinrich XI. von Meß zum Kommissär und Militärinspektor der freiwilligen Krankenpflege bei dem norddeutschen Bundesheere; ein Erlaß vom 21. Juli ordnete die Abhaltung eines außerordentlichen allgemeinen Vortags auf den 27. Juli an und bestimmte, „daß während der Dauer des Krieges in allen öffentlichen Gottesdiensten dafür besonders gebetet werde, daß Gott in diesem Kampfe uns zum Siege führe, daß er uns Gnade gebe, auch gegen unsere Feinde uns als Christen zu verhalten, und daß er uns zu einem die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands dauernd verbürgenden Frieden in Gnaden gelangen lasse.“ Durch eine Verordnung von dem gleichen Tage wurden die Bezirke des 1., 2., 8., 9., 10., 11. Armeecorps, also die Provinzen Preußen, Pommern, Rheinprovinz, Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau in Kriegszustand erklärt, weil sie in der Nähe des Kriegsschauplatzes oder an den bedrohten Küsten der Nordsee und Ostsee lagen. Zur weiteren Sicherung und zur Förderung eines erspriesslichen Zusammenwirkens der Militär- und Civilbehörden in dem gesamten Bundesgebiete wurden am 23. Juli fünf Generalgouverneure eingesetzt, mit dem Sitz in Hannover, Koblenz, Berlin, Breslau, Dresden. Zum Gouverneur von Preußen, Pommern, Schleswig-Holstein, Hannover wurde der durch seinen Mainfeldzug vom Jahre 1866 berühmte General Vogel von Falkenstein ernannt. Derselbe begab sich sofort nach Hannover und erließ von dort an die Küstenbewohner der Nord- und Ostsee einen energischen Aufruf, worin er sie aufforderte, beim Erscheinen der französischen Flotte und ihrer Landungstruppen sich als entschlossene Männer zu zeigen und unter Führung verständiger Männer, inaktiver Officiere, sich in Abtheilungen zu formiren. „Jeder Franzmann, der eure Küste betritt, sei euch verfallen!“ Durch königliches Dekret vom 24. Juli wurde die Errichtung einer freiwilligen Seewehr angeordnet. Die Helgoländer Lotsen, von Bremen aus aufgefordert, dem Feinde keine Dienste zu leisten, wiesen auf den Befehl des dortigen Gouverneurs

hin, welcher auf Grund der Neutralität Englands jeden, der der französischen Flotte Lotsendienste leistete, mit der härtesten Strafe, Ausstoßung aus der Lotsengilde, bedrohte. „Uebrigens“, hieß es in dem Schreiben eines Helgoländer Lotsen weiter, „würde es auch ohne dieses Verbot keinem Helgoländer in den Sinn kommen, den Erbfeinden der deutschen Nation als Führer bei ihrem Zerstörungswerke zu dienen.“ So war für die durch eine übermächtige Flotte bedrohte Küste und die Seehandelsstädte möglichst gut gesorgt, die Einfahrt in die Häfen durch die schon angeführten Vorsichtsmaßregeln, durch Legung von Torpedo's, durch Aufstellung von Batterien unmöglich gemacht, und eine ziemliche Truppenzahl, deren Kommandeur der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin war, in den Küstengebieten zurückgelassen: die 17. Infanterie-Division (Mecklenburger und Hanjeaten), eine Garde-Landwehr-Division, 3 Landwehr-Divisionen, 3 Kavallerie-Brigaden und mehrere Batterien. Daher konnte ohne sonderliche Sorge um das, was in seinem Rücken vorgehe, das Hauptquartier auf den südlichen Kriegsschauplatz sich begeben.

Es wurden zunächst 3 Armeen gebildet: die erste, unter General Steinmeyer, umfaßte das 7. und 8. Armeecorps, später auch noch das 1.; die zweite, unter Prinz Friedrich Karl, das 3., 4., 9., 10., das 12. und die Garde; die dritte oder Südararmee, unter dem Kronprinzen von Preußen, das 5. und 11., die 2 bairischen Armeecorps und die 2 Divisionen Württemberg und Baden. Das 2. und 6. Corps wurden erst später auf den Kriegsschauplatz berufen, und jenes der zweiten, dieses der dritten Armee zugetheilt. Am 26. Juli reisten die Befehlshaber dieser drei Armeen von Berlin ab, um den Aufmarsch ihrer Truppen anzuordnen, Steinmeyer nach Koblenz, Prinz Friedrich Karl nach Mainz, der Kronprinz über München, Stuttgart, Karlsruhe, wo er überall mit ungeheurer Begeisterung empfangen wurde, nach Speyer. Der König von Preußen erließ vor seinem Abgang zur Armee, am 31. Juli eine Proklamation „An mein Volk“, worin er eine Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen ankündigte. Am Abend dieses Tages reiste er mit seinem Bruder, dem Prinzen Karl, dem Grafen Bismarck, den Generalen v. Koon und v. Moltke, unter den Segenswünschen der vielen Tausende, welche ihm ihr Hoch und ihr Hurrah nachriefen, von Berlin ab. An allen Haltstationen, so in Hannover, Koblenz, Köln, hatte sich das Volk in Masse versammelt, um den Mann noch einmal

zu sehen, welcher bestimmt war, Deutschland an seinem Erbfeind zu rächen, hundertjährige Schmach und Unbill zu tilgen und ein einziges großes Deutschland zu schaffen. Am 2. August Morgens 6 Uhr kam der König in Mainz an, von wo Prinz Friedrich Karl schon am 30. Juli sein Hauptquartier weiter nach Westen, in die Pfalz, verlegt hatte. Von Mainz aus richtete der König am 2. August eine Proklamation an das deutsche Heer, welche sich durch ihre einfache, ruhige Sprache sehr vortheilhaft von den phrasenreichen napoleonischen Ansprachen unterschied. Sie lautete: „An die Armee! Ganz Deutschland steht einmüthig in den Waffen gegen einen Nachbarstaat, der uns überraschend und ohne Grund den Krieg erklärt hat. Es gilt die Vertheidigung des bedrohten Vaterlandes, unserer Ehre, des eigenen Herdes. Ich übernehme heute das Kommando über die gesamten Armeen und ziehe getrost in einen Kampf, den unsre Väter in gleicher Lage einst ruhmvoll bestanden. Mit mir blickt das ganze Vaterland vertrauensvoll auf euch. Gott der Herr wird mit unserer gerechten Sache sein.“ Das große Hauptquartier mit den größten Männern unserer Zeit hatte sich eingerichtet; das Herz von ganz Deutschland war in diesem Hauptquartier; der König hatte sein letztes Wort gesprochen; nun hatten die Kanonen das Wort. Sie hatten es bereits ergriffen.

---

## Deutschlands Krieg mit dem kaiserlichen und dem republikanischen Frankreich.

Vorposten- und Reconnoiscirungsgefechte hatten schon seit dem 19. Juli täglich stattgefunden. Das erste größere Gefecht eröffnete Napoleon selbst am 2. August. Er fuhr an diesem Tage mit seinem Sohne auf der Eisenbahn von Metz nach Forbach und begab sich von da auf die südlich von Saarbrücken gelegenen Spicherer Höhen. General Frossard hatte dieselben mit beinahe 3 Divisionen und 23 Geschützen (darunter eine Mitrailleusenbatterie) besetzt. Ihm gegenüber standen in Saarbrücken 3 Kompagnien des hohenzollernschen Füsilierregiments Nr. 40 und 4 Escadrons Ulanen unter dem Oberstlieutenant v. Pestel. Der Kampf, größtentheils Artilleriefeuer, dauerte von 11 bis 2 Uhr. Seiner Instruction gemäß zog sich der preußische Führer vor dieser ungeheuren Uebermacht zurück und räumte um 12 Uhr die Anhöhe auf dem Exercirplatz, um 2 Uhr die Stadt Saarbrücken, hielt aber die auf dem rechten Saarufer gelegene Schwesterstadt St. Johann und den Bahnhof besetzt. Die Preußen verloren an Todten und Verwundeten 2 Officiere und 70 Mann, die Franzosen hatten 6 Todte und 67 Verwundete. General Frossard rückte mit ein paar tausend Mann in die Stadt ein, wagte aber wegen des Anmarsches der ersten und zweiten Armee keine Verfolgung und zog sich bald wieder auf die Höhen von Spicheren zurück, von wo aus der Bahnhof von St. Johann beschossen wurde. Dieser lächerliche Kampf welchen etwa 30,000 Franzosen gegen kaum 1000 Preußen unternahmen, wäre, da er durchaus resultatlos war, fast unbeachtet geblieben, wenn nicht die Siegesbulletins des französischen Hauptquartiers und der Wahnsinn der Pariser Presse seine Bedeutung ins Unendliche vergrößert hätten. Am Abend des 2. August ließ die Regierung folgende Depesche des Privatsekretärs des Kaisers veröffentlichen: „Heute haben die französischen Truppen einen ersten Kampf mit den preußischen Truppen bestanden. Unsere Armee hat die Offensive ergriffen, die Grenze überschritten und das preußische

Territorium überfallen. Ungeachtet der Stärke der feindlichen Stellung reichten einige unserer Bataillone hin, um die Höhen zu nehmen, welche Saarbrücken beherrschen, und unsre Artillerie hat den Feind schnell aus der Stadt vertrieben. Der Glanz unsrer Truppen war so groß, daß unsre Verluste nur unbedeutend waren. Der Kaiser wohnte den Operationen an, und der kaiserliche Prinz, welcher ihn überallhin begleitete, hat auf dem ersten Schlachtfelde die Feuertaufe erhalten. Seine Geistesgegenwart, seine Kaltblütigkeit waren des Namens würdig, den er trägt. Der Kaiser ist um 4 Uhr nach Metz zurückgekommen.“ In dem Bericht des Kaisers an die Kaiserin vom 2. August hieß es: „Wir waren in erster Linie; aber die Gewehr- und Kanonenkugeln fielen zu unseren Füßen nieder. Louis hat eine Kugel aufbewahrt, die dicht neben ihm hinfiel. Es gab Soldaten, welche weinten, als sie ihn so ruhig sahen. Wir hatten an Todten nur 1 Officier und 10 Soldaten.“ Auf diese Nachricht begab sich die Kaiserin mit ihren beiden Nichten und zwei Palastdamen nach der Kirche Notre-Dame-des-Victoires, um für diesen Sieg ein Dankgebet zu verrichten. Nach Berichten aus Metz war der Empfang des zurückkehrenden Kaisers ein begeisterter und die Stadt wurde Abends illuminirt. Eine zweite Depesche des Privatsekretärs des Kaisers sprach von den Wundern der Mitrailleusen, welche eine feindliche Abtheilung in einem Augenblick zur Hälfte niederwarfen und einer zweiten das nämliche Schicksal bereiteten, so daß niemand mehr Stand zu halten wagte. Nach einer anderen Depesche hatte „eine einzige französische Division drei preussische Divisionen über den Haufen geworfen und niederkartätst.“ Die Pariser Blätter veröffentlichten außerdem noch ihre Privatdepeschen. Der „Moniteur“ enthielt einen ganz umständlichen Bericht, wonach Saarbrücken und St. Johann in einen Aschenhaufen verwandelt worden waren. Andere Blätter ließen bereits auch Saarlouis von den Franzosen besetzt sein, ja es giengen manche noch ein schönes Stück weiter und verkündigten, daß die Franzosen „vor Mainz stehen und bereits Koblenz hinter sich haben.“ Doch alles dies wurde durch einen Leitartikel der „France“ noch übertroffen. Darin hieß es: „Seit 48 Stunden weht die dreifarbigte Fahne über Saarbrücken, wie sie dort schon 1801 und 1815 geweht hat. Ihr siegreiches Wiedererscheinen in Rheinpreußen ist nicht allein der Beweis einer glorreichen Waffenthat; es ist auch erlaubt, sie als das Zeichen einer

neuen Geschichtsperiode zu begrüßen. Es trifft hiebei in der That alles zusammen, um den Beweis von der scharfsichtigen Festigkeit der Auführer, dem unwiderstehlichen Glan der Soldaten und und der fortan unbestreitbaren Ueberlegenheit unserer Waffen zu liefern.“

Während Paris im Siegesjubel schwelgte und den Feldzug nahezu für entschieden ansah, herrschte in Deutschland bei der noch nicht begriffenen Kargheit der officiellen Mittheilungen einige Verstimmung über diesen Verlust von Saarbrücken. Es dauerte nicht lange. Der Kronprinz von Preußen traf mit seinem Stabschef, Generallieutenant v. Blumenthal, von Speyer aus am 3. August in Landau ein und überschritt am 4. den Grenzfluß Lauter. Am Morgen des 5. August verbreitete sich in ganz Deutschland die Nachricht, daß aus Weißenburg Siegestelegramme eingelaufen seien. Das vom König noch am Abend des 4. an die Königin Augusta in Berlin abgeschandte Telegramm lautete: „Unter Frigens Augen heute einen glänzenden, aber blutigen Sieg erfochten durch Stürmung von Weißenburg und des dahinter liegenden Gaisbergs. Unser 5. und 11. Corps und das 2. bairische Armeecorps fochten. Feind in Flucht, 500 unverwundete Gefangene, eine Kanone und das Zeltlager in unseren Händen. Divisionsgeneral Douay todt; von uns General v. Kirchbach leicht gestreift. Mein Regiment und 58er starke Verluste. Gott sei gepriesen für diese erste glorreiche Waffenthats! Er helfe weiter!“ Kaum hatte sich Deutschland von dieser Siegesaufregung etwas erholt, so lief von „Friedrich Wilhelm, Kronprinz, von dem Schlachtfelde bei Wörth 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Nachmittags“ im großen Hauptquartier am Abend des 6. August ein Telegramm ein, dessen Inhalt noch in der Nacht und am anderen Morgen in ganz Deutschland bekannt wurde. „Siegreiche Schlacht bei Wörth. Mac Mahon mit dem größten Theile meiner Armee vollständig geschlagen. Franzosen auf Bitsch zurückgeworfen.“ Aus dem großen Hauptquartier in Mainz wurde am Morgen des 7. August folgende Depesche abgeschandt: „Der Kronprinz meldet vom 6. Abends: In siegreicher Schlacht über Mac Mahon, dessen Corps verstärkt durch Divisionen des Corps de Failly und Canrobert, 2 Adler, 6 Mitraillenseen und einige 30 Geschütze genommen, über 4000 Gefangene vorläufig gezählt. General Bose verwundet, General Kirchbach kommandirt wieder sein Corps. Beiderseits starke Verluste!“ Und König Wil-

Helm telegraphirte an die Königin: „Welches Glück, dieser neue große Sieg durch Fritz! Preise Gott für seine Gnade! Es soll Victoria geschossen werden!“ Ueber die nächsten Erfolge dieses Sieges meldete der Kronprinz am 7. August: „Der Feind gieng nach gestriger Schlacht von Wörth in größter Aufregung zurück. Bei Niederbronn versuchte französische Artillerie zu halten, es wurde von Baiern genommen, auf allen Straßen verfolgt. Württembergische Kavallerie nahm bei Reichshofen viele Borräthe und 4 Geschütze. Todte und Verwundete bedeckten die Rückzugsstraße. Heute früh wurde das vom Feinde verlassene Hagenau besetzt.“

Die Telegramme von Weissenburg und Wörth erregten in Deutschland eine um so größere Freude, weil sie den Sieg einer Armee verkündigten, bei welcher norddeutsche und süddeutsche Truppen vereinigt waren. In der siegreichen Armee des Kronprinzen war die Einheit des bewaffneten Deutschlands verkörpert. Darum war auch gerade in Süddeutschland der Jubel unbeschreiblich. In Folge dessen schenkte man einem dritten Siegestelegramm Anfangs bei weitem nicht die Bedeutung, welche demselben zukam. Am 6. August wurde noch eine zweite Schlacht geschlagen, und zwar von der ersten Armee unter General von Steinmetz und einem Theile der zweiten Armee, worüber zunächst folgende Nachrichten einliefen: „Die Spitzen der preussischen Kolonnen hatten sich am 5. der Saar genähert, heute früh traf General v. Kamecke mit der 14. Division (7. Armeecorps) westlich Saarbrücken den Feind in starker Stellung auf den Bergen bei Spicheren und gieng sofort zum Angriff über. Auf den Kanonendonner eilten Abtheilungen der 16. Division Barnekow (8. Armeecorps) und der 5. Division Stülpnagel (3. Armeecorps, zur Armee des Prinzen Friedrich Karl gehörig) eben dahin. General v. Goben (Befehlshaber des 7. Armeecorps) übernahm das Kommando und es gelang nach sehr heftigem Kampfe, die von Seiten des französischen Corps Frossard besetzte Position zu erstürmen.“ Ein weiteres Telegramm sagte: „General Steinmetz gegen Abend angekommen und Befehl übernommen. General François (von der 14. Division) gefallen. Verlust namentlich an Officieren groß, vom Feinde zahlreiche Todte.“ Ein Telegramm vom 9. August meldete: „Das Gefecht bei Spicheren unweit Saarbrücken hat größere Dimensionen und Resultate gehabt, als bisher bekannt gewesen. Das französische Corps Frossard ist in demselben fast gänzlich auf-



gelöst worden, die Verluste desselben an Todten und Verwundeten sind außerordentlich bedeutend. Das Lager einer Division und verschiedene bedeutende Magazine sind genommen, außerdem eine sehr große Anzahl Gefangene eingebracht, deren Zahl sich noch stündlich vermehrt. Bis jetzt bereits über 2000. Aber auch der diesseitige Verlust bedeutend, bei der 5. Division allein etwa 1800 Mann. Die französische Armee weicht auf allen Punkten zurück. St. Auld von diesseitigen Truppen besetzt. Patrouillen streifen bis 2 Meilen vor Metz.“ Dies waren 3 Siege innerhalb 3 Tage und die beiden legten so bedeutend, daß der gegenüberstehende Feind in völliger Auflösung war und nur durch eilige Flucht sich retten konnte. Die Tage von Weißenburg, Wörth und Spicheren deckten auf einmal die Schäden der französischen Kriegführung und die Mängel des französischen Militärs auf und erhöhten das auf solider Grundlage aufgebaute Selbstbewußtsein der Deutschen, des Volkes wie des Militärs, in einer Weise, daß schon damals offen ausgesprochen wurde, von einer deutschen Niederlage könne keine Rede mehr sein. Was dem Feinde besonders schadete, war der Umstand, daß er über die Bewegungen der deutschen Heere, welche durch die vorausgejandte Reiterei vollständig verschleiert waren, gar nichts erfahren konnte und so die Bataillone gleichsam aus dem Boden wachsen sah.

Die französische Armee hatte am 2. August folgende Aufstellung: den linken Flügel bildete das 4. Armeecorps unter General L'Admirault in Thionville, hinter diesem stand das 3. Corps unter Bazaine in Metz im Centrum das 2. Corps unter Frossard bei St. Auld, weiter östlich das 5. Corps unter Faily bei Bitzch, auf dem rechten Flügel in und bei Straßburg das 1. Corps unter Mac Mahon. Die Reservearmee bestand aus dem 6. Corps unter Canrobert und dem 7. unter dem älteren Douay. Senes stand in Chalons, dieses zwischen Belfort und Mühlhausen. Senes wurde, sowie auch das bei Nancy unter Bourbaki stehende Gardecorps, in den ersten Augusttagen nach Metz befördert; das Corps Douay konnte nur mit einer Division in die ersten Kämpfe eingreifen. Das Corps Mac Mahon hatte die besten afrikanischen Regimenter, sämtliche Zuavenregimenter (mit Ausnahme der Garde-Zuaven) und 3 Turkosregimenter. Am Tage des Treffens bei Weißenburg befand sich Mac Mahon gerade in Metz, um einem Kriegsrathe anzuwohnen, in welchem aufs neue über den Feldzugsplan berathen werden sollte. Als er zurückkam,

fand er seine 2. Division unter dem jüngeren Douay geschlagen und die nördliche Pforte des Elsaß von dem Feinde erbrochen. Im Hauptquartier zu Metz war ihm zuerst aufgetragen worden, den Elsaß und die Vogesenpässe zu vertheidigen, später wieder, sich näher an Bitsch heranzuziehen, um gemeinschaftlich mit der Hauptarmee, sei es offensiv oder defensiv, zu operiren. Er that weder das eine noch das andere zu rechter Zeit und mit voller Kraft und entschloß sich nach dem Fall von Weißenburg zu einer Schlacht. Er hatte 4 Divisionen, darunter die Reste der Division Douay, außerdem eine Division des Corps Douay und Theile der Corps Canrobert und Faily, im ganzen gegen 70,000 Mann. Mit diesen verschanzte er sich am 5. August auf den westlich von Wörth gelegenen Höhen, wo sein Divisionsgeneral Ducrot schon seit einigen Tagen stand, und hatte eine so feste Stellung, daß er an dem günstigen Ausgang der Schlacht nicht zweifelte. All diese guten Stellungen: auf dem Gaisberg bei Weißenburg, auf der Höhe von Froschweiler bei Wörth, auf den Spicherer Höhen bei Saarbrücken hätten deutsche Truppen sich nie und nimmermehr entreißen lassen; den französischen wurden sie entrißen. Wer das Königsgranadier-Regiment Nr. 7 gegen die bastionartige Schafenburg, die wetteifernden preußischen und süddeutschen Truppen gegen die Höhen von Froschweiler und Elsaßhausen anrücken, die Steinmes'schen Soldaten samt ihrer Artillerie die fast kaum zu ersteigenden Spicherer Höhen erklimmen sah, mitten unter dem vernichtenden Kugelregen der Kanonen und Mitrailleusen, dem fielen wohl jene Worte des epiröthischen Königs ein, die er auf dem Schlachtfelde von Heraklea von den Römern gebrauchte: „mit solchen Soldaten wollte er sich zum Herrn der Welt machen.“ Ein Engländer, der die Schlacht von Wörth mit ansah, schrieb: „Das sind keine Bataillone, das sind wandelnde Mauern, die mit unwiderstehlicher Gewalt vorwärts dringen. Man sieht gar nicht, daß die Kanonen, Mitrailleusen, Gewehre sie berühren. Jede Lücke schließt sich augenblicklich. Nur hinter den Reihen merkt man, daß sie gelichtet worden. Jeder Mann vom ersten bis zum letzten ist ein Held. Frankreich ist verloren!“ Ein verwundeter französischer Officier rief nach dem Tage von Spicheren mehrmals aus: »O mon Dieu! quelle armée les Prussiens! la gloire française est perdue, perdue pour jamais!« Ein anderer schrieb nach Hause: „Der Geist unserer Leute

ist gut; aber Hoffnung auf Sieg haben wir nicht. Der Glanz der Preußen ist fulminant. Wir sind verloren.“ Eine Reiterabtheilung sprengte am Abend des 6. durch die Straßen von Saargemünd mit dem verzweifelten Rufe: »les Prussiens sont derrière nous!« Wie die geniale, ebenso kühne als vorsichtige Strategie des Generals Moltke die Pläne der Herren Leboeuf und Mac Mahon und ihres zum Oberbefehl ganz ungeeigneten Imperators über den Haufen warf, so waren bei dem deutschen Soldaten die Disciplin, das Pflichtgefühl, der Patriotismus Faktoren, gegen welche der hochgerühmte französische Glanz nichts ausrichtete. „Wenn die Franzosen bis zu euch kommen, so sind wir schon alle todt“, hörte man als etwas Sichvonselfstverstehendes deutsche Soldaten beim Abschied von der Heimat sagen. Vom Anfang bis zum Ende des Krieges zeigte sich die große Ueberlegenheit der deutschen Armee, deren solideste Basis die in ganz Deutschland eingeführte allgemeine Schulpflicht und allgemeine Wehrpflicht ist.

Wie stand es nun nach diesen glänzenden Schlachttagen mit dem Beginn der „neuen Geschichtsperiode“, von welcher das Pariser Blatt „la France“ nach der Komödie von Saarbrücken prophetisch sprach? Am Mittag des 6. August war in Paris ein toller Siegestaumel. Das Gerücht gieng, Mac Mahon, in welchem man bereits den „Herzog von der Pfalz“ sah, habe einen großen Sieg erfochten. An der Börse wurde ein Telegramm verlesen: „25000 Gefangene! Landau in der Gewalt der Franzosen! 50 Geschütze erobert! Der Kronprinz von Preußen unter den Gefangenen!“ Diese Nachricht verbreitete sich rasch durch ganz Paris. Die Stadt wurde beslaggt, auf den Straßen die Marseillaise gesungen. Einige Vorsichtiger giengen in die Bureaux der Minister und fragten nach dem Siegestelegramm. Die Antwort war, man wisse nichts davon, es sei gar keine Nachricht von Belang eingelaufen. Nun schlug die Stimmung rasch um. Die erzürnte Menge schimpfte über die Börsenspieler, die Diebe, prügelte da und dort einen Spekulanten durch und zog vor das Justizministerium, auf dessen Balkon Olivier erschien und strenge Bestrafung der Betrüger versprach. Noch am Abend erschien eine vom ganzen Ministerrath unterzeichnete Proklamation, in welcher die Verhaftung des Schuldigen angezeigt und gesagt wurde: „Im Namen des Vaterlandes, im Namen eurer Armee bitten wir euch, ruhig und geduldig zu sein und die Ord-

nung aufrecht zu erhalten. Unordnungen in Paris wären gleichbedeutend mit einem Siege der Preußen. Sobald eine bestimmte Nachricht eingeht, mag sie gut oder schlecht sein, wird sie euch unverzüglich mitgetheilt werden. Seien wir einig! Haben wir in diesem Augenblick nur einen Gedanken, nur ein Gefühl: den Triumph unserer Waffen!" Am andern Morgen, am Sonntag den 7. August, wo die Pariser immer noch die Siegesdepeſchen erwarteten, kam das kalte Sturzbad. Die Niederlagen Mac Mahons und Frossards wurden, wenn auch nicht in ihrem ganzen Umfang, eingestanden, die Einberufung der Kammern, die Verhängung des Belagerungszustandes über Paris angezeigt. Das war ein schlechtes Frühstück für einen leckeren Pariser Gaumen und vollends am Sonntag! Mehrere Depeſchen nebst einer Proklamation des Ministeraths waren angeſchlagen. Napoleon telegraphirte aus Mex vom 6. um Mitternacht: „Mac Mahon hat eine Schlacht verloren. Frossard ist an der Saar genöthigt worden, ſich zurückzuziehen. Der Rückzug vollzog ſich in guter Ordnung. Es kann noch alles wieder ins rechte Geleiſe kommen.“ Vom 7.: „Man ſpricht von mehreren Kavallerieangriffen. Auch ſollen die Preußen Mitrailleurſen gehabt haben, mit denen ſie uns vielen Schaden zuſfügten.“ „Die Nacht war ruhig. Ich begeben mich in das Centrum unſrer Aufſtellung.“ Das Amtsblatt bemerkte bei Erwähnung des Rückzugs Frossard's: „Es ſcheint faſt, der Feind will uns auf unſrem Territorium eine Schlacht anbieten. Es würde dieſe große ſtrategiſche Vortheile für uns haben.“ Die Proklamation der Miniſter ſchloß mit den Worten: „Angeſichts dieſer ernſten Nachrichten iſt unſre Pflicht uns vorgezeichnet. Wir appelliren an den Patriotismus und die Energie Aller. Die Kammern ſind berufen; wir ſtellen den Fall der Dringlichkeit. Paris iſt in Vertheidigungszuſtand. Um die Ausführung der militäriſchen Vorbereitungen zu erleichtern, erklären wir den Belagerungszuſtand. Keine Schwäche, keine Zerſplitterungen! Unſere Hilfsmittel ſind unermeßlich. Kämpfen wir mit Feſtigkeit, und das Vaterland wird gerettet ſein!“

Die Kaiſerin war am 7. ſchon um 5 Uhr Morgens von St. Cloud in den Tuileries eingetroffen und erließ als Regentin folgende Proklamation, welche Anspielungen an das Mädchen von Orleans enthält: „Franzosen! Der Beginn des Krieges iſt für uns ungünſtig geweſen. Unſere Waffen haben eine Niederlage erlitten.

Seien wir diesem Unfall gegenüber fest und beeilen wir uns, ihn gut zu machen! Möge es unter uns nur eine Partei geben, der alle Franzosen angehören; nur eine Fahne, die unsrer nationalen Ehre, möge uns voranwehen! Ich komme in eure Mitte. Treu meiner Mission und meiner Pflicht, werdet ihr mich als die erste bei jeder Gefahr sehen, wo es gilt, die Fahne Frankreichs zu vertheidigen. Ich beschwöre alle guten Bürger, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Dieselbe stören, wäre nichts anderes, als mit unsren Feinden konspiriren“. Der Ministerrath war an diesem Tage in Permanenz. Auch die Präsidenten des Senats und des gesetzgebenden Körpers, Rouher und Schneider, wurden berufen und zu den Berathungen gezogen. Das Resultat derselben war die Berufung der Kammern auf den 11. August und die Erklärung des Belagerungszustandes für das Seine-Departement. Am 8. August folgten weitere Dekrete. Noch andere Departements wurden in Belagerungszustand erklärt, die Bürger zwischen 30 und 40 Jahren sollten in die Nationalgarde eingezogen, die jungen Männer unter 30 Jahren, welche noch nicht in der Mobilgarde standen, in diese eingereiht werden. Im Ministerrath wurde von einem Aufruf zur allgemeinen Bewaffnung, zu einer levée en masse, wie in den Revolutionskriegen, gesprochen. Da aber die Abgeordneten der Linken die sofortige Organisation und Bewaffnung der Nationalgarde von Paris, die Oppositions-Journale die Bewaffnung aller Bürger von Frankreich verlangten, so besannen sich die Minister, ehe sie das Heft aus der Hand gaben und einem bewaffneten Revolutionsausschuß Platz machten. Es wurde ihnen bei dieser grenzenlosen Aufregung des Volkes bereits bange, und sie hätten gar zu gern gewünscht, daß nun jeder ruhig an seine Bürgerpflicht gehe. Daher ließen sie am 8. eine neue Proklamation anschlagen, die mit den seltsamen Worten anfieng: „Setzt, Franzosen haben wir euch die volle Wahrheit gesagt!“ und dann fortfuhr: „Setzt ist es an euch, eure Pflicht zu thun, ein und derselbe Ruf möge von allen Franzosen von einem Ende Frankreichs bis zum anderen tönen! Möge das ganze Volk sich erheben in Hingebung, um großen Kämpfen Stand zu halten!“ Doch fühlte sich der Ministerrath nicht mehr stark genug, auch nur auf wenige Tage allein das Regiment zu führen und die Verantwortung zu übernehmen. Ein Dekret vom 8. August verordnete, daß nicht am 11., sondern schon am 9. August die Kammern wie-

der eröffnet werden sollten. Die Minister durften sich auf ein tüchtiges Bombardement gefaßt machen. In beiden Kammern wurde eine Erklärung verlesen, wonach die Regierung eine allgemeine Organisation der Nationalgarde, die Einverleibung eines Theiles der Mobilgarde in die aktive Armee, die Einziehung der Altersklasse 1871 verlangte. Ollivier sprach im gesetzgebenden Körper unter fortwährenden Unterbrechungen. Es wurde ihm wiederholt zugerufen: „Rücktritt! Rücktritt!“ Der Abgeordnete Dejean sprach von der absoluten Untüchtigkeit des Generals en chef als der Hauptursache der Niederlagen und verlangte, daß der Kaiser das Kommando niederlege und daß der gesetzgebende Körper die Leitung der Angelegenheiten in die Hand nehme. Favre forderte die Kammer auf, alle Rücksichten auf das Staatsoberhaupt, dessen Unfähigkeit erwiesen sei, bei Seite zu setzen. Keratry verlangte geradezu die Abdankung des Kaisers, wofür ihm der Präsident einen Ordnungsruf ertheilte. Clement Duvernois beantragte folgende Tagesordnung: „Die Kammer, entschlossen, ein Ministerium zu unterstützen, welches fähig ist, die Landesvertheidigung zu organisiren, geht zur Tagesordnung über.“ Der ehemalige Vertraute des Kaisers beabsichtigte mit diesem Antrag nichts anderes als das Ministerium zu stürzen und die entschiedensten Bonapartisten, Männer der Energie und der Kartätschen, ans Ruder zu bringen. Ollivier erklärte den Antrag für das, was er war, für ein Mißtrauensvotum und versicherte, daß das Ministerium diese Tagesordnung nicht annehmen könne. Gleichwohl wurde sie von der Kammer angenommen. Die Rechte und das rechte Centrum stimmten dafür; die Linke und ein Theil des linken Centrums, denen ein Kabinet Ollivier immer noch lieber war als das, was nachkam, enthielten sich der Abstimmung; einige Mitglieder des linken Centrums, darunter der ehemalige Kollege Olliviers, Graf Daru, stimmten dagegen. Auf dies hin verlangte Ollivier, daß die Sitzung unterbrochen werde, und verließ mit den andern Ministern den Saal.

Als die Sitzung wieder aufgenommen war, traten die Minister wieder ein, und Ollivier verkündigte, daß das Kabinet abtrete, daß die Kaiserin unter Zustimmung des Kaisers die Demission der Minister angenommen und bereits den Grafen Palikao (General Montauban) mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt habe. Derselbe hatte schon am folgenden Tage, am 10. August, sein Mi-

nisterium vollzählig. Dasselbe bestand aus folgenden Mitgliedern: Palikao übernahm das Präsidium und das Kriegsdepartement; Chevreau, der bisherige Polizeipräfekt, das Innere; Magne, von dessen früherer Verwaltung man gesagt hatte, daß er die ungeheuren Schulden des kaiserlichen Hofes aus der Staatskasse bezahle, die Finanzen; Duvernois den Handel; Jerome David, das Haupt der sogenannten Arkadier, einer der eifrigsten Kriegshexer, die öffentlichen Arbeiten; Rigault die Marine; de la Tour d'Auvergne das Auswärtige; Grandperret die Justiz; Brame den Unterricht; Bussion das Präsidium des Staatsraths. Dieses Ministerium der Mamelucken, wie man es nannte, schloß lauter Bonapartisten vom reinsten Wasser in sich, Leute, die vor keinem Staatsstreich, keinem Barrikadenkampf zurückschreckten, so lange ihnen Officiere und Soldaten Gehorsam leisteten; es war die letzte Karte, welche das wankende Kaiserthum auspielte. Olivier und der Herzog von Gramont, welche bei dem diplomatisch-parlamentarischen Vorspiel dieses Krieges eine so hervorragende Rolle gespielt hatten, dieser als einer der Hauptfaisseurs, jener mehr als der Dürirte, zogen sich, Frankreich an dem Rand eines Abgrunds zurücklassend, mit ruhiger Miene, als hätten sie nichts weiter als eine Billardpartie verloren, ins Privatleben zurück, Olivier gieng nach Stalien, Gramont in den schwülen Septembertagen nach England. Noch am 21. Juli hatte letzterer in einer Depesche den Grafen Bismarck und Herrn von Thile des Wortbruchs zu beschuldigen versucht, indem er, auf einen Brief Benedetti's vom 31. März 1869 verweisend, sagte, Graf Bismarck habe damals in einem Gespräch mit Benedetti die hohenzollernsche Kandidatur für unausführbar erklärt, und Herr von Thile habe mit seinem Ehrenwort versichert, daß der Prinz von Hohenzollern im Ernst Kandidat der spanischen Krone weder sei noch werden könne. Allein eben jener Brief Benedetti's zeugte gegen Gramont; denn er enthielt kein Wort von einem Gespräch des Gesandten mit Bismarck; und zum Ueberflus erklärte noch Herr v. Thiele in einem Schreiben vom 30. Juli an den Bundeskanzler, daß er sich keines Gesprächs mit Benedetti über diese Kandidatur vom Jahre 1869 erinnere, und daß ein solches, wenn es je stattgefunden hätte, nur seine gänzliche Unkenntniß von der Sache hätte darlegen können; denn erst seit Mitte März 1870 habe er davon gehört. So zeigte

sich der Herzog von Gramont in dieser ganzen Angelegenheit, vom Anfang bis zu Ende, wo er nur ein Wort sprach, als ein Lügner.

Nicht bloß im Ministerium, auch im Oberkommando gieng eine Aenderung vor. Der Kaiser hatte daselbe bloß übernommen, um Siege, wie bei Magenta und bei Solferino, an denen er übrigens sehr unschuldig war, zu ersechten, nicht, um alle Schuld, alle Verantwortung für Niederlagen zu übernehmen und vor der ganzen Welt der absoluten „Unfähigkeit und Untüchtigkeit“ bezichtigt zu werden. Er legte daher am 9. August das Oberkommando nieder und übertrug es Bazaine, dem Befehlshaber des dritten Armee-corps, der seinerseits wiederum dem General-Decaen seine bisherige Stelle übergab. Der Major-General Leboeuf, dieser Strategie ohne Strategie, welcher sich dem Moltke'schen Schachspiel gegenüber so bald als matt hatte bekennen müssen, wurde seiner Stelle entsetzt und verschwand vom Schauplatz. Palikao und Bazaine waren nun die neuen Gestirne, auf welche Frankreich seine Hoffnung gründen sollte. Jenen, welcher sich bei der chinesischen Expedition 1860 schamlose Plünderungen erlaubt hatte, nannte man offen den „schlechtesten Kerl in Frankreich“; diesen, dessen Name an die schlimmsten Partien der mexikanischen Expedition sich knüpft, bezeichneten seine eigenen Truppen als den „Stallknecht“, den „blutigen Schinder“, den „Herzog von Kakao“. Von beiden zusammen, dem Ministerpräsidenten und dem Obergeneral, sagte man: „Palikao plünderte in China und verschacherte dann das Geplünderte; Bazaine verschacherte erst den Kaiser Maximilian in Mexiko und plünderte dann“. Der Generalgouverneur von Paris, Baraguay d'Hilliers, welcher im italienischen Feldzug 1859 nicht zugleich mit Palikao hatte kommandiren wollen, „weil anständige Leute nicht mit einem solchen Menschen dienen könnten, ohne ihrer Ehre etwas zu vergeben,“ wurde von dem neuen Kriegsminister seiner Stelle enthoben und dieselbe am 17. August dem seither zurückgesetzten General Trochu übertragen, was als eine Koncession an die öffentliche Meinung, welche Trochu als einen großen Organisator bezeichnete, und an das linke Centrum, dessen Anschauungen er theilte, zu betrachten war. Derselbe war mit Thiers befreundet, der eben damals in der öffentlichen Achtung bedeutend stieg. Denn seine Prophezeiung vom 15. Juli, die Minister würden ihren übereilten Schritt nur gar zu bald zu bereuen haben, war eingetroffen. In der Sitzung vom 11. August sagte er: „Als ich



vor einigen Wochen Sie dringend bat, noch einmal reiflich zu erwägen, ob der Krieg zu erklären sei, sagte ich nicht, daß Frankreich nicht bereit sei, weil ich es nicht sagen durfte. Heute darf ich es eingestehen. Die Ueberzeugung, daß Frankreich nicht schlagfertig sei, war für mich einer der wichtigsten Gründe gegen den Krieg. Darum hat mich Ihr Botum für den Krieg so sehr geschmerzt; darum vergrößert sich mein Schmerz von Tag zu Tag. Die Vorbereitungen waren ungenügend und die Leitung eine vollständig unfähige". In der nämlichen Sitzung wurde auch die Ausweisung und gewaltsame Vertreibung aller Deutschen aus Frankreich beschlossen. Der Minister des Innern erklärte, zu Anfang des Krieges habe man die Deutschen zurückzuhalten versucht, um nicht durch ihr Abreißen die Reihen der preussischen Armee verstärken zu lassen; da nun aber die Umstände bedenklicher würden und die Anwesenheit der Fremden schädlich sein könnte, so müssen die nöthigen Maßregeln zur Ausweisung derselben ergriffen werden. Außer dem Abgeordneten Pelletan sprach niemand gegen diese aller Humanität Hohn sprechende Maßregel, welche denn auch in den nächsten Tagen und Wochen mit einer Rücksichtslosigkeit und Barbarei durchgeführt wurde, von der die Geschichte glücklicherweise nur wenige Beispiele kennt. Kein Deutscher war mehr seines Lebens sicher; sein Eigenthum war dem Zufall und der Plünderung preisgegeben. Und doch, trotz dieser unglücklichen militärischen Situation, in welcher sich damals Frankreich befand, schrieb in jenen Tagen der Journalist Girardin in der „Liberté": „Nach Berlin! nach Berlin! Es ist keine Frage mehr von dem Rhein. Sie ist entschieden. Es ist jetzt klar wie der Tag, daß Frankreich nicht der Willkür Deutschlands überlassen bleiben darf, das die Schlüssel aller gegen uns armirten Festungen in seinen Händen hält! Das linke Rheinufer für Frankreich, dem es durch das Recht der Natur und durch das Recht der Eroberung gehört! Nieder mit der Souveränität Preußens! Nieder mit der Vasallenschaft Deutschlands! Wir wollen keine Phrasen, sondern Handlungen. Jeder mannhafte Franzose, der eine Flinte tragen kann, soll nur einen Gedanken, nur einen Ruf haben: Nach Berlin! nach Berlin! Denn der Friede kann und darf nur in Berlin unterzeichnet werden!"

Auch die Orleans regten sich wieder. Jetzt wo das kaiserliche Schiff im Sinken begriffen war, glaubten sie sich in Erinnerung

bringen zu müssen. Als Plänkler schickten sie ihre Damen voraus, welche dem Hilfsverein für die Armee bedeutende Summen zusandten, was natürlich veröffentlicht wurde. Nach dem 6. August schrieben die Prinzen Numale, Joinville und Chartres von Belgien aus, wo sie, um gleich bei der Hand zu sein, vom Beginn des Krieges an ihren Aufenthalt nahmen, Briefe an das französische Ministerium, in welchen sie um eine Anstellung in der Armee, wäre es selbst als gemeine Freiwillige, baten, um ihren „glühendsten Wunsch, für die Vertheidigung des vaterländischen Bodens zu kämpfen“, zu befriedigen. Der Abgeordnete Estancelin las in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 11. August den Brief des Prinzen von Joinville an den Marineminister vor und beantragte, das Gesetz vom 26. Mai 1848, welches die Prinzen vom Hause Orleans verbannt, aufzuheben. Doch fand der Antrag wenig Theilnahme. Denn die Rechte wollte keine neue Dynastie und die Linke überhaupt keine Dynastie, sondern die Republik, von der man bereits offen sprach. Um die Gunst der niederträchtigsten Sorte von Franzosen zu erlangen, ließ Joinville in einem Pariser Blatt den Brief veröffentlichen, den er an seinen Freund Bocher geschrieben hatte: „Ich habe gelesen, daß die Bürger von Weißenburg während der Schlacht auf den Feind geschossen haben. Die braven Leute! Wenn es doch alle Welt ebenso gemacht hätte!“ Am 13. August beantragte Gambetta, ohne diesmal einen Ordnungsruf zu erhalten, die Absetzung des Kaisers, und Glais-Vizoin sprach von „jenem Menschen“, welcher auf Frankreich eine solch' erdrückende Last von Unglück gewälzt habe, und von der Nothwendigkeit eines nationalen Vertheidigungskomités. Gambetta warf den Ministern vor, daß sie sich fast ausschließlich mit der Erhaltung der Dynastie beschäftigten, und sagte über die Lage Frankreichs, daß nur Völker, die durch unfähige Menschen regirt werden, in eine solche kommen können. Und als die Rechte dagegen protestirte, rief er ihr zu: „Schweigen Sie! Die einzige Haltung, die Ihnen zukommt, ist Schweigen und Gewissenbisse“. Niemand wagte etwas dagegen zu sagen; denn die Revolution lag schon in der Luft. Das Ministerium und die Kammer sann auf neue Hilfsquellen, um der Noth des Landes abzuhelpfen. Dieselbe schien so drückend, daß ein Journal am 9. August seufzte: „Das Regenwetter ist unsre einzige Hoffnung“. Verschiedene Anträge wurden gemacht und von der Kammer genehmigt: alle bisher

dienstfreien unverheirateten Soldaten der Altersklassen 1858 bis 1863 einzuberufen, alle unverheirateten Bürger vom 25. bis 35. Lebensjahr militärisch zu organisiren, den Kredit zur Unterstützung der Familien der mobilen Nationalgarde von 4 Millionen auf 20 zu erhöhen, die Ausgabe von Bankbillets bis zu 2400 Millionen zu gestatten, der geschlagenen Armee den Dank des Vaterlandes auszudrücken. Das Ministerium erließ einen Aufruf um den anderen zu den Waffen, nur wagte es nicht, den Mobilgarden Waffen in die Hand zu geben. Sehr wichtig waren die Beschlüsse, die Truppen aus dem Kirchenstaat zurückzuziehen und die für die Nord- und Ostseeküste bestimmten Landungstruppen nicht einzuschiffen. Jene sollten auf den Kriegsschauplatz abgehen, diese zur Vertheidigung von Paris verwendet werden. Es wurden alsbald Unterhandlungen mit dem Papste und dem Königreich Italien eingeleitet, mit dem letzteren die Septemberkonvention von 1864 wieder erneuert, die Brigade Dumont, welche indessen in Civitavecchia gestanden war, in der ersten Hälfte des August nach Frankreich gezogen und Rom samt dem Papste seinem „unfehlbaren“ Schicksal überlassen. In Folge der Nichteinschiffung der Landungstruppen wurden für die deutsche Operationsarmee weitere Streitkräfte disponibel. Die Vertheidigung des deutschen Küstengebiets wurde der trefflich organisirten Landwehr und den Küstenbatterien überlassen, die übrigen Truppentheile erhielten Befehl, zu ihren Waffenbrüdern in Frankreich zu stoßen, um an der Mosel und der Maas neue Siege erkämpfen zu helfen.

Die geschlagene Armee Mac Mahons hatte sich theils nach Straßburg theils über die Vogesen nach Lothringen geflüchtet, um in dem Lager von Chalons neu organisirt und durch nachgesandte Heeresabtheilungen verstärkt und zur Höhe einer selbständigen Armee gebracht zu werden; das Corps Frossard hatte sich von Spichern nach dem nahen Metz gewandt. Der Kronprinz von Preußen, die badische Division nebst anderen Truppentheilen gegen Straßburg entsendend, zog mit seiner Armee durch die Vogesengepässe nach Lunéville und Nancy, die Reste der Besiegten vor sich hertreibend. Die kleineren Festungen wurden genommen oder cernirt. Die erste und zweite Armee entwickelte sich aus den Thälern der Saar und der pfälzischen Blies, und die ganze deutsche Armee machte jene genial ausgedachte Rechtschwenkung, deren Zweck die Umfassung der in und um Metz verweilenden französischen Hauptarmee war. Die vor-

dersten Truppen der ersten Armee besetzten am 7. August Forbach, am 9. St. Avold, die der zweiten Armee am 7. Saargemünd. Der König von Preußen verließ mit dem großen Hauptquartier am 7. August Mainz und begab sich nach Homburg in der Pfalz, von da am 9. nach Saarbrücken und am 11. nach St. Avold in Feindesland. Von Homburg aus erließ er einen Armeebefehl vom 8. August, worin er den Soldaten, welche den französischen Boden betraten, ans Herz legte, daß „wir keinen Krieg gegen die friedlichen Bewohner des Landes führen,“ und daß es „Pflicht jedes ehrliebenden Soldaten sei, das Privateigenthum zu schützen und nicht zu dulden, daß der gute Ruf des Heeres auch nur durch einzelne Beispiele von Zuchtlosigkeit angetastet werde.“ Von St. Avold aus erließ der König am 11. August eine Proklamation an das französische Volk, zunächst an die Bewohner der durch die deutschen Heere besetzten Gebietstheile, worin es hieß: „Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs. Diese werden demnach fortfahren, eine vollkommene Sicherheit ihrer Personen und ihres Eigenthums zu genießen, und zwar so lange, als sie mich nicht selbst durch feindliche Unternehmungen gegen die deutschen Truppen des Rechtes berauben werden, ihnen meinen Schutz angedeihen zu lassen.“

Bazaine hatte um Metz über 220,000 Mann versammelt, und außerdem lag in der Festung eine Besatzung von 20,000 Mann unter dem General Coffinière. 2 Marschälle und 3 Corps-Generale kommandirten die Truppen, und der in den afrikanischen Schlachten ergraute General Changarnier war seit dem 8. August als Berather im Hauptquartier. Die Niederlage Mac Mahons, das Vorrücken des Kronprinzen bis zur Mosellinie und der rasche Anmarsch der ersten und zweiten Armee veranlaßten das französische Hauptquartier zu neuen Entschlüssen. Bazaine sollte, mit Zurücklassung eines Besatzungscorps in Metz, die Mosellinie aufgeben, über die Maas bei Verdun sich zurückziehen, in Chalons sich mit Mac Mahon und den neu formirten Truppen vereinigen, um mit einer Armee von mehr als 300,000 Mann dem weiteren Vordringen der deutschen Heere einen ehernen Schlagbaum entgegenzusetzen. Am 14. August traten bereits einige Theile der Armee den Rückmarsch an. Kaum wurde dieser Plan von dem deutschen Hauptquartier erkannt, so stellte ihm Moltke einen andern entgegen: die erste Armee sollte auf

dem rechten Moselufer den Feind zurückhalten, die zweite auf der Straße von Metz nach Verdun sich ihm vorlegen, ihn in der Front und in der linken Flanke fassen und seinen Weitermarsch hindern, beide Armeen zusammen sollten in einer Entscheidungsschlacht ihn nach Metz zurückwerfen und von aller Kommunikation mit dem übrigen Frankreich absperren. Das erste wurde am 14. August durch die Schlacht bei Courcelles, das zweite am 16. durch die bei Bionville, das dritte am 18. August durch die bei Gravelotte erreicht. Am 14. August kämpften von der ersten Armee das 7. und 1. Corps und Theile der zweiten Armee gegen 3 französische Corps. Jene waren am Abend im Besitz des größten Theiles des Schlachtfelds, hatten durch diesen Kampf den Abmarsch der französischen Armee um mehr als einen Tag aufgehalten und die Bewegungen der zweiten Armee, welche in Eilmärschen über die Mosel zog und die Straße Metz=Verdun zu erreichen suchte, maskirt. Bazaine beging an diesem Tage einen für ihn verhängnißvollen Fehler. Wenn er ungestört abziehen wollte, durfte er am 14. keinen Kampf annehmen. Am folgenden Tage nahm er den unterbrochenen Rückmarsch auf den beiden südlichen Straßen wieder auf und kam bis Mars la Tour und Doncourt. Er hatte, nach den Verlusten am 6. und 14., noch etwa 200,000 Mann bei sich. Es pressirte ihm auch am 16. nicht. Vielleicht wollte er dem auf der nördlichen, längeren Straße abziehenden Train einigen Vorsprung gewähren. Aber an diesem Tage trat ihm bei Tronville und Rezonville das 3. preussische Corps entgegen, begann um 9 Uhr den Kampf und hielt ihn 6 Stunden lang gegen die feindliche Uebermacht allein aus. Erst gegen 3 Uhr griffen das 9. und 10. Corps, nach 4 Uhr die Spitzen des 7. und 8. in den Kampf ein. Bionville und zuletzt auch Flavigny wurden genommen und nach 12stündigem heißem Ringen der Feind auf die Linie Gravelotte=Bruville zurückgedrängt. Die Verluste beider Theile waren gleich groß. Aber die Deutschen hatten nur 120,000 Mann, die Franzosen 200,000 im Gefecht gehabt, und jene erreichten ihren Zweck, auf der südlichen Straße Metz=Verdun sich festzusetzen und dem Feinde den Weg zu versperren. Somit war es ein Sieg der deutschen Armee und des kommandirenden Prinzen Friedrich Karl. Das 3. Corps hatte durch seine heldenmüthige Ausdauer unvergänglichen Ruhm sich erworben; etwa ein Drittheil seiner Mannschaft lag todt oder verwundet auf dem Schlachtfeld.

Um die völlige Entscheidung herbeizuführen, zog der König von Preußen, welcher für den 18. August den Oberbefehl übernahm, alle verfügbaren Truppen über die Mosel. Es waren 240,000 Mann, darunter 3 noch ganz unberührte Corps. Doch nahmen von den 8 Corps nur 6, höchstens 180,000 Mann an dem Kampfe bei Gravelotte theil; denn das am 16. hart mitgenommene 3. und 10. Corps standen in der Reserve und kamen nicht zum Angriff. Bazaine hatte noch wenigstens 160,000 Mann mit 500 Kanonen und 150 Mitrailleusen. Er konnte am 17. den nördlichen Weg über Briey einschlagen und, da auch hier ihm die deutsche Armee den Weg nach Verdun versperrt hätte, auf einem weiten Bogen über Sedan und Soissons nach Paris sich zurückziehen. Er wollte dies nicht und entschied sich für eine Schlacht. Hierzu ließ er das zur Vertheidigung äußerst günstige Terrain am 17. aufs sorgfältigste herrichten, Schützengräben etagenförmig zwei- und dreifach über einander aufwerfen, die Wälder verhauen, die Gehöfte in kleine Festungen umwandeln. Nach dem Plan des deutschen Hauptquartiers sollte die ganze Armee eine Rechtschwenkung machen, den rechten Flügel des Feindes umfassen, jeden Ausweg ihm unmöglich machen und ihn so in die Festung Metz hineinwerfen. Die Ueberflügelung des Feindes wurde den noch frischen Armeecorps, der Garde und den Sachsen, übertragen, welchen somit die Wegnahme der stark besetzten Dörfer St. Marie und St. Privat zufiel. Sie hatten einen Marsch von 4 Stunden zurückzulegen, um an den Feind heranzukommen. Die andern Truppen sollten, bis diese beiden Corps den Kampf begannen, sich mehr auf ein Artillerief Feuer beschränken. Das Feuer begann gegen 12 Uhr, wo die Avantgarden ins Gefecht kamen, der Kampf schwankte hin und her, die Garde erlitt bei St. Privat, das 7. und 8. Corps auf dem rechten Flügel große Verluste. Erst das Eintreffen der Sachsen vor St. Privat und der Pommern auf dem rechten Flügel entschied die Schlacht. Es war zwischen 7 und 8 Uhr. Die Sachsen und die Garde nahmen nach 8 Uhr St. Privat, das Bollwerk des französischen rechten Flügels, und die Pommern unter Fransecky, welche am Abend des 17. erst in Pont-à-Mousson angelangt waren, stürmten in unwiderstehlichem Anlauf die Höhen von Rozerieulles und sprengten den Feind bis unter die Kanonen des Forts St. Quentin zurück. Bei diesem Angriff auf Rozerieulles war es, daß sich der König persönlich dem

Granatenfeuer aussetzte. 40,000 Tödt und Verwundete hatte beide Theile zusammen dieser 9stündige Kampf gekostet. Bazaine zog in der Nacht seine Armee nach Metz zurück. Dieselbe betrug noch etwa 140,000 Mann; dazu kamen 20,000 Mann Besatzung, eine Einwohnerzahl von mindestens 60,000 und noch etwa 30,000 Menschen, die aus den umliegenden Dörfern sich in die Stadt geflüchtet hatten. Dies gab zusammen 250,000 Menschen, welche sich nun einer engen Einschließung ausgesetzt sahen. Die Frage war, wie lange die Vorräthe ausreichten. Daß sie nicht bedeutend waren, weil die Franzosen sich nur auf einen Offensivkrieg vorgesehen hatten, ist bereits angeführt worden.

Zur Einschließung von Metz erhielt Prinz Friedrich Karl den Oberbefehl über die erste und zweite Armee. Diese Belagerungsarmee bestand aus 7 Armeecorps, dem 1., 2., 3., 7., 8., 9., 10., wozu noch verschiedene Reserve- und Landwehrtruppen hinzukamen, so daß die ganze Armee auf 200 bis 240,000 Mann geschätzt werden kann. Von der früheren zweiten Armee wurde das bei den bisherigen Kämpfen nicht verwendete 4. Corps, die Garde und die Sachsen (das 12. Corps) mit dem größten Theile der Kavallerie ausgeschieden und als ein besonderer Heereskörper, unter dem Namen „Maasarmee“, unter den Oberbefehl des Kronprinzen von Sachsen gestellt. Dieser und der Kronprinz von Preußen sollten von nun an gemeinschaftlich operiren unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen, und ihr nächstes Ziel Chalons, ihr letztes Paris sein. In Chalons hatte Mac Mahon ein neues Heer gesammelt. Er hatte dort das 1., das 5. (Faily), das 7. (Douay), das 12. (Lebrun) Corps und 15,000 Pariser Mobilgarden bei sich, welche letztere sich so unbotmäßig benahmten, daß man sie wieder heim schicken mußte. Kaiser Napoleon war mit seinem Sohne am 17. August dort eingetroffen, nachdem er am 15. mit der Bazainischen Armee von Metz abgezogen war und am 16., dem Tage von Wionville, sich von ihr getrennt hatte, um sich nördlich auf einem Umweg über Etain nach Verdun zu begeben, von wo er nach Chalons zu kommen sich beeilte. Dort erhielt er den Besuch seiner getreuesten Freunde, der Herren Rouher, Ferron David und Granier von Cassagnac, welche ihm das rücksichtslose Benehmen der äußersten Linken schilderten und ihm die Nothwendigkeit eines neuen Staatsstreichs nahe legten. Es wurden Verhaftsbefehle ausfertigt, der Polizeichef Pietri und einige Präfekten

davon unterrichtet. Diese Befehle sollten ausgeführt werden, sobald der längst erwartete Sieg erfochten war. Die Papiere fanden sich nach dem 4. September vor und wurden veröffentlicht. Ueber den weiteren Kriegsplan herrschte aufs neue Zwiespalt. Napoleon hatte sich schon nach dem 6. August nach Paris zurückbegeben wollen, aber durch seine Gemahlin sich abhalten lassen, welche ihn fragte: „Haben Sie an alle Konsequenzen gedacht, welche Ihre Rückkehr nach Paris nach zwei Niederlagen haben wird? Was mich betrifft, so wage ich nicht, die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen.“ Er wiederholte seinen Wunsch von Chalons aus, erhielt aber zur Antwort, er dürfe nicht nach der Hauptstadt kommen und Bazaine mit seinem Heere in Metz eingeschlossen zurücklassen. Zugleich wurde vom Kriegsminister Palikao verlangt, daß Mac Mahon nicht in Chalons bleiben, sondern zum Entsatz Bazaine's nach Norden ziehen solle. Mac Mahon erklärte diesen Plan, Angesichts eines überlegenen Feindes einen so bedenklichen Flankenmarsch vorzunehmen, für eine Thorheit, protestirte gegen die Zumuthung und wollte nach Reims marschiren, um von da über Soissons nach Paris abzuführen. „Nur unter den Wällen von Paris kann meine Armee, wenn sie ausgeruht haben und wieder organisirt sein wird, hoffen, dem Feinde ernstlichen Widerstand zu leisten.“ So zog er am 21. mit dem Kaiser nach Reims. Dort erhielt er vom Ministerrath die dringende Aufforderung, nach Metz zu marschiren. Er fügte sich, wenn auch mit Widerstreben, zog am 24. nach Metz, um bei Stenay über die Maas zu gehen und auf deren rechtem Ufer stromaufwärts gegen Metz zu marschiren. Als er aber in die Nähe von Stenay kam, erfuhr er, daß dieser Ort von den Preußen am 27. schon besetzt sei. Den Abmarsch Mac Mahons von Chalons hatte das deutsche Hauptquartier am 24. in Eigny erfahren. Als bald fand Kriegsrath statt, und sobald man durch die Reiterabtheilungen die Richtung des Zuges erfahren hatte, gieng der Plan dahin, nicht bloß die Vereinigung Mac Mahon's mit Bazaine zu verhindern, sondern ihn in die Alternative zu bringen, sich entweder mit seiner Armee gefangen zu geben oder nach Belgien überzutreten. Mac Mahon hatte etwa 150,000 Mann, der Kronprinz von Preußen das 5., 6. und 11. norddeutsche Corps, die 2 bairischen Corps, die württembergische Division und eine Kavallerie-Division, der Kronprinz von Sachsen die oben angeführten Truppentheile. Aber während



die Deutschen eine unglaubliche Marschfertigkeit entwickelten, um den Gegner zu rechter Zeit und am rechten Ort zu erreichen, zogen die Franzosen langsam gegen die Maas. Der erste Zusammenstoß erfolgte am 27. bei Buzancy, in der Nähe von Stenay, am 29. waren die Gefechte bei Nouart und bei Boncq und am 30. das größere Treffen bei Beaumont. Mac Mahon sah sich nach Sedan zurückgedrängt und dort am 31. August von allen Seiten umschlossen. In der Früh des 1. Septembers begann die Entscheidungsschlacht, in welcher alle deutschen Truppentheile in Tapferkeit und Ausdauer mit einander wetteiferten. Der Kampf der Bayern bei Bazailles, der Sachsen bei Moncelle und Daigny, der Garde bei Sivonne, des 5. und 11. Corps bei Illy und Floing, die Zurückweisung der verzweifelten Reiterangriffe durch die Infanterie-Quarrés gehören zum Großartigsten, was die Kriegsgeschichte kennt. Der Kreis um Sedan schloß sich immer enger, die Stadt wurde bombardirt und brannte an mehreren Orten, ein Durchbruch war nicht mehr möglich. Da erschien gegen 4 Uhr General Lauriston mit einer Ulanenlanze, an welcher ein weißes Tuch befestigt war, in Begleitung eines Trompeters auf der Mauer von Sedan. Die Schlacht war zu Ende. „Sieg! Sieg! Der Kaiser ist da!“ ertönte es rings um die Stadt. Rasch folgten sich nun die welthistorischen Einzelheiten: Die Absendung des Generals Reille von Seiten Napoleons an den König von Preußen mit jenem kurzen Billet: »N'ayant pas pu mourir à la tête de mes troupes je dépose mon épée aux pieds de Votre Majesté«, die Antwort des Königs, daß er die Uebergabe des ganzen Heeres verlange, die Unterhandlungen in Donchery zwischen Bismarck und Moltke einerseits und dem General Wimpffen, der an des verwundeten Mac Mahon Stelle den Oberbefehl übernommen hatte, andererseits, die Zusammenkunft Bismarcks mit Napoleon in dem Arbeiterhaus bei Donchery am Morgen des 2. September, der Abschluß der Kapitulation im Laufe des Vormittags, die Zusammenkunft des Königs mit Napoleon in dem Schloßchen Bellevue, die Abfahrt des gefangenen Kaisers am 3. September und seine Ankunft im Schloß Wilhelmshöhe am 5. Die Trophäen von Sedan waren ungeheuer zahlreich. In der Schlacht waren etwa 28,000 Mann gefangen, 20,000 verwundet oder todt, gegen 5000 waren nach Belgien entflohen. In Folge der Kapitulation geriethen in Gefangenschaft 84,433 Mann, 40 Generale, 230 Stabs-

officiere, 2095 Subalternofficiere (die 500 auf Ehrenwort entlassenen Officiere nicht miteingerechnet). Erbeutet wurden 400 Feldgeschütze, darunter 70 Mitrailleurseifen, 150 Festungsgeschütze, gegen 100,000 Chassepots, 10,000 Pferde und sonstiges zahlreiches Material. Im Zusammenhang mit diesen Kämpfen stand ein Versuch des von Mac Mahon's Marsch unterrichteten Marschalls Bazaine am 31. August und 1. September, nordöstlich von Metz durchzubrechen und sich mit Mac Mahon zu vereinigen. Der Kampf währte den ganzen ersten Tag und die Nacht hindurch und endigte am 1. September mit dem Rückzug Bazaine's nach Metz. In dieser Schlacht bei Noisseville stand das 1. und 9. Corps, ein Theil des 7., und die aus Linie und Landwehr zusammengesetzte Division Kummer im Gefecht. Die Ostpreußen unter General Manteuffel und die Landwehr kämpften ihrer Väter von 1813 würdig.

Da bei der Unterredung zu Donchery am 2. September Napoleon auf die Frage des Grafen Bismarck, ob er zu Friedensverhandlungen geneigt sei, die Antwort gab, daß er als Gefangener nicht mehr in der Lage sei, und ihn an das in Paris bestehende Gouvernement, die Regentin und ihre Minister, verwies, so war es nicht mehr als billig, daß das deutsche Hauptquartier der Madame Eugenie seine Visite machte. Daher erhielten sämtliche Truppen, welche vor Sedan gestanden hatten, die dritte und vierte Armee unter den Kronprinzen von Preußen und von Sachsen, den Befehl, schon am 4. September die Richtung nach Paris einzuschlagen. Der Jubel der Soldaten über diese neue Marschordre war unbeschreiblich. „Sie marschiren nicht mehr, sie laufen wie die Ameisen“, sagte ein Officier. Es waren 8 1/2 Armeecorps: 5 norddeutsche, die Garde, 2 bairische und die württembergische Division. Dieselben marschirten, gemäß dem Moltke'schen Grundsatz: „getrennt marschiren und vereint schlagen“, auf verschiedenen Straßen ihrem Ziele zu. Mit Ausnahme des Unfalls bei Laon am 9. September, wo nach Unterzeichnung der Kapitulation die Citadelle in die Luft gesprengt wurde und über 100 Mann deutscher Truppen, aber auch gegen 400 französische Mobilgardisten getödtet oder verwundet wurden, kamen die deutschen Heere am 19. September glücklich vor Paris an, nahmen die ihnen zum voraus angewiesenen Stellungen ein und hielten die mit Flüchtigen überfüllte Hauptstadt vollständig cernirt und von dem übrigen Frankreich abgeschlossen. Aber das

von Napoleon bezeichnete Gouvernement fanden sie nicht mehr vor, Regentin und Minister waren längst auf der Flucht, und in Paris war die Republik proklamirt. Dort war während der Kämpfe um Metz und um Sedan wiederum ein großartiger Schwindel getrieben worden. Siegesnachrichten wurden verbreitet, und am 19. August, dem Tag nach der Schlacht bei Gravelotte, hatten sogar mehrere Häuser geflaggt. Zwar fehlte es nicht an allerhand unheimlichen Gerüchten. Aber der Kriegsminister Palikao wußte sein Lügensystem lange zu verdecken, und die Presse leistete ihm Beistand. Am 18. August sprachen die Pariser Blätter von viertägigen glorreichen Kämpfen der Rheinarmee gegen zweifach überlegene Streitkräfte, von einer schweren Verwundung des Prinzen Friedrich Karl, welche wohl eine Amputation nach sich ziehen werde, von einem Verlust von 80,000 Mann seitens der Preußen, von einer vollständigen Desorganisation ihrer Armee, von den fortgesetzten Konzentrationsbewegungen Bazaine's, von dem Bombardement Danzigs durch die Ostseeflotte, und verstiegen sich bis zu der Aeußerung: „Nach dem unermesslichen und unbegreiflichen Fehler, den Krieg zu beginnen, ohne darauf vorbereitet zu sein, konnte vielleicht nichts Glücklicheres für unser Land sich ereignen, als daß es zuerst einige Schlappen erlitt. Unsere Niederlagen haben uns gerettet, sie sind, wörtlich genommen, in der gegebenen Lage providentielle Schlappen. Die Vorsehung wollte nicht, daß der Fehler, der unverzeihlich in Betreff der Menschen ist, für das Land nicht wieder gut zu machen wäre. Die Tage des 15. und 16. August werden in goldenen Lettern im militärischen Kalender Frankreichs verzeichnet werden.“ Und das Pariser Hofblatt „le Peuple“ erklärte: „Frankreich wird über den Frieden niemals anderswo als auf dem rechten Rheinufer unterhandeln. Bis dahin Krieg auf's Messer, Krieg im Felde und in der Gasse, Krieg in offener Schlacht und auf allen Wegen und Stegen, Guerillakrieg hinter Hecken und Büschen!“

In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 18. August sprach Palikao seine Genugthuung darüber aus, daß er nur gute Nachrichten mitzutheilen habe. Steinmetz habe solche Verluste erlitten, daß er um einen Waffenstillstand bitten müsse, und das ganze Corps von Kürassieren, welchem Herr v. Bismarck angehöre, sei bis auf den letzten Mann aufgerieben worden. Am 20. August, wo er die verzweifelte Lage in Metz genau kennen

mußte, zeigte er seinen Getreuen eine Depesche über die Schlacht vom 18. August, hütete sich aber, wie seine Vorgänger am 15. Juli bei der preußischen „Note“, sie wörtlich vorzulesen, und gab auf der Tribüne folgende Erklärung ab: „Die Preußen haben das Gerücht in Umlauf gesetzt, daß sie am 18. August Vortheile über unsre Truppen davon getragen hätten. Ich habe soeben das Gegentheil konstatiert. Ich habe mehreren Deputirten eine Depesche mitgetheilt, aus welcher hervorgeht, daß drei preußische Armeecorps sich vereinigt und Marschall Bazaine angegriffen haben, aber daß sie zurückgedrängt und in die Steinbrüche von Saumont geworfen worden sind. Ich spreche Ihnen nicht von kleineren Vortheilen, die unsere Truppen davongetragen haben, und die ohne Bedeutung sind. Was die Arbeiten der Vertheidigung von Paris betrifft, so gehen sie rasch voran. Ein Vertheidigungscomité ist niedergesetzt und in ununterbrochener Thätigkeit.“ Am 22. August erschien im „Moniteur“ eine amtliche Anzeige, welche zum ersten Mal den Schleier ein wenig lüftete. „Da der Regierung in Folge der unterbrochenen telegraphischen Verbindung keine Depesche von der Rheinarmee zugegangen ist, so hat sie Grund anzunehmen, daß Marschall Bazaine mit seinem Plane noch nicht zum Ziele gelangt ist. Die heroische Haltung, welche unsere Soldaten zu verschiedenen Malen gegenüber einem an Zahl überlegenen Feinde zeigten, läßt uns das Gelingen der weiteren Operationen hoffen.“ Jedermann sah diese Mittheilung als das Eingeständniß einer entschiedenen Niederlage an. Um den Eindruck zu schwächen, erklärte Palikao in der Sitzung vom 22., er habe nach Veröffentlichung der Moniteur = Note noch Nachrichten von Bazaine erhalten, doch habe er Gründe, sie nicht mitzutheilen. Damit machte er das Uebel noch größer. In der Sitzung vom 23. gieng es äußerst stürmisch zu. Die Linke warf dem Ministerium vor, daß es das Land unverschämt betrogen habe, wollte wissen, was dasselbe hinsichtlich der Verproviantirung der Hauptstadt gethan habe, und äußerte sich ängstlich über das Schicksal von Paris. Die Rechte lärmte. Da rief ihr Gambetta zu: „Ah, Sie haben keine Angst? Sie, die Sie den Fremden auf den Boden unsres Landes hereingezogen haben?“ Favre verlangte von den Ministern, sie sollten endlich sagen, wie die Kriegslage sei. Chevreau, Minister des Innern, erwiderte: „Das Cabinet hat seit gestern keine officielle Depesche erhalten, und da es keine Nachricht hat, so kann es auch keine

mittheilen.“ Um den Kaiser und die Regentin kümmerte sich bereits niemand mehr. Als der Unterrichtsminister Brame von kaiserlichen Kommissären sprach, schrie die Linke so wüthend auf, daß er, der kaiserliche Minister, sich corrigiren mußte und sagte: „Nun ja, Generalkommissäre!“ In der Sitzung vom 24. August, in welcher Palikao offen von den 40,000 Gewehren sprach, die die Regierung in England angekauft habe, erklärte Chevreau den neugierigen Abgeordneten, es seien keine Depeschen von Bazaine eingelaufen, und als jene weiter fragten, warum denn? so erwiderte er, das wisse er nicht; der Herr Marschall werde wohl zu beschäftigt sein, um Zeit zum Depeschenschreiben zu haben. Und Palikao wagte es, noch am 26. August der Kammer folgenden Unsinn aufzutischen: „er wisse wenig über die Lage der französischen Armee, und dieses Wenige werde er nicht sagen; aber wenn er auch viel wüßte, würde er doch nicht mehr sagen.“ Ueber die Stellung der preußischen Armee sagte er: „Die Preußen verbreiten sich über viele Punkte, um glauben zu machen, daß sie Herren von mehr Terrain seien, als sie in Wirklichkeit occupirten, aber selbst, wenn er durch Zufall wüßte, wo die preußische Armee stehe, würde er es doch nicht sagen, da er nicht wollte, daß Mac Mahon von jener Mittheilung erfahre, weil dieses vielleicht denselben in seinen Operationsplänen stören könnte.“ Die Furcht vor dem Anmarsch der Preußen war trotz der scheinbaren Zuversicht der Minister so groß, daß die meisten wohlhabenden Familien Paris verließen und sich ins Ausland begaben. Die Spionerie wurde immer toller. Ein Befehl des Gouverneurs Trochu vom 28. August wies nicht bloß die existenzlosen, sondern geradezu sämtliche Deutsche aus Paris, nachdem schon der frühere Befehl Chevreau's mit erbarmungswürdiger „Mäßigung“ ausgeführt worden war. Zur größeren Sicherung der Hauptstadt wurden möglichst viele Pompiers aus den Provinzen nach Paris gezogen. Die Bildung von Freicorps wurde gestattet, dem Wunsche der Kammer, einige Senatoren und Abgeordnete dem Vertheidigungskomitee beizugeben, endlich entsprochen und auch Thiers dazu auserwählt, und am 28. August ein neugebildetes Corps unter dem General Vinoy dem Marschall Mac Mahon von Paris aus zur Verstärkung geschickt. Dasselbe kam aber zu spät an.

Die Regierung trieb ihr Lügensystem bis zum Nachmittag des 3. September fort. Da gieng es nicht mehr, und nun geschah, was

unter solchen Umständen geschehen mußte: es gab einen kolossalen Krach. Aber natürlich mit der vollen Wahrheit rückte Palikao auch jetzt noch nicht heraus. In der Sitzung vom 3. erklärte er, die Lage sei eine sehr schlimme. Bazaine sei auf Metz zurückgeworfen und dort eingeschlossen. Die Armee des Marschalls Mac Mahon sei in zwei Theile zerrissen worden, die eine Hälfte der Armee befände sich zu Mezières, die andere zu Sedan. Am Abend unterzeichneten die Minister eine Proklamation an das französische Volk, worin sie die Katastrophe von Sedan mittheilten und an den Patriotismus und die Energie Frankreichs appellirten. In der Nacht vom 3. auf den 4. September um 1 Uhr war eine Sitzung des gesetzgebenden Körpers. Nach Eröffnung derselben bestieg Palikao die Tribune und verkündigte die große Neuigkeit: „Nach drei Tagen heldenmüthiger Kämpfe ist unsere Armee auf Sedan zurückgedrängt und dort von so überlegenen Streitkräften eingeschlossen worden, daß sie capituliren mußte. Der Kaiser ist zum Gefangenen gemacht worden.“ Darauf schlug er der Kammer vor, die Berathung zu vertagen. Der Präsident sprach von einer Nachmittagsitzung. Favre legte vor dem Auseinandergehen der Versammlung den Antrag auf dem Bureau nieder, daß Louis Napoleon und seine Dynastie der von der Verfassung ihnen übertragenen Befugnisse verlustig erklärt, eine Kommission des gesetzgebenden Körpers mit den Rechten der Regierung und mit der Aufgabe, die Vertheidigung bis zum Aeußersten fortzusetzen und den Feind zu vertreiben, betraut, und Trochu als Generalgouverneur von Paris bestätigt werden solle. Kein einziger Abgeordneter, auch nicht die extremsten Bonapartisten, wagte gegen diesen Antrag ein Wort zu sagen oder auch nur leise zu murren. In tiefstem Schweigen trennte sich die Versammlung. Draußen tobte bereits die Menge und rief: „Absezung! Absezung! Es lebe die Republik!“ Die Todesstunde der napoleonischen Dynastie hatte geschlagen. Nachmittags 1 Uhr kam der gesetzgebende Körper wieder zusammen. Palikao legte folgenden von der Regentin unterzeichneten Gesetzentwurf vor: „Ein Conseil der Regierung und Nationalvertheidigung, aus 5 Mitgliedern bestehend, wird vom gesetzgebenden Körper ernannt. Die Minister werden unter Gegenzeichnung dieses Conseils ernannt. Herr v. Palikao wird zum Generalstatthalter beim Conseil ernannt.“ Dieser Entwurf erregte das Staunen vieler Mitglieder. Favre erinnerte an seinen in dieser

Nacht vorgelegten Absehungsantrag, und Thiers brachte einen neuen Entwurf ein: „Die Kammer ernennt eine Kommission für die Regierung und die Nationalvertheidigung. Eine Constituante wird, sobald die Ereignisse es gestatten, einberufen werden.“ Die Kammer beschloß die Dringlichkeit aller drei Anträge und die Ueberweisung derselben an eine und dieselbe Kommission. Dieselbe sollte sich über die Bildung eines Regierungs- und Vertheidigungsausschusses alsbald berathen und Abends 5 Uhr der Kammer Bericht erstatten. Einstweilen wurde die Sitzung suspendirt. Als sie wieder beginnen sollte, waren die Tribünen und bald auch der Saal von Arbeitern und Soldaten angefüllt, welche unaufhörlich riefen: „Es lebe die Republik! Absehung!“ Den Mitgliedern der Rechten, welche sich ihres kaiserlichen Ursprungs erinnerten, kam es in dieser Gesellschaft schwül vor, und sie entfernten sich nebst den Ministern. Präsident Schneider hob die Sitzung auf. Niemand konnte sich Gehör verschaffen. Kaum konnte Gambetta die Thronentsetzung Napoleons und seiner Familie auf ewige Zeiten proklamiren. Darauf ertönte der Ruf: „Zum Stadthause!“ Von Tausenden begleitet, begaben sich die Abgeordneten der Linken dahin und fanden es umringt von einer unermesslichen Volksmenge. Alles drängte sich in das Innere des Hauses. Die Abgeordneten beriethen sich über die Namen derjenigen Personen, welche die provisorische Regierung bilden sollten, und nannten der Einfachheit wegen sich selbst. Diese Liste wurde dem Volke zur Bestätigung vorgelesen und erhielt dessen Beifall. Doch vermißte es den Namen Rochefort's und verlangte, daß auch dessen Name auf die Liste gesetzt werde. Die neuen Regierungsherren waren gleich dazu bereit, und so wurde Rochefort aus dem Gefängniß St. Pelagie in einem Triumphzug nach dem Stadthaus gebracht. Die Tuilerien wurden von den Nationalgardisten und Mobilgardisten besetzt. Die Truppen leisteten nirgends Widerstand, sondern fraternisirten mit dem Volke. Die Kaiserin hatte schon um 1 Uhr Nachmittags die Tuilerien verlassen, kam, von Madame Le Breton und einem der diensttuenden Hofbeamten begleitet, glücklich zur Stadt hinaus, erreichte am 7. September den kleinen Hafenplatz Deauville und schiffte sich am andern Tage nach England ein. Dort traf sie mit ihrem Sohne, welcher sich vor der Katastrophe von Sedan von seinem Vater getrennt und über Belgien sich nach England begeben hatte, zusammen. Sie nahmen vom 24. September

an ihre Wohnung in Ghislehurst, in der Nähe von London. Dies war nun seit dem Jahre 1830 die dritte Dynastie, welche von Frankreich aus über den Kanal gewandert war.

Die provisorische Regierung oder, wie ihr officieller Name lautete, die Regierung der nationalen Vertheidigung bestand aus sämtlichen Abgeordneten von Paris, mit Ausnahme Thiers, der die ihm gemachten Anträge nicht annahm. Es waren folgende Mitglieder: Favre, Simon, Picard, Pelletan, Cremieux, Ferry, Glais-Bizoin, Gambetta, Rochefort, Emanuel Arago, Garnier-Pagès, wozu noch Trochu hinzukam. Letzterer führte das Präsidium der Regierung, Favre war Vicepräsident. Abends 8 Uhr fand noch eine letzte Sitzung des gesetzgebenden Körpers unter dem improvisirten Präsidium Thiers' statt, an welcher Favre und Simon theilnahmen. Es sollte das Verhältniß zwischen der Kammer und der neuen Regierung festgestellt werden. Mehrere Mitglieder protestirten gegen die Namen der neuen Regenten, aber Thiers beschwor jene, Frankreich nicht das Beispiel der Uneinigkeit zu geben, und ermahnte sie, sich mit Würde zurückzuziehen, die Regierung weder anerkennend noch bekämpfend. Darauf gieng die Versammlung auseinander, und die Bureaux wurden auf Befehl der provisorischen Regierung versiegelt. Da aber diese Regierung ihr Mandat nur von sich selbst und von der für die Republik längst bearbeiteten Masse des Pariser Volkes hatte, so war sie keine legale und war es so lange nicht, bis sie von einer rechtmäßig gewählten konstituierenden Nationalversammlung bestätigt war. Das Ausland konnte sie als eine thatsächliche, nicht als eine officielle Regierung anerkennen; ihre Minister waren genau genommen nichts weiter als Privatleute. Dies mußte für etwaige Verhandlungen mit dem deutschen Hauptquartier Schwierigkeiten nach sich ziehen. Das Ministerium wurde folgendermaßen zusammengesetzt: Trochu war Präsident und zugleich, wie bisher, Generalgouverneur von Paris, Favre übernahm das Aeußere, Gambetta das Innere, Cremieux die Justiz, General Leslo den Krieg, Viceadmiral Fourichon die Marine, Picard die Finanzen, Simon den Kultus und Unterricht, Dorian die öffentlichen Arbeiten, Magnin den Ackerbau und Handel. Etienne Arago wurde zum Maire von Paris, Keratry zum Polizeipräfekten ernannt. Am 5. September erschien eine Proklamation an das französische Volk, welche diesem die Umwandlung des Kaiserthums in eine Republik verkündigte, und



dieser folgte eine Flut von Dekreten und Proklamationen. Der gesetzgebende Körper wurde aufgelöst, der Senat abgeschafft, die Fabrikation und der Verkauf von Waffen völlig freigegeben, der Zeitungsstempel aufgehoben, 30 neue Präfekten ernannt, und allen Deutschen, unter Androhung kriegsrechtlicher Behandlung, befohlen, binnen 24 Stunden die Departements der Seine und der Dife zu verlassen. Durch ein Dekret vom 8. September wurde die Wahl einer konstituierenden Versammlung für ganz Frankreich auf den 16. Oktober ausgeschrieben. Ein späteres Dekret setzte sie auf den 2. Oktober fest. Starke Abtheilungen Mobilgardisten, gegen 50000 Mann, kamen aus der Provinz nach Paris, General Binoy langte mit seinem Armeecorps gleichfalls dort an. Auch die Prinzen von Orleans, Anmale, Soynville und Chartres, fanden sich am 6. September in Paris ein, um der Regierung der nationalen Vertheidigung ihre Dienste anzubieten. Aber sie wurden aufs dringendste ersucht, Paris sogleich zu verlassen.

Favre, als Minister des Auswärtigen, richtete am 6. September ein Rundschreiben an die diplomatischen Agenten Frankreichs im Ausland, worin er behauptete, daß die neue Regierung nichts als den Frieden wolle, aber, falls der Krieg gegen Frankreich fortgesetzt werde, ihre Pflicht bis zur Noth thun werde. Die Linke habe den Krieg laut verdammt und stets verlangt, daß man Deutschland Herr seiner Geschicke sein lasse. Der König von Preußen seinerseits habe erklärt, daß er nicht gegen Frankreich, sondern gegen die kaiserliche Dynastie Krieg führe. Die Dynastie sei gefallen, die Republik proklamirt, ob nun dennoch der König von Preußen der Welt des 19. Jahrhunderts das grausame Schauspiel zweier gegenseitig sich vernichtenden Nationen geben wolle? „Es steht ihm frei, diese Verantwortlichkeit vor der Welt und der Geschichte zu übernehmen. Wenn dies eine Herausforderung ist, wir nehmen sie an. Wir werden nicht einen Fuß breit Landes, nicht einen Stein von unsren Festungen abtreten. Ein schimpflicher Friede wäre ein Vernichtungskrieg in kurzer Frist. Wir werden nur wegen eines dauerhaften Friedens unterhandeln. Hier ist unser Interesse dasjenige von ganz Europa, und wir haben Grund zu hoffen, daß, befreit von jeder dynastischen Sorge, die Frage in dieser Weise in den Kabinetten sich stellen werde. Aber auch wenn wir allein bleiben sollten, werden wir nicht ermatten. Wir haben eine entschlossene Armee, wohlversehene

Fortis, einen wohl eingerichteten Befestigungsgürtel, hauptsächlich aber eine Brustwehr von 300,000 Kriegern, die entschlossen sind, bis zum letzten Mann auszuharren. Nach den Forts kommen die Wälle, nach den Wällen die Barrikaden! Paris kann sich drei Monate halten und siegen; wenn es unterläge, würde Frankreich auf seinen Appell bereit sein und es rächen. Dieses würde den Kampf fortsetzen, und der Angreifer dabei zu Grunde gehen". Hätte Favre, bevor er sein mit Unwahrheiten und Aufschneidereien reich gespicktes Rundschreiben schrieb, die in demselben angeführte Proklamation des Königs von Preußen vom 11. August gelesen, so hätte er gefunden, daß derselbe nicht gesagt hat: „Ich führe nicht gegen Frankreich, sondern gegen die kaiserliche Dynastie Krieg,“ sondern: „Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs“. Das ist zweierlei. Als Advokat hätte Favre den Unterschied begreifen, als auswärtiger Minister den Wortlaut kennen sollen. Er mochte selbst erkennen, vielleicht auch von wohlwollenden fremden Diplomaten, die sich ja des republikanischen Frankreichs so liebevoll annahmen, darauf aufmerksam gemacht worden sein, daß zwischen dem Plaidoyer eines Advokaten und einem diplomatischen Rundschreiben ein Unterschied sei, und daß es sich etwas sonderbar ausnehme, wenn er dem König von Preußen, dem Repräsentanten von ganz Deutschland, welcher zum Kriege gezwungen worden war und die glotreichsten Siege erfochten hatte, sage, er könne jetzt mit seinen Soldaten wieder heimgehen. Er verfaßte deshalb am 17. September ein zweites Rundschreiben an seine Gesandten im Ausland, welches ein klein bißchen vernünftiger lautete. In demselben erkannte er an, daß die Franzosen, welche die von ihnen geduldete Regierung den Krieg anfangen ließen, auch verpflichtet seien, das Unrecht wieder gut zu machen, das die frühere Regierung angerichtet habe; aber, sagte er weiter, wenn Preußen sein militärisches Uebergewicht und das Unglück Frankreichs zu dessen Vernichtung benutzen wolle, dann werde die durch eine freigewählte Versammlung ordnungsmäßig vertretene Nation verzweifelt Widerstand leisten.

Indem Favre den fremden Kabinetten, deren „Sympathien uns trösten und ehren“, Frankreich als ein so sanftes, friedfertiges Lamm hinstellte, Preußen als vom Sieg „exaltirt“ bezeichnete und immer noch von unannehmbaren Friedensbedingungen sprach, wollte er

offenbar wenigstens eine moralische Intervention des Auslandes herbeiführen. An salbungsvollen Zwiegesprächen und Depeschen ließen es auch die Neutralen, besonders die Engländer, nicht fehlen. Um so fester behauptete das deutsche Hauptquartier seinen Standpunkt. Dasselbe befand sich am 5. September in Reims, am 15. in Meaux. Gegenüber der republikanischen Regierung und denjenigen neutralen Mächten, welche die Ueberzeugung heuchelten, daß mit dem Sturze des Kaiserreiches jede Veranlassung zu weiterer Kriegsführung geschwunden sei, und daß die deutschen Heere sogleich wieder über den Rhein zurückkehren sollten, richtete Graf Bismarck zwei Erlasse an die Vertreter des norddeutschen Bundes bei den neutralen Staaten. Der erste ist von Reims den 13. September datirt und hebt hervor, daß Frankreich weit nicht so unschuldig an dem Kriege sei als Favre und seine Kollegen es darstellen wollen; denn „die der Einstimmigkeit nahe Mehrheit der Volksvertretung, des Senats und der Organe der öffentlichen Meinung in der Presse habe den Eroberungskrieg gegen uns so laut und nachdrücklich gefordert, daß der Muth zum Widerspruch den isolirten Freunden des Friedens fehlte, und daß der Kaiser Napoleon keine Unwahrheit gesagt haben dürfte, wenn er noch heute behauptet, daß der Stand der öffentlichen Meinung ihn zum Kriege gezwungen habe. Angesichts dieser Thatsache dürfen wir unsere Garantien nicht in französischen Stimmungen suchen. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß wir uns in Folge dieses Krieges auf einen baldigen neuen Angriff von Frankreich und nicht auf einen dauerhaften Frieden gefaßt machen müssen, und daß ganz unabhängig von den Bedingungen, welche wir etwa an Frankreich stellen möchten. Es ist die Niederlage an sich, es ist unsere siegreiche Abwehr ihres frevelhaften Angriffs, welche die französische Nation uns nie verzeihen wird. Wenn wir jetzt, ohne alle Gebietsabtretung, ohne jede Kontribution, ohne irgend welche Vortheile als den Ruhm unsrer Waffen aus Frankreich abzögen, so würde doch der Haß, dieselbe Rachsucht wegen der verletzten Eitelkeit und Herrschsucht in der französischen Nation zurückbleiben, und sie würde nur auf den Tag warten, wo sie hoffen dürfte, diese Gefühle mit Erfolg zur That zu machen“. Die neutralen Kabinette erinnerte er daran, daß Deutschland allein sich habe Frankreichs erwehren müssen, nur auf seine eigene Kraft und seine eigenen Hilfsmittel angewiesen. „Eine solche Anstrengung, wie die heutige, darf der deutschen

Nation nicht dauernd von neuem angefohnen werden; und wir sind daher gezwungen, materielle Bürgschaften für die Sicherheit Deutschlands gegen Frankreichs künftige Angriffe zu erstreben, Bürgschaften zugleich für den europäischen Frieden, der von Deutschland eine Störung nicht zu befürchten hat. Diese Bürgschaften haben wir nicht von einer vorübergehenden Regierung Frankreichs, sondern von der französischen Nation zu fordern, welche gezeigt hat, daß sie jeder Herrschaft in den Krieg gegen uns zu folgen bereit ist, wie die Reihe der seit Jahrhunderten von Frankreich gegen Deutschland geführten Angriffskriege unwiderleglich darthut. Wir können deshalb unsere Forderungen für den Frieden lediglich darauf richten, für Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche und namentlich die bisher schutzlose süddeutsche Grenze dadurch zu erschweren, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurückzulegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen“.

Auf die Nachricht von dem Rundschreiben Favres vom 6. September und von der Mission des Herrn Thiers an einige auswärtige Höfe schrieb Graf Bismarck am 16. September von Meaux aus einen zweiten Erlaß an die diplomatischen Vertreter, worin er den Neutralen ihre „Grausamkeit“ gegen die französische Nation vorhielt, sofern sie zuließen, daß die Pariser Regierung im Volke unerfüllbare Hoffnungen auf Intervention nähre und dadurch den Kampf verlängere. Frankreich werde dem nutzlosen Widerstand bald ein Ende machen, sobald es die Gewißheit habe, daß es in diesem Kriege von keiner fremden Macht irgend etwas erwarten dürfe. Wenn also der Krieg sich noch länger hinausziehe, so treffe die Neutralen ein ziemlicher Theil der Schuld. Das deutsche Hauptquartier stelle keine willkürlichen Forderungen, sondern habe die ganze deutsche Nation hinter sich. „Die einmüthige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes verlangt, daß Deutschland gegen die Bedrohungen und Vergewaltigungen, welche von allen französischen Regierungen seit Jahrhunderten gegen uns geübt wurden, durch bessere Grenzen als bisher geschützt werde. So lange Frankreich im Besiz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Defensivstrategie stärker als unsre Defensivstrategie bezüglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland. Straß-

burg ist, im Besitze Frankreichs, eine stets offene Ausfallpforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitze gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter. Von Deutschland ist keine Störung des europäischen Friedens zu befürchten“. Diese beiden Erlasse des Grafen Bismarck waren dem deutschen Volke aus dem Herzen gesprochen. In der zweiten Hälfte des August und in der ersten Hälfte des September wurden in unzähligen Städten Deutschlands, im Norden und im Süden, Versammlungen gehalten. Der Berliner Aufruf an das deutsche Volk und die ihm beigelegte Adresse an den König von Preußen erhielten in wenigen Tagen viele tausend Unterschriften. In diesen beiden Schriftstücken wurde jede Einmischung des Auslands, uns um die Früchte unsrer Siege, wie in den Jahren 1814 und 1815, zu bringen, energisch zurückgewiesen, dem König die Kräfte der Nation bis zur völligen Erreichung des Zieles freudig zur Verfügung gestellt und als einzig mögliches Ziel ein einiges Reich und geschützte Grenzen bezeichnet. In Süddeutschland namentlich drang die nationale Partei und die Mehrheit des Volkes entschieden auf Anschluß an den norddeutschen Bund und Gründung eines deutschen Reiches. „Wir haben den Krieg mit Frankreich allein zu führen gehabt; also wollen wir auch allein den Frieden mit Frankreich schließen“, lautete die einfache und kurze Erwägung der deutschen Nation, an welche sich noch der Entschluß knüpfte, künftigen Angriffen dadurch vorzubeugen oder sie unschädlicher zu machen, daß Elsaß und Deutsch-Lothringen mit Straßburg und Metz an Deutschland falle und ein einiges Reich vom Meer bis zu den Alpen gegründet werde.

Bevor diese Kundgebungen des deutschen Volkes und die Erlasse des Grafen Bismarck zur Kenntniß der provisorischen Regierung in Paris kamen, ließ Favre durch Vermittlung der englischen Regierung bei Bismarck anfragen, ob derselbe bereit sei, ihn zu Besprechungen im Hauptquartier des Königs zu empfangen. Das Hauptquartier befand sich seit dem 18. September in dem Rothschild'schen Schlosse Ferridres bei Lagny. Favre kam, nachdem Bismarck ihm, gleichfalls durch englische Vermittlung, eine zusagende Antwort erteilt hatte, am 19. in Lagny an und hatte an diesem und dem folgenden Tage drei Unterredungen mit Bismarck. Dabei handelte es sich zunächst um Feststellung der Vorbedingungen für den Abschluß eines Waffenstillstandes. Derselbe sollte der Pariser

Regierung Gelegenheit geben, die Wahlen zur konstituierenden Versammlung in ganz Frankreich vornehmen zu lassen, von welcher eine rechtmäßige Regierung eingesetzt würde, mit der Deutschland einen völkerrechtlichen Frieden abschließen könnte. Die Friedensbedingungen wurden nur heiläufig erwähnt. Graf Bismarck erklärte Herrn Favre als sein Ultimatum, ein Waffenstillstand von 14 bis 21 Tagen zum Behuf einer Wahl der Nationalversammlung solle unter folgenden Bedingungen bewilligt werden: „1. in und vor Paris sei der militärische status quo aufrecht zu erhalten; 2. in und vor Metz sollen die Feindseligkeiten innerhalb eines bestimmten Umkreises fortdauern; 3. die Festungen Straßburg, Toul und Bitsch haben sich zu ergeben, die erstere mit Kriegsgefangenschaft der Besatzung, die beiden letzteren mit freiem Abzug derselben.“ Da Favre während der Unterredung jede Gebietsabtretung für unannehmbar erklärte und das deutsche Hauptquartier mit einer Geldsumme abspeisen wollte, so lag die Resultatlosigkeit der Zusammenkunft auf der Hand. Favre, welcher am 20. wieder nach Paris zurückkehrte, theilte daher am 21. dem Grafen Bismarck mit, daß die Regierung die Waffenstillstandsbedingungen nicht annehme. Es blieb vor der Hand bei dem Favre'schen Programm: „kein Fuß breit Land und kein Stein von den Festungen“, und so lange Frankreich dabei blieb, konnte von einem Frieden keine Rede sein. Denn es täuschte sich sehr, wenn es glaubte, daß Deutschland, welches in so vielen unglücklichen Kriegen Tausende von Quadratmeilen hatte an Frankreich abtreten müssen, nun, nachdem es durch einen ungeheuren Aufwand von Kraft den Sieg an seine Fahnen gefesselt, nicht einen Theil dieses abgetretenen Gebietes, wenigstens soweit er zum deutschen Sprachgebiet gehörte oder schlechterdings für unsre Defensivstellung nothwendig war, als erste Bedingung beim Friedensschluß zurückverlangen werde. Wenn die neuen Regenten von Frankreich im September von der Unmöglichkeit einer Gebietsabtretung sprachen, so blieb Deutschland nichts anderes übrig als den Krieg so lange fortzusetzen und seine Siege soweit auszubeuten, bis jene begriffen, daß die französische Nation die Konsequenzen eines Krieges sich ebenso gefallen lassen müsse wie jede andere. In dem deutschen Hauptquartier gab es Gottlob nicht jene Sorte von gutmüthigen Schwärmern, welche an das von Viktor Hugo verkündigte Dogma von der Heiligkeit des französischen Bodens und besonders der Stadt Paris glaubte. Favre sandte am

21. September seinen Kollegen in der provisorischen Regierung einen langen Bericht voll Unrichtigkeiten und Ueberschwenglichkeiten über seine Unterredung mit dem Grafen Bismarck, welche letzterer in seiner Cirkulardepesche vom 27. auf den Standpunkt der Wahrheit und der Prosa zurückführte. Die sogenannte Außenregierung, welche, da die Regierung von Paris durch die Einschließung von dem Verkehr mit dem übrigen Frankreich abgeschlossen wurde, schon seit dem 13. September in Tours eingerichtet war und zunächst aus Cremieux, Glaz-Vizoin und Fourichon bestand, erließ auf den Favre'schen Bericht hin eine Proklamation, in welcher es hieß: „Wir wissen nun, was Preußen beabsichtigt. Es will den Krieg fortsetzen und Frankreich auf den Stand einer Macht zweiten Ranges herabdrücken. Paris wird sich eher unter seinen Trümmern begraben lassen. Auf so unverschämte Ansprüche antwortet man nur durch den Kampf aufs Aeußerste“. Darauf erwiderte Graf Bismarck mit einer neuen Cirkulardepesche vom 1. Oktober, worin er die Lächerlichkeit nachwies, daß Frankreich durch Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen zu einer Macht zweiten Rangs herabgedrückt werden solle, da es doch nach dem Censur von 1866, ohne Algerien, über 38, mit Algerien, welches gegenwärtig ja einen wesentlichen Theil der französischen Streitkräfte liefere, 42 Millionen Einwohner zähle und durch Abtretung jenes Gebiets nicht mehr als  $\frac{3}{4}$  Millionen Einwohner verliere. Vergebens suchte Favre durch sein Rundschreiben vom 18. Oktober den Eindruck der Bismarck'schen Depeschen abzuschwächen. Graf Bismarck ließ daselbe unbeantwortet. Dagegen lehnte er in einer Denkschrift vom 4. Oktober jede Verantwortung für die voraussichtlich selbst nach einer Kapitulation eintretende Hungersnoth in Paris vom deutschen Hauptquartier ab und erklärte, daß die französischen Machthaber, welche diese Konsequenzen ebenso klar übersehen müssen wie die deutsche Armeeführung, allein für die Folgen verantwortlich seien, falls sie es durch Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen bis zu jenen Extremen kommen lassen. Das naive Begehren Favre's und des in Paris zurückgebliebenen diplomatischen Corps, wonach sie, um Paris zeitig zu verlassen, von einem Bombardement der Stadt vorher benachrichtigt werden sollten und außerdem wöchentlich für diplomatische Zwecke einen Kurier abzuschicken wünschten, beantwortete Graf Bismarck am 26. September damit, daß er die erste Bitte aus militärischen Gründen

abschluss und die Gewährung der zweiten auf Beförderung offener Briefe diplomatischer Agenten beschränkte, da er die Ansicht derjenigen nicht als begründet anzuerkennen vermöge, welche das Innere belagerter Festungswerke für einen geeigneten Mittelpunkt diplomatischen Verkehrs halten sollten.

Inzwischen behielten die militärischen Verhältnisse ihren bisherigen Charakter. Die Erfolge der deutschen Heere wurden von Tag zu Tag bedeutender. Die beiden Festungen Toul und Straßburg, in deren Uebergabe Favre und seine Kollegen nicht eingewilligt hatten, kapitulirten am 23. und 28. September. Dadurch wurde die Straße, welche von Straßburg über Nancy und Toul nach Paris führt, für den Verkehr Deutschlands mit dem Hauptquartier frei, und die vor Straßburg liegenden Belagerungstruppen wurden für andere Zwecke verfügbar. Dieselben, aus badischen und preussischen Truppen bestehend, wurden in den folgenden Wochen durch preussische Reservedivisionen bedeutend verstärkt. Sie bildeten nun das 14. Armeecorps und standen unter dem Kommando des Generals Werder. Während einzelne Truppenabtheilungen das obere Elsaß in Besitz nahmen, am 24. Oktober die Festung Schlettstadt, am 10. November die Festung Neu-Breisach zur Kapitulation zwangen, und die starke Festung Belfort, den südlichen Schlüssel der Vogesen, vom 3. November an eernirt hielten, drang General Werder unter fortwährenden Kämpfen gegen Epinal, Besoul, Dijon vor, nahm letztere Stadt am 31. Oktober, schlug den republikanischen Freibeuter Garibaldi, welcher am 9. Oktober in Tours angekommen und von der dortigen Regierung zum Oberbefehlshaber sämtlicher irregulären Streitkräfte Frankreichs ernannt worden war, am 26. und 27. November bei Passques nach Autun zurück und die unter General Cremer von Lyon aus vorbrechenden Franzosen am 18. December bei Nuits. Zu gleicher Zeit warf General v. d. Goltz am 16. December ein französisches Corps von 6000 Mann in die Festung Langres zurück und überaschte am 20. die bei Langres stehenden Streitkräfte und zersprengte sie. Auf die Nachricht, daß General Bourbaki von der Loirearmee sich getrennt habe und mit bedeutenden Streitkräften von Nevers aus gegen die Vogesen ziehe, räumte General Werder am 27. December Dijon und concentrirte seine Truppen am 29. bei Besoul, um die Straße nach Nancy und die Vogesenpässe zu bewachen und zugleich eine Entsezung Belforts zu verhindern.



Das wichtigste Ereigniß für die Kriegsführung während des Herbstes war die am 27. Oktober erfolgte Kapitulation von Metz. Nach dem unglücklichen Tage von Noisseville machte Bazaine noch mehrere Ausfallsversuche, wurde aber jedesmal zurückgewiesen. Mit der Verpflegung wurde es von Tag zu Tag schlechter. Es fehlte an Trinkwasser, an Mehl und Fleisch, und in der überfüllten Stadt stellten sich ansteckende Krankheiten ein. Daher schickte er, mit ausdrücklicher Erlaubniß des Prinzen Friedrich Karl, den General Boyer, seinen Adjutanten, nach Versailles, wohin das königliche Hauptquartier am 5. Oktober verlegt worden war. Am 14. Oktober machte derselbe dem Grafen Bismarck den Antrag, daß Bazaine für sich und seine Armee, aber nicht für die Festung und die Besatzung kapituliren wolle. Da es dem Hauptquartier weniger um die Kriegsgefangenschaft der ausgehungerten Armee, als um den Besitz der Festung Metz zu thun war, so wurde der Antrag abgelehnt und auf der Kapitulation der ganzen Armee samt der Festung bestanden. Wenige Tage nachher stand es in Metz so, daß nichts anderes übrig blieb, als auf die Forderungen des deutschen Hauptquartiers einzugehen. Durch Vermittlung des Generals Changanier wurden die Unterhandlungen eingeleitet und in der Frühe des 27. zum Abschluß gebracht. 3 Marschälle (Bazaine, Leboeuf, Canrobert), 6000 Officiere, gegen 173,000 Mann wurden zu Kriegsgefangenen gemacht, so daß die Gesamtzahl der in Deutschland befindlichen französischen Gefangenen damals bereits etwa 320,000 betrug. Erbeutet wurden 73 Adler, 102 Mitrailleusen, 541 Feldgeschütze, 800 Festungsgeschütze, 300,000 Gewehre und eine Menge sonstiger Kriegsvorräthe. Sofort wurden die Forts von deutschen Truppen besetzt, und der Präfekt von Deutsch-Lothringen, Graf Hencdel von Donnersmark, welcher indessen seinen Sitz in Saargemünd gehabt hatte, siedelte in das Präfekturgebäude in Metz über. Ebenso hatte nach der Einnahme von Straßburg der Präfekt vom Elsaß, Graf Bismarck-Bohlen, seinen Sitz von Hagenau nach Straßburg verlegt. Auf die Nachricht von der Kapitulation von Metz ernannte der König am 28. Oktober seinen Sohn, den Kronprinzen, und seinen Neffen, den Prinzen Friedrich Karl, zu Feldmarschällen, welche Würde seit dem Bestehen des brandenburgisch-preußischen Königshauses noch kein Prinz dieses Hauses bekleidet hatte. General Moltke, welcher am 26. Oktober das 70. Lebensjahr vollendet hatte, wurde

am 28. Oktober in den Grafenstand erhoben und an die Soldaten der verbündeten Armeen ein Armeebefehl erlassen, worin der königliche Oberbefehlshaber ihnen allen, vom General bis zum Soldaten, seinen Dank und seine Anerkennung aussprach für den Beweis von militärischer Zucht und Tapferkeit, die sie in diesen drei ersten bedeutungsvollen Monaten des Krieges an den Tag gelegt hatten.“

Die Kapitulation von Metz kam zu sehr gelegener Stunde; denn man brauchte die dort zurückgehaltenen Armeecorps höchst nothwendig an verschiedenen Punkten, am meisten an der Loire. Das Kommando der ersten Armee, welches bei Beginn des Krieges General v. Steinmetz inne gehabt hatte, war während der Belagerung aufgelöst und dieser General durch königlichen Befehl zum Generalgouverneur von Posen ernannt, sein Kommando einstweilen dem Prinzen Friedrich Karl übertragen worden. Nach dem Fall von Metz ergab sich die Theilung der Belagerungsarmee in eine erste und zweite Armee von selbst; jene, welche unter den Befehl des Generals v. Manteuffel gestellt wurde, bestand aus dem 1., 7. und 8. Corps; diese, welche von Prinz Friedrich Karl befehligt wurde, umfaßte das 3., 9. und 10. Corps. Das 2. Corps zog zur Verstärkung der Armee des Kronprinzen von Preußen vor Paris. Zur Befreiung der Hauptstadt setzte die Regierung in Tours alles in Bewegung. Dort war der fanatischste von allen Ministern der provisorischen Regierung, der Minister des Innern, Gambetta, angekommen, nachdem er Paris in einem Luftballon verlassen hatte. Sein Zweck war, theils Differenzen, welche zwischen den Regierungen von Paris und von Tours wegen der Wahlen zur Nationalversammlung ausgebrochen waren, zu schlichten, theils die Organisation neuer Armeen zur Befreiung der Hauptstadt zu betreiben. Er übernahm zugleich das Departement des Krieges, riß eine unbeschränkte Diktatur an sich und fachte den Nationalhaß der Franzosen gegen die Deutschen durch seine Ansprachen und Proklamationen an. Wenn nach dem Sturze des Kaiserthums die Errichtung der Republik es war, welche den Krieg weiter hinaus zog, so war in der Republik Gambetta der Mann, welcher am meisten unter allen den Kampf bis aufs Aeußerste fortführte. Drei neue Armeen sollten gebildet werden, eine im Norden bei Lille unter Bourbaki, eine zweite im Westen bei Mençon unter Graf Keratry, eine dritte im Süden an der Loire unter Aurelles de Paladine. So lange diese Armeen noch

in der Entwicklung begriffen waren, konnten sie durch Truppenabtheilungen der Pariser Cernirungsarmee im Schach gehalten werden; sobald sie aber massenhaft auftraten und ihren concentrischen Marsch gegen jene antraten, waren zu ihrer Bekämpfung größere Truppenkörper nöthig. Gegen die Nordarmee zog General Manteuffel mit dem 1. und 8. Armeecorps; das 7. wurde zur Besetzung von Metz und zur Belagerung der vielen Festungen an der belgischen Grenze verwendet. Den Oberbefehl über die Nordarmee hatte bereits nicht mehr Bourbaki, welcher zur Loirearmee versetzt worden war, sondern General Faidherbe. Manteuffel schlug ihn am 27. November bei Moreuil, nahm am 28. Amiens und rückte nach verschiedenen Gefechten am 5. December in Rouen, am 9. in Dieppe ein. Als Faidherbe mit neuen Streitkräften, die er in Arras und Lille gesammelt hatte, Amiens und eben damit den Rücken Manteuffels bedrohte, zog dieser wieder von Westen nach Osten, schlug Faidherbe zum zweiten Mal in der Schlacht bei Querrieux am 23. December, warf ihn nach dem nördlichen Festungsviereck zurück und verfolgte ihn in der Richtung nach Arras und Bapaume. Auch der Festungskrieg machte bedeutende Fortschritte. Soissons kapitulierte am 16. October, Verdun am 8. November, Thionville am 24. November, Pfalzburg am 13. December, Montmedy am 14. December.

Noch bedeutender war der Kampf an der Loire, wo für die Frage der Entsetzung von Paris die Entscheidung lag. In den ersten Tagen rückten von der südlichen Cernirungsarmee von Paris das 1. bairische Corps, die 22. Infanteriedivision und 2 Kavalleriedivisionen unter dem bairischen General v. d. Tann gegen die an der Loire sich bildende Armee von 30—40000 Mann unter General de la Motterouge. Dieselbe wurde vom 5. bis 11. October in mehreren Treffen besiegt und zurückgedrängt und Orleans am Abend des 11. erstürmt. Die Stadt wurde von den Baiern besetzt, die übrigen Heeresheile wandten sich westlich und nahmen nach glücklichen Gefechten die Städte Chateaudun, Chartres und Dreux. Gegen diese schwachen Streitkräfte wandte sich die von Gambetta neu organisirte Loirearmee unter dem General Aurelles de Paladine, über 100,000 Mann stark, gieng unterhalb Orleans, bei Beaugency, über die Loire, um zwischen Chartres und Orleans gegen Paris vorzubrechen, das bairische Corps unter v. d.

Tann von seiner Rückzugslinie nach Versailles abzuschneiden, nach Orleans zu drängen und ihm dort ein Sedan zu bereiten. Aber der bairische General räumte, auf die Nachricht von dem Anmarsch dieser überlegenen Armee, am 8. November Orleans, lieferte dem nachdrängenden Feinde am 9. das ruhmvolle Treffen bei Coulmiers und zog sich zur Vereinigung mit den westlichen Truppentheilen in der Richtung nach Paris bis Toury zurück. Der Großherzog von Mecklenburg wurde ihm mit dem neu gebildeten 13. Armeecorps zu Hilfe geschickt und übernahm zugleich das Kommando über das bairische Corps. Die Vereinigung Aurelles mit Keratry gelang nicht; die Westarmee wurde aus dem in Besitz genommenen Dreux wieder hinaus geworfen und zersprengt, bei Chateaufort ein anderes französisches Corps zurückgedrängt. Darauf versuchte Aurelles von Orleans aus über Pithiviers nach Fontainebleau vorzudringen. Seine Officiere waren ihrer Sache so sicher, daß sie bereits davon sprachen, nur in Berlin könne der Frieden unterzeichnet werden. Aber Friedrich Karl zog mit dem 3., 9. und 10. Corps in Eilmärschen nach der Loire und schlug am 28. November den General Aurelles bei Beaune la Rolande, drängte nebst dem Großherzog von Mecklenburg den Feind von allen Seiten zurück und besetzte am 4. December Orleans. General Aurelles wurde von Gambetta seines Kommandos enthoben und vor ein Kriegsgericht gestellt, die Loirearmee in zwei selbständige Heereskörper getrennt und zum Befehlshaber der ersten Armee Bourbaki, zu dem der zweiten General Chanzy ernannt. Der Sitz der Außenregierung wurde von Tours nach Bordeaux verlegt. Bourbaki zog sich nach Bourges und Nevers, Chanzy nach der unteren Loire zurück. Prinz Friedrich Karl ließ bei Orleans gegen Bourbaki ein Beobachtungscorps zurück und wandte sich mit dem größten Theile seiner Truppen und denen des Großherzogs gegen Chanzy, drängte ihn nach Blois und nahm diese Stadt am 13. December. Chanzy wandte sich von da nicht nach dem südlichen Tours, sondern nordwestlich nach Vendome und am 17. December noch weiter westlich nach Le Mans. Prinz Friedrich Karl überließ die Verfolgung Chanzy's zunächst dem Großherzog und dem 10. Corps, verlegte sein Hauptquartier zurück nach Orleans und entsandte Truppentheile südwestlich nach Tours und südöstlich nach Gien gegen Bourbaki, dessen Abmarsch nach den Vogesen

ihm Gelegenheit gab, im Januar die Offensive gegen Chanzy mit aller Kraft zu ergreifen.

So richteten die drei Entfaharmeen nichts aus. Wenn Paris nicht sich selbst helfen konnte, so war es verloren. Und doch setzte es all seine Hoffnungen auf die Hilfe der Provinz. Es hatte zwar viele bewaffnete, aber wenig reguläre Truppen; den Nationalgardisten war es mehr um den Sold als um den Kampf zu thun, und selbst jene schlugen sich nicht besser als ihre geschlagenen Vorgänger. Dies zeigte sich gleich am ersten Tage, wo die Cernirung eine vollständige wurde, am 19. September. Nach dem Uebergang über die Seine stießen das 2. hairische und das 5. norddeutsche Corps auf den Höhen von Sceaux auf 4 französische Divisionen unter General Ducrot und schlugen sie zurück. Selbst General Trochu sprach in seiner Proklamation vom 20. von der nicht zu rechtfertigenden Panik der Zuaven. Ebenso wurden alle anderen Ausfälle von den deutschen Truppen zurückgeschlagen, so der Ausfall vom 1. und 7. Oktober gegen Carrefour-Pampadour und Malmaison, vom 13., wo das Schloß St. Cloud durch die Geschütze des Mont Valerien in Brand gesteckt wurde, vom 21. gegen Malmaison und Bougival und besonders vom 30., wo die 2. Gardedivision das am 28. von den Franzosen besetzte und befestigte Dorf Le Bourget im Sturm nahm. Am nämlichen Tage kam Thiers als Unterhändler in Versailles an. Derselbe hatte inzwischen eine diplomatische Rundreise nach London, Petersburg, Wien und Florenz gemacht, um die dortigen Höfe zu einer militärischen oder wenigstens diplomatischen Intervention für das bedrängte „Mekka der Civilisation“ zu bereiten; aber er hatte nur viele schöne Redensarten, keinen einzigen Soldaten, nicht einmal eine Drohnote mitgebracht. Auf den Wunsch Englands, daß die Regierung von Tours neue Unterhandlungen mit dem deutschen Hauptquartier eröffnen solle, um einen Waffenstillstand abzuschließen und während desselben die viel besprochenen Abgeordneten-Wahlen vorzunehmen, schickte die Regierung von Tours den eben angekommenen Thiers nach Versailles, gab ihm aber die Instruktion, in keinem Fall auf irgend eine Gebietsabtretung zu willigen. Denn Gambetta wollte den Waffenstillstand nur dazu benutzen, um weitere Streitkräfte ins Feld zu stellen, wollte auch von der Einberufung einer Kammer, die seiner Diktatur hätte ein Ende machen können, nichts wissen, und verkündigte während der

Mission Thiers' durch ein neues Circularschreiben die Fortsetzung des Krieges à outrance. Thiers erklärte in seiner Besprechung mit Bismarck am 1. November, „daß Frankreich auf den Wunsch der neutralen Mächte bereit sein werde, sich auf einen Waffenstillstand einzulassen“, als ob dies bloß ein Akt der Courtoisie, nicht der Noth wäre. Bismarck schlug ihm einen Waffenstillstand von 25—28 Tagen, auf Grund des militärischen Status quo, vor. Nun verlangte aber Thiers die ungehinderte Verproviantirung von Paris während des Waffenstillstandes, und als Bismarck ihn erstaunt fragte, was für ein militärisches Aequivalent er dafür biete, so verweigerte er nicht nur jede Concession, sondern fügte noch hinzu, daß natürlich während des Waffenstillstandes die deutschen Heere sich nicht durch Requisitionen in Frankreich verproviantiren dürften, da dies ja ein Akt der Feindseligkeit wäre. Am 2. November wurde im Beisein des Königs und des Grafen Bismarck eine militärische Berathung gehalten und beschlossen, die französische Forderung, durch deren Erfüllung die Lage der Cernirungs-Armee weit schlimmer würde, als sie beim Beginn der Einschließung gewesen war, abzuweisen, es sei denn, daß Frankreich ein militärisches Aequivalent, etwa Stellungen vor Paris oder ein Fort, anbiete. Da die Pariser Regierung, mit welcher Thiers hierüber verhandelte, jedes Aequivalent verweigerte, so wurden am 5. November die Unterhandlungen abgebrochen. Dieser Ausgang veranlaßte Favre zu einem Rundschreiben vom 7. November, worin er den neutralen Mächten Preußen als diejenige Macht denuncirte, welche jeden Waffenstillstand verweigere, die Vorschläge der neutralen Mächte nicht beachte und nach der Niederwerfung Frankreichs noch weitere Eroberungspläne ausführen werde. Auch Thiers richtete am 8. November an die Vertreter Frankreichs bei den Großmächten ein Schreiben über seine Mission. Zur Herstellung der Wahrheit erließ Graf Bismarck ein Rundschreiben vom 8. November, worin er hervorhob, daß er Herrn Thiers, nach Verweigerung des Aequivalents, einen kürzeren Waffenstillstand auf Basis des Status quo oder die einfache Ausschreibung der Wahlen ohne konventionmäßigen Waffenstillstand vorgeschlagen und für diesen Fall die freie Zulassung und Gewährung jeder mit der militärischen Sicherheit irgend wie vereinbaren Erleichterung zugesagt, ja sogar für Elsaß und Lothringen die Wahlen zur Nationalversammlung gestattet habe. „Nach solchen Zugeständnissen beweise die Verwerfung

des Waffenstillstands seitens der Regierung zu Paris nur von neuem, daß es derse lben mit der Einberufung einer Constituante überhaupt gar nicht Ernst sei, und daß sie nur den neutralen Mächten, von denen der Vorschlag ausgegangen, Genüge habe thun wollen."

Die politisch = militärischen Verhältnisse in jenen Tagen, die Kapitulation von Metz, welche Gambetta dem Verrath Bazaine's zuschob, die Niederlage bei Le Bourget und die Gerüchte von Friedensunterhandlungen benutzten die Socialdemokraten von Paris, besonders Florens, Blanqui, Delescluze, um die Regierung zu stürzen und einen Wohlfahrtsausschuß und eine Commune einzusetzen. Außer diesen drei wurden noch Ledru = Rollin, Victor Hugo, Rochefort, Millière, Pyat als die künftigen Machthaber von Paris und von Frankreich genannt. Bewaffnete Haufen, hauptsächlich aus der Vorstadt Belleville, bemächtigten sich am 31. Oktober Nachmittags 2 Uhr des Stadthauses, nahmen mehrere Mitglieder der Regierung gefangen und setzten auf einige Stunden die neue Regierung ein. Erst am 1. November Morgens 3 Uhr gelang es einigen Bataillonen der National- und Mobilgarde, welche von den nicht verhafteten Mitgliedern aufgeboten worden waren, sich wieder in den Besitz des Stadthauses zu setzen, die dort gefangenen und mißhandelten Regierungsmitglieder zu befreien und den Aufstand zu unterdrücken. In Folge dessen erklärte der stark kompromittirte Rochefort seinen Austritt aus der Regierung, und diese legte, um ihre und ihrer Gegner Lage genau kennen zu lernen und offen darzulegen, der Pariser Bevölkerung die Frage vor, ob die bisherige „Regierung der nationalen Vertheidigung“ ihr Vertrauen noch besitze. Die Abstimmung vom 3. November ergab 557,976 Ja und 62,638 Nein. Zu Ende des Monats, am 30. November, fand ein sehr heftiger Ausfall der Belagerten statt, welcher den Zweck hatte, im Osten von Paris sich durchzuschlagen und dem von der Loire her vordringenden General Aurelles in der Gegend von Melun oder Fontainebleau die Hand zu reichen. Den von den Generalen Trochu und Ducrot mit 80 bis 100,000 Mann unternommenen Stoß hatten besonders die Sachsen und die württembergische Division auszuhalten. Der Kampf wurde am 2. December, wo auch das 2. Corps (Pommern) in die Schlacht eingriff, erneuert, und in der Nacht auf den 4. December räumte der Feind die noch behaupteten Stellungen in Champigny und Brie und zog sich wieder über die Marne zurück. Die Ausfälle vom

21. und 22. December, welche gegen Stains und Le Bourget, wo die Sachsen und die Garde standen, gerichtet waren, wurden gleichfalls zurückgeschlagen. Dabei zeigte sich für die Belagerer die Nothwendigkeit, den in der Ostfront liegenden Mont Avron, welchen die Pariser in der letzten Zeit mit schwerem Geschütz versehen und zum Stützpunkt ihrer Ausfälle in östlicher Richtung gemacht hatten, in ihre Gewalt zu bekommen. Nach einem heftigen Bombardement am 27. und 28. December wurde der Mont Avron von den Franzosen verlassen und von dem sächsischen Armeecorps am 29. besetzt. Dadurch waren die Franzosen genöthigt, ihre vor den östlichen Forts stehenden Manuskasteln nach Paris zurückzuziehen. Dieser letzte Erfolg der Belagerungsarmee vor Paris im Jahre 1870 galt allgemein als Anfang der artilleristischen Operationen gegen Paris, als Vorspiel zu dem von der öffentlichen Meinung in Deutschland laut geforderten Bombardement von Paris. Das Hauptquartier wollte auch hierin seiner Sache sicher sein, mit der Beschießung nicht eher beginnen, bis dieselbe von allen Seiten nachhaltig und ohne Unterbrechung eröffnet werden konnte. Die Vorbereitungen hiezu, die Herbeischaffung des Materials aus Deutschland, die Aufstellung der Batterien an den geeigneten Punkten erforderte Zeit. Man hatte sich hinsichtlich der Proviantirung von Paris etwas getäuscht. Die Borräthe waren bedeutender und reichten länger, als man vermuthet hatte. Es gieng zwar nachgerade in der Hauptstadt etwas schmal her; doch mochte sich die Belagerung noch einige Zeit hinziehen, wenn nicht durch ein Bombardement nachgeholfen wurde. „Paris muß bombardirt werden, sonst glauben die Pariser, die Deutschen hätten es nicht gewagt, ihre heilige Stadt anzutasten“, war der in Deutschland viel gehörte Refrain der politischen Unterhaltung. Dieser bittere Ernst trat gleich in den ersten Tagen des Jahres 1871 ein und machte, im Zusammenhang mit der allgemeinen Katastrophe der französischen Heere im Süden, Norden und Osten, diesem Kriegsdrama ein rasches Ende.

Auch bei den Kriegsoperationen zur See richtete Frankreich nichts aus, wenn es auch bei seiner ungeheuren Uebermacht keine Niederlagen auf diesem Terrain erlitt. Das Einzige, was ihm gelang, war die Wegnahme deutscher Handelsschiffe. Während die preußische Regierung beim Beginn des Krieges verordnet hatte, daß die französischen Handelsschiffe einer Aufbringung und Wegnahme



nicht unterliegen sollten, blieb die französische ihrem Melac'schen System getreu und wollte von einer solchen Civilisation nichts wissen. Aber das ganze deutsche Küstengebiet von Friesland bis Memel blieb unangetastet. Der Grund hiervon lag theils in den französischen Niederlagen im Elsaß und in Lothringen, theils in den durchaus mangelhaften Rüstungen zur See. Wie das Landheer, so war auch die Flotte schlecht vorbereitet auf einen solchen Krieg. Dies hatte auch der Marineminister Rigault de Genouilly offen ausgesprochen. Während der Kriegeminister Leboeuf von „Uebersbereitschaft“ sprach, erklärte jener im Ministerrath, er sei zum Kriege noch nicht bereit. Man hatte dem Befehlshaber des Ostseegeschwaders, dem Grafen Bouet-Willamez, versprochen, daß seine Flotte aus 14 Panzerfregatten, einer großen Anzahl von Aviso's und anderen für diese Expedition tauglichen Fahrzeugen bestehen; daß eine zweite Flotte unter dem Kommando des Viceadmirals La Roncière de Noury, aus großen Transportdampfern, Kanonenschaluppen und schwimmenden Batterien bestehend, in kurzer Zeit nachfolgen und 30—40,000 Mann Landungstruppen unter General Bourbaki an Bord haben sollte; aber von all diesem geschah nur sehr wenig. Bouet-Willamez fand in Cherbourg nur 7 Panzerfregatten und 1 Aviso; an Matrosen fehlte es gerade damals, wo der Haringfang viele Kräfte an ferneren Küsten zurückhielt, ungemein, Proviant und Munition war gleichfalls nicht genügend vorhanden. Am 24. Juli verließ Bouet-Willamez den Hafen von Cherbourg, passirte am 5. August den großen Belt, erschien vor dem Hafen von Kiel, ohne etwas zu wagen, wandte sich östlich gegen Kolberg und Danzig und erklärte am 18. August sämtliche Ostseehäfen in Blokadezustand, ohne der Aufrechthaltung dieser Maßregel gewachsen zu sein. Am 17. August hatte der preussische Aviso-Dampfer „Grille“, welcher von 3 Kanonenbooten begleitet war, bei Hiddensee, westlich von Rügen, ein kleines Gefecht gegen 5 französische Schiffe, und am 21. August griff die Korvette „Nymphé“ in der Puziger Bucht bei Danzig 4 französische Schiffe an. Beidemal kamen die kühn operirenden deutschen Schiffe ohne allen Verlust davon. Die heftigen Nordoststürme zeigten sich im Monat September für die französische Flotte sehr unbequem, und Bouet-Willamez war froh, von der provisorischen Regierung einen Befehl zur Rückkehr zu erhalten. Am 29. September lief er, ohne auch nur das Geringste ausgerichtet zu haben, im Hafen von Cher-

bourg wieder ein. Die zweite, unter Viceadmiral Fourichon stehende Flotte bestand aus 8 Panzerfregatten und 4 Aviso's, verließ Cherbourg am 9. August und erschien am 12. August vor Helgoland, von wo aus sie am 15. August die deutsche Nordseeküste in Blockadezustand erklärte. Dieselbe kehrte, noch vor der ersten Flotte, schon am 12. September, ohne irgend welche Erfolge aufweisen zu können, nach Cherbourg zurück. Dort erfuhr Fourichon den Sturz des Kaiserthums und seine Ernennung zum Marineminister, daher er nach Paris und bald darauf nach Tours eilte. Kaum aber glaubte man die Blokade der Nord- und Ostseeküste beseitigt, so erschien im Oktober eine neue französische Flotte unter dem Viceadmiral Gueydon und fieng das Spiel wieder von vorn an, daher die bereits aufgehobenen Sicherheitsmaßregeln wieder erneuert wurden. Doch nach wenigen Wochen sah auch diese Flotte zur Heimkehr sich genöthigt. Die deutsche Panzerflotte, welche von ihrer im Juni unternommenen Übungsfahrt nach den Azoren noch rechtzeitig heimgekehrt war, mußte sich, zumal da ihre zwei stärksten Schiffe auf der Fahrt ein Unfall getroffen hatte, während dieser Zeit in Wilhelmshafen aufhalten. War hier die deutsche Flotte zur Passivität verurtheilt, so zeigte sich die Kühnheit deutscher Seemänner im fernen Ocean. In den Gewässern von Havannah forderte das preussische Kanonenboot „Meteor“, unter Führung des Kapitäns Knorr, den fast doppelt so großen französischen Aviso „Le Bouvet“ zum Kampfe heraus und schickte denselben am 9. November nach einstündigem Duell übel zugerichtet in den Hafen von Havannah zurück. Deutschland wird es als eine seiner ersten Pflichten ansehen, eine seiner neuen Machtstellung entsprechende Kriegsslotte zu besitzen, um nicht bloß seine Küsten, sondern auch seine Handelsschiffe vor künftigen Piratenzügen sicher zu stellen und die seltsame Neutralität der Kohlen und Waffen liefernden Engländer besser kontrolliren zu können.

Wie die deutschen Waffen den äußeren Feind in so vielen glänzenden Schlachten niederwarfen, so wurde auch der innere Feind, der in den letzten Jahren so schroff auftretende Partikularismus der Südstaaten, zunächst der bairischen und württembergischen Regierung, aufs Haupt geschlagen, und zwar durch deren eigene bessere Einsicht, welche die Folge der großen Ereignisse und des laut ausgesprochenen Volkswillens war. Gegen das Ende des Monats August sprachen sich die größeren Städte Baierns in Adressen an König Ludwig für einen

Anschluß an den norddeutschen Bund aus. Im November zählte man solcher Adressen schon gegen 1000. Die Minister merkten, daß sie, zumal da die bairische Armee voll Begeisterung für die preussische Waffenbrüderschaft war, an Verhandlungen mit Preußen denken müssen. Sie ersuchten daher den Grafen Bismarck, daß er zu diesem Zwecke einen Bevollmächtigten nach München schicken möchte. In Folge dessen machte Minister Delbrück seine Rückreise von Versailles nach Berlin über München, wo er am 21. September ankam. Zu gleicher Zeit kam auch der württembergische Justizminister v. Mittnacht dort an, um an den Konferenzen theilzunehmen. Da die Stelle des am 31. August entlassenen württembergischen Ministers des Auswärtigen, Freiherrn von Barmbüler, noch nicht besetzt war, so übernahm in der deutschen Verfassungsfrage v. Mittnacht dessen Rolle. In Württemberg, wo man sich an sein Auftreten im ersten Zollparlament und an so manches Andere noch lebhaft erinnerte, war man Anfangs etwas mißtrauisch gegen diese Persönlichkeit. Doch hatten sich die württembergischen Minister in den vom 7. bis 10. September gehaltenen Berathungen, bei denen die norddeutsche Bundesverfassung artikelweise durchgegangen und geprüft wurde, mit dem Gedanken des Anschlusses an den Nordbund bereits vertraut gemacht. Delbrück hatte in München keine Vorschläge zu machen, sondern vorzugsweise anzuhören, unter welchen Bedingungen Baiern das sogenannte „Verfassungsbündniß“ schließen wolle. An der Isar fühlte man sich damals noch außerordentlich souverän. Selbständige Verwaltung der Armee und des Verkehrswesens, eigene Steuern und eigene Gesetzgebung, Bevorzugung bei der Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands, Veto gegen jede Verfassungsänderung, Befreiung von den Beiträgen zu den Kosten der deutschen Flotte: so lauteten die undeutschen Bedingungen der bairisch-deutschen Minister v. Bray und v. Luz. Mit wenig Hoffnungen reiste Delbrück am 28. September von München ab. In Versailles erkannte man nun, daß es besser sei, mit Baiern zuletzt, als zuerst zu unterhandeln, und gieng auf den von der badischen und hessischen Regierung am 2. Oktober gestellten Antrag auf einfache Aufnahme in den norddeutschen Bund ein. Die württembergische Regierung, theils durch die Mittheilungen des aus dem Hauptquartier zu Versailles zurückkehrenden national gesinnten Kriegsministers v. Suckow, theils durch die Adresse der am 2. Oktober in Stuttgart veranstalteten Dele-

girten=Versammlung, an welcher sich die besten konservativen Elemente der Bevölkerung theilnahmen, auf der nationalen Bahn weiter geschoben, sprach sich am 9. Oktober im „Staatsanzeiger“ für eine „bundesstaatliche Einigung mit Centralgewalt, deutschem Parlament, gemeinsamer, bestimmt begrenzter Gesetzgebung und einheitlichem Heere“ aus und ließ bald darauf in Versailles die Erklärung abgeben, daß ihr die baldige Einleitung von Verhandlungen erwünscht wäre. Das Landescomité der Volkspartei vom 9. Oktober verlangte, daß das von den Regierungen entworfene Verfassungswerk einem vom allgemeinen Stimmrecht gewählten deutschen Parlament zur Sanction vorgelegt werden solle. Eine Versammlung der sogenannten liberalen Mittel- oder Regierungspartei sprach in ihrer Erklärung vom 10. Oktober bereits von einer „neu zu wählenden Volksvertretung“, welche die abzuschließenden Verträge genehmigen werde.

Das Hauptquartier zu Versailles erließ an die Regierungen von Baden, Hessen und Württemberg Einladungen, Bevollmächtigte nach Versailles zu schicken. An die bairische Regierung erging keine Einladung, sondern es wurde ihr selbst überlassen, ob sie sich an den Versailler Verhandlungen theilnehmen oder das Resultat der Verhandlungen mit den anderen 3 Staaten abwarten und dann die Verhandlungen in München wieder aufnehmen wolle. Aus Furcht, isolirt zu bleiben und hintendrein eher Bedingungen annehmen zu müssen als stellen zu können, machten sich die bairischen Minister v. Bray, v. Luz und v. Prandl am 20. Oktober rasch auf den Weg nach Versailles, nachdem die württembergischen Minister v. Mittnacht und v. Suckow, die badischen Minister v. Solly und v. Freydorff und der hessische Minister v. Dalwigk bereits am 19. dahin abgereist waren. Zuerst fanden, gegen den Wunsch der bairischen Minister, auf den Antrag des Grafen Bismarck, mit den Bevollmächtigten jedes der 4 süddeutschen Staaten besondere Vorverhandlungen statt, theils der Kriegsminister über die militärischen Verhältnisse, theils der Civilbevollmächtigten und des Herrn v. Delbrück über die nichtmilitärischen Punkte. Am 6. November wurde eine gemeinsame Besprechung mit den Bevollmächtigten Württembergs, Badens und Hessens veranstaltet, in welcher eine Einigung über die hauptsächlichsten Punkte zu Stande kam. Die bairischen Minister waren nicht zugezogen. Gleich bei den ersten Verhandlungen mit diesen hatten sich so große Schwierigkeiten ergeben, daß man dem Abbruch

näher zu sein schien als dem Abschluß. In München und Nürnberg faßte man die Sache auch so auf. Die dortigen Gemeindebehörden richteten am 16. November dringende Bitten an den König, einen Konflikt, welcher „den politischen und finanziellen Untergang des bairischen Volkes herbeiführen müßte,“ zu beseitigen, worauf die Regierung am 18. November erwiderte, daß die Unterhandlungen mit dem norddeutschen Bunde keineswegs abgebrochen seien. Doch hatten sich die bairischen Minister, da die Verhandlungen mit den 3 anderen süddeutschen Staaten ihrem Abschluß nahe waren, bereits in eine entschieden ungünstige Position versetzt. Hieraus besfreite sie ein Stuttgarter Telegramm. Am Abend des 13. November erhielten die württembergischen Bevollmächtigten ein Telegramm des Inhalts: „Unterzeichnen Sie nicht! Gehen Sie mit Baiern!“ Für den intellektuellen Urheber dieses Telegramms hält man die bairische Regierung, welche den Stuttgarter Hof beeinflusst und noch in der letzten Stunde zum gemeinschaftlichen Vorgehen mit ihr, nicht mit Baden und Hessen, aufgefordert habe. So kam es, daß am 15. November nur mit Baden und Hessen ein Vertrag über die neue Verfassung des deutschen Bundes abgeschlossen werden konnte, dem eine vorläufige Vereinbarung über die Militärverhältnisse Hessens am 15. und eine Militärkonvention mit Baden am 25. November folgte. Die württembergischen Bevollmächtigten, vor die Alternative gestellt, die Verhandlungen wieder von vorn auf einer ganz neuen Grundlage zu beginnen oder zu sehen, ob sich die Schwierigkeiten nicht in Stuttgart beseitigen lassen, wählten das letztere. Sie reisten nach Hause und referirten über den Stand der Sache. Dabei verhehlten sie nicht, daß sie eher ihr Portefeuille niederlegen als die Weisung jenes Telegrammes befolgen würden, und daß ein Staat wie Württemberg in keinem Fall die nämlichen Bedingungen wie Baiern erhalte. Es gelang ihnen, den Hof und ihre Kollegen von der Richtigkeit ihrer Anschauungen zu überzeugen, und so reisten sie am 20. November wieder von Stuttgart ab, um, wie ihnen von Versailles aus angetragen worden war, in Berlin auf der bereits in Versailles gewonnenen Grundlage abzuschließen. Bevor es so weit kam, hatte Baiern sie überholt. Die unerwartete Schwierigkeit, welche Württemberg erhoben hatte, machte das Versailler Hauptquartier zu Koncessionen williger, der Gedanke, zuletzt allein dazustehen und härtere Bedingungen zu bekommen, die bairischen Minister geneigter, und

so wurde die Uebereinkunft mit Baiern am 23. November abgeschlossen. Die Unterzeichnung des Vertrags und der Militärkonvention mit Württemberg fand nun ohne weitere Schwierigkeit am 25. November statt. Wenige Tage darauf, am 30. November, richtete König Ludwig von Baiern an sämtliche deutsche Fürsten (mit Ausnahme des Königs von Preußen) und an die Senate der drei freien Städte ein Schreiben mit der Aufforderung, dem König von Preußen als dem obersten Chef des neuen deutschen Reiches den Titel eines „deutschen Kaisers“ anzutragen. Sämtliche Staaten stimmten dem Vorschlage bei, und so trug am 3. December der seit dem Beginn des Krieges im Hauptquartier befindliche bairische Prinz Luitpold im Namen der deutschen Regierungen dem König von Preußen in Versailles die deutsche Kaiserkrone an.

Nachdem die Frage über „Kaiser und Reich“ von den einig gewordenen Regierungen entschieden war, wurde sie auch den Parlamenten vorgelegt, vom norddeutschen Bund dem Reichstag, von den vier süddeutschen Regierungen ihren Landtagen. Es lag auf der Hand, daß keine von den Regierungen, keine von den Volksvertretungen mit den geschlossenen Verträgen in allen Punkten einverstanden war; daß jede gerne etwas verändert sehen wollte; aber nach der unter großen Schwierigkeiten hergestellten Einigkeit der Regierungen blieb den Parlamenten nichts anderes übrig als die unbedingte Annahme. Jedes Amendement hätte aufs störendste in das große Werk eingegriffen; denn das Hauptquartier hätte wegen eines solchen die Verhandlungen wieder von vorn anfangen müssen. Die Wahl war nur zwischen Annehmen und Ablehnen, und von letzterem konnte doch Angesichts des Jahres 1870 keine Rede sein. Die größte Schwierigkeit verursachten die vielen Baiern gemachten Concessionen. Dieser Staat hatte zwar in Versailles nicht alles durchgesetzt, was er bei der Münchener Konferenz sich ausbedingen zu können geglaubt hatte, aber doch weit mehr, als die nationalgesinnten Männer für möglich gehalten hatten. Denn Baiern behielt seine eigene Diplomatie, die Verwaltung des Heerwesens, der Post, der Telegraphen, der Eisenbahnen, seine besondere Besteuerung des Biers und Branntweins und nahm keinen Antheil an den Bestimmungen der neuen deutschen Bundesverfassung über Heimat- und Niederlassungsverhältnisse. Zugleich wurde ihm zugestanden, daß im Bundesrathe aus den Bevollmächtigten der Königreiche Baiern, Sachsen und Württemberg

unter dem Vorſitz Baierns ein diplomatiſcher Ausſchuß gebildet werde, und daß das Veto von 14 Stimmen (gerade ſo viel haben zuſammen die Königreiche Baiern, Sachſen und Württemberg) genüge, um jede Verfaſſungsänderung zu verhindern, während nach dem 78. Artikel der norddeutſchen Bundesverfaſſung zu einer Verfaſſungsänderung eine Zweidrittelsmehrheit im Bundesrath nöthig war. So beklagenswerth auch dieſe Ausnahmebeſtimmungen waren, ſo mußte anerkannt werden, daß dieſer diplomatiſche Ausſchuß ziemlich unſchuldiger Natur ſei; daß das Veto jener 14 Stimmen, wenn es ſich je erhebe, gegen den auſgesprochenen Willen Preußens und des Reichstags nicht lange ſich werde behaupten können, und daß die Hauptſache des einheitlichen Heerweſens durch die Uebertragung der preußiſchen Wehrbeſtimmungen auf die bairiſchen Verhältniſſe, durch das Recht der Anordnung der Mobilmachung von Seiten des Bundesfeldherrn und der Inſpicirung des bairiſchen Contingents gewahrt ſei. In Folge deſſen genehmigte der am 24. November von dem Präſidenten des Bundeskanzleramtes, Miniſter v. Delbrück, eröffnete Reichstag, nach Verwerfung ſämmtlicher Amendements, in der Sitzung vom 9. December die Verträge mit Baden, Heſſen und Württemberg mit allen Stimmen gegen die der Socialdemokraten Bebel und Liebknecht, und den Vertrag mit Baiern mit 195 gegen 32 Stimmen. Der von der Regierung verlangte Kredit von 100 Millionen Thalern zur Fortführung des Krieges wurde, nach den häßlichſten von Bebel und Liebknecht erregten Skandalſcenen, am 28. November mit 178 gegen 8 Stimmen genehmigt. Ebenſo wurde der Antrag der Regierung und des Bundesraths, in der Bundesverfaſſung die Worte „deutſches Reich“ und „deutſcher Kaiſer“ ſtatt „deutſcher Bund“ und „Bundespräſidium“ zu gebrauchen, am 10. December mit 188 gegen 6 Stimmen, und die von Laſker entworfene Adreſſe an den König mit 191 gegen 6 Stimmen angenommen, worauf der Reichstag geſchloſſen wurde. Die Adreſſe ſprach von dem „entſchloſſenen Willen der Nation, die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis der Friede durch geſicherte Grenzen beſſer verbürgt ſei gegen wiederkehrende Angriffe des eiferſüchtigen Nachbarn,“ und von „den Tagen der Macht, des Friedens, der Wohlfahrt und der im Schutze der Geſetze geſicherten Freiheit“, welche die Kaiſerkrone auf dem Haupte des Königs von Preußen dem wiederaufgerichteten Reiche deutſcher Nation eröffne. Dem Beſchluſſe des Reichstags gemäß, daß

eine durch das Los gewählte Deputation von 30 Mitgliedern die Adresse dem König in Versailles überreichen sollte, begab sich die „Kaiserdeputation“ in das Hauptquartier. Am 18. December wurde die Adresse dem König übergeben, wobei der Präsident Simson das Denkwürdige hervorhob, daß die Abgeordneten des Reichstags von Sr. Majestät in einer Stadt empfangen werden, in welcher mehr als ein verderblicher Heereszug gegen Deutschland erfunden und ins Werk gesetzt worden sei. Der König sprach in seiner Erwiderung seinen Dank aus, daß Gott den Deutschen Sieg in einem Maße verliehen habe, wie er es kaum zu hoffen und zu bitten gewagt habe, und erklärte, er sei bereit, die Würde eines deutschen Kaisers anzunehmen, sobald die süddeutschen Kammern das Werk sanktionirt haben. Auch der preussische Landtag, dessen Abgeordnetenhaus am 16. November neu gewählt worden war, tagte noch im December. Er wurde am 14. durch eine Rede des Handelsministers Graf Tzenplitz eröffnet, beschäftigte sich einige Tage mit Erledigung des Budgets für 1871 und vertagte sich am 22. December bis zum 5. Januar 1871.

Nach der Genehmigung durch den Reichstag wurden die Verträge den Landtagen der süddeutschen Staaten vorgelegt. Am 13. December wurde der badische Landtag durch den Staatsminister Solly eröffnet, die Verträge und die Militärkonvention vorgelegt und die nachträgliche Genehmigung zu den durch den Krieg gebotenen finanziellen und politischen Maßregeln verlangt. In der Sitzung vom 16. December gab Staatsminister Solly einen historischen Ueberblick über die badische Politik seit dem Ausbruch des Krieges und sagte, daß Baden, als es seinen Eintritt in den norddeutschen Bund beantragte, nur eine einzige Aenderung der Verfassung desselben, die Getränkesteuer betreffend, gewünscht habe. Wenn in den Versailler Verhandlungen statt der von Baden gewünschten Verstärkung der Centralgewalt eine nicht unbedenkliche Schwächung erreicht worden sei, so trage Baden keine Schuld daran. In dem badischen Vertrag seien manche Bestimmungen enthalten, welche lediglich aus den gleichzeitig mit Baiern und Württemberg geführten Verhandlungen herrühren. Er vertraue, daß eine nicht zu ferne Zukunft manche dieser Bestimmungen hinwegräumen werde, und zwar weil die anscheinend bevorzugten Staaten die Erfahrung machen würden, daß die ihnen gewährten Ausnahmen vor allem ihnen selbst nachtheilig



seien. Der Berichterstatter Eckhard sprach den Wunsch der Kommission aus, daß die Ministerien des Kriegs und der auswärtigen Angelegenheiten, sowie besondere badische Gesandtschaften als überflüssig aufgehoben werden möchten, womit sich der Staatsminister einverstanden erklärte. Sofort wurden die Verträge einstimmig, die Militärkonvention mit allen gegen 1 Stimme genehmigt und am 20. eine Dankadresse an den Großherzog zu richten beschlossen. Die 4 klerikalen Abgeordneten rechtfertigten ihre Zustimmung zu den Verträgen nachträglich durch eine Erklärung vom 21. December. In der ersten Kammer erfolgte die Annahme der Verträge am 19. mit allen gegen 2 Stimmen. Die hessische Regierung legte die Verträge dem Landtag am 5. December vor. Die zweite Kammer nahm dieselben am 20. December mit 40 gegen 4, die erste am 29. einstimmig an. In Württemberg schien die Sache wegen der eigenthümlichen Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer größere Schwierigkeiten zu haben. Der Landtag wurde am 21. October eröffnet. Die Regierung verlangte ein Steuerprovisorium auf 3 Monate und einen weiteren außerordentlichen Militärkredit von 3,700,000 fl. In der Sitzung vom 22. wurde jenes einstimmig, dieser mit allen gegen 3 Stimmen genehmigt. In der Nachmittagsitzung dieses Tages erklärte der Minister des Innern, v. Scheurlen, daß „ein so wichtiges Werk, wie der deutsche Verfassungsbau eine Stütze haben müsse in der Ueberzeugung des Volkes, das sich auszusprechen berufen sei vornehmlich durch die Wahl seiner Vertreter. Die letzte Abgeordnetenwahl sei zu einer Zeit erfolgt, in welcher die deutsche Frage, so wie sie jetzt liege, nicht ins Auge gefaßt worden sei; es dürfe daher die neue deutsche Bundesverfassung nicht der gegenwärtigen, sie müsse einer neu zu bildenden Ständeversammlung vorgelegt werden.“ Darauf kündigte er die Auflösung der Kammer und die Anordnung von Neuwahlen an. Die Appellation an das Volk hatte ein äußerst günstiges Ergebnis. Bei den Wahlen vom 5. December erlitt die Partei der Großdeutschen und die Volkspartei eine vollständige Niederlage. Die Führer der ersteren, Ammermüller, Becher, Schott, das Haupt der letzteren, Redakteur Mayer, wurden nicht wiedergewählt. Ihre vereinigte Phalanx von 45 Mitgliedern, mit welcher sie im April gegen das Kriegsdienstgesetz Sturm gelaufen waren, schmolz auf ein Häuflein von 17 herab, während die Partei der Nationalliberalen über 30, der Ministeriell-Liberalen gegen 20 be-

trug. Am 19. December wurde der Landtag durch die Thronrede des Königs eröffnet. „Wird das Ziel, um welches Deutschland so lange gerungen, jetzt nicht erreicht, so fehlt den weltgeschichtlichen Ereignissen dieses Jahres die höchste Weihe.“ In der Sitzung vom 30. wurden dem König drei national gefinnte Männer für das Präsidium vorgeschlagen: Weber, Hölder, v. Hofer. Der erstere, schon in der vorletzten Kammer Präsident, wurde vom König ausgewählt. Die Debatte über die Verträge fand am 22. und 23. December statt. Die Verträge Württembergs, Badens, Hessens mit dem norddeutschen Bund und die Militärkonvention wurden mit 74 gegen 14 Stimmen, der bairische Vertrag mit 76 gegen 12, die Annahme der Bezeichnungen „deutsches Reich“ und „deutscher Kaiser“ mit 81 gegen 7, die Verantwortlichkeit des Ministeriums für die den Vertretern Württembergs im Bundesrath zu ertheilenden Instruktionen und die Bitte an die Regierung, Ersparnisse im Staatshaushalte einzuleiten und einen Gesetzentwurf über Steuerreform baldmöglichst einzubringen, einstimmig genehmigt. Die erste Kammer trat in ihrer Sitzung vom 29. den Beschlüssen der zweiten über die Verträge mit 26 gegen 3 Stimmen bei, nahm die vierte Resolution nur mit Vorbehalt an und lehnte die letzte ab. Die vorgeschlagene Adresse an den König, welche der Freude über den Sieg der deutschen Waffen und über das Gelingen des deutschen Einigungswerkes beredten Ausdruck verlieh, wurde von der zweiten Kammer in der Sitzung vom 30. mit 68 gegen 14 Stimmen angenommen. Für die Bestreitung der weiteren Kriegsbedürfnisse verlangte die Regierung die Summe von 12,900,000 fl.

In Baiern trat die am 22. Juli vertagte Kammer am 12. December wieder zusammen. Man hätte glauben sollen, die dortige Regierung werde das Beispiel Württembergs nachahmen und die Abgeordnetenversammlung auflösen. Denn die patriotische Mehrheit derselben war ein weit störrigeres Element, als jene 45 württembergischen Großdeutschen und Demokraten. Und da, wie dies in den meisten Verfassungen der deutschen Einzelstaaten vorgeschrieben ist, zur Durchführung einer Verfassungsänderung die Zustimmung von wenigstens zwei Dritttheilen der Kammermitglieder erforderlich ist, so übernahmen die bairischen Minister die schwere Aufgabe, von einer Partei, welche Preußenhaß und Vertragsaufhebung auf ihre Fahne geschrieben hatte, über 30 Mitglieder zur Desertion zu verleiten und

ihre Stimmen für einen Vertrag mit Preußen zu gewinnen. Der Versuch war ein sehr gewagter. Minder schwierig war die Aufgabe, nach Auflösung der Kammer ein liberaleres Abgeordnetenhaus zu bekommen. Die allgemeine Begeisterung für die Armee und ihre Thaten, die Briefe der ihre preußischen Waffenbrüder so sehr preisenden Soldaten, die Furcht vor einer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Isolirung konnten ihre Wirkung auch auf das Landvolk nicht verfehlen. Wenn die bairischen Minister zu dieser geradezu gebotenen Maßregel einer Kammerauflösung nicht griffen und lieber mit der alten Kammer, welche vom Januar bis Juli so viel und so entseßliches gesprochen und so wenig geleistet hat, es probiren wollten, so lag, wie einer der Minister während der Debatte selbst bemerkte, der Grund darin, daß sie durch Neuwahlen eine liberale Kammer zu bekommen nicht hofften, sondern fürchteten. Am 13. December legte die Regierung dem Abgeordnetenhaus die Verträge mit dem norddeutschen Bunde vor und verlangte einen weiteren Kriegskredit von 41 Millionen fl. bis zum Ende März 1871. Justizminister v. Luz übernahm es, in längerer Rede am 14. den Standpunkt der Regierung zu vertreten und die Bertheidigung des Vertragsabschlusses zu übernehmen. Der Schluß seiner Rede lautete sehr energisch: „Jetzt steht die Entscheidung bei Ihnen; die Entscheidung, sage ich, aber ich füge bei, nicht die Wahl. Glauben Sie nicht, daß ich mit diesem Ausdruck einen Eingriff in die Kompetenz der Kammer machen will, o nein! Sie können „Ja“ sagen, Sie können „Nein“ sagen; dennoch sage ich, Sie haben die Entscheidung, nicht die Wahl; Sie haben die Entscheidung in dem Sinne, wie der Richter die Entscheidung in einem Rechtsfalle hat. Das, was Sie für Recht erkannt haben, müssen Sie aussprechen, es bleibt Ihnen keine Wahl, und ich habe die Ueberzeugung — prüfen Sie die Lage Baierns, prüfen Sie die Verträge ruhig — Sie werden zu dem Sage kommen, den ich hiemit ausspreche — ich wiederhole, nicht in der Absicht, um irgend ein Recht zu beeinträchtigen — Sie müssen die Verträge annehmen.“ Am 15. December wurde zur Prüfung der Verträge und Berichterstattung an die Kammer ein Ausschuß gewählt, und die Wahl der 15 Mitglieder fiel durchaus nicht im Sinn der Ministerrede aus. Es wurden 12 „Patrioten“ und 3 Liberale (M. Barth, Grämer und Louis) gewählt und von der Mehrheit dieses Ausschusses der unvermeidliche Dr. Förg

als Referent aufgestellt. Daß dieser, welcher am 19. Juli die Neutralität Baierns beantragt hatte, nun die Verwerfung der Verträge vorschlagen werde, durfte sicher angenommen werden. Und damit stand er nicht allein, sondern die Disciplin war eine so straffe, daß am 29. December der Ausschuß mit 12 gegen 3 Stimmen diese Verwerfung beantragte. Die Sache vollends zum Abschluß zu bringen, beeilten sich die „Patrioten“ gar nicht. Obgleich das Hauptquartier zu Versailles und ganz Deutschland wünschten, daß die Verträge bis zum 31. December von allen Landtagen geprüft und genehmigt sein möchten, damit das neue deutsche Reich vom 1. Januar 1871 an datirt werden könne, so begann doch die Debatte über die Verträge in der Abgeordnetenkammer erst am 11. Januar. Die Reichsrathskammer nahm die Berathung dieser wahrhaft brennenden Frage noch am 30. December vor. Die meisten Redner waren für Annahme der Verträge, weil man der Nothwendigkeit Rechnung tragen müsse. Fürst Hohenlohe beklagte die Sonderstellung, welche Baiern in dem Vertrage sich gewahrt habe; doch wollte er damit den Männern, welche denselben zu Stande gebracht, ihr Verdienst nicht schmälern. „Denn der Vertrag in seinen Einzelheiten tritt zurück vor der großen Thatsache des neugegründeten deutschen Reiches.“ Die Verträge wurden von der Reichsrathskammer mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Die Ratifikationsurkunden der Verträge zwischen dem norddeutschen Bund und Württemberg, Baden, Hessen wurden am 30. December in Berlin ausgetauscht, und so wurde bei der Rücksichtslosigkeit der bairischen „Patrioten“ auf Baiern keine weitere Rücksicht genommen und vom 1. Januar 1871 der norddeutsche Bund zum „deutschen Reich“ erweitert.

---

## Das Verhalten der neutralen Staaten.

In den ersten Kriegswochen hatte die französische Regierung alles aufgeboten, um die neutralen Mächte für sich zu gewinnen. Der Herzog von Cadore reiste nach Dänemark, Schweden und Holland, Fürst Latour d'Auvergne eilte nach Wien, Prinz Napoleon suchte seinen Schwiegervater in Florenz auf, General Fleury conferirte in Petersburg mit dem Fürsten Gortschakoff. Mit Oestreich und Italien ließ sich am ehesten etwas machen. Graf Beust suchte zuerst eine Neutralitätsliga mit Italien und England zu stiften, mit dem ausgesprochenen Zweck, den Frieden möglichst bald wieder herzustellen, die Integrität des französischen wie des preussischen Ländergebietes aufrecht zu erhalten, dabei aber einer eventuellen Auflösung des norddeutschen Bundes keine Hindernisse in den Weg zu legen. Die Reise des österreichischen Diplomaten, Grafen Bisthum, nach Florenz stand mit diesem Plane in Verbindung. Italien wies ihn nicht von sich, machte aber seine Zustimmung von der Englands abhängig, und dieses wies ihn zurück. Darauf agitirten Oestreich und Italien für den anderen Vorschlag, daß die neutralen Mächte wenigstens keine übermäßige Vergrößerung einer der kriegführenden Parteien zugeben sollten. Da aber Rußland dagegen protestirte, so wurde auch hievon abgestanden. So brachten es die neutralen Mächte, England, Rußland, Oestreich und Italien, zu nichts weiter als zu der gemeinsamen Erklärung, daß keiner von diesen vier Staaten aus der Neutralität heraustreten sollte, ohne vorher den anderen seine Gründe hiefür mitgetheilt zu haben. Dies war eine sehr unschuldige Koalition, der man deutlich ansah, daß die zwei Staaten, Oestreich und Italien, welche bereits viel vom „europäischen Gleichgewicht“ sprachen, gegen Deutschland nur deswegen die Tugend der Enthaltksamkeit übten, weil sie sich vor dem erwachten deutschen Volksgeiste fürchteten und vor dem entschiedenen Auftreten Rußlands sich zurückzogen. Von allen europäischen Regierungen ist es die russische allein, welche eine durchaus loyale Haltung gegen Deutsch-

land annahm und bewahrte. Der russische Kaiser hatte Preußen seine wohlwollende Haltung während des Krimkrieges und im Jahre 1863 während der polnischen Unruhen, als England, Frankreich, Oestreich ihre unverfälschten Interventions=Noten nach Petersburg schickten, nicht vergessen. Er erklärte beim Beginn des Krieges, daß Rußland streng neutral bleiben werde, so lange alle anderen Mächte es auch bleiben; daß aber, so bald eine dritte Macht sich am Kriege betheiligen und auf Seiten Frankreichs treten würde, Rußland der Bundesgenosse Preußens sein werde. Auf dies hin wußte Oestreich, was es zu thun hatte. Rußland hat durch seine für uns wohlwollende Haltung Oestreich lahm gelegt und nicht bloß Oestreich, sondern auch, unter Aufbietung seines ganzen Einflusses am Hofe zu Kopenhagen, Dänemark. So kam nur noch Italien und England in Betracht. Daß jenes, bei seiner schlechten Armee, seiner schlechten Verwaltung, seinen schlechten Finanzen, nur wegen der französischen Sympathien Viktor Emanuels und seines Hofes, einen Krieg mit seinem Bundesgenossen von 1866 allein anfangen, und daß das in kleinliche Interessen versunkene England zu irgend einer That, sei es für oder gegen Deutschland, sich erheben werde, war nicht anzunehmen. Und für den Fall, daß ähnliche Gelüste sich doch irgendwo zeigen möchten, war es gut, wenn Deutschland recht handgreiflich zu verstehen gab, daß mit der Aufstellung seiner Armeen in Frankreich seine Kräfte noch nicht erschöpft seien. In der zweiten Hälfte des August wurden daher drei Reservearmeen, am Rhein, bei Berlin und bei Glogau, gebildet. Die erstere erregte hauptsächlich die Aufmerksamkeit des Florentiner, die letztere die des Wiener Kabinetts. Sobald diese den Wink verstanden hatten und durch die fortgesetzten Siege Deutschlands sich in die Lage versetzt sahen, ihn zu befolgen, so waren diese 3 Reservearmeen ein willkommenes Material zum Nachschub für die in Frankreich operirenden Truppen.

Das einzige, wozu England nach den Bismarck'schen Enthüllungen vom 27. und 29. Juli sich aufzuraffen wagte, war die am 30. Juli an Preußen und Frankreich erfolgte Anzeige, daß, falls einer der kriegführenden Theile die Neutralität Belgiens verletze, England mit dem anderen zur Vertheidigung Belgiens kooperiren würde, ohne jedoch an dem allgemeinen Kriege theilzunehmen. Der Premierminister Gladstone lud die beiden Mächte ein, mit England hierüber einen Vertrag zu schließen, welcher ein Jahr nach dem Frie-

denßschluß rechtskräftig bleiben sollte. Graf Bismarck ermächtigte sofort den preußischen Botschafter in London zur Unterzeichnung des Vertrags; der Herzog von Gramont hatte zuerst allerhand Ausstellungen an der Fassung des Vertrags zu machen, mußte sich aber endlich, wenn auch noch so ungern, zur Unterzeichnung verstehen. Denn eine bleibende Weigerung wäre ein offenes Zugeständniß dessen gewesen, was er beharrlich ableugnete, der Eroberungsplane gegen Belgien. In der Unterhausitzung vom 1. August wurden die englischen Minister von Disraeli und Osborne aufs heftigste angegriffen, daß sie sich von der Kriegserklärung hätten überraschen, und daß sie trotz der mehrjährigen notorischen Spannung zwischen Preußen und Frankreich dennoch die englische Land- und Seemacht aus Gründen der Sparjamkeit hätten herunterkommen lassen. Das Kabinet sah sich daher auch genöthigt, eine Vermehrung der Armee um 20,000 Mann und einen außerordentlichen Kredit von 2 Millionen Pfund für Armee und Flotte zu fordern. In der Sitzung des Unterhauses vom 2. August gab Gladstone die interessante Erklärung ab, daß „ihm persönlich der russische Botschafter, Herr v. Brunnow, am 13. Juli vorgeschlagen habe, die Großmächte sollten den Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern durch ein Protokoll als genügend erklären, setzte aber hinzu, daß ihm damals dieser Rücktritt eo ipso genügend erschienen hätte, und daß der am 16. Juli officiell gestellte Antrag zu spät gekommen sei.“ Am 16. Juli kam der russische Antrag allerdings zu spät, aber trotzdem wäre ein solches Protokoll ein gewichtiges Zeugniß gegen Frankreich gewesen. Wie aber Gladstone am 13. den Rücktritt noch für genügend halten konnte, nachdem ihm Lord Lyons am 13. seine oben angeführte Unterredung mit Gramont telegraphirt hatte, ist schwer zu begreifen. Auch hieraus erzieht man das Wohlwollen Rußlands und das ängstliche, wenn nicht feige, ehrlose und pflichtvergeßene Bemühen Englands, Frankreich durchaus nichts Unangenehmes zu sagen, geschweige zu thun. Bald nach dem Schluß der Parlamentssession (am 11. August) hatte dagegen der norddeutsche Bundesgesandte Graf Bernstorff allen Grund, sich darüber zu beklagen, daß England die französische Regierung offen begünstige. Unter den Augen der englischen Regierung wurde aus den englischen Häfen eine Menge von Kohlen, Waffen und sonstigem Kriegsmaterial nach Frankreich geführt. Sowohl die Operationen der französischen Flotte in der Nord- und

Ostsee als auch die Fortsetzung des Landkrieges, namentlich nach den Tagen von Metz und von Sedan, hieng von der Möglichkeit dieser Sendungen ab. Somit betheiligte sich England indirekt an dem Kriege gegen Deutschland und begieng einen Neutralitätsbruch.

Dies veranlaßte einen lebhaften, aber erfolglosen Depeschenwechsel zwischen dem Grafen Bernstorff und dem Lord Granville. Schon am 15. August schickte jener dem letzteren ein Memorandum zu und forderte ihn auf, gegen die beiden, Kriegskontrebande ausführenden Schiffe, „Hypathia“ und „Norsemann“ einzuschreiten. Am 1. September gab er eine neue Denkschrift ein, welche Lord Granville mit einer Note vom 13. und vom 15. September beantwortete. Nachdem der englische Minister in früheren Noten dem norddeutschen Botschafter erklärt hatte, er könne nur dann einschreiten, wenn dieser positive Beweise dafür vorbringe, daß die angegebenen Lieferungen wirklich stattfinden, gieng er, obgleich ihm mehrmals die Beweise vorgelegt waren, doch nicht darauf ein, um nur nicht Frankreich etwas Unangenehmes thun zu müssen, äußerte in seiner Note vom 13., daß der offen betriebene Handel erlaubt sei, und daß die Zollbehörden nicht ermächtigt seien, demselben entgegen zu treten, und fügte in seiner Note vom 15. September noch hinzu, daß die englische Regierung die Ausfuhr von Kriegskontrebande immer nur in einem eigenen Kriege verboten habe; daß ein solches Verbot schwer auszuführen sei; daß Preußen als neutrale Macht während des Krimkrieges mehrfach die Waffendurchfuhr durch sein Gebiet nach Rußland zugelassen habe, und daß England, wenn es jetzt anders handelte, nicht eine strenge, sondern eine für Deutschland wohlwollende, also gegen Frankreich partiische Neutralität beobachten würde. Es konnte Graf Bernstorff nicht schwer fallen, in seiner Note vom 8. Oktober dieses heuchlerische Gerede in seiner ganzen Niederträchtigkeit bloßzulegen und dem Engländer an der Hand der englischen Gesetze zu zeigen, daß die Regierung zu einem Ausfuhrverbot berechtigt, daß ein solches, wenn man nur den Willen dazu habe, möglich und ausführbar, und daß es von dem neutralen England mehrmals schon erlassen worden sei, daß die während des Krimkrieges gegen Preußen vorgebrachten Beschuldigungen sich als unbegründet erwiesen hätten, und daß er für Deutschland nicht eine „wohlwollende“ Neutralität fordere, sondern nur eine durchaus unparteiische, nicht eine solche, welche nach ihrem prakti-



schen Ergebniß für Frankreich Partei nehme. Nachdem Frankreich gehörig mit Waffen versehen war und seine Flotte des Winters wegen heimkehren mußte, erklärte die englische Regierung, daß es die bereits abgeschlossenen Waffenlieferungsverträge natürlich respektiren müsse, aber vom 21. November an jede Waffenausfuhr verbiete. Und auch dieses Verbot half wenig, da auf seine strenge Durchführung nicht gesehen wurde. Kein Wunder, daß die öffentliche Meinung Deutschlands sich voll Bitterkeit über die englische Regierung aussprach. Auch in der Stimmung der englischen Bevölkerung war seit Sedan ein Umschlag eingetreten. Der Neid gegen den emporstrebenden, in so vielen Dingen konkurrirenden Nachbar regte sich, die Theilnahme für das eingeschlossene Paris, in welchem die reichen, vornehmen Engländer nicht mehr wie sonst ihre winterlichen Orgien feiern konnten, machte sich geltend, und so erhielt sich nur in wenigen gebildeten und verständigen Kreisen das Anfangs Deutschland so entschieden zugewandte Wohlwollen. Um das deutsche Hauptquartier besser zu überwachen und bei etwaigen Verhandlungen den französischen Unterhändlern mit gutem Rathe an die Hand zu gehen, schickte das englische Kabinet im November Odo Russell als diplomatischen Agenten nach Versailles.

Auch wegen Luxemburgs entstand ein Depeschenwechsel zwischen der deutschen und der englischen Regierung. Die luxemburgischen Behörden ließen während der Belagerung von Thionville Lebensmittelzüge für die französischen Truppen dahin passiren, indem sie diese Züge nicht bloß duldeten, sondern geradezu begünstigten; entflohene französische Officiere ließen sie offen und unbehelligt durch ihr Gebiet nach Frankreich reisen auf Grund von Geleitscheinen, welche der dortige französische Konsul ausgestellt hatte, und duldeten sogar, daß dieser Konsul ein förmliches Bureau auf dem Bahnhof einrichtete, um Tausende flüchtiger Franzosen nach Frankreich zu befördern. Am 18. Juli hatte Graf Bismarck der luxemburgischen Regierung angezeigt, der norddeutsche Bund werde die Neutralität des Landes achten, so lange auch Frankreich sie achte. Selbstverständlich war, daß Luxemburg selbst die durch die Neutralität auferlegten Pflichten beobachte, nicht bloß die dadurch erworbenen Rechte genieße. Obige Thatfachen standen aber damit im flagrantesten Widerspruch. Daher erließ Graf Bismarck am 3. December eine Note an die Regierung von Luxemburg und an die Garantemächte

von 1867, worin er erklärte, daß Preußen, da Luxemburg die Neutralität zu Gunsten der Franzosen verlege, in seinen militärischen Operationen sich durch keine Rücksicht auf die Neutralität des Großherzogthums mehr gebunden erachte und sich seine Entschädigungsansprüche und die nöthigen Maßregeln zur Sicherstellung gegen ähnliche Vorkommnisse vorbehalte. Lord Granville drückte in seiner Antwort vom 17. December seine Befriedigung darüber aus, daß Preußen den Vertrag vom 11. Mai 1867 nicht gekündigt, sondern sich nur freie Hand für Truppenbewegungen vorbehalten habe, setzte aber dabei voraus, daß Preußen, bevor es in Luxemburg einmarschiren lasse, sich vorher mit den Vertragsmächten verständigen werde, und äußerte die Hoffnung, daß diese Neutralitätsverletzungen von Seiten Luxemburgs sich nicht erneuern würden. Darauf erwiderte ihm Graf Bismarck in seiner Note vom 24. December sehr präcis, daß von einer vorherigen Anfrage bei den Vertragsmächten keine Rede sein könne; denn wenn z. B. Mac Mahon im August zur Unterstützung Bazaine's durch Belgien und Luxemburg nach Metz hätte vordringen wollen, so hätten die deutschen Truppen auf diesem Wege ihm folgen müssen. Sollte sich bei der Belagerung von Longwy das wiederholen, was vor Thionville geschehen sei, so werde das luxemburgische Gebiet von den deutschen Truppen besetzt werden. Auch die Entschädigungsforderung werde nicht durch die Vermittlung der Garantiemächte, sondern direct der luxemburgischen Regierung zugehen. Diese Sprache wurde in London verstanden. In Luxemburg verlangte die Kammer in ihrer Sitzung vom 21. December von der Regierung die genaueste Erfüllung der Neutralitätspflichten und die strengste Beobachtung der internationalen Rücksichten, um die freundschaftlichen Beziehungen mit dem Nachbarstaat wieder herzustellen. Die Behörden wurden angewiesen, nicht die geringste Verletzung der Neutralität sich zu Schulden kommen zu lassen oder von dem französischen Consul und sonst irgend wem zu dulden. Hinsichtlich der Zukunft war die Stimmung der Bevölkerung getheilt; ein Theil wünschte die Aufrechthaltung der internationalen Stellung des kleinen Landes und überreichte am 28. December dem Statthalter Prinzen Heinrich eine in diesem Sinne gehaltene Petition zur Uebermittlung an den König von Holland, ein anderer Theil versprach sich von dem Eintritt in das neue deutsche Reich, mit dem das Land noch durch den Zollverein verbunden war, große

Vorthelle. In Deutschland wünschte und erwartete man das Letztere, um diese Frage ein für allemal abgemacht zu sehen.

Mehr noch als durch die Luxemburger Frage und durch die Noten des Grafen Bernstorff wurde das englische Kabinet und mit ihm das ganze Land durch die russische Note vom 31. Oktober in Aufregung versetzt. In einer Circulardepesche an die Unterzeichner des Pariser Vertrags von 1856 erklärte der russische Reichskanzler, Fürst Gortschakoff, auf Befehl des Kaisers, daß Rußland durch die Beschränkungen dieses Vertrags sich von nun an nicht mehr in seiner freien Aktion im schwarzen Meere für gebunden ansehe, übrigens nicht daran denke, die orientalische Frage zu erneuern. Dieser Vertrag sei durch die Vereinigung der Moldau und Walachei zu einem Staate und durch das Einlaufen fremder Kriegsschiffe in das schwarze Meer schon wiederholt verlegt worden. Rußland könne nicht zugeben, daß ein zu Gunsten Anderer bereits verlegter Vertrag nur in denjenigen Punkten, welche die direkten Interessen des russischen Reiches berühren, unantastbar bleiben solle. Der jetzige Zustand, wozu nach Rußland nur eine bestimmte Zahl von Kriegsschiffen im schwarzen Meere halten dürfe, während die Türkei im Archipel und in den Meerengen unbegrenzte Streitkräfte unterhalten, Frankreich und England ihre Geschwader an jedem beliebigen Punkte des mittelländischen Meeres zusammenziehen und im Kriegsfall, wie ausdrücklich bemerkt sei, ungehindert mit ihren Kriegsschiffen durch die Meerengen fahren und die fast schutzlosen Küsten des russischen Reiches angreifen könnten, sei durchaus unhaltbar. Der Kaiser kündige daher dem Sultan die Special- und Zusatz-Konvention zu diesem Vertrage, worin die Zahl und Größe der Kriegsschiffe festgestellt sei, auf und mache den Unterzeichnern des Vertrags hievon in loyaler Weise Mittheilung. Er sei zu weiteren Unterhandlungen, welche zu einem billigen Abkommen führen könnten, bereit. Dieser Note waren erläuternde Schreiben beigegeben, worin unter anderem daran erinnert wurde, daß das Wiener Kabinet schon 1859 die Schädlichkeit dieses Vertrags anerkannt und zur Abänderung desselben sich bereit erklärt, und daß erst 1869 Graf Beust persönlich die nämliche Ansicht ausgesprochen habe. Dieses Auftreten Rußlands erregte in England, ebenso in Wien und in Pesth, ungeheures Aufsehen und tugendhafte Entrüstung. Nachdem die napoleonischen Verschwörer vernichtet waren, glaubte man ihre Nachfolger bereits gefunden zu

haben, eine Bismarck'sche Verschwörung bereits im besten Gange, die vielbesprochene preussisch-russische Allianz schon besiegelt zu sehen. Daß das Hauptquartier in Versailles seine Hand in diesem Spiele habe, daran zweifelten die genannten neutralen Mächte um so weniger, als sie wenige Tage darauf erfahren mußten, daß der russische General Annenkoff am 8. November im Namen des Kaisers in Versailles dem Kronprinzen von Preußen die Ernennung zum russischen Feldmarschall angezeigt habe, welche Würde auch dem Prinzen Friedrich Karl verliehen wurde. Dieses Mißtrauen wurde von der provisorischen Regierung in Paris und in Tours eifrig geschürt; denn man hoffte dort, England dadurch zu einem entschiedenen Auftreten gegen Rußland und Preußen, wenn nicht gar zu einer Kriegserklärung zu vermögen und darin den längst ersehnten Ableiter für die Frankreich bedrohenden Blitze zu finden. Und da es sich um eine maritime Streitfrage und um ein türkisches Interesse handelte, so glaubte man in Frankreich der Bundesgenossenschaft des hiedurch so leicht entzündbaren Englands sicher zu sein. Eine russische Note vom 8. November an das englische Kabinet führte eine mildere Sprache, beharrte aber auf der früheren Erklärung, denn das „nationale Gefühl protestire gegen die Verpflichtung des Vertrages von 1856,“ und hoffte das gute Einvernehmen bald wieder hergestellt zu sehen. Eine ähnlich lautende zweite Note wurde am 10. November in Wien überreicht. Die Antwortschreiben Lord Granville's vom 10. und des Grafen Beust vom 16. November sprachen sich sehr scharf dagegen aus, daß Rußland sich einseitig von dem Vertrage oder von einer einzelnen Bestimmung desselben lössage, während es den Mitunterzeichnern hätte seinen Wunsch unterbreiten sollen, daß die die russischen Interessen benachtheiligenden Punkte des Vertrags durch eine gemeinschaftliche Prüfung und Verathung abgeändert werden. Allmählich aber legte sich der Kriegseifer, zumal da man sah, daß die zunächst betheiligte Macht, die Türkei, die Sache mit orientalischem Gleichmuth auffasse. In der Sache konnte man Rußland nicht Unrecht geben, und wegen einer undiplomatischen Form der Aufkündigung wollte niemand zum Schwert greifen und die orientalische Frage, die ja von Rußland nicht berührt wurde, erst recht entzünden. Es nahmen daher sämtliche Großmächte und die Pforte den vom Grafen Bismarck am 26. November ihnen gemachten Vorschlag an, die Pontusfrage in einer Konferenz zu Lon-

don näher zu prüfen und zu regeln. Durch diese preussische Vermittlung wurde die Streitfrage wieder in ein friedliches Geleise gebracht. Die Konferenz kam erst im Januar zusammen. In Rußland erregte die Note vom 31. Oktobre große Befriedigung. Von vielen Städten und Korporationen liefen Dankadressen an den Kaiser ein. Die übrigen Verhältnisse im Osten boten wenig Interessantes dar. Nur in Rumänien schien es durch die Umtriebe der rothen Partei zu einem Bruche kommen zu wollen. Dieselbe erregte am 20. August in Plojesti einen Aufstand, der den Sturz des Fürsten und die Einsetzung einer aus Goleşco, Ioan Ghika und Ioan Bratiano bestehenden provisorischen Regierung zum Zweck hatte. Die Verschwörung wurde durch Truppen unterdrückt, mehrere Theilnehmer gefangen, aber durch die Geschworenen später freigesprochen. Die am 27. November wieder eröffnete Kammer zeigte sich gegen den Fürsten Karl und gegen das Ministerium Epureano sehr feindselig, verwarf die zur Bewilligung vorgelegte Anleihe und erließ am 21. December eine Adresse an den Fürsten, welche einem Mißtrauensvotum gleichkam. Darauf gab am 25. das Ministerium seine Entlassung, und am 29. bildete Ioan Ghika als Führer der Kammermehrheit, auf den Wunsch des Fürsten, ein neues Ministerium. Der Fürst sah die Sache so bedenklich an, daß er in einer geheimen Denkschrift an die Großmächte ihnen die Unhaltbarkeit der bestehenden Verfassungszustände auseinandersetzte und sie auf eine Katastrophe vorbereitete.

Raum in irgend einem Lande war bei Beginn des Krieges die Begeisterung des Volkes für Deutschland eine so große wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Kaiser Napoleon war dort, wegen seiner Begünstigung der Rebellenstaaten während des amerikanischen Bürgerkrieges und wegen der Aufrichtung des mexikanischen Kaiserthrones, in hohem Grade verhaßt, und die 6 Millionen Deutsche, welche in der Union wohnen, kleinlichen Stammeseifersüchteleien längst entfremdet, sahen hoffnungsvoll die Zeit herankommen, wo Deutschland die ihm gebührende Rolle in Europa einnehmen werde. In allen Städten, wo Deutsche waren, wurde für die Verwundeten der alten Heimat gesammelt und nach den Tagen von Wörth, Metz und Sedan Siegesfeste veranstaltet. Die Deutschen fühlten sich mehr als sonst in dieser gemischten Bevölkerung und nahmen von da an eine zuversichtlichere Haltung an. Präsident

Grant erklärte in seiner Proklamation vom 22. August, daß die Union in dem deutsch-französischen Kriege strenge Neutralität beobachten werde, daß jeder seine Sympathien für die eine oder die andere der beiden Mächte ungehindert ausdrücken dürfe, daß aber direkte oder indirekte Unterstützung der Kriegführenden verboten sei. Damit stand nun freilich das, was vom Oktober an geschah, in grellem Widerspruch. Auch in der Union bewirkte der Tag von Sedan und die Errichtung der französischen Republik einen Umschwung in der öffentlichen Meinung. Die Deutschen ließen sich nicht täuschen; auch die tieferen Politiker und die soliden Gebildeten huldigten nicht dem Gözenthum eines bloßen Namens; aber die große Masse, welche sich durch ein Schlagwort begeistern läßt, sprach mit erkünstelter Sentimentalität von der französischen Schwesterrepublik und das katholische Element der zahlreichen Irländer fühlte sich vorweg zu den Glaubensgenossen hingezogen. So kam es, daß das Verbot des Präsidenten nicht beachtet und die Ausfuhr von Kriegsmunition und Waffen aufs schwunghafteste betrieben wurde, wobei es freilich auch vorkam, daß trotz aller Sympathien die republikanischen Nordamerikaner ihre Käufer schamlos betrogen und ihnen die schlechteste Waare für theures Geld lieferten. Der Präsident verbot zwar in seiner Proklamation vom 8. Oktober, daß die Schiffe der kriegführenden Mächte die amerikanischen Häfen als Beobachtungspunkte für den Abgang von Schiffen und zur Empfangnahme von Kriegsmaterial benutzen, gestattete solchen Schiffen einen nur 24stündigen Aufenthalt in den Häfen, und forderte am 13. Oktober die Bundesbeamten auf, diejenigen Leute, welche zu Kriegszwecken Mannschaften anwerben und Schiffe ausrüsten, vor Gericht zu stellen; aber dem Unfug der Waffenausfuhr konnte er damit nicht steuern. In seiner Botschaft, welche er nach dem Wiederzusammentritt des Kongresses am 4. December erließ, theilte er demselben mit, daß der amerikanische Gesandte in Paris, Washburne, mit dem Schutze der Deutschen in Frankreich betraut worden sei und diesen Schutz in einer Deutschland zufriedenstellenden Weise ausgeübt habe. Derselbe hatte nach Einsetzung der Republik die Weisung erhalten, die neue Regierung anzuerkennen und zu beglückwünschen. „Von der neuen Regierung wurden wir ersucht, uns, gemeinschaftlich mit den europäischen Mächten, um Herstellung des Friedens zu bemühen. Unsere Antwort lautete dahin, daß die

feststehende Politik und das wahre Interesse der Vereinigten Staaten es diesen verbieten, sich gemeinschaftlich mit europäischen Mächten in europäische Fragen einzumischen.“ Hinsichtlich der Alabama-Angelegenheit bedauerte die Botschaft, daß England die amerikanischen Ansprüche noch nicht anerkannt habe, und empfahl dem Kongreß die Ernennung einer Kommission, welche den Betrag und die Stichhaltigkeit dieser Ansprüche prüfen und dieselben dem englischen Bevollmächtigten in Washington vorlegen solle. Daß der Senat dem Vertrag über die Annectirung St. Domingo's die Ratifikation verweigert hatte, bedauerte der Präsident und stellte die Erwerbung dieser Insel für die Vereinigten Staaten als äußerst vortheilhaft hin. In Folge dessen ermächtigte der Senat in seiner Sitzung vom 22. December den Präsidenten, drei Kommissäre zu ernennen und nach St. Domingo zu schicken, um sich von der politischen Lage der Insel zu unterrichten und die Bedingungen, unter welchen dieselbe die Annectirung wünsche, kennen zu lernen.

Am sonderbarsten unter allen Staaten Europa's verhielt sich während des Krieges Spanien. Obgleich derselbe in einer spanischen Thronkandidatur seinen Anlaß gefunden und das französische Kabinet durch die Erklärung, daß es die hohenzollernsche Kandidatur nie dulden werde, eine Annahmung ohne Gleichen gegen Regierung und Volk in Spanien sich erlaubt hatte, so that doch Spanien hintendrein, als ob diese Sache es gar nichts angeinge, und nachdem der eine Bräutigam abgesagt hatte, sah es sich nach einem anderen um. In der Cortessitzung vom 3. November theilte Marschall Prim den Volksvertretern mit, daß er mit dem zweiten Sohne des Königs Viktor Emanuel, dem Prinzen Amadeo von Stalien, Herzog von Aosta, wegen Annahme der spanischen Krone in Unterhandlungen getreten sei, und daß derselbe die Kandidatur angenommen habe. Am 16. November war die Königswahl: 191 Stimmen wurden für den Herzog von Aosta abgegeben, 25 für den Herzog von Montpensier, 8 für Espartero, 2 für den Prinzen Alfons, 60 für die Föderativrepublik, 3 für die einheitliche Republik. Der Abstimmung enthielten sich 17. Die Erbkönigin Isabella und der Prätendent Don Karlos protestirten am 21. November und am 8. December gegen die Rechtmäßigkeit der Königswahl. Die Civilliste des neuen Königs wurde auf 6 Millionen Franken, die des Thronfolgers auf eine halbe Million festgesetzt. Am 4. December

empfieng der Herzog von Aosta in Florenz die spanische Königsdeputation und erklärte, daß er die dargebotene Krone annehme. Er reiste an 26. von Italien nach Spanien ab, aber bevor er den Boden seines neuen Königreiches betrat, wurde Marschall Prim, als er nach der Cortessitzung durch die Straße Alcalá fuhr, durch mehrere Schüsse tödlich verwundet. Dies geschah am 28. December; am 30. erlag Prim seinen Wunden. Manche meinten, der ehrgeizige, zu Verschwörungen geneigte Marschall sei für den König Amadeo zu guter Stunde gestorben. Der letztere landete am 30. December in Cartagena, wo er von Topete, welcher interimistisch das Präsidium des Ministerraths an Prim's Stelle übernommen hatte, begrüßt und vom Volke gut aufgenommen wurde.

Diejenigen Staaten, welchen Deutschland am meisten zu mißtrauen hatte, waren (außer dem kleinen Dänemark) Oestreich und Italien; jenes, weil die einflußreiche Kriegspartei schon längst auf eine Gelegenheit sann, ihre „Rache für Sadowa“ auszuspielen, dieses wegen der Charakterlosigkeit des Hofes. Daß es bei beiden nicht sowohl am Willen als am Können fehlte, und daß letzterem deutsche Niederlagen wunderbar aufgeholfen hatten, ist schon gezeigt worden. In wie weit Graf Beust an diesen kriegerischen Anwandlungen sich theiligt hat, ist schwer zu sagen. Daß er in die Pläne des Tuilerien-Kabinetts eingeweiht war, geht aus der Unterredung hervor, welche er am 13. Juli mit dem englischen Botschafter in Wien, Lord Bloomfield, gehabt hat. Letzterer berichtete hierüber Lord Granville: „Sr. Exc. schien durch den Rücktritt des Prinzen Leopold etwas beruhigt, aber er schien nicht überzeugt zu sein, daß diese Erklärung hinreichen werde, die Forderungen der französischen Regierung zufriedenzustellen. Er habe alles Mögliche gethan, um Frankreich davon abzubringen, die Angelegenheit zum Aeußersten zu treiben, aber er schien nicht viel Vertrauen auf seine Macht zu setzen, viel zuwege zu bringen, und sein Eindruck ist der, daß nichts im Stande sein wird, den Fortgang der Ereignisse zu hindern. Daß Frankreich auf die Sympathien der süddeutschen Staaten nicht rechnen dürfe, wisse er gewiß und habe dies auch der französischen Regierung mitgetheilt“. Zwei Tage vorher hatte er zu dem Botschafter gesagt, „die Verzögerung und offenkundige Ironie, mit welcher die preussische Presse die Angelegenheit behandle, habe nur dazu gedient, die Gereiztheit in Paris zu steigern.“ Aus die-



jen Worten läßt sich auch bei dem besten Willen kein Wohlwollen für Deutschland herauslesen, wohl aber eine theilnehmende Rücksichtnahme auf das „reizbare“ Frankreich. Wollte das finanziell zerrüttete und politisch zerklüftete Oestreich am Kriege sich in keiner Weise betheiligen, so that es am besten daran, keinen Gulden für Rüstungen auszugeben. Denn es war in dem glücklichen Falle, von keiner Seite her einen Angriff fürchten zu müssen. Aber in dem am 18. Juli unter dem Vorßiß des Kaisers gehaltenen Reichsministerrath, welchem auch der östreichische und der ungarische Ministerpräsident beiwohnten, wurde eine zuwartende, beobachtende Neutralität beschloffen, was nicht ausschloß, „daß die Regierung für die Sicherheit der Monarchie wache und ihre Interessen beschütze, indem sie sich in die Lage versetze, jede mögliche Gefahr abzuhalten.“ Zu dieser beobachtenden Neutralität gehörten bedeutende Ankäufe von Pferden für die Reiterci und Artillerie, die Erhöhung des Standes der verfügbaren Truppen und die Vorbereitungen zu Befestigungen an der Ennslinie und im Böhmerwald, zu Schanzenbauten bei Krakau und bei Exeries und zu Errichtung von Lagern. Erst nach den Siegen von Wörth und Spicheren wurden Befehle gegeben, die Befestigungsarbeiten einzustellen, die Truppenrüstungen jedoch erst nach dem Tag von Sedan eingestellt. Die Stimmung der Bevölkerung war, wie dies in dem so nationalitätenreichen Lande nicht anders sein konnte, eine sehr verschiedene. Die Deutsch-Oestreicher hielten fest zu ihrem Stammland und verlangten Einhaltung der strengsten Neutralität; der Abgeordnete Rechbauer in Steiermark sagte in einem Aufruf vom 23. Juli: „Gingedenk wollen wir bleiben, daß jeder Schlag, welcher Deutschland trifft, auch unsere Kraft erschüttert.“ Sammlungen für die Verwundeten der deutschen Heere wurden veranstaltet. Die Regierung zeigte sich in der Aufrechthaltung ihrer Neutralität erstaunlich skrupulös und verbot in Wien und in Graz deutsche Versammlungen. Die Oezchen, die Polen und die herrschende Partei in Ungarn verhehlten ihre Sympathien für Frankreich nicht. In Lemberg wurde am 18. August auf die französische Siegesbülletin hin ein Umzug mit Fahnen und eine Illumination veranstaltet, ohne daß der Statthalter einer so skrupulösen Regierung es zu hindern suchte. Der Hofrath Klaczko, welchen Graf Buust im vorigen Jahre sich von Paris in sein Ministerium des Auswärtigen verschrieben und der zu Ende Juli's

eine Mission nach Paris übernommen hatte, hielt am 29. August im galizischen Landtag eine fulminante Rede gegen Deutschland, dessen „gefährliche Bärennatur“ in der Geschichte Oesterreichs verzeichnet sei, sprach von dem civilisatorischen Verfall Frankreichs wie der bestbezahlte französische Chauvinist und stellte den Antrag, daß der Landtag in seiner Adresse an den Kaiser seine Sympathien für Frankreich ausdrücke. Klaczko erhielt zwar am 5. September die von ihm erbetene Entlassung; aber was ist von dem Preussischen Ministerium zu halten, wenn einer seiner Hofräthe so zu sprechen magt?

Am 20. August wurden die meisten Landtage eröffnet, um Angesichts der folgenschweren Ereignisse die Wahlen zum Reichsrath ohne Aufschub vorzunehmen. In Böhmen, wo die Czechen und die Feudalen bei den Landtagswahlen gesiegt hatten, beharrte die Mehrheit auf der Anerkennung des „böhmischen Staatsrechts“ von Seiten der österreichischen Regierung, ignorirte die Staatsgrundgesetze vollständig und erklärte den nicht nach böhmischem Recht gewählten Landtag für eine „Versammlung“, nicht für einen „Landtag“. Die Czechen und Feudalen schlugen eine Adresse vor, in welcher ihre Forderungen präcisirt waren, die Rechtsbeständigkeit des Landtags geleugnet, die Reichstagswahlen verweigert und die Bereitwilligkeit ausgesprochen wurde, Abgeordnete in die Delegationen als die Gesamtvertretung aller Königreiche und Länder der Monarchie aus ihrer Mitte zu entsenden und eine Deputation zu Verhandlungen über einen föderalistischen Ausgleich mit den übrigen Königreichen und Ländern zu wählen. Der Antrag der 77 deutschen Abgeordneten, den Landtag als gesetzliche Vertretung Böhmens anzuerkennen und die Reichsrathswahlen vorzunehmen, wurde am 14. September mit 147 gegen 77 Stimmen verworfen, worauf die Deutschen den Saal verließen und die Adresse nun einstimmig angenommen wurde. Der Reichsrath trat, zunächst ohne die böhmischen Abgeordneten, am 15. September wieder zusammen und wurde am 17. vom Kaiser mit einer Thronrede eröffnet, worin der böhmischen Renitenz sehr milde gedacht und als Aufgabe der Session bezeichnet war, die Delegationswahlen vorzunehmen und die Ordnung einer Reihe von Verhältnissen zwischen der katholischen Kirche und der Staatsgewalt zu begründen, was durch die am 30. Juli erfolgte förmliche Aufhebung des Konkordats nothwendig geworden

war. Ein kaiserliches Reskript vom 29. September beantwortete die am 19. von einer czechischen Deputation überreichte Adresse dahin: „der Kaiser sei bereit, die Untheilbarkeit und Unveräußerlichkeit Böhmens unverbrüchlich zu verbriefen und sich mit der Krone Böhmens krönen zu lassen, wolle auch gern die Beziehungen Böhmens zur Gesamtmonarchie einer Revision unterwerfen lassen; aber eine Verständigung sei nur auf dem Boden der Verfassung, der Staatsgrundgesetze möglich. Der Landtag werde hiemit aufgefordert, die Reichsrathswahlen ungefäumt vorzunehmen.“ Als der böhmische Landtag am 4. Oktober bei seinem Standpunkt beharrte und die Wahlen zum zweitenmal verweigerte, so wurden durch ein kaiserliches Patent direkte Reichsrathswahlen angeordnet und zugleich der Reichsrath bis zum 7. November vertagt. Die direkten Reichsrathswahlen gaben am 3. November das Ergebnis, daß 24 Verfassungstreue und 36 sogenannte „Deklaranten“ gewählt wurden, welche letztere ihrer böhmischen Deklaration treu blieben und sich bloß wählen ließen, um sofort ihr Mandat wieder niederzulegen. Nur die 24 Verfassungstreue traten in den Reichsrath ein und verstärkten die Reihen der deutschgesinnten Partei. Im Reichsrath begann nun die Adreßdebatte. Die Adresse des Herrenhauses vom 17. November und die des Abgeordnetenhauses vom 19. sprachen sich gleich stark für Aufrechterhaltung der Verfassung, gegen die „Versuche eines Ausgleichs zwischen unvereinbarlichen, sich wechselseitig ausschließenden Gegensätzen“ aus und enthielten ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Potocki. Auf dies hin übergab dasselbe dem Kaiser am 23. November sein Entlassungsgesuch. Dasselbe wurde vom Kaiser zwar angenommen; doch zog sich die Bildung eines neuen Ministeriums bis in das folgende Jahr hinaus. Nachdem die Delegationswahlen von beiden Häusern vorgenommen waren, wurde der Reichsrath am 22. November auf unbestimmte Zeit vertagt und am 24. die Delegationen in Pesth eröffnet. Denselben wurde das ordentliche Budget für 1871 vorgelegt und außerdem als außerordentliche Ausgabe für das Militärwesen 60 Millionen fl. gefordert und zwar 19 Millionen für die Rüstungen während des deutsch-französischen Krieges und 41 Mill. für weitere Erfordernisse. Die eigentliche Thätigkeit der Delegationen begann erst im Januar, da sie sich am 17. December bis zum 10. Januar vertagten. Die Czechen ließen sich durch die Maßregeln der Regierung

von ihren staatsrechtlichen Grundsätzen nicht abbringen, und damit im Rath der Großmächte ihre Stimme nicht ungehört bleibe, richteten ihre Führer am 8. December im Namen der „politischen Nation der Böhmen“ eine Denkschrift an den Reichskanzler, worin sie ihm ihre Ansichten über die auswärtige Politik des Reiches, ihre Antipathien gegen Deutschland, ihre Sympathien für Frankreich und für Rußland kundgaben und in dem Pontus-Streit sich auf die Seite Rußlands stellten. In seiner Erwiderung vom 14. December sagte Graf Beust, „er schicke ihnen die Denkschrift, zu deren Erlassung sie gar nicht berechtigt seien, zurück. Die Verträge über das Schwarze Meer, für welche sie sich so lebhaft interessiren, stehen in keiner engeren Beziehung zu ihnen als zu jedem anderen Volkstamm Oesterreichs. Es warne sie, die Grenzlinien ihrer Befugnisse nicht zu überschreiten. Ein solches Gebahren würde nirgends, auch nicht in einer Republik, geduldet werden.“ Bei solchen Kämpfen mit dem Partikularismus der Einzelländer fiel es um so mehr auf, daß der österreichische Ministerrath den der Staatsverfassung entgegenstehenden Beschluß des Tiroler Landtags, daß die Tiroler Landwehr nur mit Zustimmung des Landtags außerhalb der Landesgrenzen verwendet werden dürfe, dem Kaiser zur Sanktion empfahl und dieser am 23. November den Beschluß genehmigte.

Am meisten Aufmerksamkeit erregte am Schluß des Jahres ein Depeschenwechsel zwischen dem Pariser Hauptquartier und dem Reichsministerium in Wien. In einer Depesche des Grafen Beust an den österreichischen Gesandten in Berlin vom 5. December hieß es, daß der preussische Gesandte in Wien, Herr v. Schweinitz, schon vor einiger Zeit den Grafen Beust auf eine Mittheilung vorbereitet habe, welche den Wunsch und die Hoffnung ausdrücken werde, daß das Verhältniß des neugestalteten Deutschlands zur österreichisch-ungarischen Monarchie den Charakter aufrichtiger und dauerhafter Freundschaft an sich tragen werde. Graf Beust habe einer solchen Mittheilung eine günstige Aufnahme zugesichert; denn man beabsichtige, der Logik der mächtigen Ereignisse nicht das Recht des Prager Friedensvertrags entgegenzustellen. Darauf zeigte Graf Bismarck, in seiner Depesche vom 14. December an den norddeutschen Gesandten in Wien, der österreichischen Regierung die neue Gestaltung der deutschen Verhältnisse an, erwähnte dabei des Prager Friedens und der Süddeutschland betreffenden Bestimmungen des-

selben und drückte die Ueberzeugung aus, daß Deutschland, dessen nationale Bestrebungen und Bedürfnisse nun befriedigt seien, in die freundschaftlichsten Beziehungen zu Oestreich treten werde. „Deutschland und Oestreich-Ungarn, wir dürfen es zuversichtlich hoffen, werden mit den Gefühlen des gegenseitigen Wohlwollens auf einander blicken und sich der Förderung der Wohlfahrt und des Gedeihens beider Länder die Hand reichen.“ Die Antwort des Grafen Beust vom 26. December ließ sich auf den Prager Frieden und die süddeutschen Verträge nicht näher ein, da „die Vermeidung einer Diskussion in dieser Richtung in beiderseitigem Interesse liege,“ erblickte „in der Einigung Deutschlands unter Preußens Führung einen Akt von historischer Bedeutung, eine Thatsache ersten Rangs in der modernen Entwicklung Europa's“, glaubte jetzt schon bestätigen zu dürfen, „daß in allen maßgebenden Kreisen Oestreich-Ungarns der aufrichtigste Wunsch vorherrscht, mit dem mächtigen Staatswesen, dessen Gründung sich nunmehr vollziehen wird, die besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen,“ und schloß mit hoher Genugthuung mit Anführung der Thatsache, „daß jene Gesinnungen der Bevölkerung Oestreich-Ungarns auch in der Person Sr. Majestät des Kaisers und Königs einen erhabenen Schützer und Förderer finden.“ Von diesem freundschaftlichen Gedankenaustausch des Grafen Bismarck und des Grafen Beust waren die Czeken nicht erbaut. Ihre Blätter bekämpften aufs entschiedenste eine Politik, welche Oestreich zum Bundesgenossen Deutschlands machen wolle.

Die zweideutigste Politik befolgte Italien. Sie läßt sich in die zwei Sätze zusammenfassen: in den letzten Wochen des Juli und den ersten des August war Italien unter Umständen bereit, mit Frankreich gegen Deutschland zu marschiren; in den letzten Wochen des August und vollends von dem Tag von Sedan an war es bereit, die französischen Niederlagen benutzend, trotz aller Konventionen und Versprechungen im Kirchenstaat einzurücken. Die Rüstungen, welche es schon im Juli begann, hatten offenbar den Zweck, sich für beide Möglichkeiten, für eine französische und für eine deutsche Katastrophe, bereit zu halten und sie im Interesse Italiens auszubenten. Die Regierung verlangte am 25. Juli von der zweiten Kammer einen außerordentlichen Kredit von 15 Millionen für das Landheer und 1 Million für die Marine und ver-

mehrte durch Einberufung zweier Altersklassen die Armee um etwa 60000 Mann. Am 27. Juli wurden zwei weitere Altersklassen einberufen und an der römischen Grenze, angeblich aus Gründen der inneren Sicherheit, eine bedeutende Truppenmacht aufgestellt. In Folge dessen wurden die päpstlichen Truppen auf den Kriegsfuß gesetzt. Eine französische Depesche vom 2. August zeigte der italienischen Regierung an, daß Frankreich seine Occupationstruppen aus dem Kirchenstaat zurückziehe und zur Septemberkonvention zurückkehre. Darauf erwiderte der italienische Minister des Auswärtigen, Visconti-Venosta, am 4. August: „Italien werde genau den für dasselbe aus den Stipulationen von 1864 hervorgehenden Verpflichtungen nachkommen.“ Die Linke dagegen wurde nicht müde, in den Sitzungen der Kammer die Kündigung der Septemberkonvention und die sofortige Besetzung Roms zu fordern, damit das nationale Werk, welches Cavour im Jahre 1859 in die Hand genommen hatte, endlich vollendet werde. Mit der Abreise der französischen Brigade, welche, auf Befehl ihrer Regierung, den päpstlichen Truppen 42 Geschütze zurückließ, und mit den Siegen von Metz wurde die Stellung des italienischen Ministeriums bedenklicher. Die Rüstungen zu Wasser und zu Land wurden immer großartiger, der Kirchenstaat förmlich umzingelt. In seiner Circulardepesche vom 29. August machte Visconti-Venosta die auswärtigen Mächte darauf aufmerksam, daß das Florentiner Kabinet möglicherweise in die Nothwendigkeit sich versetzt sehen könnte, in der römischen Frage entscheidende Schritte zu thun. Da kam die Nachricht von der Capitulation von Sedan und von der Errichtung der Republik in Paris. Nun glaubte die Regierung nicht mehr zögern zu dürfen, wenn sie nicht den Republikanern das Feld überlassen wolle. Sie entschied sich am 6. September für die Besetzung Roms, zeigte in einer Circulardepesche vom 7. den auswärtigen Mächten diesen für die gemeinsame Sicherheit Italiens und des Papstes gleich nothwendigen Entschluß an und zeigte sich bereit, in Uebereinstimmung mit den anderen Mächten die Bedingungen der souveränen Unabhängigkeit des Papstes zu erörtern. Viktor Emanuel betrat noch im letzten Augenblick den unmöglichen Weg des friedlichen Ausgleichs. Er theilte seinen Entschluß nebst den Motiven in einem Briefe dem Papste mit und sandte mit demselben den Grafen Ponza di San Martino am 8. September als Unterhändler nach Rom. Der Graf

sollte dem Papste den Entwurf zu einer Uebereinkunft zwischen Italien und dem heiligen Stuhle vorlegen. Pius empfing zwar den italienischen Abgesandten am 11. September, lehnte aber alle seine Vorschläge ab und gab ihm einen Brief an den König mit, worin es hieß, „das Schreiben desselben sei eines anhänglichen Sohnes, der sich des katholischen Glaubens rühme und auf Loyalität halte, nicht würdig.“

Darauf rückten die italienischen Truppen unter dem General Cadorna am 11. September im Kirchenstaat ein, besetzten am 16. Civitavecchia und standen am 20. vor Rom. Der preussische Gesandte v. Arnim hatte sich am 18. noch um Verhinderung des Blutvergießens bemüht und von Cadorna einen 24stündigen Aufschub der Feindseligkeiten erbeten, um die Kurie zum Aufgeben des bewaffneten Widerstandes zu bewegen. Da der Befehlshaber der päpstlichen Truppen, General Kanzler, der Aufforderung zur Uebergabe Roms nicht Folge leistete, so schossen die italienischen Truppen am 20. September an der Porta Pia Bresche in die Stadtmauer; die päpstlichen Soldaten gaben, auf Befehl des Papstes, den Widerstand auf, und Cadorna zog unter dem Jubel des Volkes mit seinen Truppen in Rom ein. Mit Ausnahme der sogenannten Leoninischen Stadt, welche nebst dem Vatikan dem Papste überlassen blieb, wurde ganz Rom besetzt, die päpstlichen Truppen entwaffnet und entweder in ihre Heimat entlassen oder nach Civitavecchia gebracht. Kardinal Antonelli protestirte in einer Note vom 21. September an die Vertreter der Mächte gegen diese „Veraubung“, welche den Papst zu einem Gefangenen im eigenen Hause mache, am 29. richtete der Papst ein Protestschreiben an die Kardinäle, am 20. Oktober vertagte er das Concil, das im November wieder hätte zusammenkommen sollen, auf unbestimmte Zeit, „da die Väter des vatikanischen Concils nicht die nöthige Freiheit, Sicherheit und Ruhe in dieser unsrer heil. Stadt haben würden“, und erließ am 1. November eine in Genf gedruckte Encyclica an alle Bischöfe des Erdkreises, worin er aufs neue gegen die Annectirung des Kirchenstaates protestirte und alle diejenigen, welche sich, „in was immer für einer, auch ganz besonderer Erwähnung werthen Würde sie glänzen mögen“, an diesem Akt der Occupation theilhaftig hatten, in den großen Bann that. Mit diesem Blickstrahl war es begreiflicherweise zunächst auf den König, seine Minister und Generale abge-

sehen; aber es war nur ein Theaterblitz; solche Instrumente zünden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht mehr. Gleich nach der Besetzung Roms, am 22. September, halte General Cadorna die Genugthuung, die Bitte des Papstes an sich gerichtet zu sehen, daß er auch den Leoninischen Theil der Stadt Rom besetzen möchte, da die Bewohner desselben die Sicherheit des Papstes bedrohten. Die am 2. Oktober vorgenommene Volksabstimmung, woran auch der Leoninische Theil von Rom theilnahm, zeigte, auf welch schwachen Füßen dieser päpstliche Thron stand. Unter 167,548 eingeschriebenen Wählern gaben 135,291 ihre Stimmen ab, und von diesen sprachen sich 133,681 für den Anschluß an Italien, nur 1507 gegen denselben aus; 103 Stimmzettel waren ungiltig. Dieses glänzende Resultat des römischen Plebisits wurde dem König Viktor Emanuel am 8. Oktober durch eine besondere Deputation in Florenz mitgetheilt, worauf die Einverleibung dieser neuen Provinz in das Königreich Italien ausgesprochen, die Ausdehnung der italienischen Verfassung auf dieselbe angeordnet und Lamarmora, der ungeschickte General von 1866, zum Statthalter von Rom ernannt wurde. Mit Stolz sprach der König in seiner Antwort an die römische Deputation: „Jetzt kann ich endlich behaupten, daß die italienischen Völker Herren ihres Schicksals sind.“ Von diesen wichtigen Thatsachen setzte Visconti-Benosta in seiner Cirkulardepesche vom 18. Oktober die auswärtigen Mächte in Kenntniß und sprach sich zugleich darüber aus, durch was für Garantien die italienische Regierung dem Papste die freie Ausübung seiner hohen geistlichen Sendung sichern werde.

Nach Errichtung der neuen Statthaltertschaft in Rom folgten mehrere Dekrete, welche der bisherigen unduldsamen, zum Theil tyrannischen Verwaltung ein Ende machten. Ein königliches Dekret vom 13. Oktober bestimmte, daß die politischen und bürgerlichen Rechte nicht mehr vom Glaubensbekenntniß abhängen sollen, am 15. Oktober wurde die geistliche Gerichtsbarkeit in bürgerlichen und peinlichen Rechtsachen aufgehoben, am 8. November das Jesuitenkollegium geschlossen. Das Organ derselben, die gegen Deutschland so feindselige *Civiltà cattolica*, mußte in Folge dessen zu erscheinen aufhören. Die Besignahme des päpstlichen Palastes des Quirinal am 8. November veranlaßte den Cardinal Antonelli zu einem neuen Protest an die Mächte. Den Schluß bildete die Sank-



tion dieser Regierungsmaßregeln durch die Kammern. Durch Dekret vom 31. Oktober war die frühere Kammer aufgelöst und auf den 27. November Neuwahlen angeordnet worden. Der bisherige Kirchenstaat hatte 14 Abgeordnete zu wählen. Der König eröffnete am 5. December das neue Parlament durch eine Thronrede, worin er davon sprach, daß erst durch den Besitz Roms als Hauptstadt Italiens das Königreich frei und einig geworden sei, und von der künftigen Stellung des Papstes sagte: „Wir haben uns feierlich die Verpflichtung auferlegt, die Freiheit der Kirche und die völlige Unabhängigkeit des päpstlichen Stuhles in der Ausübung des religiösen Dienstes und der Beziehungen zum Katholicismus zu schützen.“ In der Sitzung vom 9. December legte die Regierung der Abgeordnetenkammer einen Gesetzentwurf über die Einverleibung Roms, einen zweiten über die Verlegung des Regierungssitzes von Florenz nach Rom und einen dritten über die dem Papste für seine persönliche und geistliche Unabhängigkeit zu gewährenden Garantien vor. Die Einverleibung wurde von dem Abgeordnetenhaus am 21. December mit 239 gegen 20 Stimmen, vom Senat am 29. mit 56 gegen 22 Stimmen genehmigt. Eine längere Debatte erregte die Frage über die Verlegung der Hauptstadt nach Rom. Die Mehrheit der Kammer wollte dieselbe schon am 1. April vorgenommen wissen; doch setzte Finanzminister Sella, der die Schwierigkeiten beleuchtete, für Parlament und Ministerium die nöthigen Räumlichkeiten bis dahin herzustellen, in der Sitzung vom 22. December es durch, daß eine Majorität von 205 gegen 119 beschloß, die Verlegung sollte erst am 30. Juni 1871 erfolgen. In Rom wartete nun alles auf die Ankunft des Königs. Sein feierlicher Einzug war auf den 10. Januar festgesetzt. Der Gedanke daran mochte ihm wohl höchst unangenehm sein. Die Nähe des Papstes genirte ihn. Er kam sich wohl in Rom neben demselben vor wie der japanische Kubo Soma, der weltliche Herrscher, neben dem geistlichen Oberhaupt, dem Dairi Soma oder Mikado. Eine große Ueberschwemmung, welche die Hälfte der Stadt Rom unter Wasser setzte, befreite ihn aus dieser Verlegenheit. Rasch faßte er den Entschluß, seinen Einzug in Rom als „Helfer in der Noth“ zu halten, traf in Begleitung von vier Ministern in der Früh des 31. Decembers in Rom ein, traf Anordnungen gegen das Unglück der Ueberschwemmung, verwilligte Geldunterstützungen und kehrte in der Nacht des

nämlichen Tages nach Florenz zurück. Dem Papste übersandte er einen Brief, worin er ihm seine Anwesenheit und die Motive derselben mittheilte. Die Alerikalen, welche für den 10. Januar eine Demonstration beabsichtigt hatten, waren sehr verblüfft über diesen königlichen Schachzug.

So hatte sich am Ende des Jahres ein Ereigniß, das sonst halb Europa in Flammen gesetzt hätte, ziemlich geräuschlos vollzogen. Italien konnte sich dafür, wie 1866 für den Erwerb Venedigs, bei den Siegern von Meß und von Sedan bedanken. Daß dem Sturze der weltlichen Herrschaft des Papstes wenig Thränen nachgeweiht wurden, hatte sich Pius IX. selbst zuzuschreiben. Der grenzenlose Hochmuth vom 18. Juli, wo dieser sehr menschliche Papst seine göttliche Unfehlbarkeit verkündigte, verdiente eine gründliche Züchtigung. Sie ist ihm zu Theil geworden auf eine Weise, daß sich das Papstthum nie mehr davon erholen wird, ist ihm zu Theil geworden gerade so wie jenem anderen frevelhaften Hochmuth, den sich Kaiser, Regierung und Volk von Frankreich erlaubten. Und Deutschland, dessen Wissenschaft, dessen freies Denken durch die Abstimmung der päpstlichen Vasallen und Kostgänger geknechtet, dessen politische Entwicklung, dessen Wohlstand, dessen freiheitliche Institutionen durch das Gramont'sche Hausknechts-Ministerium um Jahrzehnte, um Jahrhunderte zurückgeschleudert werden sollte, Deutschland steht freier, größer, mächtiger da als je, freier, größer, mächtiger als irgend ein Staat in Europa. „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.“



# Chronik

der

## Freignisse des Jahres 1870.

### Januar.

Tag		Seite
2	Das Ministerium Ollivier . . . . .	3
3	Die auswärtigen Zeitungen erhalten ungehinderten Eintritt in Frankreich . . . . .	6
3	Der bairische Landtag tritt zusammen . . . . .	113
5	Der Seinepräpekt Hausmann wird entlassen . . . . .	5
6	Die zweite öffentliche Koncilsitzung, Ablegung des tridentinischen Glaubensbekenntnisses . . . . .	53
6	Die Landesversammlung der württembergischen Volkspartei beschließt einen Adressensturm gegen das Kriegsdienstgesetz . . . . .	103
7	Minister Daru in der Senatsitzung: „Wir sind ehrliche Leute“ . . . . .	5
7	Der preussische Landtag tritt wieder zusammen . . . . .	78
8	Die Pariser Zeitungen dürfen wieder auf der Straße verkauft werden . . . . .	6
10	Ollivier verkündet im gesetzgebenden Körper die liberale Politik des Ministeriums . . . . .	5
10	Gambetta greift das neue Ministerium an . . . . .	12
10	Prinz Peter Bonaparte erschießt den Journalisten Victor Noir . . . . .	9
11	Einberufung des Staatsgerichtshofs zur Aburtheilung des Prinzen Peter . . . . .	11
11	Die „Marseillaise“ bringt einen äußerst heftigen Artikel gegen Napoleon . . . . .	12
11	Der Mord in Auteuil wird im gesetzgebenden Körper verhandelt . . . . .	13
12	Die Beerdigung Noir's verläuft ohne allzugroße Störungen . . . . .	14
12	Die „Réforme“ kündigt der Familie Bonaparte die Vendetta an . . . . .	15
12	Die bairische II. Kammer wählt Dr. Weis zu ihrem Präsidenten . . . . .	114
14	Die gerichtliche Verfolgung Rocheforts wird zu einer Kabinettsfrage . . . . .	16
15	Das östreichische Herrenhaus betont in seiner Adresse das Festhalten an der Verfassung . . . . .	65
15	Kaiser Josef nimmt das Entlassungsgesuch Taaffe's, Berger's und Potocki's an . . . . .	65
15	Reichsfinanzminister v. Becke stirbt . . . . .	66
17	Thronrede des Königs von Baiern zur Eröffnung des Landtags . . . . .	114
17	Dem Ministerium wird die Vollmacht zur gerichtlichen Verfolgung Rocheforts gegeben . . . . .	17

Tag		Seite
18	Adreßdebatte im östreichischen Abgeordnetenhaus . . . . .	66
19	Die badische II. Kammer nimmt das Stiftungsgeſetz an . . .	99
19	Die Bewohner von St. Domingo stimmen für Einverleibung in die Union . . . . .	143
20	Verhandlungen im geſetzgebenden Körper über den engliſch- franzöſſiſchen Handelsvertrag . . . . .	21
22	Kocheſort wird von dem Zuchtpolizeigericht verurtheilt . . .	18
22	Austritt der ultramontanen Tiroler aus dem öſtreichſiſchen Abgeordnetenhaus . . . . .	66
22	Virginien wird wieder in die Union aufgenommen . . . .	141
23	Die Bundesſtruppen richten ein Blutbad an unter den Indianern	144
23	Der Herzog von Montpenſier fällt bei der Abgeordnetenwahl in Oviedo durch . . . . .	147
24	Die ſpaniſchen Cortes verwerfen den Antrag auf Ausſchließung der Orleans vom Thron . . . . .	147
25	Bildung des öſtreichſiſchen Miniſteriums Haſner . . . . .	66
25	Biſchof Stroſmayer vertheidigt im Koncil die Rechte der Biſchöfe	54
28	Der geſetzgebende Körper verwirft den Antrag auf Kündigung des engliſch-franzöſſiſchen Handelsvertrags . . . . .	22
28	Annahme der Adreſſe im öſtreichſiſchen Abgeordnetenhaus . .	66
28	Rechbauer beantragt im öſtreichſiſchen Abgeordnetenhaus Auf- hebung des Konfordats . . . . .	67
28	Adreßdebatte der bairiſchen Reichsrathskammer . . . . .	115
29	Beginn der Adreßdebatte in der bairiſchen II. Kammer . . .	118
30	Der König von Baiern ladet die 12 Reichsräthe zur Tafel . .	116
30	Note des Grafen Biſmarck über die Gotthardbahn . . . . .	92

## Februar.

1	Der König von Baiern nimmt die Reichsrathsadreſſe nicht an	117
5	Das Landescomité der deutſchen Partei in Württemberg ſpricht ſich für Beibehaltung des Kriegsdienſtgeſetzes aus . . . .	104
5	Miniſterium Ghika in Rumänien . . . . .	133
7	Verhandlungen im geſetzgebenden Körper über die Verhaftung Kocheſorts . . . . .	19
7	Biſmarck's Rede im Herrenhaus über das Verhältniß des Landtags zum Reichstag . . . . .	78
8	Kocheſort wird verhaftet und nach St. Pelagin geführt . . .	19
8	Rücktritt des Miniſteriums Ghika in Rumänien . . . . .	133
8	Thronrede im engliſchen Parlament . . . . .	137
10	Depeſche des Grafen Beuſt an Antonelli wegen der 21 Fluſſſäße	62
10	Antrag im amerikaniſchen Repräſentantenhaus auf Anerkennung der kubaniſchen Aufständiſchen als kriegführende Macht . .	143
11	Entdeckung eines Komplots gegen Napoleon und ſeine Regierung	20

Tag		Seite
12	Schluß des preussischen Landtags . . . . .	78
12	Die bairische II. Kammer nimmt den Förg'schen Adressentwurf an	126
14	Thronrede bei Eröffnung des norddeutschen Reichstages . . .	79
15	Fürst Hohenlohe reicht seine Entlassung ein . . . . .	127
15	Gladstone legt dem Unterhaus die irische Landbill vor . . .	137
16	Napoleon genehmigt die Abschaffung des Dekrets über Depor- tation . . . . .	23
18	Mississippi wird wieder in die Union aufgenommen . . . . .	141
20	Depesche des Grafen Daru an Antonelli wegen der 21 Fluchsätze	62
21	Favre verlangt Auflösung des gesetzgebenden Körpers . . .	23
22	Graf Daru spricht sich über die Kammerauflösung aus . . .	23
22	Dem vatikanischen Concil wird eine neue Geschäftsordnung oktrojirt . . . . .	50
22	Beginn der Berathung über das Strafgesetzbuch im Reichstag	87
23	Debate im gesetzgebenden Körper über die officiellen Kan- didaturen . . . . .	24
23	Die badische II. Kammer nimmt das Gesetz über das Armeewesen u. s. w. an . . . . .	99
24	Kasler's Antrag auf sofortige Aufnahme Badens in den nord- deutschen Bund . . . . .	82
24	Der Reichstag genehmigt den Vertrag mit Baden über gegen- seitige Rechtshilfe . . . . .	86
25	Der Reichstag nimmt das Gesetz über die Pensionen der ehe- maligen Schleswig-holsteinischen Armee an . . . . .	87
27	Milvier beantragt die Abschaffung des Sicherheitsgesetzes . .	23

**März.**

1	Der Reichstag verwirft in erster Lesung die Todesstrafe . .	87
2	Der Reichstag lehnt den Antrag auf Zahlung von Diäten ab	87
3	Der Ausschuß beantragt im östreichischen Abgeordnetenhaus Aufhebung des Konkordats . . . . .	67
4	Antwort des Kaisers von Rußland auf die Adresse des liv- ländischen Adels . . . . .	134
5	Die badische II. Kammer genehmigt den Vertrag mit dem norddeutschen Bund über gegenseitige Rechtshilfe und spricht sich über den Kasler'schen Antrag vom 24. Februar aus . .	100
6	Der Entwurf des Unsehlbarkeits-Dogma's wird an die Bischöfe vertheilt . . . . .	55
7	Der König von Baiern nimmt die Entlassung des Fürsten von Hohenlohe an . . . . .	127
7	Der König von Baiern nimmt den Grafen Bray zum Minister des Auswärtigen . . . . .	127
8	Der Reichstag nimmt den Antrag auf Redefreiheit in allen norddeutschen Landtagen an . . . . .	87

Tag		Seite
8	Die badische II. Kammer nimmt das Gesetz über Eintheilung der Wahlbezirke an . . . . .	100
8	Die württembergische Kammer tritt zusammen . . . . .	105
8	Interpellation des württembergischen Abgeordneten Schott wegen des casus foederis . . . . .	105
9	Das Repräsentantenhaus nimmt den Antrag auf Aufnahme Georgia's in die Union an . . . . .	142
10	Die badische II. Kammer nimmt den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe an . . . . .	100
10	Annahme der Naturalisationsbill im englischen Parlament . . . . .	138
11	Die deutschen Bischöfe verlangen eingehende Konferenzen über die Unfehlbarkeit . . . . .	55
11	Die württembergische II. Kammer hält sich an dem Pariser Urmaß . . . . .	106
11	Antrag der 45 württembergischen Abgeordneten auf Herabsetzung der Präsenz . . . . .	106
12	Der Herzog von Montpensier erschießt den Don Enrique im Duell . . . . .	148
15	Texas wird wieder in die Union aufgenommen . . . . .	141
15	Der württembergische Domkapitular Danneker wünscht Wiedereinführung der geistlichen Orden . . . . .	106
16	Der Reichstag beschließt Festungsstrafe für politische Verbrechen . . . . .	87
18	Die badische I. Kammer verwirft den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe . . . . .	100
19	Antwort Antonelli's an Daru in Betreff der Koncilsbeschlüsse . . . . .	63
20	Der östreichische Minister Biskra nimmt seine Entlassung . . . . .	68
20	Delegirtenversammlung der Volkspartei in Stuttgart . . . . .	107
21	Beginn des Prozesses des Prinzen Peter vor dem Staatsgerichtshof in Tours . . . . .	25
21	Schreiben Napoleon's an Ollivier über die Aenderungen der Verfassung . . . . .	26
21	Die badische II. Kammer nimmt den Antrag auf Abkürzung der Mandatsdauer an . . . . .	100
22	Bischof Strohmayer nimmt sich im Concil der Protestanten an . . . . .	54
22	Minister von Varnbüler beantwortet die Interpellation über den casus foederis . . . . .	105
22	Das württembergische Ministerium reicht seine Entlassung ein . . . . .	108
24	Kriegsminister Leboeuf wird zum Marschall ernannt . . . . .	25
24	Mazzinistische Unruhen in mehreren Städten Italiens . . . . .	63
24	Neubildung des württembergischen Ministeriums . . . . .	109
24	Bertagung der württembergischen Kammer . . . . .	110
27	Prinz Peter wird vom Staatsgerichtshof in Tours freigesprochen . . . . .	25
27	Cirkular des württembergischen Ministers des Innern an seine Untergebenen . . . . .	111
28	Ollivier legt dem Senat den neuen Verfassungsentwurf vor . . . . .	26

Tag		Seite
29	Die galizische Landtagsresolution wird von dem Ausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses verworfen . . . . .	68
29	Die badische II. Kammer nimmt das Gesetz über Militärstrafgerichtsordnung an . . . . .	100
30	Die österreichischen Minister legen dem Abgeordnetenhaus das Nothwahlgesetz vor . . . . .	68
30	Graf Bray entwickelt in der bairischen II. Kammer sein Programm . . . . .	127
30	Präsident Grant verkündigt das Verfassungsamendement über die Gleichberechtigtkeit der Neger mit den Weißen . . .	142
31	Beschlüsse der bairischen II. Kammer über den außerordentlichen Militäretat . . . . .	128
31	Der Ausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses genehmigt den Entwurf des Nothwahlgesetzes . . . . .	69
31	Die polnischen und andern Abgeordneten legen ihr Mandat nieder . . . . .	69
31	Die österreichischen Minister verlangen vom Kaiser die Ermächtigung zur Auflösung mehrerer Landtage . . . . .	69

**April.**

1	Genehmigung des Landfriedensgesetzes für Irland . . . .	137
1	Präsident Suarez in Mexiko legt die ihm übertragene Diktatur nieder . . . . .	140
4	Die jährliche Kontingentstärke in Frankreich wird auf 90,000 Mann festgesetzt . . . . .	25
4	Debatten im gesetzgebenden Körper über den Verfassungsentwurf . . . . .	28
4	Das österreichische Ministerium Hasner reicht seine Entlassung ein . . . . .	69
4	Graf Potocki wird mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt . . . . .	69
5	Das englische Unterhaus verwirft den Antrag auf Diätenzahlung . . . . .	138
6	Die holländische I. Kammer nimmt das agrarische Gesetz an . . . . .	135
7	Das österreichische Herrenhaus erklärt sich gegen d. Föderalismus . . . . .	69
7	Schluß des badischen Landtags und Thronrede . . . . .	101
8	Rede des Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses für die Verfassung. . . . .	70
8	Der Reichstag genehmigt den Vertrag mit Hessen über gegenseitige Rechtshilfe. . . . .	86
10	Französische Depesche an Antonelli über Dogmatistung der Unfehlbarkeit . . . . .	63
11	Der Räuberüberfall von Marathon . . . . .	132
11	Das Ministerium Galesko in Rumänien dankt ab . . . . .	133
12	Bildung des Ministeriums Potocki . . . . .	72
14	Daru und Buffet treten aus dem Ministerium Olivier . . . . .	30
18	Landesversammlung der deutschen Partei in Stuttgart . . . . .	112

Tag		Seite
20	Der Senat in der Union nimmt Georgia nur unter besonde- ren Bedingungen auf . . . . .	142
20	Der französische Senat nimmt den neuen Verfassungsentwurf an	27
20	Antwort Antonelli's an Beust in Betreff der 21 Fuchsjähe . .	62
21	Eröffnung des Zollparlaments . . . . .	93
23	Ein kaiserliches Dekret beruft das französische Volk zur Ab- stimmung über den Senatskonsult . . . . .	30
23	Depesche des preussischen Gesandten v. Arnim an Antonelli über die Dogmatisirung der Unfehlbarkeit . . . . .	63
24	Napoleon's Proklamation an sämtliche Wähler Frankreichs .	30
24	Rundschreiben der französischen Minister an die Beamten we- gen des Plebiszits . . . . .	32
24	Dritte öffentliche Konzilsitzung, Annahme des Schema's über den Glauben . . . . .	55
25	Olivier's Schreiben an seine Wähler wegen des Plebiszits .	32
25	Wahl des Präsidiums im Zollparlament und Rede des Fürsten Hohenlohe . . . . .	94
26	Der Großherzog von Hessen kommt in Berlin an . . . . .	98
27	Das Zollparlament genehmigt den Vertrag mit Mexiko . .	94
27	Die Gesehen-Führer kommen nach Wien zu Unterhandlungen mit Potocki . . . . .	74
28	Rundschreiben des Grafen Beust über das Programm des Mi- nisteriums Potocki . . . . .	74
29	Beginn der Berathungen des Zollparlaments über den Ver- einzolltarif . . . . .	95

### Ma i.

1	Der Ahehive von Aegypten fügt sich den türkischen Forderungen	133
2	Der holländische Kriegsminister legt der II. Kammer den Ent- wurf zu einem Befestigungssystem vor . . . . .	135
2	Das englische Unterhaus verwirft den Antrag auf einen parla- mentarischen Ausschuß zur Untersuchung der Klöster . . .	138
3	Das Zollparlament verwirft die beantragte Verminderung des Eingangszolls auf Roheisen . . . . .	96
4	Das Zollparlament verwirft die beantragte Erhöhung des Kaf- feezolls . . . . .	96
4	Der württembergische Kultusminister v. Geßler . . . . .	109
4	Annahme des Schema's über den kleinen Katechismus im Konzil	55
5	Das Zollparlament genehmigt den Handelsvertrag mit den Hawai'schen Inseln . . . . .	94
5	Das Zollparlament nimmt den Bamberger'schen Antrag auf Herstellung der Münzeinheit an . . . . .	94
6	Das Zollparlament nimmt den Patow'schen Antrag an . .	96
6	Vervollständigung des Ministeriums Potocki . . . . .	72



Tag		Seite
7	Die „Grazer Tagespost“ weiß Näheres über den Minister Baron v. Widmann . . . . .	73
7	Das Zollparlament nimmt den neuen Vereinszollltarif an . . .	97
7	Schluß des Zollparlaments . . . . .	97
8	Die Volksabstimmung in Frankreich über den Senatskonsult .	35
9	Unruhestörungen in Paris . . . . .	36
11	Die holländische II. Kammer nimmt das agrarische Gesetz an .	135
11	Napoleon's Schreiben an Cantobert wegen der Abstimmung der Truppen . . . . .	36
13	Der Wiener Gemeinderath protestirt gegen die Berufung des Ministers v. Widmann . . . . .	73
13	Kaiser Alexander kommt in Berlin an . . . . .	93
13	Das englische Unterhaus verwirft den Antrag auf Ertheilung des Stimmrechts an unverheiratete Damen . . . . .	138
14	Beginn der Concilsverhandlungen über die Unfehlbarkeit . . .	57
15	Der Herzog von Gramont wird auswärtiger Minister . . . .	40
16	Potocki reist nach Prag zu Unterhandlungen mit den Ozechen	74
16	Berathung des preussischen Ministeriums über die Beschränkung der Todesstrafe . . . . .	88
16	Unterzeichnung des englisch-amerikanischen Naturalisationsvertrags . . . . .	138
18	Der „Constitutionnel“ schlägt bereits einen kriegerischen Ton an	41
19	Der Herzog v. Salbanha macht sich durch Gewalt zum Ministerpräsidenten von Portugal . . . . .	146
20	Der Reichstag genehmigt das Gesetz über das Autorenrecht . .	87
21	Der Reichstag genehmigt das Gesetz über Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit . . . . .	87
21	Graf Bismarck kommt von Varzin nach Berlin zurück . . . .	88
21	Justizminister Leonhardt vertheidigt die Ansicht der Regierung über Bestrafung des Hochverraths . . . . .	89
21	Auflösung des östreichischen Abgeordnetenhauses und der Landtage außer dem böhmischen . . . . .	75
21	Dem Kaiser Napoleon wird das Gesamtergebniß der Volksabstimmung vorgelegt . . . . .	37
22	Versammlung von Vertrauensmännern der deutsch-liberalen Partei in Wien . . . . .	76
23	Der östreichisch-ungarische Reichsfinanzminister v. Louvay . .	66
23	Der Reichstag genehmigt das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz . . . . .	87
23	Rede Bismarck's für Beibehaltung der Todesstrafe . . . . .	89
23	Der Reichstag nimmt den Antrag auf principielle Beibehaltung der Todesstrafe an . . . . .	90
23	Das englische Unterhaus nimmt die irische Landbill an . . . .	138
24	Der Reichstag nimmt den Antrag auf Beibehaltung der Todesstrafe bei Fürstenmord und Versuch desselben an . . . . .	91

Tag.		Seite
24	Proklamation des Präsidenten Grant wegen beabsichtigter Feuereinfälle in Kanada . . . . .	141
25	Endgiltige Annahme des Strafgesetzbuches . . . . .	91
25	Debatte im Reichstag über die Gotthardbahn . . . . .	92
25	Die Preßvergehen werden vom gesetzgebenden Körper vor das Schwurgericht verwiesen . . . . .	38
25	Feuereinfall in Kanada . . . . .	140
26	Schluß des norddeutschen Reichstags . . . . .	93
27	Die Feuertentative einen zweiten Einfall in Kanada . . .	141
28	Der gesetzgebende Körper nimmt den Antrag der Regierung über die Bürgermeisterwahlen an. . . . .	38

### Juni.

2	König Wilhelm macht in Begleitung Bismarck's dem Kaiser Alexander einen Besuch in Ems . . . . .	98
3	Die Konzilsmehrheit verlangt den Schluß der Generaldebatte über die Unfehlbarkeit . . . . .	57
8	Graf Bismarck reist von Berlin nach Barzin . . . . .	98
8	Leboeuf wird interpellirt über Bestrafung von Militärschülern wegen ihrer Abstimmung . . . . .	37
9	Interpellation im gesetzgebenden Körper über die Gotthardbahn	41
9	Die norddeutsche Panzerflotte tritt eine Übungsfahrt nach den Azoren an . . . . .	98
10	Unterzeichnung des Vertrags über die Gotthardbahn. . . . .	93
11	Prim spricht in der Kortesitzung von seinem vierten Thron- kandidaten . . . . .	149
12	Präsident Grant spricht sich gegen die Anerkennung der kuba- nischen Aufständischen als kriegsführende Macht aus . . .	144
15	Das belgische Ministerium Frère-Orban reicht seine Ent- lassung ein . . . . .	136
20	Debatte im gesetzgebenden Körper über die Gotthardbahn . .	42
21	Die spanischen Cortes verwerfen die sofortige Abschaffung der Sklaverei auf Kuba . . . . .	146
25	Isabella dankt zu Gunsten ihres Sohnes Alfons ab. . . . .	149
27	Graf Clarendon, englischer Minister des Auswärtigen, stirbt .	139
28	Der österreichische Minister v. Widmann gibt seine Entlassung ein	73
29	Der französische Marineminister erkundigt sich bei dem See- präfekten in Cherbourg nach den dortigen Vorräthen zu einem Feldzug . . . . .	44
30	Der amerikanische Senat verwirft den Vertrag über das Pro- tektorat von St. Domingo . . . . .	143
30	Ollivier sagt im gesetzgebenden Körper: „Niemand ist der euro- päische Friede weniger bedroht gewesen als jetzt“ . . . .	45

Tag	Juli.	Seite
2	Der gesetzgebende Körper verwirft das Gesuch der Prinzen von Orleans um Aufhebung ihrer Verbannung . . . . .	40
2	Ernennung eines klerikalen Ministeriums in Belgien . . . .	136
2	Der spanische Ministerrath beschließt die Proklamation der hohenzollernschen Kandidatur . . . . .	152
3	Graf Granville wird zum Minister des Auswärtigen in England ernannt . . . . .	139
3	Das telegraphische „Bureau-Havas“ theilt die Nachricht von der hohenzollernschen Kandidatur mit . . . . .	152
3	Gramont redigirt einen Zeitungsartikel gegen die hohenzollernsche Kandidatur . . . . .	152
4	Der „Constitutionnel“ eröffnet den Feldzug mit einem Artikel gegen die hohenzollernsche Kandidatur . . . . .	152
4	Der französische Geschäftsträger fragt in Berlin wegen der hohenzollernschen Kandidatur an . . . . .	154
4	Unterredung des Freiherrn v. Werther mit Gramont und Olivier	154
5	Abreise des Freiherrn v. Werther nach Ems . . . . .	155
5	Cochery's Interpellation im gesetzgebenden Körper über die hohenzollernsche Kandidatur . . . . .	155
6	Gramont beantwortet die Interpellation über die hohenzollernsche Kandidatur . . . . .	155
6	Debatte im gesetzgebenden Körper über das kriegerische Vorgehen Gramont's . . . . .	156
7	Freiherr v. Werther kommt in Ems an . . . . .	179
7	Das Journal „des Débats“ warnt vor einem Krieg . . . .	173
7	In Loulon sind schon die Transportschiffe zur Ueberführung der algerischen Truppen parat . . . . .	176
7	Der gesetzgebende Körper erwartet vergebens von den Ministern nähere Aufschlüsse . . . . .	176
7	Benedetti erhält im Wildbad ein Telegramm von Gramont .	182
7	Depeche des spanischen Ministers Sagasta über die hohenzollernsche Kandidatur . . . . .	158
8	Der Papst erläßt den Befehl, daß kein Bischof das Concil verlassen dürfe . . . . .	57
8	Auflösung der belgischen Kammern . . . . .	136
8	Salazar gibt seine Denkschrift über die hohenzollernsche Kandidatur vom 23. October 1869 neu heraus mit einem Vorwort	159
8	Cassagnac spricht schon vom kardinischen Foch . . . . .	172
8	Der „Moniteur“ spricht schon von der Räumung der Festung Mainz . . . . .	173
8	Gramont und Olivier beklagen sich im Gespräch mit einem fremden Gesandten über Preußen . . . . .	174
8	Der „Constitutionnel“ verlangt, daß Preußen dem Prinzen die Annahme der Krone verbiete . . . . .	175

Tag		Seite
8	Gramont spricht mit Lord Lyons von dem freiwilligen Rücktritt des Prinzen als der besten Lösung . . . . .	177
8	Am Tuilerienhof fürchtet man, daß Preußen nachgebe . . . .	178
8	König Wilhelm empfängt in Ems den Grafen Galen . . . .	179
8	Graf Waldersee, preussischer Bevollmächtigter in Paris, reist von Ems nach Paris zurück . . . . .	179
8	Benedetti kommt in Ems an . . . . .	182
9	Der „Temps“ schreibt offen, daß die französische Regierung den Krieg gesucht habe . . . . .	173
9	Der „Siecle“ will „keine Ueberstürzung“ . . . . .	174
9	Circulardepesche Gramont's über die Präcedenzfälle . . . . .	175
9	Instruktionen an den Grafen Solms, den Stellvertreter Werther's in Paris . . . . .	179
9	Benedetti's erste Audienz bei König Wilhelm . . . . .	182
10	Gramont sagt zu Lord Lyons, mit dem freiwilligen Rücktritt des Prinzen sei die ganze Sache erledigt . . . . .	178
10	Die bairische Regierung gibt auf eine französische Frage eine deutsche Antwort . . . . .	227
11	Arago spricht im gesetzgebenden Körper von dem „Vorwand“ zum Krieg . . . . .	177
11	Die Berliner „Nationalzeitung“ veröffentlicht ein französisches Aktenstück . . . . .	180
11	Benedetti's zweite Audienz bei König Wilhelm . . . . .	183
11	Mittheilung an die süddeutschen Regierungen über Preußens Nichtbetheiligung an der hohenzollernschen Kandidatur . . . .	183
11	Kriegsminister v. Roon kommt nach Berlin zurück und präsidiert einem Ministerrath . . . . .	183
11	Freiherr v. Werther reist von Ems nach Paris zurück . . . .	184
12	Telegramm von Sigmaringen über die Verzichtleistung des Prinzen Leopold . . . . .	184
12	In Boulogne klagen die Marinebeamten, daß sie keine Lotsen für die Ostsee bekommen . . . . .	176
12	Olivier erklärt den Zwischenfall für erledigt . . . . .	186
12	In der Unterredung mit Werther verlangen Gramont und Olivier einen entschuldigenden Brief . . . . .	187
12	Napoleon kommt von St. Cloud nach Paris, um Werther's Antwort zu erfahren . . . . .	191
12	Ungeheure Thätigkeit im französischen Kriegs- und Marineministerium . . . . .	191
12	Interpellation Duvernois' über die Bürgschaften gegen die Wiederkehr solcher Verwicklungen . . . . .	186
12	Unterredung zwischen Gramont und Lord Lyons über den Rücktritt des Prinzen . . . . .	192
12	Graf Bismarck und General v. Moltke treffen in Berlin ein . . . .	195

Tag		Seite
12	Ministerberathung in Berlin . . . . .	195
12	Unterredung des Grafen Bismarck mit dem Fürsten Gortschakoff . . . . .	195
12	Rückkehr des Großherzogs nach Karlsruhe . . . . .	224
13	Der „Constitutionnel“ frohlockt über den friedlichen Triumph . . . . .	186
13	Gramont erklärt im gesetzgebenden Körper, die Unterhandlungen mit Preußen seien noch nicht beendigt . . . . .	192
13	Interpellation Jerome David's über die lächerliche Langsamkeit der Verhandlungen . . . . .	192
13	Gramont verlangt in einem Gespräch mit Lord Lyons, die englische Regierung solle dem König Wilhelm das bekannte „Verbot“ anempfehlen . . . . .	193
13	Graf Eulenburg reist von Berlin nach Ems . . . . .	195
13	Unterredung des Grafen Bismarck mit Lord Postus . . . . .	195
13	Benedetti erhält von Paris neue Instruktionen . . . . .	198
13	König Wilhelm und Benedetti auf der Brunnenpromenade in Ems . . . . .	198
13	Telegramm an die preußischen Gesandten über die Vorgänge zu Ems . . . . .	200
13	Vorschlag des russischen Gesandten in London bei dem Rücktritt des Prinzen . . . . .	307
13	Unterredung des Grafen Beust mit Lord Bloomfield . . . . .	316
13	Abstimmung des Concils über die Formel der Unfehlbarkeit . . . . .	57
13	Beginn der Generaldebatte über das Militärbudget in der bairischen zweiten Kammer . . . . .	129
13	Die Radikalen in Rumänien versuchen einen Aufstand . . . . .	133
13	Vereinigung der belgischen Liberalen zum Zweck eines gemeinschaftlichen Wahlprogramms . . . . .	136
14	Fürst la Tour d' Auvergne wird nach Paris geschickt . . . . .	238
14	König Wilhelm macht von Ems einen Ausflug nach Koblenz . . . . .	210
14	Graf Bernstorff lehnt die Zumuthung Granville's, dem König die „Verbotsanempfehlung“ auch nur mitzutheilen, ab . . . . .	194
14	Die spanische Regierung nimmt den Rücktritt des Prinzen Leopold an . . . . .	197
14	Aufregung in Paris, Abends Skandal vor Werther's Hotel . . . . .	200
14	Werther verabschiedet sich von Gramont . . . . .	201
15	Die Bischöfe der Opposition schicken eine Deputation an den Papst . . . . .	58
15	Schluß der Generaldebatte über das Militärbudget in der bairischen zweiten Kammer . . . . .	130
15	Der „Constitutionnel“ spricht von der Bereitschaft der Soldaten von Gena . . . . .	209
15	Kriegsgeschrei der bezahlten herumziehenden Banden in Paris . . . . .	209
15	Rückreise des Königs Wilhelm von Ems nach Berlin . . . . .	210
15	König Wilhelm beschließt die Mobilisirung der Armee und die Berufung des Reichstags . . . . .	210

Tag		Seite
15	Mittheilung des Bundeskanzleramts an die Seehandelsstädte	212
15	Die auf den 20. Juli festgesetzte Einberufung der spanischen Cortes wird zurückgenommen . . . . .	197
15	Werther reist von Paris in Urlaub ab . . . . .	202
15	Ollivier verliest im gesetzgebenden Körper, Gramont im Senat das die Kriegserklärung enthaltende Exposé . . . . .	202
15	Debatte im gesetzgebenden Körper über das Exposé . . . . .	204
15	Abstimmung im gesetzgebenden Körper über den geforderten Militärcredit . . . . .	208
15	Vermittlungsversuch des englischen Kabinetts . . . . .	215
15	Napoleon läßt die Marseillaise singen . . . . .	238
15	Lord Lyons hat für Gramont die freundschaftlichsten Versicherungen	216
16	Antrag des russischen Kabinetts an Gladstone bezüglich des Rücktritts des Prinzen Leopold . . . . .	307
16	Vorsichtsmaßregeln an der deutschen Nordseeküste . . . . .	212
16	Sitzung des norddeutschen Bundesraths und Erklärung Bismarck's	213
16	Mobilisirung der ganzen norddeutschen Armee . . . . .	214
16	Die „Times“ spricht von der französischen Kriegserklärung als dem größten nationalen Verbrechen . . . . .	217
16	Mobilisirung des badiischen Heeres . . . . .	224
16	Die Schiffsbrücke über den Rhein bei Kehl und die Schienen der Eisenbahnbrücke werden abgebrochen . . . . .	224
16	Mobilisirung der hessischen Division . . . . .	226
16	Der König von Baiern erläßt die Mobilisirungsordre . . . . .	228
16	Resolutionen der Volksversammlung in Stuttgart . . . . .	234
16	Empfang des Senats in St. Cloud . . . . .	239
17	Vermittlungsschreiben des Lord Loftus an den Grafen Bismarck . . . . .	216
17	Der Kaplan der Königin Viktoria spricht sich in seiner Predigt über die englischen Minister aus . . . . .	217
17	Verbot der Volksversammlung in Darmstadt . . . . .	226
17	Das Münchener Volk vor dem Schloß des Königs . . . . .	228
17	Barnbüler bespricht sich in München mit dem Grafen Bray . . . . .	233
17	Rückkehr des Königs von Württemberg nach Stuttgart . . . . .	234
17	Der württembergische Ministerrath beschließt Mobilisirung des Heeres und ein Ausfuhrverbot . . . . .	234
17	Telegramm des Dr. Eigl von München nach Paris . . . . .	238
18	Die vierte öffentliche Concilsitzung und Annahme des Dogma's der Unfehlbarkeit . . . . .	59
18	Der Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin haben eine Audienz beim König . . . . .	214
18	Telegramm der Königin Augusta aus Koblenz . . . . .	215
18	Cirkular Bismarck's über die Werther'schen Schriftstücke und die Vorgänge in Ems . . . . .	215

Tag		Seite
18	Antwort des Grafen Bismarck an Lord Loftus auf den Vermittlungsversuch . . . . .	216
18	Die englischen Minister erklären die Neutralität Englands . . . . .	218
18	Der französische Gesandte in Darmstadt fragt noch, ob Hessen neutral bleibe . . . . .	226
18	Die bairischen Minister verlangen von der II. Kammer einen außerordentlichen Militärfredit . . . . .	228
19	Thronrede des Königs Wilhelm zur Eröffnung des Reichstags	218
19	Le Courd übergibt dem Grafen Bismarck die französische Kriegserklärung . . . . .	220
19	Cirkular Bismarck's über die französische Kriegserklärung . . . . .	220
19	Das Telegramm von St. Louis an den Reichstag . . . . .	223
19	Berathung und Abstimmung der bairischen II. Kammer über den Militärfredit . . . . .	229
19	Graf Bouet-Villaumez wird zum Oberbefehlshaber des Nordseegeschwaders ernannt . . . . .	240
19	Erneuerung des Ordens des eisernen Kreuzes . . . . .	245
20	Äußerung Bismarck's über seine Antwort an Werther hinsichtlich des entschuldigenden Briefes . . . . .	189
20	Der Reichstag genehmigt die Adresse an König Wilhelm . . . . .	220
20	Bismarck legt dem Reichstag die Aktenstücke vor . . . . .	221
20	Die Hessische Kammer bewilligt den Militärfredit . . . . .	226
20	Abstimmung der bairischen Reichsrathskammer über den Militärfredit . . . . .	233
20	Der bairische Gesandte in Berlin kündigt die Waffengenossenschaft an . . . . .	233
20	Telegramm des Königs Wilhelm an König Ludwig . . . . .	233
20	Der Generalintendant von Meck hat noch keinen Proviant . . . . .	243
20	Fürst von Pleß wird zum Militärinspektor der freiwilligen Krankenpflege ernannt . . . . .	246
21	Der Reichstag nimmt sämtliche Vorlagen der Regierung an . . . . .	223
21	Schluß des Reichstags . . . . .	223
21	Die deutschen Grenzländer werden in Kriegszustand erklärt . . . . .	246
21	Gramont sucht in einer Depesche den Grafen Bismarck und Herrn von Thile des Wortbruchs zu beschuldigen . . . . .	259
21	Frankreich droht Baden, selbst die Frauen nicht zu verschonen	225
21	Keratty bedroht Baden mit der Plünderung der Armee . . . . .	225
21	Abreise des französischen Gesandten von Darmstadt . . . . .	226
21	Das württembergische Ministerium fordert von der II. Kammer einen außerordentlichen Militärfredit . . . . .	235
21	Vertagung des gesetzgebenden Körpers . . . . .	239
22	Der französische Gesandte in Karlsruhe erhält seine Pässe . . . . .	224
22	Ein Pfeiler der Kehler Eisenbahnbrücke wird gesprengt . . . . .	224
22	Die württembergische II. Kammer bewilligt den Militärfredit	236

Tag		Seite
22	Die württembergische I. Kammer bewilligt den Militärkredit	237
22	Empfang des gesetzgebenden Körpers in den Tuilerien . . . . .	239
23	Die Kaiserin Eugenie wird zur Regentin ernannt . . . . .	240
23	Napoleon's Proklamation an das französische Volk . . . . .	240
23	Ernennung von 5 Generalgouverneuren in Deutschland . . . . .	246
23	Aufruf des östreichischen Abgeordneten Rechbauer zu Gunsten Deutschlands . . . . .	317
24	Graf Bismarck läßt den Lord Costus den Benedetti'schen Vertragsentwurf lesen . . . . .	160
24	Eugenie reist nach Cherbourg zur Inspektion der Flotte . . . . .	240
24	Anordnung einer freiwilligen Seewehr in Deutschland . . . . .	246
24	Bouet-Villaumez verläßt mit der französischen Flotte den Hafen von Cherbourg . . . . .	293
25	Die italienische Regierung verlangt von der Kammer einen außerordentlichen Kredit zu Rüstungen . . . . .	321
26	Spanien erklärt seine Neutralität . . . . .	197
26	General d'Autemarre wird zum Oberbefehlshaber der Pariser Nationalgarde ernannt . . . . .	241
26	Die Befehlshaber der 3 deutschen Armeen reisen von Berlin ab	247
27	Allgemeiner Betttag in Preußen . . . . .	246
27	Italien stellt seine Truppen an der römischen Grenze auf . . . . .	322
28	Depesche Gramont's an den französischen Botschafter in London über den Benedetti'schen Vertragsentwurf . . . . .	164
28	Napoleon reist mit seinem Sohne nach Metz und übernimmt den Oberbefehl . . . . .	241
28	Napoleon's Proklamation an die Rheinarmee . . . . .	241
29	Cirkulardepesche Bismarck's über die verschiedenen Allianz-anträge Frankreichs . . . . .	160
29	Benedetti's Schreiben an Gramont über sein zurückgelassenes Manuskript . . . . .	165
30	Kaiser Josef unterzeichnet die vollständige Aufhebung des Konkordats . . . . .	68
30	Englische Depesche an Preußen und Frankreich über die Neutralität Belgiens . . . . .	306
30	Schreiben des Herrn v. Thile an den Grafen Bismarck über die Verschuldigung Gramont's . . . . .	259
31	Kaiserliches Patent über Auflösung des böhmischen Landtags, Neuwahlen, Einberufung der Landtage und des Reichsraths	76
31	Proklamation des Königs Wilhelm: „An Mein Volk“ . . . . .	247
31	Abreise des Königs Wilhelm mit dem Hauptquartier von Berlin	247
<b>August.</b>		
1	Die Opposition im englischen Unterhaus greift die Politik des Ministeriums an . . . . .	307



Tag		Seite
2	Erklärung Gladstone's über Rußlands Vorschläge beim Rücktritt des Prinzen Leopold . . . . .	307
2	Eine französische Depesche nach Florenz zeigt die Räumung des Kirchenstaats und die Geltung der Septemberkonvention an	322
2	Ankunft des Königs Wilhelm in Mainz . . . . .	248
2	Proklamation des Königs Wilhelm an die deutsche Armee . . . . .	248
2	Napoleon greift mit 30,000 Mann 1000 Preußen bei Saarbrücken an . . . . .	249
2	Siegestelegramme nach Paris über die Komödie v. Saarbrücken	250
3	Der Kronprinz von Preußen in Landau . . . . .	251
4	Sieg bei Weißenburg . . . . .	251
4	Mac Mahon in einem Kriegsräth zu Metz . . . . .	253
4	Visconti-Venosta zeigt der französischen Regierung das Festhalten an der Septemberkonvention an . . . . .	322
5	Die französische Flotte passiert den großen Belt . . . . .	293
5	Mac Mahon verschanzt sich auf den Höhen von Wörth . . . . .	254
6	Sieg bei Wörth . . . . .	251
6	Sieg bei Epicheren . . . . .	252
6	Les Prussiens sont derrière nous! . . . . .	255
6	Siegestelegramm in Paris und Besetzung der Häuser . . . . .	255
6	Napoleon's Telegramm über die Schlachten von Wörth und Epicheren . . . . .	256
7	Telegramm über die Erfolge des Sieges von Wörth . . . . .	252
7	Proklamation der Minister und Appellation an den Patriotismus der Pariser . . . . .	256
7	Proklamation der Regentin an das französische Volk . . . . .	256
7	Die I. Armee besetzt Forbach . . . . .	264
7	Die II. Armee besetzt Saargemünd . . . . .	264
7	Hauptquartier des Königs in Homburg in der Pfalz . . . . .	264
8	Armeebefehl des Königs Wilhelm beim Betreten des feindlichen Bodens . . . . .	264
8	Changarnier als militärischer Berather in Metz . . . . .	264
8	Paris in Belagerungszustand erklärt . . . . .	257
8	Die französischen Minister haben „jetzt die volle Wahrheit gesagt“	257
9	Hauptquartier des Königs Wilhelm in Saarbrücken . . . . .	264
9	Fourichon verläßt mit der französischen Flotte den Hafen von Cherbourg . . . . .	294
9	Die französischen Kammern treten wieder zusammen . . . . .	257
9	Duvernois beantragt ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium . . . . .	258
9	Rücktritt des Ministeriums Ollivier; Palikao wird mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. . . . .	258
9	Napoleon legt das Oberkommando nieder, Bazaine übernimmt es . . . . .	260

Tag		Seite
9	Die I. Armee besetzt St. Avoold . . . . .	264
10	Das Ministerium Palikao . . . . .	259
10	Circulardepesche Bismarck's über Benedetti's Vertragsentwurf vom 5. August 1866 . . . . .	162
11	Sitzung des gesetzgebenden Körpers, Thiers' Rede, Ausweisung der Deutschen . . . . .	261
11	Der gesetzgebende Körper verwirft den Antrag auf Aufhebung der Verbannung der Orleans . . . . .	262
11	Schluß des englischen Parlaments . . . . .	307
11	Hauptquartier des Königs Wilhelm in St. Avoold . . . . .	264
11	Proklamation des Königs Wilhelm an das französische Volk . . . . .	264
12	Fourichon steht mit seiner Flotte vor Helgoland . . . . .	294
13	Gambetta beantragt die Absetzung des Kaisers . . . . .	262
14	Ein Theil der Bazaine'schen Armee tritt den Rückmarsch an . . . . .	264
14	Schlacht bei Courcelles . . . . .	265
15	Fourichon erklärt die deutsche Nordseeküste in Belagerungszustand . . . . .	294
15	Memorandum des Grafen Bernstorff an Granville wegen der Waffenausfuhr . . . . .	308
15	Napoleon reist mit seinem Sohn von Metz ab . . . . .	267
16	Schlacht bei Bionville . . . . .	265
16	Napoleon trennt sich von der Bazaine'schen Armee . . . . .	267
17	Napoleon kommt mit seinem Sohn in Chalons an . . . . .	267
17	Trochu wird zum Generalgouverneur von Paris ernannt . . . . .	260
17	Gefecht des preussischen Aviso dampfers „Grille“ bei Hiddensee . . . . .	293
18	Bouet-Villaumez erklärt sämtliche Ostseehäfen in Blockadezustand . . . . .	293
18	Schlacht bei Gravelotte . . . . .	266
18	Palikao hat dem gesetzgebenden Körper nur gute Nachrichten mitzutheilen . . . . .	271
18	Zu Kemberg wird auf die französischen Siegestelegramme hin illuminirt . . . . .	317
19	Siegesnachrichten in Paris, die Stadt beslaggt . . . . .	271
20	Palikao weiß von einem Siege Bazaine's zu berichten . . . . .	272
20	Eröffnung der österreichischen Landtage . . . . .	318
20	Aufstand in Rumänien unterdrückt . . . . .	313
21	Die preussische Korvette „Nymphé“ greift bei Danzig die französischen Schiffe an . . . . .	293
21	Mac Mahon zieht von Chalons nach Reims . . . . .	268
22	Proklamation des Präsidenten Grant bezüglich der Neutralität der Union . . . . .	314
22	Der Moniteur spricht von dem nicht gelungenen Plane Bazaine's . . . . .	272
23	Gambetta wirft dem Ministerium unverschämten Betrug vor . . . . .	272
24	Palikao spricht offen von den 40,000 englischen Gewehren . . . . .	273
24	Mac Mahon zieht von Reims nach Metz . . . . .	268

Tag		Seite
24	Das deutsche Hauptquartier erfährt in Eigny den Abmarsch Mac Mahon's von Chalons . . . . .	268
26	Palikao will das Wenige, daß er weiß, nicht sagen . . . . .	273
27	Treffen bei Buzancy . . . . .	269
27	Stenay ist von den Preußen besetzt, ehe Mac Mahon dort ankommt . . . . .	268
28	Trochu befiehlt die Ausweisung sämtlicher Deutschen aus Paris	273
28	Das Corps Vinoy wird dem Mac Mahon zu Hilfe geschickt .	273
29	Gefecht bei Nouart und bei Boncq . . . . .	269
29	Hofrath Klaczko hält im galizischen Landtag eine chauvinistische Rede gegen Deutschland . . . . .	318
29	Eine Circulardepesche Visconti-Venosta's bereitet auf das Einrücken in Rom vor . . . . .	322
30	Treffen bei Beaumont . . . . .	269
31	Der württembergische Minister v. Barnbüler entlassen . . . .	205
31	Mac Mahon in Sedan eingeschlossen . . . . .	269
31	Schlacht bei Noisseville . . . . .	270

### September.

1	Schlacht bei Sedan, Brief Napoleon's, Antwort des Königs Wilhelm . . . . .	269
1	Schlacht bei Noisseville, Ausfall Bazaine's zurückgeschlagen .	270
1	Memorandum des Grafen Bernstorff an Granville wegen der Waffenausfuhr . . . . .	308
2	Kapitulation von Sedan, Unterredung Bismarck's mit Napoleon und Wilhelms mit Napoleon . . . . .	269
3	Abfahrt Napoleon's von Sedan . . . . .	269
3	Palikao spricht von der Niederlage Mac Mahon's bei Sedan .	274
4	Befehl zum Marsch nach Paris . . . . .	270
4	Proklamation der Minister an das französische Volk . . . .	274
4	Sturz des Kaiserthums, Proklamirung der Republik, Flucht der Kaiserin . . . . .	274
4	Einsetzung der Regierung der nationalen Bertheidigung und des Ministeriums . . . . .	276
5	Ankunft Napoleons im Schloß Wilhelms höhe . . . . .	269
5	Proklamation der provisorischen Regierung in Paris an das französische Volk . . . . .	276
5	Hofrath Klaczko erhält von Beust seine Entlassung . . . .	318
6	Die Prinzen von Orleans tragen in Paris der provisorischen Regierung ihre Dienste an . . . . .	277
6	Rundschreiben Favre's: „Kein Fuß breit Landes, kein Stein unfreier Festungen“ . . . . .	277
6	Das italienische Ministerium beschließt die Besetzung Roms .	322

Tag		Seite
7	Berathungen des württembergischen Ministerraths über den Anschluß an den norddeutschen Bund . . . . .	295
7	Cirkulardepesche Visconti-Benosta's über die Nothwendigkeit der Besetzung Roms . . . . .	322
8	Eugenie schiffet sich in Deauville nach England ein . . . . .	275
8	Die Wahlen für die konstituierende Versammlung in Frankreich werden ausgeschrieben . . . . .	277
8	Sendung des italienischen Grafen Martino an Pius IX. . . . .	322
9	Kapitulation von Laon, die Citadelle in die Luft gesprengt . . . . .	270
11	Pius IX. empfängt den italienischen Abgesandten, Grafen Martino . . . . .	323
11	Der italienische General Cadorna rückt im Kirchenstaat ein . . . . .	323
12	Fourichon lauft wieder im Hafen von Cherbourg ein . . . . .	294
13	Antwort des Grafen Granville bezüglich der Wassenausfuhr . . . . .	358
13	Rundschreiben des Grafen Bismarck über die Forderungen Deutschlands . . . . .	279
13	Die Außenregierung in Tours . . . . .	283
14	Annahme der czechischen Adresse im böhmischen Landtag . . . . .	318
15	Antwort des Grafen Granville auf das zweite Schreiben des Grafen Bernstorff . . . . .	308
16	Die italienischen Truppen besetzen Civitavecchia . . . . .	323
16	Rundschreiben des Grafen Bismarck über Deutschlands Ansprache auf Straßburg und Metz . . . . .	280
17	Rundschreiben Favre's über eine etwaige Geldentschädigung . . . . .	278
17	Thronrede bei der Eröffnung des österreichischen Reichsraths . . . . .	318
18	Hauptquartier des Königs Wilhelm im Schloß Ferrières . . . . .	286
18	Der preußische Gesandte v. Arnim macht einen vergeblichen Vermittlungsversuch in Rom . . . . .	323
19	Paris wird von den deutschen Truppen cernirt . . . . .	270
19	Ausfall der Pariser gegen die Höhe von Sceaux . . . . .	289
19	Unterredung Favre's mit Bismarck in Eagny . . . . .	281
20	Rückkehr Favre's von Eagny nach Paris . . . . .	282
20	Proklamation Trochu's über die Feigheit der Zuaven . . . . .	289
20	General Cadorna rückt in Rom ein . . . . .	323
21	Favre's Meldung an Bismarck, daß die Regierung die Waffenstillstandsbedingungen nicht annehme . . . . .	282
21	Favre's Bericht an die provisorische Regierung über seine Unterredung mit Bismarck . . . . .	283
21	Minister Delbrück kommt nach München zur Eröffnung von Unterhandlungen . . . . .	295
21	Kardinal Antonelli protestirt in einer Note gegen die Besetzung Roms . . . . .	323
22	Pius IX. bittet den General Cadorna um die Besetzung der Leoninischen Stadt . . . . .	324

Tag		Seite
23	Kapitulation von Toul . . . . .	284
24	Eugenie und ihr Sohn nehmen Wohnung in Ghillehurst . . . . .	276
26	Schreiben Bismarck's an Favre über die Wünsche des diplomatischen Corps in Paris . . . . .	283
27	Circulardepeſche Bismarck's über ſeine Unterredung mit Favre . . . . .	283
28	Kapitulation von Straßburg . . . . .	284
28	Minifter Delbrück reißt von München wieder ab . . . . .	295
29	Bouet-Villaumez läuft wieder im Hafen von Cherbourg ein . . . . .	293
29	Der Kaiſer fordert den böhmischen Landtag zur Vornahme der Reichsrathswahlen auf . . . . .	319
29	Pius IX. proteſtirt in einem Schreiben an die Kardinäle gegen die Beſetzung Roms . . . . .	323

**Oktober.**

1	Bismarck's Circulardepeſche über die behauptete Unmöglichkeit der Abtretung von Elſaß und Lothringen . . . . .	283
1	Ausfall der Parifer gegen Carrefour-Pompadour . . . . .	289
2	Baden und Heſſen ſtellen den Antrag auf Eintritt in den norddeutschen Bund . . . . .	295
2	Delegirtenverſammlung der deutschen Partei in Stuttgart . . . . .	295
2	Das römische Plebiſcit . . . . .	324
4	Bismarck's Denſchrift über eine etwaige Hungersnoth in Paris . . . . .	283
4	Der böhmische Landtag verweigert die Vornahme der Reichsrathswahlen . . . . .	319
5	König Wilhelm verlegt ſein Hauptquartier nach Verſailles . . . . .	285
7	Ausfall der Parifer gegen Malmatjon . . . . .	289
8	Graf Bernſtorff widerlegt die Ausführungen Granville's bezüglich der Waffenausfuhr . . . . .	308
8	Präſident Grant verbietet den Schiffen der kriegsführenden Mächte einen längeren Aufenthalt in den amerikaniſchen Häfen . . . . .	314
8	Eine römische Deputation theilt Viktor Emanuel das Reſultat des Plebiſcits mit . . . . .	324
9	Der württembergiſche Staatsanzeiger ſpricht ſich für bundesſtaatliche Einigung aus . . . . .	296
9	Das Landescomité der württembergiſchen Volkspartei verlangt Sanktion des Verfaſſungswerkes durch eine deutsche Nationalverſammlung . . . . .	296
9	Ankunft Garibaldi's in Tours . . . . .	284
10	Die württembergiſche Regierungspartei ſpricht von Kammerauflöſung . . . . .	296
11	General v. d. Tann zieht in Orleans ein . . . . .	287
13	St. Cloud wird von den Franzoſen in Brand geſchoſſen . . . . .	289
13	Präſident Grant verbietet die Anwerbung von Mannſchaft und Ausrüſtung von Schiffen zu Kriegszwecken . . . . .	314

Tag		Seite
13	Die italienische Regierung dehnt die bürgerlichen und politischen Rechte auf alle Glaubensbekenntnisse aus . . . . .	324
14	General Boyer macht Bismarck im Auftrag Bazaine's in Versailles einen Kapitulationsantrag . . . . .	285
15	Aufhebung der geistlichen Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechts- sachen in Rom . . . . .	324
16	Kapitulation von Soissons . . . . .	287
18	Rundschreiben Favre's über die Unmöglichkeit, Elsaß und Lothringen abzutreten . . . . .	283
18	Eine Circulardepesche Visconti-Venosta's theilt die Besetzung Roms und die dem Papste zu gewährenden Garantien mit . . . . .	324
19	Die württembergischen, badischen und hessischen Minister reisen nach Versailles . . . . .	296
20	Die bairischen Minister reisen nach Versailles . . . . .	296
20	Pius IX. vertagt das auf den November berufene Concil auf unbestimmte Zeit . . . . .	323
21	Eröffnung der württembergischen Kammer . . . . .	301
21	Ausfall der Pariser gegen Malmaison und Bougival . . . . .	289
22	Die württembergische II. Kammer genehmigt den Militärkredit und das Steuerprovisorium . . . . .	301
22	Auflösung der württembergischen II. Kammer . . . . .	301
24	Kapitulation von Schlettstadt . . . . .	284
27	Kapitulation von Metz . . . . .	285
28	Der Kronprinz von Preußen und Prinz Friedrich Karl werden zu preußischen Feldmarschällen ernannt . . . . .	285
28	General von Moltke wird in den Grafenstand erhoben . . . . .	286
28	König Wilhelm erläßt einen Armeebefehl an die verbündeten Heere . . . . .	286
28	Die Franzosen besetzen das Dorf Le Bourget . . . . .	289
30	Die preußische Garde schlägt die Franzosen aus Le Bourget hinaus . . . . .	289
30	Thiers kommt als Unterhändler nach Versailles . . . . .	289
31	Aufstand der Socialdemokraten in Paris . . . . .	291
31	Einnahme von Dijon durch das 14. Armeekorps . . . . .	284
31	Note des Fürsten Gortschakoff über den Pariser Vertrag . . . . .	311
31	Auflösung der italienischen Abgeordnetenkammer . . . . .	325

### November.

1	Unterredung Thiers' mit Bismarck wegen der Waffenstillstands- bedingungen . . . . .	290
1	Unterdrückung des Aufstands der Socialdemokraten in Paris . . . . .	291
1	Pius IX. protestirt in einer Encyclica gegen die Annexion des Kirchenstaates . . . . .	323
2	Militärberatungen in Versailles über Thiers' Forderungen . . . . .	290

Tag		Seite
3	Beginn der Cernirung von Belfort . . . . .	284
3	Abstimmung der Pariser über die Fortdauer der provisorischen Regierung . . . . .	201
3	Marschall Priem theilt den Cortes die Kandidatur des Herzogs von Aosta mit . . . . .	315
3	In Böhmen werden direkte Reichstagswahlen vorgenommen . . . . .	319
5	Abbruch der Verhandlungen mit Thiers . . . . .	290
6	Gemeinsame Verhandlung mit den württembergischen, badischen und hessischen Bevollmächtigten in Versailles . . . . .	296
7	Rundschreiben Favre's über die Unterredung Thiers' mit Bismarck . . . . .	290
8	Kapitulation von Verdun . . . . .	287
8	General von der Tann räumt Orleans . . . . .	288
8	Rundschreiben Bismarck's über seine Unterredung mit Thiers	290
8	Thiers' Schreiben über seine Unterredung mit Bismarck . . . . .	290
8	Der russische General Annenkoff zeigt dem Kronprinzen von Preußen seine Ernennung zum russischen Feldmarschall an . . . . .	312
8	Mildere Note des Fürsten Gortschakoff an Granville . . . . .	312
8	Schließung des Jesuitenkollegiums in Rom . . . . .	324
8	Die italienische Regierung nimmt Besitz vom Quirinal . . . . .	324
9	Treffen bei Coulmiers . . . . .	288
9	Seegefecht des „Meteor“ mit dem „Le Bouvet“ bei Havannah . . . . .	294
10	Kapitulation von Neu-Breisach . . . . .	284
10	Note des Fürsten Gortschakoff an Beust . . . . .	312
10	Antwort Granville's an Gortschakoff . . . . .	312
13	Das Stuttgarter Telegramm in Versailles . . . . .	297
15	Abschluß des Vertrags mit Baden und Hessen . . . . .	297
16	Bitte der Münchener und Nürnberger Gemeindebehörden an den König um Anschluß . . . . .	297
16	Wahlen zum preußischen Landtag . . . . .	300
16	Antwort des Grafen Beust an Gortschakoff . . . . .	312
16	Königswahl in Spanien . . . . .	315
17	Adresse des österreichischen Herrenhauses . . . . .	319
19	Adresse des österreichischen Abgeordnetenhauses . . . . .	319
20	Die württembergischen Minister reisen nach Berlin . . . . .	297
21	England verbietet die Waffenausfuhr . . . . .	309
21	Isabella protestirt gegen die Rechtmäßigkeit der spanischen Königswahl . . . . .	315
22	Bertagung des österreichischen Reichsraths . . . . .	319
23	Abschluß des Vertrags mit Baiern . . . . .	298
23	Der Kaiser genehmigt den Beschluß des tiroler Landtags über die tiroler Landwehr . . . . .	320
23	Das Ministerium Potocki reicht seine Entlassung ein . . . . .	319
24	Eröffnung des norddeutschen Reichstags . . . . .	299

Tag		Seite
24	Kapitulation von Thionville . . . . .	287
24	Eröffnung der Delegationen in Pesth . . . . .	319
25	Abschluß der Militärkonvention mit Baden . . . . .	297
25	Abschluß des Vertrags mit Württemberg . . . . .	298
26	Vorschlag Bismarck's, die Pontusfrage in einer Konferenz zu London zu regeln . . . . .	312
27	Eröffnung der rumänischen Kammer . . . . .	313
27	Garibaldi wird nach Antun zurückgeschlagen . . . . .	284
27	Manteuffel besetzt die Nordarmee bei Moreuil . . . . .	287
28	Manteuffel nimmt Amiens . . . . .	287
28	Prinz Friedrich Karl schlägt die Loirearmee bei Beaume la Rolande . . . . .	288
28	Der Reichstag genehmigt den Militärcredit . . . . .	299
30	Ausfall der Pariser gegen Champigny und Billiers . . . . .	291
30	Schreiben des Königs von Baiern an die deutschen Regierungen wegen der Kaiserwürde . . . . .	298

### December.

2	Kampf der Württemberger, Sachsen und Pontmern bei Champigny und Brie . . . . .	291
3	König Ludwig trägt im Namen Deutschlands dem König Wilhelm die deutsche Kaiserkrone an . . . . .	298
3	Note Bismarck's an Luxemburg und die Garantiemächte . . . . .	309
4	Die Truppen des Prinzen Friedrich Karl besetzen Orleans . . . . .	288
4	Die Pariser ziehen sich über die Marne zurück . . . . .	291
4	Botschaft des Präsidenten Grant an den Kongreß . . . . .	314
4	Der Herzog von Aosta empfängt die spanische Königsdeputation . . . . .	316
5	Manteuffel zieht in Rouen ein . . . . .	287
5	Die württembergischen Abgeordnetenwahlen . . . . .	301
5	Depeße des Grafen Beust an die österreichischen Gesandten in Berlin über seine Unterredung mit dem preussischen Gesandten . . . . .	320
5	Eröffnung des neugewählten italienischen Parlaments . . . . .	325
8	Don Karlos protestirt gegen die Rechtmäßigkeit der spanischen Königswahl . . . . .	315
8	Denkschrift der Czechen an den Grafen Beust . . . . .	320
9	Die Preußen ziehen in Dieppe ein . . . . .	287
9	Der Reichstag genehmigt die Verträge mit den süddeutschen Staaten . . . . .	299
10	Der Reichstag nimmt den Adressentwurf an . . . . .	299
12	Die bairische Kammer tritt wieder zusammen . . . . .	302
13	Kapitulation von Pjalzburg . . . . .	287
13	Einnahme von Blois . . . . .	288
13	Eröffnung des badischen Landtags . . . . .	300
13	Die bairische Regierung legt der II. Kammer die Verträge vor . . . . .	308



Tag		Seite
14	Kapitulation von Montmeby . . . . .	287
14	Eröffnung des preussischen Landtags . . . . .	300
14	Rede des bairischen Justizministers v. Eug für Annahme der Verträge . . . . .	303
14	Antwort des Grafen Beust auf die Denkschrift der Tschechen . . . . .	320
14	Depesche des Grafen Bismarck an Beust über die künftige Stellung Deutschlands zu Oestreich . . . . .	320
15	Ausschufswahl in der bairischen II. Kammer zur Prüfung der Verträge . . . . .	303
16	General v. d. Goltz wirft die Franzosen in die Festung Langres zurück . . . . .	284
16	Die badische II. Kammer genehmigt die Verträge und die Militärkonvention . . . . .	301
17	Antwort Granville's an Bismarck über den Luxemburger Neutralitätsbruch . . . . .	310
17	Chanzy zieht sich gegen Le Mans zurück . . . . .	288
18	Die Franzosen unter General Cremer werden bei Nuits geschlagen . . . . .	284
18	Die Kaiserdeputation in Versailles . . . . .	300
19	Die badische I. Kammer genehmigt die Verträge . . . . .	301
19	Eröffnung der neugewählten württembergischen Kammer . . . . .	302
20	General v. d. Goltz zersprengt die französischen Truppen vor Langres . . . . .	284
20	Dankadresse der bairischen II. Kammer an den Großherzog . . . . .	301
20	Die heßische II. Kammer genehmigt die Verträge . . . . .	301
20	Präsidentenwahl in der württembergischen II. Kammer . . . . .	302
21	Ausfall der Pariser gegen Stains und Le Bourget . . . . .	292
21	Erklärung der vier klerikalen badischen Abgeordneten . . . . .	301
21	Die Luxemburger Kammer verlangt von der Regierung Erfüllung der Neutralitätspflichten . . . . .	310
21	Adresse und Mißtrauensvotum der rumänischen Kammer . . . . .	313
22	Die italienische II. Kammer genehmigt die Einverleibung des Kirchenstaats . . . . .	325
22	Der Senat läßt durch den Präsidenten Grant Kommissäre nach St. Domingo schicken . . . . .	315
22	Beschluß der italienischen II. Kammer über den Termin der Verlegung des Regierungssitzes nach Rom . . . . .	325
23	Manteuffel schlägt die Nordarmee bei Querrieux . . . . .	287
23	Die württembergische II. Kammer genehmigt die Verträge . . . . .	302
24	Note Bismarck's an Granville über dessen Bemerkungen zum Luxemburger Neutralitätsbruch . . . . .	310
25	Das rumänische Ministerium Spureano reicht seine Entlassung ein . . . . .	313
26	Antwort des Grafen Beust an den Grafen Bismarck über die Stellung Deutschlands zu Oestreich . . . . .	321
27	General Werder räumt Dijon . . . . .	284

Tag		Seite
27	Bombardement des Mont Abron . . . . .	292
28	Petition einiger Luxemburger an den König von Holland . . . . .	310
28	Attentat auf Marschall Prim . . . . .	316
29	General Werder concentrirt seine Truppen bei Besoué . . . . .	284
29	Die Sachsen besetzen den Mont Abron . . . . .	292
29	Die bairische I. Kammer genehmigt die Verträge . . . . .	301
29	Die württembergische I. Kammer genehmigt die Verträge . . . . .	302
29	Der Ausschuß der bairischen II. Kammer beantragt Verwerfung der Verträge . . . . .	304
29	Das Ministerium Ghika in Rumänien . . . . .	313
29	Der italienische Senat genehmigt die Einverleibung des Kir- chenstaats . . . . .	325
30	Die württembergische II. Kammer nimmt den Abreßentwurf an . . . . .	302
30	Die bairische Reichsrathskammer genehmigt die Verträge . . . . .	304
30	Austausch der Ratifikationsurkunden der Verträge zwischen dem norddeutschen Bund und Württemberg, Baden, Hessen in Berlin . . . . .	304
30	Marschall Prim stirbt an seinen Wunden . . . . .	316
30	König Amadeo landet in Cartagena . . . . .	316
31	König Viktor Emanuel in Rom . . . . .	325

